Wolf-Dieter Narr

Niemands-Herrschaft

Eine Einführung in Schwierigkeiten, Herrschaft zu begreifen

Herausgegeben von
Uta v. Winterfeld

VSA

Wolf-Dieter Narr
Niemands-Herrschaft

Wolf-Dieter Narr, Politikwissenschaftler, war von 1971 bis 2002 Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Mitgründer und Mitsprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

Uta von Winterfeld, Politikwissenschaftlerin, ist Projektleiterin am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

Wolf-Dieter Narr

Niemands-Herrschaft

Eine Einführung in Schwierigkeiten, Herrschaft zu begreifen

Herausgegeben von Uta v. Winterfeld

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Die Drucklegung wird finanziell gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung unter Verwendung eines Bildes von Johann Heinrich Wilhelm Tischbein (1751-1829) mit dem Motiv »Odysseus flieht mit seinen Gefährten im Schiff vor Polyphem«
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI Books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-600-8

Inhalt

Prolog 9

Kapitel I
Jeder und Jedem ihre oder seine »Theorie« ? 13
Theorie und Wirklichkeit 13
Theorie und Praxis 14
Theorien sind nicht über einen Leisten zu schlagen 17
Halt an den Theorien – Menschliches Verstehenwollen und Verstehenmüssen 18
Theorien – notwendig und notwendig begrenzt 19
Herrschende Theorien – entscheidend ist die Durchsichtigkeit ihrer Konstruktionen 21
Ein theoretisches Kontinuum qualitativ verschiedener Theorien 22
Theorie-Facetten 26
Theoretisieren ist menschlich! 27

Kapitel II
Hauptprobleme einer politischen Theorie 29
Im Irrgarten der Politikbegriffe ohne eindeutigen Ausgang 29
Kein Unikum eines Politikbegriffs – Anmerkungen zum staatsfixierten oder vom Staat absorbierten Politikverständnis 32
Politik als Maßverhältnis 37
Wackersteine im Bauch von Politik jenseits ihrer zentralen Zeitabschnitte 39
Die Eigenart politischer Organisation entscheidet sich am Maß ihrer humanen Effekte 41
Aspekte und Kriterien politischer Analyse 42
Geballte politische Vor-Würfe (= Probleme) 45

Kapitel III
Zur Konstruktion der Wirklichkeit – Kriterien einer halbwegs angemessenen Methode, Theorien zu bilden 55
Frei nach Pilatus: Was heißt »Wirklichkeit«? 55

»An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen« –
das Maß- und Gewichtproblem 57

Über den beschränkten Vergleich von Norm und Wirklichkeit hinaus –
Zur Kritik der Norm, so sie schlechte Wirklichkeit rosig illuminiert 58

Theorie-Bildungen als Wege, die aufs Ziel zuschreiten lassen 61

Das Besonderheiten aufsaugende Loch der Abstraktion 62

Wider die Mode von Taxonomien, blind machender noch, Dichotomien,
falsch verstandenen »Idealtypen« und hochabstrakten und
zugleich unvermittelten »System« – Behauptungen 68

Zur Rezeption und Verwendung von Theorien 71

In-der-Welt Sein und seine Konsequenzen in Sachen Theorie-Bildung 73

Soziale Ökologie 76

Theoriebildung 81

Intermezzo I
Theorie der Herrschaft – Theorie als Herrschaft 85

Kapitel IV
Herrschaftstheorie – was heißt das, warum ist eine solche notwendig? ... 89

Immerschwarz treibende Herrschaftsgründe 89

Die prekären Ungleichheits- und Herrschaftshuber:
»Begierde zum Haben, oder auch zum Herrschen!« 90

Herrschaft ab wann, gekennzeichnet wodurch? 91

Die systemdumme Missachtung der weltweit zugrunde liegenden
Annahmen, ihrer Konsequenzen und Formen 95

Die Vielfalt der Herrschaftsgründe und -formen 96

Wozu die letztlich vergebliche, also auf Dauer ohnehin erfolglose
»Anstrengung«, Herrschaft(en) auf den oder die Begriffe zu bringen? 106

Was aber hieße dann Herrschaftstheorie?
Die Frage sticht und sticht. Sie wird am Stechen erhalten 108

Kapitel V
Gewalt, Gewaltmonopol und Legitimität –
Erste Nachrichten vom Staat 113

Herrschaftsgegenwart alle Zeit 113

Jahrhundertelange, primär kriegerische Formierung
des »modernen« Staates gesalbt mit und legitimiert durch
die Hekatomben zu Feinden erklärter Opfer 117

Formelemente des Staates 124
Die Staaten als dynamisch sich entwickelnd verändernde Statik 130
Die Herrschaftsform: Staat in Frage 144

Kapitel VI
Instrumente der Herrschaft 147
Instrumente und ihre Veränderungen 149
Instrumente von Herrschaft zusammengesehen 184

Intermezzo II
Herrscht Niemand nirgendwo? 187

Kapitel VII
Markt, Weltmarkt und die Verflüchtigung von Politik 193
»Ökonomie« und »Politik« in modernen Zeiten 193
Vom Staat aus gesehen 194
Von der Ökonomie aus betrachtet 195
Die Verschlingung, der Tandempartner ist zweifelsohne gegeben 195
Dennoch bilden »Staat« und »Kapital« keine Einheit 196
Ökonomie im Staat und Staat in der Ökonomie 200
Nationalstaaten, Volkswirtschaftslehren global aufgehoben und verändert ... 204
Die Lücke institutioneller soziopolitischer Sicherungen 210
Was bleibt... 211
Leidenschaft und Interessen – Notiz zu einer ideen- und realgeschichtlichen Kontroverse bis heute 217

Kapitel VIII
Herr und Knecht, Herr und Frau – Zur historischen Ontologie und Psychologie von (staatlicher) Herrschaft 221
Menschen – und was sie aus-macht 221
Was ist, was soll »Herrschaftspsychologie«? 225
Der staatlich dominierte und ausgeleerte »Prozess der Zivilisation« 227
Welche psychischen Bedürfnisse besetzten und trugen »die« Herrschaft? 237
HERRschaft, wo bleiben die Frauen? 239
Schulpflicht für Jedefrau und Jedermann: In der Schule des Verdachts 246

Kapitel IX
(Liberale) Demokratie als Herrschaftsform 249
Demokratie ist eine unmögliche Herrschaftsform!
Und dennoch eine maßgebende Utopie 249
Die »realistische« Form möglicher Demokratie 250
Zur Plausibilität liberaler Demokratie 251
Multiple Sklerosen liberaler Demokratie 254
Extern formierende Faktoren liberaler Demokratie 260
Strukturkrise liberaler Demokratie 262
Herrschaft und Legitimität 268
Wahrscheinlichkeit und überwiegende Gefahren
projektiver Identifikationen 272
Liberale oder repräsentative Demokratie –
Fünf ambivalente, dazuhin ironisch offene Schlussfolgerungen 281
Gegenkräfte und Perspektiven 283
Radikaldemokratische Liberalität 286

Kapitel X
Niemands-Herrschaft – Globale Präsenz 289
Auf der Suche nach Niemand 289
Zur Antiquiertheit liberaldemokratischer Verfassung
und individueller Menschenrechte 294
Herrschaft der Sachzusammenhänge als sich entziehende Kontur
einer Niemands-Herrschaft – die Zunahme der Indolenz 302
Und Herrschafts-Theorie? 307
An-archischer Ausblick 308
Politische Gestaltungen inmitten gewaltiger, innovativer Wüstungen –
die letzten utopischen Chancen 311

Epilog 315

Prolog

Berlin, den 25.8.2013

»In dieselben Flüsse steigen wir und steigen wir nicht, wir sind und wir sind nicht.«[1]

Der nach der Darstellung von Homer mit seiner List sich zuweilen selbst täuschende griechische Sagenheld Odysseus belagerte zehn Jahre lang mit griechischen Gruppen Troja. Zehn Jahre benötigte er nach der trügerisch gelungenen Zerstörung Trojas, bis er auf Ithaka, seiner Heimatinsel, wieder ankam. Für seinen Betrug mit Hilfe des hölzernen Pferdes voll Bewaffneter wurde er von Poseidon, dem Gott der Meere, bestraft. Der von Homer mit den Adjektiven »viel duldend« und »listig« Gekennzeichnete wurde auf seiner Heimfahrt des Öfteren gefahrvoll aufgehalten. Einmal wurden er und seine Gefährten von einem »ungeschlachten« Riesen gefangen genommen und zusammen mit Schafen in eine Höhle gepfercht. Dieser Riese trug den seinerseits trickreichen Namen Polyphem (zu Deutsch: Vieles aussagend). Als er Odysseus nach dessen Namen fragte, antwortete dieser, er heiße »Niemand«. Das fiel dem tumben Polyphem nicht auf. Bei nächster Gelegenheit flohen Odysseus und die Seinen, indem sie sich unbemerkt an der Wolle unten am Bauch der Schafe festkrallten. Sobald Polyphem die Flucht bemerkte, rief er seine Mitriesen, Zyklopen genannt, zu Hilfe. Auf deren Frage, wen er suche, vermochte Polyphem nur zu antworten: Niemand. So gelang die Flucht.

Polyphems Dilemma teilen wir alle. Unsere wenigstens teilweise gegebene Unbedarftheit gestehen wir uns selten offen ein. Fast wie zu feudal-absolutistischen Zeiten, da Grundherrn, Kirchenherrn, Klöster, Ritter und ein vielfältiges Adelsgetümmel von den Bauern materielle Leistungen abverlangten – der Zehnte ist dafür sprichwörtlich geworden –, wird die überwiegende Mehrheit aller Menschen überall auf der Erde irgendwie beherrscht. Oft können wir herrschend ausbeutende Institutionen und deren Repräsentanten angeben. Ungleich mehr und wichtiger aber sind in einer »global« genannten Welt riesige Organisationen und Apparate, deren Funktionen wir unterworfen werden. Man denke an die weltdurchwirkende kapitalistische Ökonomie und ihre transnationalen, miteinander verflochtenen Konzerne. Selbst wenn wir nominell frei sind und angeblich »die« Menschenrechte genießen, sind wir ohnmächtig. Auf Personen zu zeigen,

[1] So lautet die aus dem Griechischen von Hermann Diels übersetzte Version des mit Ziffer 19 angegebenen Fragments, das Heraklit aus Ephesos zugeschrieben wird. Heraklit wird den »Vorsokratikern« zugerechnet, die uns Einsichten vor Sokrates – der im 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung in Athen gelebt hat – vermitteln. Diels erläutert das sich dem Schein nach widersprechende Fragment: »Wer in dieselben Flüsse hinabsteigt, dem strömt stets anderes Wasser zu.« Siehe H. Diels, Die Fragmente der Vorsokratiker, Reinbek b. Hamburg 1957, S. 26.

ist oft wenig sinnvoll, weil die »Mächtigen« der Erde – die Präsidenten, die KanzlerInnen und sonstigen Regierungschefs nebst Ministern, nicht zu reden von der Menge der Manager – zwar hinsichtlich von Einzelheiten und dem Schicksal von Personen einflussreich sind, aber sie sind ihrerseits mit dem goldenen Löffel im Mund Unterworfene. Sie können weder die Ströme des Geldkapitals dirigieren noch das nicht selten tödliche Sicherheitsmanagement beispielsweise des Pentagon verändern. Trotz großem Ärger, auch Enttäuschung hochgespannter Erwartungen, kann man jetzt, da ich schreibe, meist korrekt nur sagen: armer Obama. Was könnte er – eine vielleicht charaktervolle goldene Stecknadel im Interessen- und im Macht-Heuhaufen von Washington D.C. – denn tun? Mich irritiert an den meisten angeblich, Schwänen gleichen machtplustrigen Politikern nicht das, was sie alles anstellen könnten. Mich irritiert vielmehr, dass sie das genau nicht tun können, was sie von Amts wegen und qua Behauptung tun oder tun müssten. Bedeutete »Macht« im Sinne von Hannah Arendt Machen-, d.h. Gestaltenkönnen, dann täuschen Machtpfauräder wie die meisten so genannten Wahlen. Sie sind bestenfalls begrenzt auf die Bedeutung für eine Person. Diese erhält, wahlerfolgreich, eine Position und deren materielle und immaterielle Anerkennung.

Darum der auch mich zuerst störende, bei H. Arendt einmal ohne weitere Ausführungen auftauchende Ausdruck: *Niemandsherrschaft*. Es gilt herauszufinden, wie es sich mit Herrschaft im Singular und Herrschaften im Plural verhält. Durchgehend gültig bleibt: Herrschaft von Menschen über Menschen und deren natürlichen wie sozialen Bedingungen ist und bleibt in allen Formen, Institutionen und Personen ein Ärgernis. Deshalb befasst sich dieses Buch damit. Versprochen kann nur werden, dass nirgendwo falsche Sicherheiten vermittelt werden. Die des Herrschens zuletzt, aber auch die emanzipatorischer Schauversprechen ohne Substanz.

Das bekannte Motto Heraklits oben wurde aus zwei Gründen gewählt.

Vor fast einem Vierteljahrhundert habe ich in Innsbruck, dank der Universität und des seinerzeitigen Fachbereichs Politikwissenschaft und des mich einladenden Kollegen Anton Pelinka, eine Vorlesung gehalten: »Probleme einer Herrschaftstheorie heute«. Eine Einführung. Diese habe ich kurz danach zu Papier gebracht. Der Lektor des Verlags, mit dem ich seinerzeit befreundet war, bereitete mir jedoch so viel Schwierigkeiten mit einer Kritik mangelnden Augenmaßes, dass ich, allemal rundum beschäftigt, enttäuscht das Handtuch warf. So geschah es, dass sich Jahr um Jahr Staub ansammelte. Das Manuskript wurde zwar von wenigen Freunden, denen ich es gegeben hatte, zuweilen mit Schulterklopfen nachgefragt. Ich hatte meine Leidenschaft, Überzeugendes darzustellen, aber anderen Gegenständen zugewandt. Das änderte sich, als Uta v. Winterfeld, eine Generation jünger, mir als Studentin, als Doktorandin und dann als Habilitandin über Jahrzehnte bekannt und verbunden, ich weiß nicht mehr durch welchen Zufall, von meinem, im Büro vor sich hin vergilbenden Manuskript erfuhr, das eines gewiss nicht tat: Herrschaft auch nur ein Haar zu krümmen. Uta v. Winterfeld hat das eselsohrige

Manuskript genommen. Sie hat es gelesen. Sie hat den Schreibmaschinentext neu auf PC geschrieben. Und sie hat mich in mehreren Gesprächen, auf die ich mich zunächst zögerlich einließ, davon überzeugt, dass es sich für mich lohne, das Manuskript nach einem Vierteljahrhundert neu zu lesen und gedanklich aufzufrischen. Es sei wert, von Jüngeren, von Anderen, für die es ursprünglich verfasst worden ist, gelesen, erwogen, kritisiert und weitergetrieben zu werden. Uta v. Winterfeld versprach mir, hierbei auf die allemal nötige Weise zu helfen, vor allem, dass ich nicht im verführerischen Loch der Altersresignation stecken bleibe.

Wohlan denn. Also steige ich zum zweiten Mal in den »gleichen« Fluss, obwohl ich von früh an mit Heraklit weiß, dass vielleicht das Flussbett jedenfalls ähnlich geblieben ist, jedoch das Wasser täglich wechselt. Der 200jährige Sören Kierkegaard, studentisch neben Nietzsche »mein« Philosoph, hat in Sachen »Wiederholung« ähnlich argumentiert. Die Intention des Buches, seine allgemeine Anlage, die meisten Kapitel bleiben, gründlich überarbeitet, ähnlich. Sie wurden hier oder dort in- und extensiv weniger mit neuer Literatur als mit veränderten Problemen versehen. Das wird sich vor allem im Schlussteil zeigen. Darum wurde der Titel neu gefasst. Er wurde in meiner, wie ich vermute, fast unser aller Verlegenheit (sokratisch: »Aporie«) neu formuliert, ja radikalisiert. An Stelle des Haupttitels »9 Tage Politik. Probleme einer Herrschaftstheorie heute« tritt, oben schon knapp begründet: »Niemands-Herrschaft«. Eine weitere Ergänzung versteht sich nach der geschilderten kurzen Geschichte des Manuskripts von selbst. Die Mängel und Verkürzungen, die »Narrismen« des Buches bleiben. Es wäre jedoch nicht zu einem Buch geworden, wenn Uta v. Winterfeld nicht essentielle Hilfe geleistet hätte. Sie hat darum glücklicherweise meiner Bitte stattgegeben, als herausgebende wie auch in Zwischenstücken mitschreibende Autorin die fliehende Herrschaft des Buches festzuhalten. Weil die schriftlichen Fassungen 1989 und 2014 mehrere Freundinnen und Freude angeregt haben, habe ich oft im Plural formuliert. Er drückt nie eine majestätische Attitüde aus. Er stellt vielmehr den eigenen Scheffel ins ungleich hellere Licht Anderer.

Wolf-Dieter Narr

Wuppertal, den 27.8.2013

Es war in Wien. Dort fand im April 2012 am Institut für Politikwissenschaft eine Tagung statt: Politische Theorie in der Krise? Anlass war die Pensionierung von Eva Kreisky. Abends fragte Rainer Forst weiter: Wozu politische Theorie? Nachdenkend auf und ab laufend war eine seiner Antworten: Politische Theorie fragt nach der Legitimität von Herrschaft. Das hat sich mir eingeprägt. Nicht, dass ich unbedingt einverstanden gewesen wäre. Legitim hin oder her – es dürfte doch auch etwas weniger sein? Oder gar keine Herrschaft?

Einige Wochen später habe ich mich erinnert. Da war doch etwas. Wolf-Dieter Narr hatte mir vor vielen Jahren erzählt, er habe ein Buch über Herrschaft geschrieben. Aber dann habe er es weggelegt, weil sein Verleger... Wienerisch inspiriert hat mir das Ende der Geschichte nicht gefallen, und ich habe Wolf-Dieter nach dem Manuskript gefragt. Doch, das gebe es. So um die dreihundert Seiten. Ich könne es haben.

Dann hat es gedauert. Mehrere Erinnerungen meinerseits und eine erst vergebliche und dann erfolgreiche Suche seinerseits. Im September 2012 hat er es dann zur Jahrestagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie (zum Verfassungsschutz und wie er streitbare Demokratie gefährdet und schützt) mitgebracht. Ich bin mit bangem Gefühl nach Hause gefahren. Dreihundert wiedergefundene Seiten – und womöglich gibt es sie gerade nur dieses eine einzige Mal – in der gelben Eckspannmappe in meinem Rucksack. Zeit, das zu ändern. Und mich auf ein närrisch-winterfeldsches Abenteuer einzulassen. Da kommt mir das Einsteigen in den Wolf-Dieter gleichen und ungleichen Fluss gerade recht. Wegen dem Wasser, sowieso.

Uta v. Winterfeld

Kapitel I
Jeder und Jedem ihre oder seine »Theorie«?*

Viele Arten gibt es, sich zur »Wirklichkeit« zu verhalten. Deren verschwindend kleiner Teil sind wir selber. Die meisten gehen und nehmen das als »wirklich«, was sie täglich erleben, was auf sie einströmt, was sie interessiert und was sie daran hindert, ihren Interessen nachzugehen. Ihre Freuden, ihre Langeweile, ihre Probleme, ihre Leiden – das ist »ihre Wirklichkeit«. Dabei gilt schon: Wer wüsste genau, worin ihr Interesse besteht. Bedürfte es dafür nicht doch eines auch theoretisch ermittelten Wissens? Gottfried Benn rät schlicht:

»Nur nicht fragen,
nur nicht verstehn,
den Himmel tragen,
die weitergehn.«

Theorie und Wirklichkeit

Die Meinung vieler, heimlich schon eine »Theorie«, scheint heute zu sein, jede Interpretation sei zulässig: eine Vielfalt von Perspektiven, Diskursen, Interessen... Der eine sieht diese, die andere versteht jene »Wirklichkeit«. »Alles geht!« Endlich kann man methodisch verbindliche Schnürschuhe ausziehen! Endlich sei im individualistischen Anarchismus eine »freie Wissenschaft für freie Menschen« zu begründen.[2] Jede und jeder wählt ihren »Diskurs« oder seine Wirklichkeitsanschauung. »Verbindlichkeit?« Dieser Ausdruck klingt alteuropäisch. Er ist nicht mehr zeitgemäß. All das, was als Erfahrung, grauhaarig gesträhnt, behandelt worden ist, wird von den »Furien des Verschwindens« gehetzt. Selbst für die einzelnen Personen löst sie sich auf in eine Kette gemischter Ereignisse. Sie stiftet keine Kontinuität. Die Ereignisse verlieren ihren Zusammenhang. Wie viel mehr aber gilt diese Beobachtung für die modernen Gesellschaften, interessenzerstückelt und flexibel, wie sie sind. Flexibilität und Mobilität werden bildungs- und arbeitsmarktpolitisch geradezu aufgeherrscht (vgl. den »Bologna Prozess«). Der Stress, die »Identität« zu bestimmen, die Suche nach den immer erneut verlorenen und

* Die gendersensible Sprache betreffend sind wir eigenwillig und halten uns nicht an das im Verlag übliche große I. Siehe auch Anmerkung 132 auf der Seite 161.

[2] Vgl. Paul K. Feyerabend, Erkenntnis für freie Menschen, Frankfurt/M. 1980. Siehe auch Maurice Schuhmann, Radikale Individualität. Zur Aktualität der Konzepte von Marquis de Sade, Max Stirner und Friedrich Nietzsche, Bielefeld 2011.

nie richtig besessenen Eigenarten, werden angesichts der Ereignishektik verständlich.[3] Eine modische Selbsterkenntnis verliert die nächste.

Reicht es nicht aus, dass man weiß, wo der eigene Maßstab liegt: im Subjekt, im eigenen »Bauch«? Wozu die Suche nach erklärenden und Ordnung gebenden Übervätern und Übermüttern. Haben sie nicht allzu lange und entfremdend geherrscht?

Welche Geschichte negativer Erfahrung erführen wir, ließen wir die Arroganz und Vermessenheiten der »großen Theorien« und ihrer Vertreter vor uns abrollen:

Blickt man auf über 200 Jahre »Französische Revolution« zurück, liegt der Zusammenhang zwischen »Theorie« und Terreur nahe. Ein, freilich schon zeitgenössisch willkürlich erkanntes, zum Maßstab erhobenes Konzept wurde der widerstehenden gesellschaftlichen Wirklichkeit zeitweise aufgenötigt. Es geschah das, was eine »angewandte Abstraktion« genannt worden ist. Ein abstraktes, also ein an spezifischen Eigenschaften armes Konzept wird unvermittelt der Fülle von Besonderheiten, Adligen, Bürgerinnen, Bauern und Armen übergestülpt. »Die Tugend soll«, so verkündete der Jakobiner Robespierre, »durch den Schrecken herrschen.« Die sperrige Wirklichkeit, zuerst die sperrigen Menschen sind kopfkürzer zu unterwerfen.[4] Theorien über »die« Wirklichkeit und »die« Zukunft rasten immer erneut zu menschenschröpfenden Ersatzwirklichkeiten aus. Nationalsozialismus und Stalinismus bilden nur zwei herausragende Exempel. Was wurde nicht alles im Namen verheißungstrunkener Theorien geplant, getan, unterdrückt, ermordet und ausgerottet. Der Genozid begleitet auch ihretwegen die neuere Geschichte bis in die »Modernisierungen« unserer Tage.

Theorie und Praxis

Was hätten Theorien anders erbracht? Dort, wo sie nicht terroristisch, wie abstrakte kanonische Regeln ausgrenzten und abschnitten, was nicht zu ihnen passte, dort haben sie meist nur enttäuscht. Haben Theorien dazu verholfen, die Praxis zu verbessern, sie als aufgeklärt-vernünftige ermöglicht? »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*«, so formuliert der junge Marx in der 11. Feuerbach-These, »es kömmt darauf an, sie zu *verändern*«. Ist Theorie etwa zum Kopf der Hand und ihren Augen geworden?

---

[3] Siehe W.-D. Narr, Identität als (globale) Gefahr. Zum Unwesen eines leeren Wesensbegriffs und seiner angestrebten Befindlichkeiten, in: Walter Reese-Schäfer (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen 1999, S. 101-128.

[4] Gar nicht genug gepriesen werden kann Georg Büchners dramatische Bearbeitung des Stoffs in »Dantons Tod«: sprachlich, dramatisch, dokumentarisch und in seiner politisch-humanen Qualität.

Nicht allein in der marxistisch-sozialistischen Tradition wird auf Theorie als Vor- und Zuarbeit zu einer aufgeklärten Praxis gesetzt. Die Praxis hat Vorrang. Aber sie bedürfe der Theorie. Analytische Arbeit hat den verhüllenden Nebel verbreiteter und fortlaufend erzeugter Ideologien zu lichten. Sie hätte die herrschenden Zusammenhänge zu erklären, um sie in ihren Brüchen sichtbar zu machen und ihren Zusammenbruch zu fördern. Theorie sollte, wenn schon nicht utopische Entwürfe leisten, so doch die Richtung der Alltagspraxis voranleuchten. Vor allem sollte sie mobilisieren.

Was ist aus den meisten Hoffnungen praktischer Aufklärung geworden? Auf gesellschaftliche Veränderung zielende Konzepte sind im Stalinismus blutig versackt und im Nachstalinismus bürokratisch kostenreich erstarrt. Wer wollte noch »große Theorien«, wenn sie sich als große Lügen herausstellen. Kein nachfolgender Humanismus kann solchen Terror rechtfertigen.[5] Vor allem aber: Die veränderungserpichten Theorien hatten »die Massen« nicht ergriffen. Es sei denn, als anderes Opiat. Theorien wurden nicht zum allgemeinen Gut, das motivierte, das Handeln anleitete. Sie gerannen allenfalls zum perversen Herrschaftsmittel.

Theorien also erzeugen den Geschmack der Vergeblichkeit in ihrem Mund. Allenfalls vortheoretisch wurden sie von der Hoffnung getragen und beflügelt, die »Geschichte sei mit ihnen«, ihre Entdeckungen zeigten die Morgenröte eines sonnig-hellen Tages. Gerade theoretisch systematisierte Einsichten und die schlimmen Erfahrungen mit »praktisch« gewordenen »Theorien« lassen Annahmen, Geschichte entwickle sich aufgrund ihrer allgemeinen Dynamik zum Besseren (Evolution), verwelken. Theorie hat nur eine Chance als kritische, indem sie Verhältnissen, Verstocktheiten, »Strukturen« in ihrer Entstehung und ihren Wirkungen auf den Grund ihrer Ursachen, ihrer Bedingungen, ihrer Interessen und Folgen geht. Selbstverständlichkeiten und Selbstverständnisse sind mit Fragen zu zersetzen. Indem man auf diese Weise theoretisiert, werden einem die gegenwärtigen Umstände und Bedingungen bewusst, in deren Kontext man lebt.

Die Absicht, die Kluft zwischen Theorie und Praxis aufzuheben, begleitet das, was wir unter Moderne verstehen, von Anfang an. Ständische Gesellschaften verloren ihren Naturgrund; Mann wurde nicht mehr ein Leben lang in seinen Stand geboren, der alle Lebensbereiche umfasste. Frau erfuhr ihre Emanzipation erst in kräftigen Ausmaßen seit dem 19. Jahrhundert, abgesehen von vorausweisenden Spurenelementen insbesondere in »höheren Ständen«. Abgesehen von Finnland

[5] Siehe zur nach wie vor aufregenden Lektüre Claude Merleau-Ponty, Humanismus und Terror (Berlin 1993). Die Annahme heilsgewisser Evolution/Revolution, die Opfer vorab rechtfertige, war von vornherein nicht zu halten. Das, was oben in einem Strich von Marx' Feuerbachthese bis zum Poststalinismus gezogen worden ist, ist theoretisch-praktisch wie im historischen Verlauf nur radikal verkürzt zulässig, weil es einleitend darum zu tun ist, eine immer präsente Gefahr zuzuspitzen. Besagter Strich wird den humanistischen Zielen, Motiven und Wirkungen nicht gerecht, die allgemein in sozialistisch-kommunistischen Bewegungen steckten und weiterhin stecken können. Er kappt vor allem Marx'/Engels' Bedeutung bis zur Unkenntlichkeit ab.

wurde in den größeren westeuropäischen Ländern und in Deutschland erst nach dem Ersten Weltkrieg das Recht der Frauen, zu wählen, legalisiert. Vor- und rückwärts entstanden Natur- und Gesellschaftswissenschaften ohne theologisch-anthologische Bindung meist noch in philosophischen Formen. Zusammen mit merkantilistischen und frühkapitalistischen Produktionsformen wurde die Machbarkeit potentiell aller Dinge vor der »Great Transformation« quer durchs 19. Jahrhundert entdeckt.[6] Damit wurde der potentiell alle Felder menschlicher Aktivität mit neuen Erfindungen expansiv schaffend umschaffende Zusammenhang von Theorie und Praxis in Gang gesetzt. Es ist kein Zufall, dass insbesondere zu Beginn einer frühen Idee der Planbarkeit frühneuzeitlichen Utopien konstruiert werden. Zuerst weniger wie heute rund um »Innovationen« beispielsweise informationstechnologischer oder biologisch-medizinisch-genetischer Art. Die Utopien am Beginn strebten eher einen neuen Menschen in neuer Gesellschaft an. Die Entdeckung Amerikas, die Eroberung und Besiedlung der Neuen Welt, wie das Gesamt der neokolonialen Expansionen fällt nicht zufällig in diese Periode. Das Tandem Theorie-Praxis, das seitdem die Welt mit zunehmender Geschwindigkeit durchradelt und zwischenzeitlich keinen Flecken der Erde und menschlichen Lebens mehr auslässt, wird während verschiedener Zeiten und auf unterschiedlichen Feldern einmal eher von der Praxis – induktiv –, einmal eher von der Theorie – deduktiv – geführt. Nur in den im 19. und 20. Jahrhundert vor allem sprungartig entwickelten Natur- und den bald eigenständig nachfolgenden Technikwissenschaften rücken sie bis zur Gleichartigkeit enger zusammen. Auch das nicht durchgehend. Ansonsten lässt sich beweisen, dass die später von Marx verheißene Utopie, Theorie könne aufgrund ihres angemessenen Verständnisses der Wirklichkeit spätestens postkapitalistisch mit der Praxis nahezu identisch werden, nicht zum Topos werden kann. Das kann nicht der Fall sein, weil das Wissen um die »Bewegungsgesetze« der Entwicklung – »Evolution«, gar »Revolution« – infolge der Fülle der wirksamen, nicht primär kausal isolierbaren Faktoren und ihrer darum nicht eindeutig bestimmbaren Dynamik, nie im Sinne eines abstrakten Planquadrats begriffen und umgesetzt werden kann, von der begrenzten Berechenbarkeit der »Masse Mensch« und der Individuen zu schweigen.

Die bleibende Spannung und immer erneut katastrophische Verfehlung, die sowohl bei technischen Projekten vor allem beträchtlicher Größe gilt, wie und mehr noch bei sozialen Vorhaben, hängt aber nicht nur mit der mangelhaften Kalkulierbarkeit solcher Unternehmungen zusammen – trotz der stupenden Zunahme der maschinen-geförderten Berechenbarkeit.[7] Die Grenze des Planbaren hat mit der Eigenart der Menschen zu tun, mit ihrer nicht planerisch fixierbaren Vorstel-

[6] Vgl. Max Webers berühmte Vorrede zu: Protestantische Ethik und kapitalistischer Geist, München 2013 (siehe auch Anm. 45); vgl. Karl Polanyi, The Great Transformation, Frankfurt/M. 1973.

[7] Siehe Charles Perrow, Normal Accidents. Comments on High Risk Technologies, New York 1986. Obwohl die stofflichen Darlegungen – KKW in New York Three Miles Island –

lungskraft, die ihrerseits mit der nur gewaltsam vorübergehend aufherrschbaren Fixierbarkeit ihrer gesellschaftlichen Ordnungen zusammenhängt. Ein Frostspalt, in dem Wasser friert und eine gegebene feste Form sprengt – und sei's erst nach vielen Jahren –, ist unvermeidlich. Insofern »siegt« Kritik über betonierte Sicherheit.

Theorien sind nicht über einen Leisten zu schlagen

Staunenswerte Erklärungen von Himmel und Erde gibt es von uns bekanntem Anfang an. Gerade astronomische Einsichten erstaunen früh. Systematisch gefügte Behauptungen oder Thesen, Theorien also, sind von den im Laufe der Neuzeit organisierten Wissenschaften nicht wegzudenken. Die Naturwissenschaften haben sich in europäisch-angelsächsischen Zusammenhängen erst im Laufe des 19. Jahrhundert von Theologie und Philosophie getrennt. Bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts waren sie an der Universität Tübingen Teil der philosophischen Fakultät. Da aber selbst die methodisch am striktesten ihrer Fachlogik gehorchenden Wissenschaften »ihre« und »unser alle« Wirklichkeiten mitschaffen, bleibt nichts anderes übrig, als sich mit ihren theoretischen Gründen und Prämissen auseinanderzusetzen. Der Singular mit bestimmtem Artikel: die Wissenschaft, bis heute eine immer wieder gebrauchte Scheidemünze, versieht alle in ihr wie eine Einheit aufgehobenen Wissenschaften mit einer anscheinhaft gemeinsamen Aura: der Wahrheit. Als sei diese wissenschaftsontologisch, also nach der Logik des Wissenschaftsseins, vorgegeben oder als strebten Wissenschaften einheitlich eine abstrakte »Wahrheit« mit vergleichbaren Logoi ihrer Methoden an, ausgewiesen durch ihrerseits vergleichbare »Probiersteine der Wahrheit« (Immanuel Kant). Im Unterschied zum – vor allem von Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaften (im heterogenen Plural) geteilten – »Gemeinverstand« verdanken alle Wissenschaften ihren Erfolg ihren theoretischen, neuerdings meist technologisch beförderten Konstruktionen, den vorempirischen Annahmen (Axiomen), nicht zuletzt über das Segment der Wirklichkeit (oder Virtualität), auf das sie sich primär beziehen sowie den methodischen Instrumenten, mit denen sie ihre »Wirklichkeiten« zurichten.

Vor allem aber trifft zu: Wir alle gieren bewusst oder unbewusst nach Theorien. Man hat dann eine Erklärung wenigstens für den Augenblick in der Tasche. Die diversen Modewörter und Modeformulierungen, die in anderen Sprachen ihre Entsprechung finden oder in ihnen, vor allem der lingua franca unserer Tage in Englisch phrasiert sind, geben die unablässige Suche nach Theorie(n) preis. Von »authentischen« Erscheinungen, Erfahrungen, Berichten, Hinweisen sind wir ge-

---

lange zurückliegen, sind die analytisch begründeten Bewertungen angesichts der Zunahme von Riesenprojekten nicht zuletzt im informationstechnologischen Bereich aktuell wie ehemals.

radezu umstellt. Diese Authentizitäten gewinnen gerade dort an Rang, wo keine konventionell gegebene Sicherheit über »Echtes« und »Unechtes«, »Wahres« und »Falsches« vorhanden ist. Wo wäre der »authentische« Grund, worauf ich selbst zu stehen vermöchte? Ebenso weist die Suche, »sich selbst einbringen« zu können, »sich selbst wieder zu finden« und der gesamte Kult der »Betroffenheit«, des »Betroffenseins« auf gründliche Unsicherheiten und entsprechende Fahndungen nach »authentischen« Haltepunkten hin. Die immer wieder eingeläuteten »Sinn- und Orientierungskrisen« geben darüber ebenso Auskunft wie die Fundamentalismen, in die die einzelnen stürzen wie in einen drogenhaltigen Sumpf.

Halt an den Theorien – Menschliches Verstehenwollen und Verstehenmüssen

Theorien könnten gebraucht werden, um sich zurecht zu finden. Damit man den eigenen Ort ausmachen könne, an dem man sich befindet. Damit man zu erfahren und zu lernen vermöge, um bewusst(er) zu handeln und die wie lästige Fliegen wiederkehrenden Fragen beantwortet werden können. Sie summen und summen und irritieren und irritieren:

»Halte dich still, halte dich stumm
nur nicht fragen warum, warum
nur nicht mächtige Fragen tauschen
Antwort ist doch nur wie Meeresrauschen...
Wie's dich auch auszusteigen treibt
die Suche, das Rätsel, die Frage bleibt.« (Fontane modernisiert)

Wenn vieles zu riesig, kompliziert erscheint und ohnmächtig macht, bleibt nur noch die Reduktion durch Vorurteile. Ersatzverständnisse nehmen Platz. Oder wir halten uns an Konventionen fest, die nicht mehr erkenntliche Alltags-Theorien darstellen. Der Vorgang, den man Identifikation nennt, wird zur eigenen Notwendigkeit. Man setzt sich mit einer »Theorie«, einer Person, etwa einer (»großen«) Politikerin oder einem Staat gleich. Als würde man durch sie verkörpert. Als sei man mit ihnen »identisch«. Man projiziert, überträgt eigene Mängel und Möglichkeiten negativ und positiv auf andere Menschen, auf Einrichtungen und ihre Repräsentanzen. Stellvertreter-Sinn wird zum eigenen Sinn. In der eigenen Wirklichkeit und Wirksamkeit ist derselbe verloren gegangen.

Gerade in Vorurteilen und Ersatzsinn kommt ein eigenartig menschliches Verlangen zum Ausdruck. Verstehen zu können ist lebensnotwendig. Die Umstände und Hintergründe sollen durchschaut werden. Auch die Zukunft möchte man durchdringen. Unsere Verleugnungen, die in Form von Selbst- und Fremdtäuschungen dichtgewoben von uns fortgesponnen werden, sind nur Belege dafür, dass wir uns »unsere Wirklichkeit« irgendwie zurecht machen. »Wirklichkeit« könnte gar nicht verneint und (selbst-)täuscherisch verhangen werden, wenn die Möglichkeit, sie wahrzunehmen nicht prinzipiell (in uns) vorhanden wäre.

In einem aristotelischen Sinne sind wir alle Wesen, die »Vernunft« haben, ja deutlicher noch: Wir suchen Sinn. Wir schaffen ihn täglich selbst oder übernehmen abhängig vorgesetzten. Darin besteht der Abgrund von Herrschaft: Das Leben kann sinnlos (gemacht) werden. Der soziale Tod tritt ein, bevor jemand physisch stirbt. Viele physischen Krankheiten sind in ihrem Ursprung soziale Krankheiten. Die Menschen sind an einem Dauermangel sozial vermittelten Sinns erkrankt. Altersdemenzen sind davon eine häufige Erscheinungsform. Viele Formen der »unerklärlichen« Gewalt von Jugendlichen sind auf Defizite sozialer Anerkennung zurückzuführen. Solange wir von Menschen wissen, haben sie Mythen gedichtet und dargestellt. Sie haben »Welt« erklärt und in dieser Welterklärung sich selbst und ihre Gesellschaften eingerichtet. Gesellschaften sind deswegen immer zugleich institutionelle Formen von wechselnden Welterklärungen. Sie unterscheiden sich in ihrer »Weltanschauung« und deren gesellschaftlichem Gebrauch (der möglichen Missbrauch von Anfang an einschließt).

Theorien – notwendig und notwendig begrenzt

Von »Theorien« haben wir bisher in sehr loser Weise gesprochen. Wir haben alle Arten, sich »Wirklichkeit« zurecht zu legen, sie sinnhaft zu interpretieren, vermischt mit dem, was wir heute wissenschaftliche Theorien nennen. Das sind Konstruktionen von in sich möglichst konsistenten Annahmen und Annahmesystemen, etwa mathematischen Axiomen über zunächst konstruierte Zusammenhänge, über Abhängigkeiten und Funktionen.

Es gibt einen umfangreichen »Wust« von Theorien. Diese können sich widersprechen. Gleicherweise ist ein Wust von Missverständnissen über Theorien und ihre Leistungen zu beobachten. Dem schließt sich ein Wust von Bräuchen und Missbräuchen von Theorien an. Es gibt die genannten Arten und Unarten nur im Plural.

Vor allem Aussortieren gilt es festzuhalten: Nach dem, was wir über uns selbst und unsere Geschichte wissen, sind wir insofern mit allen anderen Menschen geschichtlich und gegenwärtig gleich, als wir anthropoi theoretikoi sind: Menschen, insoweit wir theoretisieren. Menschen gehen nicht im Augenblick auf. Nietzsche hat diese Unfähigkeit im Vorwort zu »Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« plastisch, metapherntrefflich beschrieben. Wir werfen zeitliche Schatten. Die Not zur Theorie, die Notwendigkeit des Theoretisierens sind historisch anthropologisch begründet.[8] Unsere Instinkte bestimmen nicht vollkommen und

[8] Vorsicht gegenüber allen Behauptungen: »der« Mensch »ist« oder »die« Menschen »sind«. »Der Mensch an sich ist feige…«, sang die Berliner Sängerin und Schauspielerin Hildegard Knef nach 1945 einst mit ihrer rauchigen Stimme. Wir müssen allemal aus verschiedenen Quellen schöpfen und sie analytisch, auch durch theoretische Konstruktionen zugänglich machen, um möglichst viel aus verschiedenen Perspektiven und mit diversen Methoden herauszufinden, wer

rundum. Unbestimmtheiten, Wahlchancen sind gegeben (»Kontingenz«). Zeitlichkeit markiert nicht nur das äußere Tun, Leben und Sterben als endlichen Verlauf. Zeitlichkeit dringt in alle Poren; mehr noch: Sie steckt schon immer in allen Poren unseres Sinnens und Trachtens. Sie äußert sich noch im Verlangen nach »Ewigkeit«. Wir atmen durch die Poren der Zeitlichkeit. Wir sind zugleich räumlich materiell verortet unbeschadet des Cyberspace, genauer mit ihm zusammen.

Dann aber und zugleich gilt: Das, was uns umgibt, das, was uns selbst ausmacht, ist unübersichtlich. Diese Unübersichtlichkeit erneuert sich, solange nicht alles bestimmt ist. Wir sind zu keinem spontanen rundum geltenden Aha-Erlebnis in der Lage. »... und siehe, wenn der Schleier fällt, herbstkräftig die gedämpfte Welt...«, dichtet Eduard Mörike in seinem Herbstgedicht. Wir wissen nicht auf einmal und nie auf einmal alles. Also müssen wir »die« Wirklichkeit als unsere Wirklichkeit jeweils neu erarbeiten und erahnen. Wir entdecken Zusammenhänge. Jedenfalls legen wir solche Zusammenhänge in »die Dinge« und in unser Verhalten hinein. Sonst kämen wir übers Staunen nicht hinaus. Sonst könnten wir solches Staunen einander nicht einmal mitteilen. Wir geben erkennend »Sinn«. Erkennen ist also nichts anderes als eine Art zu handeln. Auf die erkannten, wenigstens insgeheim wahrgenommenen Zusammenhänge wird von Anfang an instrumentell eingewirkt. Indem sie für den Menschen genutzt, indem sie wiederhergestellt und erneuert, indem sie von allem uns bekannten Anfang an ausgebeutet werden. Siehe den Umgang mit der nie nur äußeren Natur. Sie korrespondiert der unseren. Diese erfahrenen, erlittenen und erlebten Zusammenhänge eröffnen Chancen. Aber diese Zusammenhänge wirken auch verstanden und unverstanden in verschiedener Mischung als Drohungen. Ängste vor dem Halb-Bekannten, dem Unbekannten, Ängste vor den allemal vorhandenen oder dunkel geahnten Möglichkeiten machen sich breit. Die »Schule der Möglichkeiten« etabliert den »Begriff der Angst« (Sören Kierkegaard).

Darum die dauernde, durch Nöte, Chancen und Ängste aufgenötigte Suche nach »Wirklichkeit«. Man will sich, man muss sich ein Bild machen, Muster erkennen. Dementsprechend ist eine Art urtümliches und immer gegenwärtiges theoretisches Motiv vorhanden: Sachen, Ereignisse und Zusammenhänge zu durchschauen.

---

und was »der« Mensch ist, bis zur neuerlichen Humangenetik, Hirnforschung u.ä.m. Es lohnt vor allem, sich der Menschen in der Fülle ihrer historischen Erscheinungen anzunehmen. Dem widmet sich das, was man Historische Anthropologie nennt, sie scheint mir am ertragreichsten (vgl. W.-D. Narr mit Dirk Vogelskamp, Trotzdem: Menschenrechte!, Hrsg. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2012).

Herrschende Theorien – entscheidend ist die Durchsichtigkeit ihrer Konstruktionen

Angesichts des existentiellen Bedürfnisses nach Theorie versteht es sich von selbst, dass Theorien von einseitig interessierten, herrschaftlich inspirierten Zwecken gebraucht worden sind und werden. Bunte Scharlatane quer über die Zeiten haben sich des Theoretisierens angenommen. Sie haben ein Geschäft daraus gemacht. Aus versuchten Welterklärungen werden Welt*ver*klärungen. Aus dem Versuch, sich »Wirklichkeit« zueigen zu machen, wird die Erzeugung von Dunkelbildern und entengleichen Tiefengrundeleien, die klares Wasser verschlammen. Theorien werden zu Instrumenten umgestaltet, die mit Hilfe dogmatischer Konstruktionen »der« Wirklichkeit Menschen beherrschen. Ihnen werden selbst noch ihre eigene Phantasie und ihr eigenes Vermögen, Welt zu klären, geraubt. Kanon und Konvention treten an die Stelle. Deswegen ist es nie genug, die Beherrschung von Menschen aufklären, also durchsichtig machen zu wollen. Theorien sind von Anfang an selbst als Herrschaftsmittel zu durchleuchten. Dieses Erfordernis gilt gleichfalls für diejenigen unter den Theorien, die behaupten, Herrschaft aufklärend aufheben zu wollen.

Seit dem Beginn der Neuzeit wird vor allem die Folge Theorie-Technik zum Gegenstand des Interesses. Der homo faber, der konstruierende und technisch »die« Wirklichkeit bearbeitende und verändernde Mensch und seine Unternehmungen dirigieren die Art theoretischen Arbeitens. Theorien werden selber technisch instrumentell und setzen in wachsendem Maße technische Instrumente der Erkenntnis zu ihrem weiteren Fortschritt voraus. Wenn deswegen geradezu von einem »Theoretischen Zeitalter« gesprochen wird, kann dieser Ausdruck wechselweise mit demjenigen des »Technischen Zeitalters« verwandt werden. Erkennen, um rekonstruieren und dann konstruieren, sprich neue »Wirklichkeiten« schaffen zu können, lautet die dominierende Abfolge. Diese instrumentell kreative Sicht ist expansiv. Einer Theorieform allein wird das Feld überlassen, andere Erkenntnismöglich- und -nötigkeiten werden an den Rand gedrängt. Fragwürdig ist die theoretische Hegemonie, weil ihre Interessen und die ihr zugrunde liegende, von ihr beförderte »Rationalität« nicht aufgedeckt werden.

Dass aber Theorie(n) so vielfältig gebraucht werden können, erklärt sich aus einer sich steigernden Ungewissheit. Nicht nur das, was »wirklich« wirklich ist, versteht sich nicht von selbst. Die sprachspielerische Tautologie verrät's. Gerade Theorien, die uns über das »Wirkliche« verbindlich aufklären wollen, sind in ihren Voraussetzungen, Verfahren und Ergebnissen bzw. der Umsetzung dieser Ergebnisse alles andere als eindeutig. Theorien verfehlen das, was als »Wirklichkeit« erkannt werden kann, unvermeidlicherweise.

Weil theoretische Aufklärung Sonnenflecken im dunklen Wald gleicht, ist eine Pluralität von Erklärungen möglich. Aus diesen Gründen kommt es darauf an, die Konstruktionsprinzipien von Theorien deutlich und klar herauszuarbeiteten.

Wer von Theorie spricht, wer Theorien formuliert und die Methode des Theoretisierens nicht durchsichtig macht, kann nicht behaupten, Menschen aufklären und zu ihrer Selbstverständigung beitragen zu wollen.

Herrschaft mit Hilfe von »Wissen« wurde niemals stärker praktiziert, als es heute der Fall ist. Bestimmte Formen der Wissenschaft, der Wirklichkeitsdefinition und -darstellung sind zur gesellschaftlichen Produktivkraft schlechthin geworden. Zu den Kriterien, die den Ausschlag geben, gehören kontextfreie Genauigkeit in kleinsten, nicht mehr sichtbaren und im Zusammenhang rekonstruierbaren Bausteinen auf der einen Seite und das Gesetz der großen Zahl auf der anderen Seite. Die medizinischen Wissenschaften, längst keine Medizin als Einheit mehr, bieten dafür unanschauliche Beispiele, die sich zusammensehenden Urteilen entziehen.

Ein theoretisches Kontinuum qualitativ verschiedener Theorien

Nach wie vor benutzen wir einen ziemlich ausgeleierten Theoriebegriff, einen, der selbst noch nicht begriffen ist. Obwohl nicht wenig über die Zeiten und ihren »Geist« gelernt werden könnte, verzichten wir darauf, unterschiedliche Theoriebegriffe historisch einander folgen zu lassen und sie in ihrer Bedeutung zu kommentieren. Gleicherweise sehen wir davon ab, möglichst klar und eindeutig zwischen einem Feld-, Wald- und Wiesenbegriff der Theorie und einem »wissenschaftlichen« zu unterscheiden, so er einheitlich bestehen sollte. Eine definitorische Vorweg-Trennung bärge die Gefahr in sich, Wissenschaft als »reine« vorab zu retten. Man könnte nicht verstehen, dass die theoretischen Vorstellungen, ob sie nun als wissenschaftliche Theorien bezeichnet werden oder eher Interpretationen oder Weltanschauungen u.ä.m. darstellen, auf einer Art Kontinuum angesiedelt sind. Sie unterscheiden sich z.T. beträchtlich. Aber sie sind nicht in halbwegs eindeutige Segmente zu trennen. Sie verhalten sich zueinander, gehen ineinander über, sie weichen voneinander ab. Sie sind jedoch nur durch Schattenlinien unterschieden. Sie enthalten in verschiedener Mischung Elemente der anderen. Von der religiösen Offenbarung, dem Mythos über das Modell bis zum axiomatisch fundierten Konstrukt.

Einige Beziehungen, durch die Theorien in ihrer Verschiedenheit gekennzeichnet sind, wollen wir aufreihen und knapp erläutern. Aus ihnen lassen sich erste Kriterien gewinnen, um besser unterscheiden zu können, mit welcher Art von »Theorie« man es jeweils zu tun habe. Eher einzuschätzen ist gleichfalls, ob und wie im jeweiligen Theorie-Genre bessere von schlechteren Theorien geschieden werden können.

a) Zu allererst ist *das Verhältnis »Theorie« – »Wirklichkeit«* (Hervorhebung von mir, WDN) zu erwähnen. Keine Theorie erschafft die Wirklichkeit aus dem Nichts. Wir haben gelernt, dass Träume nicht nur Schäume sind, Phantastereien materielle Motive besitzen und Lügen über ihre Besitzer und deren Adressaten

mehr Wahres aussagen, als ihren Verehrern lieb sein dürfte.[9] Selbst in extremen Fällen erzählen alle Arten von Konstruktionen über die Menschen und ihre gesellschaftlichen Bedingungen.

Dennoch gilt: Selbst das, was wir als »harte Tatsachen« bezeichnen, auf die wir bauen – und die modernen Naturwissenschaften und wir alle, ihre Jüngerinnen und Jünger, leben geradezu von einer »Trunksucht des Tatsächlichen« (Robert Musil) –, selbst das, was wir anfassen können, ist selten eindeutig in seiner Bedeutung zu begreifen. Jeder anerkannten Tatsache wohnt eine »Theorie« inne. Sie enthält die Gründe für ihre Anerkennung. Jede Information, jedes Datum lebt von ihrem bzw. seinem interpretatorischen Hintergrund. Erst dann bedeuten Informationen und Daten etwas. Darum bleibt das Reden von der »Informationsgesellschaft« zunächst leer. Wissen im Sinne von Verstehen wird durch die schiere Quantität von nicht gerichteten Informationen regelrecht erdrückt. In diesem Sinne schreibt Gadamer: »So rühren wir hier an die Wurzel dessen, was wir ›Theorie‹ nennen dürfen: Sehen dessen, was ist. Das meint nicht die Trivialität der Feststellung von tatsächlich Vorhandenem. Auch in den Wissenschaften definiert ja die ›Tatsache‹ nicht als das bloße Vorhandene, das man durch Messen, Wägen, Zählen festmacht. ›Tatsache‹ ist vielmehr ein hermeneutischer Begriff, das heißt, stets bezogen auf einen Zusammenhang des Vermutens oder Erwartens, einen Zusammenhang des forschenden Verstehens komplizierter Art. Nicht ganz so kompliziert, aber umso schwerer zu leisten ist es in der Lebenspraxis eines jeden, zu sehen, was ist, statt dessen, wovon man wünschte, daß es sei. Die grundsätzliche Ausschaltung von Vorurteilen, die die methodische Wissenschaft vom Forscher fordert, mag ein mühevoller Vorgang sein, sie ist immer noch leichter als die aus dem eigenen Selbstgefühl des einzelnen oder derer, denen er zugehört und auf die er hört – Gruppe, Volk, Kultur – ständig neuaufsteigenden Illusionen zu überwinden und zu sehen, was ist. Das Geheimnis der Herrschaftsausübung, die Dämonie der Macht und ihr Gegenpol, die Weisheit politischer Verfassung, liegt hier verborgen.«[10]

Wieweit aber kann der »schaffende Spiegel« der Theorie selbst berechnet werden? Schafft nicht die Theorie, wo immer sie unser Erkennen zu beeinflussen vermag, die ihr passende »Wirklichkeit« gemäß einer sich selbst erfüllenden Prophetie, der schon Kassandras mythische Figur erlag?

b) Theorien, und seien sie als Offenbarungen empfangen, mystisch und mythisch, verborgen und in ferner Vorzeit, werden von Menschen weitergesagt und vertreten. Sie sind ihr Ausdruck. Zugleich enthalten Theorien Vermutungen und Aussagen über »Sachverhalte« außerhalb derjenigen, die sie formulieren. Sie bean-

[9] Als ein peinvolles Exempel der Wahrheit in Lügen vgl. Peter Weiss, Ermittlung. Oratorium in 11 Gesängen, Frankfurt/M. 1965. Weiss vergegenwärtigt eine perverse und zugleich höchst »normale« Quintessenz des Auschwitz-Prozesses und seiner Tatzeugen.

[10] Hans-Georg Gadamer, Lob der Theorie, Frankfurt/M. 1983, S. 47f.

spruchen Geltung als Feststellungen und Erklärungen über »Objekte«. Wie aber ist das *Verhältnis des theoretisierenden Subjekts und seiner »Objekte«* gestaltet? Wie kommt das Subjekt dazu, Aussagen über andere Menschen, über Dinge, über historische und zukünftige Sachverhalte zu formulieren? Besteht hier nicht eine unüberbrückbare Kluft, ein hiatus irrationalis, wie Max Weber sie nannte, die der Erkennende nur gemäß seiner Interessen willkürlich zu überbrücken vermag? Ist er kontrollierbar mit Methoden und Evidenzen jenseits seiner eigenen? Wieweit kann aber das erkennende Subjekt seiner selbst sicher sein? Seine Einheitlichkeit und seine Stabilität sind nur punktuell gegeben.

c) *Theorien sollen und wollen klären* und er-klären, durchsichtig machen, die Bedingungs-, wenn nicht Ursachenverhältnisse ihrer Aussagen nachvollziehen. *Woran aber ist eine Erklärung zu messen?* Welche Erfolgskriterien lassen sich mit welcher Verlässlichkeit angeben? Dass viele einer Theorie zustimmen, mag allein etwas mit ihr als einem Instrument von Herrschaft zu tun haben. Dass eine Theorie und ihre Resultate erfolgreich technisch-instrumentell benutzt werden können, bürgt nicht dafür, dass nicht andere Herangehens- und Erklärungsweisen anders erfolgreich sein könnten. Außerdem: Wer misst den jeweiligen Erfolg, wer bewertet seine Folgeeffekte?

d) Schon Seher alter Zeiten sollten die Zukunft weissagen – aus den Eingeweiden von Opfertieren oder dem Verlauf von Rauchsäulen, die aus verbrannten Opfern vom Altar emporstiegen. Angesichts der Unzuverlässigkeit des Glücks, des Geschicks, angesichts der Willkür desselben – »ohne Wahl verteilt die Gaben, ohne Billigkeit das Glück...« (Schiller) – ist das Bestreben verständlich, Ordnung und Berechenbarkeit in das wendische Dasein zu bringen. Solche Motive haben an Kraft gewonnen, seitdem das, was Menschen zu machen vermögen, enorm zugenommen hat. Wie viel das Machenkönnen umfasst und wie unabwägbar die Zukunft bleibt, davon wusste schon das zweite große Chorlied in Sophokles' »Antigone« (Stuttgart 1955, S. 18):

»Ungeheuer ist viel und nichts
Ungeheurer als der Mensch.«

Welche Voraussagekunst behauptet eine Theorie, welche Probiersteine des wahren Voraussagenkönnens gibt sie an? Wie wird gewährleistet, dass Fehlprognosen nicht dazu führen, die Theoretiker dafür haftbar zu machen? Wie wird dafür gesorgt, dass kassandrische Künste, die Prognosen des Untergangs, den jeweiligen Optimismus der aktuell Handelnden nicht allzu sehr beeinträchtigen?

e) Fast kann man es linear in zeitlich aufsteigender Linie ausdrücken: Je moderner eine Theorie wird, desto mehr ist sie aufs Herstellen ausgerichtet; desto enger rückt sie mit dem Vorgang des Herstellens zusammen; desto weniger verlangt sie nach allgemeiner »Horizonterhellung«. Letztere wird eher unseriösen Populärschreiberlingen überlassen. Ein wenig sollen die von hart-hermetischer Theoriearbeit Ausgeschlossenen auch begreifen. Wie aber verhält sich Herstellen zu theoretischen Einsichten? *Definiert das Herstellungsziel die Einsichten vorab*? Und

was soll allemal hergestellt werden? Wieweit bleibt der Herstellungswunsch dem theoretischen Unternehmen äußerlich, wieweit dringt er in seine methodische Logik, ja in seinen Erkenntnisansatz selbst ein?

f) Je moderner die Orientierung von Theorie auf das gute Leben, die gute Gesellschaft ist, desto herstellungsorientierter und weitgehend von ihr abgelöst gibt sie sich. Von ihr lebte, wenn nicht die Philosophie insgesamt, so doch die »praktische Philosophie« der Antike. Aristoteles steht für diese Ausrichtung wie ein Bergmassiv. Theorien enthalten dann Elemente moralischen Räsonnements. Sie mögen auch von utopischen Entwürfen durchsetzt sein.[11] Auch wenn moderner Theorie, insbesondere dort, wo sie dem dominierenden Königsweg der erfolgreichen Naturwissenschaft nachstrebt, solche normativ-ethischen Elemente zu fehlen scheinen, bleibt die Frage nach wie vor dringlich: Wo sind die orientierenden Bezüge von Theorie und deren Leistungen geblieben? *Gibt es nicht eine Art verborgenen Normativismus* – also eine Ausrichtung an Normen, die »die« Wirklichkeit behaupten – gerade auch inmitten moderner Naturwissenschaft und ihrer verkappten Weltdeutung?

g) So gesehen ist es angezeigt, nach dem *Verhältnis von Theorie und der von ihr mitgeschaffenen Wirklichkeit zur jeweiligen Gesellschaft* zu fragen. Mit einem mehrdeutigen Ausdruck könnte von der »*Lebensbedeutung*« von Theorie gesprochen werden bis hinein in die subjektiven Befindlichkeiten.

h) *Differenzen zwischen Theorien* ergeben sich nicht allein aus den verschiedenen »Verhältnis zu...«-Bestimmungen. Sie resultieren u.a. aus folgenden Unterschieden:

– der Eigenart des »Objekts«. Dasselbe unterscheidet sich, innerwissenschaftlich gesprochen, zwischen Natur- und Sozialwissenschaften auf den ersten Blick hin jedenfalls erheblich;
– des Unterschieds der »Objekt«bestimmung und ihrer unterschiedlichen Geschichtlichkeit;
– der Nähe und der Ferne zu Instrumenten und der Nähe und der Ferne zu einer jeweils neu zu bestimmenden »Praxis«.

Insgesamt gilt: Das Politikum von Theorie kommt in ihrem Verhältnis-Charakter zum Ausdruck. Sprich: Jede Theorie und das ihr eigene Verfahren erfordern auch anders mögliche Entscheidungen und diese zeitigen ihre eigentümlichen Konsequenzen für Wirklichkeitsverständnis und Wirklichkeitsgestaltung. »Politik« aber, so formulierte Hugo von Hofmannsthal einmal, »ist die Verständigung über das Wirkliche«. Zu solchem Politikum und zur jeweiligen Eigenart von Theorie(n) gehört auch die unterschiedlich beantwortete Frage nach den Grenzen solcher Art Verstehenwollens. Begreifen wir, was wir ergreifen? Gilt nur für das

[11] Vgl. die Politeia (üblicherweise falsch als »Staat« bezeichnet) und Platons im Buch 7 erzähltes Höhlengleichnis. Siehe Rudolf Rehn (Hrsg.), Platons Höhlengleichnis. Das Siebte Buch der Politeia. Griechisch – Deutsch, Mainz 2005.

»Ich« Hadrians und unser eigenes, dass es, wie Marguerite Yourcenar berichtet, »der Erklärung« spottet, weil die Gestalt des Lebens nicht plastisch fassbar ist; weil sich die »Landschaft des Lebens aus mannigfaltigem Gestein aufzubauen« scheint; weil sich zwischen dem »was ich bin und dem, was ich tat, ein unermesslicher Abgrund« auftut?[12] Was aber für eine Biographie gilt, das am meisten Konkrete menschlichen Daseins, gilt dies nicht für andere Phänomene ebenso?

Theorie-Facetten

Theorie ist also ein Mehrzweckunternehmen. Wir alle sind Theorieunternehmer. Allerdings gibt es qualitative Unterschiede zwischen den zahllosen Theorien. Jedoch immer sind Theorien voraussetzungsreich. Deswegen gelten folgende Forderungen. Sie belegen Differenzen von Theorien, je nachdem, wieweit sie erfüllt worden sind:

Die erste Differenz besteht im Grad der Explikation. Wird, soweit wie möglich, von denjenigen, die irgendetwas zu erklären vorhaben, mit gläsernen Taschen argumentiert? Dann würden annähernd alle Kniffe kontrolliert werden können.

Die zweite habhafte Differenz ergibt sich aus dem Verhältnis von verstehendem Subjekt und zu begreifendem Objekt. Wie werden das »Subjekt« und das »Objekt« seinerseits fundiert (siehe Kapitel III)?

Der eigenartig methodisch gestiftete Zusammenhang der jeweiligen theoretischen Wirklichkeitssicht als einer spezifisch verdichteten Wirklichkeit ergibt die dritte Differenz. Sie ist neu und neu zu ermitteln. Insofern ist ein normativer Charakter aller Theorie gegeben. Ihre Nicht-Objektivität, ihr geradezu Kant'sches subjektives A-Priori ergeben sich hieraus. Weil »Wirklichkeit« sich nicht von selbst versteht und weil das Verstehen »der« Wirklichkeit alles andere als seinerseits selbst verständlich ist, treffen theoretisierende Menschen und alle diejenigen, die ihnen folgen, in ihrer Art, Wirklichkeit zu erfassen, unvermeidliche, meist in den Voraussetzungen verdunkelte Entscheidungen.

Erklären-verstehen-lernen-bewusst gestalten-rekonstruieren-konstruieren-Bestimmung der Grenzen der Aussagen – in dieser sozialen Handlungssequenz orten alle Theorien, so verschieden sie gerade darin historisch und gegenwärtig sein mögen. Die Qualität von Theorien erschließt sich auf dieser ersten Ebene ihres annähernden Bestimmens durch folgende Fragestellungen: Welche Kriterien werden dazu gebraucht, um ihre Kraft bewerten zu können? Worin besteht der Zweck einer Theorie, was wird mit ihr gewollt? In welchem inner- und/oder außertheoretischen Zusammenhang ist sie ihrerseits zu ergründen? Welchen inneren theoriegeleiteten Maßstab lässt sie an sich selber gelten? Wie verhält sich derselbe zu einem außertheoretisch gerichteten gesellschaftlichen Zweck?

[12] Marguerite Yourcenar, Ich zähmte die Wölfin, München 1988, S. 33ff.

Theoretisieren ist menschlich!

Theoretisieren ist also human notwendig. Theoretisieren zu können, gehört zum Begriff, zu besserer oder schlechterer humaner Wirklichkeit selber.

Durch solche Feststellungen wird Theoretisieren und wird das Ergebnis des Theoretisierens, werden »fertige« Theorien als »Produkte« nicht vorweg geadelt. Entstehungs- und Verwendungszusammenhänge von Theorien sind jeweils genau zu überprüfen. Bleiben Theorien ohne solche (theoretische) Selbst-Reflexion, ist das ein bedeutsames Zeichen dessen, was mit ihnen gewollt und nicht gewollt werden kann. Form und Inhalt, Methode, Ziel und Aussage – es hilft nichts, als immer erneut zu testen.

Auf dem Theoretisieren als einer humanen Qualität, einer aktuell möglichen Handlung ist jedoch zu beharren. Verhinderte man theoretische (Selbst-)Verständigung, bedeutete das schlimmen Raub. Umgekehrt gilt: dauernd ist nicht zuletzt theoretisch zu erwägen, welche Bedingungen gegeben sein müss(t)en, damit möglichst alle Menschen sich theoretisierend zu entwickeln und ihre Umstände mitzugestalten vermögen. Radikale Demokratie machte insofern geradezu die Reduktion von fachlich abgekapselter, hermetisch formulierter Theorie nötig, nicht freilich die Aufgabe des Theoretisierens insgesamt. Das könnte nur in einer unmenschlichen Gesellschaft ohne Spannungen, Spaltungen und Konflikte gedacht werden. Würde die Chance des Theoretisierens vorweg blockiert und die Lust zum Theoretisieren geraubt, würden geradezu orwellsche Effekte erzeugt. Denn Theorien sind ihrerseits Erinnerungsstöcke eigener Art. Danach ist erneut die Qualität einer Theorie zu beurteilen.

Die Frage »Theorie wofür?« lässt sich immer nur beantworten, wenn damit erörtert wird, welche Art von Theorie angestrebt werden soll. Schon aus diesem Grund ist ein Streit der Theorien erforderlich. Weil mehrere Wege »nach Rom« führen, sprich zum ausgemachten Ziel. Und weil die Ziele nie schlechterdings eindeutig sind. Gerade gegen das heute vorherrschende Theoriemuster naturwissenschaftlicher Art sind Gegentheorien vonnöten, Theorien als Verdichtung anderer Erfahrungen. Der theoretische Wettbewerb geht nicht um den Preis der Exklusivität. Entweder ist nur diese Art von Theorie stimmig oder jene Art. Der gegenseitige Ausschluss kann der Fall sein. In überwiegendem Maße aber gilt, dass sich unterschiedlich ansetzende Theorien und Theoriemuster ergänzen. Deshalb bleibt, wo immer Theorien gebildet werden, heute vor allem im Rahmen wissenschaftlich etablierter Fächer die Frage: Ist dafür gesorgt, dass ein qualitativer Pluralismus von Theorien, ein Streit der Theorien stattfinden kann?

Kapitel II
Hauptprobleme einer politischen Theorie

Im Irrgarten der Politikbegriffe ohne eindeutigen Ausgang

Politische Theorie hat mit »Politik« zu tun. Was aber heißt »Politik«?

Tausende von Politikbegriffen und vagen Vermutungen schwirren umher. Ein Test, der Bürgerin und Bürger, Politiker aus Beruf und Wissenschaftler (die Politik zu untersuchen ausgehen) genauer befragte, worin ihr Politikbegriff bestehe und aus welchen Gründen sie für diesen oder jenen votierten, fiele sehr wahrscheinlich verheerend aus. Verwirrung wäre das Ergebnis. Damit nicht genug. Von allem uns bekannten Anfang menschlicher Geschichte an tobte ein mehr oder minder bewusster, offener oder versteckter Kampf darum, was jeweils als »politisch« zu bezeichnen und zu behandeln sei und wie solche Politik organisiert werden müsse.

»Politik« wurde zunächst nicht als eigener Bereich von anderen Gebieten menschlichen Interesses abgegrenzt. Die Unterscheidungen zwischen »politisch« und »unpolitisch«, »öffentlich« und »privat« u.ä.m. kommen erst allmählich auf. Sie kennzeichnen insbesondere die moderne Entwicklung. »Politik« besteht hier in der Auseinandersetzung über das, was als politischer Gegenstand zugelassen werden sollte und was nicht. Politik setzt also voraus, dass Menschen in einer numerisch offenen Mehrzahl strittige Probleme miteinander so oder anders entscheiden wollen. Darum ist auch vom verschieden umfänglichen Bereich der »Nicht-Entscheidungen« gesprochen worden. Bei »Nicht-Entscheidungen« einer Gesellschaft und ihrer herrschenden Politik handelt es sich um Sachverhalte, die politisch nicht mehr zur Diskussion gestellt und nicht mehr eigens entschieden werden. Sie werden immer schon stillschweigend vorausgesetzt.[13]

In »westlichen Demokratien« wird beispielsweise angenommen, die ökonomischen Produktionsverhältnisse (= Kapitalismus), Eigentumsverhältnisse, Formen und Funktionen seien, wenn nicht natürlich, so doch sachlogisch privat gegeben. Nur noch im Rahmen derselben wird diskutiert. Dass die Investitionsentscheidungen der Unternehmen formell privat getroffen werden, versteht sich darum von selbst. Gleicherweise wird innerhalb des begrenzt verstandenen »politischen Systems« von vornherein angenommen, das »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« und die Verwaltung politischer Entscheidungen qua Bürokratie stellten keine Prozesse dar, die ihrerseits politisch demokratisch organisiert

[13] Peter Bachrach/Morton S. Baratz, Two Faces of Power. Decisions and Nondecisions. In: The American Political Science Review, Volume 56, Issue 4 (Dec. 1962), S. 947-952.

werden müssten. Die »Sachzwänge« abgehobener staatlicher Gewalt und bürokratischer »Rationalität« werden als naturwüchsig unterstellt. Sobald man beginnt, mit entsprechend geschärfter Brille nach solchen verborgenen Entscheidungen Ausschau zu halten, die in unpolitischen Formen, »privat«, »wissenschaftlich«, »sachzwangsartig«, »technisch« geschminkt auftreten, kann eine spannende Entdeckungsreise in Problemfelder beginnen. Als dehnten sie sich »rational« erhaben, überragt ein massiver, interessenbespickter Hügel den anderen. Die Interessengruppen unterscheiden sich auch darin, dass sie unterschiedliche Sachverhalte aus dem strittigen Verkehr ziehen wollen.

Wenngleich es das Wort »Politik« noch nicht gab, sind politische Probleme von uns bekanntem Anfang an umstritten. Sonst wäre es schwer verständlich, dass in relativ lose organisierten Hirten- und Jägergesellschaften eine Reihe von Vorkehrungen für Entscheidungsprozesse getroffen worden sind. Für wichtige Entscheidungen galt das Konsensprinzip. Vertreter abweichender Meinungen wurden gefragt, ob sie mit ihnen entgegenstehenden Auffassungen »leben« könnten. War dies nicht der Fall, dann wurden solche Entscheidungen ausgesetzt.[14] Oder es wurde darauf geachtet, dass Macht und Reichtum, die aus der Rolle des Häuptlings angehäuft werden konnten, nicht zur Institution wurden. Häuptlinge mussten darum z.B. teure Feste ausrichten. Sie vermochten ihre Schätze nicht machtheckend zu horten.[15] Auf einer anderen Entwicklungsstufe, die die klassisch griechischen Tra-

[14] Vgl. Eleanor Leacock/Richard Lee (ed.), Politics and history in band societies, Cambridge/London/New York 1982; siehe auch Eleanor Burke Leacock, Myth of Male Dominance. Collected Articles on Women Cross-Culturally, New York/London1981.

[15] Siehe Pierre Clastre, Staatsfeinde. Studien zur politischen Anthropologie, Frankfurt/M. 1976. Da diese Einführung in Politik vor allem ihre bis heute am meisten verbreiteten, verschieden institutionalisierten Formen von Herrschaft insbesondere in ihren seit dem 16. Jahrhundert aufkommenden europäisch-angelsächsischen, mit dem Etikett »westlich« »modern« versehenen Versionen behandelt, sei wenigstens auf die Existenz kleiner Gesellschaften weltweit verwiesen, die als »primitive« Gesellschaften, als »Hirten- und Jägergesellschaften«, eher abstrakt als »segmentäre« bezeichnet werden. Im Zuge weltweiter, vor allem »westlich« betriebener, expansiver Kolonialisierungen und der postkolonialen »Resterledigung« – zur verfremdenden Wahrnehmung ein Naziwort, seinerzeit auf die Tschechoslowakei bezogen – punktuell und prekär überstehender Gruppen und Tribes sind alle, das Wort trifft zu, auf Untergang programmiert. Vgl. zu einem Fall Stanley Diamond, Anthropologe und Poet aus kumulativem Beruf: The Anaguta of Nigeria: Suburban Primitives, in: Julian H. Steward (ed.), Contemporary Change in Traditional Societies, Vol. 1, Introduction and African Tribes, Urbana, S. 363-405. Gegenwärtige Sozial- und Politikwissenschaft, die wie moderne Gesellschaften allgemein unter einem fast grotesken, zumal human sehr kostenreichen Mangel an Vorstellungskraft und praktischer Erprobung politischer Gestaltungsformen leiden, wären gut beraten, von den Überbleibseln solcher radikal vormoderner Gesellschaften zu lernen. Als erste Anregung in einem immer erneut aufkommenden Prinzipienstreit (konnte es Herrschaftsfreiheit geben und ist sie heute vorstellbar?) siehe Ralf Dahrendorf, Amba und die Amerikaner: Bemerkungen zur These der Universalität von Herrschaft, in: Europäisches Archiv für Soziologie, Tom V, No 1 1964, S. 83-98; dagegen Christian Sigrist, Die Amba und die These von der Universalität von Herrschaft. Eine Erwiderung auf einen Aufsatz von Ralf Dahrendorf, in Europäisches Archiv, Tome V, No 2, 1964, S. 272-276. Siehe besonders: Fritz Kramer und Christian Sigrist (Hrsg.). Gesellschaften ohne Staat, Band 1:

gödien repräsentieren, zeigt sich, wie Politik jede Handlung durchpulst. Diese Tragödien *sind* Politik.

In der »Antigone« des Sophokles im 5. Jahrhundert vor unserer Zeit sind einige Grundmuster aller Politik vorgezeichnet. Hegel hat sie allzu einseitig und anachronistisch modern als den Prinzipienstreit der »Familie« (als einer privaten Einrichtung) gegen den »Staat« (als der Öffentlichkeit) interpretiert – die Familie vertreten durch Antigone, das Staatsverlangen vergegenwärtigt durch Kreon. In den Konflikten zwischen denjenigen, die von Anfang an als Kontrahenten auftreten – wie Antigone und Kreon – oder sich erst im Drama selbst zu Kontrahenten entwickeln – wie Kreon und sein Sohn Haimon oder Kreon und der Seher Teiresias –, blitzt und donnert das gesamte politische Spektrum: einmal tiefer, einmal flacher, einmal spitzer, einmal platter angelegt.

Welche Prinzipien sollen in der Stadt vorherrschen? Die Stadt ist der Raum der Politik. Wieweit gelten diese Prinzipien? Wer bestimmt ihre Grade und Grenzen? Reichen die »ungeschriebenen Gesetze«, auf die Antigone sich beruft, aus, die Belange der Stadt zu relativieren, ja sie eventuell entscheidend zu durchbrechen? Indem sie ihren Bruder bestatten wollte, der die Stadt Theben bekämpft hatte, um sie selbst zu beherrschen? Oder überzieht Kreon die Stadtgesetze, die er allein zu interpretieren (und notfalls neu zu setzen) beansprucht? Wieweit er geht, wird nicht allein darin kund, dass er dem abtrünnigen Sohn der Stadt, Polineikes, eine angemessene Bestattung verweigert. Sein Herrschaftsanspruch scheint dort noch weiter überzogen, wo er seinen Sohn Haimon, den Verlobten der Antigone, wie einen Funktionär seiner Politik behandeln will. Alles, aber auch alles persönliche Glück hat sich der exklusiven Stadtpolitik des legalen und allein darum legitimen Herrschers Kreon unterzuordnen. Indes: Wie verhalten sich die gegensätzlichen Ansprüche zueinander? Sie stehen sich in wechselseitiger Vernichtungsdrohung gegenüber. Beide, Antigone und Kreon, überziehen ihr in Maßen durchaus vernünftiges Prinzip. In der Tragödie repräsentiert dies vor allem der Chor. Kreon und Antigone jedoch wollen exklusive Eindeutigkeit. Dabei könnte gelebte und abgestimmte Ambivalenz allein die immer prekäre und darum immer erneut zu entscheidende Lösung sein.[16] Darum auch halten die Konflikte der Anhänger der Antigone und der Verteidigerinnen des Kreon an.[17] Darum wird Politik immer erneut ihrerseits zum Politikum (oder zu einem politischen Vorgang der Verdrängung ins Unpolitische). Alles aber, so lehrt die »Antigone«, was mit gesellschaft-

---

Gleichheit und Gegenseitigkeit, Frankfurt/M. 1978. Außerdem: Stanley Diamond, In Search of the Primitive, A Critique of Civilization, Transaction Books, New Brunswick, New Jersey 1974; ders., Subversive Art, in Social Research, Vol. 49, No 4, Winter 1982, S. 854-878

[16] Vgl. das u.E. lesenswerteste Buch der amerikanischen Philosophin Martha C. Nussbaum, The Fragility of Goodness. Luck and Ethics in Greek Tragedy and Philosophy, Cambridge Press 2001.

[17] George Steiner, Antigones. How The Antigone Legend Has Endured In Western Literature, Art, And Thought, Oxford 1986.

lichen Konventionen und in sie eingebetteten Handlungen zu tun hat, beschreibt den dialektischen Raum, die grob- und feinziselierten Konfliktlinien von Politik im nie ganz auseinanderzuhaltenden Hin und Her von Groß- und Kleinereignissen, von Mikro- und Makrostrukturen, von Einzelnem und Allgemeinem.

Kein Unikum eines Politikbegriffs – Anmerkungen zum staatsfixierten oder vom Staat absorbierten Politikverständnis

Im ersten Abschnitt haben wir Hinweise zum Politikbegriff gegeben. Dennoch bleiben wir weiter begriffsflüchtig. Das hat seinen guten Sinn. *»Den«* Begriff des Politischen gibt es nicht. Das ist das (einzige) Dogma antidogmatischer Art. Entgegen dieser Behauptung werden immer erneut Begriffe vorgestellt, die angeblich das Kunststück einer eindeutigen und deshalb stimmigen Zuspitzung fertig bringen.

Unbeschadet des seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in seiner Penetranz neuen Phänomens, das vage als Globalisierung bezeichnet wird,[18] herrscht ein Verständnis vor, das Politik mit »dem Staat« gleichsetzt. Das umfasst alle Wege, die vom Staat ausgehen, alle die näher zu ihm führen. Staatsbezogene Willens-, Entscheidungsbildung und deren Anwendung wird als »politisch« qualifiziert. Die zuständigen Fachwissenschaftler verhalten sich der Regel entsprechend. Die Politikwissenschaftler behandeln die Institutionen und die politischen Handlungen/Maßnahmen des eingegrenzten »politischen Systems« (= Staat). Die Soziologen bemühen sich all das einzufangen, was »Gesellschaft« heißt. Sie kümmern sich in Korrespondenz mit den gesellschaftsblinden Politikwissenschaftlern nicht um den politischen Prozess und seine gesellschaftliche Definitionsmacht. Die Ökonomen mühen sich um »Politik« und »Gesellschaft« ohnehin allenfalls am Rande. Sonst würden sie mit ihren Modellen in Schwierigkeiten geraten. Die Psychologen vollends setzen solche Gärtnerkunst in fachspezifischen Gewächshäusern unter Sonderbedingungen fort. Studentenbewegt nannte man das in den 1960er Jahren zutreffender denn je: »Fachidiotie«.

Gegen die Staatsfixierung der Politik – die durch den fachlichen Modebegriff des »politischen Systems« nicht aufgehoben wird – erheben sich gewichtige Einwände. Als »privat« wird das ausgespart, was die Menschen in ihren Klassen, Schichten und Gruppen, in ihren Beziehungen und Interessen »vorpolitisch« gesellschaftlich konstituiert. Dass das »Allgemeine« (= das Staatliche, das Öffentliche) hochgradig von den »privaten« Vorgaben beeinflusst werde, wird zwar eingesehen. Die Einsicht reicht jedoch nur dazu, Außeneinflüsse auf einen weitgehend autonomen Bereich zu vermuten. Dadurch wird die politische Bürgerin – sie wird ty-

[18] Siehe Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995.

pischerweise in deutschen Landen »Staatsbürgerin« genannt – zu einem reichlich abstrakten Wesen. Gesellschaftlich voraussetzungslos gerät sie in eine Art politische Ekstase, kann sie beispielsweise ihren Wahlakt in der Zelle isoliert ausüben. Dadurch bleibt das politische System abgehoben: eine Abstraktion. Hier erhaben »der« Staat, dort als ein gesondertes Subjekt die Bürger. Der fragwürdige Neologismus »Zivilgesellschaft« – er hat in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eine etikettenschwindlige Karriere gemacht – bestätigt die wechselseitige Abschirmung zweier begrifflicher Pseudosubjekte. Wundersam treffen sie sich wahlperiodisch. Sie setzen Paul Klees genialisch ironische Skizze zweier eitler Herren andersartig fort. »Zwei Herren, einander in höherer Stellung vermutend, begegnen sich.« Diese Abgehobenheit dient allerdings der »Legitimation durch Verfahren« (Niklas Luhmann), weil es so erscheinen könnte, als blieben dem politischen System die gesellschaftlich dominierenden Interessen äußerlich. Von solchen »abgelöst« kann es sich als »allgemeines«, dem »Gemeinwohl« verpflichtetes behaupten. Umgekehrt aber werden die gesellschaftlichen Verhältnisse aus ihrem politischen Produktionszusammenhang herausgenommen. In der Gesellschaft auftauchende, sich wahlpolitisch bündelnde Vorurteile werden eingeschätzt, als stellten sie Probleme dieser vorurteilsbeladenen Personen dar. Als brächten sie nicht symptomhaft wie die NSU der Frühperiode des 21. Jahrhunderts in der BRD, besonders in Thüringen, staatlich mitproduzierte Probleme zum Ausdruck.

Am Beispiel der durch die Französisch Revolution verkündeten Menschenrechte hat Marx deren bis heute wirksame Schwächen herausgearbeitet. Sie sind in der folgenreichen Trennung »unpolitischer« Gesellschaft hier, »politischer Staat« dort begründet. »Dennoch ist mit der politischen Annullation des Privateigentums«, so schreibt Marx 1843 in »Zur Judenfrage« (MEW Band 1), also durch die Einführung des allgemeinen politischen Wahlrechts (für Männer), »das Privateigentum nicht nur nicht aufgehoben, sondern sogar vorausgesetzt. Der Staat hebt den Unterschied der *Geburt*, des *Standes*, der *Bildung*, der *Beschäftigung* in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für unpolitische Unterschiede erklärt, wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum *gleichmäßigen* Teilnehmer der Volkssouveränität ausruft, wenn er alle Elemente des wirklichen Volkslebens von dem Staatsgesichtspunkt aus behandelt.« »Nichtsdestoweniger«, fährt Marx fort, »läßt der Staat das Privateigentum, die Bildung, die Beschäftigung auf *ihre* Weise, d.h. als Privateigentum, als Bildung, als Beschäftigung wirken und ihr *besondres* Wesen geltend machen. Weit entfernt, diese *faktischen* Unterschiede aufzuheben, existiert er vielmehr nur unter ihrer Voraussetzung, empfindet er sich als *politischer Staat* und macht er seine *Allgemeinheit* geltend nur im Gegensatz zu diesen Elementen.« (MEW Band 1, S. 354) Weil dem so ist, weil u.a. Freiheit und Gleichheit auf einer ungleichen und Freiheit beengenden Struktur der Privatheit nur »aufliegen«, ohne sie in Institutionen und Prozeduren prinzipiell genetisch und konsequent habituell zu verändern, verkümmern die »politischen« Menschenrechte zu höchst ungleich wahr-

nehmbaren punktuellen Rechten von Individuen. Die Staats-Bürgerinnenrechte missraten zu weitgehend abhängigen Größen einer von ihnen nicht gestalteten Privatheit. »Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus«, zieht Marx die Konsequenzen aus dem zuvor Festgestellten (S. 366), »über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist. Weit entfernt, daß der Mensch in ihnen als Gattungswesen aufgefaßt wurde, erscheint vielmehr das Gattungsleben selbst, die Gesellschaft, als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbstständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Naturnotwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.«

Das Politische (= Allgemeine) wird zur nebelverhangenen abhängigen Größe des formell Privaten. Habermas hat einst von einer Scheinprivatisierung des Öffentlichen gesprochen. Ihr korrespondiere eine Scheinveröffentlichung des Privaten.[19] Solcherart werden die miteinander vermengten politisch-unpolitischen Prozesse vollends unübersichtlich. Unvermeidlich ist, dass die in der Verfassung gegebenen normativ formulierten und in den Institutionen übersetzten Ziele systematisch verfehlt werden. Beispielsweise das Ziel verantwortlicher, d.h. vor allem den Bürgerinnen verständlicher und von ihnen kontrollierbarer Politik. Darauf wird in den Schlusskapiteln zurückzukommen sein. Herrschaft entschwindet dem Blick. Sie entwindet sich der Einflussnahme. Sie vermag sich in die abgehobene Apparatur des Staates zurückzuziehen. Oder sie trägt die Tarnkappe des Privaten. »Privat«, ein aus dem Lateinischen kommendes Lehnwort, bedeutet eine Sache, einen Vorgang, einen sozialen Prozess, dem Öffentlichen die allgemeine Geltung zu rauben.

Die Folgen eines abgekapselt-abstrakten Politikbegriffs sind beträchtlich. Er macht unempfindlich gegenüber denjenigen, die »Politik« vor allem passiv erleiden. Diejenigen werden eher randständig beachtet, denen »Politik« angeblich gilt. Letztere sind ihr wollend nicht-wollend ausgesetzt. Sie werden wortgetreu zu Sub-jecten, zu Unterworfenen gemacht. »Das wahrhaft Unerträgliche, das mich stets aufschreien lassen wird«, rüttelt Rossana Rossanda auf, »und wogegen ich immer kämpfen werde mit allen Waffen, die mir zur Verfügung stehen, erblicke ich nach wie vor in der Situation jener Getrennten, Frauen wie Männer, die ihre Unterdrückung *blind* erleiden: Sie können ihr Elend, anders als wir, noch nicht einmal *sehen*.«[20]

Viele sind mit solcher Blindheit geschlagen. Sie sind kognitiv und habituell blind gemacht worden. Sie werden auch noch der Einsicht in ihre Verhältnisse und in

[19] Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1990.

[20] Rossana Rossanda, Einmischung, Frankfurt/M. 1983.

ihre eigenen Interessen beraubt. Das ist keine Erinnerung an vergangene Zeiten. Das ist Gegenwart unter Millionen, ja Milliarden von physisch, in jedem Fall politisch Armen selbst inmitten »hochzivilisierter Länder«. Die politisch-staatliche Verallgemeinerung lässt aber nicht allein solche Getretenen, solche an den Rand Gedrängten, solche für den »gesellschaftlich-politischen Erfolg« und das Wachstum an ungleichem Reichtum nicht allzu relevanten, ja vielleicht solche Ziele gefährdenden Menschen ohnmächtig und hilflos zurück. Diese werden bestenfalls sozialpolitisch aufgesammelt und »pazifiziert«. Die politisch-staatliche Verallgemeinerung achtet gleichfalls nicht auf die »innere Qualität« einer Gesellschaft. Sie macht übersehen, dass »die persönlichen Beziehungen«, wie sich Paola Redaelli ausdrückt, den »Schlüssel« zu ihr bilden.[21] Staatlich dominierte Politik, die das Glück ihrer Bürger unablässig im Munde führt und im restriktiv bürokratischen Wohlfahrtsstaat für viele, ungleich vergebene Gaben sorgt, lebt geradezu von der Deformation. Das Persönliche wird bei den ohnmächtig Repräsentierten politisch entqualifiziert und deshalb entstellt. Bei den Repräsentanten tritt ihre propagandistisch zur Modepuppe geformte Person an die Stelle ihres politisch verantwortlichen Status. Gerade in dem, was anstelle einer doppelt ausgezehrten und auszehrenden Politik entwickelt werden müsste, wird noch einmal ihre Begrenzung kund: »So jedenfalls erkläre ich«, bringt R. Rossanda die Gegenposition zum Ausdruck, »die ich keine Feministin bin, was mir Wert und Grenze des Feminismus zu sein scheint: dass er eine andere, nicht-abstrakte, nicht *formal* gleiche Möglichkeit der individuellen und der kollektiven Interaktionen erahnt und fordert und dass ihm gleichzeitig nicht gelingt, einen Verhaltens- und Kommunikationsstil zu entwickeln, der auch außerhalb der kleinen Gruppe oder des Zirkels vertrauter Personen gelten könnte, also eine Form der Beziehung zwischen Menschen, Männern und Frauen, die verallgemeinerbar wäre und zugleich die Besonderheit bewahrte, kurz ein ›politisches Modell‹«. Gerade dass letzteres nicht oder bestenfalls in zarten Ansätzen gelingt, wird durch die herrschende Politikform gewährleistet. Noch denjenigen, die danach ausgehen, sie zu überwinden, legt sie mimetisches Verhalten nahe.

Der Staatsbegriff des Politischen wird durch einen weiteren unterbaut und über die staatliche Form hinaus verallgemeinert: der»Begriff des Politischen«, der mit dem Namen Carl Schmitts verbunden ist.[22] Er besitzt eine eigentümliche Attraktivität. Wie eine existentielle Kategorie formuliert lässt er die Welt dem Anscheine nach in klare und eindeutige Kategorien fassen. Politik, so Carl Schmitt und so schon sein großes Vorbild Thomas Hobbes, wird im Freund-Feind-Verhältnis wesentlich. Sie wird in und durch diese Unterscheidung konstituiert.

Die Einteilung in »Freunde« und »Feinde«, die von den politischen Organisationen, vornehmlich dem Staat, umgesetzt wird, entspricht einem Selbstbild, das

[21] Paola Redelli, in: ebenda.

[22] Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen: Text von 1932, Berlin 2009.

in der Grenze seinen Halt findet. Die »Identitäts«-Findung geschieht durch Eingrenzung, durch Ab- und Ausgrenzung: in loyale Staatsbürger, in potentiell feindliche Fremde, in Staatenlose. Nach Innen wird diese Identifizierung i.S. der Ein- und Ausgrenzung fortgesetzt. Der innere Gegner wird gleich dem äußeren zum »Feind«. Dieser muss notfalls vernichtet werden, wenn er sich gegen das Staatsinteresse kehrt. Die »Identitäts«-Findung des Bürgers aber geschieht prinzipiell im staatlich garantierten Besitz: dem Kern des Rechtsstaates. Wer diesen in Frage stellt, wird von einem Konkurrenten zum Feind. Die Unterscheidung als gespaltener Horizont der Politik leuchtet in einer Welt voll potentieller und aktueller Feinde (und wohlgemerkt Besitzloser) fast unmittelbar ein. Die Kälte- und Wärmeströme der Politik sind spürbar, erkenntlich und propagandistisch vermittelbar. Der Militarismus solcher Politik findet in der Konkurrenz seinen nicht klar abgegrenzten Vorläufer. Auch darum passen marktexpansive Wirtschafts- und imperiale staatliche Sicherheitspolitik so hautnah zusammen.

Die Spaltung in »Freunde« und »Feinde« – und die »Freunde« werden vom Feind her bestimmt – erweckt wie zweigeteiltes Denken in der Regel die ästhetisch-orientierende Freude der Klarheit einer immer neu zu rührenden Kloßbrühe. Man weiß, wie man dran ist: Einschluss oder Ausschluss. Komplexität und Mehrwertigkeiten lassen sich mit dem Schwert der Zweiteilung gerade hauen. Schwarz und weiß, Tag und Nacht entrinnen unsicher machendem Licht-Dunkel und nicht eindeutig zuordenbaren Mischfarben. Die klare Unterscheidung entlastet. Sie lässt erneut Identifikationen ohne Ambivalenzen zu. Freie-unfreie Welt; Sicherheit vs. Chaos; Extremismus vs. Normalität der Mitte.

Auf den ersten Blick scheint es so, als würden Zwei- und Mehrdeutigkeiten, die condition humaine im dichotomischen Sog aufgehoben. Schaut man genauer hin, fällt der »energische Leerlauf der Existenzkategorien« in den Blick. Deutlich wird, dass es sich bei diesen »Kategorien« um fast beliebige Sackbezeichnungen handelt. Die simpel etikettierten Säcke machen grobe Sortierungen möglich. Wenn der Staat als Freund-Feind-Container und Abstoßer einmal gefunden ist, wird nahezu jede Entscheidung in den Adelsstand erhoben. »Es gibt« dann, wie Karl Löwith in seiner Kritik am Philosophen Heidegger formulierte, dem Carl Schmitt-Verwandten, »nur den einen Willen zum vollen Dasein des Staates.« Konsequent schaffte »der Führer« im Juni 1934 durch den Röhmputsch »das Recht«. Ein »heroischer Realismus« enthebt allen Mühen und moralischem Skrupel. Der entenhaft grundelnde »Radikalismus« der existentiellen (Pseudo-)Kategorien »Freund« und »Feind« aber – in der schlammigen Tiefe wird alles Gesetz – und die ihm entspringende Eindeutigkeit entpuppen sich als leere Gesten. Die vorurteilshaft aufgeherrschte Orientierung wird zur emphatischen Orientierungslosigkeit: zu einem Spiel nach einer Partitur für Rattenfänger.

Politik als Maßverhältnis

Wie lässt sich Politik angemessener vorstellen?[23]

Von den Griechen stammt der Ausdruck Politik. Das ist zunächst das, was die Polis angeht, die im 6. Jahrhundert vor unserer Zeit sich in Griechenland, in Attika zuerst herausbildende politische Organisation. Sie verdichtete sich in der Stadt. Diese Politik geht alle an, die Bürger derselben sind. Bürger aber, männlich primär und klassenspezifisch gefasst. Im Kontext dieser klassenspezifischen und frühimperialen Politik kommen die »Männer Athens«, ihre Vollbürger, zu sich als zoa politika, als politische Wesen. So hat es Aristoteles im 4. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zuerst vor dem Hintergrund der Entwicklung vor allem der Polis Athens formuliert. Demgemäß ergäben sich sogleich drei Indizien dessen, was Politik heißt. Politik bezieht sich auf einen eigens gestalteten Raum, hier die Stadt Athen. In diesem Sinne ist das, was viel später Geopolitik genannt worden ist und heute eine zentrale Rolle spielt, von Anfang an gegeben. Politik gilt den Ereignissen in und um diesen Raum, die von den räumlich dicht beieinander wohnenden Menschen ausgehen oder sie betreffen. Das bezeichnete das zweite Indiz. Politik hat gleichursprünglich die Art und Weise zum Gegenstand, wie die auf einem bestimmten Raum zusammenlebenden Menschen ihre Umgangs- und Handlungsformen wählen oder geprägt von Vorfahren übernehmen. Wenn Menschen im Sinne von Aristoteles politische Wesen sind, muss ihre Eigenschaft als Mitglieder einer Assoziation nicht eigens hervorgehoben werden. Politik wird durch die immer vorhandenen Anderen im engeren oder weiteren Umkreis geprägt. In diesem Sinne gehört die Assoziation zu dem, was man mit Aristoteles als Politik bzw. menschenbezogen als politisches Wesen bezeichnet. Zum Menschen gehört eine zusätzliche Qualität dazu. Menschen, unfertig geboren, können nur dann die in ihnen steckenden Potenzen ausbilden, wenn sie sich als Teile eines Gemeinwesen begreifen, an ihm orientieren und im Kontext seiner Kultur zu Bürgern werden, denen es um mehr geht als schieres Überleben. Das dritte Indiz gilt Athen oder anderen politischen Gemeinschaften in ihren Innen- und Außenbezügen. Wie wurde in Athen mit den unterschiedlichen Gruppen und Schichten umgegangen, die in und um Athen wohnten, die auch ökonomisch von und für Athen lebten? Wie lebten und handelten die Athener im Kontext anderer politischer Gemeinschaften? Welche Formen des Austauschs, des friedlichen oder aggressiven Umgangs hat es gegeben?

Allerdings gilt auch, dass die allgemeinen Entscheidungen, Maßnahmen und Handlungen, die auf dem öffentlichen Platz, dem Marktplatz Athens durch die Männer getroffen werden, immer schon in einer arbeitsteiligen Weise organisiert sind. Die politisch folgenreiche Arbeits- und Klassenteilung hebt früh an. Sie prägt

[23] Vgl. Oskar Negt/Alexander Kluge, Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen, Frankfurt/M. 1993.

sich im Laufe der Zeit stärker aus und gipfelt im modernen Staat. Sie galt auch in Athen, was viele seiner nachmaligen Liebhaberinnen wie z.B. Hannah Arendt allzu keusch verschweigen oder doch unterbewerten. Die politische Arbeitsteilung besitzt hierbei zwei zusammengehörige Seiten. Die im demokratischen Athen vergleichsweise geringe Arbeitsteilung des politischen Binnenhofes. Der Umfang der Aufgaben war gering. Es gab kaum Büros, geschweige denn Bürokratien heutigen Umfangs. Darüberhinaus bedeutsamer war die Arbeitsteilung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre. In ihr tummelten sich betriebsam die Umwohner (Periöken), die Handwerker (Banausen), die Frauen, die direkt nichts zu sagen hatten und die Sklaven. Diesen stimmbegabten Instrumenten, wie sie lateinisch genannt worden sind, wurde die volle menschliche Qualität abgesprochen. Deswegen durften sie nicht am Geschehen der Polis Anteil nehmen.

Arbeitsteilungen verschiedener Art beeinflussen also früh direkt und indirekt die Politik. Durch die von ihnen bewirkten Ungleichheiten entstehen zahlreiche, die politischen Frühformen von Grund auf durchrüttelnde Konflikte. Die Unterscheidungen und Arbeitsteilungen zwischen Mann und Frau, Jung und Alt, Sklave und Vollbürger bestimmen Formen und Inhalte der Politik, auch dort, wo aus ihrem demokratischen Charakter trotz aller systemischen Beschränkungen bis heute gelernt werden kann. Die Einschränkung auf ökonomisch abkömmliche, zum Teil aus öffentlichen Mitteln unterstützte »andres Athenaioi«, den Männern Athens, ist eigens zu bedenken.

Will man sich von solchen allgemeinen Beobachtungen an einen Politikbegriff herantasten, lässt sich zunächst festhalten:

a) Politik ist überall dort und dann im Spiel, wo andere beteiligt sind. Politik ist somit in der ersten Gruppe (»Horde«) präsent.

b) Politik besteht u.a. darin, dass Entscheidungen getroffen und angewandt werden, die nicht allein einen einzelnen, sondern immer auch Andere betreffen. Politik ist in diesem Sinne immer auf Andere gerichtet.

c) Politik ereignet sich dann, wenn Andere solche Entscheidungen hinnehmen, für richtig halten und/oder wenn solche Entscheidungen gegen ihren Willen durchgesetzt werden (wenigstens zeitweise).

d) Politik aber, sprich: mehrere Menschen betreffende Entscheidungen, wird möglich und notwendig, weil sich Menschen umfassende Wirklichkeit nicht instinktgeleitet oder je nach den äußeren Umständen von selbst ergibt. Wenigstens teilweise müssen Menschen »ihre« Wirklichkeit selbst organisierend selbst schaffen. Hierzu ist es vonnöten – erneut ist ein Nachlassen des Naturzwangs Voraussetzung –, dass ein Minimum an Wahlchancen (an Kontingenz) besteht.

e) Die Kunstformen in der Auseinandersetzung mit den »inneren«, menscheneigenen und »äußeren« Umständen (»Natur«) sind nicht von einem Menschen als Robinsonade zu leisten.

f) Gäbe es nur Natur- und nicht korrigierbaren Sachzwang wäre Politik zu Ende, bevor sie begonnen hätte. Wahlchancen verlangen also Bedingungen, ohne die Po-

litik nicht möglich wäre. Politik ist durch ihre soziale Dimension ausgezeichnet. Die Gegebenheit geselliger Bedingungen und psychisch-habitueller Bedürfnisse nach Geselligkeit gilt als eine »soziale Tatsache« von Anfang an.

g) Es hieße einen Schritt weiterzugehen, wenn man behauptet, dass alle Menschen darauf angelegt seien, zoa politika, politische Wesen zu sein. Die politische Arbeitsteilung und die aus dieser Wurzel entstehende Herrschaft drohen politische Erstgeburtsrechte des Menschen durch Linsengerichte unterschiedlicher Komposition wegzudrängen. Die unendliche Geschichte von Herrschaftskonflikten und Herrschaftsrevolten deutet darauf hin, dass es nicht gelingt, dieses politische »Erstgeburtsrecht« dauernd zu beseitigen. Wenn es aber stimmt, dass die Teilnahme am politischen Geschehen den Menschen als immer erst werdendes Wesen mitbestimmt, dann ist zu untersuchen, wie und warum Teilnahme unterbunden oder ermöglicht wird. Dann auch gilt: Das sinnsuchende Wesen Mensch, das deswegen Theorievermögen benötigt und der politisch teilnehmende und in solcher Teilnahme sich erst erringende Mensch entstehen zusammen. Sinngewinn und Teilnehmenkönnen sind eng, wenn nicht unauflösbar miteinander gekoppelt.

Wackersteine im Bauch von Politik jenseits ihrer zentralen Zeitabschnitte

Roh können einige der hauptsächlichen Probleme politischer Theorie historisch ortlos schon angegeben werden. Sie müssen allerdings sogleich in ihrer geschichtlichen Entwicklung gesehen werden.

Zunächst: Georg Simmels Frage: »Wie ist Gesellschaft möglich?« – von ihm viel zu kant-abstrakt beantwortet – ist durch die Frage zu ergänzen: Wie ist Politik möglich? Die Stiftung gesellschaftlicher Zusammenhänge und politischer Prozesse ist gleichursprünglich. Sie fangen mit den Menschen an.[24]

Zum zweiten: Die Frage nach der Entstehung der Ungleichheit unter den Menschen ist eine eminent politische Frage. Arbeitsteilung ist horizontal früh gegeben. Menschen, in ihren Fähigkeiten verschieden, gehen unterschiedlichen Tätigkeiten nach. Ungleichheit besitzt jedoch von Anfang an die Tendenz, sich vertikal aufzurichten. Unterschiedliche Positionen des Einflusses, der Macht und schließlich der Herrschaft werden geschaffen. Unentschieden kann bleiben, ob eine uner-

[24] Georg Simmel, einer der ersten deutschen Soziologen, als jüdischer Deutscher diskriminiert und darum nie ordentlicher Professor geworden – Max Weber, der auch darin ungewöhnliche, hat dagegen protestiert –, hat allerdings aufsatzkurz und in seinen Schriften ungleich substantieller die Immanuel Kant nachempfundene Grundsatzfrage gestellt: »Wie ist Gesellschaft möglich?« Kants Frage lautete, teilbeantwortet in seiner »Kritik der reinen Vernunft«, »wie ist Erkenntnis möglich?« Vgl. Georg Simmel, Gesamtausgabe, Band 11, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt/M. 1992.

sättliche, geradezu natürliche »Begierde zum Haben und auch zum Herrschen«[25] die Menschen antreibe. Jedenfalls sind soziale Differenzierungsprozesse vor allem politische. Sie markieren die Chancen politischen Einflusses. Sie eignen sich, um Macht und Herrschaft auszukristallisieren. Vor allem ist es menschennötig, ein Urquell seiner geselligen Bedürftigkeit, von anderen Menschen anerkannt zu werden. Die feinen Unterschiede verschiedener Formen der Anerkennung decken sich mit denen der Ungleichheit vielfältig.[26]

Zum dritten: Ungleichheit und Arbeitsteilung, Ungleichheit aus der Arbeitsteilung, Arbeitsteilung, die die Ungleichheit befördert und befestigt – diese sozialen Formierungen, können qualitativ verschieden organisiert, normiert und sanktioniert werden. Die Eigentümlichkeiten der Organisation, die Arten der Beteiligung und des Ausschlusses, die Formen der Normierung und der Sanktion werden zu den Indikatoren sich wandelnder Gesellschaften.

Zum vierten: Die Gestaltung der doppelten Reproduktion, des Umgangs mit den Nachkommen, des Einflusses, den Frauen und Männer hierbei erhielten, die Organisierung der Ernährung – diese Umgangs-, Organisations- und Herrschaftsformen wirken als Ansätze, jedenfalls als Ausgangspunkte von Arbeitsteilung, Ungleichheit und sich etablierender Herrschaft. Der urpolitische Sachverhalt, von den Ethnologen früh beobachtet, ist von feministischen Untersuchungen wieder freigelegt worden. Familie, Sexualität, Hausarbeit u.ä.m. waren – zeitgemäßen Ideologien folgend – als unpolitisch-privat ausgeblendet worden. Nun werden sie wenigstens in den beschränkten Horizont politischer Analyse aufgenommen.

Zum fünften: Spannungen kennzeichnen Gesellschaften und bedingen Konflikte. Spannungen, die aus der Schieflage des Einflusses entstehen. Sie wird institutionell in einer Hierarchie des »Oben« und des »Unten«. So erreicht sie Dauer. Dauer wird zur Institution in Form von Mustern der Einteilung und des Einflusses: »Manche freilich müssen drunten sterben, wo die schweren Ruder der Schiffe streifen, Andere wohnen bei dem Steuer droben, kennen Vogelflug und die Länder der Sterne.« (Hugo v. Hofmannsthal)

Eine Dauerspannung erwächst aus dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Beide sind nicht ohne das Andere. Beide sind nur in Grenzen eine Einheit – oder werden in exzessiver herrschaftlicher Unterdrückung als Einheit behauptet. Wieweit lässt eine Gesellschaft ihre Mitglieder und welche derselben zu welcher

---

[25] Siehe die gerade ob ihrer nicht mehr gängigen Sprache ungemein spaßvoll und mit beträchtlichem Erkenntnisgewinn in Sachen einer liberalen Grundschrift des 18. Jahrhunderts zu lesende Schrift Kants: Idee zu einer allgemeinen Geschichte der Menschheit in weltbürgerlicher Absicht, in: Schriften zur Geschichtsphilosophie, Berlin 2011.

[26] Vgl. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1988. Eine Fundgrube sozialer Unterschiede, ihrer Entstehungsformen und Funktionen. Gräbt man in ihr, wird einsichtig, wie unzureichend es ist, Ungleichheit »nur« dichotomisch im Sinne von Herr, Knecht und Magd zu fassen oder sich im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften auf den viel zu simpel wahrgenommenen »Klassenkonflikt« zwischen Kapitalbesitzern und Proletariern zu beschränken.

Art von Selbstbewusstsein und eigenbestimmtem Verhalten kommen? Was hält eine Gesellschaft zusammen? Worin besteht das »Gesellschaftliche« derselben im Unterschied zum Atomismus der (konkurrierenden) Einzelinteressen? Vor allem: Wie und durch welche organisierenden sozialen Hypothesen werden die Einzelnen zu Gruppen – und wie werden die mehr oder minder abgehobenen Prozeduren miteinander nachvollziehbar und kontrollierbar vermittelt?

Die Eigenart politischer Organisation entscheidet sich am Maß ihrer humanen Effekte

Vorausgesetzt wird, dass »der« Mensch ein zoon politikon sei, ein Wesen, das erst in Gesellschaft *wird*. Ein Wesen, dessen Eigenarten mit denjenigen der Gesellschaft eng korrespondieren. Eine Entsprechung entsteht daraus, dass Menschen nicht »*sind*«. Sie sind nicht fertig und voraussetzungslos. Sie werden immer erst. Sie können deshalb krummer und gerader werden. Sie können sich sogar verfehlen. Und sie werden immer erst in der Mehrzahl, in die sie schon hineingeboren werden. Ernst Bloch hebt deswegen im ersten Band seiner »Tübinger Einleitung in die Philosophie«, zuerst vorgetragen im Wintersemester 1962/1963, mit dem bemerkenswerten Satz an: »Ich bin, aber ich habe mich nicht, darum werden wir erst«.

Wenn aber die Qualität in Sachen einer politischen Organisation vor allem zählt, dann versteht sich die theoretisch-praktische Aufgabe nahezu von selbst. Die klassisch-griechischen Philosophen haben der Politik die Aufgabe zugeschrieben, sie habe sich am guten Leben, an der Eudaimonia auszurichten.[27]

Eine solche Orientierung muss nicht normativ aufgesetzt werden. Sie besteht allemal, ob sie uns passt oder nicht, ob sie bewusst gewollt wird oder nicht. Umstände, die bestehen, die so belassen werden oder neu und anders geschaffen werden, wirken immer schon als praktische Norm. So unterscheiden sich Gesellschaften nach dem Grad der bewussten oder verborgenen Orientierung. Sie weichen voneinander ab in dem Maße, wie sie die Formen der Organisation einer Gesellschaft (s. oben, doppelte Reproduktion) stimmig den behaupteten Zielen einzurichten vermögen. Als eine Art maßstäblichen Satz könnte man deshalb festhalten: An den jeweiligen Institutionen und Prozeduren werdet ihr die Qualität(en) einer Gesellschaft ablesen können.

[27] Als ein hervorragendes frühes Exempel siehe Platons Höhlengleichnis, Das Siebte Buch der Politeia, hier in der Sonderausgabe der exzerpta classica XXIII, übersetzt, erläutert und herausgegeben von Rudolf Rehn, Frankfurt/M. 2005. Vgl. auch den ersten Satz von Theodor W. Adornos Minima Moralia. Reflexionen aus dem, beschädigten Leben, 1951, hier Frankfurt/M. 2001, S. 7: »Die traurige Wissenschaft, aus der ich meinem Freunde einiges darbiete, bezieht sich auf einen Bereich, der für undenkliche Zeiten als der eigentliche der Philosophie galt, seit deren Verwandlung in Methode aber der intellektuellen Nichtachtung, der sententiösen Willkür und am Ende der Vergessenheit verfiel: Die Lehre vom richtigen Leben.«

Politische Psychologie setzt hier an. Ihr muss es darauf ankommen, »innere« (psychische) und »äußere« (institutionell-materielle) Befindlichkeiten, Bestände und Vorgänge aufeinander zu beziehen. Wie stimmen »Innen« und »Außen« miteinander überein, blockieren sich, widersprechen sich? Wie sehr wird das »Innen«, wird die dem Anscheine nach dem Individuum eignende Psyche, werden seine Gefühle, wird all seine angebliche Spontaneität, von »außen«, von den bestehenden Institutionen beeinflusst, dirigiert und weithin determiniert? Welche Bewusstseins- und Verhaltensweisen werden den Individuen durch das Arrangement politischer Organisationen möglich gemacht, nahe gelegt oder aufgenötigt. Umgekehrt gilt: Welche Bedürfnisse, Nöte und Vorurteile »schaffen« diese politischen Institutionen und ihre Prozeduren, sodass sie von denselben geprägt und habitualisiert werden können? Wenn es richtig ist, dass Menschen erst werden – und wenn sie sich immer zu beträchtlichen Teilen verfehlen können –, wenn Werden auch und vor allem ein soziales, von den soziopolitischen Umständen bedingtes Werden ist, dann bedarf es entsprechender institutioneller Vorkehrungen. Dann kommt es darauf an, die erforderliche »politische Ökologie« zu bedenken. Politik und Gesellschaft als Umwelt, in denen die werdenden Individuen stecken, durch die sie bedingt, gefördert oder zurückgehalten und halbentwickelt »erwachsen« werden.[28]

Aspekte und Kriterien politischer Analyse

Erste Aspekte und Kriterien lassen sich benennen, beachtet man die politischen Umstände in ihrer Entwicklung:

Veränderungen geschehen in der inneren Organisation von Gesellschaften. Arbeitsteilung, Ungleichheit, Ausbeutung von Menschen durch Menschen, Herrschaftszustände befinden sich in eher statischen oder eher labilen Zuständen. Konflikte führen zu Veränderungen, zuweilen zu gründlichen Reorganisationen.

Die »innere gesellschaftliche Organisation« wird durch Auseinandersetzungen mit »Natur« beeinflusst. Die Art der »natürlichen« Bedingungen und die Entwicklung der Instrumente, um sie entsprechend einer Gesellschaft zu gestalten, zu kultivieren, wirken sich auf die Organisierung einer Gesellschaft aus.

Quantitative Entwicklungen werden davon bedingt. Sie beeinflussen ihrerseits Veränderungen anderer Vorgänge. Die Zunahme der Bevölkerung; die Veränderung des Gebiets. Insbesondere sind die eher aktive oder eher passive Konkurrenz mit anderen Gesellschaften von immenser Bedeutung: Inwieweit und aufgrund welcher Ressourcen sind eine Gruppe, ein Land kriegerisch durch andere

[28] In einer empirisch breiten Studie Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde anschaulich, wie die psychisch-physischen Verhaltensweisen von Arbeitslosen bis in die Art ihres Gehens von den näheren und weiteren gesellschaftlichen Umständen geradezu produziert werden. Marie Jahoda/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt/M. 1975.

gefährdet, befinden sich am Rand oder sind Teil eines Imperiums? Die quantitativen Faktoren sind nicht isoliert zu betrachten. Sie müssen in ihren unterschiedlichen qualitativen Effekten immer beachtet werden. Politisch mögliche Formen werden von ihnen stärker beeinflusst, als in der Regel bemerkt wird.

Innere Organisation, Naturbearbeitung und gegebene, sich verändernde Größenordnungen (Bevölkerung, Ressourcen usw.) beeinflussen und stärken sich wechselseitig. Kein Entwicklungsstrang kann für sich selbst verstanden werden. Keine Polis, kein auf irgendeine Weise für sich organisiertes, also eine Art Einheit bildendes Land. Die Art und Weise der Naturkultivierung und der sich steigernden Naturbeherrschung wirkt sich direkt auf die Organisierung der Arbeitsteilung, der Ausbeutung und der Herrschaft in einer Gesellschaft aus. Je dichter die Herrschaftsarten sind (Ausbeutung »der« Natur, Beherrschung einer Gesellschaft), desto bedeutsamer sind so genannte Adäquanzverhältnisse: Die natur-äußeren und die gesellschafts-inneren Umgangsformen können einander entsprechen, sie mögen derselben »Logik« gehorchen und sich also ana-log verhalten. Weil die Wechselbezüge so zahlreich sind, weil nirgends »Innen« und »Außen« ohne weiteres geschieden werden können, ist die systemtheoretische Vereinfachung in »System« und »Umwelt« nicht sehr hilfreich. Sie wirkt eher verschleiernd (auch in ihrer beliebigen Verwendung so genannter autopoetisch geschlossener Systeme).

Politiktheoretisch-historisch fallen vor allem auf:

1. Das Gewaltmonopol setzt sich allmählich und mit Gewalt durch und hebt alle anderen Formen der Gewalt auf. Also ist eine Instanz in einer Gesellschaft gegeben, die die allgemeine Definitionsmacht in der Gesellschaft für sich beansprucht und notfalls dazu in der Lage ist, sie mit Gewalt durchzusetzen. Der Begriff des modernen Staates ist erst dann im Sinne eines einheitlichen Ausdrucks sinnvoll. Darum muss vorgängig ein oft Jahrhunderte umfassender Prozess der Verstaatlichung vonstatten gegangen sein, damit eine Institution und ihre Repräsentanten in einer Gesellschaft dieses Gewaltmonopol »mit Erfolg«, wie Max Weber zu Recht hinzufügte, zu beanspruchen vermöge. Sobald aber Staaten einmal rudimentär gegeben sind, sind sie zu unterscheiden: nach dem Maß der Durchsetzung dieses Monopols; nach dessen Organisation; nach den korrespondierenden Monopolen, ihrer innergesellschaftlichen Penetration und ihrer internationalen Behauptung; nach den wechselnden Kompositionen ihrer herrschaftsverdeckenden Rechtfertigungsgesänge. Die ineinander übergreifenden Prozesse der Verstaatlichung und der im Prinzip danach erfolgenden »Durchstaatung« (Max Weber) sind nie abgeschlossen. Ein Gutteil der Rechts- und Sozialwissenschaften, von den Berufspolitikern und den mehr oder minder unmittelbaren Instanzen des Gewaltmonopols wie Polizei(en) und Militär nicht zu reden, gehen darum in falscher Weise mit dem Gewaltmonopol um als einer im Prinzip statischen Naturtatsache.[29] Hinzu

[29] Obwohl die Kritik an der kryptonormativen und methodologisch einem »westlichen«, europäisch angelsächsischen Imperialismus dienenden Modernisierungstheorie früh auf deren his-

kommen die äußere, nämlich gewaltmonopolbewirkte und die innere Verhaltensregulierung der Menschen. Gerade weil Menschen in der Politik und durch die Politik »werden«, weil sie solcherart »politisiert« werden und der individuelle Vergesellschaftungs- (= Sozialisations)-Vorgang immer auch ein Politisierungsvorgang ist, steht das Ausmaß ihrer »Verstaatlichung« in Frage. Die Staats-Bürger-Entwicklung ist kein äußerer Vorgang. Habituell-psychische Entwicklungen entsprechen, antworten und widerstehen der staatlichen. Diesen Zusammenhang zwischen vorrangiger Makropolitik, in diesem Fall dem Verstaatlichungsprozess und nachrangiger, aber nicht sukzessive kausal bewirkter Mikropolitik, der Ausbildung psychischer Dispositionen, Bedürfnisse, Habitus einprägsam erinnert zu haben, ist die beachtliche Leistung von Norbert Elias' »Prozess der Zivilisation«.[30] Ihre harte Grenze findet sie dort, wo Elias in naiver Weise die Verstaatlichungs- und psychogenetischen Disziplinierungsprozesse geradezu konfliktfrei zusammensieht und fortschrittlich als weitergehenden Prozess der Zivilisierung behauptet. Die »inneren« psychogenetisch habituellen und die »äußeren« kolonialistisch unterwerfenden Kosten, menschenformierend, Staatsgewalt frei setzend, andere Gesellschaften und ihrer Angehörigen mordend, werden geradezu grotesk übersehen.

2. Die z.T. heterogene »Geburt« von modernem Staat und von moderner industrie-kapitalistischer Wirtschaft verschlingen und durchdringen sich. Sie können sich ohne einander nicht fest etablieren, nicht zu gesellschaftlich dominanten Größen werden. Beide institutionellen Komplexe verhalten sich aber nicht äußerlich zueinander i.S. eines Prozesses von Geben und Nehmen. Sie verflechten sich funktionell und institutionell bis zu den elementaren Formen ökonomischer bzw. politischer Produktionsverhältnisse. Nur der Kürze halber wie geschlossene Kokons vorgestellt, dehnen sich »Staat« und »Kapital« aus. Sie durchdringen sich in einer institutionell und legitimatorisch unterschiedlich verankerten Herrschaft. Der Dynamik nach außen (Stichwort: Imperialismus) tritt eine Dynamik nach innen (Stichwörter: Sozialimperialismus, innere Kolonisierung, innerer Imperia-

---

torisch analytische Schwächen aufmerksam gemacht hat, wurde es üblich, eine neue Lehre der »failed states« aus der wissensideologischen Tasche zu ziehen. Bezogen auf afrikanische und orientalische Länder vor allem wurde pseudo historisch unterstellt, überall sei es im Zuge der Entkolonialisierung zu fertigen (National-)Staaten gekommen, die sich als unfähig erwiesen hätten, ihre Gesellschaften zu befrieden und eine »verantwortliche« Rolle im Konzert des internationalen Staatengetümmels zu spielen. »Failed state« diente zum einen dazu, kriegerische, indes »humanitär« überglänzte Interventionen zu rechtfertigen. Damit verbunden wurden zum anderen die militärgewaltigen Institutionen mit dem erhabenen außer- und übermoralischen Ziel ausgestattet, das in westlicher Hybris »nation building« genannt wird. Aussagekräftigstes Exempel der Gegenwart im Sinne materialisierter Ideologie ist der US-amerikanisch, europäisch-deutsche Krieg gegen Afghanistan seit 2001.

[30] Norbert Elias, Über den Prozess der Zivilisation, Frankfurt/M. 1976.

lismus u.ä.) an die Seite.[31] Das Schwungrad der einflussvergrößernden Dynamik, der Profit- und Macht-Expansion wird unablässig angetrieben.

3. Die Expansion des ökonomischen und politischen Horizonts und die gleichzeitige Intensivierung sorgen dafür, dass sowohl das Ausmaß der Probleme wie auch die Techniken der staatlichen Herrschaft zunehmen. Sie ist freilich als »staatliche« nur noch scheinbegrifflich und scheinlegitimatorisch zu behaupten – der eben gemachten Beobachtungen institutioneller und funktionaler Verschlingung formell öffentlicher und formell privater Vorgänge halber.

4. Herrschaft ist rechtfertigungsbedürftig in beiderlei Gestalt: staatlich und kapitalistisch. Die kapitalistische Expansion, der der Begriff unbeschränkter Konkurrenz auf dem nicht fertig erreichten Weltmarkt Marxscher Kapitallogik zufolge von Anfang an inhärent gewesen ist, ersetzt in den Stufen ihres legitimationsbedürftigen Wachstums qua expansivem, sich klassenpolitisch verschärfendem Besitzindividualismus das von Anfang an dünne liberaldemokratische Versprechen. Die nachrangige moderne Staatsentwicklung ist bestenfalls durch eine schmale Spur aufhaltsamer Beteiligung ausgezeichnet.

Geballte politische Vor-Würfe (= Probleme)

Aus verschiedenen Expansionen ballen sich heute sichtbare Probleme zusammen. Sie können als versäumte Gegenwarts- und bestenfalls prekär lösbare Zukunftsaufgaben politischer Theorie und Praxis bezeichnet werden. Unübersichtliche Größenordnungen, nicht simplifizierbare Komplexitäten, organisatorisch nicht gestaltbare Formen der Beteiligung, kumulieren sich zu labyrinthisch weglosen Lösungsblockaden. Eine Ariadne, griechische Sagengestalt, dem Helden Arges wegekundig günstig, steht nicht in Aussicht.

Zum einen: Wie lassen sich politische Prozesse in Gesellschaften organisieren, die unübersichtlich viele Menschen und folgerichtig viele Produktions- und Verteilungsleistungen umfassen? Die Ökonomen sprechen von Problemen der »economies of scale«, großer ökonomischer Einheiten der Massenproduktion, die Maschinen, Maschinenarbeit und bald die Erzeugung technologisch komplizierter Produkte zur Folge haben. Massenproduktion verlangt umfangreichere Märkte. Um auf diesen mit anderen Unternehmen konkurrenzfähig zu sein, sind Veränderungen der Arbeitsorganisation und deren zunehmende Mechanisierung nötig. Kurzum, von veränderten Größenordnungen, der sich mit ihnen ausbreitenden Konkurrenz, der Ausweitung des Konsums und damit veränderter Nachfrage u.ä.m. wird das Schwungrad technisch und sozial vermengter Innovationen zu-

[31] Zum »inneren Imperialismus« vgl. W.-D. Narr: Introvertierte Imperialismen und ein angstgeplagter Hegemon. Für eine utopische Transzendenz der Globalisierungskritik. In: Prokla Heft 133, 2003.

erst aufgestellt, dann in sich ausweitendem Gang gehalten. Heutzutage ist es geradezu zum Kern der weltweiten Vergesellschaftung im Sinne ökonomisch innovatorischer Durchdringung noch der letzten Reste vormoderner Gesellschaftlichkeit geworden. Der Drang zur Größe, um die Chancen des transnationalen Marktes ergreifen zu können, der Drang zur »Systemführerschaft« in technisch schwierigen Bereichen wird zu dem, was man mit dem emphatisch antipolitischen Ausdruck als »Sachzwang« bezeichnet. Politischer Streit und politische Prozesse der Teilnahme, der Abstimmung und der Verantwortung für Entschiedenes gehen auf Tauchstation. An ihre Stelle tritt ein anscheinshaft neutrales, im Hinblick auf die aktuellen Problemlösungen »sachlich«, wissenschaftlich-technologisch gestütztes »laissez innover«![32] Ein aktuelles Exempel stellt die neue, v.a. in den USA fast frühkapitalistische Zustände schaffende Entdeckung dar, Energie durch »fracking« aus dem Schiefergestein zu befreien.

Wird die »economies of scale«, die Produktion und die Marktpräsenz auf großer Stufenleiter »gemessen«, dann geschieht dies mit vergleichsweise simplen Messgrößen, auch indem nur die Gewinne verrechnet werden, nicht auch die Verluste, jedenfalls nicht, bevor sie sich katastrophisch häufen. Die Zahl der Produkte zählt; der Preis der Produkte wird berechnet, also wird der auf dem Markt realisierbare Profit kalkuliert. Die Fähigkeit eines Unternehmens, gegenüber der Konkurrenz zu bestehen und im Kampf um Marktanteile aufzuholen und zu überholen, wird bewertet. Kritischer schon wird auszumachen versucht, wie es um die Fähigkeit zur Innovation bestellt sei. Ist Größe günstig, um neue Produkte, vorgängig neue Produktionsmaschinen, mit Hilfe von Forschung und Entwicklung zu erfinden? Allenfalls drittrangig werden die Umwelteffekte und die Qualität der Produkte bedacht. Wozu sollte man auch, solange die Produkte auf dem Markt, der wie eine neutrale Instanz erscheint, realisiert werden können und solange die Kritik an den negativen »externen Effekten« nicht dazu zwingt, die Massenproduktion »umweltfreundlich« zu gestalten. Nahezu gänzlich außer acht bleiben die sozio-politischen Auswirkungen: das Ob und Wie nötiger Arbeit, die Art der Arbeit, die Arbeitsorganisation, die Rolle der Gewerkschaften bis hin zu regionalen und überregionalen politischen Effekten. Die »economies of scale« werden prinzipiell a-sozial und a-politisch bewertet trotz ihres unvermeidlichen Doppeleffekts: der organisatorischen Bürokratisierung zum einen, der Marginalisierung politischer Entscheidungsräume zum anderen. Die funktionalen Erfordernisse, die seit ihren Frühformen bürokratische Institutionen erfüllen, indem in ihnen vorgegebenes und in ihnen institutionalisiertes ökonomisch politisches Interesse von den jeweiligen Bürgerklienten abgehoben, durch einen professionellen Apparat verwirklicht werden, werden neuerdings durch informations- und kommunikationstech-

[32] Siehe nach Joseph A. Schumpeters frühem Hinweis auf die »produktive Zerstörung« im Kontext kapitalistischer Konkurrenz John MacDermott, abgedruckt in: Wolf-Dieter Narr/Claus Offe, Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln 1975.

nologische Einrichtungen übertrumpft. Sie erhöhen die indirekte Herrschaft qua Abstraktion und ergänzen sie durch eine umfassende Vereinzelung. Die Möglichkeit, eine schier unendliche Fülle vereinzelter Informationen zu erfassen und unter bestimmten Gesichtspunkten zusammenzufassen, dehnt die Größen entsprechend technologisch aufgeschlüsselter Bereiche vom Aktienhandel bis zur medizinischen Versorgung, hat aber zur Folge, dass verbleibende Politik, also Interessenkonflikte und Entscheidungsvorgänge, technologisch informationell aufgehoben wird. Keine Instanz verfügt über dafür verantwortungsfähige Politiker aus Beruf. Die Instanz wird als Algorithmus versachlicht. So kommt es nicht von ungefähr, dass das politische Problem heute schlechthin, die »politics and policies of scale« allenfalls am Rande diskutiert werden. Dabei liegt es offen zu Tage. Es kommt nicht erst zum Vorschein, wenn man sich die chinesische Gesellschaft von über einer Milliarde Menschen als moderne, kapitalistisch durchwirkte und staatlich durchregelte Gesellschaft vorzustellen versucht (wer sich's genau vorstellen und seine Vorstellung aufklärend nachvollziehbar vermitteln kann, sollte eine Art Nobelpreis erhalten). Wie lassen sich Gesellschaften, die Millionen und Aber-Millionen von Menschen umschließen, in denen die kapitalistische Ökonomie den letzten Kleinbauern zwischen den Bergen erwischt hat, da staatliche Regelungen aller Art jeden Fußtritt sichern und hemmen, politisch organisieren? Wie lässt sich gewährleisten, dass die zentralen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse so funktionieren, dass sie zureichend, informiert, in ihren Ergebnissen entsprechend rational-durchsichtig umgesetzt zu werden vermögen? Welcher Art geschieht die Vermittlung solcher zentraler Entscheidungen, wenn sie überhaupt institutionell fassbar getroffen werden, hin zu den Regionen, den lokalen Einheiten, den Menschen, denen sie gelten? Welcher Art Teilnahme ist mit welchen Wirkungen auf den politischen Prozess und die teilnehmend-nicht teilnehmenden Bürgerinnen überhaupt (noch) möglich?

Fragen über Fragen. Technische Vorkehrungen aller Art werden getroffen, die ihrerseits allein »economies of scale«, also Ökonomie und Politik zusammengenommen, möglich machen. Wie aber verhält es sich mit der »Rationalität« politischer Entscheidungen? In der Weise, in der die »politics of scale« gegenwärtig fahrlässig betrieben und ausgeweitet wird, ist es wahrscheinlich, dass immer erneut Max Webers These von der Bürokratisierung, technologisch verlängert, bestätigt wird. Weber gründete seine These, schwer im Kern zu widerlegen, auf die Annahme zunehmender Produktions- und Verteilungsvorgänge und ihrem entsprechenden organisierenden Zwang, sprich der Kür bürokratischer Expansion.

Die Ausdehnung politischer Größenordnung innerhalb bestehender geopolitischer Grenzen bewirkt einen Raum- und Sprachverlust der Politik. Der Verlust ereignet sich als abnehmende Chance zu »machen«, um Hannah Arendts Machtbegriff im Sinne des Machen-Könnens zu gebrauchen. Bleibt man zunächst im Rahmen der Geschichte des modernen Staates, dann wird einsichtig, wie sich die Horizonte, die Mittel und die Definitionsbezüge von Politik verschieben. »Sach-

zwänge«, so hat es den Anschein, bestimmen die staatliche Politik. Sachzwänge, die von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgehen. Sie werden »nach staatsunten« vermittelt . Dabei verwundert es zunächst wenig, dass einige Staaten profitieren, die anderen vor allem in ihren Bevölkerungen leiden, je weiter die Treppe sozialer Stufungen zur Banalität des Elends heruntergegangen wird. »Sachzwänge« sind allemal einseitig interessengeladen. Was sie zum »Sachzwang« macht oder doch zu machen scheint, ergibt sich aus der Beobachtung, dass beträchtliche Spielräume der Wahl außerhalb des sachzwangsartig Definierten aktuell nicht gegeben scheinen.

Mit anderen Worten: Nicht nur gilt, dass die Staaten, so wie sie organisiert sind, ihren Aufgaben nicht einmal i.S. einer politischen Kybernetik, also steuernd gerecht zu werden vermögen. Weit mehr trifft zu, dass diese Staaten von einem außer ihnen liegenden Zusammenhang abhängig sind. Ihre Macht können sie soweit halten, als sie im Sinne der Funktionslogik des Weltmarktzusammenhangs daran mitwirken. Sachzwang heißt Zwang zur Anpassung. Politik heißt, dass die Effekte dieser Zwänge nach innen und außen repressiv, präventiv, aus dem Köcher staatlicher Gewalt mit der politischen Energie allgemeiner Legitimation zu vermitteln sind.

Illustrationen des ausverlagerten Definitionsverhalts staatlich organisierter Politik finden sich in jeder Tageszeitung bis »hinunter« zum Feuilleton, vom international dirigierten Sport zu schweigen.

Unternehmen wie solche der Automobilindustrie und des Internet haben »die Welt« für sich erobert. Sie sind anderen Branchen voraus. Wenige Giganten machen das globale Marktfeld unter sich in Konkurrenz und Kooperation aus. Gar nicht zu reden von solchen Ländern ohne solche Unternehmen, die von deren materieller und immaterieller Logik gleichwohl beherrscht werden. Gerade die Länder, die sich stolz als Brutstätten der neuen Technologien brüsten können, die von ihnen profitieren, sind in hohem Maße von ihnen abhängig. Die dem Anschein nach ferne Konkurrenz auf dem Weltmarkt schlägt bis in die Einzelheiten der Arbeitsplatzorganisation durch. Forschung und Entwicklung, vorhergehend die Ausbildung und nachfolgend die Sozialpolitik werden nicht zuletzt an den »Bedürfnissen« solcher Unternehmen ausgerichtet. Diese sind »national« nicht mehr einzufangen.

Die Prioritäten staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik sind nahezu durchgängig abhängige Größen. Das Kuddelmuddel der Interessen, die an Forschung und Entwicklung beteiligt sind und um immer knappe Gelder balgen, könnte übersehen lassen, wie stark extern bedingt wird, was geschieht.

Bisher haben wir nur auf die Raumver-, ja die Raumentrückung hingewiesen. Sie kennzeichnet gebietsweit staatliche Politik und sorgt inner- und zwischenstaatlich dafür, dass die Ungleichheit zwischen den Lebensräumen zunimmt, sei's im Sinne ihrer Ballung, ihrer Entleerung, ihrer slumartigen Verelendung. Die Entsprachlichung, das Ausdünnen sprachlicher Verständigungsformen der Politik nimmt in-

soweit zu, als die informations- und bildtechnologische Vermittlung und Steuerung raumabstrakter ökonomisch politischer Sachverhalte den Raumverzicht und die transhumane Zeitbeschleunigung erst möglich machen. Schon der Übergang von der mündlichen zur schriftlichen Sprache veränderte Politik und etablierte die Chance von Herrschaft. Nun aber verändern die neuen Medien die Sprache erneut. Sie verändern die Zeiten und Arten, sie aufzunehmen. Die Manipulationschancen dehnen sich international aus. Schwer lässt sich abschätzen, ob die tendenziell überall zugänglichen Informationen mit ihren Effekten, Menschen zu mobilisieren, mehr darstellen als vorübergehende publizistische Ereignisse mit bestenfalls raren, örtlich bleibenden Effekten. Zugleich wird Sprache in wichtigen Bereichen der Wissenschaft und der Ökonomie zeichenhaft oder im politischen Raum bildlich verdrängt. Die Bürokratisierung der Sprache hat solcher Verwendung schon vorgearbeitet. Sie wird jetzt erneut »extrem« verlängert.

Die Folgen für einen Politikbegriff, in dem das zoon politikon im Zentrum steht, lassen sich vorsichtig erahnen. Die Vorsicht ist unseres Nichtwissens halber geboten. Wir alle tragen mit vergangenen Erfahrungen dicht, wenngleich selten eindeutig gefüllte Rucksäcke. Schon diese auszupacken und gegenwärtig zu nutzen, ist voll einseitiger und willkürlicher Interpretationen, von den nie gegebenen Passgenauigkeiten geschichtlicher Vorgänge nicht zu reden. Die athenische Demokratie »lebte« in und von ihrer mündlichen Kultur.[33] Die liberale Demokratie lebt von der Chance der Re-Präsentation, der Vergegenwärtigung des (angeblichen) Volkssouveräns durch seine Repräsentanten. Der politische Zusammenhang ist schon schier unerträglich abstrakt geworden. Wie aber sollte er angesichts der Enträumlichung und Verschiebung der Definitionsmächte auch nur spurenhaft und »ideell« erhalten werden? Ist eine neue raumlose Politik universell vermittelter Bildzeichen, Sprachfloskeln und neu geschaffener Zeichen möglich? (vgl. Kapitel IX)

Charles Perrow hat 1986 die »normalen Katastrophen« in Kontinuität der Bürokratisierung als unvermeidlichen Teil der heutigen Großtechnologien diagnostiziert. Dass normale Unfälle in den alten und fortlaufend neuen Technologien stecken und nicht vorab berechenbar sich ereignen können, ist ein Ausdruck ihrer umfänglichen Komplexität. Mathematische Genauigkeit im Detail lässt Störgrößen und Grenzwerte a-sozial kalkulieren. Die einzelnen Teile des komplexen Systems, die an sich selber risikolos sein mögen, werden zu Risiken, weil ihre Zusammenhänge und Abhängigkeiten im Gesamtsystem nicht hundertprozentig abgesichert werden können. Sie werden in ökologischer Hinsicht und in den sozialen Effekten nicht einmal gekannt. Modellannahmen, Laborresultate und organisatorische Vermutungen mischen sich in einer nicht restlos ausrechenbaren und nicht kontextlos isolierbaren Wirklichkeit. Explosive Wirksamkeiten können die »überraschende« Folge sein.

[33] Moses Finley, Das politische Leben in der antiken Welt, München 1991.

Was für großtechnische Anlagen gilt, trifft ungleich mehr für ein »Weltsystem« zu. Auch bei fortschreitender Computerentwicklung, weiterer Miniaturisierung und ungeahntem Speichervermögen dürfte es sich nicht simulieren lassen. Und gelänge die Simulation in einem Science-Fiction-Albtraum, es wäre dann niemand Menschliches mehr vorhanden, der sie zu begreifen vermöchte.

In seinen imperialen Abhängigkeiten, Voraussetzungen und Folgen ist das sozio-politische Weltsystem immer zugleich als Weltmarktmacht- und Konkurrenzsystem gegeben. Der Weltmarkt fungiert als »Steuerungsgröße«, ohne dass man ihn in einem handelnden Sinne als »Steuerungsinstanz« ansehen dürfte. Mächtige transnationale Konzerne und Staaten wirken als dynamisch bestimmende Faktoren des Weltmarktes und »seines« Systems. Die jeweiligen Repräsentanten und die zugehörigen Bevölkerungen profitieren davon in unterschiedlichem Maße. Die »dynamischen Faktoren« zirkulieren um die weltmarktlich-weltmächtige Zentralsonne. Sie sind nicht die Weltdemiurgen, diejenigen, die dieselbe steuerten und dirigierten.

Die »Welt« als irgendeine Art Zentrum, gar als geordnete Einheit im Sinne des Kosmos gibt es nicht. Sie ist keine Instanz, kaum ein Prozess. Sie wird nur durch ihre orientierende und verteilende Energie ohne eigene Superlogik kenntlich. Sie ist in diesem Sinne marktgemäß eine Resultante der mächtig ungleichen und ungleich mächtigen Konkurrenz und ihrer Teilnehmer mit kaum absehbaren externen Effekten und Kollateralschäden. Das aber heißt: Fast alle quantitativ qualitativen Machtprotzen in nicht reflektierter Distanzlosigkeit »wissen«, was sie wollen, wenn sie an diesem Rennen teilnehmen, ja dass, soweit Einfluss, Macht und Wohlstand verteilt werden, sie daran teilnehmen müssen. Dieser Weltmacht- und -marktverhalt bedeutet aber gleicherweise, dass alle nur das nehmen können, je nach ihren Konkurrenzkräften, was sie von dort gemäß dem vorgegebenen (materiellen) Sinn erhalten können. Ja, mehr noch: Ohne Frage können die mächtigen Unternehmen beispielsweise der informations- und kommunikationstechnologischen Komplexe oder, ungleich beschränkter, der Autoindustrie auf den »Markt« Einfluss nehmen und ihn in Graden verändern, so wie dies mächtige Staaten wie die USA, China, Japan oder die BRD zu tun vermögen.

Allerdings wollen wir im Sinne eines Warnzeichens darauf aufmerksam machen, dass der Ausdruck »Markt« radikal in die Irre führt.[34] Es haben sich, seit langem vorbereitet, feste Strukturen des Einflusses und der Abhängigkeit herausgebildet. Aber kein Machtfaktor oder auch eine Mehrzahl von Machtfaktoren und kein Prozess sind in Sicht, die in nachvollziehbarer und bewusster Weise Ziel, Mittel und Umsetzung nach ihren Interessen bestimmten – und seien dieselben noch so ein-

[34] Hier wie anderwärts benutzen wir den üblichen Ausdruck »Markt«. Wir verhalten uns, fast sagten wir, wie üblich sprach-, gedanken- und wirklichkeitsfahrlässig. Die Marktbezeichnung verdeckt, herrschaftssprachlich, die hochgradig vermachteten, in sich bürokratisierten, weltweit verschieden präsenten Apparaturen und ihre versachlichte Herrschaftskonkurrenz.

seitig und kritisierenswert. Am internationalen Finanzmarkt mit seinen unvorstellbaren täglichen Geldhin- und -herflüssen ließe sich das Problem am besten illustrieren. Die Gesamtrationalität, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, besteht nur als gemeinsames, weltweit verteiltes Motiv schier unzähliger, verschieden mächtiger Einzelrationalitäten, die alle darin konvergieren, dass sie mit Geld mehr Geld machen wollen. In dieser Hinsicht wirkt der Weltgeldmarkt für manche seiner Einzelrationalisten wie die endliche Erfindung der Kunst, aus Nichts Gold zu machen. Unter dem Gesichtspunkt politischer Organisation und der (kleinen humanen) Rationalität des Selbst- und Mitbestimmens von Handeln gesprochen aber erscheinen dieser Weltfinanzmarkt und seine tausendfüßlerischen Einzelrationalitäten wie ein riesiges Gebäude, das nur aus Streichhölzern kunstfertig aufgestellt worden ist.

Diese nicht zufällig weitgehend metaphorischen Vorstellungen der phantastischen Wirklichkeit der Gegenwart und ihrer noch phantastischer rötenden Zukunft lassen erahnen, dass es fortdauernd zu normalen Katastrophen kommen könnte. Aber niemand ist da, der zu klagen und der schuldnerisch Rechenschaft zu legen vermöchte.

»Opfer fallen hier,
Weder Lamm noch Stier
Aber Menschenopfer unerhört.«
(aus dem Gedicht »Die Braut von Korinth« von Johann Wolfgang von Goethe)

Weltflüchtlinge – Millionen und Abermillionen. Allein in Lateinamerika werden über 40 Millionen obdachloser Kinder geschätzt. In Afrika, dem ärmsten aller Kontinente, in dem selbst die Ärmsten einander nicht gleich sind, sterben jährlich Millionen von Menschen Hungers. Und so müssten vielerorts in der menschenschrecklichen Welt Hunger, Flucht und Mord dystopisch verortet werden.

Diesen Problemen gegenwärtiger Politik entspricht die zentrale Aufgabe: Alle Kraft sozialer Phantasie zusammenzunehmen, ja historisch erfahren bis an ihre Grenzen zu spannen, um alte Institutionen zu erneuern und neue begründet zu erfinden. Solche Institutionen sind dringend, um die Flucht der Politik ohne Wiederkehr zu dämmen. Dazu käme es darauf an, Politik als das, was den Menschen als geselliges Wesen erst werdend macht, institutionell neu zu fassen. Die Schubkraft des zuerst westlich verorteten bürgerlichen Verfassungsstaats bester Aufklärung ist einer Multiplen Sklerose und in ihr einer innovatorischen Pseudodynamik gewichen. Wie ließe sich Politik, allein angesichts der quantitativen Ausmaße, sozial verorten? Dazu wäre erforderlich, Teilnahme- und Entscheidungsprozesse der Vielen[35] nachvollziehbar und mit human kalkulierbaren Effekten zu organi-

[35] In dieser Hinsicht ist die Erinnerung an Baruch Spinozas Begriff der Multitude vor allem dann produktiv, wenn man ihn im heutigen Kontext, keiner Wortmagie verpflichtet, prozedural und institutionell materialisiert, dem urliberalen Versprechen treu, dass letztlich die einzelne Person zähle. Vgl. Antonio Negri, Die wilde Anomalie. Baruch Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft, Berlin 1987.

sieren. Wie ließe sich solche (Re-)Lokalisierung verbinden mit der Globalität der Orientierung und des Austausches?

Die vertrackten Hauptwidersprüche unserer Zeit hängen mit dieser fragend bezeichneten Aufgabe zusammen. Nur wenn man humane Kosten bis zum Genozid nicht scheut, lassen sich diese Widersprüche mit alexanderhaftem Schwert zerschlagen:

– die Bedürfnisexplosion, die die Gefahr in sich birgt, dass sich die Emanzipation von sich selbst emanzipiere;
– die enorm ausgeweiteten Fähigkeiten ökonomisch-politischer Systeme, solche Bedürfnisse und andere von ihnen anerkannte Interessen zufrieden zu stellen;
– die noch vor Jahrzehnten so nicht vorstellbare Kunst, komplexe Zusammenhänge zu organisieren, Informationen aufzunehmen, zu bündeln, zu speichern, miteinander in Beziehung zu setzen und weiterzugeben; eine Kunst, die von einer sich ausweitenden Unfähigkeit zu urteilen, zu organisieren und zu handeln, begleitet wird;
– das, was man eine Allpolitisierung menschlicher Wirklichkeiten nennen könnte, da menschlich geschaffene Strukturen, Einrichtungen, Instrumente und selbstläufig gewordene versachlichte Dynamiken über nahezu alle Faktoren entscheiden;
– zugleich wird das zoon politikon Mensch massenhaft an die Wand der Entwicklung gedrückt. Es, das kindlich versachlichte Fürwort trifft, vermag sich nur noch idiotengleich durch die Flucht in seine Privatinteressen zu retten. Nicht bemerkend, wie sehr die Privatinteressen weltmarktweit definiert und vermittelt sind. Idiotes war ein Mensch, der sich nur noch um die eigenen Interessen kümmert (und gerade deshalb verliert).

So grobschlächtig zusammengenommen entsteht die zweite Zentralaufgabe, die schon von den alten Griechen angemahnt worden ist: Darüber sich Rechenschaft abzulegen, darüber diszipliniert tagzuträumen und Alpträume nicht einfach zu verdrängen, was »man« selbst als Leben anstrebt, um Konturen »guter Politik« zu entwerfen.

Der oben aufgefächerte Politikbegriff ist weit geraten. Zu weit? Wenn nahezu Alles, was gesellschaftlich ist, auch politisch ist, worin bestehen dann noch die Unterschiede? Wäre es nicht empfehlenswert, ihn enger einzugrenzen, gerade um den kritisch erfassenden Charakter des Begriffs zu bewahren?

Ja, und nein. Nein deshalb, weil bei einem enger gefassten Politikverständnis immer die Gefahr besteht, dass Bereiche gesellschaftlicher Wirklichkeit ausgespart werden, die bei genauerem Hinsehen durchaus politisch sind oder sein könn(t)en. Allzu rasch geschieht es, benutzt man einen engen oder doch engeren Politikausdruck, dass man konventionellen Bestimmungen erliege und nur das als »politisch« betrachtet, was herkömmlich, etwa von den Vertretern einer etablierten Herrschaft, als »politisch« verstanden wird. Damit übernähme man aber eine interessierte Politiksicht und die entsprechenden praktischen Folgen all der

Kreons bis heute. Man drohte der Antigone zu vergessen. Ein breiter oder doch breiterer Politikbegriff hat einen detektivischen Sinn. Verhalte, die »unpolitisch erscheinen, gewinnen, begriffsgerettet, Profil.

Allerdings – und insofern gilt das »Ja« – kann in einer historischen Analyse bei dem allgemeinen Politikbegriff nicht stehen geblieben werden. Würde, verwände man allein den breiten Politikbegriff, unpolitisch-privates Verhalten überhaupt noch erkenntlich? So der berechtigte Einwand einer Teilnehmerin der dem Buch zugrunde liegenden Vorlesung. Folgt man einem feministischen Begriff des Politischen, ließe sich allemal zeigen: Formell als »privat« Behauptetes oder auch habituell als »privat« Erfahrenes sei politisch erzeugt, es werde politisch vermittelt und bestimme seinerseits i.S. der Politik der Unpolitischen politische Wirklichkeit. »Das Private bzw. das Persönliche«, so lautet der feministische Kampfruf, »ist politisch«. Damit entsprechend differenziert werden könne, damit die mehrdimensionale Wirklichkeit erfasst werde, ist je nach Gegenstand und Wirklichkeitsbereich zwischen dem jeweils gebräuchlichen, dem analytisch nahe liegend weiten und dem normativen Gebrauch eines Politikbegriffs zu unterscheiden. Von selbst sollte sich hierbei verstehen, dass das, was für oder gegen den verschiedenen Gebrauch sprechen mag, möglichst kriterienklar genannt und am Exempel des untersuchten Phänomenbereichs durchexerziert werde. Auf diese Weise kann die Gefahr vermieden werden, nahezu alles als »politisch« zu werten. Daraus könnte die Konsequenz gezogen werden, der Staat müsse all diese Bereiche regeln, obwohl seine Regelungsformen das nötige Ausmaß an teilnehmender Mitbestimmung ausschließen.

Kapitel III
Zur Konstruktion der Wirklichkeit – Kriterien einer halbwegs angemessenen Methode, Theorien zu bilden

Frei nach Pilatus: Was heißt »Wirklichkeit«?

Das, was wirklich ist, fasst sich, wenn wir dieses Wort benutzen, fest an. Es ist, wirkt und verändert sich. Solang es ist, kann an ihm nicht gedeutelt werden. Das kommt auch umgangssprachlich zum Ausdruck. Dort wird das Eigenschaftswort wie ein bestätigendes Ausrufezeichen gebraucht. »Wirklich!« Mit dem Wirklichen, das im Deutschen synonym mit »tatsächlich« benutzt wird, ist es aber eine vertrackte Sache. In vielen Wissenschaften, die sich gerade dadurch auszeichnen wollen, erhält es die Qualifizierung »empirisch«, das im Wort »Erfahrungswissenschaften« eine wissenschaftliche Gattung bezeichnen soll.

Schon lange bevor Goethes Faust daran schier verzweifelte, »dass wir nichts wissen können«, hat Platon in seinem berühmten »Höhlengleichnis« (im 7. Kapitel der Politeia) uns Normalmenschen in Höhlen lebend vorgestellt. Wir vermöchten deshalb nur »Schattenbilder« zu sehen. »So sind wohl manche Sachen, die wir getrost belachen, weil unsre Augen sie nicht sehn«, dichtete über zwei Jahrtausende später Matthias Claudius in seinem Gedicht und Lied: »Der Mond ist aufgegangen«. Nur die Philosophen könnten nach Platon, selbst Philosoph, das was wirklich ist, in vollem Licht als das, was es ist, erschauen. Das heißt platonisch zugleich in seinem Wesen erkennen.

Nach über Jahrtausenden voller gescheiter Menschen und im raffenden Sprung betrachtet kann festgestellt werden: Den Menschen, anthropologisch »nicht festgestellte Tiere« (F. Nietzsche), gleichursprünglich ist das Zerbrechen der *einen*, der darum wahren »Wirklichkeit«. Anders als andere geschöpfliche Schwestern und Brüder, die diversen Tiere zumal, können sich Menschen nicht instinktsicher orientieren. Dasein, Wahrnehmen, Urteilen, Handeln treten auseinander. Irrtum, Täuschung und Lüge nisten sich ein. Sie bleiben eine der Bedingungen erkennender, kommunizierter und handelnder Wirklichkeit. Nur in religiösen oder mythologischen Dichtungen, die darum auch Dichtungen bleiben, nie »die Sache selbst« sind, können Götter oder Gott vorgestellt werden wie im Alten hebräischen Testament und mit anderem »theologischen«, also schon interpretatorischen Akzent im Neuen griechischen Testament. »Ich bin, der ich bin«, sagt der menschlicher Täuschung und Anmaßung entgegengerichtete, darum namenlose Gott Jahwe. Sein Wort wird, nein, ist Wirklichkeit. Der Beginn des Johannes-Evangeliums befindet sich in dieser unmittelbar autoritativen Tradition, wenn wir hier theologisch

kühn ohne uns fremde Qualitäten anmaßen dürfen: »Am Anfang war das Wort. ... Und das Wort ward Fleisch.« (Luther-Deutsch).

Irdisch befindet sich all das »Wirkliche« voller Klüfte, in verschiedenen Kontexten. Es folgt diversen Perspektiven. Sie erlauben unterschiedliche Wahrnehmungen; sie dienen je anderen Absichten und Interessen. Es gibt für uns Menschen nicht *die Wirklichkeit.* Immer befinden wir uns, um den Titel des Aufsatzbandes eines führenden Soziologen der Nach-Nationalsozialismus-Zeit zu verwenden: »Auf der Suche nach Wirklichkeit« (Helmut Schelsky). Nicht von ungefähr kommt es, dass Max Weber, der bedeutendste, deutsch geprägte Sozialwissenschaftler des 19. und 20. Jahrhunderts, das von ihm in Deutschland mitbegründete Fach »Soziologie« als »Wirklichkeitswissenschaft« verstanden haben wollte. Er, der zugleich einem disziplinierten methodologisch-philosophischen Relativismus das dauernd prekäre Fundament bereitete. Keine Erkenntnis ohne der gesellschaftlichen und dem äußernden Subjekt eigene Aspekte. Deswegen ist des Stückeschreibers, Essayisten und Dichters Hugo von Hofmannsthals Wort, formuliert während des Gezeitenwechsels vom 19. zum 20. Jahrhundert, triftig: »Politik ist die Verständigung über das Wirkliche.« Das aber besagt, dass, was in chamäleonhaften Farben- und Ausdruckswechseln jeweils als »wirklich« behauptet wird, ist dauernd mehr oder minder im Wort- und Wirklichkeitskampf umstritten. Diejenigen, die sich in diesem Kampf hervortun und ihn nicht primär um des Sieges von ihnen beherrschter Wahrheiten und Wirklichkeiten willen betreiben, um zu ergatternder Positionen im politischen Raum des aufgeherrschten Wirklichen, sind an zwei Merkmalen zu erkennen. Am Gebrauch des Konjunktivs in seinen verschiedenen Bereichen vom Potentialis bis zum Irrationalis. Auf die Sprache und deren Modus kommt es also mitentscheidend an. Zusätzlich sind redliche Erkunder dessen, was der Fall zu sein scheint, daran zu erkennen, dass sie ihr Zutun bei der Erfindung des Wirklichen soweit irgend nötig und möglich aufdecken, und würde es gerade nur historisch oder in sanktionsbewehrten Texten staatlich gesatzten Rechts gefunden. Genesis und Geltung von Sachen und Sätzen über sie, sind mehrfach miteinander verschlungen. Wer sie kund gibt, verdunkelt die platonische Höhle nicht zusätzlich. Alles Herrschaftliche liebt freilich das Dunkel. Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts wurde es zur sozialwissenschaftlichen Methode. Sie währt noch im »Konstruktivismus« und im »Dekonstruktivismus« (längst zuvor von Sören Kierkegaard, von Nietzsche und anderen sublim entdeckt). Beide haben ihre thematisch spezifischen, die AutorInnen lobenden Meriten oder tadelnden Nachteile. Nicht selten fällt freilich auf, dass gerade diejenigen, die prächtig dekonstruieren, also interessen- und vorteilsbespickte Konstruktionen dekonstruierend auseinander nehmen, so argumentieren, als spielten sie »freischwebende – eigener Interessen und ihres Schiefgesichts freie – Intelligenz« (Karl Mannheim). Ihre eigenen Voraussetzungen decken sie nicht auf und deren Konsequenzen bleiben nächtig. Als gäb's einen interesse- und kontextfreien Ort, von dem der Tau auf Gerechte wie Ungerechte qua höherer Wahrheit niedertropfe.

»An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen« – das Maß- und Gewichtproblem

Dieser im Neuen Testament der Christen geäußerter Urteilsmaßstab ist triftig. Er ist allgemein zu verwenden. Seht auf die handelnden Hände, vertraut nicht den versprechenden Mündern. Die Art der damit erzielten Erkenntnis und, so es eine Übersetzung in Praxis gibt bzw. die Vorstellung praktischer Folgen, sind zwei wichtige Indizien einer Theorie. Sie erlauben ihre erste Qualifizierung.

Eine Antwort spitzt sich regelmäßig, sogleich in einer erneuten Frage zu: Woran ist die Qualität der Früchte zu erkennen?

Ein erprobter Weg besteht darin, die Ansprüche, die mit einem Erklärungs- und/oder Handlungsmuster verfolgt werden, und die folgenden Resultate, die Grade ihrer Verwirklichung zu vergleichen. So wie man etwa das Verfassungsrecht, das das politische System einer Gesellschaft normiert, mit der Verfassungswirklichkeit vergleicht. Was ist aus der normativen Verfassungsgestalt geworden? Was bedeutet deren formelhaft im Grundgesetz selbst reklamierte »freiheitliche demokratische Grundordnung«? Was die darauf bezogenen Grund- und Menschenrechte, die nach Art. 1 Abs. 3 GG »unmittelbar gelten«? Was bringen andere »Säulenartikel« des GG wie Art. 20. Abs. 1 und Abs. 2 GG ein? Art. 20 Abs. 1 GG: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat«. Art. 20 Abs. 2 GG: »Alle Gewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.«

Beim Umgang mit Gesetzen, so auch beim normativen Komplex »Verfassung«, als Exempel dem Grundgesetz, fällt dem juristischen Laien zuerst auf: Obwohl durchgehend Forderungen diverser postulativer Qualität formuliert werden, scheint der grammatische Modus des Konjunktiv unbekannt. Folgerichtig ist die Frage: Wie kommt das? Keine Analphabeten haben die Verfassung formuliert. Die historisch begründete Antwort lautet, die erst die Systematik oder die systemische Qualität des modernen, zuerst des europäisch angelsächsischen Staats erhellt, wie er sich seit dem 15. und 16. Jahrhundert in wachsenden Ringen herausgebildet hat: dass der liberale Rechts- und Verfassungsstaat mit ganzer Sohle geltender Verfassungsrechte und einfacher Gesetze auftreten kann, ohne je ihren metaphysisch politisch moralischen Charakter zu bedenken, hat mit seiner erkriegten, schließlich rechtlich abgekappten Herrschaftsqualität zu tun. Jede Verfassungsnorm und jedes Gesetz des Staates unterliegen vorgängig dem Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit. Und werden sie von abweichendem Verhalten gesetzeswidrig, gar »kriminell« verletzt, tritt statt dem vorweg legitimierten, das aktuell mit den Mitteln physischer Gewalt ausgerüstete Gewaltmonopol in der institutionellen Form der Polizei oder, primär außengerichtet, des Militärs auf den Bürger- oder Fremdenplan. In diesem Sinne verwandte Max Weber – mit von ihm allenfalls in der Formulierung nicht bedachtem Grund – den Ausdruck staatlicher Rechts*satzung*. Staatlich legitimierte Normen basieren auf staatlicher

akkumulierter und organisierter Gewalt. Ihre Rechtsweihe erhalten sie durch den anderen Teil allgemein legitimierter Gewalt: durch die vermittelt vermittelnde Wirkung allgemeiner Wahlen.

Diese primär durch Gewalt-Recht und sekundär durch Rechtsgewalt garantierte liberaldemokratische Verfassung hat zu weiteren Folgen,

- dass die grundgesetzlich offen gehaltene »freiheitliche demokratische Grundordnung,« schon im Grundgesetz zur Dauereinrichtung »repressiver Toleranz« in entwickelnder Verdichtung wurde;[36]
- dass angesichts der individualistisch-abwehrrechtlichen Normierung der Grundrechte, der kein entsprechendes bürgerliches Selbst- und Mitbestimmungsrecht korrespondiert, allgemeine normative Setzungen wie die so benannte »Sozialstaatsklausel« von Art. 20 Abs. 1 GG von den aktuell gegebenen politisch ökonomischen Kontexten und ihrer Interpretation durch die Mehrheitsmeinung der Repräsentanten abhängen.

Über den beschränkten Vergleich von Norm und Wirklichkeit hinaus – Zur Kritik der Norm, so sie schlechte Wirklichkeit rosig illuminiert

Die zuletzt festgestellten Dissonanzen im Vergleich Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit haben der Einsicht eine Gasse geöffnet, der Vergleich könne lahmen. Er setzt voraus, das hauptsächlich auf das angelsächsische 18. Jahrhundert zurückgehende Konzept und verfassungsrechtliche Rezept liberaler oder repräsentativer Demokratie sei von der Anlage her stimmig, also normativ in Ordnung. Es hapere aber von rauen Interessen gebremst daran, verwirklicht zu werden. Auf den Irrtum, der sich in dieser Überlegung äußert, hat schon Kant aufmerksam gemacht, als er über den Gemeinspruch handelte.[37] Im Gegensatz zur Alltagsweisheit des Gemeinspruchs machen zunächst Immanuel Kant und Johannes Agnoli (in seiner durch Marx radikalisierten Tradition) darauf aufmerksam, dass diese merkwürdig einseitig weis mache. Es könne sich um eine zusammenhängende doppelte Untauglichkeit handeln. Zum einen stellte sich heraus, dass der theoretisch formulierte Anspruch bei weitem über seine Verwirklichung hinausschießt. Dass also im exemplarischen Fall die liberaldemokratische Praxis keiner alle Bürgerinnen und Bürger umschließenden Verwirklichung der Grund- und

[36] Zum Ausdruck »repressiver Toleranz« siehe Robert Paul Wolff, Barrington Moore und Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/M. 1968. Zur illiberalen Qualität des liberalen Grundgesetzes insgesamt Helmut Ridder, KPD-Verbot – Demokratie und Rechtsstaat – Kritische Abhandlungen zur Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik, Neuwied 1966.

[37] Siehe Immanuel Kant »Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis« (1793). Gesamtausgabe (Akademie-Ausgabe) Band VIII. Vgl. Johannes Agnoli, Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik, in: Ders.: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2004, S. 192-202.

Menschenrechte entspricht. Zum anderen möchte es sein, dass die theoretischen Verheißungen von vornherein nicht gehaltene und nicht zu haltende Versprechen artikulierten. Die praktischen Defizite träten dann nicht auf dem langen Weg zur Praxis auf. Vielmehr wäre schon das verfassungsrechtliche Versprechen an sich selber taub und hohl. Das aber ist genau beim repräsentativ demokratischen Versprechen der Fall. Die sozio-ökonomische Grundlage bürgerlicher Gleichheit ist von vornherein so klassenschief, weil mit Orwell gesprochen eine erkleckliche Elite gleicher ist als die anderen, dass eine liberale Demokratie, innig verbunden mit einer kapitalistisch ungleichen und Ungleichheit schaffenden Ökonomie, notwendig in der Mehrheit nur schwerbehindert gehen kann. Die behauptete und wahlpolitisch realisierte Gleichheit ist nicht bloßer Schein. Sie reduziert indessen die demokratische Behauptung in Form der »Legitimation als Verfahren« zum bestenfalls meinungsbefragenden Geklapper und Geplapper. Darum treffen Johannes Agnolis Formulierungen jenseits ihres zeitgemäßen Ausdrucks ins stimmige Schwarze. Im Schlussakkord einer Recht und Wirklichkeit aufeinander beziehenden kritischen Politikwissenschaft heißt es dann: »Gute Politikerinnen und Politiker braucht das Land, im Grunde also eine Herrschaft mit menschlichem Gesicht. Dem zugrunde liegt, dass die Verlötung von Norm und Wirklichkeit … verkannt wird. Die kritische Politologie begreift nicht, dass die Norm als Teil der Wirklichkeit sich in objektive Zwangsregelungen und in mit Staatsgewalt durchsetzbare Regulierungen umsetzt.« Wenig später fährt Agnoli fort: »Unter dem umständlichen Namen einer ›Rekonstruktion der Kritik politischer Ökonomie‹, … meldete sich der Übergang von der Kritik am Vorgefundenen (zwecks Besserung) und vom Vergleich zwischen Ideal und Leben zur Kritik der Politik an: zur Absage und zur negativen wissenschaftlichen Aufgabe. Es geht nicht mehr darum, die Verfälschung der Norm durch die Politik aufzuzeigen. Vielmehr wird die politische Norm zur Diskussion und zur Destruktion gestellt. Es gilt, ›dem Volk Mitteilung zu machen über das wahre Wesen der Konstitution‹. Immanuel Kant stand und steht Pate bei der Infragestellung der Normen und der allgemeinbewusstlosen Zustimmung.«

Die notwendige Aufgabe einer Radikalisierung des Norm-Wirklichkeits-Vergleichs, der die Norm und das, was ihr zugrunde liegt, einbezieht – aristotelisch das meist Vergessene, das, was zugrundliegt, lateinisch die Basisprämissen –, führt weiter zum Verhältnis von Theorie und Praxis. Wir werden darauf zurückkommen. Trotz der enormen Kraft der Mobilisierung sozialistisch-kommunistischer Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, die auch theoretisch analytisch bewirkt wurde, Marx/Engels gebührt der erste Preis, ist die auch geschichtsphilosophisch evolutionistisch begründete, geradezu nahtlose Verbindung von Theorie und Praxis im wechselwirkenden Zusammenhang nicht mehr möglich. Dort wo sie heute weltweit geschieht, wirkt sie – Kant, Marx und andere verkehrend – im Sinne eines Techno-Kapitalismus, der mit einer Menschen nach ihren Möglichkeiten emanzipierenden Praxis bestenfalls Gegenteiliges zu tun hat. Darum bleibt von Agnoli

berührt vor allem ein von Theodor W. Adorno vorformulierter »Negativismus«, der die utopische Vorwärtserinnung an eng gekoppelter freier und gleicher Gesellschaft erhält, ohne sie irgend revolutionär versprechen zu können.[38]

Im Hinblick auf Theorien kann allgemein wägend gefragt werden:

– Wie steht's mit der Praktikabilität der Resultate (Technik- oder Politikzusammenhang, technische oder politische Verwertbarkeit)?
– Wieweit lassen sich Entwicklungen mit Hilfe der darauf bezogenen Theorien voraussagen oder doch in ihren Problemen vorab einschätzen i.S. einer nicht nur untergangsmündigen Kassandra? Wie kommt es, dass beispielsweise ökonomische Prognosen einer Kontinuität des Irrtums erliegen, aber dennoch immer erneut angestellt, diskutiert und Verhalten beeinflussend publiziert werden?
– »Stimmt« die Theorie i.S. einer Erklärung dessen, was der Fall ist, warum es so anfällt und warum es nicht anders ausfällt – wie aber ließen sich diese fraglichen Stimmigkeiten »messen«? Reicht die Tatsachenprobe aus? Wer aber belegt eine »Tatsache« in ihrer Tatsächlichkeit, dass sie so und nicht anders zustande gekommen, dass sie so und nicht anders zu verstehen sei? Können nicht Tatsachen »lügen«? In jedem Fall gilt, dass das freudige Ereignis des Heureka, ich hab's gefunden, Anderen nachvollziehbar und nachprüfbar mitzuteilen ist. Aber erfinden nicht viele Theoretiker hinterher die Methode, mit der sie angeblich das Ergebnis ermittelt haben?

Als zusätzliche Kriterien werden verwandt:

– die Schönheit und Schlankheit einer Theorie (eine Art ästhetisch-darstellerisches Kriterium, das nicht äußerlich sein muss, sondern u.a. mit der Verstehbarkeit, der Klarheit u.ä. der Theorie zusammenhängt);
– die logische Konsistenz, also die Widerspruchsfreiheit und der Zusammenhang der Aussagen einer Theorie; und schließlich:
– die (moralisch-politische) Güte eines theoretischen Entwurfs.

Alle Überlegungen und Probiersteine des Urteilens sind untereinander nicht widerspruchsfrei. Sie bleiben auch angesichts der Theorien unzureichende Merkmale. Sie behandeln Theorien wie fertige Produkte. Der Wirklichkeitsverbrauch aber, die Wirklichkeitsherstellung und die unvermeidliche, wenigstens partielle Wirklichkeitsverfehlung, die den Theorien eigen ist, lassen sich an der Außenseite von Theorien nicht ablesen. Theorien erklären »die« Wirklichkeit nicht nur, sie richten diese erklärend ein.

Keines der aufgelisteten Urteilskriterien ist als solches wahr und unproblematisch. Kein Wägen mit diesen Waagen zeigt »die Wahrheit« an. Man betrachte nur

[38] Siehe Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1966/2000. Unseres Erachtens *die* im 20. Jahrhundert allein mögliche antisystemtheoretische »Theorie«. Sie im 21. Jahrhundert aufhebend zu beachten scheint uns lebenswichtig, will man mit Günther Anders nicht von der »Antiquiertheit des Menschen« im Nachklapp reden. Zu Ansätzen einer Kapitalismusanalyse der Gegenwart vgl. Wolfgang Fritz Haug, Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise, Hamburg 2012.

die Forderung, eine Theorie müsse »verwendbar« sein. An ihrer Verwendbarkeit lasse sich ihre Qualität entziffern. Verwendbar indes in welchem Wirkungsfeld? Hier und heute? Dann wäre sie nichts anderes als eine zuhandene Dienstmagd bestehender Zustände und ihrer Repräsentanten. Die Qualität der Verwendbarkeit selbst ist also zuerst zu bestimmen, bevor sie als Kriterium verwandt werden dürfte. Ähnliches gilt für die zunächst so einsichtige und eindeutige Forderung logischer Stimmigkeit. Gewiss: Widersprüche dürfen nicht einfach mit Kniffen weggeredet werden. Jedoch: Welchen Charakter besitzen die feststellbaren Widersprüche? Stecken sie in »der Sache«, weil diese an sich mehrwertig und mehrdeutig ist; sind die Handlungen beobachteter Menschen in sich widersprüchlich oder sind es deren Folgen? Ergänzen sich die festgestellten Widersprüche oder schließen sie sich wechselseitig aus? Fragen über Fragen. Alle oben genannte Gütesiegel trefflicher Theorie müssten ähnlich, sie erprobend, entsiegelt werden. Theorien können und dürfen, so lässt sich schließen, nicht an sich allein gemessen werden. Auch ihr Außenbezug, etwa ihr »Erfolg« hebt sie noch nicht in den Adelsstand.

Deswegen ist der lehrende Umgang mit Theorien an den Universitäten in aller Regel fragwürdig. Wenn überhaupt von den verwandten Theorien die Rede ist, dann werden sie – jedenfalls im Kontext der Sozial- und Geisteswissenschaften – mit den Namen ihrer Autoren jeweils personalisiert, wie fertig präsentiert oder allenfalls in ihrem Verfahren nachvollzogen. Aber sie werden immer schon als fertige behandelt und als fertige lehrend weitergegeben und lernend rezipiert. Dadurch verstärkt sich die Gefahr, Theorien insgesamt zu akzeptieren oder zu verwerfen und sie nachfolgend modisch anzuziehen. Man geht »in Theoriekostümen«, die mit einem personalisierten Logo versehen sind, ohne die Theorien und ihre Zeit zu bedenken und aus ihrer Folge und kritischen Zusammensicht Einsichten zu gewinnen. Dadurch wird der Rhythmus der Theorien und ihrer primär akademischen Geltung Teil des intellektuellen Jahrmarkts der Eitelkeiten. Ihre Aura nützt im positionellen Wettbewerb, ohne dass theoretisch aufstockendes Lernen geschähe.

Theorie-Bildungen als Wege, die aufs Ziel zuschreiten lassen

Seltsamerweise werden die Entstehungsbedingungen und die Verfahren der Theorieproduktion selten offenkundig und nachvollziehbar gemacht. Ihre Genesis wird ausgelassen. Allein die Geltung scheint von Interesse. Als sei die Theorie, der Athene gleich, dem Haupt des wendischen Zeus entsprungen, eine Art männliche Göttergeburt in Gestalt einer eulenäugigen Göttin.

Theoretiker sind nicht gehalten, den Bauplan ihrer Theorie erkennen zu lassen. Wie haben sie ihre Fundamente gegraben und gemischt? Warum haben sie vorgängig diesen und nicht jenen Baugrund gewählt? Mit welchen Steinen der Argumentation haben sie gearbeitet oder haben sie Rüttelbeton benutzt? Auch und

vor allem, was haben sie unvermeidlich schmalspurig ausgelassen? (Darum wäre es längst an der Zeit, Theoriearbeit zu einer nicht dogmatisch restriktiven Gemeinschaftsarbeit eines überschaubaren multidisziplinären und politisch geographisch weit gesprenkelten Kollektivs zu machen).

Die Bedingungen der Möglichkeit von Theorie und die Nötigung zur Theorie bestehen gerade darin (siehe auch Kapitel I),

- dass wenigstens eine geringe Kontingenz gegeben ist, dass also gesellschaftliche Wirklichkeit so, aber auch anders oder beträchtlich verschieden sein könnte;
- dass die Gründe, warum es so und nicht anders geworden ist, alles andere als eindeutig sind und sich in ihrem Zusammenwirken linear verstünden;
- dass Unübersichtlichkeit, Undurchdringlichkeit und Wissensmangel blockieren und sich immer erneut auftürmen, auch wenn man meinte, sich durch den körnerreichen Hirsebrei der sperrigen »Fakten« zum Schlaraffenland der Erkenntnis durchgefressen zu haben;
- dass dauernd gültiges Wissen, das jederzeit und ohne Veränderung durch die vermittelnden Schritte anwendbar wäre, nicht gegeben ist. Erkennen ist notwendig perspektivisch; es ist zeitlich und sachlich begrenzt.

Darum ist es geboten, möglichst genau anzugeben, von welchem Ort aus unter welcher Perspektive eine Theorie welcher »Wirklichkeit« näherzukommen sucht. Darum muss, frei nach Goethe, jede Zeit, ja jedes Interesse seine/ihre Theorie neu formulieren. Darum ist eine Pluralität von Theorien vonnöten. Denn der herrschaftlich politische Drang nach Gewissheit, der nicht selten wissenschaftlich in konventioneller Arroganz erwidert und genobelt wird, erzeugt ungleich mehr Fehlinvestitionen und Katastrophen in Folge der innovatorischen Dauerbesäufnisse.

Das Besonderheiten aufsaugende Loch der Abstraktion

Theorien kreisen als »Kopfgeburten« (Christel Neusüß). Wenig wird über die Bedingungen des Gebärens ausgesagt. Die »modernen« Theorien zeichnen sich gewöhnlich durch folgende, in ihrem Zustandekommen nicht durchsichtig gemachte Eigenarten (Modi) aus:

Den Modus der Objektivierung: Zum Objekt macht das moderne menschliche Interesse das, was es erkennen will. Erkennen und Objektivieren ist nahezu eins. Damit ist die Qualität des Erkennens und dann des Erkannten in der Hauptsache schon festgezurrt oder, umgekehrt, ausgespart. Was immer es sei, es wird versachlicht und als Sache unterworfen. Darum werden die ans Objekt gerichteten Fragen und die Untersuchungstechniken, denen es ausgesetzt wird, vorweg zugerichtet. Das Objekt wird seinerseits zur Untersuchung geformt. Wie sich schon Francis Bacon während der Morgendämmerung neuzeitlicher Wissenschaft ausdrückte: Es wird gequält, damit es dem Erkenntnisinteresse gemäß antworte. Anders ge-

sagt: Das Objekt wird nicht beobachtet, abgehört und ausgekundschaftet, damit Erkenntnis offen sei und ihm möglichst nahe kommen und ihm gerecht werden könne. Das erkennende Subjekt tritt distanziert dem fremden Objekt gegenüber mit seiner möglichst durch eine methodische Ritterrüstung abgeschotteten Subjektivität. Das erkennende Subjekt wird also seinerseits zum herrschaftlich verfremdeten Subjekt, das von seiner Subjektivität als Besonderem abstrahiert und sich auf ein herrschendes Subjekt reduziert. Ich denkherrsche, also bin ich. Aus seiner abgehobenen Erkenntnis wiederum kann und will es »objektive« Einsichten gewinnen. Der objektivierende Kreis schließt sich. Absicht ist nicht, die lernende Erweiterung des eigenen Subjekts und seiner Menschen- und Weltkenntnis. Auf dass andere Personen in einem Erkenntnisvorgang als soziales oder politisches Ereignis mit- und nachlernen können. Das vom Machen und Erneuern getriebene Interesse will die erkannte Konstruktion der Objekte rekonstruieren und, möglichst innovativ verbessert, konstruieren können. So wie die Herstellung in der Objekterkenntnis im wörtlichen Sinne dominiert, dominiert sie auch, wenn das Subjekt selbst zum Erkenntnisobjekt wird. Die moderne Medizin und ihre erkennend machender Fortschritt sind dafür Muster. Wiederum ist Lernen primär möglich nur im Kontext des Herstellens und Machens. Dieser Umstand öffnet der kapitalistischen, der industriell technologischen Ökonomisierung und ihren Wachstumszielen hemmungslos Tür und Tor.

Den Modus der Identifikation: Versucht wird, Ursache-Wirkungszusammenhänge ding- oder objektfest zu machen. Dabei liegt der Modus der Identifikation zunächst in der Ein- und Ausgrenzung dessen, was dazu bzw. nicht dazu gehört. Aktuell wird zur Bestimmung des zugehörigen Objekts in immer kleinere Objekträume vorgedrungen. Die Messtechnik und ihre Verfeinerung und Verkleinerung wird zum vornehmsten Gegenstand und Agens des Fortschritts. Auch dort, wo die kybernetische Sprache benutzt wird, wo Rückkoppelungsschleifen entgegen simpler Kausalität angenommen werden, will man den Wirkungszusammenhang herausmänteln, um ihn in Sachen Kontext und seiner Kollateralfaktoren magersüchtig re-konstruieren, später auch konstruieren zu können. Solche Ziele sind aber nur erreichbar, wenn andere Dimensionen, heterogene Einfluss- und Wirkungsfelder ausgeschlossen werden. Die forschende Miniaturisierung klappt nur nach dem Vorbild neoklassischer Ökonomie: mit einer fortgesetzt angewandten Ceteris-paribus-Formel. Der Focus gilt einer Größe in ihrer möglichst quantitativen Variation. Ein Hauptgrund dafür, warum es beispielsweise nur noch den Namen, aber nicht einmal mehr eine »Idee« »der« Universität gibt, stattdessen eine Multiversity.[39] Dem flüggen Interdisziplinaritätsgerede zum Trotz, nimmt die Idiotisierung der auf Erkenntnis, vorrangig auf Machen gerichteten Disziplinen zu. Gegen die Vielfalt he-

[39] Schon in Max Webers Vortrag »Wissenschaft als Beruf« (1917) wird die Diagnose vieler Parallelfächer in einer beruflichen Branche, hier der Wissenschaft, geteilt, ohne dass die Folgerungen daraus, da es an der Wissenschaft hapert, gezogen würden.

terogener Wirklichkeiten als Besonderheiten werden im atomistischen Versuch – metaphorisch und nicht metaphorisch gesprochen – die entsprechend technologisier- und ökonomisierbaren Wirklichkeitsfelder elementar und universell zugleich wachsend zu identifizieren, zu erfassen gesucht: Geld, Gen, Information, Zelle und wenige Elementarbausteine mehr. Diese kombinationsreiche Elementarisierung ermöglicht eine Fülle der Verwendungsformen, erlaubt die feinziselierte Durchdringung, Vergrößerung und transhumane Steuerung sozial unübersehbarer physischer Zusammenhänge materiell diverser Phänomene vom menschlichen Körper bis zum Finanzkapital. Der Preis besteht, so scheint es mit Zustimmung der Majorität der nicht mehr entscheidend gebündelten Menschen, im Verlust an human sozialen, geschöpflichen und anderen Besonderheiten. Als anhaltend politisch legitimatorisch ausbeutbare Mobilisierungsformen bleiben uralte, aber erheblich erneuerte Ungleichheiten und immer erneut durch Zuflüsse gefüllte, geopolitisch vielfach tümpelnde Seen sozialer Vorurteile. Sie betreffen vor allem Formen, Inhalte und Funktionen sozialer In- und Exklusion. Letztgenannte können ihrerseits ethnozentrisch schier mühelos zugespitzt und ausrottend übersetzt werden.

Den Modus der Abstraktion: Erkennen heißt abstrahieren. Vielfalt als solche, die kein vergleichendes Erkennen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zuließe, die nicht hinter der bunten Außenseite allgemeine Faktoren erkennbar machte, ließe Erkenntnis zu einer Folge unverbundener, Lernen unmöglich machender Aha-Erlebnisse verkommen. Auf die Art und den Grad der Abstraktion aber kommt alles an. Von welchen Eigenarten und welchen Kontexten wird und warum abgesehen? Worin bestehen die Gewinne und Verluste, wenn man von Besonderheiten absieht? Abstraktion meint Absehen von, Berauben, Abtrennen u.ä.m. Moderne Theorie »springt« gleichsam in die Abstraktion. Sie wird nicht vom »Konkreten« aus, von der »zusammengewachsenen« konkreten Erscheinung aus entwickelt. So könnten Verluste der Abstraktion verbucht werden. Indem aufgezählt würde, was weggelassen worden ist. Die Verluste machten auch einsichtig, was abstrakt besser, weil profilierter erkannt zu werden vermag. Wird stattdessen sogleich begrifflich abstrakt begonnen, wird der Prozess der Erkenntnis ausgelassen, drohen die Abstraktionen von ihren Kontexten gelöst zu werden. Dann kann man sie unvermittelt anwenden und technisch frei gebrauchen. So zu verfahren, kann vor allem im Zusammenhang politisch moralischen Urteilens zu Fehlern mit grausamen Konsequenzen führen. Die Normen, die Verbrechen etikettieren und die Urteile, die Verbrechen bestrafen, sind voll der Willkür und der Fehlurteile. Fast nirgendwo geben erst die Bedingungen, unter denen die Taten begangen worden sind, über deren Ursachen Auskunft. Wir alle sehen täglich von vielem ab, als Erkennende und Urteilende unvermeidlich zumal. Den Ausschlag gibt, kontext- und konsequenzverschieden, dass man genügend Besonderheiten natürlicher und sozialer Kontexte beachtet, um katastrophische und inhumane Konsequenzen abstrakten Räsonnements zu vermeiden. Vernunft, raison, würde dann zur rational lackierten Unvernunft.

Alle drei Modi zusammengenommen wirken faszinierend erfolgreich (und sei es auch eine Faszination, die jederzeit in Angst umschlagen kann). Alle drei Modi sind bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich. Wissenwollen, Machenkönnenwollen, ja Machenkönnenmüssen, Fehler vermeiden oder doch beheben wollen, bewusst und rational mit Vorwegeinsicht handeln wollen – was anders bedeutete Aufklärung. Sie setzte, europäisch gesprochen, schon mit den Vorsokratikern im 7. und 8. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung spätestens ein, wenn sie nicht ursprünglich human ist (ebenso wie immer erneut gruftdunkle Perioden). Gleichfalls trifft zu: Von »ganzheitlicher« Sicht lässt sich behauptungsvoll reden. »Ganzheit«, das meint, dass man ein Phänomen, eine Person, eine Gesellschaft im Verlauf einer bestimmen Periode, so zu beschreiben, zu erfassen, zu beurteilen sucht, dass möglichst keine den Ausschlag gebenden Einflussgrößen ausgelassen werden. Aber diese anstrebenswerte »ganzheitliche Sicht« ist, solange sie von Menschen, auch Gruppen von Menschen und ihren Institutionen geleistet werden soll, immer nur zeitgemäß und in ihrer Perspektive und den beachteten Aspekten beschränkt möglich. Das Panoptikum war und ist in der Psychiatrie und in Gefängnissen selbst in seinen primären Kontrollabsichten eine freilich inhuman wirksame Täuschung. Auch eine möglichst umfänglich, annäherungsweise »ganzheitliche« Sicht erbringt kein Wissen über auch nur die wichtigsten zusammenlaufenden und sich schneidenden Wirkungen. Sonst müsste sie wieder den mühsamen Weg der Modi-Trias beschreiten.

Das zentrale Defizit objektivierender und identifizierender Abstraktion besteht in ihrem systematischen Ausschluss sie störender Wirklichkeiten. Dazu passt ihr Mangel an Reflexion, der Einsichten und Lernen lähmt. Das Subjekt des Theoretikers – wirklichkeitsschaffend und -geschaffen – geht im Zusammenhang seiner Erkenntnis auf irrelevante Tauchstation. Die erkennenden Subjekte werden nicht zu einem Untersuchungsobjekt neben und mit dem Hauptobjekt der Analyse. Allenfalls eine meist überaus abstrakte und zugleich randständige »Wissenschaft der Wissenschaft« befasst sich mit diesem Subjekt und seinen Bedingungen. Das »S« und sein Theorieprodukt werden nicht als wirkende Faktoren durchleuchtet. Dort aber, wo Wissenschaft, als Haupterzeugerin und Publizistin von Theorie in den Blick gerät, ist dies nur fachspezifisch der Fall. Politik und Verantwortung gehen verloren. Sie ankern jedoch im Subjekt, seinen Interessen und Zusammenhängen. Täuschender noch: Es entsteht der ideologisch verführerische, zugleich wirksame Schein, »wissenschaftlich« ausgewiesene – faktisch nur von »Wissenschaftlern« als positionell und titelnominell tätigen Funktionären erzielte – Resultate seien durch eine übermenschliche Wahrheit und politische Neutralität ausgezeichnet.

Aus diesen Umständen und methodologischen Eigenarten erwächst der spezifische Herrschaftscharakter von Theorien. Als verfügten sie wahrheitsbeschuht über Phänomene, die vorweg in den Status von Objekten verwandelt worden sind. Diese sollen ding-, personen- und merkmalsfest gemacht werden. Die nichtreflexive Qualität der Theorie hat zur Folge, dass sie unaufgeklärt bleibt und darum

selbst nicht aufzuklären vermag. Es gebricht ihr am »Modus dialectikos« (wenn der Ausdruck erlaubt ist). Er hebt an im dauernden Hin und Her zwischen nie fertigem Subjekt und nie fertigem Objekt, die darüberhinaus immer erneut ihre Plätze tauschen.

Das, was vereinfacht über die Modi von Theorien gesagt worden ist, gilt für die sozialwissenschaftlichen Exemplare nur beschränkt. Ihr Gegenstand, Gesellschaft, ihre Mitglieder, ihre Tummelplätze, ihre Umgangs- und Organisationsformen, ist ungleich komplexer. Ihre Messtechniken und Versuchsarrangements sind ungleich weniger konstruktiv zu verwenden. Die Möglichkeit ist bisher nicht am Horizont, dass kleinste Einheiten untersucht und in einer Art subatomarem oder subzellularen Raum so komponiert werden könnten, dass sie Gesellschaft und Politik zu erklären vermöchten. Der gegenwärtig begangene Weg informationstechnologischer Reduktion und Kombination als Politik- und Steuerungsersatz ist wirksam nur in der Korrespondenz abstrakter Makropolitik und Makroökonomie mit einer aussortierten agglomerierenden Fülle politisch weitgehend abgekapselter Elends- und mafioser Machtbereiche. Wie im von Mike Davis beschriebenen Planet of Slums.[40]

Dennoch haben die Sozialwissenschaften den anscheinhaften Königsweg des technologischen Erfolgs der Naturwissenschaften und der Mathematik im Vorbildblick. Sie setzen das zentrale Versäumnis naturwissenschaftlicher Theorie fort. Sie tun dies freilich, ohne dadurch auch nur die entfernte Chance zu erhalten, die von ihnen traktierte Wirklichkeit besser verstehen und besser konstruieren zu können. Dort, wo Sozialwissenschaften im engeren Sinn »empirisch« verfahren, die Meinungsforschung als bekanntestes Beispiel, heben sie von vornherein mit einem hochabstrakten Segment, nämlich »Meinung« als einem befragbaren, standardisierbaren und statistisch verallgemeinerbaren Gegenstand an. Nicht einmal der genetische und funktionale Schwachsinn der Verallgemeinerung und das mit ihr verfolgte Interesse werden hinterfragt. Die nach dem Gesetz der großen Zahl gesammelten, verallgemeinerten und korrelierten Meinungen werden zu Aussagen über die Meinungs-Wirklichkeit benutzt und in Voraussagen verwandelt.

Ähnlich setzen Sozialwissenschaftler an, wenn Gesellschaftssysteme erforscht und miteinander makrosoziologisch oder makropolitisch verglichen werden sollen. Die Aussagen bleiben grobkörnig und hochabstrakt. Sie wirken als grobflächige Wirklichkeitsbilder, die pauschal einseitige Aussagen im Sinne von oben berührten angewandten Abstraktionen erlauben. Das »westlich« nach 1945 führende Nachkriegstheorem, »die« »Modernisierungstheorie« als das führende Muster in einer Vielfalt sprachlicher Varianten (Transformation, Nation-Building, Nachholende Entwicklung), ist nie eigens diskutiert oder in Frage gestellt worden. Vielmehr werden der westliche liberale Normalstaat und seine kapitalistische Ökonomie als

[40] Mike Davis, Planet of Slums, London 2007. Siehe auch Zygmunt Bauman, Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburg 2005.

Quintessenz menschenoptimaler, zivilisatorisch einzig stehender Entwickeltheit vorausgesetzt. Die analytisch und zur prospektiven Orientierung verdummende »Modernisierungstheorie« in all ihren Variationen war vierfach erfolgreich: in der phantasielosen konzeptionellen und praktischen Arroganz westlicher »Demokratien« nach innen und nach außen, zum ersten; in Bezug auf Geschichte und Praxis der Entkolonialisierung nach 1945, im afrikanischen Kontinent vor allem, die strukturell, institutionell und habituell einschneidende negative Prägungen westlicher Kolonialisierungsgeschichte zurückließen, zum zweiten; einer primär neoliberalen Außenwirtschaftspolitik westlicher Provenienz und Interesses, die die koloniale Politik unter anderen Zeichen fortsetzte, zum dritten; einer militärischen Interventionspolitik mit humanitärem Anstrich, zum vierten. Damit garantieren diese westmonomanen Politiken zusammengesehen, dass auch ein halbes Jahrhundert später keine eigensinnige, den regionalen Problemen und Ressourcen einigermaßen angemessene Politik in Afrika und anderwärts stattfinden kann, lässt man die fragwürdigen opportunistischen Ausnahmen während des Kalten Kriegs außer Acht. Unter dem vorläufigen Schlussstrich versammeln sich, nahezu exklusiv, kolonial schon beförderte wechselseitige ethnische Metzeleien, autoritär-korrupte Regime, fremd in den eigenen Ländern, und geopolitische Ausbeutungsgründe für chinesische, amerikanische und europäische Interessen.

Der am meisten wirksame Mangel der immer schon vielartig gebrochenen Theoriebildung besteht darin, dass die Sozialwissenschaften ihre eigene Ökonomie, Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft diesseits ihrer kontraproduktiven Fächer-Zerrissenheit nicht zu bestimmen vermöchten. Die sozialwissenschaftliche Blindheit gegenüber den eigenen Bedingungen wirkt sich verheerender aus, als dies angesichts des anderen Gegenstandes bei den Naturwissenschaften der Fall ist. Deren einflussreicher, aber sekundärer politisch-ökonomischer Opportunismus versteht sich angesichts ihres eminenten, in ökonomischer Konkurrenz wachsenden Mittelbedarfs schier von selbst. Bourdieu hat Recht, wenngleich wenig Hoffnung besteht, dass ihm deshalb Folge geleistet werde. Politische Gründe der Finanzierung der Sozialwissenschaften, ihres zeitweisen Reputationsgewinns, der primär universitären oder regierungs- und verbändenahen Organisierung sorgen dafür, dass Reflexion auf die nötigen eigenen Bedingungen »auf der Suche nach Wirklichkeit« bestenfalls zur Attitüde wird.

»Die entschiedensten Fortschritte der Sozialwissenschaft sind jedoch gerade dann zu erwarten, wenn diese in ihren Bemühungen nicht locker läßt, die soziologische Vernunft einer soziologischen Kritik zu unterziehen, das heißt die soziale Genese nicht allein der Denkkategorien zu belegen, die sie bewußt oder unbewußt einsetzt..., sondern auch die Herkunft der Konzepte zu untersuchen, die sie benutzt..., sowie schließlich die soziale Genese der Probleme, die sie sich vorgibt...«[41]

[41] Pierre Bourdieu, Homo academicus, Frankfurt/M. 1984, S. 10.

Wider die Mode von Taxonomien, blind machender noch, Dichotomien, falsch verstandenen »Idealtypen« und hochabstrakten und zugleich unvermittelten »System«-Behauptungen

Berge, Hügel, Klüfte der Theorien umgeben uns. Sie sind theoriegeschichtlich verschieden »aufgeworfen« und entfaltet worden. Sie sind unterschiedlich zu besteigen und zu begehen. Die Blicke, die sie eröffnen, reichen selten weiter als bis zum nächsten Gipfel, wenn sie nicht von einer dunklen Spalte abgefangen werden.

Die sich akademisch modisch mehrende Vielzahl eher öder Theorien wollen wir nicht vorführen. In den Sozialwissenschaften ist vor allem der taxonomische Typus verbreitet. Phänomene werden eingeteilt und etikettiert. Schubladen werden aufeinandergestellt. Mit Ordnungsschemata zu beginnen ist akzeptabel (vgl. die frühe Biologie, ihre Herbarien, Schmetterlingssammlungen und sonstigen taxonomischen Lüste). Wie sollte man anfänglich anders verfahren. Schädlich ist, dass das Wissen und die Art der etikettierenden-nominalistischen Ordnungsgebung selten durchgehalten werden. Zum einen werden die Ordnungsschemata häufig von bestehenden, arbeitsteilig gegebenen Institutionen der Gesellschaften übernommen. Zuweilen wird die Bezeichnung so verfremdet, dass sie »wissenschaftlich« erscheint. Das »politische System«, das »soziale System« u.a. gehören als Etiketten für »Staat« und »Gesellschaft« hierher wie die einflussreiche System- und Funktionsteilung von Talcott Parsons,[42] später der Systemjargon von Niklas Luhmann.

Zum anderen aber schlagen die Nominalismen begriffsrealistisch um. Aus einem Namen wird Realität. Das Nomen wird zum Omen, zum Wesen, zur Sache selbst. Die nominalistisch und zu analytischen Zwecken getroffenen Unterscheidungen werden zu solchen, die man in der Wirklichkeit vorfindet und deren Entwicklung man nun beschreibt. In der deshalb wirksamen deutschen politischen Sprache werden Recht, Rechtsstaat, Demokratie, Grundrechte u.a.m. wie tabuisierte Wirklichkeiten gehandelt. Entsprechend sind sie »verfassungsschützerisch« als bis ins Strafrecht wirksame Sanktionen zu missbrauchen. Jürgen Habermas' bekannte und viel benutzte Unterscheidung zwischen »System« und »Lebenswelt« eignet sich zum Zwecke der Illustration.[43] Eine analytisch möglicherweise sinnvolle und so immer wieder angespitzte Unterscheidung zwischen zwei Arten gesellschaftlicher »Rationalität« wird zur »Wirklichkeit« promoviert. Ein Umschlag findet fast wie beim Nationalismus oder Ethnozentrismus statt. Derselbe wird wenigstens von historisierenden, ursprungserpichten Schreiberlingen in der Tiefe nicht mehr belegbarer Geschichte zu begründen versucht. Bei Habermas und seinen Re-

[42] C.W. Mills' unverändert witzig zu lesende Kritik am Parsons'schen Schematismus in seiner unverändert lesenswerten »Sociological Imagination«, Oxford 1959; deutsch geradezu tödlich übersetzt als »Soziologische Denkweise«.

[43] Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt/M. 1981

zipienten werden zwei verschiedene »Wirklichkeiten« daraus. »System« ist gleich zweckrationale organisierte Ökonomie, früher vom Autor selbst Kapitalismus geheißen und legal-bürokratischer Staat. »Lebenswelt« »ist« eine Sphäre, die personaler Kommunikation dient. In ihr wird Sprache zum »Medium«. Die beiden »Sphären« stützen und ergänzen einander. Doch wird beobachtet, dass »das System« »kolonialisierend« in die »Lebenswelt« ausgreife und eindringe. Das friedlich-fördernde Nebeneinander werde gefährdet.

In solchem »verdinglichenden« Gebrauch zweier analytisch möglicherweise nützlicher Kategorien kommt eine Pass-par-tout-Welt zustande. Das als »zweckrational« konzipierte »System« wird erst in seinem »kolonialistischen« Drange kritisierenswert. Die »Lebenswelt« erscheint als ein nicht in seiner materiellen Organisation konzipiertes Gebilde. »System« und »Lebenswelt« bleiben einander äußerlich. Beide werden an sich selber weder in Struktur und Funktion vorgestellt, noch analysiert. Eine Analyse würde freilich erst spannend und möglich, wenn »System« und »Lebenswelt« als analytische Kategorien gebraucht würden, deren »Wirklichkeit« in unterschiedlichem »Mischungsgrad« in »der« Wirklichkeit vorkommen: beispielsweise die »Lebenswelt« im Betrieb und das »System« in der Familie oder im Kontakt zweier Wissenschaftler. Solche Einsichten werden indes offenkundig nicht angestrebt. Die zur Wirklichkeit gewordene Dichotomie »System« und »Lebenswelt« wirkt stattdessen als ein Schema, das die komplizierte Welt dem Anscheine nach ordnen lässt. Die Dichotomie ist deswegen nicht zufällig zum sozialwissenschaftlichen Gassenhauer geworden.

Max Weber, dessen methodologische Unterscheidung zwischen dem »Idealtypus« und dem von ihm selten gebrauchten »Realtypus« vielfach Schule gemacht hat, hat sich an seinem eigenen, freilich nie perfekt möglichen »Nominalismus« »versündigt«. Der »Idealtypus« galt ihm als ein Konzept, in dem zu Zwecken der Zuordnung von Phänomenen bestimmte Merkmale, die in »der« Wirklichkeit beobachtbar sind, systematisch aussortiert und zu einem nur in der »Idee« des Wissenschaftlers vorhandenen Typus zusammengezogen werden. Der »Idealtyp« hat also nichts mit Idealisierung gemein. Der »Idealtyp« lässt sich, so konzipiert, nie in »der Wirklichkeit« finden. Im Gegensatz zu seiner, dem Typus gemäß unmöglichen empirischen Überprüfung dient er dazu, in seiner Konstruktion als konsequent zu Ende gedachter Typ – darum als Ideal-Typ benannt – die historisch empirischen Abstände von untersuchten Phänomenen zu ihm zu bestimmen. Beispielsweise der Idealtyp einer Bürokratie, wie er in »Wirtschaft und Gesellschaft« in seinen Elementen vorgestellt wird, verglichen mit der Ausländerbehörde in Berlin 2013. Oder normativ: der bürokratische Idealtyp und die Einrichtung der Arbeitsagentur, die Hartz IV zumisst. In Wirklichkeit findet man nach Weber immer Mischformen. Der Grad der Mischung, welche Elemente mehr in dieselbe eingegangen sind, welche weniger, macht die verschiedene Wirklichkeitsgestalt aus.

Wozu der »Idealtypus« als konstruiertes Konzept des »Wirklichkeitswissenschaftlers« dienen könnte, hat Weber, wenngleich nicht gänzlich widerspruchs-

frei, in seinen methodologischen Schriften dargetan.[44] Er hat in »Wirtschaft und Gesellschaft« den erfundenen-idealtypischen Charakter seiner bekannten drei Typen von Herrschaft hervorgehoben: der traditionale, der charismatische und der bürokratisch legale Typus. Da er jedoch die Konstruktionsprinzipien der Typen zu wenig ausfindig zu machen suchte, konnte es ihm insbesondere beim bürokratischen Herrschaftstyp passieren (indes auch an anderen Stellen seines Werkes etwa beim Typus der »Protestantischen Ethik« und des »Geists des Kapitalismus«),[45] dass aus dem Idealtyp »Bürokratie« insgeheim die preußische Bürokratie und aus derselben in ihren Merkmalen solche der angenommenen unvermeidlichen Bürokratisierung wurden.[46] Weber hantierte freihändig mit den Idealtypen – man erinnere sich an seine viel und blind nachgebabbelte, vergleichsweise populäre Unterscheidung zwischen »Gesinnungs«- und »Verantwortungsethik« in »Politik als Beruf«, einer im Weberschen Sinne »unwissenschaftlichen« Schrift. So verwundert es nicht, dass er selbst und vor allem seine unkritischen Nachbabbler Konstruktion und Wirklichkeit nachhaltig miteinander verwechselten.

Die, nicht einheitliche, »Systemtheorie«, wie sie in den Sozialwissenschaften als Ersatz »gesamtgesellschaftlicher« weltüberspannender Theorie im Verlauf des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts vor allem gehandelt wurde, macht sich gar nicht mehr die Mühe genauer Unterscheidung. Sie tritt auf, als sei sie der Begriff gegenwärtiger Wirklichkeit. Dieser wird sie wie ein begriffstechnisches Gewand übergehängt.[47] Theorien mit dem Markenzeichen »System« zeichnen sich nicht selten durch ihren unanalytischen Charakter aus. Bestimmte Begriffe und ihnen verbundene Phänomene werden als sinnlos ausgeschieden. So schon früh der Begriff »Emanzipation« oder die Begriffe »Menschenrechte« und »Demokratie«. Das Subjekt, personal verkörpert, verschwindet als Zurechnungsgröße. Stattdessen findet eine Art nach-Hobbessche und nach-Gehlensche Enteignung personal zugehöriger Kategorien statt, der eine neue Zueignung folgt.[48] Aus der systemischen

[44] Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Aufl., hrsg. Johannes Winckelmann, Tübingen 1968.

[45] Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1920.

[46] Stanley Diamond/Wolf-Dieter Narr (Hrsg.), Bürokratisierung als Schicksal? Wiesbaden 1985.

[47] Siehe am Beispiel von Niklas Luhmann und seiner »systemischen Hauptwerke«: Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1993. Siehe auch Wolf-Dieter Narr, Zur Rechtstheorie von Habermas und Luhmann, In: Prokla, Heft 94 u.a.

[48] Bei Thomas Hobbes wird die mythologische Gestalt, Leviathan, auf den gerade machtvoll entstehenden absolutistischen Staat bezogen. Im Titelumschlag, dem Frontispiz seines Hauptwerkes kommen die Herrschaftsunterworfenen und von der Herrschaft gesicherten Bürger deshalb vor wie Schuppen auf dem Leib des Fisches, dessen menschlicher Herrscherkopf erhaben, mit geistlichen und weltlichen Instrumenten ausgestattet, den Schuppenleib der Bürger abschließt. Der philosophische Anthropologe Arnold Gehlen (1904-1976), von der nationalsozialistischen Zeit mitgeprägt, schrieb, da er »den« Menschen als »Mängelwesen« erkannte, vor allem, hier dem Hobbesschen und seinem gewaltig Gewalt unter den Menschen einer Gesellschaft

Versachlichung können, wie bei Luhmann, auch nüchterne Einsichten erwachsen, die das liberale Pathos des handlungsmächtigen und des politisch verantwortlich handelnden Menschen mit gutem Grund ernüchtern. »Subjekt«, »Reflexion« und die Kunst, selber zu machen, die »Autopoiesis«, werden »dem System« oder genauer »den« Systemen zugeordnet. Diese werden mit quasiexistentialistischen Kategorien gekennzeichnet. Eine solche Kategorisierung hebt mit der elementaren Unterscheidung zwischen »System« und »Umwelt« an. Sie findet sich wieder in der Funktion, die den Ausschlag gibt: der fürs System und sein Überleben erforderlichen »Reduktion von Komplexität«. Nicht selten ergeben sich überraschende und treffliche Beobachtungen zur Art, wie »Systeme« heute wirksam sind. Die Erklärung besteht jedoch allein in reichlich willkürlich verwendbaren Begriffshauben. Sie lassen fast alles verstehen, so wie es nun einmal ist. Die systemtheoretischen Sozialwissenschaftler sorgen mit ihrer übergestülpten Begrifflichkeit dafür, dass das Wirkliche den nicht eigens untersuchten Systemerfordernissen entspreche (während sie so tun, als argumentierten sie nicht normativ).

Zur Rezeption und Verwendung von Theorien

Nicht »die Theoretiker« sind schuld. Nicht einmal primär. Dass die Theorien so »körper«-, so subjekt- und so kontextlos gebastelt werden, liegt vielmehr an den Erwartungen derjenigen, die sie in Auftrag gegeben haben, rezipieren, verwenden.

Theoriegeschichte ist im Kontext der Herrschaftsgeschichte zu verstehen. Die fiskalisch unterfütterten Beweggründe schlagen in unseren Zeiten viel mehr durch und prägen Themenwahl, Methode und Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten, da den Wissenschaften im ökonomisch-politischen Konkurrenzkampf eine Schlüsselrolle zukommt. Der »Innovationszwang« als Geldquelle formiert die Innovateure. Das ist schon in der Diskussion um die »Finalisierung« der Wissenschaft herausgearbeitet worden.[49]

Nicht dass Wissenschaft als Oppositionswissenschaft gefährlich sein und ob ihrer Gefährlichkeit politisch bekämpft werden könnte, bedroht dieselbe. Was die Wissenschaft und ihre Theorien von Grund auf gefährdet, ist ihre ökonomisch-politische Verwertbarkeit. Darauf hat in einem freilich noch feudal absolutisti-

---

unterdrückenden staatlichen Leviathan ähnlich, den *Institutionen*, so auch dem Staat und seiner Herrschaftskaste, die entscheidende Definitionsmacht zu. Erneut wird nirgendwo geklärt, wie die machtvollen Staatsstützen (und Staatsstützer) dazu gebracht werden sollen, ihre erhabene Staatsinstitution vor herrschaftsgewitzter Inflation zu schützen.

[49] Vgl. Gernot Böhme/Wolfgang van den Daele/Wolfgang Krohn, Die Finalisierung von Wissenschaft, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft (ZfSoz) 2/1973, S. 128-144.

schen Frühstadium Kant im »Streit der Fakultäten« abgehoben.[50] »Eigentliche« Wissenschaft konnte ihm nur nutzenfrei sein.

Am Ausgang der Neuzeit galt es, im Prozess der Emanzipation von der Theologie gleicherweise »Natur« und »Gesellschaft« zu beherrschen. Dazu war der Modus der Identifikation vonnöten. Er zeichnet den anhebenden Staat und seine Bürgerbeherrschung aus. Das Interesse, »Natur« und »Gesellschaft« herzustellen und zu beherrschen, verstärkte sich. Würden die einzelnen Wissenschaften, die sich verzweigt oder ausdifferenziert haben, die jeweils zugehörigen Kontexte beachten, dann könnten sie gesellschaftlichen Problemen nicht entweichen. Sie würden selbst zum Problem. Wissenschaftlicher Fortschritt ist eher möglich, wenn »Fremdeinflüsse« und Folgewirkungen »externalisiert« werden. Noch ist es nicht lange her, da wurden die aus der industriell-kapitalistischen Produktion immanent resultierenden, Umwelt schädigenden Effekte, als »externe Effekte« bezeichnet. Diese anzuerkennen, bedurfte schon beträchtlicher Pioniertaten.

Sozialwissenschaftliche Theorien, z.T. auch »übersetzte« naturwissenschaftliche fungieren als Ersatz-Weltanschauungen. Daraus resultiert

- eine Sucht nach Identifikation mit Theorien. Diese erst erhellt die Modenzyklen, mitnichten den anhaltenden Fortschritt der Erkenntnis;
- die Faszination an dichotomischer Begrifflichkeit. Dichotomien sind nahezu immer »falsch« i.S. von zutreffender Beschreibung und Analyse. Diese verlangen eher begriffliche Skalen mit selten eintreffenden Extremen, zwischen denen verschiedene Mischungsgrade vorherrschen. Stattdessen faszinieren vereinfachte »Durchblicke« durch das Dickicht von Mensch und Dingen. Entweder – Oder, Ja oder Nein. Wie wären indes solche Durchblicke rascher zu erhalten als in Form variantenhafter Fortsetzungen des manichäischen Weltbildes: hier Licht – dort Finsternis; hier Freund – dort Feind, hier Barbarei – dort Zivilisation, hier Abendland – dort Orient …[51]
- eine gleichermaßen beobachtbare Faszination am Jargon als Ersatz von Einsichten. Weil der Jargon der Systemtheorie Einsichten zu erlauben scheint, bestätigt er diejenigen, die ihn gebrauchen. Das scheinhafte Verstehen bleibt freilich unverbindlich und infolge des Mangels an Analyse unpolitisch.

Die Kosten unaufgeklärter Theorien sind erheblich. Sie zeichnen sich durch eine instrumentelle Rationalität auch dort aus, wo sie verwandt werden, das Ziel »kommunikativer Kompetenz« vor Augen. Sie helfen nicht dazu, alte und neue Unübersichtlichkeiten zu beheben. Sie ratifizieren dieselben. Die »normalen Katastrophen« sind gleichfalls im nicht durchsichtig gemachten Modus der Abstraktion der Theorien angelegt. Gerade reflexive und Reflexion fördernde The-

[50] Immanuel Kant, Der Streit der Fakultäten, in: Ders., Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Werke in sechs Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. VI, Darmstadt 1964, S. 265-398.

[51] Edward W. Said, Orientalismus, Frankfurt/M. 2009.

orien müssten prinzipiell ihre Stufen der Abstraktion mit sichtbarem Fuß hinauf und hinabgehen. Damit die Lesenden erführen, wovon jeweils abgesehen worden ist. Damit die Besonderheiten nicht unerkannt verlustig gehen und jede und jeder weiß, auf welcher Ebene der theoretisierten Wirklichkeit man sich bewegt. Kurzum: damit der Wirklichkeitsgehalt und seine Geltungsqualität wahrgenommen werden könne. Lernende Theoretikerinnen und Praktiker sollten gleicherweise und darum umgekehrt den Bergweg hangabwärts gehen können, indem ihnen gesagt wird oder sie ohne weiteres erfahren können, was sie hinzusetzen müssen, wollen wie von der Weltmarktabstraktion beispielsweise in eine ölnahe Provinz Nigerias und ihre verschiedenen Bewohner »konkret« herunterkommen. Bei vielen Möchtegern-Theorien kommt verfehlend hinzu, dass ihre Theoretiker sich opportunistisch verhalten, weil sie die bestehenden Umstände nicht kritisch auf die theorieeigenen Hörner nehmen. Der Mangel »analytisch« informiert und diszipliniert, andere Möglichkeiten gesellschaftlicher Organisation zu entwerfen, ergibt sich daraus.

In-der-Welt Sein und seine Konsequenzen in Sachen Theorie-Bildung

»Heidegger charakterisiert menschliche Existenz durch die Formel des ›In-der-Welt-Seins‹. Menschen beziehen sich auf die Welt nicht wie Subjekte auf Objekte, wie das Auge aufs Bild, nicht einmal wie ein Schauspieler auf das Bühnenbild. Menschen und ihre Welt sind verbunden, wie die Schnecke mit ihrem Haus: Die Welt ist Teil des Menschen, ist seine Dimension. In dem Maße, wie die Welt sich verändert, verändert sich die Existenz (das In-der-Welt-sein).«

Träfe diese Einsicht Milan Kunderas[52] in den geschichtlich-abhängigen Charakter aller Existenz zu, wäre in theoretischer Erkenntnis radikal anders zu verfahren:

a) Das erkennende Subjekt, das »S«, ist als potentielles, ja als aktuelles »Objekt« mit einer, mit seiner Geschichte zu begreifen. Es ist nicht einfach geschichtslos in die Welt geworfen. Das hat Georges Devereux, vielleicht nicht zufällig ein Ethnologe und Psychoanalytiker zugleich, dargelegt. Als solche »Subjekte« können wir alle desto eher zu uns selbst, jedoch auch zum »Objekt« kommen, je mehr wir uns im »Objekt« selbst suchen. Dazu müssen wir uns selbst aussetzen und zur Disposition stellen.[53] Nur dem ersten Anscheine nach paradox formuliert: Je subjektiver wir uns verhalten, desto objektiver können wir sein. Nur wenn wir uns auf dem notwendigen »Umweg« über andere Phänomene selbst erkennen wollen und uns hierbei so klar wie möglich über uns selber werden, sind wir auch in

[52] Milan Kundera, Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins, Frankfurt/M. 1988.

[53] Georges Devereux, Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften, München 1973.

der Lage, uns vom Anderen wegzuhalten und die größeren oder kleineren Unterschiede wahrzunehmen. Insofern gilt das Motto des delphischen Orakel: Erkenne dich selbst (gnoti sauton). Gerade wenn wir erkennend objektivieren und anderen Dingen, Situationen, Menschen unseren untersuchenden Blick zuwenden, ist ein solcher reflexiver Rückstoß möglich.[54]

b) Das »S« ist in seinem eigenen Kontext aufzusuchen. Die »Objektivierung« des objektivierenden Subjekts« steht an.[55] Diese Forderung zieht die Konsequenz nach sich, die sozialen Bedingungen des Theorie*bildens* aufzudecken. Theoretiker arbeiten nicht im luftleeren Raum, erfüllt von interesselosem Wohlgefallen. Sie können nicht nur »ihr Selbst« nicht auslöschen, wie es der große Historiker Leopold von Ranke in erkennender Askese vorsprach. Sie können noch viel weniger die Umstände, die Interessen, das Vokabular, die Methoden u.a.m. interessen- und perspektivenfrei abschütteln, die sie in theoretischer Arbeit umgeben, bedingen, erfüllen, ihre Augen ausrichten und ihre Hände führen. Es ist indes nicht damit getan, einmal Abhängigkeiten allgemein einzuräumen, um umso unbefangener zu erkennenden Taten fortzuschreiten. Jede Faser des Erkenntnisvorgangs ist in ihrer Bedingtheit zu bedenken. Sie beeinflusst und beeinträchtigt die Ergebnisse. Darum ist der »V-Effekt« meist weniger den untersuchten Objekten gegenüber erforderlich. Vom nötigen Effekt der Verfremdung behandelter Gegenstände und Personen sprach Bert Brecht im Zusammenhang seiner unablässigen Überlegungen, wie er kritisch lernende Zuschauer schulen könne, die auf keinen Fall »romantisch«, also identifikatorisch »glotzen«. Die meisten Gegenstände sind uns fremd genug. Wir müssen verfremdend und mit dem ethnologischen Blick vielmehr unseren vertrauten Verhältnissen gegenübertreten. Mehr noch: Es ist peinlich darauf zu achten, die Verhältnisse, die einem vertraut sind, nicht auf heterogene und heteronome Länder und ihre Bedingungen zu projizieren. Das geschieht nicht nur in ethnologischen Untersuchenden allzu oft, es ist in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion und Praxis um »Nation-Building«, »humanitäre Interventionen« und im Zusammenhang von Vorurteilen dauernd zu gewärtigen.

c) Zu den »äußeren« und subjektiven Produktionsbedingungen der Theorie müssen die theorieeigenen, die Kategorien, die Methoden, die Daten als eigene Untersuchungsgegenstände hinzugefügt werden. Just diejenigen, die sich selbst als »Empiriker« begreifen und sich ob ihrer Wirklichkeitsnähe brüsten, lassen die Vor-Theorien (=Vorurteile) in ihren Annahmen und Verfahren unentdeckt. Sie gehen mit »Daten« um, als seien sie »rein entsprungen«, als sei ihre Entstehungsgeschichte bedeutungslos. Sie gehen mit Methoden um, als stecke nicht in

[54] Siehe auch Clifford Geertz' Selbstbeobachtungen anlässlich seiner ethnologischen Untersuchungen über die Jahrzehnte hinweg: Dichte Beschreibung: Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt/M. 1987.

[55] Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M. 1988, S. 11.

denselben das jeweilige Politikum, sprich der eigenartig konstruierende Umgang mit dem, was als »wirklich« gehandelt wird. Die geheime Theorie in der Empirie und die von Küchenasseln, Würmern und ausgebleichten Pflanzen geradezu wuselnde Empirie unter den Theorieblöcken sind erneut und erneut ans Licht des Tages zu heben.

d) So wie »das Subjekt« nicht um eines albernen Bäumchen-wechsle-dich-Spiels als »Objekt« mitzubehandeln ist, weil es immer zugleich und wesentlich Objekt *ist*, so ist das analytisch erwählte Objekt zugleich als Subjekt anzusehen. Das Andere, der oder die Andere sind als andere Phänomene wahrzunehmen, die wir erkennen können und die uns doch auch verschlossen bleiben. Schon um der Erkenntnis »für uns« willen ist das Andere ein »Ding« an und für sich, als ein Phänomen mit eigenen »Gesetzen« anzuerkennen. Diesen eigenen »Gesetzen« können wir nur lauschend, wartend, genau hinsehend phantasierend, uns hineinversetzend, träumend ein Stückweit ihre Eigenwilligkeiten abzuhören hoffen. Wir werden sie nicht *ganz* erfahren. Wir werden sie nicht ausloten. Wir müssen Sperrigkeiten und Widerstände aushalten können. Vor allem aber bei lebenden »Objekten«, bei Menschen zumal gilt Gertrud Kolmars dringliche Bitte, ihr Hilferuf um Verständnis. Sie, die Deutsche, die von den deutschen Nationalsozialisten verschleppt worden ist, umgebracht, niemand weiß ihre Todesstunde, kennt ihren Todestag.[56]

»So steh ich, weisend, was mir widerfuhr;
Denn harte Lauge hat es wohl gebleicht,
Doch keine hat es gänzlich ausgespült.
So ruf ich dich. Mein Ruf ist dünn und leicht.
Du hörst, was spricht.
Vernimmst du auch, was fühlt?«

e) Wie das »S«, so ist erneut das »O« in seinem Kontext aufzusuchen. Isolierende, identifizierende Abstraktion allein und ausschließlich zerstört Erkenntnis. Das Zusammenwirken – oder der Synergismus – vieler Faktoren und Faktörchen sind zu beachten. Die jeweilige »Totalität« ist, soweit das allemal möglich ist, zu erfassen. Imaginativ muss man versuchen, sich ein Gesamtbild zu machen, gerade, indem man Einzelheiten nicht missachtet. Dann kann gehofft werden, dass die Zwei- und Mehrdeutigkeiten von Phänomenen, von Dingen, Pflanzen, Tieren und Menschen herausgefunden werden können. Ihr ungerader, nicht strikter Charakter, ihre Verästelungen und Schiefheiten, ihre Ambiguitäten sind dann aufzuspüren. Spannungen zwischen gleichrangigen Interessen und Werten werden kund. In »der« Natur, in uns selber, unserer Psyche, wie Freud sie nüchtern auslotete. Widersprüche dürfen nicht blindlings oder konventionell glatt gebügelt werden. Es sei denn, man riskierte nicht zu kalkulierende Verluste. Kurzum: »Wirklichkeit« wird sperriger, bunter, herausfordernder, spannender.

[56] Gertrud Kolmar, Weibliches Bildnis. Gedichte, München 1996.

(f) Insbesondere wissenschaftliche Theorien, die heute vor-wissenschaftlich das Feld beherrschen, konstruieren »die« Wirklichkeit und richten sie eindimensional zu, um sie so zu der ihrigen zu machen. Aus den verschiedenen fachgetrennten Wirklichkeitsebenen wird keine Totalität. Die Grenzgänger, die Zusammenseher sind ohnehin rar. Für angemessenere Theorie aber – meist ist nur der Komparativ richtig – , käme es darauf an, die jeweiligen ausgesonderten Ebenen zu überschreiten. Dimensionen der Wirklichkeit kindergleich und närrisch zu wechseln. Wenigstens die Zusammensicht am Beginn und am Ende von Untersuchungen, also die Ausweitung der Eindimensionalität wären dringend geboten. Nur so könnte gehofft werden, die Polyphonie »des« Wirklichen zu hören.

Soziale Ökologie

Wollten die Sozialwissenschaften aus dem folgern, was in den vorhergehenden Abschnitten angeritzt worden ist, müssten sie sich zu dem verstehen, was – allerdings verschiedentönig – die »soziale Ökologie« genannt worden ist. Dass Bewusstsein, Verhalten, Handeln nicht »einfach« stattfinden, sondern von Umständen, »Strukturen«, zugänglichen Mitteln, Verhalten und Handeln anderer, Vergesellschaftungsprozessen usw. usf. abhängig sind, diese Annahmen konstituieren die Sozialwissenschaften. So gesehen bringt das, was mit dem Ausdruck »soziale Ökologie« an dieser Stelle gemeint wird, nichts Neues. Der neue Ausdruck soll nur auf ein Doppeltes aufmerksam machen. Von »Umwelt«, ihrer Gefährdung, ihrem nötigen Schutz ist heute viel die Rede. Entsprechend werden »ökologische« Untersuchungen angestellt. Da wird herauszufinden gesucht, was der weltweite vielfältige Oikos, die Umwelt, jeweils an Pflege, an Beachtung, an Konsequenzen aus auftretenden Schäden notwendig machte. Der Oikos und ihm folgend die Ökologie, als die Lehre über denselben, Ausdrücke, die allerdings häufig wechselweise benutzt werden, werden nur für das gebraucht, was die (»äußere«) Natur genannt wird. Luftverschmutzung und Waldsterben, Klimatische Gefahren und Strahlenschäden und ... und ... werden erörtert, vermessen, Grenzwerte werden herauf- und herabgesetzt. Wenig ist davon die Rede, was die ökonomisch-technischen Entwicklungen, deren Gefahren einfallslos und wandlungsresistent meist ihrerseits wieder ökonomisch-technisch bekämpft werden, an gesellschaftlichen Effekten erzeugen. Allenfalls pauschal wird rechtfertigend von Wohlstands- und Wachstumsfolgen gesprochen. Selbst wenn es gelänge, wovon heute verheißungsvoll gekündet wird, Ökonomie und Ökologie mit technischer Hilfe zu »versöhnen«, selbst dann bleiben die erheblichen gesellschaftlichen Folgen, die die gesellschaftlichen Zusammenhänge zersetzen. Um also auf die mittel- und langfristig wenigstens ebenso wichtigen, wenn nicht wichtigeren Folgen für Bewusstsein, Verhalten und Handeln aufmerksam zu machen, wird ein gängiger Begriff aufgenommen und zugleich qualitativ verändert. »Ökologie«, ja, aber mehr und wich-

tiger noch und beim Reden und Handeln in Sachen »äußere Umwelt« zu beachten: *soziale* Ökologie!

Eine zweite Überlegung motiviert dazu, den Ausdruck »soziale Ökologie« probeweise zu wählen. Infolge der »modernen« Modi der Erkenntnis – Objektivierung, Identifikation und Abstraktion – neigen just die Sozialwissenschaften dazu, ihre eigenen Gegenstände und ihren Kontext zu verlieren, d.h. die Phänomene in ihrer sozialen »Ambiance«. Der Ausdruck »soziale Ökologie« soll verfremdend darauf aufmerksam machen, dass Einzelnes und Allgemeines, dass Kontext und besonderes Phänomen zusammenzusehen sind. »Strukturen« allein zu untersuchen, ohne sie als Verhaltensbedingungen durchsichtig zu machen, ohne sie als geronnenes, sozial versteinertes Verhalten zu begreifen, ist schlechte Abstraktion. Verhalten an sich selbst zu betrachten oder nur in isolierter »Interaktion«, lässt es nicht verstehen. Ein solcher Versuch bliebe in scheinhafter Konkretheit abstrakt.

a) Wenn Menschen soziale Wesen sind und Einzelne in einem, dann gilt es, den organisatorischen Kontext, den institutionellen Zusammenhang zu durchdringen. Wie wirken die diversen Arbeitsteiligkeiten; wie sind sie arrangiert; welches Gefälle erzeugt welche Bewusstseins- und Verhaltensfolgen; welches Feingewebe positiver »Anreize« (i.S. finanzieller Zutaten, i.S. von Erfolgserlebnissen, Reputation u. ä. m.) oder/und negativer Sanktionen (Strafen aller Art formell und informell) zeichnet eine Institution wie die Schule oder eine Fabrik oder selbst noch den Ferienort aus? Organisationen/Institutionen – und nahezu alle Einrichtungen in modernen Gesellschaften quer und auch »queer« über den Globus sind umfangreich, selbst in der verelendenden Vereinzelung komplex und regulierungsreich organisiert – fast alle Organisationsformen, so stellen wir fest, können wie grobe und feine Arrangements von Räumen (Oikos = Haus) verstanden werden. Sie besitzen verbotene und offene Türen, Geheimgänge, mit seltene Nischen, mit Haupt- und Nebenstiegen, die unsere und anderer Möglichkeiten zu gehen und zu stehen, wörtlich und im übertragenen Sinne disziplinieren und dirigieren. Diese »objektiven« Bedingungen werden, meist ohne dass wir's wahrnähmen, zu unseren Habitus. Also »subjektiv«. Wir verinnerlichen die Organisationen und Institutionen in ihrem mehr oder minder labyrinthischen Geflecht positiver und negativer Sanktionen. Oder anders: Wir sind durch solche Institutionen »sozialisiert« worden. Wenn die sozial verschieden besetzten Räume, mehr die sozialen Mikro- und Makroverhältnisse als gesellschaftliche Räume, gesellige Kontakte und Kooperationen eher hindern, wenn nicht blockieren, werden wir paradoxerweise als ungesellige Wesen sozialisiert.[57]

[57] Zum Weiterdenken und Untersuchen vgl. W.-D. Narr, Das Herz der Institution oder strukturelle Unbewusstheit – Konturen einer Politischen Psychologie als Psychologie staatlich-kapitalistischer Herrschaft, in: Helmut König (Hrsg.), Politische Psychologie heute, Leviathan Sonderheft 9/1988, S. 111-146.

In verschieden organisiertem Dasein, in der Abfolge und der Hierarchie der Institutionen, denen wir ausgesetzt sind und angehören, die wir dann selbst mitbestimmen, kommt das zur Geltung, was die »moralische Ökonomie« einer Gesellschaft genannt worden ist.[58]

b) Das politische Wesen Mensch wird nicht geboren, sondern entsteht oder vergeht. Also muss eine »soziale Ökologie« »in die Schule des Verdachts« (Nietzsche) gehen, Herrschaftszusammenhänge erspüren, ermitteln. Wie steht es mit dem organisatorischen »Oben« und »Unten«? Wie wird es beiderseits gerechtfertigt? Wie kommen die Rechtfertigungen in welchen Prozessen zustande? Wie hängen die Normen und Sanktionen, die aufgestellt und ausgeübt wurden, mit den Eigenarten der Legitimation zusammen? Wie kommt es zu den »Sachzwängen« strukturell verharschter Hierarchien, die im Prozess andauernder Erneuerung von außen verinnerlicht werden? Welche Bedürfnisse kommen hierbei ins Spiel? Sie dürfen ihrerseits nicht als gegebene Tatsache hingenommen werden. Insgesamt ist die »Ökonomie der Zeit« einer Gesellschaft ein notwendiges grob- und feinziseliertes Thema. Hier wird der Problem- und der Interessenhaushalt einer Gesellschaft noch plastischer greifbar, als dies anhand der darauf bezogenen öffentlichen und privaten Haushalte der Fall ist.

c) Das Herz der »Institutionen« gilt es schließlich in sozialer, in politischer Psychologie in Herzkammern und Pumparten aufzusuchen. Hierbei ist doppelt sensibel zu verfahren. Die Institutionen, die uns umgeben und uns durchdringen, die uns schaffen, formen und verformen, sind gleichsam psychologisch, Habitus verfeinernd zu »verflüssigen«. Was steckt in den Institutionen – den Gesetzen, den Sozialämtern, dem Elternhaus und dem Frauenhaus – an Verhaltenserwartungen, an Verhaltensbegrenzungen, an Verhaltenssanktionen (positiv und negativ; die positiven sind in der Regel ausschlaggebender)? Wie wird also die Psyche, »unsere« Psyche von ihnen dirigiert, injiziert und wie werden Strukturen und Funktionen in sie aufgenommen? Jede Facette zählt. Und der »Geist« einer Institution ist in der »Flasche« ihrer Einrichtung, auch ihres Orts im Kontext anderer Institutionen eingefangen. Erneut kommt es auf die räumlich-materielle Übersetzung an. Deswegen ist die gegebene soziale Ökologie zu untersuchen. Umgekehrt gilt ebenso: welche Institutionen sind in unserem »Herzen« aufbewahrt, durchdringen und bestimmen unsere »Spontaneitäten«? Dieses »Herz-Herz-Verhältnis« darf nicht falsch beurteilt werden. Als genüge es, zu wissen, was die betreffenden Institutionen »wollten«, wie sie eingerichtet sind, wie sie mit ihrem Personal und dieses Personal mit den von außen kommenden Personen umgehen – als wüsste

[58] Zur »moralischen Ökonomie« in ihren vielerlei Facetten und Wirklichkeiten im Übergang einer eher traditionalen zu einer eher modernen Gesellschaft siehe: Edward P. Thompson, Customs in Common. Studies in traditional popular Culture, New York 1993; Ders., The making of the English working class, New York 1966, eine nicht anders als großartig zu nennende Studie an einem großen Fall, der englischen Arbeiterbewegung im Sinne recherchierter und dargestellter sozialer Ökologie.

man dann, wie Bewusstsein und Verhalten dieser Personen erklärt werden können. Oder als könne fast in kausaler Mechanik aus dem von uns durchlaufenen Institutionenkranz erklärt werden, wie wir uns verhalten. Mit kausaler Zurechnung geht sozialökologische Analyse nur ausnahmsweise Hand in Hand. Komplexe Bedingungen, hin- und her, kreuzweise und kontrovers geflochten, geraten in den Blick. Diese Nah- und Fernsichten von Kontexten und ihrer Vermittlung bleiben nicht beim Staunen über die Zusammenhänge komplexer Art stehen. Der differenzierende Gestaltblick vermag seinerseits eine Hierarchie der Bedingungen auszumachen. Er verwechselt die kleinen Kellerräume eines Hauses nicht mit den großen Zimmerfluchten im ersten Stock.

d) In Sachen Beschreibung gegebener, oft erst zu entdeckender Probleme und ihrer analytischen Anamnese, von ihrer Therapie zu schweigen, ergeben sich eine Reihe einschneidender Konsequenzen. Nur zwei seien angedeutet, die spätestens im Schlusskapitel erneut thematisiert werden. Zum einen: Sozialökologisch Wirklichkeit wahrnehmen zu wollen, bedeutet sie paradox und prätentiös zugleich ganzheitlich und differenziert in den zusammenfassenden, aber möglichst gering intervenierenden Blick nehmen zu wollen. Das verlangt, habituell ausgedrückt, sich bescheiden zu können, also nicht zu meinen, Phänomene »auf einen Happs«, wie's im Kinderbuch von einem Huhn heißt, erfassen und verschlingen zu können. Jedoch, je nach Problem, Hauptfrage und Perspektive darauf auszugehen, den ganzen Apfel, seinen Baum, seinen Garten, in dem er wächst, u.a.m. beachten zu wollen. Das Vorhaben verlangt zugleich sich redlich zu bemühen, hauptsächliche Aspekte und Faktoren nicht auszulassen. Da keine kleine oder große Totalität rundum und detailliert erfasst werden kann, bedeutet das, dass man das Ganze, das man in den Blick nehmen will, in den Faktoren und Aspekten pointiert, denen man nachzugehen, die man zu erfassen vorhat. So kann der Untersuchende selbst und können alle, die seine Wirklichkeitssicht ihrerseits wahrnehmen wollen, die Differenz von untersuchtem Gegenstand und seiner nie restlos erfassbaren Wirklichkeit kritisch zur Kenntnis nehmen, damit ihrerseits arbeiten und/oder ein ergänzendes kognitives Konzept entwerfen, das im ewigen Annäherungsprozess an das, was man als wirklich sieht und traktiert, weiter gekommen sein könnte. Um aber so viel wahrnehmen zu können, ist lernend bei der Ethnologie, auch beim amerikanischen Pragmatiker John Dewey, am meisten und schwersten indes in die dialektische Schule ihres wichtigsten Vertreters im 20. Jahrhundert zu gehen: Theodor W. Adorno. Ethnologie, soweit sie Methode genannt werden kann, verlangt sich seinem Gegenstand, einem Indianerstamm oder, ganz zeitgemäß, dem Parlament einer liberalen Demokratie rundum auszusetzen. Erst dann besteht die nie perfekt einzulösende Möglichkeit, Ausschlag gebende Verhaltensweisen und ihre an ihnen kenntlichen Einflussfaktoren erfahren und über die eigene Mit-Erfahrung kennen lernen zu können. Den Bundestag könnte man holistisch-ökologisch in seinem Budget der Zeit, soweit wie möglich, ein Jahr wenigstens mitzuerfahren suchen. Jedenfalls ist es erforderlich, sich, um mit dem Ideengeschichtler

Friedrich Meinecke zu reden (1862-1954), sich in den untersuchten Sachen »gleichsam gesund zu baden«. Dewey's Verlangen eines »learning by doing« käme als Methode, Wirklichkeit wahrzunehmen, der ethnologischen im Lehr-, Lernprozess so nahe wie möglich. Nur Phänomenen, denen man sich möglichst als ganze erkennende Person aussetzt, die man probiert, in denen man praktiziert, kommt man auf die Schliche und lernt sie kennen.

e) Die zweite Konsequenz, sich der zu erfassenden Wirklichkeit möglichst in ihrer Fülle auszusetzen, um die nur Dummheit garantierende Herrschaftsblockade einseitiger Begriffe zu vermeiden – vgl. oben den kurz gestreiften Robespierre und seine mordende Moral: »Die Tugend muss durch den Schrecken herrschen!« – besteht darin, pauschale Allgemein- und Leerbegriffe, ein begrifflicher Widerspruch in sich selbst, tunlichst zu vermeiden. Hierfür sind nicht nur sprachkritische Studien auch politisch am wichtigsten. Hingewiesen sei nur auf das sprachliche Schlusskapitel von George Orwells 1984. Aufmerksam gemacht sei nachdrücklich auf Viktor Klemperers Sprachkritik des »Dritten Reiches« in seiner LTI = Lingua Tertii Imperii.[59] Im Hinblick auf eine politische und eine sozialwissenschaftliche Sprach- und Wirklichkeitsverfehlungskritik einschließlich der Kritik an den sprach- und identifikations-geborenen Katastrophen mag es genügen, auf die begrifflichen Nichtbegriffe wie »Struktur«, »Identität« und »Nation« hinzuweisen. Diese Mixtur von Sprachformeln lebt, genauer: schlägt Leben tot mit dem, was sie nicht zulässt: Einsicht, in die Wirrnis von Vernunft stehlenden Sprachbüchsen. Sie lassen sich je nach Umständen beliebig, sei's wissenschaftlich, sei's politisch, sei's psychologisch füllen, um als Identifikationsmuster dienen, verführen und mobilisieren zu können. Dagegen gibt es keine bessere Kritik, als den sprachkritischen Versuch, diese Formeln sozialökologisch zu übersetzen, um ihre Attraktivität der Leere einzusehen. Sie regt gerade darum zum propagandistischen Missbrauch an.

Sozialökologisch sind Institutionen wie Universitäten oder Krankenhäuser, Altenpflegeheime in ihren groben und feinen Bedingungen auszukundschaften: als sozialer Raum. Die universitären Grob- und Feingriffe, Lehr-Lernverhältnisse, Prüfungsformen und nicht zuletzt die Art, wie die Berufsaussichten in die Ausbildungscurricula offen und verdeckt hineinragen, regen die Studierenden an, machen sie habituell neugierig und bildungslustig – oder lassen ihre Welt- und Fachsichten früh erstarren. Die Krankenhausräume können sozial und/oder asozial umbaut sein. In ihren Arbeitsrhythmen und -zeiten mit den Patient*innen entscheiden sie erheblich darüber, ob es sich um ökologische Bedingungen der Gesundung mit aufrechten und lernenden Bürgerinnen und Bürgern handeln kann. Oder, ob der

[59] George Orwell, 1984, Berlin 1994; Victor Klemperer, LTI. Die unbewältigte Sprache. München 1982; siehe auch Karl Kraus, hier bes. den letzten Band der Fackel. Die Fackel. 12 Bände inkl. Die letzten Tage der Menschheit, Frankfurt/M. 1976.

Status des gestressten Patienten auf Dauer gestellt wird.[60] Ähnliches gilt mit den nötigen Änderungen infolge anderer Menschen für Altenpflegeheime. Die Demenz alter Menschen wird heute vielerorts vorab wie eine Naturtatsache hingenommen. Sie wird pflegeschlüsselig, plegestufig und in einer Art vom Pflegepersonal zu verinnerlichendem Taylorismus so büroökonomisch gefasst und behandelt in einem, dass entdeckt unentdeckte Unfälle unvermeidlich normal sind.

Theoriebildung

»Kriterien einer halbwegs angemessenen Methode, Theorien zu bilden«, so lautet der Untertitel dieses Kapitels. Eine solche angemessene Methode anzupeilen, macht Aufgabe und Schwierigkeit jeder Theorie aus, solange sie irgend aufklärerisch und kommunikationsbedacht, so sie auch im fernsten »rational« angelegt sein sollte. Ist indes eine angemessene Methode zu ermitteln, ist das alte Ziel zu erreichen: die Übereinstimmung von untersuchter Sache und der Art der Erkenntnis (adaequatio rei atque cognitionis)?

a) Einen Königs- oder Königinnenweg gibt es nicht. Es führen allemal mehrere Wege nach »Rom«, zu Glück und Jammer der Erkenntnis. Und es gibt kein »Rom«, das von sich aus eindeutig und ein für allemal urbi et orbi und ex cathedra verkünden könnte, nur dieser eine und einzige Weg führe zur Erkenntnis. Die Wege zur »Wahrheit« sind immer vielfältig und verschlungen.

b) Ist »Rom« existent? Gibt es die eine »Wahrheit« oder, niedriger gehängt, ist eine stimmige Erkenntnis, ist das Richtige zu ergattern? Die Antwort auf diese Fragen hängt von Wert- und Zielannahmen ab. Die Lektüre »der« menschlichen Geschichte und Geschichten ist nicht beliebig. Setzt man sich ihr nüchtern und sensibel aus, erlaubt sie historisch-systematische Einsichten in existentielle Bedürfnisse des Menschen und die ihnen nötigen Bedingungen.[61] Sie vermitteln das wissende Nichtwissen, dass die wechselnden historischen Vermittlungen nicht geschichtsdogmatisch vorweg genommen werden können. Orientierungsmargen, die historisch-systematisch als solche, die den Menschen zugehören, erfasst werden können, können trotzdem nicht umstandslos in jeder Situation verwandt werden. Der jeweilige Kontext in »seinen« Eigenarten ist zu ermitteln, die ihm entsprechende unterschiedliche Vermittlung und deren Eigensinn sind wahrzunehmen.

---

[60] Man erfreue sich an dem durchgehend auch im Widerspruch anregenden Sektfrühstück zur gegenwärtigen Situation der Krankenhäuser, der Pfleger*innen, der Ärzt*innen und an erster Stelle der Patient*innen, nämlich Victoria Sweet, God's Hotel. A Doctor, a Hospital, and a Pilgrimage, New York 2012.

[61] Zu einem Versuch, ein sozial-materielles Konzept der Menschenrechte vorzustellen, siehe: W.-D. Narr zusammen mit Dirk Vogelskamp, Trotzdem: Menschenrechte! Versuch uns und anderen nach nationalsozialistischer Herrschaft Menschenrechte zu erklären, hrsg. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2012.

c) Eingangs wurden die herrschenden Wissenschaften, die gleitend in eine wissenschaftliche Herrschaft übergehen, und ihre hauptsächlichen Modi, »Wirklichkeit« überaus wirksam zuzurichten, hart kritisiert. Davon ist nichts zurückzunehmen. Der falsche, von uns nicht angestrebte und nicht zulässige Schluss daraus liefe darauf hinaus, die herkömmliche und heute mehr denn je dominierende Wissenschaft in kritischem Gestus in Bausch und Bogen zu verwerfen. Man verkennte nicht nur die Wirklichkeitsmächtigkeit dieser Art von Wissenschaft. Man unterschlüge dann nicht fortschrittskritisch, vielmehr reaktionär den Gewinn an humaner Befreiung, der hier und heute unsere eigene Persönlichkeit bestimmt. Allein die Zunahme heute in ihrer Ambivalenz zu diskutierender »Mobilität« und »Flexibilität« ist schwer zu überschätzen. »Verstockt« in einem Dorf, von Fremde umgeben, vertäut in einem »Stand«, der die gesamte Wirklichkeit bestimmt und noch das Denken raubt – wer wollte, wer könnte solcherart zurück.

Die herrschende Wissenschaft, die ihr folgenden Praktiken und die beiden innewohnenden Störungen und Zerstörungen anderer humaner Daseinsgestaltung in Vergangenheit und Gegenwart, sind nicht pauschal in kritischer Attitüde zu verwerfen. Sie sind vielmehr im bekannten Hegelschen Sinne aufzuheben, sprich zu beseitigen und verändert zu bewahren in einem. Für die wissenschaftliche Methode heißt dies, dass sie allerdings auf Nachvollziehbarkeit, auf eine entsprechend klare und deutliche Argumentation nicht verzichten darf. Sie darf auch nicht dunkle, raunende neue Subjekte, oft freilich mit alter Gestalt, »Böses« überwindend, einführen wollen, wie z.B. »die Natur«, die »uns« Werte und Verhaltensweisen vorgibt. Das anthropozentrische Weltbild, das die kopernikanische Wende begriffen hat, ist menschlich nicht zu überwinden. Es ist allerdings polyzentrisch erheblich zu korrigieren. Das geschieht, wenn der homo sapiens ohne Anmaßung sich als ein Geschöpf unter anderen zu sehen lernt und die herrschaftliche Arroganz, als sei »die Welt« für ihn geschaffen, aufgibt. »In der Weltsein« des Menschen bedeutet, dass »die Welt« welt- und menschengeschichtlich systematisch an erster Stelle steht. Sie kann, auch und gerade um der Menschen und ihrer noch nicht kapitalistisch etatistisch erschöpfter Möglichkeiten willen, nicht brutal ausgebeutet, zerstört und zu einseitigem Nutzen aktuell lebender Menschen umgeschaffen werden.

d) Eine bestimmte, nie vollständig aufzulistende Zahl von »Kennungen« (Kriterien) macht es möglich, »bessere« von »schlechterer« Theorie zu unterscheiden. Pompös einherschreitende Theoriepopanze können fragend ihres Herrschaftsgewandes entkleidet werden:

– Wie werden »Subjekt« und »Objekt« der Untersuchung oder des jeweiligen Sachverhalts in ihrem Wechselbezug und in ihrem historischen Kontext begriffen?
– Ist die Verlässlichkeit der verwendeten Daten geprüft worden (solche »Daten« können auch andere Theorien sein, die als autoritative Versatzstücke der Argumentation benutzt werden)? Wie verhält es sich mit dem Test ihrer Aussagequalität, also ihres Charakters als Information über etwas?

– Ist die Analyse mit ihren zusammenfassenden Aussagen und Bewertungen nachvollziehbar erfolgt? Wird einsichtig, wie, aufgrund welcher in ihrer Herkunft überprüfter Daten und ihren in ihrer Aussagequalität bedachter Informationen die Autorinnen und Autoren zu ihren Aussagen gelangen? Wird deutlich gemacht, auf welche Segmente der Wirklichkeit sie sich beziehen, sodass auch die Schlussfolgerungen entsprechend eingeschränkt zu formulieren sind?
– Wird die Dialektik von »konkret« und »abstrakt« nachvollziehbar gestaltet? Das untersuchte Phänomen ist zunächst ein unbegriffen Zusammengewachsenes, ein Konkretes. Dasselbe muss in abstraktere Bestandteile auseinanderentwickelt werden, damit seine Komposition und ihr »Sinn«, ihr »Interesse«, ihre Funktionen verständlich werden. Werden die abstrakteren Erkenntnisse über die einzelnen »Faktoren« wieder zusammengesetzt, sodass das Konkrete abschließend halbwegs begriffen werden kann?
– Inwieweit wird also die Theorie entwickelnd dargestellt? Hegels Beobachtung in seiner Logik gilt nicht allein für den »Objekt«-Nachvollzug: Eine Sache verstehen heißt, sie in ihrer Entwicklung begreifen.
– Inwieweit wird dem mehrfachen Politikum aller Theorie Rechnung getragen: dem Bezug auf die (herrschende) Wirklichkeit und sei es nur diejenige, die von einem Fach vorgegeben wird? Wird der Effekt der Untersuchung selbst bedacht, die immer »Wirklichkeit« mitschafft? Wird reflektiert, dass potentielle und aktuelle Verwertung auch durch die Theorie mitbedingt wird?

Hier bleibt festzuhalten: Anders als angeblich der Kommunismus nach Bert Brecht scheint Theorie zumindest eine komplexe Sache, die nicht einfach zu machen ist.

Intermezzo I
Theorie der Herrschaft – Theorie als Herrschaft

So weit sind wir gekommen mit dem Eintauchen in den gleichen und ungleichen Fluss. Jedenfalls fast. Heute, am 18. Oktober 2013, sind wir im »Institütchen« in Lichterfelde West. Wolf-Dieter sitzt an seinem Schreibtisch und überarbeitet Kapitel II. Ich sitze ihm versetzt gegenüber am großen Tisch, der mit Büchern, Ordnern, Papieren übersäht ist und an dem wir mir etwa 80 Quadratzentimeter freigeräumt haben. So kann ich anfangen, neben den Fluss der ersten drei Kapitel zu treten.

Wenn es nur theoretisch zugehe, so hatte ich gedacht, dann sei die Sache schon in Ordnung. Das wissenschaftliche Arbeiten sei »seriös«, da theoriegeleitet. Doch schon im ersten Kapitel erscheint mir die Geschichte in einem anderen Licht. Auf die Erscheinung blickend bin ich erstaunt, etwas so Einfaches nicht bedacht zu haben: Theorie ist von dieser Welt und nicht jenseits von ihr. Sie ist nicht immun gegen den Zeitgeist, nicht immun gegen herrschaftliche Vereinnahmung. Ja, mehr noch, sie gestaltet, sie schafft Derartiges mit. Und die einkreisende Bewegung hin zu einer »Theorie der Herrschaft« sieht sich mit dem tückischen Phänomen konfrontiert, dabei selbst noch theoretisierend-herrschaftlich zu sein oder zu werden.

Derart in Gefahr könnte Eine glattweg Lust bekommen, mit dem Theoretisieren aufzuhören. Allein, es bleibt ein »Ausweg« gerade dann, wenn das Begreifen von Wirklichkeit von sich anhäufenden, schillernden, widersprüchlichen und immer schnelllebigeren Phänomenen um- und verstellt ist und wir mit dem Nachdenken gar nicht mehr hinterher kommen.

Politik wird besonders da verortet, wo es etwas zu *ent*scheiden gibt. Eigentlich. Doch wenn zuvor die *Unter*scheidung dessen waltet, was politisch ist und was nicht, was dazu gehört und was nicht – dann hat ein herrschaftliches Scheiteln in Eigenes und Anderes schon stattgefunden, bevor die Verhandlung eröffnet wird.

Überhaupt scheint mit Blick auf das Andere und die Anderen ein Herrschaftshase im Pfeffer zu liegen. Am Beginn der Neuzeit entwirft René Descartes in seinem »systematischen Zweifel« ein denkendes Ich, dem das Andere außerhalb seiner selbst nie gelegen kommen und nie vertraut werden kann. Es bleibt draußen, störend, bedrohlich. Es kann nur unterworfen – oder sich selbst, dem Eigenen ähnlich gemacht werden.

Oder es wird vernichtet, es werden Scheiterhaufen für die Anderen, die Häretiker, die von Draußen, die »bösen« Hexen und Hexer errichtet.

Diese »Unfähigkeit zum Anderen« ist eine große und in meiner Sicht nicht zureichend erkannte Herausforderung. Sie ist es besonders auch für den Bereich

Nachhaltigkeit. Denn Rücksicht auf die Bedürfnisse künftiger Generationen zu nehmen, auf *andere* Generationen, die wir heute noch nicht kennen können – solcherart Rücksicht ist dem gegenwärtig herrschaftlichen Zugriff fremd. Während »das Umweltproblem« effizient zu managen versucht wird, nimmt das »Instrumentelle« zu. Und die neuzeitlich-naturbeherrschende Rationalität bleibt weitgehend unhinterfragt. Auch werden bei weiterhin zunehmender Innovationsgeschwindigkeit die »externen Effekte« eher mehr und größer.

Der Begriff des Politischen, so heißt es zu Beginn von Kapitel II, wird stets in Abgrenzung zum Anderen bzw. zu dem gebildet, was das Politische *nicht* ist. So findet das herrschaftlich-identifikatorische Scheiteln im zugleich konstruierten Gegensatzpaar politisch – privat statt. Und die zweite Frauenbewegung hat mit ihrem Slogan »Das Private ist politisch« genau dieses herrschaftliche Scheiteln verworfen.

Doch mit dem Privaten geschieht zeitgenössisch-aktuell etwas Merkwürdiges. Es nimmt zu. In global-neoliberalen Verhältnissen wird das Hohe Lied der Privatisierung gesungen. Eine merkwürdige Politik eigentlich, die dem, was sie sich zuvor als Entgegengesetzes geschaffen hatte, mehr und mehr Raum gibt. Diese Geschichte ist kompliziert. Denn es gibt verschiedene Privatisierungen und verschiedene »Privatheiten« bzw. Privaträume. Wird beispielsweise in die Privatwirtschaft hinein privatisiert, so liegt dem häufig die Vorstellung zugrunde, dass diese die Sache – etwa die Sache der öffentlichen Infrastrukturen im Bereich von Mobilität/Verkehr – effizienter zu »managen« vermöge. Diese Vorstellung kann allerdings nicht recht bewiesen werden, weil es zumeist die gewinnversprechenden Bereiche sind, die in die private Wirtschaft hinein privatisiert werden. Die »verlustversprechenden« Bereiche hingegen verbleiben entweder in der öffentlichen Hand (wenn die Gewinnbereiche zu Verlustbereichen werden ist auch öfter zu beobachten, dass sie vom Privaten ins Öffentliche zurückgegeben werden) – oder diese Bereiche werden in eine andere Privatheit, in einen anderen Privatraum hinein privatisiert: in die private Familie und/oder in den Privathaushalt.

Während also die zweite Frauenbewegung eine Politisierung des Privaten gefordert und »betrieben« hat, ist das, was aktuell geschieht, eher eine Privatisierung des Politischen.

Zugleich gibt es seltsames Flimmern der Ein- und Ausgrenzung. Während einerseits alte Muster wirksam bleiben – etwa die Aufteilung in Freund und Feind, in »für uns« und »gegen uns« – verschwimmen andererseits alte Einteilungen und Grenzziehungen. Als gebe es nichts Anderes und als solle alles »gleicher« werden. So sollen Frauen die gleichen Chancen haben und an die gleiche Spitze kommen. Herrschaftslogisch bleibt die Geschichte insofern, als der Gedanke an weniger Spitzen bei aller Gleichheit (im Vorhandenen) nicht recht aufkommt. Oder es soll beispielsweise gerade divers zugehen, ja die Diversität soll nicht unbedingt kultiviert, aber doch »gemanagt« werden. Allerdings nur dann, wenn dies dem Unternehmen einen ökonomischen Vorteil bringt.

All das macht es nicht einfacher. Denn kritisches Theoretisieren braucht Unterscheidungen. Wie soll es aber zu einer »angemessenen Methode der Theoriebildung« kommen, wenn das Unterscheiden herrschaftliche Zuweisungen stets im Gefolge hat?

Immer noch sitzt Wolf-Dieter überarbeitend neben mir, doch bei Kapitel III ist er noch. Somit weiß ich nicht, ob er bei seiner Einschätzung bleibt: Was Wissenschaft und ihre Theorien von Grund auf gefährde, sei ihre Nützlichkeit. Womöglich wäre an der Zeit, sich radikaler gegen die »Nützlichkeit« zu wenden?

Die Sache mit der Nützlichkeit hat Wolf-Dieter inzwischen zugespitzt: Was Wissenschaft und ihre Theorien von Grund auf gefährde, sei ihre ökonomisch-politische Verwertbarkeit. Als an einem Forschungsinstitut »praktizierende« Wissenschaftlerin will ich hinzufügen: Wissenschaft »lebt« im Zeitalter ihrer Refinanzierbarkeit. Der Gedanke muss sich auf dem Markt behaupten und ist dem steten Wettbewerb ausgesetzt. Wettbewerbs-theoretisch soll ihn das beflügeln. Jüngst ist mir gesagt worden, dass dies wohl eher nicht der Fall sei.

In Amsterdam. Im September 2013.

Zygmunt Bauman und Leonidas Donskis sprechen über ihr Buch: »Moral Blindness The loss of sensitivity in liquid modernity«. Es sei der Consumer Market. Verbunden mit zeitgenössischen Arbeits- und virtuellen Beziehungen. Diese stellten die zentralen Faktoren für den Verlust an Sensitivität dar, so Zygmunt Bauman. Es gebe wohl Moral und moralisches Handeln im Mikrokosmos der Familie. Da mag jemand gut gewillt sein und das Beste für die Kinder wollen... – allein: Da sei keine Zeit. Keine Zeit zuzuhören. Keine Zeit, sich zuzuwenden. Und auch der für Sonntag versprochene Zoobesuch müsse ausfallen. Denn am Samstag abend kommt eine Mail. Sie enthält eine Arbeitsanforderung, die bis Montag morgen erfüllt sein muss.

Auch für Theorie ist auf dem Wissenschafts-Markt keine Zeit. Nachdenken dauert zu lange und ist zu teuer. Gebraucht werden verwertbare Ergebnisse. Die Zeiten für Zuwendung (zum »Gegenstand«) und Reflexion verschwinden hinter hereintrudelnden Sofortanfragen.

Doch bei uns, hier und heute in Lichterfelde-West, haben die Sofortanfragen wenig Chancen. Hier wird es eher Zeit, weiter im Fluss und hin zu Kapitel IV zu tauchen. Zuvor aber wird zu sagen Zeit, dass es einen Punkt gibt, an dem ich mir mit Wolf-Dieter nicht einig bin: Das anthropozentrische Weltbild sei menschlich nicht zu überwinden. Nicht, dass ich es wirklich anders wüsste – und schon gar nicht besser. Doch auch wenn mir nachvollziehbar ist, dass Menschen »werden« und stets und stets erneut zu sich kommen können müssen – so bleibt mir doch der Verdacht, dass mit dem Anthropo-Zentrischen das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Dass womöglich zum Selbstbewusstsein ein Anderbewusstsein gehört und zur Fähigkeit, zu sich zu kommen auch die, von sich abzusehen.

Doch Wolf-Dieter merkt an, hier sehe er sich falsch von mir interpretiert. Und längst hat er an der entsprechenden Textstelle eine Hinzufügung angebracht:

Gleichwohl sei das anthropozentrische Weltbild polyzentrisch zu korrigieren. Das hat er nun wahrlich elegant hinbekommen. Diese »vertrackte Geschichte« soll noch einmal – mindestens versuchsweise – auf den Punkt gebracht werden.

Wolf-Dieter geht es nicht um das Herrschaftlich-Anthropozentrische. Nicht um das Bild des Menschen als Krone der Schöpfung, gefangen im Modus, sich die Erde gefügig zu machen und ohne Mitgefühl. Sondern es geht Wolf-Dieter darum, dass der Mensch doch immer auch Mensch bleibt und nicht über seinen Schatten springen, nicht über sich hinaus kann. Das heißt eigentlich, auch wenn er das anthropozentrische Weltbild überwindet, auch wenn er Natur als »an sich« und nicht nur als »für uns« anerkennt, tut er dies immer noch als Mensch.

Die Geschichte bleibt spannend. Denn die Idee, dass der Mensch, wenn er sein herrschaftsdurchtränktes Naturverhältnis überwinden wolle, vom Menschsein besser absehe, scheint tatsächlich fragwürdig. In der Debatte um »anthropozentrische« versus »bio«- oder »physiozentrische« Weltbilder hat sich neben der Positionierung zum einen oder anderen Pol hin inzwischen ein Strang der »Vermittlung« zwischen beiden gebildet. Damit kann nach den Beziehungen zwischen »Mensch« und »Natur« oder zwischen »Gesellschaft« und »Natur« gefragt werden. Und es kann weiter gefragt werden: Können die Beziehungen und Bezogenheiten anders als herrschaftlich gestaltet werden?

Kapitel IV
Herrschaftstheorie – was heißt das, warum ist eine solche notwendig?

Immerschwarz treibende Herrschaftsgründe

Gäb's keine Arbeitsteilung,
Gäb's keine Ungleichheit,
Gäb's keine Aggressionen,
Gäb's keine Macht- und Gewaltausübung von Menschen über Menschen,
Gäb's keine institutionelle Verfestigung von Machtverhältnissen,
die wir Herrschaft nennen
– dann bedürfte es keiner Theorie, die Herrschaft und ihre unter Menschen und ihren sozialen Zusammenhängen wirkenden Motive und treibenden Motoren zu ergründen, wenn menschenmöglich zu minimieren suchte.

Arbeitsteilung und damit ineins entstehende Ungleichheit, in der, pauschal gesprochen, Herrschaft gründet, gibt es jedoch seit Menschengedenken. In Gesellschaften anderer Stadien der Entwicklung ist sie schier unvergleichlich geringer gewesen und/oder hatte andere Ursachen. Heute besteht sie weltweit in den Ländern und zwischen den überwiegend kapitalistisch und staatlich organisierten Regionen. Arbeitsteilung bietet Ansatzpunkte zur Kristallisation von Ungleichheit, von Ausbeutung und Herrschaft unbeschadet ihrer möglichen Vorzüge und Notwendigkeiten. Arbeitsteilung ist nicht die einzige Quelle, aus der Ungleichheit »strömt«. Aggressionen entstehen nicht allein infolge von Unterschieden. Verschiedene und konkurrierende Bedürfnisse, Gefühle und Triebe wachsen in uns als Personen wie zwischen uns und Anderen. Zwischen Frauen und Männern, zwischen Kindern und Eltern, zwischen Schwestern und Brüdern. Das Potential von Konflikten wellt in einem fort, untergründig und an der Oberfläche. So kann es geschehen, dass der Andere überall präsent und den Umständen entsprechend »zur Hölle« (Sartre) wird. So kann die Devise wahr werden: »Fürchte den Nächsten wie dich selbst«.[62] Macht- und Gewaltausübung von Menschen über Menschen durchwirkt nahezu alle menschlichen Zeugnisse. Frühe Mythen berichten über Götterkämpfe, Auseinandersetzungen von Titanen und Kentauerngestalten. Kaum ist die »Unschuld« göttlicher Schöpfung durch den Menschen in ihrer Menschlichkeit ermöglichenden »Sündenfall« beendet, wird dem Alten Testament zufolge der Brudermord zum Beginn der »Gesittung«. In ihm rumort zu-

[62] Paul Parin/Fritz Morgenthaler/Goldy Parin-Matthèy, Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst. Psychoanalyse und Gesellschaft im Modell der Agni in Westafrika, Frankfurt/M. 1978.

sätzlich der ebenso fast unvordenkliche Gegensatz zwischen Kain, dem Nomaden, und Abel, dem sesshaften Ackerbauern und darum angeblich ordentlicheren und gesegneten. Dem Gründungsmythos Roms geht die Zerstörung Trojas und die Flucht des Äneas voraus. In seiner AENEIS dichtet Vergil davon. Rom hebt im Mord von Romulus an Remus an, einem römisch »legitimierten« (!) Totschlag, wie sich versteht.

Fast kein Ort, der nicht durch herrschaftlich breite und tiefsitzende Fußspur geprägt wäre; wenige Äußerungen selbst noch der edelsten Gefühle, die nicht den Schatten von Kämpfen, von Machtausübungen über andere ahnen ließen. Wo bliebe eine arglose Gesellschaft gegenseitiger Hilfe, von der mythisch gleicherweise früh berichtet wird, von der viele – so auch wir – tag- und nachtgeträumt haben?[63] Der Urkommunismus, den wir allenfalls konstruieren, nicht re-konstruieren können, lebt von der hin und wieder historisch vorübergehendes Ereignis gewordenen herrschaftsfreien Gleichheit.[64]

Die prekären Ungleichheits- und Herrschaftshuber: »Begierde zum Haben, oder auch zum Herrschen!«

Die ärgerlichen Tatsachen sind gegeben. Sie lassen sich nicht beiseiteschieben. Die Tatsachen der Ungleichheit, der Ausbeutung, der Übermächtigung, der Herrschaft, der »Begierde zum Haben, oder auch zum Herrschen!«, wie Kant es in seiner oben zitierten »allgemeinen Geschichte der Menschheit in weltbürgerlicher Absicht« 1784 wie eine motivationale Naturtatsache ausdrückte. Und wie es den Anschein hat, entwickelt sich diese menschennatürliche, ineinander verschlungene Doppelbegierde dynamisch. Sie produziert, sie gestaltet das, was wir Geschichte nennen.

Wie die Menschen »Natur« bearbeiteten, bald ausbeuteten, bald pflegten, um auszubeuten, bald stückweise neuschufen, so tauschten sie sich von Anfang mit anderen Menschen aus, schlossen sich zu Gruppen zusammen, schlossen andere aus, bekämpften sich, töteten sich in doppeltem Zirkel. Beim Umgang mit »der Natur« ist die Außen- und Innenseite nicht säuberlich zu trennen. Sobald wir von Menschen im Übergang von Tieren und einem uns qualitativ erscheinenden Sprung zugleich reden, sind sie ineinander verwobene Natur- und Kulturwesen, solche die als »nicht festgestellte Tiere« (F. Nietzsche) wenigstens minimal selbstgefertigter Techniken bedürfen, um sich als »extreme Nesthocker« (Arnold Gehlen) natürlich zu erhalten. Gleiches gilt für den Umgang mit anderen Menschen und

[63] Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. 1967.

[64] Wie ein Märchen, das kurz wahr gewesen ist, wirkt George Orwells Bericht über Barcelona im Herbst 1936 während der Anfänge des Spanischen Bürgerkriegs, eines Schlüsselkonflikts zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch das nationalsozialistische Deutschland: George Orwell, Mein Katalonien, Zürich 2000.

innerhalb einer Gruppe. Noch die psychischen Folgen für die einzelnen, soweit sie sich vereinzeln oder modern, staatlich, kapitalistisch und auch menschenrechtlich vereinzelt werden, lassen diese Dopplung erkennen: Menschen als Einzelne und assoziative Mitglieder zugleich: von kleinen Verbänden bis zu den heutigen gesellschaftlichen Rieseneinheiten.[65]

Wie immer wir uns drehen und wenden, wir stolpern noch in der eigenen Psyche über gewaltförmige Wurzeln. Im altgriechischen Wortspiel wirkt diese Erkenntnis zusammen. Arché heißt Anfang und Herrschaft zugleich. Am Anfang war also vielleicht, so hebt das Johannes-Evangelium an, »das Wort« (das göttliche Wort). Am Anfang war vielleicht, wie Goethes 's Faust abwandelt, »die Tat«. Am Anfang scheint aber in jedem Fall schon herrschaftsgeneigtes Gefälle gewesen zu sein.

Wie schon erwähnt worden ist, gilt allerdings: Ungleichheiten aller Art haben sich nicht einfach ergeben, um ruhig »wachsen« zu können und sich »evolutionär« im »Staat« herrschaftsfest zu entfalten. Schon Mythen deuten darauf hin. Machtansprüche begegnen früher Opposition. Macht und Gewalt konnten sich nie institutionell perfekt ausbilden und als Herrschaft geruhsam auf unterschiedlich ausstaffierten Thronerhebungen niedersetzen. Infragestellungen, gegenherrschaftlichen Äußerungen schon im Götterhimmel, im Spiegel der Erde, begegnen wir von Anfang an.

Herrschaft ab wann, gekennzeichnet wodurch?

Über das factum brutum herrschaftlicher Ansätze besteht weitgehend Einigkeit. Allerdings wird das, was jeweils als »Herrschaft« bezeichnet wird, ob Ungleichheiten des arbeitsteiligen Tuns und daraus erwachsende Einflussdifferenzen schon als herrschaftlich qualifiziert werden dürfen, verschieden beurteilt. Einigkeit besteht drüber, dass die uns überblickbare Geschichte durch eine Dynamik der Verherrschaftlichung ausgezeichnet ist. Erneut streiten sich die Interpreten darüber, ob und inwieweit ein solcher vielleicht aufhaltsamer,[66] zuweilen unterbrochener oder stagnierender Prozess in irgendeiner Weise im Sinne einer Evolution interpretiert werden könnte. Die evolutionären Auslegungen sind beliebt. Siehe den modernen Nationalstaat und darauf bezogen die Versuche so genannt entwickelter Länder der westlichen Hemisphäre, also das europäisch angelsächsische Nationengetümmel und seine Ansprüche mit Hilfe eines ihren Interessen konformen Konzepts des »nation building« die Gegenwart anderer Länder in ihrem Sinne zu formen. Die letzten Beispiele hierfür stellen der Irak und Afghanistan dar. Jüngere

[65] Vgl. den lang und breit, ethnologisch materialreich, jedoch unsystematisch angelegten, anregenden Überblick von Elias Canetti, Masse und Macht, München 1960.

[66] Soweit wir wissen, hat Bert Brecht das ironisch sarkastische Adjektiv »aufhaltsam« in seinem Hitler-Stück erstmals benutzt: »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui«. Filmisch ist dieses schwer übertrefflich von Charlie Chaplin im »Großen Diktator« dargestellt worden.

Begriffsgeber und Analytiker sprechen in diesem Zusammenhang vom »Neo-Kolonialismus«. Die zeitgenössischen Lesarten überraschen dadurch, dass sie Herrschaft allenfalls noch geschichtlich wahrnehmen. Das, was heute, insbesondere westwärts, als Herrschaft in veränderter Gestalt bezeichnet werden müsste, wird in einer aseptischen Begrifflichkeit verborgen.

Unbeschadet davon, wie man die Entwicklung einschätze, trifft man auf eine Fülle historisch unterschiedlicher Annahmen über die Als-Ob-Natürlichkeit von Herrschaft i.S. einer Art historisch-anthropologischer Konstante der flüchtigen Erscheinungen.

a) Die einflussreichste und bekannteste Variante stammt wohl von Hobbes (auf seine Staatskonstruktion ist im Kapitel V einzugehen). Fast die gesamte neuzeitliche Philosophie ist von ähnlichen Annahmen durchzogen. Freud hat sie in seiner Weise psychoanalytisch begründet. Beschränkt man sich auf die europäische Geschichte, so finden sich frühe Annahmen ähnlicher Art etwa im ersten Buch der Politeia Platons. Sie werden von Trasymachos verkörpert.

Die Menschen kommen mit sich selbst nicht aus. Ihnen fehlt nicht allein die Autarkie, die ökonomische Unabhängigkeit. Sie kommen infolge ihrer »Begierde zum Haben, oder auch zum Herrschen«, kommen durch Ungleichheit begründeter Zwietracht, dem Motor der Konkurrenz und wie Kant darstellt des Fortschritts, mit den anderen Menschen nicht aus. Sie konkurrieren mit denselben Hobbes zufolge um ihre Existenzbedingungen in Situationen der Knappheit. Um sich als Konkurrierende um ein Mehr an Besitz und Eigentum kräftig zu erhalten, potentielle Aggressionen von den Konkurrenten jedoch zu vermeiden, also der Zwickmühle von Wunsch und Gefahr zu entrinnen, verzichten die a-sozialen Einzelnen mit ihren unvermeidlich sozial negativen Wünschen auf ihr liberales Erstgeburtsrecht an individueller Gewalt (es ist im Second Amendment der US-amerikanischen Verfassung bis heute verankert). Sie legen das Naturrecht eigener Gewaltausübung einer herrschaftlichen Instanz zur freien Verfügung zu Füssen. Damit vermögen sie das Linsengericht der Sicherheit in Ruhe zu genießen – sodenn die ökonomische Betriebsamkeit dies gestattet. Die Frage, wie ist Gesellschaft möglich?, kann nur dadurch beantwortet werden, dass auf die nötige Gewaltklammer und die Zweiteilung – staatliches Gewaltmonopol hier, Freiheit bürgerlicher Konkurrenz samt ihren Folgen der dissoziierenden Ungleichheit dort – hingewiesen wird.

b) In der ideellen Hobbes-Nachfolge wird die These der »Universalität von Herrschaft« offen und unausgesprochen, politikwissenschaftlich, soziologisch und von den Bürgerinnen mit ihrem verinnerlichen Staatsherzen vertreten. Die Jurisprudenz gründet auf dieser Annahme. Jede Gesellschaft, so argumentiert Dahrendorf, sei durch Normen, also bestimmte Übereinkünfte über wechselseitiges Verhalten ihrer Mitglieder ausgezeichnet. Normen aber blieben unwirksam, seien nicht negative Sanktionen vorgesehen, denen diejenigen ausgesetzt werden könnten, die wider die Normen verstoßen. Normen und Sanktionen könnten aber

ihrerseits nicht von allen gesetzt und praktiziert werden. Sie höben sich sonst, so die weitere Annahme, selbst auf. Es bedürfe der Instanz(en), die Normen beschließen und dafür sorgen, dass ihre Verletzungen bestraft werden. Daraus entstehe eine unvermeidlich hierarchische Arbeitsteilung zwischen dem Norm- und Sanktionsoben und denjenigen, die normiert und sanktioniert würden: dem »Unten«. Also sei Herrschaft überall, wie immer sie erscheine. Die Dichotomie der Herrschaftsrollen sei gesellschaftlich gegeben.

c) Auch dort, wo universalistische Annahmen vermieden werden, wird eine historisch unvermeidliche Arbeitsteilung angenommen. Unterstellt wird, sie führe zu unterschiedlichen Kompetenzen und Definitionsmächten (s. schon Platons Politeia ab Buch 2). Die wachsende Arbeitsteilung steigere die Kompetenzunterschiede und die Ausstattung mit Instrumenten bis schließlich die arbeitsteilig »ausdifferenzierte« Politik herrschaftlich bereit stehe.

Immerhin fällt bei den Annahmen über die Unvermeidlichkeit von Herrschaft auf, dass sie eines beträchtlichen Aufwands an Legitimation bedürfen. Die angebliche Unvermeidbarkeit versteht sich mitnichten von selbst. Sie ist herzustellen. Ihre Legitimation durch die anthropologische Universalbegründung stärkt Herrschaft. Sie zeigt aber damit die Herrschafts-Grenze. Herrschaft muss prinzipiell Rechenschaft legen, so wie ihre wissenschaftlichen und vorwissenschaftlichen Vertreter. Sie ist also gefährdet. Herrschaft bleibt prekär.

d) Die Universalitätsannahme ist nicht selten in Frage gestellt worden. Allerdings waren und sind die Vertreter historisch herrschaftsfreier, in jedem Fall herrschaftsarmer Gesellschaften ungleich einflussärmer als die Universalisten und »Realisten«. Sie haben es erheblich schwerer. Während die Universalisten auf eine herrschaftsübersäte Oikumene hinweisen können und Beleg auf Beleg häufen, können die Opponenten nur auf herrschaftslose/arme historische »Inseln« und flaschenpostartig in unsere Gegenwart weitergereichte Nachrichten verweisen. Auch dort, wo sie auf der Suche nach dem Anfänglichen, dem Anderen fündig werden und prinzipiell anders organisierte Gesellschaften historisch, in überformten und veränderten Resten noch gegenwärtig zu entdecken vermögen, bleibt die Botschaft utopisch. Immerhin: eine herausfordernde, eine faszinierende Utopie. Gesellungen waren und wären möglich, die mit vorhandenen und ausgebildeten Ungleichheiten und Konflikten nicht herrschaftlich fixierend, nicht »oben« und »unten« kreierend verfuhren oder verfahren. Vorkehrungen, Gleichheit in personal und kollektiv wesentlichen Aspekten zu erhalten, waren oder würden getroffen. Spannungen wurden symbolisch aufgehoben – man denke allein an Rolle und Funktion des Trickster –, potentielle Konflikte und Gewalt wurden, ohne sich zu Strukturen zu verfestigen, »auf- und ausgearbeitet«.[67] Das »Menschenbild«, das den ewigen Herrschaftsbehauptungen unterschoben wird, eine geradezu herrschaftsontologische politische Anthropologie und politische Psychologie, wird

[67] Vgl. Stanley Diamond (siehe Anm. 15).

erst gar nicht aufgestellt – oder es wird grundsätzlich in Frage gestellt. Stattdessen orientiert, mit Ernst Bloch gesprochen, »die Ekstase des aufrechten Gangs«. Sie ist an jedem Kind mit wachsender Freude und Bestätigung zu beobachten, das unter Bedingungen groß zu werden die Chance erhält, die es nicht verelenden. Sind wirklich – und der frühliberalen, immer schon staatsgewaltig gezäumten Annahme entsprechend – von kindlichem Anfang an, sich in jeder Geburt erneuernd, der Besitzindividualismus, die »ungesellige Geselligkeit«, die sich in Zwietracht stürzende Konkurrenz, die a-soziale Sozialisation die ausfüllenden Schwungräder des menschlichen Curriculums auf dieser Erde? Lässt sich nicht im Gegenzug belegen, dass selbst in den verstaatlichten, durch individualisierte ökonomische Anreize fortgetriebenen Gesellschaften dauernd anders motiviertes Handeln, Vertrauen, gegenseitige Hilfe, Mitschmerz und verlässliche Umgangsformen vonnöten sind? Damit dieselben überhaupt anders als durch schieren Zwang zusammengehalten werden können (P. Kropotkin)? Ralf Dahrendorf, der, noch jung, in seinem »homo sociologicus«, von Gesellschaft »als ärgerlicher Tatsache« an und für sich sprach, kümmerte sich erfahren in seinen letzten Lebensjahren darum, wie heutige Gesellschaften die »Ligaturen«, die erforderlichen politisch-sozialen Verbindungsstreben nicht nur bewahren, vielmehr neu erhalten könnten.

Der Streit der »Schulen« mündet in einen Streit um die Annahmen menschlicher Gegebenheiten, humaner Entwicklungsmöglichkeiten und entsprechender institutioneller Erfordernisse. Die erkenntnistheoretische Schwierigkeit besteht hierbei vor anderem darin, dass bestehende Herrschaft(en), ihre Instrumente und ihre Zielmargen, das jeweilige Menschenbild mehr bestimmen als umgekehrt. Gleiches gilt selbstverständlich für die Konzeption prinzipieller herrschaftsfreier und anders organisierter Gesellschaft. Ein unentscheidbarer Wertekampf, der aufgrund der mobilisierbaren Interessentruppen in der Regel für die Herrschaftsseite und ihre Zwangsmittel entschieden wird?

Der Streit qualitativ verschiedener Prinzipien der Gesellung wird nicht durch »herrschaftsfreie Kommunikation« (Jürgen Habermas) entschieden. Dazu überwiegen die heute und seit langem herrschenden Interessen. Sie sind nicht auf Konsens hin zu übersteigen, gleich einer offenen Mediation. Der Streit ist auch nicht zu entscheiden, weil das, was »anthropologisch« »richtig« wäre, nie und nimmer eindeutig herausgefunden zu werden vermag. Es kann allenfalls »aufgeherrscht« werden. Einmal finden wir immer schon historische Gesellschaften vor und können den »Uranfang« unvermischt und unvermittelt nicht herausfinden. Von den Fehlern und Gefahren aller »Ursprungsphilosopheme« nicht zu reden. Theodor W. Adorno ermüdete nicht, auf sie am Exempel Martin Heidegger hinzuweisen. Schrecklich, allein zu denken, gar zu erinnern: »Blubo« = Blut und Boden. Zum anderen verändern sich die geschichtlichen Situationen und verändern sich die Menschen infolge dieser Situationen. Wenn nicht von Grund auf, so benehmen sie sich doch so verschieden, dass der »gemeinsam menschliche Grund« erheblich andere Ausdrucksformen fände. Das lösende Nein gilt jedoch weiter. Ei-

nerseits ist Entweder-Oder-Urteilen in der Regel falsch, von Extremsituationen abgesehen. Zwischen verherrschaftlichter und nicht verherrschaftlichter, in diesem Sinne anarchischer Gesellschaft gibt es eine Fülle höchst lebensträchtiger Varianten. Kompositionen aus beidem, mehr oder minder. Das Minder aber zählt. Andererseits können aus der Geschichte konstante menschliche Bedürfnisse und Grundformen, sie wahrzunehmen, ermittelt werden, die den Wertestreit nicht restlos, aber in gewichtigem Ausmaß entscheidbar machten. So »man« nicht einfach herrschen will, versteht sich.[68]

Die systemdumme Missachtung der weltweit zugrunde liegenden Annahmen, ihrer Konsequenzen und Formen

Vertreter herrschaftsontologischer Annahmen – die »im Sein« des Menschen als solchem vorhistorisch verankert werden – neigen dazu, in der Perspektive etablierter Institutionen zu sehen. Sie betrachten bestehende Herrschaft nicht als fragwürdig. Sie gehen nicht analytisch subversiv vor, die Chancen herauszufinden und zu ergreifen, Herrschaft aufzuheben. Selbst wenn »Herrschaft« indes, wie immer sie beschrieben werde, unvermeidlich sein sollte, selbst dann bestünden Differenzen »ums Ganze« zwischen einzelnen Herrschaftsformen: in den Ausmaßen ihrer Repression, ihrer internen und externen humanen Kosten. In ihren Prozessuren, Interessen und Inhalten, in ihrer immer erforderlichen, wenigstens rudimentären Legitimation.[69] Allzu schnell beziehen »realistische« Vertreter die Position der einmal gegebenen gesellschaftlichen Institutionen. Deren Stabilität und Legitimation werden untersucht. Die Existenz bestimmter politischer Herrschaftsformen wird immer schon vorausgesetzt. Dabei steckt in den Prämissen der viel benannte »Teufel«. Kennzeichnend für einen perspektivischen Opportunismus, der von den einmal gegebenen Bestandsgrößen ausgeht, ist die Diskussion um das »staatliche Gewaltmonopol«, um die Polizei, um die staatliche Sicherheit

[68] Vgl. W.-D. Narr mit Dirk Vogelskamp, Trotzdem Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2012.

[69] Siehe unsere, in den Wochen, da wir das Manuskript überarbeiten, bestätigte und verbesserte Lektüreeinsicht: Bo Lidegaard, Die Ausnahme. Oktober 1943: Wie die dänischen Juden mithilfe ihrer Mitbürger der Vernichtung entkamen, München 2013. Die Dänen waren mental und habituell, angestoßen von den in der Tat verantwortlichen Parteipolitikern, den König Christian nicht zu vergessen, darauf vorbereitet worden, unheroisch zu widerstehen. Eben weil die dänischen Juden und andere als Mitdänen und Mitmenschen, eben als Countrymen, besser noch als Countrypeople wahrgenommen wurden. Solcherart wurde mit ihnen umgegangen. Dänen ließen Dänen nicht ausschließen. Da auch die NS-Herrschaft auf Formen der Legitimation angewiesen war, vermochten die »kleinen« Dänen der eben nie totalen Herrschaft, so mörderisch sie war, einen normalen, also nicht streichhaften Streich zu spielen. Vgl. zum dänischen humanen Sieg im »endlösenden« Nazi-Terror bis in die Apriltage 1945 und die Todesmärsche: Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, bes. Kap. X, S. 202ff. »Die Deportation aus Westeuropa: Frankreich, Holland, Dänemark und Italien«.

insgesamt. Sie wird unversehens mit den je verschiedenen Sicherheiten der Bürgerinnen und Bürger gleichgesetzt. Indem abstrakt und isoliert über das Gewaltmonopol gestritten wird, kann schließlich nur noch bekannt werden: »Ich« bin »für« oder »gegen« das Gewaltmonopol. Wer »dafür« ist, wird zum unkritischen Vertreter des Bestehenden deklariert und entsprechend diskriminiert, wer »dagegen« ist, wird zum Anarchisten im gleitenden Übergang zum Terroristen verdunkelt.

Weil analytisch meist die Ebene schon immer gegebener gesellschaftlicher Organisation bezogen wird – also die Analyse im Entscheidenden, bei den Prämissen aushakt –, werden die psychisch-habituellen Kosten und Nutzen von Institutionen nicht dauernd erprobt und erörtert. Deswegen wird nicht darüber diskutiert, wie Entscheidungen anders organisiert, umgesetzt und sanktioniert werden könnten. Der jeweils herrschende Begriff des Politischen wird umstands- und gedankenlos fortgeplappert. Desgleichen wird die herrschaftsgewitzte Unterscheidung zwischen »öffentlichen« und »privaten« Bezirken oder »Arenen« übernommen. Die so unerhörte politisch privat konkurrierende Universalisierung des Kalküls kapitalistischer Ökonomie seit der letzten qualitätsspringenden breiten Stufe der kapitalistischen Globalisierung im Verlauf der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht zuletzt in ihrer politisch institutionellen Bedeutung, schmal und schmäler handelnd, wird nirgends zureichend, sprich konsequenzenreich bedacht. Das gilt auch für die zum fragwürdigen Gesetz der Moderne systemtheoretisch erhobene Ausdifferenzierung. Sie wird, so nicht von Anfang an, von einem Schub der Entdifferenzierung begleitet. Beispielsweise die expansive Privatisierung öffentlicher Bereiche und Aufgaben. Insgesamt wird der dunkle Sack der Prämissen dicker und dicker. Dass Analysen keine »Alternativen« mehr zu erkennen vermögen, außer dem kapitalistisch technologischen »laissez innover«,[70] wird leicht verständlich.

Die Vielfalt der Herrschaftsgründe und -formen

Festzuhalten ist: Selbst unter der Voraussetzung, Herrschaft sei »irgendwie« immer gegeben, ist das, was zählt, die staunenswerte Vielfalt von Inhalten und Formen des Herrschens. Deswegen lässt sich »Herrschaft« auch nur abstrakt und mit entsprechender Vorsicht über einen Kamm scheren. Die Differenzen sind im Rahmen von Moderne und ihrer Gegenwart quantitativ und qualitativ so bedeutsam, dass allgemeine Aussagen nur behutsam formuliert werden dürfen. Die Größe, die geographisch-geopolitische Erstreckung, Lage eines Landes, die Zahl der Bewohner*innen u.ä.m. haben gewichtige Folgen. Die Reichweite und die Durchdringungskraft allgemeiner Regelungen markieren nicht zu vernachlässigende Unterschiede. Die materiellen und die immateriellen Quellen von Herrschaft lassen sie nicht konform erscheinen. Die Arten der Legitimation stiften andere »Charak-

[70] Siehe früh John MacDermott (vgl. Anm. 32).

tere«. Daher gilt die analytische und praktische Devise: Kontexte beachten! Für die nötige Verortung in eine breite Skala diverser Kontexte wird neuerdings die Metapher nötiger Einbettung von Personen, Gruppen, Sachverhalten gebraucht. Darum trifft ebenfalls zu: Die diversen Vermittlungen allgemeiner Eigenarten von Herrschaft sind in ihrer eigenständigen Wirkung nicht zu unterschätzen.

Unter diesen Vorbehalten seien einige allgemeine Merkmale hervorgehoben, die jede historisch spezifische Analyse zu beachten hätte. Neben der Gefahr schlechter Abstraktion und aufgepumpter Allgemeinheiten lauert die andere, sich in punktuelle Einzelheiten zu verlieren und den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen.

a) Der Grad, die Art und Weise der »Ausdifferenzierung« des »Politischen« aus den anderen gesellschaftlichen Bezügen i.S. eines geltenden politischen Normalbegriffs sind zu ermitteln und zu gewichten. Die Eingriffe, Rechte und Verhaltensweisen konstituierende Unterscheidung zwischen »öffentlich« (= politisch), »privat« und ihre entdifferenzierende Vermischung sind zu benennen.[71]

Durch die allmähliche, nie eindeutige und changierende Scheidung von »öffentlich« und »privat« wird die Gesellschaft in verschiedene Zonen der »Wirklichkeit« eingeteilt: Arbeitsteilungen, Machtteilungen, Bewusstseins-, Verhaltens- und Moralformen, die insgesamt bis hinein ins Pianissimo des »Privaten«, des »Intimen« reichen. Diese innere politische Geographie, die noch einmal in unterschiedliche Zonen des Öffentlichen und des Privaten abgezirkelt wird, formiert die Handlungsbedingungen und lässt die Verschiedenartigkeiten der Geltung und der Reichweite diverser Herrschaftsqualitäten vergleichsweise präzise eintragen.

b) Das »Prinzip« von Herrschaft schlechthin ist die Identifikation. »Dinge« und Menschen sollen verfügbar gemacht werden, um sie kriegerisch und zum Zwecke von großen Vorhaben, um sie ökonomisch, um sie noch für kultische Unternehmen der Herrschaft einsetzen zu können, möglichst jederzeit und unbeschränkt. Dazu sollte man herrschaftlich intelligent wissen, was man hat und sollte sich darüber sicher sein, dass man über seine »Habe« verfügen kann. Die Mittel müssen bereit stehen, die »Dinge« und Menschen ding- und personenfest gemacht werden.

Wenn Identifikation geradezu als ein »Urprinzip« von Herrschaft gekrönt wird, wird nachvollziehbar, wie entscheidend es ist, Herrschaft ihrerseits in ihren historischen Formen und Funktionen in skalarer Weise zu »identifizieren«.[72] Zarte

---

[71] Siehe u.a. Jean Bethke Elshtain, Democracy on Trial, New York 1995; Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1990; Albert O. Hirschman, Tischgemeinschaft. Zwischen öffentlicher und privater Sphäre, Wien 1997.

[72] Nicht allein darum ist der inflationäre Gebrauch des (Un-)Begriffs »Identität« reflexiv und transitiv für Personen und eine unqualifizierte Zahl von meist zu Substituten von Personen formierten Institutionen und Regionen, ein individueller und kollektiver Ausdruck der Eigenschaftslosigkeit: vom »ich bin ich«, eine identitätsidentische Horrorgestalt über »die« Nation – Deutschsein heißt eine Sache um ihrer selbst willen verfolgen, und willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein –, bis zur »Europäischen Identität und ihren Werten«, genannt Weltmarktmacht und Frontex. Oder »Dem Westen und seiner Zivilisation«

Ansätze, durch die Schrift verbessert, durch Rechte in Form gegossen, oft von schierem physischen Zwang gekennzeichnet, entwickeln sich unterbrechungs- und stagnationsreich zu nie perfekten Formen alles zu erfassen, zu steuern und zu regulieren. Heute dringt die identifizierende, meist »nur« nominelle Fixierungs- und Sammelsucht, der frühen Biologie nicht unähnlich, zu den einzelnen Menschen vor und schlägt sich in Zellen durchschauenden Gesundheitsinformationen nieder. Die Absichten können sehr verschieden sein. Die eher materiellen Zwecke, die oben aufgelistet worden sind, können durch moralische Zwecke ersetzt oder ergänzt werden. Wenn es gilt, einen »tugendvollen Menschen« und eine entsprechend »gute Gesellschaft« zu konstruieren, dann mag fast jedes Mittel erlaubt sein. Platons »Politeia« bietet das erste europäische Beispiel einer vom Prinzip der Identifikation bis in die Erbanlagen hinein durchwalteten Gesellschaft. Alles, was nicht »identifikatorisch«, sprich eindeutig und klar erfasst werden konnte, sollte möglichst unterdrückt und ausgeschieden werden. Musik und Tragödien waren dem selbst dichterischen Platon der Politeia ärgerlich. Wie eine frühe, schier perfekte Mixtur aus Mythos, Theorie, Phantasie und Paranoia. Ärgerlich hörten die platonischen Herrscher Musik und schauten sich Tragödien an, weil sie unkontrollierbare Emotionen erweckten. Sie berichteten von unklaren Situationen und uneindeutigen Lösungen von Problemen, die voll von Ambivalenzen waren.[73] Selbst Homer wurde von Platon kritisiert, weil er die Götter und Göttinnen nicht unmissverständlich »göttlich« dargestellt hat. Sie lachten unter anderem unsterblich, als sich der göttliche Schmied, Hephaistos im Liebesnest verfangen hatte. Die Devise: »Schuster bleib bei deinem Leisten« bestimmte den Gesellschaftsaufbau: von eben diesem Schuster bis zum Philosophenkönig, dem wahrheits- und also herrschaftsfähigen. Als hätte Platon die moderne »Rollensoziologie« vorweggenommen, waren die gesellschaftlichen Rollen in seinem politischen Gemeinwesen fest eingeteilt. Im Unterschied zur Rollensoziologie und der Wirklichkeit gegenwärtiger Rollen, die gleich mehrfach von einzelnen Personen gespielt werden können,[74] waren die Einzelnen vormodern zu seiner oder ihrer Rolle verdammt. Sie waren als Rollen wie später zu Feudalzeiten geboren. Das gerade machte die Ordnung der gesellschaftlichen Dinge aus, dass allen nur eine Aufgabe zugewiesen und bis in die mythisierten Erbanlagen angemessen war.

Platons Utopie, für eine stationäre Gesellschaft und eine entsprechende Ökonomie konzipiert, von der Idee des guten und wahren Lebens durchdrungen, ge-

---

und sein/ihrer genozidalen Grundlage samt »Time is money«. Nur problemangeritzt s. W.-D. Narr (vgl. Anm. 3).

[73] Zygmunt Bauman hat Genese und Installation des Nationalsozialismus nicht zuletzt auf den Mangel zurückgeführt, Ambivalenzen zu ertragen und auszuagieren: Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992.

[74] Ralf Dahrendorf, Homo sociologicus, Opladen 1969; Ulrich Beck. Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1987.

währt Einsicht in nahezu alle Aspekte des rationalen Konstrukts und Wahns in einem: totaler Herrschaft mit dem Mittel der Identifikation.[75]

Ein weiter historischer Sprung, der nur um zum Zwecke systematischer Argumentation erlaubt ist, mag belegen, wie dieses »Prinzip: Identifikation« in einer »dynamischen« Gesellschaft mit einer kapitalistischen Ökonomie in anderer Zeit und Größenordnung praktiziert worden ist. Der deutsche Nationalsozialismus und seine Herrschaft bieten das Exempel. Diese Herrschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass alles und alle mobilisiert, dass alles und alle dazu entsprechend identifiziert und vertäut werden sollten. »Restlose Erfassung« haben Götz Aly und Karl-Heinz Roth diesen Vorgang genannt.[76] »Volksgenosse« und»Volksgenossin« wurden von der Wiege bis zur Bahre mit einem Amt versehen, mit Aufgaben und mit Zugehörigkeiten. Eigene Symbole wiesen die Gruppen aus. Es blieben Nischen; es blieben Ausweichmöglichkeiten; es blieben sogar Oppositions- und Sabotagechancen. Aber die faktischen psychisch-bewussten Eigenräume wurden gering. Dem Ziel der Allverfügung, der mobilisierenden und sichernden Identifizierung, diente die allgemeine Eingrenzung der »völkischen Massen«. Ihr korrespondierte vom Voranfang an ein wurzelstarker Antisemitismus, von minderem Rang der Antiziganismus ebenso, wie die rassen- und gesundheitskundige Ausgrenzung der »Unterrassen«. Erst die mörderische Ausgrenzung machte die Eingrenzung, die Identifikation über die »Identity card«, die Kennkarte und den Einwohnermeldenachweis bis in die Gene perfekt. Arier oder Nicht-Arier mit Hilfe des »Ariernachweises« bis ins dritte und vierte Glied vergangenheitswärts. Um solcher herrschaftsfungiblen und insoweit willkürlichen Identifikation willen wurde aber gerade keine der »Blut- und Boden«-Ideologie entsprechende Politik betrieben. Nicht »Gemeinschaft« i.S. von kommunaler, gruppenspezifischer Selbstbestimmung und ihren entsprechenden sozialen Bedingungen, wurde befördert. »Jeder von uns trägt irgendwo den Stempel des Dritten Reiches«, notiert Ruth Andreas-Friedrich am 24. Januar 1940 in ihrem Tagebuch. »Und selbst der Untergang des Regimes wird aus Nazis keine Demokraten, aus Massenmenschen keine Persönlichkeiten zaubern. Hitler hat das Volk an Ekstasen gewöhnt. Immer muss es ›knallen‹.« Sprich: Der Prozess der Identifizierung (wie der umgekehrten projektiven Identifizierung der Bevölkerung mit Hitler und der NS-Herrschaft) wird durch eine unterschiedliche, sich in den zur Verfügung stehenden Techniken wandelnde Fülle von Mitteln zu bewirken gesucht. In jedem Fall ist durch allseits gesätes Misstrauen, durch möglichst feinkörnige Kontrolle, durch Furcht erregende Akte, die isolierende Individualisierung, die Entsozialisierung

[75] Aus der unübersehbaren Literatur zwei Hinweise: Stanley Diamond, Plato and the Definition of the Primitive, in: Ders., In Search of the Primitive, New Brunswick, New Jersey 1974, S. 176-202; insgesamt vgl. Martha Nussbaum (siehe Anm. 16).

[76] Götz Aly/Karl Heinz Roth, Restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1990.

eine der hauptsächlichen Voraussetzungen dafür, dass herrschaftsgewitzte Identifizierung klappe.

Zusammen mit der »Mobilisierung der Ressourcen« ist die Sicherung das Herrschaftselixier der Identifikation. Dingliche Berechenbarkeit ist gerade bei Personen, allemal unsicheren Kantonisten, Trumpf. Ambivalenzen und Ambiguitäten sind wegzuschneiden, notfalls stacheldrahtig einzuzäunen. Die »Angst vor dem Chaos« (Joachim Schumacher) rumort überall. Sie verbindet sich mit den Ängsten des verunsicherten, sicherheitserpichten Bürgers, dem glauben gemacht wird, seine »Sicherheit« sei in der Sicherheit der aktuellen Herrschaft »aufgehoben«. Herrschaftsanalytisch gilt es deshalb, den »Sicherheitskomplex« und die Vorkehrungen für das, was jeweils »Sicherheit« genannt wird, die diversen »Sicherungen« auseinander zu nehmen. »Sicherheit, die ich meine« – aber welche meine ich, worin besteht die meinige? Identifikation heißt also Ablösung (Abstraktion) und bedeutet das, was Sozialwissenschaftler so geruchslos und fortschrittlich »soziale Differenzierung« nennen. »Differenzierung« meint häufig nichts anderes als eine herrschaftszugewandte Entdifferenzierung und vereinzelnde Fixierung von Unterschieden, die der Assoziation, der sozialen Vereinigung schaden. Politische – und soziale – Einschließung und Ausschließung bedingen einander.[77]

c) Die Quellen und die Mittel der Identifikation sind schon berührt worden. Sie sind vielfältig, entwickeln sich, sind z.T. erstaunlich alt. Man betrachte nur das noch vorherrschaftliche, dann im Umkreis anderer Faktoren verherrschaftlichende Mittel, Verwandtschaftsziehungen als Prinzip der Organisierung zu verwenden. Verwandtschaftskerne sozialer Organisation werden durch eigenartig »politische« ergänzt und ersetzt, sobald sich Herrschaft allmählich zentralisiert. An die Stelle von Verwandtschaftsassoziationen tritt das vergleichsweise abstrakt gesteigerte Prinzip lokaler Einteilungen. Von den solonischen Reformen spätestens um die Wende vom 6. zum 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung bis zu den periodischen Gebietsreformen und lokalen politischen Enteignungen unserer

[77] Von Max Weber angeregt können das Zustandekommen von Gruppen, Gesellschaften, Ethnien, Staaten und Nationen als Prozesse sozialer und politischer Schließung bezeichnet werden (»soziale Schließung« heißt es in »Wirtschaft und Gesellschaft«). In Ein- und Ausschließungsprozeduren, Kriterien und Begriffen spielt das oben apostrophierte Identitätsunwesen mangelnden Einfalls eine beträchtliche, freilich nahezu durchgehend negative Rolle. Ein- und Ausschließungen, neuerdings variiert durch Integration, Abschiebung oder staatenlosen Überallausschluss, können als alltägliche elementare soziale Vorgänge bezeichnet werden. In ihnen macht es jedoch die bekannte Differenz ums Ganze, ob Inklusionen und Exklusionen dichotomisch angelegt sind oder skalar in der Regel als Mehr oder Minder. Vor allem zählen die Formen der In- und Exklusion samt ihren existentiellen oder akzidentellen Folgen. Erneut wird offenkundig, dass Bezeichnungen sozialer Schlüsselvorgänge nur den Beginn genauerer Beschreibung und tiefer dringender Analyse markieren. Zu den Gefahren abgründiger Differenzierung und des Ausschlusses rund um die Dreyfus-Affäre siehe neuerdings Jacqueline Rose, Proust Among The Nations. From Dreyfus To The Middle East, Chicago and London 2011.

Tage reicht eine merkwürdig kontinuierliche Linie herrschaftlichen Organisierens im Sinne geopolitischer Einheiten.

Die Richtung dieser Instrumente ist als eine Art Zangenbewegung vorzustellen. Die Dissoziation, die versuchte Ablösung von anderen Organisationshalterungen bildet den einen Teil der Zange, die privatisierende Zuordnung einer politischen Aufgabe den anderen. Sie kann im unpolitischen Verhalten bestehen, das in der Art, wie es zustande kommt und als Brackwasser seinerseits eine politische Funktion besitzt. Hervorhebenswert ist, dass sich verdichtende Herrschaft darauf angelegt ist, die »pouvoirs intermédiaires« zu beseitigen. De Tocqueville hat sie als Organe profiliert, um zentrale Herrschaft zu dämmen und die Kluft zwischen abstrakter Bestimmung und lokaler Apathie zu vermitteln. Das Zwang benutzende Prinzip der Identifikation »von oben« wird durch alle möglichen symbolischen Inszenierungen zum Zwecke identifizierender Identifikation »von unten« zu ergänzen versucht. Erneut ist eine Art Zangenbewegung zu beobachten. Der Verlust anderer Gesellungsformen und inhaltlicher Bezüge lässt die Herrschaft als wohlgefälligen Ersatz erscheinen. Die von dieser Herrschaft »geborgte« eigene Realität wird entscheidend. Sie stützt die eigene »Identität«.

d) Identifikation hat in der Dissoziation ihren Zwillingspartner. Assoziationen aufzulösen und neue zu verhindern, ist die erste »Pflicht« einmal eingerichteter Macht, der Ruhe als die erste Bürgerpflicht entspricht. Nur die bestehenden Institutionen und Prozesse sollen und dürfen benutzt werden. Als ein unruhige »Wasser« bändigendes, funktional zurichtendes Kanalsystem sind die meisten Institutionen zu verstehen. Sie wirken »zweckrational«, wie auch heutige bürokratische Einrichtungen, wenn man im »Zweck« die Herrschaftsabsicht mit enthalten sieht.

Summa summarum: Herrschaft in ihrer Formenfülle ist nur im verschieden organisierten und durchgesetzten »divide et impera«, dem grauen und wie unendlich fortsprossenden Bart, weißschwarz wie Vergangenheit und Gegenwart »teile und herrsche« überlebensfähig. Die dissoziative Kraft macht ihre Fähigkeit zur pauschal als Wert unterstellten »Stabilität« (und Stabilisierung) aus. Kein Wunder, dass die Entwicklung des modernen Staates bis in unsere Tage sich dadurch auszeichnet, dass fortdauernd Organisierungsge- und -verbote erlassen und durchgesetzt werden. Jede nicht lizensierte Assoziation ist eine Gefahr. Ob man einen Blick auf die us-amerikanische Bürgerrechtsbewegung wirft, auf die »armen Leute«, die sich gegen die etablierten Institutionen organisieren, oder ob man die bundesdeutsche Entwicklung von Demonstration und Demonstrationsrecht bzw. polizeilicher Umkesselung seit den 1970/80er Jahren betrachtet – immer erneut wird versucht, Dämme zu bauen, Angst vor den nicht berechenbaren »Fluten« zu erwecken und das bestehende Kanalsystem zu verstärken.[78] Das Rechts-

[78] Siehe das herausragende Buch von Francis Fox Piven und Richard Cloward, Poor People's Movements: Why They Succeed, How They Fail, London 1978.

system und sein assoziativ fälschlich nahegelegter Bezug auf Gerechtigkeit sollen die Fixierung auf bestehende Verfahren bestärken und legitimieren. Die moderne Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass sich die herrschaftsgewitzte »politische« Dissoziierung und die der kapitalistischen Ökonomie gängige Interessenzersplitterung verstärken. Diese »funktionale Homologie«, die Gleichartigkeit des Wirkens von Gewaltklammer »Staat« und der Arbeitsmarktzentrifuge »Ökonomie« wirkt ungleich stärker als all die Lobbygruppen zusammen, ohne dass sie zu unterschätzen wären. Mit Verschwörungstheorien und -praktiken ist allerdings wenig anzufangen.

e) (Fast) keine Herrschaft ohne Rechtfertigung (= Legitimation). Eine legitimationslose Herrschaft lässt sich nur als skalarer Extrempunkt, kaum je, und wenn überhaupt nur punktuell wirksam annehmen. Deswegen liegt es nahe, wie dies Max Weber getan hat, Herrschaftsformen gemäß ihren Legitimationsarten »idealtypisch« zu unterscheiden. Weber hat drei solcher »Typen« von einander abgesetzt: die Herrschaft, die sich kraft traditionaler Geltung legitimiert (als angestammtes Herrscherhaus oder so wie das mittelalterliches »Recht« »gut« war, insofern es »alt« war),[79] die Herrschaft, die eine charismatische Grundlage ihres »Geltungsglaubens« besitzt; schließlich diejenige Herrschaftsform, die sich legalrational und bürokratisch ausweist. Der zweite Typ, charismatische Herrschaft, ist am schwersten zu fassen. Wie »Charisma« entstehe, was es »*sei*«, woraus es also bestehe und wie und warum es auf wen wirke, die Fragen hüpfen geschwinder aus dem Sack als Flöhe. »Charisma«, ein theologisch, religionsgeschichtlich entsprungener Begriff, meint webersprachlich, dass einer Person oder einer Institution und entsprechend der diese Institution repräsentierenden Person (»Amtscharisma«) besondere Eigenschaften und Fähigkeiten zugewiesen werden. Etwa einem Heerführer, der sich besonders ausgezeichnet hat; einem Propheten, der durch die Intensität seiner Prophezeiungen mitgerissen hat; einem Rhetor, einem Politiker, der durch die Kraft seiner Rede und das Selbstbewusstsein seiner Handlungen »Massen« begeistert hat. Schwierig herauszufinden ist nicht allein, inwieweit diese Eigenschaften durch die »Charismatischen Persönlichkeiten« bewiesen worden sind und wer den jeweiligen »Beweis« glaubte. Sind es nicht psychologisch erklärbare Bedürfnisse von Menschengruppen in bestimmten Situationen, die solche »Führer« projektiv und schließlich auch »real« erzeugen?[80] Was passiert mit Personen, die angeblich über Charisma verfügen, wenn »die« Situation nicht mehr da ist, wenn die Leute anfangen, sich Andersens Märchen von des

[79] Vgl. die Herrschaftssoziologie von Max Weber in: Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte, Nachlaß, Teilband 4: Herrschaft, hrsg. Edith Hanke und Thomas Kroll, in: Max Weber Gesamtausgabe, hrsg. von Horst Baier et al., Abt. I: Schriften und Reden Bd. 22-4, Tübingen 2005.

[80] Sigmund Freuds massenpsychologische Analysen sind nach wie fruchtbar für die Analyse. Siehe Freud, Massenpsychologie und Ich-Analyse, Gesammelte Werke Band 13, Frankfurt/M. 1955.

Kaisers neuen Kleidern zu erzählen? Schwierig herauszufinden ist außerdem, darauf hat Weber eigens aufmerksam gemacht, wie es möglich sein sollte, tat- und augenblicksgebunden erfundenes Charisma als »Kraft« auf längere Herrschaftsdauer zu institutionalisieren. Weber fasst das Problem unter dem Ausdruck der »Veralltäglichung«, der »Routinisierung« des Charisma. Gerade der schillernde, mit einem breiten Schattenrand versehene »Begriff« Charisma zieht bis heute viele Deuter an, beispielsweise des Doppelphänomens Nationalsozialistische Bewegung (NSDAP) und Hitler. Zumeist empfiehlt sich, mit Sokrates die eigene Verlegenheit zu begreifen und einzugestehen, statt mit einem begriffslosen Begriff durch eigenes Raunen Lesende »charismatisch« zu infizieren.

Der dritte Typus, der bürokratisch-legale, dem die verstaatlicht-bürokratischen Gesellschaften moderner Zeiten am nächsten kommen, gewinnt seine Rechtfertigung durch rationale Verfahren und aus seinen »Leistungen«. Hierbei ist Max Weber zu folgen, der den Prozess der westwärts zuerst inszenierten Moderne als einen der Rationalisierung der meisten Lebensbereiche begriff. Das anscheinend feste und schlanke Konzept der Rationalität und der dynamischen Rationalisierung ist jedoch alles andere als »rational«, durchsichtig, eindeutig und klar.[81]

Wichtig ist die »idealtypische« Begrenzung dieser Typologie. Weber hat sie selbst unterstrichen. »Real« treten immer nur unterschiedlich akzentuierte Mischtypen, also mit Typenverlust in Erscheinung. So finden sich im Weberschen Sinne traditionale und charismatische Elemente in dem heute dominierend bürokratisch-legalen Herrschaftstypus »entwickelter« Gesellschaften. Noch wichtiger aber als die Unterscheidung der drei Typen sind zwei zusätzliche Einsichten Webers:

– die Annahme, Herrschaft erzeuge einen »Legitimationsglauben«. In ihrem Verfahren sehe sie diesen Glauben vor.[82] Daraus erwächst eine Stärke von Herrschaft. Sie vermag, die an sie Glaubenden zu motivieren und zu mobilisieren. Levée en masse nicht allein in militärischer Absicht, wie dies im Laufe der Französischen Revolution im »Glauben« an die Nation erstmals geschehen ist. Die Legitimationsbedürftigkeit kann wie das Lindenblatt sonst gewaltstarker Herrschaft wirken. Was passiert, wenn stattliche Gruppen der Herrschaftsunterworfenen, gar die Mehrheit, dieser Herrschaft den Teppich der Legitimation entziehen?
– Legitimation unterscheidet sich nach Gruppen. Sie ist wichtig gegenüber dem Herrschaftsstab: den Söldnern, der bürokratisch-ökonomischen Elite. Deswegen ist es angezeigt, Legitimationsklassen zu unterscheiden. »Legitimationskrisen« sind entsprechend differenziert zu bewerten.

[81] Zur allgemein anregenden Lektüre empfehlen wir dringend Max Webers knappe »Vorbemerkung« im 1. Band seiner noch von ihm bestimmten Religionssoziologischen Schriften.

[82] So gesehen argumentierte Niklas Luhmann in seiner Untersuchung »Legitimation durch Verfahren« in Webers Spuren.

Der Legitimationsbegriff hat es zusätzlich in sich. Oft wird er intellektuell-anspruchsvoll überladen. Deshalb wird er analytisch verzerrt. Jürgen Habermas neigt dazu, einen Legitimationsbegriff zu verwenden, der von der Annahme lebt, Staaten seien darauf angewiesen, da ihre Bürgerinnen und Bürger sie bewusst und aktiv überwiegend für »angemessen« erachteten. Die »aktive« Legitimation, deren Fehlen oder Abnahme als »Krise« diagnostiziert werden kann, besteht fast immer nur bei Minderheiten (etwa bei wechselnden »Herrschaftsstäben«). Um normativ überfrachteten Begriffen zu entgehen, scheinen folgende Unterscheidungen vonnöten:

Zum ersten ist zu bedenken, dass Legitimation in dem gebrauchsüblichen Sinne lange Zeit nicht erforderlich erschien oder anders ausgefallen ist, als wir dies heute wahrnehmen. »Ich erwähnte schon früher«, so resümiert Moses Finley, »das offene, unverhüllte Auftreten der Herrschaft in der Antike, was unter anderem zur Folge hatte, dass eine ideologische Kaschierung, eine ideologische Rechtfertigung des Reiches völlig fehlte«. Zuvor stellt Finley allerdings fest: »Dieser von der Staatsreligion, ihren Mythen und überlieferten Riten gefestigte Gemeinschaftssinn hat, wie ich meine, an dem pragmatischen Erfolg der athenischen Demokratie einen wesentlichen Anteil«. Ein jedenfalls dem heutigen nicht vergleichbarer »Legitimationsbedarf« ist für den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit festzustellen;[83]

zum zweiten ist der jeweilige Legitimationsbezug und sind die Quellen der Legitimation herauszuarbeiten (à la »König«, »Nation«);

zum dritten gilt es, die Mittel zur Herstellung von Legitimation zusammenzustellen und in ihrer Wirkung einzuschätzen. Welche Rolle spielt das, was Murray Edelman die symbolischen Gebrauchsarten von Politik genannt hat?[84] Dass beispielsweise Gesetze oder andere regierungsamtliche Handlungen nicht dazu dienen, einem »realen« Problem abzuhelfen, sondern den Eindruck vermitteln sollen, es sei Entscheidendes geschehen. Besitzen Wahlen irgendeine demokratisch-substantielle Qualität oder bedeuten sie nicht vielmehr das, was Niklas Luhmann als »Legitimation durch Verfahren« i.S. einer periodischen Freisetzung der »Herr-

[83] Moses Finley, Quellen und Modelle in der Alten Geschichte, Frankfurt/M. 1987, S. 34.

[84] Siehe als einen der andauernd besten politikwissenschaftlichen Augenöffner und Analyseanreger: Murray Edelman, The Symbolic Use of Politics, University of Illinois Press 1964. An den Beispielen der Wahlen, der Gesetzgebung u. a. m. demonstriert Edelman, dass viele heftig umstrittene politischen Vorgänge und ihre Instrumente zwar durchaus nicht bedeutungs- und effektlos sind. Ihre hauptsächlichen Wirkungen bestehen jedoch nicht in den offiziell angegebenen oder in den gemeinhin angenommenen. Gesetze sollen vielmehr den Eindruck ermitteln, es geschähe etwas. Darum kommt es jeweils auf die Formen an, sie – in der Regel bürokratisch – zu verwirklichen. Untersucht man sie, kann entdeckt werden, dass sie keine oder nicht offiziell intendierte Wirkungen zeitigen. Oder Wahlen. Sie sollten angeblich »Demokratie« realisieren. Tatsächlich können sie in ihren sterilen Aufgeregtheiten und Schaumschlägereien vor allem dafür sorgen, dass die hauptsächlichen Wahlversprechen im durch sie legitimierten Positionserwerb der dann gewählten Repräsentanten besteht. Die Bevölkerung hat, so klug wie zuvor, zur legitimen Wirksamkeit des Positionserwerbs und kontinuierlicher Herrschaft beigetragen.

schaft auf Zeit« (Heuss) genannt hat? Welche »reale« Bedeutung kommt dem politischen Gebrauch von Symbolen zu?

Zum vierten sind Indikatoren für Grade und Grenzen zu finden. Hierbei gilt es zum einen zwischen verschiedenen Legitimationsklassen zu unterscheiden (s.o.). Zum anderen sind Indizien zu finden, die über Ergebnisse und Meinungsumfragen und Wahlbeteiligungsquoten hinausgehen, z.B. Verteilung von Vorteilen; Gewaltäußerungen staatlicher- und privaterseits; Partizipationschancen in zentralen Lebensbereichen wie der Schule, den Universitäten, dem Arbeitsplatz.

Zum fünften ist der von Weber seltsamerweise nicht beachtete Zusammenhang von Einrichtung und Aktionen des »Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit« (Militär und Polizei insbesondere) mit den Behauptungen und den Äußerungen (Inhalten) von Legitimation zusammenzusehen. Das Gewaltmonopol legitimiert sich und damit den Staat vielfach zirkulär selbst. Sein propagierter und praktizierter Sicherheitsbegriff wird außerdem mit dem bürgerlichen Sicherheitsverlangen gleichgesetzt. Die Ängste, die das Sicherheitsverlangen heischen, werden vom Gewaltmonopol geschürt und bewältigt in einem. Die inszenierte Angst- und Sicherheitsproduktion und ihre entsprechende Legitimation kommen noch in der Kriminalstatistik zum Ausdruck, die von der Polizei als Gefahren- und Erfolgsausweis zusammengestellt wird.

Insgesamt gesehen ist die Qualität dessen, was »Legitimation« genannt wird, auf einem unterschiedlich »geladenen« Kontinuum zu orten, der »Geographie« der Legitimation sozusagen. Dasselbe reicht von »purer« Apathie über die Hinnahme (compliance) bis zur partizipativen Identifikation als einer substanziell demokratischen Form der Legitimation.

f) Diejenigen, die angeblich und/oder tatsächlich »die« Politik machen, das, was die »politische Klasse« genannt wird, sind genau zu bezeichnen. Der soziale Hintergrund, die Mittel der Ausübung von Einfluss und Macht, die Grade der Teilnahme und Kontrolle sind miteinander in Beziehung zu setzen.

g) Alle Politik zeichnet sich durch Konflikte aus. Gäbe es keine potentiellen Konflikte, gäbe es nur Konsens, ließen sich im Konsensblock trotz eingehender Analyse nicht einmal Risse erkennen, dann wäre Politik am Ende (»cracks in the monolith«, wie Karl Deutsch dies in den 1950er Jahren hinsichtlich der Sowjetunion ausdrückte, und damit einen der Fehler der »Totalitarismustheorie« entdeckte). Deswegen bieten die Zahl, die Eigenart, die Teilnehmenden, die Ungleichheiten breiter Skala und der Austrag von Konflikten die besten Einsichten in die Form bestehender Herrschaft, ihre Kosten, ihre Legitimation. Eine große Zahl von Konflikten kann, je nach ihrer Art, den daran Beteiligten und der Art und Weise des Konfliktaustrags auf eine hohe Legitimiertheit und in diesem Sinne auf die Stabilität eines politischen Systems aufmerksam machen. Merke: Wenige Indizien, nur von außen und oberflächlich betrachtet, genügen fast nie.

h) Der Herrschaftsschatten oder Herrschaft »invers« geben das Profil von Herrschaft wider. Die Hierarchie der Herrschaftsunterworfenen verkürzt sich histo-

risch beträchtlich. Moderner Staat und seine Bürokratie, wohlgemerkt auch formell private, die herrschaftlich bleibt, plafondieren gesellschaftliche Unterschiede. Sie schaffen eine formale Gleichheit der Herrschaftsunterworfenen. Unterhalb solchen Nivellements, das Karl Mannheim die »Fundamentaldemokratisierung« genannt hat, bleiben aber alte und ergeben sich neue Unterschiede. Der »Zugang zum Machthaber« (Carl Schmitt), zu den entscheidenden Instanzen und ihren selten monokratischen Vertretern schafft erhebliche Differenzen auch in den Formen des Gehorsams und den Kniebeugen der Untergeordneten. Vor allem differieren die Chancen, sich binneninstitutionell zur Wehr zu setzen, sich zu beteiligen oder notfalls anderswohin zu wenden. Was bleibt Arbeitslosen anderes übrig, als zu kuschen. Die Möglichkeiten, sich zu wehren, haben für Flüchtlinge nur negative Vorzeichen. Die Fähigkeiten oder die Sozialisierung eines buckligen Habitus von den meisten Herrschaftsunterworfenen wirken zurück auf die Herrschaft und ihre Rationalität. Sie beeinflussen erneut die Art und das Ausmaß an Legitimation.

i) Die sozialen Kosten und Nutzen von Herrschaft sind durchgehend, ohne sie eigens zu nennen, gestreift worden. Welche Kosten und Nutzen gemessen werden, hängt vom benutzten Maßstab ab. Die Kosten und die Nutzen lassen sich aber in jedem Fall nur ermessen, wenn die formierenden Folgen herrschaftlichen Arrangements und herrschaftlicher Aktionen auf Verhalten und Bewusstsein untersucht werden. Hier ist das zu betreiben, was oben die psychologische »Verflüssigung« von Institutionen und Handlungen genannt worden ist. Sie äußert sich insbesondere in sklerotisch gewordenen Verbiegungen. Auffallend ist, wie wenig eine Kosten- und Nutzenanalyse zu den bürokratischen, gesetzlich abgesicherten Kollateralschäden versucht wird. Die politische Produktion von Verdrängungen und Verleugnungen mit ihren politisch-pathologischen Folgen, nicht zuletzt in der sonst kaum erklärlichen Kontinuität der Muster von Vorurteilen, werden weiterhin ausgeblendet oder verneint.[85]

Wozu die letztlich vergebliche, also auf Dauer ohnehin erfolglose »Anstrengung«, Herrschaft(en) auf den oder die Begriffe zu bringen?

Wenn allgemein gesprochen Herrschaftliches (fast) überall formiert und unterordnet, ist dann eine abstrakte Herrschaftstheorie vonnöten? Wir stellen diese Frage, indem wir uns erneut verweigern, vorweg »eine Herrschaft ist gleich«-Definition zu präsentieren. Eine solche lineare, aber gedankliche Sicherheit gewährleistende Bestimmung ist nicht tunlich. Nicht nur, weil eine »Wesensbestimmung« nicht möglich wäre. Vielmehr, weil eine solche Definition sich herrschafts- und wissen-

[85] Vgl. Mario Erdheims kritische Auseinandersetzung mit Norbert Elias' Prozess der Zivilisation: Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit: Eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozeß, Frankfurt/M. 1984.

schaftsmimetisch, sprich identifikatorisch verhalten müsste. Als könne das, was Herrschaft »ist«, eindeutig und klar und für alle Zeit ausgemacht werden.

a) Herrschaft lässt sich nicht ohne weiteres aufgrund ihrer leicht fasslichen Legitimation und ihrer habhaften oder schreiend mangelhaften Wirkungen aufknacken. »Geronnene« und tief eingekerbte Strukturen, die aktuelle Herrschaft fundieren, die in Verhaltensweisen, Bewusstsein und seine Erwartungen von »eigener« Spontaneität ununterscheidbar eingelassen sind, machten leicht zugängliche Beobachtungen blind.

Selbst wenn Herrschaft primär sprachlich vermittelt würde, dem zoon politikon, der athenischen Agora (Marktpatz) und der mündlichen Kultur gemäß, wie Finley quellenkundig bemerkt, selbst und gerade dann wäre Sprache als Ausdruck herrschaftlichen Unternehmens zu zerpflücken. Wie äußert sich die »Grammatik von Herrschaft«, in den Worten, ihrer Komposition, ihrer allgemeinen Verständlichkeit und Rangordnung? Welche zugelassenen, welche verbotenen Wörter gibt es? Wie verhält es sich mit den flüggen Schlüsselbegriffen, den »Formeln der Macht« (Gaetano Mosca), die die Wirklichkeit kognitiv und kommunikativ herrichten? Gerade die Herrschaft in der sprachlichen, auch der gestischen Kommunikation gilt es linguistisch in ihrer Semantik ausfindig zu machen. Schon die sprachliche Herrschaftsprobe sähe sich schwer überwindlichen Schwierigkeiten ausgesetzt. Sie müsste angetan mit sprachlichen Schuhen erfolgen und in sprachlichen Spuren gehen, die sie reflexiv und distanziert überprüfen müsste. Generell gilt: Herrschaftstheorie ist eine detektivische Aufgabe.

b) Die Unterscheidung zwischen »Entscheidungen« und »Nicht-Entscheidungen« wurde schon im Zusammenhang des Politikbegriffs angeführt. Das Dauerfaktum der Entpolitisierung, das – herrschafts- und legitimationsgewitzt – Themen konflikthafter Diskussion entziehen und als ob sachzwangartig stillstellen lässt, macht die Hebelkraft entdeckender, Sachzwänge wegrollender Theorie notwendig.

Auszugehen ist von beobachtbaren Konflikten und Widersprüchen. Über das hinaus, was Peter Bachrach und Morton Baratz seinerzeit feststellten, muss der theoretische Anspruch die gegebene empirische Wirklichkeit übersteigen. Sonst könnte Theorie in eine Art abstrahierende »Induktionseselei« (Friedrich Engels) ausarten. Sie vermöchte nur den grauen oder blauen Himmel über dem Zelt der Erscheinungen zu spannen. Sonst riskierte theoretische Arbeit auch, dass sie just dort versagte, wo sie am meisten nötig wäre: bei hermetisch glatt, gar gelungen erscheinendem Funktionieren. Einzelne und Gruppen, die dann noch räsonieren und kritisieren, können in aufgeherrschten »Gemeinschaften« oder propagandistisch weit geteilten »Solidaritäten« meist mühelos als unverbesserliche Nörgler diskriminiert werden. Von dichten Herrschaften abgesehen, sind moderne Massendemokratien insgesamt in Gefahr, abweichendes Verhalten und störrische Meinungen auszusondern. Dazu gibt es fast überall, was sich in der Bundesrepublik Deutschland »Verfassungsschutz« nennt, der immer zugleich ein Sprachschutz ist.

c) Die Entstehung und die Funktion kollektiven und individuellen Handelns gilt es aufzudröseln, vor- und nachgängig des Bewusstseins. Die genetische und funktionale Analyse kann nur erfolgreich gelingen – erfolgreicher als gegenwärtig –, wenn die Felsenblöcke von etablierter Herrschaft analytisch zerschlagen und ihre versteinerten Bewusstseins- und Verhaltensbedingungen frei gesetzt werden. Von den realen Möglichkeiten individuellen und kollektiven Bewusstseins und Verhaltens aus ist die institutionelle Kritik zu betreiben. Es genügt, solange die prägsamen Institutionen stabil gehalten werden, nach verändertem individuellen und kollektiven Verhalten Ausschau zu halten. Etwa indem überlegt würde, wie selbstinteressierte Individuen dazu angehalten werden könnten, andere Personen zu berücksichtigen oder zukünftige Entwicklungen zu bedenken (siehe die gegenwärtig reichlich verengte Debatte über rationales Auswahlverhalten i.S. von »rational choice«).

d) Der Herrschaftstheorie bedarf es, um Möglichkeiten auszukundschaften: Welche anderen Formen und Funktionen könnten Organisationen haben – und wie hätten solche Formen auszusehen? Die tägliche »Gymnastik in Einbildungskraft« (Simone Weil), in politischer Imagination oder Phantasie hat in einer doppelten Weise diszipliniert zu geschehen. Auf der einen Seite muss sie vor dem Hintergrund kritischer Analyse der bestehenden Formen und Funktionen geschehen. Auf der anderen Seite hat sie bestimmte Gegebenheiten gegenwärtiger Wirklichkeit als nicht reduzierbaren Ausgangspunkt anzunehmen. Hierher gehört vor allem, dass gegenwärtig über 7,2 Milliarden Menschen die Erde bewohnen und sich weiter vermehren. Hierher gehören die klimatischen, auf natürliche und soziale Umwelt bezogenen Effekte gegenwärtiger ökonomischer und politischer Produktionsweisen. Die dauernde Gefahr und die immer erneute Wirklichkeit »normaler Katastrophen« hätte solche disziplinierte Phantasie anschauungskonkret in Augenschein zu nehmen. Diese Phantasie gehörte, wenn denn die Sozialwissenschaftler*innen etwas taugten, zu den Aufgaben schlechthin, die heute an sie gestellt sind. Sie pocht als die Aufgabe.

Was aber hieße dann Herrschaftstheorie? Die Frage sticht und sticht. Sie wird am Stechen erhalten.

a) Die folgenden Prämissen führen ersichtlich in die Irre. Ihnen widerspricht eine Aberfülle von Phänomenen: Die eine Seite behauptet anthropologisch grundelnd, »der« Mensch sei »schlecht«. Er sei so stark von seiner Triebmotorik her bestimmt, dass es eindeutig und klar installierter äußerer Zwänge bedürfe, um ihn zum »Rechten« zu dirigieren. Frei nach Robespierre: Vernunft müsse erzwungen werden. Andere wieder nehmen an, »der« Mensch sei rousseauistisch »frei« oder »gut« geboren. Nur hindernde gesellschaftliche Fesseln wären abzustreifen. Dann könne gewaltfreies Leben entfesselt werden. Die Kontroverse zwischen Erasmus

von Rotterdam und Martin Luther über den freien oder den knechtischen Willen kann als eine Art Muster dieser konträren Annahmen gelten.

Diese anthropologische, bei Luther theologisch inspirierte, Dichotomie von Annahmen über »den« Menschen überschneidet sich eigenartig mit der Behauptung, Menschen seien als Einzelne geboren und Gesellschaft als solche bedeute eine »ärgerliche Tatsache« (Dahrendorf) versus der Annahme, Menschen seien von Natur gesellige Wesen, zoa politica.

Beide Dichotomien und ihre mehr- und minderheitlichen Anhänger bis in unsere Tage können an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Als eine Voraussetzung wirklichkeitswissenschaftlich angelegter aufklärerischer Herrschaftstheorie aber erscheint es uns erforderlich, diese Dichotomien zurückzulassen.

An die Stelle von »gut ist« oder »schlecht ist«-Annahmen ist die Vermutung widersprüchlicher, abgründiger Potenz zu setzen, die ihrerseits durch gesellschaftliche Organisation verschieden aktualisiert oder im Freud'schen Sinne sublimiert werden kann (vgl. Freuds Briefwechsel mit Einstein über die Vermeidbarkeit des Krieges). Wenn dem so wäre, dann käme nicht nur auf die gesellschaftliche Organisation in Politik, Ökonomie und Verhalten nahezu alles an. Dann gälte gleichfalls, dass sich Konflikte nicht neu und neu in und zwischen den Menschen aufdrängen, aufstauen, explodieren. Das erfüllende Ende des »Prinzips Hoffnung« wäre auf Erden nicht zu erlangen, so sehr wir dem Muster jüdischen innerweltlichen Messianismus zugeneigt sind, die von der weltfernen Orientierung an christlicher Transzendenz abweicht – hier, der Abkürzung komplexer religiöser Theologumena halber, nicht theologisch und in »streitbarer Einfalt« (Thomas Mann) formuliert.[86] In diesem Sinne irrte Ernst Bloch und orientierte unkritisch idealistisch (und/oder geschichtsphilosophisch): »Dann wird es auf Erden geben, was es noch niemals gab: Heimat« (letzter Satz des »Prinzip Hoffnung«). Politik, Denken und Handeln, werden statt solcher »Hofferei« (so Günther Anders' kritische Blochcharakteristik) zum menschlichen Lebenselixier. Und ränne Politik aus, dann wären humane Verhältnisse noch mehr gefährdet, als sie es seither waren.

Gleichfalls ist u.E., historisch erfahrungsbegründet, an die Stelle von ursprünglicher »Individualität« oder »Sozialität« die Annahme einer dauernden, unterschiedlich verwirklichten Spannung zwischen der einzelnen Person und den Gesellschaften zu setzen. Sobald die Spannung auf die eine oder andere Seite hin aufgelöst wird (zu lösen versucht wird, eine abgetrennte Lösung gibt es nicht), sobald schlagen gesellschaftliche Versäumnisse in individuelle Leiden um oder werden individuell einseitig verwirklichte Interessen zu den Personen selbst schädlichen Leiden an und durch Gesellschaft, sogar kollektiv dem Leiden der

[86] Zum jüdischen Messianismus vgl. Gershom Scholem, Zum Verständnis der messianischen Idee im Judentum, in: Ders., Judaica I, Frankfurt/M. 1963, S. 7-74.

Gesellschaft.[87] Politik zehrt von diesen Spannungen und ihrer jeweils aktuellen Organisierung, die solche Grundspannungen historisiert. Herrschaftstheorie kritisiert die historische Form, die Spannung zu lösen und die dem Menschen abgründig gegebenen Potenzen zu aktualisieren. Herrschaftstheorie sucht zugleich nach »Wegen aus der Gefahr« (Eppler), nach besser zu entwickelnden und prozedierenden Zwischenlösungen auf dem Weg zu neuen Zwischenlösungen. Dazu bedarf es der Utopien des besser, des gut Gelungenen.

b) Entwickeln heißt die hier bis zur Ermüdung wiederholte Forderung. Gerade bei solchen Phänomenen wie den Formen der Herrschaft. Ihre Genese wird möglichst verborgen oder nur in symbolisch feiernder Form erinnert, um sie legitimierend zu erfrischen. Deswegen sind die spezifischen Formen aufzudecken und auf ihre jeweiligen Hintergründe zu durchleuchten. Heute entzieht sich Herrschaft ihrer konkreten Fasslichkeit und erscheint pseudokonkret in den bildlich wiedergegebenen politischen Repräsentanten und ihrem in die Irre führenden Theater. Aus diesem Grund gilt es, die Abstraktionen bis zu ihrer konkreten Vermittlung fasslich zu machen.

c) Auch Herrschaftstheorie bedarf normativer Ziele. Um ihre Fragen bissig zu machen; um ihre Urteile auszuweisen; um deren »Probiersteine« erkenntlich zu machen. Die »Ergebnisse« der ersten drei Kapitel markieren Ziele, die wir teilen (und bescheiden-unbescheiden meinen, andere müssten dasselbe tun): Menschen sind »Sinn«bedürfende Wesen. Notfalls sterben sie am Mangel an Sinn. Es ist das, was man ethnologisch einen »cultural genocide« genannt hat, der physischem vorausgehen kann. Gruppen von Menschen, denen ihre kulturelle Orientierung geraubt wurde, beispielsweise ihr Ahnenkult, vegetieren dahin. Einzelne und Gruppen ohne orientierenden Sinn erklären ersatzweise, was sie nicht verstehen: vorurteilshaft. Sozialen Sinn und damit auch gegebene Anerkennung können Menschen nur gesellschaftliche Organisationen vermitteln. Dazu gehört die Fähigkeit, Ambivalenzen und nicht eindeutige Situationen und Lösungen von Problemen zu ertragen. Das Ausmaß, in dem Menschen in ihrer Gesellschaft Sinn erfahren, hängt davon ab, ob und wie sie beteiligt werden. Beteiligt-werden vollzieht sich nicht einförmig i.S. direkter, gar nur formeller Teilnahme an Entscheidungen, meist nur legitimatorischen Inszenierungen. Weil »Sinn« nur, soweit möglich, sozial ergattert werden kann, wird in mangelnder Anerkennung die Anlage der Menschen als zoa politika, als politische Wesen erkenntlich. Wieweit das politische Wesen »Mensch« an welcher Art von Politik Anteil hat, entscheidet über sein Selbstbewusstsein und sein Handlungsvermögen. Sinnsuche und politische Qualität sind immer auf materielle-soziale Umstände, Faktoren, Gegebenheiten, Bedingungen, zusammengenommen: auf soziale Formen angewiesen. Darum

[87] Zum nicht spielerisch leichten, jedoch ernsten Leidensspiel an, durch die und der Gesellschaft siehe Hans-Peter Dreitzel, Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft, München 1988.

müssen subjektive Bestrebungen, zu erkennen und zu handeln »objektiv«, sprich jenseits der Einzelnen und ihren dann unerklärlichen Eigenarten verlängert und überprüft werden. Darum sind diese »objektiven« Bedingungen auf ihre »subjektive« Entsprechung hin zu testen. Theoretisieren, eher abstrakte Sachverhalte zu durchschauen, ist deshalb ein Element angemessener Praxis selber.

Aus dem gesellschaftlichen Charakter des Menschen und seinem nicht fertig geborenen »Charakter«, der bis zum rigor mortis wird, resultieren – angesichts der nicht in unendlicher Fülle vorhandenen materiell-immateriellen Bedingungen – Spannungen und Konflikte.

Sie können nicht restlos beseitigt werden. Sinn-, Politik- und Selbstsuche des Menschen in gesellschaftlichen Formen aufgrund von wechselnden, nicht zuletzt selbstproduzierten materiellen Bedingungen vermöchten allen Menschen angemessener und gerechter oder ungerechter und unangemessener auszufallen. Ein Minimum an Ungleichheit ist anzustreben, indem Rosa Luxemburgs Anmerkung zur Freiheit aufgegriffen würde. In ihrer Fragment gebliebenen Kritik an der von ihr begrüßten »Russischen Revolution« von 1917, an Lenins und Trotzkis Verteidigung der Unterdrückung liberaler Rechte, notiert sie am Rande: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit.« Jetzt erst folgt der berühmte Satz, der aber meist verkürzt, ohne den Kontext der Anmerkung zitiert wird: »Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden.« Einsichtig wird, dass und wie sehr Freiheit und Gleichheit unaufhebbar verschlungen sind. Sie sind miteinander vermählt, sind menschenrechtlich und menschenpraktisch nicht zu scheiden: »Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird« (Rosa Luxemburg 1919, in GW 4, S. 359). Herrschaft ist deswegen als multiple Sklerose der Ungleichheit zu diagnostizieren, zu kritisieren und zu bekämpfen, wo immer sie auftrete. Sie ist auf das jeweilige Minimum zu reduzieren. Einer der wenigen »Reduktionismen«, die zulässig, ja um der nicht zu reduzierenden Menschen nötig sind. Dementsprechend gilt aber auch, dass eine »reale« Pluralität von Organisationen und Möglichkeiten anzustreben ist, das allseitige Freiheits- und Gleichheitstandem gesellschaftlich alltäglich aufs Rad zu setzen. Niemand weiß genau, niemand weiß es ein für allemal, was »wahre«, was »gute« Gesellschaft, was »wahres«, was »gutes« menschliches Leben sei.

Sollte nur ein wenig dessen zutreffen, was hier vorgetragen worden ist, warum sind dann gegenwärtig Herrschaftstheorien so verkümmert? Es bedarf nicht einmal mehr eines anderen Thomas Hobbes, um die facta bruta globaler und allseitiger Verherrschaftlichungen zu begründen. Sie stehen wie mehrzählige rocher de bronze, wie Eisenklötze. Als gäbe es keine Alternativen. Warum, so spitzt sich die Frage zu, sind sozialwissenschaftliche Untersuchungen und Theorien im negativen Sinne so herrschaftsfrei?

Jenseits der Theoretiker und ihrer Theorien, die es vor allem lohnte, just auf diesen eklatanten Mangel hin zu untersuchen und in ihren »vor-theoretischen« Gründen auszuleuchten, sind die Ursachen in der Organisation dessen, was sich doppeldeutig herrschend »Wissenschaft« nennt, offenzulegen. »Wissenschaft«, die nur bis zur Unkenntlichkeit ausdifferenzierte wissenschaftliche Segmente betrachtet, nicht überblickt, gar zusammensehen kann, fehlt fundamental die eigenbestimmte Distanz zum mehrstimmig Herrschenden. Kants Fakultätenstreit ist im Sinne »verwertbarer« Wissenschaften ausgegangen. Damit ist auch der Verlust an Zusammenschau verbunden. Sie wird in indogermanischen Sprachen mit »Gewissen«, alias eigenständige und damit politische Verantwortung bezeichnet.

Sehen wir es recht, dann resultiert der Mangel an Herrschaftskritik und insofern die Verfehlung der aufklärerischen Bedingungen der Notwendigkeit von Sozialwissenschaft – indes auch angeblich unpolitischer Natur- und Technikwissenschaften – auch aus der Eigenart der Professionalisierung. Diese ist gekennzeichnet durch ein eigenartiges politisches »detachment«[88] und eine institutionell mangelhaft gewährleistete oder in neuer Organisierung hergestellte »soziale Distanz«. Darum der wissenschaftlich wahrhaft katastrophale Mangel grundsätzlicher politischer und kritisch herrschaftlicher Reflexion, selbstreflexiv und transitiv. Die Art flachsinniger Professionalisierung der Wissenschaften und die Aushöhlung ihrer Institutionen, die dem praktischen Gebrauch der Wissenschaften korrespondiert und die Wissenschaften finalisiert, eine Art Phyrrussieg der Wissenschaften also, ist nicht an sich selber allein zu verstehen. Ohne die instrumentelle Vernunft der segmentalisierten Wissenschaften und ihrer technisch, technologisch verschwisterten Erfindungen wäre die versachlichte, bürokratisierte und technisierte, im 20. Jahrhundert technologisierte In- und Extensivierung von Herrschaft samt ihrer imperialen Entgrenzung durch den quantitativ und qualitativ bis an die irdischen Grenzen gewachsenen Weltmarkt seit dem 18., vor allem der Great Transformation im 19. Jahrhundert nicht möglich gewesen.[89] Das »laissez innover« und Sachzwangslogiken regieren »die« Welt. Die Bedingungen der Möglichkeit von Herrschaftstheorie schwinden mit der Chance alternativer Praxis. Radikale Gegenpositionen präsentieren sich unverbindlich oder werden (analog = essentialistisch) zu »Wende«-Prognosen.

Herrschaftstheorie heute, die die veränderten Formen der Herrschaft kaum zureichend begreifen und mit wenigstens gedanklichen Möglichkeiten konfrontieren kann, muss mit erklären, warum sie selbst, wie eine Wegwarte am Rande der großen Straße der Wissenschaften blüht. Verstaubt, jedoch mit widerständig zähem Stil und zartblättriger blauer Blüte.

---

[88] Vgl. Alvin Gouldner: The coming crisis of Western Sociology, New York and London 1970. Am Beispiel des seinerzeit führenden Soziologen Talcott Parsons und seines Universitätsorts, Harvard, illustrierte Gouldner, was er »the culture of detachment« nennt.

[89] Siehe, von Karl Marx' Kapital Bd. 1 zu schweigen, zum Weltmarkt als sich verwirklichender Kapital-Utopie, Karl Polanyi, The Great Transformation, Frankfurt/M. 1978.

Kapitel V
Gewalt, Gewaltmonopol und Legitimität – Erste Nachrichten vom Staat

Herrschaftsgegenwart alle Zeit

Herrschaft ist alt. Wie alt, wissen wir nicht genau. Sie stellt sich immer als älter heraus, als wir hoffend annehmen. So wie Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Christa Wolfs fast resignative Bemerkungen in ihren Frankfurter Poetik-Vorlesungen illustriert beides:

»Sue und Helen (zwei archaeologisierende nordamerikanische Touristinnen) hatten, als wir sie wiedertrafen,« so berichtet Christa Wolf von ihrem Kreta-Besuch, »nicht eine der Doppeläxte von Knossos, nicht eine der Darstellungen der Göttermutter im Museum von Heraklion versäumt – angefangen von jenen Idolen aus dem Neolithikum, breitgesäßige, gebärfreudige, fruchtbare Frauengestalten, Vorstufen der Göttin Demeter, der Erd- und der Fruchtbarkeitsgöttin, die auch die Hellenen übernahmen. Wo immer die Wissenschaft Schächte grub, Erdschichten abtrug, in Höhlen vordrang, stieß sie in den tiefsten Schichten auf diese Göttin, und es ist des Nachdenkens wert, warum Frauen von heute aus dieser Tatsache einen Teil ihres Selbstbewusstseins und eine Rechtfertigung ihrer Ansprüche ziehen müssen.« »Was hilft es zu wissen«, ruft Christa Wolf aus, »dass die alten Griechen allmählich ›Mutterrecht‹ durch ›Vaterrecht‹ ersetzten; was beweist die anscheinend verbürgte Tatsache, dass den frühen, Ackerbau treibenden Clans Frauen vorgestanden haben; dass die Kinder, die sie zur Welt brachten, ihnen gehörten, dass sie auch in den späteren hochorganisierten Königreichen noch die Erbfolge bestimmten, dass aller ursprünglicher Kult, dass Tabu und Fetisch, Tanz, Gesang und viele frühe Handwerke von ihnen ausgingen? Zeigt nicht vielleicht dieser Rückgriff in unwiederbringliche Frühzeiten mehr als alles andere die verzweifelte Lage, in der Frauen sich heute sehn?«[90]

Ist diese Frage nicht auszuweiten? Gilt sie nicht für herrschaftsfreie oder doch wenigstens herrschaftsarme Gesellschaften insgesamt?

Als ob Herrschaft, welcher Couleur immer, allemal schon da gewesen wäre. Als gäbe es kaum eine begründbare Chance, dass es jemals anders werde. Woraus soll-

[90] Christa Wolf, Voraussetzungen einer Erzählung: Kassandra. Frankfurter Poetik-Vorlesungen, Frankfurt/M. 2008, S. 56f. Siehe auch als eine, vergangenheitsunterlegte, mythologisch personifizierte, gegenwartsbezogene pazifistische Streitschrift: Christa Wolf, Kassandra, Frankfurt/M. 2008.

ten neues Verhalten und neues Bewusstsein sprießen, wenn die Erde immer schon herrschaftlich gedüngt worden ist? Ihr allpräsenter Humus heute!

Dass menschliche Geschichte herrschaftlich gebrannt wurde, muss jede Opposition, jeder Widerstand, vor allem jede Überlegung, ob und wie diese Geschichte anders gestaltet werden könnte, unverstellt zur Kenntnis nehmen, bis zur Blockade, Herrschaftsfreiheit, also Anarchie wenigstens vorstellen zu können. Darum zieht sich das Herrschaftsthema sogleich auf mehreren Ebenen durch Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands«.[91] Die herrschaftstolle nationalsozialistische und auch die stalinistische Gegenwart, faschistische Machtergreifung, Spanischer Bürgerkrieg, Hitler-Stalin-Pakt, Zweiter Weltkrieg bilden das zeitgeschichtliche Korsett, das menschliche Regelungen formiert, einzwängt, ausrichtet, abpresst und millionenfach, in jedem Einzelnen für sich erdrosselt und mordet. Die geschichtlichen Erinnerungen an archaische Herrschaften der Griechen, der Phöniker, der Römer, an das alte Reich der Khmer, viel später an die nordeuropäisch-schwedische Herrschaft geben der Aktualität Tiefe. Sie lassen die Wiederkehr, wenn nicht des Gleichen, so doch immer erneuter Herrschaftsverwerfungen erscheinen. Als gäbe es Gesteins- und Erdumwälzungen mit veränderter herrschaftlicher Formierung. An der ersten der genannten Stellen heißt es anlässlich der Schilderung griechisch-römischer Kultur als einer herrschaftstrunkenen, herrschaftsgetunkten, aus solchem »Humus« emporblühenden:

»Gegen die Römer rebellierten die Bauern, Vandalen, Sueben, und Alanen überfluteten während der Völkerwanderung das Land, Westgoten ließen hier ein Königreich entstehen, vom Süden drangen berberische Mauren ein, ... , ständig Erhebungen, ständig Schlachten, Messer, Hacken, Sicheln schlugen ins Fleisch, Blut tränkte die Erde, Kastilien eroberte Córdoba, Aragon eroberte Sizilien, ... Einführung der Inquisition, Ausrottung der Mohammedaner und Mauren, Vertreibung der Juden, Entdeckung Westindiens, Spanien als Weltmacht ... Welche Mühen, welch unerrechenbare Opfer, und welche Stille über den Gärten, die wir bald verlassen würden« (im Umkreis und aus Anlass des spanischen Bürgerkrieges notiert).

Was anders als eine solche atemlose Täter-Opfer-Schilderung, als handele es sich um ozeanische Wellen, um dauerndes Auf und Ab kann »Geschichte« angemessen erfassen? Was soll »Theorie«?! Die dritte Ebene ist diejenige ästhetisch-literarischer Darstellung und Auseinandersetzung mit herrschaftlichen Gegebenheiten. Hier hebt die »Ästhetik des Widerstands« an, als ein Element der ebenso ständigen Opposition. Sie kämpft gegen den Herrschafts- und Opfer-Ozean wie einen unausweichlichen Wind.

Der Block des schieren »An sich« von Herrschaft, ein Vor-Wurf, ein Bergmassiv der Erscheinungen bleibt. Darin behausen wir uns, weil wir die durchherrschte

[91] Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt/M. 2005. Siehe exemplarisch Bd. I., S. 323ff. oder Bd. III. S. 99ff.

Wirklichkeit nicht anderes denn unterwürfig herrschaftsdienerisch bewältigen zu können scheinen. Herrschaft wird unser.

»Hodann«, eine wichtige Figur in der »Ästhetik des Widerstands« spricht, sinniert, zweifelt, verzweifelt schier:

»Das Unheimliche, wiederholte er, an die Wand des Treppenhauses gelehnt, ist nicht das Grauenhafte, das wir doch, wenn wir uns anstrengen, zu sehn vermögen, sondern unsere Unfähigkeit, das banale, kompakt Unverrückbare zu erkennen. Denn, was dies denn sei, sagte er und starrte hinaus auf die neuangelegte Straße, auf der Kinder, die gegen den Zugwind anradelten, diese Zahlen, die uns, mit ihren unerschöpflichen Mengen, so verwirren, diese Zahlen von Menschen, die, durch alle Landschaften der Erde, ihrem Tod entgegen zogen, gehörten sie nicht, von Urzeiten an, zur Regel, waren uns die Zahlenmaße nicht eher gleichgültig als unbegreiflich, weil die Gewöhnung daran längst genetisch geworden war, war nicht die Geschichte der Menschheit eine Geschichte des Mordens, waren Menschen nicht seit jeher, im Dezimierungsprozess, wo die Stärkeren die Schwächeren auslieferten, zu Hunderttausenden, zu Millionen versklavt, abgeschlachtet worden, im Assyrischen und im Ägyptischen Reich, im Reich der Hellenen und der Maya, unterm Vorzeichen höchsten Herrschaftsrechts heiligster Führungsansprüche, zumeist zur Ehre von Göttern, oft begleitet von humanistischen, ja demokratischen Anschauungen, verurteilt zur Minderwertigkeit, Wertlosigkeit, hatten nicht die Römer bei der Verfolgung der Christen, die Perser, die die Babylonier vernichteten, die Araber, die in Persien einfielen, die Mohammedaner, die die Hindus besiegten, die Spanier, die die Mauren und Mohammedaner ausrotteten, die Gerichte der Inquisition, die ungeheuerlichen Raubzüge des Kolonialismus, denen ganze Völker zum Opfer fielen, immer Anspruch erhoben auf gerechtes Wirken, auf Überlegenheit der einen Rasse oder Religion gegenüber der anderen, die den Untergang verdiente, hatten die Mörder nicht stets gehandelt ohne Grausen, ohne Reue, ohne geringste Empfindlichkeit für die Leiden und Schmerzen der Unterworfenen, waren sie nicht stets herbeigeeilt, um auszuführen, was die Caesaren, die Könige, die Fürsten, die Freibeuter, Wiedertäufer und paranoiden Abenteurer, bis zu den Führern unserer Parteien, ihnen befahlen, waren sie nicht immer und überall bereit gewesen, Hunderttausende und Millionen auszutilgen, nicht weil sie sie hassten, sondern nur, weil es so sein musste.« (Band III, 1981, S. 47f.)

Herrschaft erscheint proteusartig. Sie wechselt die Gestalt. Sie zieht viele Tarnkappen auf. Sie findet sich zuweilen nur in Rudimenten. Sie entwickelt sich allmählich, stockungsreich, aber spätestens in der »Moderne« mit schier unaufhaltsamer Dynamik. Gegengewalten treten ihr entgegen, Gegenmittel und Gegengifte werden eingesetzt, sie zu bändigen: angefangen mit der politischen Kunst, dem rituellen Drama, der Tragödie, ja noch dem »unpolitischen«, aber über sie hauchzart hinausweisenden Gedicht. Dort aber, wo Herrschaft profilierter sich ausbildet, zeichnet sie sich dadurch aus,

– dass aus Gewohnheitsregeln herrschaftlich gesatztes Recht wird;
– dass Rechtssatzung und Gewaltsanktion zusammenrücken und sich ergänzen;
– dass Verwaltung sich festsetzt, einrichtet und bürokratisch krebslangsam und krebsstetig wächst. Sie verschlingt, sie *ist* Wirklichkeit.

Betrachtet man diese nicht Schritt um Schritt stetig vollzogene Entwicklung vom im 19. und 20. Jahrhundert weltweit erfolgreichen »Staat« als der Herrschaftsform kat ex-ochen aus, dann könnte von krummen und geraden Wegen zum Staat hin die Rede sein. Um noch unfertige Formen zu bezeichnen, wird deshalb von Protostaaten u.ä. gesprochen. Erneut ist vor der spekulativen Gefahr evolutionistischer Argumentation zu warnen. Sie webt, herrschaftsvoll durchaus, fragwürdigen Sinn. Geschichte wird zur Vorgeschichte degradiert und nivelliert. Marx-ähnlich wird von der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft zurückgeblendet und überall nach kapitalistischen »Eicheln« oder jungen »Eichbäumen«, Vorgänger und Anfänger des mächtigen Eichbaums heute, Ausschau gehalten. Entsprechendes geschieht in Sachen Staat und seiner Vorgeschichte. Der staatsvolle, imperial perfekte Blick projiziert ihn zurück und sieht »die Welt« nur voll von Staaten oder ihren mageren und fetten Vorformen.

Europazentrisch sind wir geneigt vom klassischen Athen (6.-4. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung) mit der Klimax des perikleischen Athen um 540/30 und vom republikanischen, dann in unserer Zeit vom kaiserlichen Rom als Protostaaten, Imperien schon sehr verschiedener Ausmaße zu reden. Fasslich wird, dass sich seinerzeit herrschaftliche Anzeichen und Vorkehrungen entwickelter Art mit einem erstaunlichen Mangel an Institutionen und an Regelungen paarten. Ihnen folgten Unsicherheiten. Die Geschichte Roms könnte als Geschichte seiner Heere und dessen Wandlungen, insbesondere seiner veränderten Rekrutierungen von Soldaten geschrieben werden. Das »Gewaltmonopol« ist also einerseits teilweise gegeben. Andererseits aber fehlt es an einem fest eingerichteten, regelmäßig und zuverlässig funktionierenden »Innenteil« des Gewaltmonopols.

In jedem Fall ist Vorsicht geboten, um vor staatsfixierter Schleiermacherei oder technologischem Betrug zu schützen (der die meisten Historiker, von ihrer Gegenwart geprägt, erlegen sind. Darum ihr terminologischer Anachronismus). Die Übergänge zwischen vorstaatlichen und staatlichen Formen sind alles andere als konsequent aus einer eindeutig markierbaren Entwicklung diagnostizierbar. Den Staatsbegriff für die griechische Polis zu benutzen, stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, wenngleich dies von trefflichen Historikern oft getan worden ist. Kreon, Antipode der Antigone, tritt uns angetan mit schon fast perfekt geschnürten »Staatsstiefeln« entgegen. Sein Schritt ertönt im Herrschaftstritt. Noch weniger tunlich ist es, den Staatsbegriff nach dem Zerfall des Römischen Reiches auf die mittelalterlichen Bildungen von Politik aufzupfropfen. Der Begriff lässt die Eigenarten mittelalterlicher Herrschaft mehr verkennen, als mit geschärften Augen herausfinden.

Jahrhundertelange, primär kriegerische Formierung des »modernen« Staates gesalbt mit und legitimiert durch die Hekatomben zu Feinden erklärter Opfer

Erst im 13., 14., 15., 16. Jahrhundert und danach wird mählich der moderne Staat. Er ist eine Herrschaftsform unter anderen. Der Herrschaftsbegriff ist also weiter zu fassen. Überall dort, wo Ungleichheit institutionalisiert wird, überall dort, wo Menschen über Menschen, und sei's auf dem »Umweg« über materielle und symbolische Mittel auf einige Dauer bestimmen, sind Elemente von Herrschaft zu vermuten. Für den Herrschaftsbegriff, enger als der Politikbegriff gefasst, gilt analog Ähnliches wie für den letztgenannten. Es empfiehlt sich eher, ihn weit zu fassen, als zu eng, damit er empfindsam mache für mögliche Herrschaftsverhältnisse. Diese mögen so tief eingesickert sein, so gut getarnt, so symbolisch überfrachtet, dass sie mit einem grob eindeutigen und abgrenzenden Begriff nicht erspäht werden können. Wenn ein weiter, ein fast ausufernder Begriff gewählt wird, ist es aber angebracht, die erklecklichen Qualitäts- und Quantitätsunterschiede von herrschaftlichen Organisationen feinsinnig wahrzunehmen. Sonst malte man grau in grau. Man verhielte sich herrschaftskritisch nur dem Scheine nach.

Moderne Staaten sind dadurch gekennzeichnet, dass sie ihr Territorium erst erkriegen oder auf andere Weise erwerben. In einem Kleinherrschaften vielfältiger Art aus- und einsortierenden Prozess bilden ihre europäisch adligen Anführer ihren gebietsbezogenen Monopolanspruch aus.[92]

Drei miteinander verbundene Monopolisierungen stechen hervor: 1) die der physischen Gewalt, die zur »legitimen« physischen Gewalt aufgeladen wird, repräsentiert durch das Militär. 2) die der Steuer. Sie unterscheidet sich von allen anderen Abgaben durch ihren Zwangscharakter. Sie setzt das Gewaltmonopol voraus oder schafft es gleichursprünglich in einem längeren oder kürzeren Prozess staatlicher Formierung. 3) die der Rechtssetzung, der Satzung von verbindlichen Regularien des Verhaltens in der eingegrenzten, später, insbesondere quer durchs 19. Jahrhundert staatsbürgerlich organisierten Gesellschaft. Sie erfolgt wiederum im Rücken des Gewaltmonopols.[93] Ohne das Gewaltmonopol als Rückgrat kein modernes Recht. Um ihrerseits ausgeführt und auf Dauer gestellt werden zu können, bedürfen die drei Monopolisierungen der detaillierten Vermittlung zu den Untertanen oder Bürgern. Das Büro und bald die Bürokratie entstehen. Sie bilden das, was allem staatlichen Handeln zugrunde liegt. Mehr noch: Vom Staat ausgehendes Handeln ist immer zugleich bürokratisches Handeln.

Der Prozess moderner Staatsbildung als Durchsetzung der Monopolansprüche ist sehr kurven- und human kostenreich verlaufen. Folgende Zusammenhänge sind im Blick zu halten:

---

[92] Norbert Elias, Über den Prozess der Zivilisation, Frankfurt/M. 1976.

[93] Vgl. am Exempel des Asylrechts u.a. Gérard Noiriel, Die Tyrannei des Nationalen. Sozialgeschichte des Asylrechts in Europa, Lüneburg 1998.

– dass die Veränderungen der politischen Organisation Verhaltenswandlungen bewirken, die wieder auf die erstgenannten zurückwirken. Makro- und Mikrofaktoren und ihre Prozesse korrespondieren miteinander. Die von der industriell-kapitalistischen Entwicklung benötigte und bewirkte Zeitdisziplinierung ist dafür der bekannteste Ausdruck. Arbeitszeiten werden eingehalten. Selbst dann wird noch gearbeitet, wenn aktuell genügend verdient worden ist, um »sein« Brot zu erstehen;[94]
– dass regionale Abläufe mit überregional-internationalen Hand in Hand gehen. Die Verstaatlichung Europas, die bald früher, bald später, den ganzen Kontinent durchdringt, kann nicht aus den einzelnen Gebieten, nicht aus Europa und den konkurrierenden Staaten allein erklärt werden. Sie ist zusammenzusehen mit der Entdeckung außereuropäischer Gebiete, insbesondere zunächst Amerikas. Kolonialgeschichte(n) und ihre Folgen sind essentieller Teil europäisch angelsächsischer Moderne und ihres mörderisch ambivalenten Fortschritts samt ihrem zivilisatorischen Ausdruck. Mit ausschlaggebend für die Staaten- und Wirtschaftsgeschichte europäischer Länder ist also die Geschichte der Kolonialisierung, der in ihr geprägte Menschentypus und ihre hemmungslose Ausbeutung mit nachhaltigen Folgen bis heute;
– dass die staatliche und die industriell-kapitalistische Entwicklung sich miteinander verbunden und wechselweise stabilisiert haben. Staat und kapitalistische Ökonomie können ohne einander nicht verstanden werden. Sie bilden ihre verschiedene, jedoch gegenseitig notwendige Bedingung;
– dass der bluttriefende Prozess der Staatenbildung sich über Jahrhunderte hinweg vollzogen hat und Gewalt staatspräsent bleibt. Sie hat sich schon im Begriff bürgerlich habitualisiert;
– dass nicht nur der von Norbert Elias so bezeichnete und einseitig nachvollzogene »Prozess der Zivilisation« immer gewaltgrundgelegt bleibt. Vielmehr bleiben die europäisch-angelsächsischer Orientierungs-, Verhaltensmarge, das Aufkommen des Liberalismus und vollends der mit antiken und feudalen Elementen ausgestattete liberale Rechtsstaat einschließlich seiner späten liberaldemokratischen Fortsetzung als liberal verfasste politische Gestaltungen im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert immer in Struktur gewordenen Schatten und bilden den vorpolitischen, klassenpolitischen Marktschein nach. Eindringlicher noch, verstärkt durch die wachsende Konkurrenz der Staatengeschichte: Die »Errungenschaft« europäisch angelsächsischer Moderne, die liberal repräsentative Demokratie, wird ebenso von der immer schon von Machtagglomerationen durchdrungenen Marktlogik als Ungleichheitslogik bestimmt, wie vor allem dem sich funktional und institutionell verstärkenden Gewaltrahmen der Staatenkonkurrenz ohne Alternative.

[94] Siehe trotz historischer und analytischer Mängel ungeheuer bereichernd und anregend zu lesen: Max Weber, Protestantische Ethik (vgl. Anm. 45).

– dass sich früh unterschiedliche Formen in England, Frankreich oder Preußen herausgebildet haben, deren verschiedene Traditionen selbst heute noch Wirkungen zeitigen.

Obgleich zeitgenössische Umstände zur Interpretation berücksichtigt werden müssen, ragt trotz zeitbezogener methodischer und sprachlicher Eigenarten Thomas Hobbes' Staatsbegründung als Wirklichkeit gestaltende Fiktion (wie umgekehrt) bis heute heraus. Sie besitzt den Vorzug, dass Hobbes viel durchsichtiger argumentiert hat, als dies von den späteren Staatsverklärern gesagt werden kann. Für sie ist immer schon das Herz des Staates, nämlich sein Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit als Grundlage des fiktiven Gesellschaftsvertrags als sekundärer Naturzustand gegeben. Bei Hobbes gab es seinerseits zum Zwecke kultureller Naturalisierung den fiktiven a-sozialen Zustand um ihr Leben kämpfender Individuen ohne andere als angstvolle Aussichten.

a) Die psychophysische Annahme über die »Natur des Menschen« und dessen »Triebhaushalt« legt den Grund. Wer hier Hobbes folgt – und sei es in später »szientifisch« veredelter Art –, bleibt sein Gefangener.[95]

Menschen sind Appetitbündel, gerichtet und getrieben auf eine unbegrenzte Zahl von Gütern. Zum Appetit gehört es, die anderen Menschen zu überflügeln und auf sie Macht ausüben zu wollen. Der schrankenlose Appetit des Menschen ergibt sich in einer dauernden Situation des Mangels an Befriedigungsmöglichkeiten. Diese Annahme ist zur Grundlage heutiger Ökonomie geworden. In der »ewigen Situation der Knappheit an Ressourcen und Gütern« sind Menschen Frustrationen ausgesetzt. Sie werden aggressiv. Vor allem sind sie gezwungen, mit anderen Menschen zu konkurrieren, die selbst haben wollen und mehr haben wollen. Daraus entsteht, nicht aus einer Art ursprünglicher Aggressivität, der Kampf aller mit allen, das bellum omnium contra omnes. Zusätzlich zu den Annahmen nicht zu sättigenden Appetits und immer hungriger Knappheit, gleichzeitig miteinander ellbogig gekoppelt, ist die Prämisse entscheidend, Menschen seien zunächst und zuallererst prius und primär, Einzelwesen. Als solche seien sie solange auskömmlich, wie nicht der »böse« Nachbar sie reizte. Dieser individualistischen Voraussetzung widersprechen zwar bei Hobbes einige negative Hinweise, die auf das Bedürfnis des einzelnen nach anderen Menschen weisen. Die individualistische Unterstellung, i.S. der Annahme von Natur aus »fertiger« Menschen, hat sich jedoch als die wirkungsreichste erwiesen. Sie stellt eine Art Konstante sozialwissenschaftlicher Theorien dar, insbesondere der originär mit individualistischen Fiktionen arbeitenden Ökonomie. Kollektive Erscheinungen kommen, so's »der Natur« entspricht, als Summe atomistischen Verhaltens oder als von Institutionen gebändigter (Zwangs-)Zusammenhang zustande. Marktprozesse und Wahlverhalten werden als Summenformeln (und -formen) verstanden, bürokra-

[95] Siehe Christopher Hill am britischen Beispiel, Liberty Against The Law. Some Seventeenth-Century Controversies, London 1996.

tische Einrichtungen hingegen als (Zwangs-)Aggregat zum Zwecke des aufgenötigten »Gemeinwohls« und seiner Sicherheit. Menschen als vergesellschaftete Wesen schon vor ihrer Geburt werden bis hin zu den nur individualistisch gefassten Menschenrechten systematisch ausgespart. Darum die zum guten Teil schier albernen Diskussionen über den magersüchtig darbenden homo oeconomicus als der menschlichen Bezugsgröße. Neuerdings werden sie – nicht persönlich, sondern als liberalsystematisch bornierte Ökonomen und als in Richtung Kapitalentwicklung praktische Wissenschaftler – u.a. mit Nobelpreisen versehen, wenn sie diesen magersüchtig allein museal überlebensfähigen homo oeconomicus durch psychogene Nebentriebe ergänzen. Kants rund 100 Jahre später beschriebene Bemerkung entspricht der Hobbesschen Naturannahme. Sie spitzt sie noch mehr auf die liberalen Kernziele: Konkurrenz und Fortschritt zu, in heutiger Terminologie: Innovation.[96]

b) Aus dem allseitigen Kampf, dem dauernden Hab-Acht, dem »Western« und seinem Show-Down ohne Ende, erwächst das Bedürfnis, diesen Zustand grenzenloser Risiken zu beenden. Höchstes Interesse jedes Menschen ist – bei sonst wenig aussortiertem und genauer geordneten Triebhaushalt –, so die zweite Grundannahme von Thomas Hobbes: sich selbst zu erhalten, die eigene Existenz zu wahren. Das Motiv eigener Lebensversicherung, zeitgenössisch nahegelegt, Kriege religiös durchwachsen waren auf der Tagesordnung, ist zusätzlich zum immer lungernden Erwerbs- und Besitzmotiv das Hauptmovens, einen auf Gewalt fundierten und in seiner Gewalt fast uneingeschränkten Staat, die mythische Gestalt des Alten Testaments, den Leviathan, im Ursprung qua fiktivem Gesellschaftsvertrag zu bilden. Dieser einmal genetisch zustande gekommene Staat kehrt die zuerst individualistisch zusammengesetzten, im fiktiven Konstrukt eines »Gesellschaftsvertrags« kurz gebündelten Motive in der Erfindung des »Großen Menschen« oder »Sterblichen Gottes« eines alle menschliche Gewalt akkumulierenden Staats (Leviathan) bis auf eine winzige, aber wichtige Ausnahme um.

Um sich zu sichern, taten sich die einzelnen zusammen, so Hobbes Vertragskonstruktion. Sie vertrugen sich nicht, um sich zu einigen oder um von ihnen selbst bestimmte Formen gesellschaftlicher Organisation zu finden, die ihren In-

[96] Vgl. Immanuel Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (siehe Anm. 25). Dort heißt es (S. 38f.): »Ohne jene, an sich zwar nicht eben liebenswürdige, Eigenschaften der Ungeselligkeit, woraus der Widerstand entspringt, den jeder bei seinen selbstsüchtigen Anmaßungen notwendig antreffen muss, würden in einem arkadischen Schäferleben, bei vollkommener Eintracht, Genügsamkeit und Wechselliebe, alle Talente auf ewig in ihren Keimen verborgen bleiben: die Menschen, gutartig wie die Schafe die sie weiden, würden ihrem Dasein kaum einen größeren Wert verschaffen, als dieses ihr Hausvieh hat; sie würden das Leere der Schöpfung in Ansehung ihres Zwecks, als vernünftige Natur, nicht ausfüllen. Dank sei also der Natur für die Unvertragsamkeit, für die mißgünstig wetteifernde Eitelkeit, für die nicht zu befriedigende Begierde zum Haben, oder auch zum Herrschen! Ohne sie würden alle vortrefflichen Naturanlagen in der Menschheit ewig unterentwickelt schlummern. Der Mensch will Eintracht; aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist; sie will Zwietracht.«

teressen am ehesten gerecht hätten werden können. Diese »Natur«-Menschen einigten sich vielmehr auf einen negativen gemeinschaftlichen Akt: Dass alle ihr ihnen »von Natur« zustehendes Recht, eigene Interessen notfalls mit eigener Gewalt durchzusetzen und sich selbst zu verteidigen, abgeben und einem kunstvertraglich geschaffenen Dritten übereigneten. Diese, die einzelnen durch ihr vom Gesellschaftsvertrag ursprünglich legitimiertes Gewaltmonopol überragende Instanz, sollte als eine Art neutrale Macht, die Menschen vor sich selber in ihrer »ungeselligen Geselligkeit« (Kant) schützen.

So kam im Hobbesschen Staatsroman »der« Staat zustande: Der große Mensch, der die kleinen einzelnen Menschen überragte: makros anthropos. Hobbes nannte ihn analog den sterblichen Gott oder, mit dem titanischen Tierbild aus dem alten Testament gesprochen: den Leviathan.[97] Durch sein aus individuellen Quellen zusammengesetztes Gewaltmonopol aber soll der Staat den gewaltfreien Verkehr seiner Bürger nach innen garantieren und anderen Staaten gegenüber die eigene Existenzsicherung notfalls mit kriegerischen Mitteln betreiben. Der Staat besteht in seiner – mit exklusiver Gewalt unterlegten – Sicherungsaufgabe. Durch diese wird er essentiell legitimiert.

c) Der Staat wird zunächst instrumentell begründet. Das Überlebensinteresse der zersplittert konkurrierenden Individuen macht ihn möglich und nötig. In dem Moment jedoch, da dieses Instrument gewaltig gezimmert worden ist, wandelt es sich zur Definitionsmacht der staatlich garantierten (Un-)Gesellschaft.

Den qualitativen »Sprung«, die »Transsubstantiation« vom Instrument zum Ziel selbst gilt es scharfäugig zu beachten (Pardon für den ausnahmsweisen Gebrauch eines religiösen Wandlungsworts). Er kann in der Geschichte vieler Institutionen und ihrer rechtfertigenden Begründungen nachvollzogen werden. Die genetische Nabelschnur vertrocknet. Das funktionale Ergebnis bleibt. Es »erfindet« neue Beweggründe. Zuerst werden die Institutionen geschaffen, weil sie von den Menschen gebraucht werden. Danach bestimmen, dauernd präsent, allein schon dadurch, die formiert formierenden Institutionen, was die Menschen brauchen. Damit sie die Institutionen und die Personen, die sie vertreten, erhalten und diese ihre Interessen verfolgen können. Bleibt man im Rahmen neuerer deutscher/bundesdeutscher Sozialwissenschaft, so lässt sich eine Begründungsgemeinschaft mit der Anthropologie Arnold Gehlens feststellen. Institutionen werden vom »Mängelwesen« Mensch geschaffen, um dieser Mängel Herr zu werden. Dauer- und wissenschaftsgestützt erheben sie sich über die Menschen. Dieser genetische, dann funktional institutionelle Umschlag ist u.a. von Max Weber

[97] Siehe Horst Bredekamp, Thomas Hobbes – Der Leviathan: Das Urbild des modernen Staates und seine Gegenbilder, München und Berlin 2012. Zusätzlich siehe Jürgen Ebach, Leviathan und Behemoth: Eine biblische Erinnerung wider die Kolonialisierung der Lebenswelt durch das Prinzip der Zweckrationalität, Paderborn, 1984. Außerdem, weiter ausgreifend und historisch besser verortend Crawford B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt/M. 1973.

bis hin zur Systemtheorie Niklas Luhmanns zu belegen. Umfangreichere Menschenzahlen, ihre wie immer geartete Organisierung und ihre diverse Versorgung, wenn sogar Teilnahme und Mitbestimmung erzielt werden sollen, folgen einer bürokratischen »Logik«. Die neuen Aufgaben sind quantitativ und qualitativ nur noch fachfraulich und fachmännisch aufrechtzuerhalten. Darum schlägt ein Büro, sagen wir einer kleinen Universität, um in eine divers organisierte Bürokratie. Sie formiert ausgiebig mit, wie die Funktionen in Forschung, Lehre und Lernen wahrgenommen werden können. Sie dequalifiziert das uralte pathetische Reden von universitärer Autonomie zur leeren Prätention mit Legitimationsschimmer. Luhmanns »System« als neutrale Überinstitution muss nicht mehr genetisch begründet werden. Das »System« saugt – zum einzigen Subjekt unter anderen Systemsubjekten geworden – soziale Subjektivität bis zu ihrer Unkenntlichkeit auf. Die deutsche *STAATS*-Tradition hat der Substantialisierung von Institutionen in Hobbes' ureigenem Bereich, dem Staat in besonderem Maß zugearbeitet. Dem jüdischen Gott beinahe analog verlangen Staaten und ihre Institutionen pauschale Hinnahme: »Ich bin, der ich bin«.

Schon bei Hobbes definiert der seiner Sicherungsleistungen halber geschaffene und darob legitimierte Staat als »Einheit« die bürgerlich-konkurrenzzerfledderte Vielheit nahezu überall (im viel engeren Rahmen des »politisch« überhaupt Denkbaren heute). Nur sich selbst umzubringen, darf der Menschenriese von »seinen« Bürgern nicht verlangen. Wozu sonst hätten sie »ihren« Staat über ihnen geschaffen? Der Kriegsdienst ist zwar Bürgerpflicht. Das eigene Leben ist dem Staat, eingedenk des Risikos, zu »treuen kriegerischen Händen« im Auge kriegerischer Vernichtung zu übergeben. Insgeheim wird auch, zuweilen trotz Tarngewändern kenntlich, dass die Sicherheit der Bürgerinnen mit der des Staates als institutionelle Priorität und durchschlagenes Movens aller Sicherungen gleichgesetzt wird. Noch in ihrem Sicherheitsverlangen werden die Bürger verschluckt. Sie verinnerlichen ihrerseits die Staatssicherheit als ihre eigene. Das ist die »große« Leistung des Nationalstaats, in dem sich staatliche Identifikation »seiner« Bürgerinnen mit der projektiven Identifikation der Bürger*innen im habituellen Wechselspiel ergänzt und verstärkt.[98] Die von Hegel staatsidealistisch überzogene Gegenüberstellung vom Staat als dem Allgemeinen gegenüber der Gesellschaft als dem System in sich heterogener und atomistischer Bedürfnisse ist in der Hobbesschen Staatskonstruktion schon angelegt. Sie gebiert bis heute entsprechende Zuordnungen und Argumente.

d) Der frühbürgerlichen Begründung des Staates verdanken wir eine Fülle von Aspekten und Einsichten, die den »Strom der Moderne« und der ihr zugehörigen Sozialwissenschaften bis heute kennzeichnen, kanalisieren, neutralisieren und professionalisieren. Man beachte Hobbes' Wissenschaftsbegriff, seinen transhistorischen Allgemeinheitsanspruch, seine verborgene systemtheoretische Konstruk-

[98] Vgl. Benedict Anderson, Imagined Communities, London 1990.

tion, seinen eigenartig atomisierten Liberalismus, das schon bei ihm zu findende ungleiche Verhältnis von Ausnahmezustand und Norm,[99] seine säkularisierende Ausrichtung u.v.a. Auch die Staats-Bürger-Kapitalismus-Ökonomie-Verbindung lässt sich bei Hobbes erkennen. Darum kreisen wissenschaftliche Kontroversen[100] um einen uralten Turm, um eine Stundenbuchmetapher Rilkes aufzugreifen (»und ich kreise jahrtausendelang«, dichtete Rilke).

Vier weiterwirkende Eigenarten sind festzuhalten:

- die individualistische Konstruktion (oder, kritisch gesprochen, die Fiktion);
- das »System und Lebenswelt« (Habermas) durchdringende Sicherheitsmotiv als Fundamentalprinzip der Moderne, nicht allein des Staates (in der veränderten Neuformulierung der Menschenrechte 1793 wird im Rahmen der Französischen Revolution die originäre, 1789 verkündete »Brüderlichkeit« durch die Doppelforderung »Sicherheit und Eigentum« ersetzt);[101]
- das Gewaltmonopol als Kern weiterer Monopole, die sich auskristallisieren;
- der Umschlag vom Staat als einem Schutz und Frieden schaffenden Instrument zum hauptsächlichen Definitionsorgan seiner Bürgerinteressen aufhebenden Sicherung (in der schwäbisch-hegelschen Bedeutung von »aufheben«: Bürgerinteressen zu bewahren und staatlich zu beseitigen zugleich).

Die metaphorischen Motoren der Staatenbildung im Einzelnen, die sie dröhnend in Gang setzten und begleiteten, sind hier nicht zusammen zu stellen. Wichtig ist es, ihre Mehrzahl und ihre allmähliche Ergänzung zu beachten. Ein Staat in seinem Aufbau und seinen Funktionen kann an und für sich selbst nicht verstanden werden. Er ist immer nur im Zusammenhang anderer, stärkerer und schwächerer Staaten als gerüstete Hüter zentraler oder peripherer Gesellschaften zu begreifen. Konkurrenz und Krieg fungieren als große Formateure des Staatsaufbaus.

Die geschichtlichen, nicht scharf zu trennenden Etappen staatlicher Entwicklung bis heute sind an dieser Stelle nur zu apostrophieren. Gegen ein oft gebrauchtes, auch so genanntes modernisierungstheoretisches Argument ist zu bedenken: Eine historisch idealische Staatsentfaltung mit »staatslogisch« aufeinander folgenden Stationen, kurz eine »Normalstaats«-Entwicklung gibt es nicht. In dieser Hinsicht hat sich die Kritik am Begriff des »deutschen Sonderwegs« als nützlich erwiesen. Die Debatte um einen angeblichen deutschen »Sonderweg« wurde insbesondere durch die niemandem »aufgehend« gelungene Erklärung des vor-

[99] Dieses bildet die politische Herrschaftsachse des klugen, indes überschätzten, zeitweise NS-juristisch tätigen Carl Schmitt. Nicht zufällig faszinierte ihn der »Röhmputsch« vom 30.6.1934. Er adelt ihn mit der »Erkenntnis«: »Der Führer schafft das Recht!« Siehe zum Verhältnis Ausnahmezustand und Norm Giorgio Agamben, Ausnahmezustand, Frankfurt/M. 2004.

[100] Vgl. C.B. Macpherson (siehe Anm. 97) vs. Albert O. Hirschman, Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt/M. 1987.

[101] Siehe Peter Brückner, Freiheit, Gleichheit, Sicherheit. Von den Widersprüchen des Wohlstandes, Frankfurt/M. 1982.

aussetzungs- und folgenreichen nationalsozialistischen Grabenbruchs 1933-1945 bewirkt. Seine weniger metaphorische Benennung als »Zivilisationsbruch« (Dan Diner u.a.) brachte keinen zusätzlichen Gewinn der Erklärung und birgt sogar die Gefahr in sich, diesen nazistischen »Zivilisationsbruch« als erklärungshermetische Ausnahme ins Abseits der ansonsten trotz allem »normalen« zivilisatorischen Entwicklung des Abendlands oder des Westens zu stellen. Die von dieser »Ausnahme« angezeigte Dauergefahr genozidaler »Verwerfungen«, die wie die kolonialistischen Untaten im Prozess westlicher Zivilisation selbst angelegt sind, wäre damit durch ein Bezeichnungstabu gebannt. Insbesondere die Studie von Helmuth Plessner (»Die Verspätete Nation«), hat die nicht mit einem einfachen »Ja« oder »Nein« abschließbare Debatte angeregt. Einen »westlichen« »Normalweg« indes hat es nicht gegeben.

Das Reden und westherrschaftliche Tun in Sachen »Nation Building« gehört ins große Schubfach mit der Aufschrift »Exempla der ›Arroganz der Macht‹ westlicher Länder, an ihrer Spitze die imperiale Macht seit dem Ersten, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg, die USA« (William Fulbright). Dazu zählen auch andere als ob objektiv Wirklichkeit schaffende und Handlungen legitimierende Bezeichnungen wie die fahrlässige, einseitig kriegs- und ordnungsinteressierte Unterteilung von Staaten jenseits der »westlichen« Zivilisationsblüte. Dazu gehören Staaten, die versagt haben (»failed states«) wie Staaten, die kollektiv als »Schurken« verkörpert und kriminalisiert werden (»rogue states«), und dergleichen Begriffspolitik mehr.

Formelemente des Staates

Zunächst sollen einige allgemeine Formelemente »des« Staates vorgestellt werden. Sie müssten, sollte unsere Behauptung zutreffen, in allen Staatsformen wiederkehren. Danach sind einige Hauptprobleme des Staates knapp zu apostrophieren. Ihre Quintessenz besteht darin, profilierter ahnen zu lassen, wie heute die politische Wirklichkeit wegzurutschen im Begriffe ist, die im »Staat«, so anscheinshaft klar und eindeutig, mit gewaltbewehrten Grenzen gefasst zu sein schien.

a) Seine Territorialität macht den Staat aus. Ein je eigener Raum bewirkt, dass dessen Umfang, geographische Situiertheit, am Meer oder umgeben von sonstigem Festland, dessen klimatische und agrarische Eigenarten, dessen Geologie mit den situationell unterschiedlich bedeutsamen Bodenschätzen u.a.m., die Geopolitik intern und extern zu einer dynamisch bedeutsamen Konstante machen.

Grenzen werden zu seiner existentiellen Bedingung. Ist das Territorium errungen, anderer Gruppierungen und Staaten Grenzen überschreitend, verletzend, vernichtend, müssen die Grenzen markiert und armiert werden. An den Grenzen erfährt der Staat seine herrschaftliche »Identität«. Abgrenzung von anderen Gesellschaften, Abgrenzung von Mitgliedern anderer Staaten und Eingren-

zungen der eigenen Bürger in der Staatsburg werden zu Hauptfunktionen.[102] Daher prägt die dem Staat und seiner Gesellschaft existentiell eigene Doppelfunktion, mit Max Weber ausgedrückt, die Funktion der politischen Ein-Schließung und der Aus-Schließung.

Die mehr und mehr nach innen verlagerte und verfeinerte Grenzziehung ist die andere Seite dessen, was oben als zentrale Herrschaftsfunktion bezeichnet worden ist: die Identifizierung »seiner« Bürger*innen. Nicht nur in den Wirtschaftsbeziehungen gibt es das, was Weber als »soziale Schließung« von Gemeinschaften i.S. eines »typisch wiederholten Vorgangs« beschrieben hat. Dieser besitze als »treibende Kraft die Tendenz zum Monopolisieren bestimmter, und zwar der Regel nach ökonomischer Chancen«.[103] Die politische Schließung und der monopolgestützte Staatsbürgerschlüssel gehen darüber hinaus, wenngleich ökonomische Motive eine erhebliche Rolle spielen. Mit der Territorialität der Außengrenze und ihren nach innen wachsenden und sich differenzierenden Begrenzungen, hängt der Anspruch auf die territorial behauptete Souveränität zusammen. Er zeichnet den modernen Staat aus. Der Souveränitätsanspruch hat eine Außenseite. Er umfasst eine, wenn nicht mehrere Innenseiten. Nach außen gilt anderen Staaten gegenüber der Anspruch, die Integrität des Staatsgebiets zu beachten. Dazu gehört, dass die Staaten exklusiv für ihre eigenen Bürger*innen zuständig sind. Niemand darf in »innere« Angelegenheiten intervenieren.

Nach innen drückt sich die Souveränität darin aus, alle Zwischengewalten, zuerst das feudale Nest der Zaunkönige, abzubauen oder politisch zu enteignen. Regionale Gewalt, beispielsweise polizeilich ausgeübte, wird meist gesamtstaatlich legitimiert und legalisiert. In den USA trifft dies nur auf die prinzipiell außengerichtete Militärgewalt zu (von der Sonderrolle des »Second Amendment« der US-amerikanischen Verfassung hier zu schweigen. Bürgerfreiheit und das Recht, sich notfalls mit einer Waffe selbst zu verteidigen, sind ein Aspekt des »ewigen« Western-Stils in den USA). Unbeschadet anderer Vermittlungen werden Staat, etwa ein Bundesstaat und seine Staatsbürger, unmittelbar aufeinander bezogen. Entsprechend werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nivelliert und angeglichen. In dieser unmittelbaren Beziehung, vom Souveränitätsanspruch getragen, kommt der Anspruch zur Geltung, der als eine Art erstes Gebot des States seinen »eigenen« Bürgern gegenüber bezeichnet werden kann: Ich bin der Herr, dein Staat, du sollst keine anderen politischen Loyalitäts-Bezüge außer mir haben. Die Nationalflagge als nicht nur im Krieg brauchbares Tuch gehört in diesem Zusammenhang je nach Staatsumständen zu den anderen Hoheitszeichen.

b) Territorium ohne Bürger gleicht einer Nuss ohne Kern. Staaten machen sich die Bürgerinnen zueigen. Sie machen sie in deutschen Landen zu STAATS-Bürge-

[102] Siehe Jacqueline Rose, On Not Being Able to Sleep: Psychoanalysis and the Modern World, New York 2004.

[103] Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (siehe Anm. 79), S. 261.

rinnen und prägen sie mit nationalen Etiketten und Requisiten. Der Prozess der Ausbildung von Nationalstaaten und ihnen zugeordneter Nationen nimmt lange Zeit in Anspruch. Das ist einer der Gründe, warum die mit Hilfe militärisch in Gang gesetzten westlichen Zwangshilfen eines »nation-building« in der Regel human kostenreich missraten, wie am Exempel Afghanistan seit dem ersten britischen Kolonialisierungsversuch Anfang des 19. Jahrhunderts deutlich wird. Der Nationalstaat hat sich als solcher in den europäisch-nordamerikanischen »Ursprungsländern« des Staates erst im 19. und 20. Jahrhundert etabliert. Er scheint trotz erheblicher Änderungen als oft riesige aggregative Herrschaftsform noch nicht an sein Ende geraten zu sein. Auch im »westlich« akzentuierten Länder-»Block« mit einem etablierten Staat-und-Kapital-Tandem bestehen beträchtliche Differenzen. Beispielsweis zwischen der Bunderepublik Deutschland und ihren Vorgängerstaaten, dem nationalsozialistischen Staat (1933-1945), der Weimarer Republik (1919-1933), dem Zweiten deutschen Kaiserreich (1871-1919) oder zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Staaten durchdringen ihr Territorium bis auf den Grund des Individuums, auch wenn sie föderal verfasst sind, also einzelstaatliche Zwischengewalten besitzen. Die Merkmale des vereinzelten Bürgers/der Bürgerin werden in unterschiedlichem Ausmaß und verschiedener Intensität erfasst. In den USA gibt es bis heute keinen Personalausweis. Ihn hat in Deutschland das »Dritte Reich« eingeführt. Die in einem Staatsgebilde lebenden Personen werden zu Staats-Angehörigen bzw. Amerikanischen Bürgern »befördert«. Alle übrigen Personen sind Gäste, Fremde, Leute eingeschränkter Rechte. Diese dürfen nicht ohne weiteres einreisen; vor allem sind die ihnen erlaubte Zeit ihres Aufenthalts und die Tätigkeiten begrenzt, denen sie nachgehen können. Sie können sonst gemäß einem Zeitwort aus dem »Wörterbuch des Unmenschen« »abgeschoben« werden.[104] Ausländerinnen nehmen in anderen, vor allem so genannt entwickelten und zivilisierten Ländern, beispielsweise der BRD, einen minderen Status ein, selbst wenn ihr Aufenthalt geduldet oder erwünscht wird. Die Staatsangehörigkeit, in die Neugeborene hineinwachsen, die sie später, nicht selten in reichlich komplizierten und hindernisreichen Prozeduren erlangen können, bleibt den »verstaatlichten« Personen nicht äußerlich. Sie wird zum zentralen Merkmal ihrer selbst. Sie werden und *sind* dann »Deutsche« i.S. der Staatsnation oder »Amerikaner« (= Bürger der USA), »Engländerinnen« oder »Franzosen«. Der verschieden bestimmte und erlangte Status eines Staatsbürgers oder einer Staatsbürgerin wird in Deutschland im Wesentlichen nach dem 1913 normierten Staatsbürgerrecht, dem mutmaßlich kolonialistisch-rassistisch beeinflussten jus anguinis, dem Recht des Blutes bestimmt. Dazu ist ein Nachweis »deutscher« Geburt bis ins dritte Glied

[104] Gerhard Storz, Dolf Sternberger und W.E. Süskind haben die Brutalisierung deutscher Sprache nach 1945 in »Aus dem Wörterbuch des Unmenschen«, München 1962, versammelt. Darin sind nicht nur Sprachformeln des Nazi-Jargons enthalten. Vor allem bürokratische Sprachungetüme kommen hinzu. Sie zeichnen sich oft durch Abstraktionen aus, die von humanen Besonderheiten absehen.

zurück erforderlich. In Frankreich, den USA und anderwärts wird das Bürgerrecht nach dem jus loci gewonnen. Wer z.B. in den USA geboren wurde, genießt infolge seines/ihres Geburtsorts bürgerliche Rechte. Verschieden handhaben die Staaten das heute mehr denn je bedeutsame Recht, das Bürgerrecht zweier Staaten zu erhalten (Doppelte Staatsbürgerschaft).

Die staatlich gegebene, personal übernommene »Identität«, die die Selbst- und die Fremdbilder beeinflusst, wird von diesen Staatsbürgern auf die sie »kollektiv« zusammenfassende, ihnen als »Synthese« übergeordnete Einheit »Staat« rückübertragen. Sie identifizieren sich mit dem jeweiligen Staat. Sie beeinflussen dessen Geschehen in einem Akt projektiver Identifikation. Eine reichlich schiefe Dialektik, ein Wechselprozess findet statt. Selbst und gerade für die Rechte und die Handlungsformen, die den Bürgerinnen und Bürgern primär zu eignen scheinen, gibt der staatliche Horizont, die staatliche Rechtsverfolgung und die Beteiligung am staatlichen Geschehen den Ausschlag.

Menschenrechte werden beispielsweise in der US-amerikanischen Verfassung, zuvor schon in der Virginia Bill of Rights wie in der Deklaration der Menschenrechte 1789 durch die Französische Revolution als allen Menschen gehörig verkündet und seien sie noch so heterogener Herkunft und heteronomer Verfassung. Sie wurden naturrechtlich begründet, also von »Natur« allen Menschen eignenden Rechten, im Sinne von vorgegebenen Eigenschaften. Sie wurden jedoch nur innerhalb einzelner Staaten normiert (oder verweigert). Die staatlichen Institutionen sind die Adressaten, wenn sich Bürgerinnen und Bürger gegen die Verletzung allgemeiner Menschenrechte wehren oder wenn sie »ihre« Rechte einklagen wollen. In den meisten Staaten sind sie jedoch nicht als staatseigene Rechte Gesetz geworden. Unterschiedliche menschen- oder grundrechtrechtliche Traditionen sind nicht bedeutungslos. Das vorstaatliche, naturrechtliche Pathos der Menschenrechte relativiert staatliche Institutionen bei besonders intensivem Streit stärker, als wenn, wie in deutscher Grundrechtstradition, diese »Grundrechte« immer schon als staatsgegeben erkannt werden. Der Staatsbezug entscheidet jedoch in der Regel, vor allem dort, wo Verletzungen von Rechten aufgebracht und angeprangert werden. Der Staat ist der Adressat, »sein« Recht wird aufgenommen und klagend verwandt. Wenngleich das Völkerrecht nicht zu missachten ist, wenngleich Internationale Gerichtshöfe, weltweite Erklärungen von Menschenrechten wie die der Vereinten Nationen eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen, da dadurch eine internationale, menschenrechtlich engagierte Öffentlichkeit geschaffen werden soll – der entscheidende Platz, sich klagend zur Wehr zu setzen, bleibt im Staatsinnern! Die Staaten entscheiden erstlich und letztlich, was in ihrem Territorium menschenrechtlich der Fall ist. Das hat sich im Rahmen der EU und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs teilweise verändert. Auch der verhältnismäßig neu geschaffene ICC, der International Criminal Court, kann jedoch nicht in der Lage sein, im Rahmen seiner Kompetenzen so etwas wie »Weltgerechtigkeit« herzustellen. Internationale »Stimmungen«, die Verhaltensweisen und

Pressionen anderer Staaten, Aktivitäten von Amnesty International und anderen menschenrechtlich engagierten Organisationen können insbesondere in einzelnen Fällen Einfluss ausüben oder sogar lebensrettend erfolgreich sein. Die Willkür vor allem der mächtigen Staaten reicht indes weit. Außerdem wird überall zwischen »Staatsangehörigen«, ihren Rechten und Pflichten und denjenigen der »Fremden« unterschieden. Die individuell und abstrakt zugeschriebenen Menschenrechte, die gerade jeweils Fremden gelten sollen, erweisen sich selbst in Staaten, die Grund- und Menschenrechte für sich reklamieren, als viel zu unverbindlich. So sind sie im alten und global umfänglichen Bereich des Asylrechts, dem wichtigsten Teil der UN-Menschenrechtscharta vom 10.12.1948, nicht dazu geeignet, auch nur die bloße Existenz von staatlich nicht Eingegrenzten, in diesem Sinne Fremden, zu sichern. Sie werden, könn(t)en sie vom Arbeitsmarkt nicht aufgenommen werden, in den letzten Jahrzehnten als »Armutsflüchtlinge« oder potentielle »Terroristen« diskriminiert. Nach geltenden Bestimmungen in den EU-Staaten, der BRD vorneweg, haben sie oft keine Chance, ins Land eingelassen zu werden.[105]

Was bei den vorstaatlich begründeten Menschenrechten erst beim zweiten Blick klar wird, wenn man bedenkt, wer die Rechte gewähren, durchsetzen und welche Instanz man beklagen oder zur Klagevertretung herbeirufen könnte, wird beim politischen Verlangen nach Teilnahme sogleich offenkundig. Wo sollte man teilnehmen wollen und können, wenn nicht in Prozessen und bei Entscheidungen, die institutionell fassbar die eigene Wirklichkeit prägen? Versteht man unter »Politik« das, was als gesetzesförmig gilt, ist der Staat unvermeidlich der erste Adressat. Will man teilnehmen, muss man das Recht ergattern, am Staatsgeschehen mitzuwirken. Das Verlangen politischer Beteiligung verweist die Bürgerinnen auf den Staat. Sie schafft eine weitere Identifikation mit dem Staat nach Art der »gewährleisteten«/erkämpften Teilnahmechancen. Und sie hat zur Folge, dass sich die Bürger und sei

[105] Mehr denn je stehen im 21. Jahrhundert das unbegrenzte Asyl für Menschen ohne Bleibe und damit verbundene Existenzrechte im Zentrum vordringlicher Lösungen. Das uralte, jedoch immer erneut systematisch und systemisch verletzte, nur postulativ geltende Asylrecht reicht nicht aus. Im Sinne dessen, was mein 1990 verstorbener väterlicher Freund, Vladimir Dedijer, 1948 als Vertreter Jugoslawiens in San Francisco dabei, The World Public Opinion genannt hat. Die politisch-staatlich verengte Fassung des Rechts auf Asyl beispielsweise in Deutschland und den Staaten der EU wie ihre diesbezüglichen Übereinkommen widersprechen weltweit kaum unterbrochen gegebenen Wirklichkeiten der Flucht aus verelendenden Gründen und der davon nicht klar unterscheidbaren Fluchten aus und vor ethnischen, meist genozidal uferlosen oder sonstigen kriegerischen Konflikten. Zu Zeiten globaler Entgrenzungen und – im herrschaftsvollen Paradox – einer um so unerbittlicheren Ressourcen- und profitablen Wachstumskonkurrenz werden die hehr verkündeten Allgemeinen Menschenrechte und die prätentiösen europäischen Werte zum widerlichen Wortgeklingel, wenn international verbindliche Vereinbarungen, der Atomrüstung vergleichbar, ausbleiben. Sonst würde Lampedusa zum Fanal-Ort europäischen Versagens.

es noch so kritisch mit diesem Staat, an dessen Geschehen sie teilzunehmen ausgehen, identifizieren. Erneut also eine höchst beachtenswerte Dialektik.[106]

c) Ohne das weberisch so bestimmte »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« vermöchte der Staat sein Territorium mitsamt seinem »Bürgerbesitz« nicht zu halten. Er verlöre also die besitztümliche Grundlage seiner Legitimation. Weber hat den Staat durch dieses Mittel als von anderen Organisationen eigentümlich abgehobene Institution zu bestimmen gesucht. Eine eigenständige Abgrenzung aufgrund von Zielen (oder von Funktionen) reicht nicht aus. Das Gewaltmonopol erst, unmittelbar repräsentiert durch Militär und seinen entwicklungsspäteren Kompagnon, die Polizei, macht es möglich, ein Gebiet nach innen und nach außen zu beherrschen, zu »durchstaaten« (s. Kapitel VI).

d) Das Monopol der Rechtssetzung verkörpert die andere Seite des Gewaltmonopols. Rechtliche Regelungen werden schon um willen der bürokratischen Steuer- und Berechenbarkeit benötigt. Zugleich legitimieren rechtliche Regelungen das Gewaltmonopol. Der Idealtyp von Herrschaft, der der bürgerlicher Moderne am nächsten kommt, wird von Max Weber deshalb auch der bürokratisch-legale genannt. Das Recht als staatlich gesatztes bliebe indes seinerseits kraftlos, stünde nicht die bewehrte Hand hinter ihm. Sie garantiert seine Durchsetzung gegen Widerstände. Recht und Gewaltmonopol, Rechtsetzung und Rechtsdurchsetzung sind Zwillingserscheinungen. Sie sind zusammenzusehen, sei man nun vornehmlich am »Rechtsstaat«, sei man an seiner Gewaltpotenz interessiert. Max Weber hat diesen Zusammenhang in seiner Rechtssoziologie fast unablässig thematisiert. Umso unverständlicher ist, dass Jürgen Habermas, Weber referierend, das Recht und seine moderne Geschichte meint vorstellen zu können, ohne das staatliche Gewaltmonopol und seine wandelnden Formen zum Thema zu machen. Nicht allein eine Weber-, eine fast groteske Wirklichkeitsverkennung.[107] So ist der »herrschaftsfreie Diskurs« nicht zu retten.

e) Ohne das begleitend entwickelte Steuermonopol, ohne die rechtlich legitimierte und gewaltig sanktionierte Zwangsabgabe Steuer erlahmte der Gewaltarm des Staates. Der Staat und sein Gewaltmonopol »leben vom Brot« der Steuer (neuerdings zunehmend auch von den mit Hilfe von Krediten ausgedehnten Schulden). An der allmählichen Entstehung und Durchsetzung des erst kleinen, dann immer umfangreicher werdenden Steuerverlangens lässt sich der dreigestirnte Monopolisierungsprozess (Gewalt, Recht, Steuer) und die Form der Bürokrati-

[106] Vgl. auch die informationsreichen, auch auf teilnehmender Beobachtung beruhenden Studien von Insa Breyer, Keine Papiere – Keine Rechte? Die Situation irregulärer Migranten in Deutschland und Frankreich, Frankfurt/M., New York 2011.

[107] Jürgen Habermas, Webers Theorie der Rationalisierung, in: Ders., Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1 Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, S. 225-261 und danach, in: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt/M. 1981; vgl. auch Niklas Luhmann, Recht als System; siehe zur Rezension beider Werke W.-D. Narr in: Prokla (siehe Anm. 47).

sierung Schritt für Schritt nacherzählen. Die noch und noch aufflackernden Steuerrevolten im langen Prozess der unterschiedlichen Staatsbildungen signalisieren den Widerstand gegen das staatliche Eindringen in den Alltag und die alltägliche Ökonomie. Sie konnten zuweilen nur durch erhebliche Zugeständnisse eingedämmt und vermieden werden. Zunächst eher ständische Teilnahmeregeln waren u.a. die Folge.

f) Alles hat seinen Anfang. Auch die heute gar nicht mehr weg zu denkende Bürokratie. Deren gebäudemächtigen Verliese stellen die politischen Fabriken des Staates dar. Otto Hintze hat beschrieben, wie aus dem Commissarius, dem königlichen Steuereintreiber in Frankreich, eine Behörde, mehrere Behörden und ein Komplex von Eingriffs-, Verteilungs- und Erhebungsinstrumenten geworden ist.[108] Die Identifikation der Bewohner eines Landes war zuerst aus steuerlichen Gründen, nach der Einführung der Wehrplicht im Zuge der Nationalisierung und Popularisierung des Nationalstaats, vonnöten. Die ältere Statistik entstand daraus. Vor allem, um ökonomische, primär auf die Landwirtschaft bezogene Verbesserungen des merkantilischen Staates und eine »aktive Handelsbilanz« möglich zu machen. Die landwirtschaftliche Statistik war darum lange die am meisten differenzierte. Wie hätte identifikatorische Sortiererei, wie hätte der merkantilistische Versuch, die Ökonomie zum Zwecke steigenden Steuerabfalls anzutreiben, von den Militärkolossen nicht zu reden, anders möglich sein sollen, als durch ein Büro von Rechtskundigen des feudal-absolutistischen Staates? Der als Instrument nötige Apparat mauserte sich rasch zu einem mitentscheidenden Definitionsorgan.

Die Staaten als dynamisch sich entwickelnd verändernde Statik

So sehr die Variationsbreite der Eigenarten des modernen Staates hervorzuheben ist, so gilt: *die* Staats*form* hält sich in all der Buntheit der historisch wechselnden Formen durch. Die zunächst erst ansatzweise erkenntliche Form prägt sich im Laufe der Zeit aus. Verständlich sind diese Eigenarten erst, wenn man sie nicht statisch unterstellt, sondern als geprägte Formen erkennt, die sich gemäß gegebener Aufgaben und insbesondere infolge zunehmender quantitativ und qualitativ veränderter Größenordnungen von Staat, Gesellschaft und Ökonomie wandeln. Sie sind unbeschadet ihrer Schwankungsbreite dynamisch zu begreifen.[109] In diesem

[108] Otto Hintze, Beamtentum und Bürokratie, Göttingen 1981. Siehe auch das anschaulich und im Groben immer noch stimmige Kapital »Der Staat Friedrichs d. Gr.« in Franz Mehrings »Lessing Legende«. Dort kommentiert Mehring ironisch sarkastisch die Friedrich dem Zweiten zugeschriebene Äußerung, er sei der erste Diener des Staates. Franz Mehring, Die Lessing-Legende, Berlin 1972 (original 1906).

[109] Siehe Theodor W. Adorno, Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien, in: Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Sociologica II. Reden und Vorträge, Frankfurt/M. 1962, S. 223-240.

Sinne lässt sich von einer Evolution des modernen Staates sprechen. Das organisatorische Herrschaftsgebilde, »der Staat« (in dieser Hinsicht erneut analog zum Prozess der Kapitalisierung), betrieb die »Arbeit der Zuspitzung« und Ausdifferenzierung seiner Eigenarten aktiv (wenngleich seine Repräsentanten meist schon als unbewusste Funktionäre den Prozess der Durchstaatung betrieben).

Die Staatsentwicklung verdichtet und zentralisiert sich. Um eine Unterscheidung von Michael Mann aufzugreifen: Die »infrastrukturelle Macht« wuchs an, sprich nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche wurden staatlich eingefangen.[110] Der Zunahme »infrastruktureller Macht« korrespondiert nicht ohne weiteres eine wachsende »despotische Macht«. Die willkürliche Verfügung über »Menschen« und »Material«, die mit dem historischen Absolutismus in Verbindung gebracht wird, kann durch die Zunahme »infrastruktureller Macht« sogar begrenzt, wenn nicht blockiert werden. In jedem Fall besteht keine von vornherein gegebene Parallelität.

Eindeutig ist, dass der bürgerliche Alltag stärker und stärker durchdrungen wird. Gleicherweise wird das nicht ökonomisch »marktfreie« Private regelnd entprivatisiert. Es verliert seine eigene »konstitutive« Kraft. Staatsfreie, regulierungsfreie Räume werden marginal, staatsregelüberzogen. Dort, wo Bürger die gesetzlich-verwaltungsförmigen Regelnetze und Regelfäden nicht wahrnehmen, verhalten sie sich fledermausgleich. Sie reagieren auf diese Regelungen gleichsam automatisch. Sie sind in ihre Gedanken und ihre Schritte gamaschengleich »eingegangen«. Die potentielle, nie perfekte staatliche Allerfassung und Allvermittlung hat zur Folge, dass gesellschaftliche und persönlich-private »Wirklichkeiten«, so besonders sie sein mögen, immer in Bezug auf diesen staatlichen Vermittlungs-, ja Produktions- und Formierungszusammenhang ausgeleuchtet werden müssen. Die negative Totalität besteht als staatliche. Sie beeinflusst noch das Gefühlsleben durch hintergründige »abstrakte« Bedingungen.

Ziffel und Kalle, bevor sie sich mit diesen Namen ansprachen, haben erst als Flüchtlinge erkannt, in welchem staatlichen Maschendraht sie zappeln. Und wie viel weiter dringen mit Sanktionen versehene gesetzliche Regelungen gerade »nur« in Form des Passes:

»Der Untersetzte« (später Kalle): »Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.« Der Große, »Ziffel«, entgegnet: »Man kann sagen, der Mensch ist nur der mechanische Halter eines Passes. Der Paß wird ihm in die Brusttasche gesteckt wie die Aktienpakete in das Safe gesteckt werden, das an und für sich keinen Wert hat, aber Wertgegenstände enthält.« Der Untersetzte: »Und doch könnt man behaup-

[110] Michael Mann (Hrsg.), Globalgeschichte. Die Welt 1000-2000, Wien 2009.

ten, dass der Mensch in gewisser Hinsicht für den Paß notwendig ist. Der Paß ist die Hauptsach, Hut ab vor ihm, aber ohne dazugehörigen Menschen wär er nicht möglich oder mindestens nicht ganz voll...«[111]

Die seitherigen Staatspassagen mit ihren wenigen Knoten und vielen, die Entwicklung in ihrem immer wieder anhaltenden Fluss und seinem Verlauf nicht beschreibenden Lücken von heutiger Perspektive aus, haben wir so 1990 formuliert. Sie sind ein Vierteljahrhundert wie an vielen Stellen insgeheim geschehen, zu korrigieren und zu modifizieren, ohne dass wir den vergleichsweise schlanken Einführungstext handbuchartig aufblähen wollten. An dieser Stelle, wie mutmaßlich an von uns übersehenen oder faul ausgelassenen Stellen genügt die vom selben Mitautor (WDN) verdeckte, nicht explizit gemachte Ergänzung nicht. Da wir die moderne politische und zugleich »Politik« exklusiv in Anspruch nehmende Form, den Staat, als eine herrschaftliche Organisationsform inmitten historisch vielfältiger Formen darzustellen ausgingen, sind wir, wie wir annehmen, nicht ganz, aber fast einem doppelten Fehler erlegen. Zum einen: Dieses modern neue, heute schon alte, von nicht wenigen geradezu ontologisch unterstellte »Ding«, den Staat, haben wir nicht dauernd zusammengesehen mit anderen Vergesellschaftungsformen. Ohne diese findet sich der Staat wie ein riesiger und jenseits aller Metaphorik sich weiter entwickelnde Findling in einer gesellschaftlichen Landschaft vor, die flach von Endmoränen geprägt scheint. Die Gefahr unserer Beschränkung erinnert an die alte Einsicht, die exemplarisch Justus Liebig ausgedrückt hat: »Wer nur Chemie versteht, versteht auch die nicht recht«. Sie ist uns wieder bewusst geworden, als wir weihnachtlich die nachträglich herausgekommene und dann schließlich ins Deutsche übersetzte Vorlesung studierten, die der Historiker Fernand Braudel mit anderen über »Geschichte als Schlüssel zur Welt« in deutscher Kriegsgefangenschaft 1941 gehalten hat.[112] Braudel erfrischt alte, immer erneut vergessene Einsichten. Wie komplex sich menschliche Wirklichkeit in verschiedenen Zeiten und ihren politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kompositionen darstellt. Es komme darauf an, die Fülle der in ihrer Wirkung kürzer oder länger anhaltenden Faktoren oder Segmente jeweils erneut zusammen zu sehen und ihr unterschiedliches Gewicht auszutarieren. Braudel ist im Kontext der eigenartigen französischen Historiker-Schule der Annales durch seinen Begriff der »longue durée« besonderes bekannt geworden. Strukturelle Merkmale und Begrifflichkeiten werden dadurch hervorgehoben. Die Zeit und der darin mit begründete unterschiedliche Einfluss diverser Faktoren, beispielsweise des multidimensional wahrzunehmenden »national«-historischen und internationalen Raums, währt verschieden lang.[113] Sie sind, will man

[111] Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, Frankfurt/M. 2000.

[112] Peter Schöttler/Fernand Braudel/Jochen Grube, Geschichte als Schlüssel zur Welt: Vorlesungen in deutscher Kriegsgefangenschaft 1941, Stuttgart 2013.

[113] Zu wenigen Aspekten vgl. W.-D. Narr, Die Bundesrepublik Deutschland – ein Land (fast) ohne Schatten. In: Argument Heft 4/2013, S. 593-609.

sich nicht jeweils ereignisgeschichtlich nervös verblenden lassen, ungleich »wirklichkeitswichtiger« als auf Personen und ihre angeblichen Handlungen fixierte sterile Aufgeregtheiten. Anhaltender wirksam sind beispielsweise Institutionen à la Staatsbürokratie, aber auch die bürokratische Organisation großer Unternehmungen oder ökonomische Produktionsfaktoren und Produktionsverhältnisse, begleitende Strukturen des Arbeits-Pseudo-Markts. Je nach Gegenstand der Untersuchung kommt es zusammen mit der Zielangabe und den Kriterien der Urteilsbildung darauf an, die Leiter der Abstraktion bzw. umgekehrt der Konkretion immer erneut hinauf und hinabzugehen. Stellen das Problem beispielsweise im Januar 2014 die schichtenquer verbreiteten, oft wundersam kaschierten Vorurteile gegenüber in die Bundesrepublik drängenden Ausländerinnen und Ausländern dar, weit verbreitet inmitten der europäischen *Gemeinschaftsländer*, ihrer *Wertegemeinschaft*, dann wird man den Spaten und die Schaufel nicht vergessen dürfen, um bis an den Vorurteilsflöz vorzudringen und den Vorurteilsschlick zu erfassen. Bei der Geschichte der BRD und ihrer jahrzehntelangen politischen, rechtlich zementierten Vorurteilsemphatik wird man nicht stehen bleiben dürfen – »Deutschland ist kein Einwanderungsland« mit blutgründendem Staatsbürgerrecht u.ä.m. Kein Zufall, dass das erste Ausländergesetz von 1965 mitten in der Fülle herbeigelockter »Gastarbeiter*innen«, so symptomatisch die seinerzeitige Terminologie, in »guter« Kontinuität zum Ausländergesetz von 1938 stand. Darüberhinaus ist der Prozess deutscher Staatsbildung mutmaßlich bis in die Tiefen des nach drei Kriegen im Spiegelsaal zu Versailles am 18.1.1871 ausgerufenen Zweiten Deutschen Kaiserreichs zurückzuverfolgen. Die schwierige, nicht kurzschlüssige habituelle Vorurteilsgeschichte ist dann zur Gegenwart hin durch die Faktoren zu ergänzen, die hinzugekommen sind. Knapp vor der BRD der Deutsche Nationalsozialismus, danach die krumme bundesdeutsche, auch anders gekrümmte deutsch demokratische Geschichte und ihre verändernde Rezeption der so oft zurecht als nicht »bewältigbar« apostrophierten zwölf kurzen, recht besehen jedoch habituell nicht kalkulierbar langen Jahre. Die wenigen apostrophierten Perioden sind offiziösen Versuchen und Deklamationen entgegen, in der ausgeuferten »Gedenkkultur« nach 1990 mitnichten glatt gehobelt.

Kurzum: Die mehrfachen und verknüpften erklärungserpichten historisch strukturellen und habituellen »Hangeleien« führen zu keinem raschen, eindeutig aufgehenden Ende. In Sachen Abstraktionsprozess ist darauf zu achten, dass man sich in den Tiefen der Geschichte nicht verliere, also im »longue durée« stecken bleibe. In Sachen sich verjüngende, tatsächlich komplizierende Konkretion ist eine jeweils zu begründende Auswahl unter der Fülle der einfließenden Elemente und Ereignisse zu treffen, um – mit Ernst Bloch zu reden – das Dunkel des gelebten Augenblicks zu vermeiden.

Im Zusammenhang des Kapitels »Gliederung der Geschichte als Gliederung der Welt?« mit seinem Motto »Zahlen sind keine Eigenschaften der Dinge« formulieren Braudel u.a.: »Bislang haben wir zwei horizontale Schichten unterschie-

den: eine Ereignisgeschichte (deren Schwächen wir betont haben) und eine Tiefengeschichte, die unter der Oberfläche eine mächtige, ungleich festere Masse bildet, und die eine trägt die andere, so wie die Bewegung der auslaufenden Flut die Wellen trägt. Aber es geht nicht nur um die Unterscheidung dieser Schichten, denn seit langem haben Historiker gelernt, verschiedene Kategorien von sozialen Tatsachen und verschiedene Sektoren, gleichsam vertikale Schnittflächen der Geschichte, zu unterscheiden, wie sie längst allgemein üblich sind: zuerst geographische Tatsachen, das sind Verbindungen zwischen Gesellschaft und Raum; dann kulturelle Tatsachen; ethnische Tatsachen; Tatsachen der Sozialstruktur; ökonomische Tatsachen und schließlich politische Tatsachen. Alle diese Tatsachen sind wie gesagt, *vertikale* Schnittflächen…« Als »erste Sektion« skizziert Braudel die *geographischen Tatsachen.* Den Ausschlag gebenden Satz formuliert er mit Karl Haushofer: »Der Raum ist wichtiger als die Zeit.« Dem Raum folgen in der »zweiten Sektion« die *kulturellen Tatsachen*. Die *ethnischen Tatsachen* bilden die »dritte Sektion«, der als vierte, fünfte und sechste, fast auf einen Satz verkürzt, die Tatsachen der Sozialstruktur, der Wirtschaft und Politik folgen. Dem mit einem Beispiel aus Nordafrika illustrierten Satz folgt vorerst zusammenfassend: »Ob Gesellschaft, Wirtschaft oder ›Politik zuerst‹: Wir kennen diese untereinander verfeindeten Mächte. Aber von diesem Trio hat sich der ökonomische Materialismus noch am häufigsten als die angemessene Erklärung angeboten.«

Folgt man dieser Einsicht und unserer, zum Teil dem Weberschen historischen Konstrukt, Idealtyp des modernen Staates, folgenden Skizze, könnte es zuweilen so erscheinen, als wichen wir von der materialistischen Einsicht ab, den primären Faktor der gesellschaftlichen und der staatlichen Entwicklung und Funktionen stelle im weiteren Sinn der ökonomische Komplex dar. Am begrifflichen Tandem, das die liberaldemokratische Moderne, ihre kapitalistische Ökonomie im Sinne einer fast unendlichen Geschichte spitzkurvig durchradelt, an »Privatheit« und »Öffentlichkeit«, könnte die kapitalistisch materialistische, in diesem Sinn private Übermacht über die Bürger*innenöffentlichkeit als der Legitimatorin liberaldemokratischer Verfassung demonstriert werden. Die schon nicht mehr kritisch bezogene, primär symbolische, verfasste und außer der Verfassung dominierende »private« Wirklichkeit müsste und könnte sozial- und politikgeschichtlich dicht belegt werden. Stattdessen nur einige Hinweise:

Zum ersten: mit ideengeschichtlichem Hauptakzent überzeugt Albert O. Hirschmans oben schon berührte Darstellung der kapitalistischen Inkubationsphase in »Leidenschaft und Interessen«. Für die Liberalen des 17. und 18. Jahrhundert zeigte die Freiheit, die sie meinten, von Anfang an zwei Gesichter: Eines der unbegrenzten, auf Eigentum und seinen Erwerb ausgerichteten, darin konkurrierenden individuellen Interessen. Die nicht eigens bedachte Fläche der Interessenkonkurrenz, geschweige denn die »Klassen« der in jedem Fall Besitzarmen, bedurfte keiner eigenen rechtlichen, dann in einer Verfassung zu verankernden Regeln. Marktfreiheit unbegrenzt und mit ihr als gegeben vorausgesetzte kon-

kurrierende Erwerbsfreiheit orientierten, ohne an weitere Voraussetzungen und soziale Grenzen zu denken. Die Marktmetapher gilt seitdem fast dem Rätsel des Dichterischen gleich: »ein Rätsel ist rein Entsprungenes« heißt es bei Hölderlin. F. H. der so ver-rückt nie dichtend Wahres schuf, möge den Missbrauch seines Wortes nachsehen. »Politik«, das andere liberale Gegengesicht werde nicht von in sich und zugleich wirkungsvoll rationalen, durchgehend marktgesicherten Interessen bestimmt. Sie bedürfe darum der balancierenden Kontrolle durch Gewalt, Gewaltenteilung, ihren checks and balances und konsequent einer letztlich öffentlich kontrollierten Verfassung. Sie erlaube verantwortlich zurechenbares und darum kontrollierbares Handeln. Dort, wo wegen zu sichernder Interessen nötig, mit begrenzter Gewalt. Sonst könne die neben dem wirtschaftsfreien Individuum fundamentale Marktfreiheit als großer Regulator und ihre Basis gegen allemal drohenden Missbrauch nicht gesichert werden.[114]

Zum zweiten: In der von Thomas Hobbes verwandten, seinerzeit üblich werdenden romanhaft fiktiven Figur des Gesellschaftsvertrags kommt ein Mehrfaches zum Ausdruck. Zum einen, dass nun, strikt säkular, schon im Vorbegriff wissenschaftlich konstruktive Überlegungen Denken und Handeln zu dominieren begannen, verbunden mit der Annahme eines neuen Anfangs. Sie alle erhalten einen »rational« anspruchsvollen Akzent. Zum anderen beförderte die Vertragskonstruktion gerade dort, wo sie – wie bei Hobbes – die Vorstellung eines Unterwerfungsvertrags zur Folge hatte, ein Denken und, soweit möglich, ein Handeln in Planquadraten und planbarem individuellen, dadurch antiindividuell werdenden Verhalten. Das erlaubte die Chance, utopisches Denken zu nutzen und gesellschaftlich Widerständiges, Ungebärdiges wohlgefällig zu übersehen. Annahmen zur Natur des Menschen und ihre materiell ausgerichteten, mit der angenommenen Rationalität identischen Interessen vermochten umso freier verfolgt zu werden. So sehr Hobbes einen nahezu souveränen, an die äußerste Grenze menschlichen Selbsterhaltungsinteresses stoßenden Sicherheitsleviathan vorsah (Carl Schmitts bekannter einziger, antisemitisch ausgedrückter Vorbehalt gegen Hobbes den Großen), so sehr verhielt er sich den Physiokraten ähnlich. Nachdem er die Gewalt unter den Menschen in praktizierter Mythologie durch einen nahezu allmächtigen Leviathan nahezu abgeschafft hatte, könnte er dem, was später Macpherson als »Besitzindividualismus« bezeichnete, das unbestellte Feld überlassen. »Öffentlichkeit« als bürgerliche Öffentlichkeit verschwand schon bei ihm in der allein konkurrenzstimulierten und -disziplinierten Privatheit. Bürger wurden exklusiv zu Bourgeois.

Zum dritten: Die Konstruktivismen spannen verschiedentlich. Sie zeigen im Vorschein die Interessen, die im England des 18. Jahrhunderts zuerst breiten Fuß fassten. Nach dem schon technisch beförderten Beginn kapitalistischer Vergesellschaftung – Erfindung der Dampfmaschine – sorgten sie dafür, dass England

[114] Vgl. das Kant-Zitat in Anm. 96.

als Workshop of the world vorwegmarschierte.[115] Erstaunlich und erklärungsbedürftig aber ist vor allem, dass die angedeuteten Interessen und ihre sozial nicht übersetzten fortschrittsprojektivischen Konstruktionen den Bergen von historisch-empirischen Gegenbelegen zum Trotz in den herrschenden ökonomischen Wissenschaften in Theorie und Praxis wie eine platte Ebene der Konsequenz bis ins Jahr 2014 und mutmaßlich darüber hinaus Geltung zu erlangen vermocht haben und weiter vermögen: Als *die* Rationalität, in der Natur des Menschen und seinem Wirtschaften begründet. Darum verblassen so unterschiedliche, aber im Ergebnis jenseits geschichtsphilosophischer Annahmen übereinstimmende, historisch fundierte Theorien wie Marx' Kapital, hier vor allem Bd. 1, und Karl Polanyis phänomenal begründete, analytisch durchsetzte Zusammenfassung des 19. Jahrhunderts als einem kapitalistisch expansiven: die Great Transformation. Sie gehen anspruchs-, erkenntnis- und praxiswidrig wie Randglossen im nun global trommelnden Galopp kapitalistischer Produktion und ihrer verelendenden Reproduktion unter. Wie immer man das 19. und Teile des 20. Jahrhunderts in den dafür geeigneten kapitalistisch dominierenden Ländern analysieren und beurteilen mag, ihre eminenten Krisen und nur schwarz vor Augen kalkulierbaren weltweiten humanen Kosten rechnen sich nicht als ohnehin leichtfertig benannte Kollateralschäden in kriegerischen und anderen Zusammenhängen. Es sind solche der Essenz. Das, was die liberal zweischultrigen Bürger und dann Bürgerinnen im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie und ihrer systemischen Krisen wollten, nämlich, ineins damit eine liberale Demokratie über periodische Elitezirkulationen hinaus und, die Quintessenz des doppelseitigen liberalen Versprechens, verantwortliche Politik allgemein und verantwortliches Regieren im Besonderen, also bürgerkontrolliertes Regieren, ist gründlich schief gegangen – von dem einen oder anderen Beispiel-Segment abgesehen. Kapitalistische Vergesellschaftung konnte sich schon deshalb quer durchs 19. und 20. Jahrhundert mit einer spurenweise präsenten liberalen Demokratie bestenfalls mit nächtlich funkelnden Lichtflecken illuminieren. Die Prämisse, die Liberalität aller bürgerlichen Spielarten bis heute hauptsächlich fundiert, hat von Grund auf in die Irre geführt. Sie bleibt irrig. Die Annahme einer macht- und gewaltlosen Ökonomie, deren Regulateur, die Konkurrenz des Marktes, durch sein schieres Menschenmotivieren, notfalls mit staatlicher Gewalthilfe, dafür sorgen wird, dass alle Schwächen, insbesondere das Dauerärgernis der Ungleichheit, wachsend in der seligen Wonne satter Säuglinge zu beheben sind. Eine Art Über-Benthamismus. Mehr als nur das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl.

Ein hier angebrachter In-Kurs zum Thema kapitalistische Ökonomie, Gewalt und Krieg, das Marx und viele andere schon mit einer Fülle wichtiger Aspekte und Einsichten behandelt haben, muss zunächst unterbleiben. Die Lesenden könnten

[115] Zur umfangreichen Literatur siehe zunächst Eric Hobsbawm, Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/M., New York 2005.

sich im Sinne der dauernden und akzeptablen Aufklärungsdevise »Selbstdenken« ihrerseits schlau machen, indem sie anhöben, das abstrakte, von Mensch, Gesellschaft, Geschichte und Herrschaft abgehobene, U-Topicum »Markt«, wortgemäß ohne Ort, mehr noch ohne soziale Grundlage unpolemisch im Sinne Max Webers »wirklichkeitswissenschaftlich« zu zerlegen. Stechfliegengleich mit sokratischen Fragen nach den Bedingungen und Interessen unter einer zusätzlichen Voraussetzung: dass die Märkte jeweils umfangreichere Räume wie ein Dorf umfassen müssen und ebenso eine Menschenzahl, die schon das Massenproblem ahnen lässt, das Gesetz der großen Zahl in der Fülle seiner arbeitsteilig gegliederten Organisation mit den Erfordernissen der Teilnahme, der Entscheidungsbildung, der Versorgung und nicht zuletzt der materiellen Re-Produktion.

Zum vierten: Sobald unser Wissen über sie anhebt, kannten die ungleich spärlicheren und meist eher bodenständig verteilteren Bewohner immer schon Formen des Austauschs zwischen den verschiedenen Kontinenten. Auch dort, wo wir uns, verwöhnt infolge einer erklecklichen Anzahl von Mobilitätschancen, kaum materielle, kulturelle und politische Berührungen und wechselseitigen Einfluss vorstellen können, gab es, aller Disparatheit zum Trotz *eine* Welt. Was wir, unabhängig von sich verdichtenden Beziehungen schon zuvor, europäisch etwa seit dem 12. Jahrhundert Moderne nennen, zeichnet sich durch intensivierte, nicht allein kriegerisch imperiale Expansionen aus. Sie hat mit der Entdeckung Amerikas, der Ausrottung nicht begriffener, also »nicht nur« den imperialen Zielen entgegenstehender Kulturen, der Sklaverei und des Kontinente überbordenden westlichen Kolonialismus einen mehrfachen qualitativen und quantitativen Sprung gemacht. Dessen tiefenwirksame Folgen und Konsequenzen bis zum Konzept der Menschenrechte und zu Konzept und Praxis vor allem des westgeprägten »Prozess(es) der Zivilisation« sind noch nicht auch nur in ihrer kognitiv habituellen Wirkung ausgeschöpft. Den expansiven Sprung der Moderne begleiteten und antizipierten zwei rationalisierende Vergesellschaftungsformen, die westwärts primär geprägt, ihrerseits bis in unsere Tage weltweit expandieren (oder, vergleiche »nation-building« seit dem formellen Ende der Kolonialperiode um 1960 herum, kriegsförmlich und Krieg legitimierend, dafür nicht bereiten Gesellschaften aufgenötigt werden). Bei diesen beiden Vergesellschaftungsformen handelt es sich um den Staat als »rationale« politische Anstalt, wie ihn schon Hobbes real phantasierte und wie ihn Max Weber rund ein Vierteljahrtausend später idealtypisch mit historischen Ranken vorstellt. Die andere rationale Vergesellschaftungsform repräsentiert die Etablierung der kapitalistischen Ökonomie als staatsinternes und bald global externes Muster der Organisation von allem, das wirtschaftlich produziert, gehandelt, finanziert und reproduziert wird. Sein rationales Optimum garantiere der jahrhundertelang andere Zustände und ihre Menschen aufhebende freie Markt und die individuelle Interessenkonkurrenz. Nur wenige zusätzliche Prämissen sind staatlich anders geartet zu schaffen. Dazu gehört Rechtssicherheit im Sinne kapitalistischer Eigentumssicherheit und der staatsgewaltige Ausschluss ökono-

mischer Konkurrenz nicht konformer Hindernisse und ihrer »irrational« gefährdenden, also illegitimen Gewalt.

Trotz ähnlichen Entstehungsgründen und -zeiten wäre es falsch, beide Typen gesellschaftlicher Rationalisierung im Weberschen Sinn genetisch und funktional zu früh zusammenzusehen und sie nur wie Schuhe für unterschiedliches Gelände vorzustellen. Bergstiefel dem Staat, schnelle Slippers dem primär handelskapitalistisch verstandenen Kapital. Diese »intrinsische Logik« hat, hier bester, materialistisch begründeteter Hegelianer, niemand derart genetisch und funktional pointiert und systematisch in seiner Realität schaffenden Dialektik erfasst, wie Karl Marx im 1. Band des Kapital. Zuweilen wird dieser trefflich ergänzt durch ausgewählte Passagen der »Grundrisse«. In diese intrinsische Logik – und die ihr weithin entsprechenden, aber wie Geschichte allgemein nicht einfach logisch subsumierbaren kapitalistischen Entwicklungen – fügt sich auch die staatliche Funktionsentfaltung. Sie lässt sich nur von der Entwicklung des globalen Kapitalismus aus ihrerseits entwickeln, mitnichten ableiten. Wie immer man das Morgenrot der Moderne malen mag, heute sind staatliche Funktionen und Grenzen durchgehend nicht exklusiv, jedoch primär von der kapitalistischen Konstellation der dann schon großen Staaten aus zu erkennen. »Starke« Staaten, dem westlichen Verständnis nicht genehm, sind »stark« vor allem darin, wie großzügig sie ihre kapitalistischen Wachstums- und Machtinteressen mit weithin reduzierten humanen Skrupeln durchzusetzen vermögen.

Wenige Merkmale des KAPITAL-Staats seien apostrophiert:

1. Staatliche Funktionen, an erster Stelle diejenigen, die in staatlicher Monopolgewalt und ihrer darin eingelagerten allgemeinen systemischen Legitimation gründen, sind nicht unwichtiger geworden. Der letzte, verdichtende Wachstumsring des Weltmarkts während der 60er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, internettechnologisch geradezu aspekteuniversell, hat jedoch die weltweit präsente Konstellation seit den 80er und 90er Jahren für Ökonomie und Politik verändert. Das, was insgesamt und in den einzelnen Branchen weltweit geschieht, weltmärktlich zusammengefasst, bildet das, was man mit dem alten methodologischen Ausdruck, den »value frame of reference« nennen kann, so man unter value das jeweils geltende Rationalitätskürzel aus einschlägigen Innovationen versteht. Zugespitzt gesprochen steht jedes Unternehmen irgendwo auf der Welt unter dauerndem Druck naher und ferner Anderer. Lokalität wird in Gewinn und Verlust, in Wachstum und Stagnation letztlich weltmarktabstrakt gemessen. In den Grenzen aller Staaten wird nicht nationalökonomisch produziert, verteilt, abgerechnet und kalkuliert. Das auch. Vielmehr sind die Grenzen durchgehend so porös, dass sie nur noch als Berechnungsmodus und als Legitimationsfilter dienen. Der Status von politischen und ökonomischen Faktoren, wenn kurz von Politik und Ökonomie gesprochen werden darf, als handele es sich fürs erste um geschlossene Einheiten, ist nicht, so er's denn je war, gleichen Rangs. Staatliche Institutionen, Instrumente und Prozeduren sind nach wie vor erforderlich. Sie werden

auch international organsiert. Ihre Definitionsmacht ist indes durchgehend abhängig und sekundär.

2. Bis zum gewiss fragwürdigen Maßstab eigener Lebenserfahrung gegen Ende des 8. und 6. Jahrzehnts lässt sich zuerst phänomenal beobachten, dann an einer Fülle anderer, nicht zuletzt staatsinstitutioneller und staatsfunktioneller Aspekte und Veränderungen festmachen, dass der Staat, um eine Metapher des von uns nicht geschätzten Carl Schmitt aufzugreifen, zwar ein fetter, überall sich einmiauend und Milch leckend einmischender Kater geworden ist, indes seinem Tiervorbild gemäß, nahezu durchgehend an die zweite Stelle gerückt ist. Er kann nur in Zusammenhängen Politik zu dem treiben, was den eigenen, weltmärktlich entfremdeten Interessen dient, von Theaterveranstaltungen und ihren Auftritten nicht zu schweigen. Das Adjektiv »entfremdet« führt insoweit auf Abwege, als es eine eigene raison d'être des Staats und seiner Politik unterstellt. Bis in feine Ziselierungen dessen hinein, was heute »new public management« genannt wird, als Substitut staatlicher Bürokratie, als »öffentliche Güter« bezeichnet wird, vor allem, wenn zunächst leere Effizienzkriterien, Zielvereinbarungen, Evaluationen und dergleichen modischer Zierrat eine urteilende, sprich vor allem Gelder zu teilende Rolle spielen, dominieren durchgehend ökonomische, weltmarktorientierte Konkurrenzbezüge. Das von Claus Offe vor Jahrzehnten apostrophierte »Interesse des Staates an sich selber« gibt es als in jeder eigenen Institution präsentes Interesse am Erhalt von Positionen und Einflüssen weiterhin. Von einem etatistischen Eigensinn und darauf bezogener »Staatsräson« lässt sich jedoch allenfalls noch rudimentär sprechen.

3. Die kapitalistische Ökonomisierung nahezu aller politischen Gegenstände und der an ihnen interessierten Bürger*innen hätte, beispielsweise im Erziehungs- und Forschungsbereich, weit früher zum hauptsächlichen Gegenstand werden müssen, als sie es auch bei uns geworden ist. Damit eigenständig Insuläres »gerettet« werde. Da quassel(t)en vornehme Universitätsprofessoren – schon darum kaum Intellektuelle zu nennen, sondern im Sinne Max Webers als Leute, die von ihrem Beruf leben, nicht für ihn – noch bis in jüngste, neujährliche Tage von universitärer Autonomie, wissenschaftlicher Verantwortung … Und überall gähnt eine kapitalistische, verwertend weltmärktlich bezogene Gleichschaltung.[116]

4. Im Umkreis ökonomischer Alldurchdringung – analog der technologischen, die sie mit durchsetzt und unvermeidlich macht – wird der ohnehin begrenzte und durchgehend prekär-fragile Institutionenkranz repräsentativer Demokratie und werden ihre Grundrechte vollends abgemagert. Symbolisch wird dieser Institutionenkranz geradezu krampfhaft bis hin zu funktional leeren Untersu-

[116] Sie ist mit dem nazistisch gekürten Begriff und Vorgang nach dem »Tag der Machtergreifung« nicht zu verwechseln. Am Vergleich der qualitativ verschiedenen Gleichschaltungen, der nazistischen seinerzeit, der kapitalistischen heute, kann man lernen, welche unterschiedlichen »Zwänge« es gibt, ohne die Unterschiede sogleich qualifizieren zu müssen.

chungsausschüssen und dergleichen aufwändigem Firlefanz am Leben zu erhalten versucht. Die im besten populistischen Sinne schon zuvor geringe Funktion, Bürger*innen zu informieren und zu politisieren, die originäre Aufgabe aller repräsentativen Institutionen, dünnt vollends aus. Das hochgemute Schlüsselwort repräsentativer Demokratie kann nur noch über aufgeblasenen, trotzigen Humor aufrechterhalten werden. Der repräsentativ demokratische horror vacui, der Schrecken der Leere, müsste gerade diejenigen umtreiben, die – wie der grundgesetzliche Pathospauker, das Bundesverfassungsgericht – die bundesdeutsche Verfassung gegen unionseuropäische Entgrenzungen aufrecht erhalten wollen. Ohne auf die herrschende Wirklichkeit einzugehen, bestätigen sie am Exempel des Bundesverfassungsgerichts nur, dass die Vervielfältigung des Rechts und die aus ihm folgende Veränderung der Rechtsform im Sinne von Ermächtigungen privater und öffentlicher Bürokratie, nicht dem Recht, der bürgerlichen Rechtssicherheit und dem Verfassungskern – einem überrechtlichen, substantiell demokratischen Recht – dienen.[117]

Das Büro weitet sich nicht zur Bürokratie und bleibt dann stehen. Bürokratisierung ist wirklichkeitsgefräßig. Bürokratie wird zur Herrschaft im Alltag (Max Weber). Dieser Alltag der Bürger aber ist auf sie angewiesen. Er wird ihr gemäß. Die Bürokratisierung ist nicht allein eine unvermeidliche Folge der Zentralisierung und Verdichtung staatlichen Zugriffs. Jede neue Regelung schafft eine neue Behörde. Die Bürokratie im Plural vermehrenden Effekte an Unübersichtlichkeit, mangelhaft zurechenbarer Verantwortung, geradezu systematischer Blockade des liberaldemokratischen Bisschen an repräsentativer Demokratie, zusammen mit wechselseitigen Blockaden zuständiger bürokratischer Segmente und ihres Wirrwarrs, stellen die meist unzureichend bedachte bürosklerotische Seite des seinerseits ungezügelten Prozesses der extensiven und intensiven erblindenden Verrechtlichung von Allem und Jedem dar. Ihr entgeht kein Aspekt sozioökonomisch politischer Wirklichkeit auch nur annähernd. Diese geschwürartige Expansion und verrechtlichende/verrechtlichte Verdichtung verändert nicht nur die liberaldemokratisch ursprünglich angezielte Form des Rechts, seine bürgerliche Berechenbarkeit und die in dieser Form gewährleistete Rechtssicherheit unbeschadet ungleicher und ungerechter Rechtsinhalte. Sie gibt zugleich die Angst vor einem eigenständigen, verantwortlich zurechenbaren politischen Handeln kund, das längst den Set verfassungsmäßiger Institutionen und ihres Zusammen- und Widerspiels überbordet.

[117] In seiner fulminanten Habilitationsschrift hat Bernd Rüthers vor fast einem halben Jahrhundert dargelegt, wie die Nazijurisprudenz ihren Willkürraum im Sinne einer »unbegrenzten Auslegung« nutzte, dadurch jedoch die legitimatorischen Funktionen des Rechtsstaats aufrecht erhielt in einer eigenartigen Analogie zur Aura der Kunstwerke in Zeiten ihrer technischen Reproduzierbarkeit. Vgl. Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/M. 2010 und Bernd Rüthers, Die unbegrenzte Auslegung: Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, Tübingen 2012.

Angesichts bürokratischer Organisation – darum ist der Ausdruck Büro-Kratie, Herrschaft kraft Büros, zutreffend – lässt sich der Umschlag vom Instrument zur Definitionsmacht, lässt sich eine eigenartig versachlicht-institutionelle »Emanzipation« am besten und am häufigsten beobachten. Die Bürokratie löst sich von ihren Zwecken und setzt Zwecke selbst. Sie wird sich selbst zum Zweck. Dieses Interesse der Bürokratie an sich selber, in welchem sachlichen Aufgabenbereich immer, ist kaum zu überschätzen. Die Kontrolle bürokratischer Verflechtungen ist längst zu einem witzlosen parlamentarischen Spiel professioneller Inkompetenz geworden. Seit der informationellen Revolutionierung sozialer Wirklichkeiten durch das Internet wird die herkömmliche Bürokratie und ihre Unvermeidlichkeit im Sinne einer weit ausfransenden Bürokratisierung informationstechnologisch übersteigert. Die »Logik« der Bürokratie und ihre Wirksamkeit besteht in ihrer jeweils verschieden gerichteten Abstraktion von Besonderheiten, von Eigenarten, von Einzelfällen. Dieser Abstraktion verbunden mit ihrer Funktion als alltägliche, formell private oder öffentliche Herrschaft spiegelt sich auch in ihrem internen Aufbau und ihrer Arbeitsteiligkeit wider. Darum vermag sie, wie Max Weber formulierte, eine »Herrschaft kraft Wissen«, ihrem Herrschaftswissen, versteht sich. Diese und andere Merkmale bürokratischen Handelns, ein institutionell lebendes Paradoxon, werden vom organisierenden Einsatz des Internet übertrumpft. Wir nennen es deshalb »bürokratischen Extremismus«. Mit dieser Formel suchen wir folgende Merkmale des funktionstüchtigen Internet zu etikettieren: Zuerst seine exzessive Kunst der Abstraktion, des Absehens von allen hinderlichen Besonderheiten. Dieses bürokratisches Normalverfahren in den Schatten stellende Absehen lässt, dem Anschein nach konträr, eine unvermittelte Vereinzelung, ansatzweise sogar eine Individualisierung zu. Darum lässt sich das Internet beispielsweise für die fast aufwandslose Organisierung eines disziplinreichen Großkrankenhauses einsetzen. Es vermittelt den Eindruck anders nicht »steuerbarer« Massenorganisationen und Masseninformationen, die sonst zu dezentralisieren wären, um sie »steuern« zu können.

Die Ausweitung und Verdichtung des Staates wird von Veränderungen seiner Legitimationsformen begleitet. Sie werden dadurch relativiert. »No taxation without representation« – dieser Kampfruf, der die staatliche Autorität herausfordert, ertönte nicht nur und nicht erst im Prozess der Ablösung nordamerikanischer Staaten vom britischen »Mutterland«. Mitbestimmung wurde schon von den »alten« Zwischengewalten verlangt, die die neuen staatsbildenden Herrscher zu kassieren unternahmen. Mitbestimmungsverlangen kam vor allem bei den Schichten auf und verstärkte sich im 19. Jahrhundert, die ökonomisch-staatlich »freigesetzt« und benötigt, auf diesen Staat unmittelbar bezogen waren. Die doppelte »Befreiung« des Staatsbürgers von alten klein-herrschaftlichen-feudalen Abhängigkeiten und für seine steuerlich-wirtschaftlich-militärisch eifrige Leistung im Rahmen des anerkannten Staates und seiner erheblich abstrakteren Herrschaft, sollte durch eine bürgereigene, wenngleich ihrerseits staatsbezogene Mitbestim-

mung ergänzt werden. Die Grade und Grenzen dieser Relativierung des Staates in liberal-demokratischer Hinsicht werden durch aktuelle politische Konflikte geweitet und reduziert zugleich. Sie sind dadurch gegeben, dass der Staat und seine Monopole vorweg anerkannt wurden und nach zentraleuropäischem Vorbild einige Momente von Mitbestimmung z.B. über Wahlen zuließen. Oder der Monopolisierungsprozess wurde durch die Katarakte der Kriege beschleunigt. »Alte« lokale und regionale Mitbestimmungsformen wurden an den Rand gedrängt und absorbiert (s. schon de Tocquevilles treffliche Beobachtungen).

Aus den Entwicklungen entsteht das, was Massenpolitik genannt worden ist. Die Französische Revolution fungiert hierbei als Fanal und Faktor. Die durch sie bewirkten Änderungen der Politik bis heute sind schwer einzu-, sie sind auch schwer zu überschätzen. Die »staatliche Eroberung des eigenen Territoriums«, wie es Charles Tilly formuliert hat, die Aneignung seiner Bürger durch Freisetzung und Nivellierung als Staatsbürger unbeschadet der klassenpolitischen Unterschiede sowie die Identifizierung schuf »die Masse« der Staatsbürger. Soweit es dem Staat und seiner Politik entsprach, wurden die Bürger, später die Bürgerinnen individualisiert. Sie waren nur miteinander verbunden, solange sie alle Staatsbürger waren. »Masse« entsteht in diesem Fall daraus, dass das organisierende Prinzip, das die vereinzelten BürgerInnen zusammenhält, sich außerhalb derselben befindet: im Staatsapparat, seinen Symbolen u.ä.m. Sobald aber ein Befreiungs- und neuer Identifizierungsvorgang entfesselt und in Gang gesetzt worden ist, entwickeln die BürgerInnen eine Eigendynamik. Sie organisieren sich nach ihren Interessen, sie bedürfen eines Apparats, der sie zusammenhält und notwendige Aufgaben und ihre Verteilung vollzieht: einer Bürokratie. Diese wird zur Ersatzgesellschaft. Die bürokratischen Einrichtungen können nur »zweckrational« wirken, wenn sie ihnen entgegenstehende soziale Unebenheiten schleifen.

Formen und Substanz politischer Beteiligung sind von diesen massen-politischen Vorgängen betroffen. Die »freigesetzten« Massen müssen ruhig gehalten und zu politisch-ökonomischen Zwecken mobilisiert werden. Um zu vermeiden, dass sie unberechenbar werden – das »Flutbild« stellt sich rasch ein –, um auszuschließen, dass sie sich assoziativ selbstbestimmt zusammentun und eine Gegengewalt bilden – das große Problem, das die Arbeiterbewegung darstellte –, muss versucht werden, sie zu beteiligen und zu kanalisieren. Beteiligung als Kanalisierung – unter dieser Überschrift könnte die Wahlrechtsentwicklung in den europäischen Staaten bis 1918 oder bis 1945 abgehandelt werden. Umgekehrt gilt allerdings die Formulierung ebenso. Kanalisierung war meist nur noch möglich im Sinne von zarten und eher abstrakt-symbolischen Formen der Beteiligung. In dieser Umkehrung steckt eine dauernde Ambivalenz und eine nicht beseitigbare Gefährdung staatlicher Stabilität: eine Art liberal-demokratische Unruhe.

Zum Zwecke der Mobilisierung, mit nicht von vornherein sogleich ausmachbaren Vorzeichen, ob »von oben« oder »von unten«, entstanden die modernen »Massen«-Parteien. Es entwickelten sich neue Formen der Propaganda, der Wer-

bung und der Mobilisierung mit Hilfe von Vorurteilen. Dass nun massenhaft und permanent Vorurteile sich ablösen und die vorurteilsstarken Hände reichen, ist Ausdruck massenpolitischer Erfordernisse in einem nicht unveränderten Staatsgebilde. Der Antisemitismus und der Antikommunismus wurden Ende des 19. Jahrhunderts zum Dauerereignis, nicht zufällig in der Phase der Hochindustrialisierung und eines allmählich sozialpolitisch intervenierenden Staates.

Die Verdichtung des Staates, seine Expansion nach innen – was man Ende des 19. Jahrhunderts als »Sozialimperialismus« dechiffrieren konnte – wären nicht möglich gewesen ohne eine vom staatlich dirigierten Merkantilismus befreite, ihrerseits »emanzipierte« kapitalistisch-industrielle Ökonomie und ohne die Dauerbindung der staatlichen Entwicklung an die ökonomische. Anders hätte der Staat seine wachsenden Aufgaben nicht erfüllen können. Er lag längst nicht mehr wie ein »dünner Schleier« über einer anders strukturierten Gesellschaft, wie er zu feudal-absolutistischen Zeiten noch angesehen werden konnte.[118] Genau so wenig wäre aber die kapitalistische Entwicklung zur Phase ihres sich selbst fütternden Wachstums gekommen und hätte ihren Wachstumswettlauf als Herzschlag beizubehalten vermocht, hätte nicht der Staat i.S. negativer Emanzipation die Wirtschaftsbürger geschaffen; hätte er nicht ein großes Maß an Infrastrukturleistungen erbracht; hätte er nicht durch eine Gewaltklammer und seine Interventionen bis hin zur Niederschlagung von Streiks die Dominanz kapitalistischer Interessen aufrechterhalten. Das im 19. Jahrhundert west- und zentraleuropäisch, dazuhin nordamerikanisch installierte Staat-Kapital-Tandem ist oft sehr verschieden »konstruiert« worden. Aber es begann nun wie unaufhaltsam zu »pedalieren«.

Oben ist schon betont worden, dass Staatsentwicklung immer als Staatenentwicklung betrachtet werden muss. Die kritische Frage: Ist Außenpolitik Außenpolitik?, die Ekkehart Krippendorff gegen abgehobene internationalistische Hochreckübungen kehrte, gilt ebenso als Frage: Ist Innenpolitik Innenpolitik?[119] Und erneut lautet die Antwort bis in die dem Anscheine nach abgeschlossenen Bezirke der Innenpolitik: Nein. Deswegen war der Souveränitätsanspruch zu allen staatlichen Zeiten höchst relativ. So wie für die absolutistische Phase des frühen modernen Staats zutrifft, dass der Absolutismus seinen Anspruch auf extra- oder supersoziale Legitimation bezog und nie allein oder primär gegolten hat – »legibus solutus«, den eigenen Gesetzten nicht unterworfen –, so ist der daraus hervorgehende innere und äußere Souveränitätsanspruch immer nur als höchst konsequenzreicher Anspruch zu verstehen gewesen. Nicht die rechtlich-normative, sondern die materielle Begründung der Souveränität macht darauf aufmerksam, wie begrenzt die Skala unterschiedlicher »Souveränitäten« ist. Vor allem gilt, wie

[118] Siehe Kurt von Raumer, Ewiger Friede, Freiburg 1953.

[119] Vgl. Ekkehart Krippendorff, Ist Außenpolitik Außenpolitik?, in: PVS 4/1963, S. 243-266.

dies Immanuel Wallerstein u.a. herausgearbeitet haben:[120] moderne Staatsentwicklung ist von Beginn an zusammenzusehen mit der Ausbildung eines »Weltsystems« und seinen Änderungen.

Gerade hier übertrifft die »Dynamik« die »Statik«. Die von Wallerstein für die Frühzeit noch überschätzte Abhängigkeit vom »Weltsystem« nimmt zu. Sie beschleunigt sich im 19. und, erneut kriegstransformiert und transportiert, im 20. Jahrhundert. Dementsprechend verschiebt sich das Verhältnis der territorial stärker gebundenen Faktoren und ihrer Kräfte zugunsten der territorial weniger gebundenen. Unter anderem wird das ungleich besetzte Tandem aus »Staat« und »Ökonomie« in Richtung der »bodenlosen« Kapitalentwicklung getrieben. Wie aber steht es mit dem ohnehin faktisch erheblich eingeschränkten Souveränitätsanspruch; was bedeutet angesichts globaler »Politik« der Staat als territoriale Einheit, territorial stark und gebunden zugleich? Fast scheint es, als könne der Mythos des Antäus für ihn bemüht werden. Antäus, ein Sohn der Erde, war nur solange stark, wie er beidbeinig und starkfüßig auf seiner Mutter Erde stand. Wurde er in die Luft gehoben, und Herakles verwandte diesen Trick, um ihn zu besiegen, dann schwanden sein Kräfte. Er wurde zur jämmerlichen, eben boden- und standlosen Gestalt.

Die Herrschaftsform: Staat in Frage

Die lange geführte Autonomiedebatte, wie autonom ist »der« Staat angesichts kapitalistischer Ökonomie, hat wenig eingebracht. Das war vorauszusehen. Als könne »der« Staat mit seinem gewaltigen Muskelspiel einen kapitalistischen Hungerpastor mimen. Die Debatte war und ist allein dort von Nutzen, wo unkritischen Reduktionismen zu opponieren ist. Als sei »der« Staat nichts anderes als der »geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klasse«. Als stelle er nur den lautmachenden Teil der Trompete dar, die kapitalistisch gespielt werde. Als bestehe er nur in einer Art Verschwörungsarrangement, um immer schon festgelegte Interessen durchsetzen zu helfen. Selbst wenn dies genetisch der Fall gewesen wäre, selbst dann bedeutete die eigene Institutionalisierung einer Sondereinrichtung »Staat« mehr und anderes als nur eine strikt abhängige Größe anderer Kräfte, etwa »rein« ökonomischen. Eine einmal besonderte Institution kristallisiert eigene Interessen und Wirkungsformen aus und bedarf eigener legitimierender Gründe. »Reine« Vermittlung gibt es nur in extremen und unwahrscheinlichen Fällen. Was immer wir durch ein Drittes mit einem anderen vermitteln wollen, und sei's nur via Telefon, Fernsehen und Internet, wird durch dieses Dritte, durch dieses Medium beeinflusst und verändert. Umso mehr aber gilt diese Beobachtung für eine labyrinthische und hartzähnige Institution wie »den« Staat.

[120] Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem I-IV, Weimar 2012.

Abgesehen von dem richtigen, antireduktionistischen Ferment, das die Autonomiedebatte enthalten hat und neu hervorbringt, hat sie wenig Beißbares eingebracht. Ihre Vertreter haben »den« Staat »dem« Kapital gegenüber gestellt, als handele es sich um zwei Entitäten, die, mit Paul Klee gesprochen, »einander in höherer Stellung vermutend begegnen«. Immer gilt unvermeidlich die »relative Autonomie«. Und immer bringt die viel gebrauchte Formel erst dann erkennende Nahrung, wenn »Relativität« und »Autonomie« institutionell und materiell, normativ und funktional genauer bestimmt werden. Darauf kommt es entscheidend an: die gleichen oder unterschiedlichen Ziele, Interessen und Funktionen herauszuarbeiten.

Die Frage: Macht »Politik« einen Unterschied oder wird organisierte Politik durch Weltmarktfaktoren in eine verschwindende Ecke gestellt, gilt heute mehr denn je. Sie verbindet sich mit der anderen Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten politischer Entscheidung. Sind Entscheidungen in Handeln umzusetzen; wie können einmal eingeleitete Prozesse kontrolliert werden? Ist, staatsimmanent gesprochen, dieser in seinen Aufgaben enorm ausgedehnte Staat nicht unvermeidlich überfordert? Ist eine Politik der heutigen Größenordnungen, verstärkt durch ungekannte Geschwindigkeiten und Komplexitäten möglich (politics of scale)? Wenn »ja«, welche Konsequenzen wären zu gewärtigen oder hätten längst gezogen werden müssen? Gegenwärtig ließe sich allein an der »Ökonomie der Zeit« repräsentativer Politikerinnen und Politiker illustrieren, dass sie zu eigenen Entscheidungen und zu eigenen Handlungen systematisch nicht in der Lage sein können. Das, was sie tun müssten, ist einem großen, neu und neu aufgefüllten Sandhaufen vergleichbar, an den sie mit einer gewöhnlichen Schaufel gestellt sind und zu schippen beginnen. Je hastiger, je eifriger, je schweißtreibender sie dies tun, desto mehr und rascher fällt Sand nach. Er fällt und fällt. Die externen, zu großen Teilen intern wirksamen Definitionsmächte, die vor allem aus der Weltmarktdynamik resultieren, gesellen sich hinzu (siehe Kapitel VII). Das politisch-staatliche System nach innen ist aber, im Sinne veränderter Beteiligung, kaum umgestaltet worden, vergleicht man die »liberal-repräsentative Demokratie« in ihrer institutionellen Eigenart mit dem, was im 19. Jahrhundert erreicht worden ist. Sprich: Die eingeschränkte »Rationalität« der Wahlbürger*innen musste geradezu notwendig abnehmen und damit auch der »rationalisierende« Druck nach oben zunehmen (siehe Kapitel IX).

Aus den Fragen danach, was relative Autonomie bedeute und worin Politik in eigener Definitionsmacht sich »rational« äußere, geht die dritte, die Analyse überschreitende hervor. Inwieweit und in welcher Weise müssten angesichts vermuteter institutionell-verfahrensförmiger Mängel die politischen Institutionen erneuert und verändert werden, um den Territoriumsverlust von staatlicher Politik auffangen zu können?

Kapitel VI
Instrumente der Herrschaft

Stellt die Überschrift »Instrumente der Herrschaft« nicht eine Tautologie dar? Sprich *eine* Sache durch *zwei* Wörter bezeichnet wird. Was ist Herrschaft anders als ein Instrument für etwas anderes? Wird nicht immer geherrscht und zu herrschen versucht, indem diejenigen, die darauf ausgehen, zu herrschen, andere Ziele damit verfolgen? Ökonomische vor allem. Aber so zu tun, als sei Politik nur instrumentell verstehbar, verkennte deren »irrationale« und »rationale« Potenzen. Nicht notwendig ist es hierzu, den Macht- und Beherrschungstrieb in »die Natur« des Menschen zu verlegen. Von Hobbes aufwärts über Kant haben bis heute viele solchen Annahmen, Gewaltstreben sei natürlich, gefrönt. Einzuräumen ist immerhin, dass im Menschen Potenzen vorhanden sind, die historisch zu herrschaftlichem Handeln werden. Machtausübung und Unterdrückung sind, einschließlich des Versuchs, beide zu sichern und zu institutionalisieren, höchst »menschlich« und quer durch die Geschichte üblich. Geschichte wird geradezu als Machtgeschichte gemacht.

Institutionalisierte Herrschaft schafft Privilegien, »Selbst-Werte« im materiellen und immateriellen Sinne. Sie verleiht Verfügungschancen, die in Geldmacht und in Machtgeld bestehen mögen. Zugleich bedingen höhere oder niedrigere Ränge in der Hierarchie der Verfügungschancen überlegenes oder unterlegenes Bewusstsein. Herrschaftsausübung bewirkt gegenüber »Dingen« der »äußeren« Natur und gegenüber anderen Menschen eine eigenartige Form der »Freiheit«, die missbräuchlich gähnt. Nicht grundlos findet ihre Ausübung neidvolle Anerkennung und wird, wo immer möglich, nachzuahmen gesucht.

Wenn herrschaftliche Unterschiede einmal bestehen, dann wird eine herrschaftliche Dynamik entfesselt. Sie nährt sich teilweise von geschaffenen, bald härteren, bald weicheren »Sachzwängen« der Arbeitsteilung. Sie wird unterstützt vom Habitus der Herrschenden und der Herrschaftsunterworfenen. Äußere Institutionen werden »verinnerlicht«, sie werden »innere Institutionen«. Daraus entsteht die Ungleichzeitigkeit gleichzeitiger Phänomene. Die (äußeren) Institutionen können sich weiterentwickeln oder reformiert werden. Die Verhaltensweisen entsprechen jedoch den früheren Gegebenheiten. Der einmal entstandene Staat lebte von der Dynamik der selbst erzeugten, der um ihn und sein Verfügungsarrangement sich gruppierenden, ihn wie Bienen umschwärmenden Interessen.

Ob man vom »Interesse des Staates an sich selber« (Claus Offe) sprechen sollte, ist fraglich. Jedenfalls ist dieses Interesse gerade als staatliches immer vornehmlich transitiv zu verstehen, es gilt Anderen. Primäre und sekundäre Eigeninteressen rumoren in und um Herrschaft. Die bestehenden Zustände sollen erhalten

werden. Einmal etablierte herrschaftliche, in unserem Fall staatliche Institutionen erlauben eigenartige Verschiebungen und Entlastungen. Nur »der« Staat erscheint macht- und herrschaftsvoll. Die Ökonomie? Keine Rede davon! Das Geld wird von gelehrten Wirtschaftswissenschaftlern als ein soziopolitisch keimfreies »Medium« neben und außer dem »Medium« »Macht« gehandelt. Geruchlos dieses geldliche Medium, kein Gewaltgeschmack, non olet, wie schon Pilatus vertrat. Indes: steckt Herrschaft nicht mitten in den Eingeweiden des Geldes? Es vermittelt Verfügungschancen; es erlaubt Erwerb und Expansion des Erwerbs; es macht vermögende Hortung, es macht, wichtiger, die Akkumulation und den Einsatz von Geld als Kapital möglich. Und Geldeinfluss heckt weiteres Geld und weiteren Einfluss. Dieser schafft wieder neues Geld. »Es« (das Geld), so beschreibt Marx einen Aspekt, »trägt seine gesellschaftliche Macht, wie seinen Zusammenhang mit der Gesellschaft, in der Tasche mit sich. Die Tätigkeit, welches immer ihre individuelle Erscheinungsform, und das Produkt der Tätigkeit, welches immer seine besondere Beschaffenheit, ist der *Tauschwert*, d.h. ein Allgemeines, worin alle Individualität, Eigenheit negiert und ausgelöscht ist«.[121] Aus dem Geld als einem »Medium« höchster Abstraktion sind bis auf einen, dem Anscheine nach verborgenen Rest jegliche gesellschaftlichen Entstehungsgründe, sind die Narben und Kosten entfernt worden. Sein Macht- und Herrschaftscharakter ist nicht mehr einsehbar.

Weil Politik in Form von Herrschaft einseitig, etwa staatlich konzentriert wird, darf der Test des Herrschaftscharakters sich nicht auf nominell Herrschaftliches beschränken. Die Untersuchung von Herrschaftsinstrumenten ist sehr viel breiter anzulegen. Auf direkte und indirekte, offene und verborgene Effekte ist zu achten, fast als sei man empfindlich wie die »Prinzessin auf der Erbse«. Viele Wirkungen sind nicht unmittelbar erkenntlich. Viele Instrumente lassen ihren Haupteffekt nicht an ihrer Stirn erkennen. Sie wirken oft erst im Zusammenhang und entgegen der geäußerten Absichten. Deswegen sind die institutionell-instrumentellen Arrangements insgesamt zu beachten. Sie vermögen, Menschen und Gesellschaften zu verändern und zugrunde zu richten. Indem beispielsweise »aufgeklärt« Gruppen ihre Tradition geraubt wird. Indem die eigenen gesellschaftlichen Bindungen zerschlagen und zerschnitten werden durch Maßnahmen, die dem »aufgeklärten« Anscheine nach emanzipatorisch zielen, wenn nicht (abstrakt!) menschenrechtlich ausgerichtet sind.

An der Zerschlagung ihrer Bindungen, am Raub ihrer Götter und an der Verfolgung ihrer Religion gingen viele Indios im eroberten Südamerika zugrunde. Womöglich starben sie am Verlust des Sinns. Der Versuch, sie durch allgemeine, auch ihnen zu gute kommende Gesetze zu »befreien«, scheiterte. Zwar durften die Indios nun als »freie Untertanen« auch über ihren Landbesitz frei verfügen, doch sie empfanden dies als Unrecht. Nach ihrem Gewohnheitsreicht war der Landbesitz unveräußerbares Gemeineigentum der *calpullis*. Daher galt für sie das neue Pri-

[121] Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 74f.

vateigentum an Grund und Boden, das die Spanier durch den Kauf indianischer Ländereien erwarben, als Diebstahl. Denn Land war kein Wert an sich, sondern erfüllte soziale Funktionen in der indianischen Dorforganisation. Diese »Befreiung« der Indios durch allgemeine, auch ihnen zu gute kommende Gesetze, die von unterschiedlichen Zielen aus qualitativ Verschiedenes bedeuteten, ist somit auf eine Art kulturellen Genozid hinausgelaufen.

Hier lässt sich neue Verherrschaftlichung und anfängliche Verstaatlichung in ihrem rechtförmig von oben eingeleiteten Revolutionierungsprozess erfassen. Die Kosten der »Modernisierung« in ihren meist ausgeblendeten Zerstörungsfolgen werden greifbar. Sie werden bis heute unterschlagen. Man denke beispielsweise an die restlose klein-vorstädtische Aufhebung des alten Dorfes und des ländlichen Raumes im 20. Jahrhundert und vollends nach 1945 inmitten schon »hochentwickelter« kapitalistisch-staatlicher Gesellschaften wie der BRD.

Kein Lob edler Vergangenheit der Indios oder der Bauern in europäischen Landen ist angezeigt. Auch diese Zeiten waren nicht gewalt-, macht- und herrschafts-»unschuldig«. Aber diese Schlaglichter aus der frühmodernen Kolonialzeit zeigen, wie sorgsam die jeweiligen Kontexte, der soziale Oikos einbezogen werden müssen, will man einzelne Instrumente und die Instrumente in ihrem Zusammenhang wirkend verstehen.

Instrumente und ihre Veränderungen

Instrumente und ihre Veränderung markieren Wandlungen von Herrschaft. Sie geben Auskunft über die jeweiligen Herrschaftsqualitäten.

Die Instrumente von Herrschaft greifen ineinander. Sie stimmen in ihren Effekten nicht von vornherein überein. Sie mögen sich widersprechen. Sie dienen dazu, die hauptsächlichen Funktionen von Herrschaft zu übersetzen. Als da sind Identifikation, Objektivierung, Dissoziation, Abstraktion an erster Stelle u.ä.m. Bei der Präsentation einiger hauptsächlicher Instrumente wird das Schwergewicht erneut auf die gegenwartsnahe Entwicklung gelegt.

a) Gewaltmonopol

Das sagt sich rasch hin. Die Feststellung ist selbstverständlich und fast schon aseptisch geworden. Als sei staatlich geübte, öffentlich, d.h. als allgemein privilegierte Gewalt prinzipiell ohne Arg. Diese Annahme stellt die wichtigste Legitimationsleistung staatlicher Verfahren dar. Wenn neue Gruppen sich politisch formieren, wenn terroristische Aktionen etablierte Politik herausfordern, wird das aus dem Normalblick verschwundene Gewaltmonopol, so wie man in eigener Wohnung ein riesiges Bild schließlich nicht mehr wahrnimmt, zuweilen erneut strittig. Selbst in diesen Fällen jedoch meist eher symbolisch-bekenntnishaft gemäß einer staatlich veränderten Gretchenfrage: Wie hältst du's mit dem Gewaltmonopol?

Was aber ist und bedeutet das Gewalt verstellende Monopol an Gewalt?

Dargestellt und ausgeübt wird es vor allem durch Militär, Polizei und, meist verborgen, den spinnwebigen Geheimdiensten. In der neueren Geschichte wurde das Militär gewöhnlich ein Stück aus der Gesellschaft herausgezogen, weil sein massiver Einsatz eher konterproduktiv wirkte. An seiner statt wurde die Polizei ausgebaut, der ein eher »bürgerlicher« Charakter eignet.[122] Staatliches Gewaltmonopol heißt nicht, dahingehend wird es immer wieder missverstanden, als versammle »der« Staat exklusiv alle Gewalt für sich, beanspruche oder besitze sie. Wichtig ist deswegen die Webersche Ergänzung: »Monopol *legitimer* Gewaltsamkeit«. Der Staat beansprucht, dass alle so qualifizierte Gewalt entweder von ihm ausgehe oder von ihm delegiert bzw. toleriert werde. Um eine solche delegierte Gewaltverfügung handelt es sich beispielsweise im Falle der Betriebspolizei, die von Unternehmen eingerichtet worden ist. Der formell private Umhof polizeilicher Gewalt ist beträchtlich, ganz zu schweigen von technischen Sicherheitsvorkehrungen und entsprechenden Sicherheitsdiensten. Toleriert wurde Gewalt bis in jüngste Zeit beispielsweise in der Familie. Als väterliche Gewalt gegenüber Frau und Kindern. Das Ausmaß staatlich ausgeübter und präsenter Gewalt in einer Gesellschaft wäre demgemäß erst recht zu erkennen, wenn die insgeheim lizensierten und die immer erneut tolerierten Formen von Gewalt zusammen genommen würden. Der Stammbaum an akzeptierter Gewalt wird vom staatlichen Monopol zusammengehalten.

Eingeschränkt ist das staatliche Gewaltmonopol auf die *physische* Gewalt. Es umfasst also nicht alle möglichen Gewaltarten, nicht den zwangshaften Einfluss von Menschen auf Menschen. Diese reichen von der physisch vernichtenden bis zur direkten und indirekten Gewalt. Sie rauben den Menschen ihr Eigentliches: Denkvermögen. Man erinnere beispielsweise an die bis in die Gegenwart reichende, wissenschaftlich medizinisch kaschierte Gewalt psychiatrischer Berufe. Deshalb ist der auf Johann Galtung zurückgehende Begriff der »strukturellen Gewalt«, so wenig er pauschal benutzt werden darf, nicht in die ideologische Rumpelkammer zu werfen. Entscheidend ist allerdings, dass dort, wo von Gewalt die Rede ist, diese immer als soziale, auf Menschen bezogene begriffen wird. »Gewalt« »gegen Sachen« ist ein Unding. Da behält der unvergessene Helmut Gollwitzer Recht. Sachen werden zerstört.

Warum wird das Monopol »physischer Gewaltsamkeit« staatlich beansprucht und was heißt »physische« Gewalt? Physische Gewalt erhält ihre besondere Qualität aus ihrer Direktheit, ihrer Unmittelbarkeit, ihrer Fähigkeit, die ganze Person, oder Gruppen von Personen als Personen oder Gruppen zu ergreifen, festzusetzen, u.U. zu töten. Physische Gewalt, dort wo sie vom Staat monopolistisch be-

[122] Zur Entstehung der Polizei in Preußen-Deutschland und zu ihrer Funktion vgl. Heiner Busch/Albrecht Funk/Udo Kauß/Wolf-Dieter Narr/Falco Werkentin, Die Polizei in der Bundesrepublik, Frankfurt/M., New York 1988.

ansprucht wird, beschränkt und verletzt die menschliche Existenz, ja sie ist mit der äußersten Drohung, der des Todes verbunden. Aus den genannten Eigenarten wird verständlich, warum Akte physischer Gewalt so spektakulär wirken. Physische Gewalt wird deshalb um der eigenen Integrität der eventuell gewalttätig traktierten Menschen willen spontan mehr gescheut als andere Gewaltarten. Sie löst mehr Ängste aus. Diese Eigenarten erklären auch, warum »der« Staat sich ihres Monopols versichert, i.S. des allein in ihm ankernden und konsequent zu rechtfertigenden Rechts, Gewalt »gerecht« zu verteilen.

Der staatliche-physische Gewaltschirm reicht über die Institutionen Militär und Polizei erheblich hinaus. Überall dort, wo unmittelbarer Zwang angedroht und widerstehendenfalls angewandt wird, befindet sich gesellschaftliche Wirklichkeit direkt unter seiner Spannweite. Der gesamte Bereich des Strafrechts und des Strafens gehören hier her. Übrigens einer der Bereiche, die am frühesten, besonders bei so genannten Kapitalverbrechen staatlich eingeheimst worden sind. Die Gefängnisse als Teil des Strafvollzugs dürfen nicht vergessen werden. Sie fallen in den Riesenstädten nicht auf. »Normal«. Das sind die »Wonnen der Gewöhnlichkeit« als Gewöhnung an nahezu alle täglichen Ungeheuerlichkeiten. Thomas Mann hat sie einst so bezeichnet. Man geht »gesichert« vorüber. Die Psychiatrie als in sich paradoxe Wissenschaft und Praxis zu heilen, wurde oben schon erwähnt. Sublimer gewiss, indes noch unter besagtem Schirm, befinden sich Steuererhebung und die Regulierung des Straßenverkehrs. Der unmittelbare Zwang und seine Drohung reichen in gesellschaftliche Aktivitäten hinein, die eine Selbstorganisation bürgerlicher Interessen versuchen. Mit am wichtigsten sind organisierte Meinungsäußerungen durch Demonstrationen, die, damit sie nicht staatsgefährlich ausufern, durch polizeiliche Präsenz, die Drohung physischen Zwangs eingehegt werden. Das durch die Instanzen und Regeln des physischen Gewaltmonopols und seine Lizenzträger veranstaltete Trimm-Dich der Bürger ist als täglich wiederholte Übung in seiner konformierenden Wirkung auf unser aller Verhalten nicht zu überschätzen.

Der Staat und sein Gewaltmonopol werden von Hobbes bis heute damit als notwendig legitimiert, dass tiefverankert angenommen wird, allein durch die Gewaltkonzentration sei es möglich gewesen, Gesellschaft zu organisieren. Die in ihr zusammenhängenden Einzelnen würden in ihrem in ihnen steckenden Gewalttrieb gewaltförmig dauerhaft diszipliniert. Nur durch die dauernde Absaugung von Gewalt und ihre Transformation in eine legale beim Staat seien innerer Frieden, bürgerliche Sicherheit und personale Integrität als Menschenrecht praktisch möglich.

Diese Argumente sind schwer insgesamt zu widerlegen. Trotz dem permanenten Summen des in Zeiten auch nur geheimdienstlich vorgespürter Gefährdungen »wild« eingesetzten Gewaltmonopols. Schon der langwierige und nie abgeschlossene Prozess, es zu etablieren, machte seine Vorkämpfer geradezu in Blut waten. Genozidale Wegmarken begleiten es unabsehbar. Widersprüche und

Konflikte, die in der Art des Gewaltmonopols stecken, dürfen jedoch nicht unterschlagen werden. Es sei denn von Komplizen der Gewalt. Indem »der« Staat »die« Gesellschaft von »ihrer« Gewalt »befreit«, stellt er zugleich durch sein Monopol sicher, dass Gewalt, wenngleich staatlich qualifiziert, gesellschaftlich überall dort präsent ist, wo der Staat regulierend und intervenierend vorkommt. Wenn physische Gewalt nur »letztlich« (!) allem staatlichen Handeln unterläge, könnte man sich analytisch wie die meisten Bürger mit dem »Vorletzten« zufrieden geben. Dann schlösse ein Gespräch über Bäume oder der eigene Gang in der Spur eigener Interessen nicht ein, Gewalt an den Rändern der Mitte zu verschweigen (vgl. Bert Brechts Gedicht »An die Nachgeborenen«). Das Monopol macht es möglich. Staatliche Gewalt und somit alle nicht gewaltdurchsichtigen Äußerungen, der riesige bürokratische, neuerdings informationstechnologische Komplex, sind furcht-, schrecken- und angstdurchzogen. Sie bewahren Furcht und Ängste der Bürgerinnen und der Bürger auf, indem sie diese verändern und in den staatlichen Institutionen bewahrend täglich erneuern. Man stelle sich nur die durchgehend präsente vielgesichtige gesellschaftliche, individuell verkörperte Physiognomie der Ungleichheit vor.[123] Die staatlich konzentrierte Gewalt muss jedoch, so der herrschend erneuerte Anschein, gestärkt werden, um »naturwüchsig« auftretende gesellschaftliche Gewalt um der Menschen selbst willen zu bekämpfen, zu unterdrücken, abzuschrecken. Die Prävention der vereinzelten Gewalt wirkt als Dauerlegitimation der staatlichen und ihres feinsinnigen Ausbaus. Private Gewalt in Form der kapitalistischen Struktur- und Funktionsprämisse wird nicht zu minimieren gesucht. Indem ihre Ursachen ausfindig gemacht und abgegraben, indem neue und andere gesellschaftliche Verhältnisse installiert würden. Dagegen stehen nicht nur von den je etablierten Verhältnissen mächtig zehrende Interessen. Dagegen spricht die überaus wirksame »Naturannahme« der im Menschen individuell steckenden Gewalt, die einer staatlichen Schraubzwinge und der Instanzen gewaltiger gesellschaftlicher Gewaltbegrenzung bedarf. Der Staat fungiert deswegen als gewaltiger Monopolist i.S. eines Strukturkonservators der Gesellschaft, gerade auch ihrer Gewaltverhältnisse. Staatliche Gewalt wird schließlich nicht zuletzt dazu eingesetzt, die eigene einmal geschaffene Struktur und ihre Funktionen zu erhalten, ja repressiv vorwärtsgerichtet – also präventiv – zu sichern. Das bürgerliche Sicherheitsstreben droht verkehrt zu werden. In bürgerliche Freiheiten wird eingegriffen, um des Bürgers willen, richtiger aber um des einmal so und nicht anders bestehenden Staates und der in ihm ausgedrückten gesellschaftlichen Interessenverteilung willen. »Der Staat« ist alles, nur keine neutrale Macht über allen Interessenwassern, wie sie insbesondere in deutsch gewachsenen Königs- und Kaiserträumen, neuerdings einem Unding als Zauberding, einem Weltstaatsgewaltmonopol vorgestellt wird. Das Gewaltmonopol heckt Gewalt. Dies tut es nicht nur nach außen, worauf Ekkehart Krippendorff in »Staat und Krieg« als ei-

[123] Siehe Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede (vgl. Anm. 55).

ner nicht zufälligen Verbindung aufmerksam gemacht hat.[124] Diese Gewalterneuerung, dieses Gewalt auch formell privater Art erst schaffende Wirken des Staates richtet sich vor allem nach innen. Das staatliche Gewaltmonopol thront nicht, wie Hobbes' Metaphern vermuten lassen, als Sondergebäude oberhalb der Gesellschaft. Es ist in ihr errichtet. Es erhält und verstärkt deren vorgegebene Struktur durch die Gewalt des Staates.

Im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols bleibt es wichtig, immer erneut zu untersuchen, wie das außengerichtete Monopol (das Militär) mit dem eher inneren (der Polizei) zusammenhängt und ineinander übergeht. Die »fortschrittliche« Differenzierung beider Gewaltkörper, nie perfekt, wird durch eine neuerliche Entdifferenzierung, wenn nicht umgekehrt, so doch im Zeichen des diffusen, rechtlich nahezu hemmungslosen, von keiner Kontrolle gebändigten »Kriegs gegen den Terrorismus« mehrfach gehemmt. Internationale Polizeihilfe wurde freilich zu den Hochzeiten des anscheinhaft geschlossenen Nationalstaats gewährt, wie das Militär auch in europäisch angelsächsischen Verfassungsstaaten, nicht nur in England, vielfach mit der Polizei »gesprenkelt« im Innern der Länder eingesetzt worden ist. Fragen, ob des innenpolitisch breiten Spektrums an Geheimhaltungen nur vage zu beantworten, herkömmlichen und neuen, von aufgeklärter Liberalität bekämpften arcana imperii, Geheimnissen des Herrschens werden, Maulwurfshügeln ähnlich, aufgeworfen. Welche Ex- und Intensität besitzt die Zusammenarbeit der Instanzen mit offenverborgenem Gewaltprofil, nur als Oxymoron zu verstehen? Welche Griffweite und Grifftiefe besitzen sie? Wie werden sie rekrutiert, ausgestattet und kontrolliert? Am schwierigsten und am wichtigsten herauszufinden: wie wirkt staatliches Gewalthandeln sublimiert und explizit mit privaten Gewaltäußerungen genetisch und funktional zusammen; was trennt sie, was stabilisiert sie wechselseitig? Diese Frage beispielsweise hinsichtlich von polizeilicher Gewalt und solcher von Teilnehmenden an Demonstrationen sorgfältig und mit einem Minimum an Vor-Urteilen zu beantworten, erfordert einen beträchtlichen Aufwand.[125]

b) »Das Monopol der legitimen symbolischen Gewalt«

Die symbolische Gewalt[126] und die »Gewalt« der Symbole reizen zu einem schwebend gewichtigen Ausdruckspaar. Wir haben es schon des Öfteren benutzt. Diese auch begrifflich verschieden zu fassenden »Gewalten« sind schwer einzu-, sie sind aber auch kaum in ihrer dauernden Wirkung zu überschätzen. Es wäre schön,

---

[124] Ekkehart Krippendorff, Staat und Krieg: Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt/M. 1985.

[125] Vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Blockupy 2013. Der Frankfurter Polizeikessel am 1. Juni 2013. Bericht zur Demonstrationsbeobachtung vom 30. Mai bis 1. Juni 2013, Köln 2014.

[126] Siehe Pierre Bourdieu/Loïc J.D. Wacquant, Reflexive Anthropologie, Frankfurt/M. 2006.

man vermöchte das Wirkungsgewicht genau zu wägen, auszutarieren und dann gewogen abzulegen. Aber so ist es hier nicht bestellt, wenn man Erkenntnisgewinn nicht mit falscher, nämlich Ambivalenzen unmöglich machender, eindeutig fixierender Sicherheit verwechseln möchte.

Identifikationszeichen und Vorkehrungen, symbolische Identifikation einzuüben, umgeben uns. Wir befinden uns mitten in ihnen. Staatliche Herrschaft sucht sich zum Identifikationsgegenstand unablässig selbst zu promovieren, ähnlich erschlichenen Promotionen. Mit herrscherlichen Insignien und Inszenierungen, zunächst als Herrschertheater, nach der Zeitenscheide der Französischen Revolution als *National*-Staat, ein Gebilde, in dem die Bürger und mählich die Bürgerinnen das »höchste Glück der Erdenkinder« finden; sich selbst verlierend und erst über die Nation und ihren Staat wieder gewinnend. »Deutschland«, die »deutsche Nation«, »alles für Deutschland«, »Reiten und sterben für Deutschland«, ich bin ein »Deutscher«. Ich bin, Hand ans Herz, ein Bürger »of the greatest nation on earth«, also ein US-Amerikaner.

Ein Großteil der Legitimationsmechanismen ist darauf angelegt, eine solche gefühlige Identifikation – »ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand« – jedenfalls mitzuerzeugen, sie, wie dies für die (Aus-)Bildungsprozesse allgemein gilt, habituell einüben zu lassen. Ähnliche Vorgänge sind bei ethnischen, lokalen und regionalen Gruppierungen zu beobachten. Eine Ethnie, dem Anscheine nach fast ein vorpolitisches Urgestein im Schwemmland staatlich-gesellschaftlichen Nivellements, entsteht durch kräftige Kreation und Nachhilfe. Sie folgt macht-, land- und geldgierigen Interessen. Sie ist ganz und gar kultürlich, wenngleich sie gerade »Natur« für sich in Anspruch nimmt. Nicht die »Ethnie«, versteht sich, sondern ihre politischen und intellektuellen Erfinder, Vertreter und Nutzer.[127]

Bloße Inszenierung schlüge fehl, entspräche symbolischer Identifikation nicht ein »Bedürfnis« der Menschen, die sich sozial zu orientieren, einen »Raum« der Zugehörigkeit, »Orte« wenigstens symbolischer Art zu besitzen ausgehen. Die Frage: »Wieviel Heimat braucht der Mensch?« stellte Jean Améry nicht aus dumpf schwülem Kuhstallverlangen. Vielmehr ergibt sich diese anhaltend pochende aus der Not des Menschen nach wenigstens metaphorisch-symbolischer räumlicher Orientierung (eine Art tautologischer Ausdruck, da Orientierung eben im sozialen Raum stattfinden muss), nach Haltestangen, nach bestehenden Werteangeln. Die eigene Position, erneut ein sozial-räumlicher Ausdruck und damit eigenes Selbstbewusstsein suchendes Verlangen, die Fahndung nach gesellschaftlich gewährleisteten »trigonometrischen Punkten« erhellt angesichts der »Furie des Verschwindens«, die in staats- und kapitaldynamischen Gesellschaften umso mehr wütet. Nationalismen aller Art, als abstrakte, aber Herzen füllende scheinunmittelbare und scheinkonkrete Orientierungen und »Behausungen« kommen nicht

[127] Ein Fallbeispiel siehe bei Markus Barnay, Vorarlberg. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck 2011.

zufällig im Zeitalter der Massenpolitik auf. Deren Doppelbewegung aus Dissoziation und Mobilisierung, deren soziale Enteignungsvorgänge machen den abstrakt-projektiven Bezug auf die »Nation« und ihren unterliegenden Staat oder andere (Ersatz-) Personen/Objekte wahrscheinlich, wenn nicht für das sonst »verlorene« Individuum notwendig.

Im Rahmen eines dem »Frieden als Menschenrecht« gewidmeten Vortrags hat Helmut Gollwitzer einmal den komplexen Orientierungsverhalt anschaulich beschrieben: »Das ist – und damit komme ich nun auf die heutige Lage – eine Tendenz der Militarisierung, die für die Supermächte und deren Satelliten entscheidend ist. In der ganzen Geschichte züchten die Bürger mit den Schützern ihrer Rechte zugleich die Totengräber ihrer Rechte. Das ist das historische Dilemma von Staat, Militär und Frieden. Die Beherrschten müssten also jetzt dieses Verhältnis vom Schutz ihrer Rechte durch Androhung und Anwendung von Gewalt und Aufs-Spiel-Setzen ihrer Rechte oder Opferung ihrer Rechte kritisch reflektieren. Darum geht es heute. Ich will dazwischen ein kleines Beispiel vorführen, weil ich es gerade gelesen habe: Die Autobiographie von Oskar Hippe, einem trotzkistischen Arbeiter, seine Erinnerung an 60 Jahre in der Arbeiterbewegung unter dem Titel ›... und unsere Fahn' ist rot‹ (Junius-Verlag, Hamburg 1979). Der Verfasser ist das jüngste Kind einer Eisenbahnerfamilie mit zwölf Kindern aus der Gegend von Merseburg. Die Eltern haben einen kleinen Garten, etwas Viehhaltung, und der Vater bekommt immer unzureichenden Lohn. Der Vater ist religiös, nicht sehr fleißiger Kirchgänger, aber entschiedenes Kirchenmitglied. Er ist streng konservativ, Monarchie und Preußentum sind für ihn tabu, Sozialdemokraten sind vaterlandlose Gesellen und Landesverräter. Alle Aggressionen in diesem verkümmerten Mann entladen sich nicht gegen das System und die Herrschenden, sondern gegen Frau und Kinder; ihnen verbietet er die Lektüre sozialdemokratischer Hetzblätter. Beim Kriegsbeginn 1914 ist er in Hochstimmung: ›Jetzt werden wir es den Franzosen zeigen. In wenigen Wochen sind wir in Paris, und in einem Vierteljahr sind unsere Soldaten wieder zurück.‹ Die Kinder dieses Vaters sind großenteils Sozialisten, dann Kommunisten. Das ist in zwei Punkten – scheint mir – lehrreich«.

Um dieser »Moral aus der Geschicht'« halber sei diese Passage aus Gollwitzers Vortrag zitiert, die aber eben nur recht verstanden werden kann, wenn man Vorgänge, die zu ihr führen, betrachtet: »Es geht ja beim Rechtsfrieden, um das noch einmal in Erinnerung zu bringen, für das Individuum auch um die Sicherheit der physischen Existenz, das ist klar, aber zugleich zweitens um geregelte intersubjektive Beziehungen und drittens um eine geregelte Partizipation an einem größeren Allgemeinen. Das werden jetzt meine Leitfragen sein. Vater und Kinder Hippe haben eine solche Beziehung zu einem Allgemeinen. Für den Vater ist das Allgemeine das Vaterland plus dem Monarchen, für den Sohn ist das Allgemeine die sozialistische Zukunftsgesellschaft. Das Allgemeine des Vaters erfüllt die Sinngebung für Opfer und die Möglichkeit der Identifizierung mit einem Grö-

ßeren, was offenbar ein dringendes Bedürfnis des Menschen ist. Der Sklave hat kein Allgemeines, das ist die Hauptberaubung des Sklavendaseins. Aber dieses Allgemeine des Vaters, das monarchische Vaterland, gibt ihm nicht die Möglichkeit der Partizipation – oder nur als Opfer, nur scheinhaft als Subjekt. Es gibt das Dreiklassenwahlrecht, und die Scheinhaftigkeit bleibt auch nach 1918 mit dem gleichen Wahlrecht der Demokratie bis heute. Die Scheinhaftigkeit des Subjektseins beim Vater ist ganz deutlich; denn dieses scheinhafte Subjektsein hebt nicht auf, dass er ein Objekt für das Allgemeine ist, das zu sein er vorgibt. Und von der Horde bis zum modernen Staat ist dieses Allgemeine ständig ein begrenztes Allgemeines, nicht die universale Menschheit. Für den Sohn ist der Schein dieses Allgemeinen durchschaut. Er will sein Subjektsein durchsetzen in gleichmäßiger Partizipation und universal. Das ist das Pathos der Arbeiterbewegung gewesen, das aber seinerseits, so muss hinzugefügt werden, zu neuer Scheinhaftigkeit und neuen Opfern beitrug«.[128]

Der Zusammenhang mit dem zoon logon echon, dem Sinnsuchenden, schaffenden, einer bedürftigen und einer Bleibe auf der Erde bedürftigen Wesen Mensch und dem zoon politikon das solchen nur in der Teilnahme an politischer Gemeinschaft erlangen kann, ist human konstitutiv gegeben – und dauernd prekär. Also mit Hilfe regulativer Prinzipien zu kontrollieren.

Grenzen

Grenzen sind Hypothesen, Krücken der Orientierung. Schon bei Kindern werden sie früh schmerzlich erfahren als »Realitätsprinzip«. Das trägt zugleich zu ihrer eigenen Wahrnehmung, »ich« bei. Grenzen und Vergleich und darin immer auch steckende Frustrationen. Grenzen und Vergleich, je nach dem wie sie »eingeführt« werden, wie sie erfahren und verarbeitet werden können, sind abgründig umgeben von vorurteilshafter Ab- und Ausgrenzung. »Ich bin«, weil ich »anders wie der Andere bin«. Ich beginne meine eigenen Begrenztheiten negativ und positiv auf »die Anderen« zu projizieren, als Gefahr und als Sehnsucht in einem. Noch in der »Freiheit« als leuchtendem Wort steckt die Anerkennung, die Annahme der Grenze und die Rebellion gegen »falsche« Grenzen, gegen unnötig aufgeherrschte.

Symbole als Fliegenfänger der Identifikation mit dem »national« wie zu einer eigenen Substanz gekürten Staat hängen zahlreiche von der Decke menschlicher Behausungen. Eher sichtbare und eher verborgene. Vielleicht fliegt man gerade in diesem Augenblick auf einen solchen Menschenfänger. Und bleibt im süßen Leim hängen. »Ein Vogel klebt auf einem Leim. Er flattert sehr und kann nicht heim.« Die Flagge, die Hymne, die Präsidenten, die Staatsangehörigkeit, Feste

[128] Siehe Helmut Gollwitzers großen, wenngleich lose formulierten Vortrag in: Freiheit und Gleichheit. Streitschrift für Demokratie und Menschenrecht Nr. 4, Hrsg. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal 1983, S. 12f.

und Feiern, die gesamte weitreichende Ästhetik der Herrschaft: sie ermöglichen das konsonante und dissonante Konzert der überall anders aufgeführten »Politik der Gefühle«.[129] Etablierte Institutionen besitzen baulich, wie in der BRD zur Kunstförderung vorgeschrieben, kunstvolle Ornamente, Plastiken, Mosaiken und dergleichen. Sie enthalten und präsentieren darüber hinaus Elemente der symbolischen Nötigung. Die Dritte Gewalt, die Justiz, ist darin ein rotrobig oder anders farbbetucht und zugeschnitten hervorstechender Meister. Die symbolische Nötigung beginnt in bundesdeutschen Landen damit, dass alle sich erheben müssen, wenn das unter Barett und Soutane verborgene »Gericht«, in dem die Richter als Personen gleichsam verschwinden – auch ihre Bäuche werden schwungvoll verborgen –, den ansonsten meist öden Saal betritt. Und es versteht sich, dass »das Gericht« (einschließlich der Vertreter der Staatsanwaltschaft) auf einem erhöhten Podium Platz nimmt. Die Angeklagten und ihre Vertreter müssen im Parterre ausharren. Schließlich – um eine aufwändige symbolträchtige Inszenierung vorzeitig zu beenden, in dem auch die symbolträchtige Rechtssprache eine bedeutende Rolle spielt –, verkündet »das Gericht« stehend sein Urteil »Im Namen des Volkes« bei kurzfristig entblößtem Haupte. Die Göttin Justitia weht durch den Saal. Darum hat Fritz Teufels umständliches Aufstehen (gegen-)symbolische Rechtsgeschichte gemacht. Als er, Mitglied einer Spassguerilla und Angeklagter, sitzen geblieben, der Aufforderung des Richters, sich symbolisch konform zu verhalten, an seinen Hosen nestelnd Folge leistete mit den gemurmelten Worten: »Wenn's der Wahrheitsfindung dient.«

Die politisch-depolitisierende Inszenierung der sportlichen Großveranstaltungen, nicht allein der flaggenumwehten olympischen Spiele belegt, wie weit der Umhof staatlicher Symbole gezogen wird: schier grenzenlos um willen staatlich-nationaler Symbole der Ein- und Ausgrenzung in Identifikationen und negativen Diskriminierungen schaffenden Absichten.

Ein beträchtlicher Teil dessen, was Politik heißt, kann als Management von Symbolen bezeichnet werden. Hierzu gehört das Management der »nationalen« Geschichte , das die jeweilige Gegenwart stützen lässt und mit Hilfe der neuesten Management-Prinzipien politischer Interpretation betrieben wird. Auch die schlimmste Vergangenheit lässt sich deutsch-österreichisch nützen. Felix culpa, glückliche Schuld![130]

So sehr Symbole herrschaftlich genutzt, als »Ästhetik der Herrschaft« zu kritisieren sind – daneben gibt es solche des Widerstands – so wenig kann und darf Symbole zu schaffen und zu nutzen unterbunden werden. Das bedeutete selbst, wie die schon im antiken Rom geübte damnatio memoriae, den Versuch totaler Herrschaft. Menschen sind Symbole schaffende, Symbole bedürfende, Welt und Wirklichkeit rundum symbolisierende Wesen. Noch der eigene Leib wird ihnen

[129] Josef Haslinger, Politik der Gefühle: Ein Essay über Österreich, Frankfurt/M. 2001.
[130] Am Exempel Bundesrepublik Deutschland vgl. Wolf-Dieter Narr (siehe Anm. 113).

ein Zeichen; noch das unter-, nach- oder überirdische Dasein wird ihnen symbolisch gegenwärtig, wird mit Hilfe von Symbolen zur Gegenwart »gezwungen«. Mögliche »Wirklichkeiten«, wie sich noch in diesen Anführungszeichen äußert, vermögen wir nur symbolisch zu erkennen. Christa Wolfs Bemerkung angesichts des Totenkults gilt weit darüber hinaus. Was geschähe, wenn wir »Wirkliches« »Tatsächliches« ungespalten und ohne Schatten wahrnähmen und lebten? »Aus einer Welt, die ökonomisch nur diesseitig wäre, müsste der Mensch auf die eine oder andere Weise verschwinden«.[131] Dass Thomas Jefferson, 3. Präsident der USA und erster Formulierer der Virginia Bill of Rights, die Indianer minderwertig eingruppierte, weil sie ihren Totenkult pflegten, demonstriert in seiner präsentischen Unmittelbarkeit inhumane Abgründe der westlichen Modernisierung mehr, als manche blutige Tat.

Umso wichtiger ist es gegenüber Symbolen, den schließlich anerkannten, den zu eigen gemachten, den selbst benutzten, den für Recht erachteten, den herrschaftskritischen, einen distanzierten Blick zu bewahren. Hier gilt Bert Brechts gegenidentifizierende Forderung umso mehr: »Glotzt nicht so romantisch!« Erst in erfahrener Distanz werden die qualitativen Unterschiede zwischen vergemeinschaftender Symbolik und den Formen ihrer Vergemeinschaftung offenbar. Ob es sich um ein »primitives« rituelles Drama handelt; ob der Totenkult in der »Antigone« politisch wird, weil von Kreon als Bestandsbedrohung wahrgenommen, ob ein dem Herrschaftskult dienendes Gedenken stattfindet oder Erinnerung eine herrschaftlich dienliche »damnatio memoriae« überwindet. Man denke beispielsweise an das für WDN beglückende Ereignis, der den Ungarnaufstand im Herbst 1956 als junger Mann erlebt hat, am Radio klebte, Imre Nagy verehrte, bereit, sich einem Freikorps wider alle Vernunft anzuschließen, um Ungarn zu befreien: den 16. Juni 1989. Mitglieder der gegenwärtigen ungarischen Regierung trugen den Sarg, des staatsermordeten, des staatsverratenden Imre Nagy – man denke an die Rolle der Botschaft Jugoslawiens, die entsprechend von der Sowjetunion erpresst worden ist. Er war an diesem 16. Juni 1989 exhumiert worden, um ihn ein Vierteljahrhundert nach seinem Tod angemessen zu begraben.

Symbole sind Formen der Kommunikation. Sie deuten, bedeuten. Sie stellen einen Kommunikationszusammenhang her. Sie wirken nach außen oft abwehrend, hermetisch. Umso schwerer sind sie zu interpretieren. Jede Gesellschaft ließe sich gemäß der Hierarchie ihrer Symbole und ihrer Geltung entschlüsseln. Der jeweiligen Staats-»Religion«, dem Gewebe politisch-herrschaftlicher Verbindlichkeiten kommt eine Sonderrolle zu.

Die am meisten verbreitete und wohl wirksamste aller Kommunikationsformen bildet die Sprache: Ein symbolisches Arrangement eigener Art. Deshalb ist eine »Politik« aufspürende Analyse der jeweiligen Sprache und ihrer Eigenarten geboten. Die dem biblischen Mythos gemäß »babylonisch« genannte Vielfalt und un-

[131] Christa Wolf, Kassandra (siehe Anm. 90).

terschiedliche Hermetik der Sprachen besitzt erhebliche, Grenzen und Identitäten bildende politische Wirkungen. Die »National«-sprache, die nationalstaatlich territorial angeeignete und durchgesetzte Sprache bis hin zur Amtssprache und zur sprachlichen Enteignung ethnischer Minderheiten, wurde zu einem Hauptmittel staatlicher Organisation. Enger noch wird Sprache herrschaftlich durch zugelassene, hingenommene und nicht erlaubte Wörter. Politische Dominanz, Hegemonie bestimmter Interessen und Parteien schlägt sich sprachlich nieder – nicht zuletzt in den »Formeln der Macht« als mächtigen, sprachlichen, Wirklichkeit zurichtenden Formeln. Weil »Politik« die »Verständigung über das Wirkliche« ist (Hugo von Hofmannsthal), auch die Blockade, die Unterdrückung »des« Wirklichen, in Form von Herrschaft bedeutet, gerade darum tobt insgeheim und offen der Kampf um Wörter als ein Streit um die angemessene Wahrnehmung »der« Wirklichkeit und deren Definition. Die Sprache des »Verfassungsschutzes« in der Bundesrepublik ordnet politische Verhaltensweisen als »links-« oder »rechtsextremistisch« zu, qualifiziert sie als »verfassungsfeindlich« oder als »verfassungskonform«. Weil aus dieser Etikettierung staatliches und nichtstaatliches Handeln folgt, weil die Etikettierung sich auch auf die Etikettierten auswirkt, wird aus dem Streit um Worte ein politischer Kampf um politisch zugelassene und nicht zugelassene Positionen. Ja, es geht um politisch mit-definierte Existenzen. Zum Beispiel Berufe. Berufsverbote als Wortverbote. Sobald aber ein Kampf um Worte und ihre Folgen nicht mehr stattfindet wie in der BRD, werden die Wörter und die mit ihnen bezeichneten Verhaltensweisen zu Nicht-Entscheidungen. Wörter wirken wie eingerammte Pflöcke dessen, was »wirklich« ist. In Worten anders zu denken, wird gewaltig unterbunden oder lizensiert: »Freiheitliche, demokratische Grundordnung.«

Bürokratien leben davon, »Wirklichkeit« zu transformieren und zu einer bürokratiehandlichen umzuworten. Für die »öffentliche« Bürokratie gilt diese Behauptung in besonderem Maße (die Unterscheidung »öffentlich« und »privat« gehört ihrerseits zu den Wirklichkeit schaffenden Etiketten, die den Flascheninhalt mit erzeugen). Durch Gesetze und deren Auslegung bestimmt, teilt sich das mit, was bürokratisch als wirklich gilt. In diesem Sinne ist Bürokratie eine Zeichenherrschaft mit habhaften, eventuell mit tödlichen Folgen. Die von Mitgliedern der Bürokratie oder des längst bürokratisch eingelullten Parlaments formulierten Gesetze verraten sich ihrerseits durch ihre Sprache. Der »Verrat« bleibt allerdings in der Regel unerkannt. Nur die professionell »Zuständigen« nehmen die von ihnen gemachten Gesetze zur Kenntnis. Es ist dann ihre bürokratisch verwirklichte (»implementierte«) »Ordnung«. Auch weil wir alle als »Klienten« der Bürokratie längst ihre Wirklichkeitseinteilung, sanktionsschwer wie sie uns gegenübertritt, übernommen haben, fällt uns die »unmögliche« Sprache der Gesetze nicht auf. Ihre Sprache ist ohne das hintergründige Gewaltmonopol nicht angemessen zu interpretieren. Wendete man die gesetzlichen Ausdrücke und ihre Grammatik sorgfältig um, entdeckte man, wie in der Gesetzessprache und ihrem nor-

mierenden Anspruch, gegen die Art. 1 und 2 des Grundgesetzes der BRD, also die »Würde des Menschen« und ihre »Unverletzlichkeit« verstoßen wird. Negative gesetzliche Musterexemplare, die den enteignenden Büro-Modus im gesetzlich pauschal normierenden Leib führen, stellen das Hartz IV Gesetz von 2003 dar und wenige Jahre später, das »Zuwanderungsgesetz«. Es präsentiert seinen restriktiven Charakter nicht nur, wie Hartz IV in seiner bürokratischen Dialektik von »Fordern« und »Fördern«. Es offenbart diese schon in seinem unüblichen Neologismus: »Zuwanderung«. Die Lektüre des Strafgesetzbuches kann das Gruseln lehren, wenn anders man vergebens auszog, es kennen zu lernen. Von »niedriger Gesinnung« ist die Rede, von »Nötigung« in »verwerflicher« Absicht und moralisch Personen entkleidenden angeblichen Gegebenheiten mehr. Darum ist die Sprache des Strafgesetzbuches und sind die in ihre Taschen gesteckten Normen als vor-menschenrechtlich disqualifiziert. Dass die Wirklichkeit normierende Grammatik des Rechts im Modus des Indikativs auftritt – statt soll, steht überall »ist« als vorauseilende Sanktion bzw. vorauseilender Gehorsam – verrät mehr als ausdrückliche Gebote ihren Herrschaftscharakter. Die Formulierung von Art. 1 Satz 1 als hehre Norm über der Tür der folgenden 146 Artikel des allerdings oftmals, meist restriktiv veränderten Grundgesetzes lautet: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Die Formulierung einer Sollensforderung im Indikativ verwandelt diesen Satz in ein Tabu. Es ist selbst vom zuständigen höchsten Gericht, dem Bundesverfassungsgericht nicht entzaubert worden. Das gilt auch und gerade dort, wo erwiesen werden konnte und judikativ entsprechend hätte entschieden werden müssen, dass »die Würde des Menschen« verletzt worden ist. Beispielsweise in Fällen von Hartz IV und sogar gemäß einer, grob fahrlässig, als verfassungskonform anerkannten Grundrechtsänderung, dem Ersatz von Art 16 Abs. II GG durch Artikelkauderwelsch, von Art. 16 a GG, gültig ab 1.6. 1993. Die Nicht- oder Fehlinterpretation wurde dadurch erleichtert, dass zureichende »Kennungen« des Würdeausdrucks fehlen.

Herrschaftliche Hilfsnormen. Die bürokratische Versachlichung des Menschen, die der in der Bürokratie versachlichten Herrschaft entspricht, ist weit gediehen. Sie kommt nicht allein in einer Fülle einzelner Ausdrücke und der in Abkürzungen verkümmerten Sprache zum Ausdruck. In Formeln vor allem, die man findet, wo das Auge bürokratische Texte abtastet, à la »Krankengut« und »Bildungsreserven«, »Manpower« und »Humankapital« usw. usf.

Sie äußert sich insbesondere im schwer handlichen substantivischen Begriffsungetüm und der in solchen Ungetümen enthaltenen Praxis, mit dem Leitverbum »durchführen«. Wohlgemerkt insbesondere in der bildungs- und pädagogischen Sprache! Einzelfälle, einzelne Schicksale, Besonderheiten – sie gehen im Stiefeltritt dieser Begriffe unter, die alle so genannte Präzedenzfälle, sprich eben alle Besonderheiten scheuen. Die politische Sprache im engeren Sinne ist durchsetzt von Täuschungsmanövern, am kenntlichsten in Euphemismen. Dass Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts »Nachrüstung« Vorrüstung hieß, müsste in jedem

Wörterbuch der politischen Gegenwartssprache so erläutert werden; gleichfalls, dass »Modernisierung« (in Sachen Lance-Rakete) die Konstruktion einer neuen 499-Meilen-Rakete bedeutet. Das Wort »Planung«, während der 1950er Jahre als »kommunistisch« verketzert, brachte die Empfehlung mit sich, »doch gleich nach drüben zu gehen«. Der antikommunistische Jargon ist ohnehin ein eigen, die BRD konstituierendes »Ding«. Im Zeichen des Neo-Keynesianismus der endsechziger Jahre wurde »Planung« unversehens zum Alleskönner promoviert, um nach Mitte der 1970er Jahre der gütervollen und demokratietollen Deregulierung, der Selbsthilfe u.ä. mehr Platz zu machen. Wie mit Worten beste und schlechteste Politik gemacht wird, kann man an den sowjetischen Zauberformeln »Glasnost« und »Perestroika« erkennen; auch, wie sich Menschen an solche Formeln klammern, an ihnen aufrichten, ihrer bedürfen. Herrschaft und Herrschaftssprache ist eben meist durchwachsen.

Sprache und Herrschaft

Sprache ist lebendig. Bedeutungen verändern sich und können nicht ein für allemal definitorisch zementiert werden. In der Sprache spiegelt gesellschaftliche Verhältnisse – und zugleich ist sie Herrschafts- und Manipulationsmittel.[132] George Orwells oben schon apostrophiertes Vorbild ist zur nachholenden Lektüre wenigstens zu erwähnen. Newspeak; goodspeak and badspeak ... ; beim politischen Gegenwartsdeutsch ist meist nicht anzugeben, von wem es ausging und ob es »von

[132] Auch Geschlechterverhältnisse spiegeln sich in der Sprache, wie Luise F. Pusch in »Das Deutsche als Männersprache« (Frankfurt/M. 1984) trefflich illustriert hat. Seit einigen Jahrzehnten haben die Mühen um eine geschechtergerechte Sprache eingesetzt. Selbst in der Formsprache ist angekommen, dass hier etwas zu beachten sei. So ist beispielsweise in meinem (UvW) institutseigenen »Autorenvertrag« sogleich unter Autor* zu lesen, dass hiermit Autoren, Autorinnen, Herausgeber und Herausgeberinnen gemeint seien. Was zumindest die Autorinnen betreffend eigentlich überflüssig ist, denn das Mitmeinende war zuvor auch schon der Fall. Es ist jedenfalls so eine Sache mit der geschlechtersensiblen Sprache. Sie wird nicht unbedingt schöner beim gendern. Das liegt nicht an der Geschlechtersensibilität, sondern daran, dass die Sprache selbst herrschaftlich geformt ist. Sie als solche geschlechtersensibel wenden zu wollen ist fast so, als solle ein Atomkraftwerk in eine Windparkanlage verwandelt werden bzw. als solle die Sache mit der Energie sich wenden, ohne dass die Strukturen (Infrastrukturen, Konzernstrukturen, Interessenlagen und gesellschaftliche Strukturen allgemein) mit verändert würden. In unserem VSA: Verlag ist die neue Konvention in Form des großen I eingezogen: AutorInnen. Diese Konvention hat sich nun allerdings bei uns nicht eingewurzelt. So schreibt Wolf-Dieter N. teils im Makulinum, verwendet teils beide Formen und fügt beispielsweise in Klammern hinzu, dass es Wählerinnen erst deutlich später gegeben habe... Uta v. W. verwendet ebenfalls teils beide Formen, teils wechselt sie zwischen Femininum und Maskulinum (das pure Femininum fällt übrigens meist sogleich auf...) oder schreibt in Zusammenziehungen: Autor*innen. Hier bevorzugt sie das Sternchen gegenüber dem derzeit als »korrekt« geltenden Unterstrich: Autor_innen wird geschrieben, um queer-geläutert anzudeuten, dass es nicht nur zwei Geschlechter gibt, sondern Vieles dazwischen. Wahrscheinlich müsste die Sprache für eine geschlechtersensible Erzählung neu erfunden werden. Wir machen es einstweilen mal so und mal so und verhalten uns sprachlich mitunter subversiv und eigenwillig.

oben« nach unten oder – wie wahrscheinlicher – von unten nach oben »sedimentierte«. Erstaunlich ist es und ein anderer Ausdruck der Télématique – wie rasch sich Formeln und Formulierungen ausbreiten, sodass hinterher nicht mehr gewusst werden kann, wie es zuvor möglich gewesen sein sollte, sich auszudrücken.

Dieses von uns eingefügte Sonderkapitelchen ist in der Anlage 1989 entstanden und müsste heute erheblich erweitert werden. Im letzten Vierteljahrhundert sind eine Fülle technologischer Ausdrücke, nicht selten Anglizismen oder deutsch englische Kentauernausdrücke, will sagen deutsch-englische Mixturen hinzugekommen, bei denen es schwer fällt, nicht kulturkritisch zu argumentieren. So wie die gesamte soziale Wirklichkeit internet- und biotechnologisch durchdrungen wird, so wird sie auch überspickt, wenn nicht ersetzt durch einen neuen technologischen Jargon der nicht mehr so neuen, sich aber rasch weiter, feiner und kleiner entwickelnden Technologien. Wir möchten uns wichtig erscheinende Aspekte des Wirklichkeit schaffenden Zusammenhangs von Sprache und Politik am Fall der Bundesrepublik vor 1990 in zweifacher Weise skizzieren. Zum einen am Beispiel der nationalsozialistischen Sprache und zum anderen anhand einiger Begriffe und Formeln.

Kleiner Exkurs zur großmächtigen Sprache des Tertii Imperii, »Grösprаz« (= Größte Sprache aller Zeiten)

An der nationalsozialistischen Sprache und ihrem Eindringen in alle Poren der seinerzeitigen Äußerungen samt langer Nachwirkung lässt sich viel lernen. Über den Nationalsozialismus; wie er sprachlich vor- und nachbereitet wurde und wie er in »Weltbilder« der Sprache einsickerte. Über die Art, wie Sprache zum geradezu universellen, zum sublimen und zum enthemmten Herrschaftsmittel wird, das auch noch den Widerstand gegen solche Herrschaft lähmt und halb einbezieht. Victor Klemperer war der erste, der sich systematisch – bis heute Pflichtlektüre aller Sprach- und Herrschaftsforscherinnen – mit der »LTI«, der Lingua Tertii Imperii befasst hat (1947). »Die unbewältigte Sprache« lautet der Untertitel. Sternberger/Storz/Süsskind kamen mit ihrem »Wörterbuch des Unmenschen« Klemperer zuvor, lassen sich aber mit seinem Buch trotz vieler Anregungen schwer vergleichen. Die letzte umfängliche Studie, die wir erwähnen möchten, wurde von Gerhard Bauer verfasst: »Sprache und Sprachlosigkeit im ›Dritten Reich‹« (1988).

Folgende Arten, »Wirklichkeit« in Besitz zu nehmen und Anderen zu rauben lassen sich zeigen (wir beschränken uns auf ein schlagsatzartiges Ausleuchten):

- »die Nationalsozialisten«, wenn so vergleichsweise personal überhaupt geredet werden darf, setzten die Sprache der Bürokratie, ihre substantivisch abstrakte, abkürzungsversessene Manie bis zur Perfektion fort. »Du bist nichts, dein Volk ist alles« – in diesen bürokratischen Abstraktionen wurde der leer pathetische, Personen verachtende Satz menschenleeres Ereignis;
- wie ›sie‹ den Euphemismus beherrschten, den sie vielfach schon in einflussreichen Versatzstücken vorfanden, die die Wirklichkeit entstellten. Der An-

spruch des »National-*Sozialismus*« gehört selbst dazu; die »Euthanasie«, die das Gut-Sagen schon in sich enthält, ist ein Beispiel, so wie neuerdings die »Sterbehilfe« (»Eu« heißt im griechischen gut-wohl; Euthanasie meint das »wohl- oder gut-oder schön-Sterben«); »Arbeit macht frei«, der Pforteneingangsspruch von Auschwitz, eine zynische Formel zu nennen, verfehlt die Selbstprojektion und den Abgrund, der sich in ihr öffnet. Man vermag ihn nicht ungeschädigt auszuloten;

– Urworte »orphisch«, Ursprungsmythische Wesensaussagen, die den Schrecken der Leere atmeten und alle bei Gelegenheit nötigen Entscheidungen möglich machten (den »okkasionellen Dezisionismus«, den Karl Löwith Carl Schmitt attestierte), gaben sumpfigen Grund. Sie zogen hin und zogen an wie das Flötenspiel eines Rattenfängers, der als Kinderfänger auftritt: »Blut und Boden«; »Volk ohne Raum«; das unausschöpfbare, fast alle Interpretationen zulassende Wort »Volk« in allen mögliche Zusammensetzungen und Adjektiven: vom »Volksgenossen« – auch hier wieder der nationalsozialistische (Pseudo)-Sozialismus höchst einflussreicher Art – bis hin zu »völkischem« Gehorsam. Die »völkisch« haltenden Mächte, der auch organisatorisch anscheinshaft und arbeitsdienstlich real gebotene Zusammenhang in einer mißtrauenvollen a-sozialen Gesellschaft, »enthirnlichten« die »muttertiefen« Wörter, im Bennschen Sinne machten sie gerade als solche attraktiv. Die Politik solcher Gefühle, zeitgemäß modifiziert, hat 1945 nicht aufgehört;
– der Erfolgs- und Leistungsjargon, die volksbraunen Tiefenwörter merkwürdig kontrastierend durchzieht das »dynamische« Jahrzwölft. Die dem Anscheine nach behausenden Wörter sollten nur die widerstandslose Voraussetzung dauernder Mobilisierung schaffen. »Allzeit bereit«. Der Erfolgs- und Leistungsjargon leistete der inneren Militarisierung Vorschub. »Zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl, flink wie die Windhunde« – gemäß der vom Führer ausgegebenen, von Baldur von Schirach weitergegebenen Hitler-Jugend-Devise;
– die Identifikationswörter spreizten sich weit. Besondere, »konkrete«, sichtbare gesellten sich hinzu; »der Führer«, »mein Führer«, unerreichbar weit und nah zugleich; »die« Wirklichkeit. Und dieser einzige Führer verjüngt sich gemäß dem »Führerprinzip« in Hundertausende von kleineren Führern. Organisation und Sprache kommen zur Deckung. »Ich bin klein, mein Herz ist rein, soll niemand drin wohnen als der Führer allein«;
– die Bürokratensprache, dem Erfolgs- und Leistungsjargon entsprachen eine Planungsemphase der Sprache, die die »Modernität« des NS unter Beweis stellt(e). Nicht zufällig wurde die Verbindung zur rasenden Technik, nicht zuletzt zur Autoindustrie bis zum Schluss mit zu Tode drangsalierten »Fremdarbeitern« und arbeitsfähigen KZ-Insassinnen nachdrücklich aufrechterhalten.[133]

[133] Siehe Helmuth Bauer, Innere Bilder wird man nicht los. Die Frauen im KZ-Außenlager Daimler-Benz Genshagen, Berlin 2010. Bauers ungewöhnliche Dokumentation behandelt nicht

Der »Aufbruch« in die Planung und die Pläne, die am strategischen Schreibtisch, ohne Menschen zu beachten, von der Retorte entworfen werden konnten, drückten sich in der »Endlösung« prägnant aus. Die Herrschaft mit dem Superlativ, der Endgültigkeit, der ästhetischen (Pseudo-)Eindeutigkeit gehörte ohnehin zur Gesamttheatralik dieser Herrschaft und ihrer Sprache. Walter Benjamin hat trefflich von einer »Ästhetisierung der Politik« gesprochen. [134]

Am Rande sei vermerkt, dass Herrschaftssprache, Bürokratensprache und Wissenschaftssprache den Vergleich lohnen. Die Sprache der Sozialwissenschaften ist zum großen Teil – leider – nichts anderes als die Fortsetzung bürokratischer Sprache mit jargonoresk gesteigerten Mitteln. Leere Abstraktionen jagen sich. Buzzwords ersetzen Einsichten. Begriffsungetüme verstellen die Wirklichkeit. Geruchlose Begriffe leisten der Entpolitisierung Vorschub und sorgen dafür, dass die sozialwissenschaftliche Hilfe gering ausfällt, gegenwärtige »Wirklichkeit« besser verstehen zu können. Außerdem sind die meisten Begriffe so gefasst, dass sie keine Schaufenster zu den Personen und ihren gesellig-ungeselligen Beziehungen besitzen, denen sie wohl gelten sollen. Die Begriffsbezüge sind neue »Subjekte« à la Systeme u.ä. oder längst a-personal gewordene Abstrakta wie »Mobilität« und »Flexibilität«.

Einige Begriffe und Formeln der Gegenwartssprache

Akzeptanz: Vom Lateinischen übers Englische, haben wir recht beobachtet, Anfang der 70er Jahre zum politischen Zentralausdruck gewordenes Wort. Es meint zunächst nichts anderes als Hinnahme. Unseren, allerdings nicht sehr intensiven Recherchen zufolge, wurde es von einer Studie des Batelle-Instituts über die Whyler Bauern und ihren Widerstand gegen die KKW = die Kernkraftwerke im bundesdeutschen Gebrauch erst salonfähig und schier unentbehrlich gemacht. »Akzeptanz« bedeutete in dieser Studie hauptsächlich: wie kann erreicht werden, dass Bürger und Bürgerin zu schon getroffenen Entscheidungen, z.B. technische Großanlagen einzurichten, ohne Murren zustimmen. Diese Schlagseite des »Akzeptanz«-Ausdrucks machte ihn vielleicht so attraktiv, dass er von allen Politikern landauf landab an Stelle von Rechtfertigung oder Legitimation gebraucht worden ist. In der Zwischenzeit hat dieser Begriff sogar demokratische Blüten angesetzt. Sein einseitiger Kern bleibt:

---

nur wie zuvor schon die Verbindungen der NS-Herrschaft mit Mercedes-Benz im Zwangsarbeitsbetrieb Genshagen, er stellt auch das schäbige Verhalten des Betriebs mit raren Ausnahmen bis in jüngste Vergangenheit dar. Vgl. Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im »Tausendjährigen Reich«, hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Nördlingen 1987.

[134] Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/M.. 2010.

die verfahrenslose Hinnahme und die Überlegung wie man sie, im Sinne eines »Akzeptanzmanagement«, bewerkstelligen könne.

Arbeitgeber/Arbeitnehmer: Eine alte Unterscheidung. Wer fände heute noch etwas dabei. Alle gebrauchen sie. Eine sprachliche Nicht-Entscheidung. Denn dass die Kapitaleigner, die Aktionsgesellschaften Arbeit »geben«, während die Arbeiter sie »nehmen« als handele es sich um Gabe und Nahme, wie sie der Ethnologe Marcel Mauss vor Jahrzehnten charakterisiert hat, ebenengleich und ausgleichsbeflissen – davon kann beim besten Willen beider Seiten keine Rede sein. Wer wollte jedoch gegen eine sprachlich perfekte gewordene Wirklichkeit rebellieren.

Dialog: Das griechische Wort, nämlich Hin- und Her-, oder Hin- und Widerreden besitzt eine klassische Tradition. Zurecht sind die sokratisch-platonischen Dialoge berühmt; eine eigenartige prosaische Kunstform, trefflich geeignet, um die Dramatik der Wahrheits- und Wirklichkeitssuche in kleinen Gruppen wiederzugeben. Heute wird der »Dialog« zur universell verwendbaren Scheidemünze. Und dies zu Zeiten, da wir in groß und mächtig organisierten, in bürokratischen, meist nur noch technologisch vermittelten Gesellschaften leben. Da sollen Großmächte zum »Rüstungsdialog« angehalten werden, im Kammermusikton über dem Atlantik. Da treten Repräsentanten bürokratischer Organisationen, wenn nicht ganze Länder miteinander in einen »Dialog«. Die Verniedlichung oder Pseudo-Personalisierung und die unterschwellig eingeblasene Als-Ob Philosophie gemeinsamer und wie sich versteht »partnerschaftlicher« Konsenssuche entfremdet und zerstört all das, was menschliche Dialoge in kleinen sozialen Räumen auszeichnet. Dieser »Dialog« wird zum propagandistischen Herrschaftsbegriff!

Diskurs: Eine Leerstelle als solche markiert soll genügen. Das Diskursgerede, das sich längst auf »Diskurstheorien« beruft, ist für Feinhörige jedenfalls kaum noch zu ertragen. Ein Blendwerk. »Diskurs«, »Worte, die alles Wirkliche verflachen und im Geschwätz beruhigen« (H. v. Hofmannsthal). Michel Foucault, der viel Missbrauchte, indes nicht selten auch Missbrauchsoffene, möge, wo immer er jenseitig weile, Nachsicht üben.

Deutschland ist kein Einwanderungsland: In keiner Formel, geradezu wie ein magisches Tabu aufgeladen, lässt sich die »ideelle Gesamtbundesrepublik« so zusammenfassen wie in dieser. In keiner kommt die erschreckende Schwäche dieser leistungsstarken, ja zuweilen sogar in liberalem Selbstbewusstsein protzenden Republik so zum Ausdruck. Welche Ängste, welche Abwehr, welche Kontinuität der Ängste, dieses »Volkes ohne Raum«, so die erfolgreiche vorfaschistische Formel des Hans Grimm, werden hier kund. Diese Beschwörungs- und Drohsentenz der Deutschen, im Deutschland der Bundesrepublik,

das sie zusammenzuhalten scheint, wagenburgartig, im »Deutschen stark« gegen die »Asylantenflut« schreit geradezu nach einem politisch-psychoanalytischen »Fremdeinstieg« in dieses Land. Die Formel macht deutlich, warum die Überraschung ob der viel gewählten »Republikaner« von Berlin bis Rosenheim scheinheilig ist. Indes erneut: welche Schwäche in diesem Selbst-Beschwörungssatz: »Deutschland ist kein Einwanderungsland«, von Bundesdeutschen übrigens, die 1988 ca. 31 Millionen stark im Ausland Urlaub gemacht haben, heuschreckenartig anderer Länder Strände überziehend.

Streitbare Demokratie: Sie wurde mit der Bundesrepublik »geboren«. Sie ist oft kommentiert worden. Aber sie wird immer noch benutzt, ihr wird »streitbar« genügt. Wortbetrügerisch. Denn die »streitbare Demokratie« bedeutet nicht, dass um Demokratisierung gestritten wird. Diese Formel meint vielmehr die Verkürzung und verbotshafte Beschränkung demokratischer Verfahren. Angeblich um der Demokratie willen. Eine Allopathie. Mit Giften soll die Gesundheit gewährleistet werden. Die Parallelformel, ironischerweise von einem französischen Revolutionär – Saint-Just – geborgt, der wie andere, wie die Revolution selbst an seinem bzw. ihrem mörderischen Misstrauen starb, lautet denn auch: »Keine Freiheit den Feinden der Freiheit«. Entsprechend wurde schon das Grundgesetz gegen seinen grundrechtlich-demokratischen Sinn mit einigen Verbotsparagraphen durchwirkt. Diese Paragraphen wurden später bis heute wirksam in einem repressiv vorausgreifenden politischen Strafrecht verlängert und in »verfassungsschützende« d.h. staatsstützende Alltagspraxis übersetzt.

System Innerer Sicherheit: Dasselbe passt zur »streitbaren Demokratie«. Als wäre es von »ihr« erfunden. Es ist von »ihr«, von Personen, also Regierungen und Abgeordneten erfunden worden, die in ihrem »Geist« zu wirken meinten. Zum ersten Mal trat es 1972 sozialliberal begründet und konzipiert auf den Plan: i.S. der verbesserten Verbrechensbekämpfung, i.S. der Terroristenfahndung; i.S. eines Aus- und Umbaus der Polizei nicht zuletzt mittels moderner informationstechnologischer Methoden. Dieses »System« hat seither etliche Wachstumsstufen durchlaufen und steht gegenwärtig vor einem neuen Wachstumsring. Eine genauere Analyse dessen, was den »System«-Charakter ausmache und worin seine Sicherheitsleistung bestehe, lässt erkennen, dass Polizei und Geheimdienste präventiv, Bürgerrechte gefährdend, ausgebaut werden. Die Sicherheit aber, um derentwillen hier ein »System« gebaut wird, hat mit den normalen bürgerlichen Sicherheitsängsten und -problemen so gut wie nichts zu tun. Es ist davon auszugehen – oder, damit wir bescheiden wie heute üblich bleiben –, wir gehen davon aus, dass dieses »System Innere Sicherheit«, ein anderer Euphemismus, dem Gewaltmonopol und einer herrschenden Politik dienen, die sich hinter demselben verstecken möchte.

c) Steuern als Quellen und Gestaltungsmittel

Steuer ist die eigene Quelle des Staates, sich monetär zu versorgen. Ihm allein eigen ist diese Quelle, weil sie eine Zwangsabgabe darstellt. Wer im Staat zur Steuer veranlagt wird, muss entsprechende Abgaben leisten. Anders wird er mit den in der Gewalttiefe ansteigenden Mitteln des Gewaltmonopols verfolgt. Die Bürger zahlen für ihren Staat. Keine andere Institution kann gleicherweise Abgaben erzwingen.

Diese finanzielle Quelle des Staates – neben Kredit und Verschuldung die vornehmste – macht den Staat abhängig von den Quellgründen, den Zuflüssen in die Quelle, also von den wirtschaftlichen Aktivitäten der Bürger. Ist die Ökonomie privat(kapitalistisch) organisiert, so ist der »Steuerstaat« (Schumpeter) am »Wohlbefinden« der ihm nicht direkt unterstehenden Ökonomie und ihrer Expansion notwendig interessiert. Seine politischen Möglichkeiten hängen mit den Wachstumsmargen der Ökonomie eng zusammen. Neuverteilungen von zusätzlichen Mitteln sind um vieles leichter zu bewerkstelligen als Umverteilungen in einmal zugeteilten und von den Interessenten erneut erwarteten Mitteln.

Steuern stellen aber nicht allein ein gleichsam passives Mittel des Staates dar, dessen er bedarf, um sein Militär finanzieren zu können, um seine Beamten zu besolden, um (fast) alle Dinge zu tun, die im Laufe der Zeit zu Staatsaufgaben geworden sind. Letzterer Ausdehnung und Vermehrung ist enorm. Steuern können als ein Instrument zur Gestaltung der Gesellschaft gebraucht werden:

- Die Steuererhebung setzt die allmähliche Identifizierung der Bürger voraus. Die Steuerstatistik entsteht deshalb früh. Steuerlich werden fast alle Bürger erfasst, schon um sie entsprechend zur Ader lassen zu können.
- Die Steuern werden je nach Steuerabsicht und Steuerbedarf in unterschiedlichem Maße von den ökonomisch unterschiedlich ausgestatteten Schichten der Staatsbürger erhoben. Steuerklassen entstehen. Die Differenzierung der Steuern trägt zur Eigentums- und Vermögensbildung und zur Klassenbildung, ihrer Stabilität und ihrer Veränderung bei. Welche Schichten/Klassen werden mit welcher Steuer besonders stark angezapft; werden Steuern gleichmäßig erhoben, sodass die vorgegebene Besitzstruktur ganz oder weitgehend erhalten bleibt? Oder werden Besitzende und Habenichtse unterschiedlich veranlagt, so dass es mit Hilfe der Besteuerung zu einer milden oder tiefer gehenden Umverteilung kommen könnte?
- Je mehr der Staat Steuern nicht nur erhebt und ungebunden ausgibt, sondern als Mittel der »Steuerung« begreift, werden Steuern zum einen i.S. des schon berührten sozialen Ausgleichs eingesetzt. Durch Niedrigbesteuerung; durch Freistellung von Steuerpflichten. Steuerbegünstigungen werden dort gewährt, wo der Staat die Ziele bestimmter Organisationen fördern will; etwa im »gemeinnützigen« oder »mildtätigen« Sektor. Vor allem werden die steuerlich gegebenen Akzente dazu verwandt, die Ökonomie branchenverschieden dazu anzuregen, zu investieren und zu expandieren. Schon aus dem Interesse, durch verstärktes Wachstum auf die Dauer mehr an Steuern zu ergattern.

– Der ökonomische Effekt der Steuern kommt in Größe und Eigenart des durch Steuern primär gewährleisteten Staatshaushalts zur Geltung. Hierbei spielen der Steuer- oder der Schuldenanteil eine variable Rolle. In jedem Fall wird die Gestaltung von Quantität und Qualität des Staatshaushalts selbst zu einem Ökonomikum erster Bedeutung.
– Die unterschiedlichen Steuerarten und die Art ihrer (wechselnden) »Inzidenz« (dessen, was sie erbringen und bewirken) öffnen einen Irrgarten, in dem sich selbst »ausgefuchste« Experten in den Gräben und Höhlen zu verlaufen vermögen. Dieser mit Gestrüpp übersäte Garten erhält und verstärkt die Ungleichheit zwischen den Steuerbürgern, er zeitigt in jedem Fall einen Effekt, der die repräsentative Demokratie erheblich beschränkt. Der undemokratische, wenn nicht antidemokratische Effekt ist erheblich.
– Deswegen gehören die Steuergesetzgebung, das hybride Gebilde der Steuern, gehören Steuereinnahmen und damit unverbundene, nur quantitativ allgemein begrenzte Ausgaben zu den möglichst gewahrten Nicht-Entscheidungen. Das gilt gleicherweise für den steuerlichen Unterstrom, die »indirekten« Steuern. Deren Zusammen- und Widerspiel, deren verzerrender sozialer Effekt i.S. der Stärkung der Habenden, wird kaum zur Kenntnis genommen. Durch die »indirekten Steuern« wird der Staat zusätzlich zum Komplizen vieler Produkte und ihrer Produzenten, die er z.B. gesundheitspolitisch öffentlich »bekämpft«.
– Das Mittel der Steuern, das im Groben und im Feinen eine Unzahl von gesellschaftlichem Handeln positiv und negativ beeinflusst, freisetzt und blockiert, entzieht sich aufgrund der genannten Eigenarten einer mehr als randständigen, diese oder jene Einzelheit betreffenden Kontrolle. Die durch die Steuerpolitik allemal in der Hauptsache bestätigte Steuerstruktur stabilisiert die Sozialstruktur und korrespondiert mit der Struktur der Ökonomie, die ihrerseits die politische Struktur stärkt und erhält: kurzum ein Zirkel struktureller Vorgaben, der in seiner herrschaftlichen Penetranz schwer wiegt. Derselbe verhindert, dass Steuerpolitik zum unabhängigeren, den Regierungen zur Verfügung stehenden Instrument werde.

d) Gesetze: Gamaschen, Schnürstiefel und symbolischen Verbindlichkeiten der staatlichen Politik

Gesetze bezeichnen; durchgehend verknüpft ein im Laufe der gesellschaftlichen Durchstaatung dichter werdendes Netz von so genanntem NATO-Draht, Normen und Sanktionen sind mit Zwangsspitzen miteinander verfugt.

Gesetze bestechen durch ihre Formqualitäten. Das Recht wird vom Staat »gesatzt«, so Max Webers Ausdruck (vom absolut herrschenden Herren, selten der Dame oder im Prozess der Konstitutionalisierung prinzipiell von der Legislative). Das mittelalterliche Recht war Herkommensrecht. Deswegen wird dem Antichristen im Tegernseer Ludus de Antichristo in den Mund gelegt: »deponam vetera, nova jura dictabo«. Ich habe das alte Herkommen abgeschafft und neue Verord-

nungen diktiert. Deswegen ist »Custom«, ein in gewohnten Gebrauch eingelassenes »Recht«, von modernem Recht strikt zu unterscheiden.[135] Das vom modernen Staat gesetzte Recht gilt prinzipiell für alle Staatsbürger. Dadurch werden sie zu »gleichen« Staatsbürgern (erst spät im Laufe des 20. Jahrhunderts zu gleichen Staatsbürgerinnen). Dieses von einer Instanz entschiedene Recht in Form von allgemeine Geltung beanspruchenden Gesetzen wird staatlich zentral verabschiedet. In diesem Sinne zeichnen sich Staaten als Rechtsgemeinschaften aus. Staatliches Recht ist als allgemein geltende Norm nur zu verstehen, wenn man seine andere Seite mit sieht. Recht wird von staatlicher Gewalt notfalls gegen Widerstand durchgepaukt. Staatliche Norm und staatliche Sanktion sind nicht gleich. Sie bilden jedoch eine unauflösliche Einheit. Hierbei sind mehrere Besonderheiten zu beachten. Zuerst in »ihrem« Recht verlangen die Staaten, ihre Institutionen und Repräsentanten das gesellschaftlich Allgemeine darzustellen. Indem sie das Allgemeine verkörpern, beanspruchen sie ebenso allgemein in ihrem Tun und Lassen entgegen sonstigen gesellschaftlichen Besonderheiten anerkannt zu werden. Diese Anerkennung als das Allgemeine macht ihre eigentümliche Legitimation aus. Rechtsstaat und allgemeiner Legitimationsanspruch werden eins. Darum wird moderne Politik, die die allgemeinen Interessen einer Gesellschaft aufgrund der realen und gegebenenfalls geschriebenen Verfassung vertritt, mit staatlicher Politik gleichgesetzt. Alle Wege zum und vom Staat sind politische, zugleich mit dem Qualitätsmerkmal »öffentlich« versehene Wege. Die Legitimation staatlich entschiedener Normen mit ihrem Anspruch allgemein zu gelten, machen aus einem Papiertiger erst einen mit Tatzen und Krallen – und damit macht der Allgemeinheitsanspruch eine Art qualitativen Sprung –, wenn die gesetzlich formulierten Normen widerständigen oder a-nomisch abweichenden Falls mit Gewalt durchgesetzt werden können. Damit die Gewalt, mit der solches vermocht wird, als staatliche, als allgemeine, als öffentliche gelte, erhält sie den staatlichen Legtitimationszuschlag, der allein staatlicher Gewalt zukommt. Max Weber hat diese Konstitution einer qualitativ besonderen Gewalt mit allgemeinem, öffentlichem Geltungs- und Legitimationsanspruch in dem Ausdruck geschürzt: »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit«. Diese »legitime Gewalt«, für die allemal die Vermutung gilt, allgemein und öffentlich geadelt und also gerechtfertigt zu sein, kommt genetisch und funktional geradezu zirkulär zustande. Modernes Recht wird erst allgemein im dauernden, notfalls »schlagenden« Schatten der staatlichen Gewalt. Staatliche Gewalt steht somit in der Rechtssonne. Zugleich jedoch kann Recht seinen allgemeinen Geltungsanspruch nur bewahren, wenn ihm überall dauernd Gewalt unterliegt. Somit bedarf auf der einen Seite Recht der Gewalt, die es legitimierend anstrahlt. Auf der anderen Seite garantiert Gewalt erst, dass der allgemeine Rechtsanspruch nicht bloß so erscheine. Die wechselseitig, wenigstens teilweise konsti-

[135] Zur Einführung vgl. Stanley Diamond, Law and Custom, in: Ders., In Search of the Primitive, New Brunswick, New Jersey 1974.

tutive Funktion für Gewalt durch Recht und für Recht durch Gewalt macht darauf aufmerksam, dass beider allgemeiner Geltungs- und Legtimationsanspruch als das qualitativ Öffentliche situationsabhängig prekär ausfällt. Das gilt sowohl für den Geltungsanspruch des Rechts wie für den Legitimationsanspruch staatlicher Gewalt. Das heißt: Geltungs- und Legitimationsansprüche bestehen nie unkontrolliert. In Zweifelsfällen ist jeweils immer erneut nachzuweisen, dass die Behauptungen der rechtlichen Stimmigkeit und der allgemeinen, in der Regel verfassungsgemäßen Legitimation zutreffen.

Die Rechts-Form zeigt je nach römisch-rechtlicher oder common-law-Tradition verschiedene Gesichter. Die Unterschiede werden allerdings häufig überbewertet. In der Normentwicklung und der Normanwendung zeigen sich überraschende Überschneidungen und Ähnlichkeiten. Auf sie hat schon Max Weber aufmerksam gemacht.[136] Wandlungen ist die nie eindeutige Rechtsform, die nicht selten idealisiert worden ist, vor allem deswegen unterlegen, weil allein im Vergleich des 19. Jahrhunderts mit dem 20. Jahrhundert und im Laufe der Jahrhunderte ansteigend, eine enorme quantitative Expansion der Rechte zu konstatieren ist. Sie entspricht der Vereinheitlichung des Staates entgegen den ab- und aufgelösten Zwischengewalten. Sie antwortet auf das Wachstum der staatlich regelnd bestrittenen Wirklichkeitsbereiche. Man vergleiche das heutige, fast treibhausartig entstandene Umweltrecht und die Bau- und Hygienevorschriften, sagen wir, mit denjenigen um 1880, noch mit solchen um 1960. Anstehende Probleme werden oft sehr spezifisch und detailliert geregelt. Gesetze verlieren an förmlicher Allgemeinheit, die sie in den Klassengesellschaften des 19. Jahrhunderts substantiell allerdings nie besaßen. Sie erhalten nicht selten den Charakter von Maßnahmegesetzen. Außerdem nehmen unbestimmte Rechtsbegriffe wie Generalklauseln zu. Sie unterhöhlen Rechtssicherheit, weil sie die Willkür bürokratisch-gerichtlicher Auslege- und Anwendungskunst verbreitern. Rechtssicherheit, die in der jedermann und jederfrau möglichen Rechtskenntnis bestünde, wird schon dadurch untergraben, dass die vielen Gebäude und Zimmerfluchten des Rechtsstaats, den Gerichtsgebäuden und ihren Fluchten nicht unähnlich, längst einem Labyrinth gleichen, für das erneut nur juristische Kenner für Teilbereiche einen Ariadne-Faden erwerben können.

Unbeschadet der allgemeinen Entwicklung dessen, was »Verrechtlichung« genannt worden ist, seien allgemeine Eigenschaften des Rechts als einem herrschaftlichen Instrument pointiert:

– Einmal statuiertes Recht erweckt den Anschein von Stabilität. Recht wirkt als ein eher statisches Element, als eine Institution auf einige Dauer. Institutionen sind immer durch ein mehr als aktuelles Zeitmaß ausgezeichnet. Die aufgeregt interessierte Verrechtlichung, in deren Zuge gestern verabschiedete Gesetze

[136] Siehe Max Weber, Rechtssoziologie, hrsg. von Johannes Friedrich Winckelmann, Köln 1960.

morgen wieder ergänzt und verändert werden, gefährdet die Statik in der Dynamik des Politik- und des Interessenkampfes.

– Recht macht Berechenbarkeit möglich, entgegen den absolutistischen Geheimnissen des Herrschens. Darum bedürfte es quasi-rechtlicher Regelungen für öffentliche und private Bürokratien auch dann, wenn das bürgerliche Sicherheitsinteresse missachtet würde. Die Rechte-Produktion des »Dritten Reiches« ist daraus zu einem Teil zu erklären. Die Berechenbarkeit wird dann gefährdet, wenn die Komplexität des Rechts keine Übersicht mehr erlaubt. Dann bedarf es entsprechend umfänglicher werdender Büros und vermehrter Rechts-Auslegungsexperten. In den USA haben sich deswegen längst »law firms« mit z.T. Hunderten, ja Tausenden von Rechtsanwälten herausgebildet. Europäische Rechtsunternehmen hetzen hinterher. Die internationale Rechtsverflechtung macht's nötig. Sie hebt Recht teilweise von nationalen Gremien, ihrer legislativen wie auslegenden Anwendung ab.
– Recht und Berechenbarkeit erzeugen das Gefühl der Rechtssicherheit. Das Motiv, Rechtssicherheit zu erlangen, läßt sich bei Entstehung und Erhaltung des liberalen Rechtsstaates kaum hoch genug einschätzen. Ernst Fraenkel hat in seiner »Soziologie der Klassenjustiz« Anfang der 1920er Jahre aus diesem Motiv heraus erklärt, warum die Arbeiterschaft und ihre Organisationen so sehr aufs Recht und auf rechtliche Regelungen etwa des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital »fixiert« waren. Wenn schon die Rechtsinhalte oft Klasseninteressen ausdrückten, also die Interessen derjenigen, die die Produktionsmittel besaßen oder über sie verfügten, so hofften gerade die, die im Herrschafts- und Verteilungsschatten malochten, dass einmal mager ausgehandelte Rechte ihre Lage sicherten. Sie seien nicht mehr zu hintergehen. Sie wirkten wie Pfähle im Treibsand der Zeit.
– Recht und Legitimität gehen eine enge Liaison ein. Weber hat deswegen den 3. Herrschaftstypus entsprechend den »bürokratischen-legalen« genannt. Recht gewährt Legitimation durch sein Verfahren. Das ist der Kern des deutschen Rechtsstaatsbegriffes. Unbesehen aller Inhalte müssen bestimmte Verfahrensregeln eingehalten werden. Sind diese beachtet worden, scheint alles »rechtens«. Recht lebt auch als staatliches, tatsächlich interessenkürlich geschaffenes durch seinen virtuellen Bezug auf eine übergesetzliche, im Recht sich irgendwie doch spiegelnde »Gerechtigkeit«. Dieser Bezug wird dort gestärkt, wo verfassungsgemäß Grund- und Menschrechte als Grundlage der Gesetze gelten sollen. Darum neigen fast viele Bürgerinnen und Bürger dazu, Michael Kohlhaassche Gefühle zu entwickeln, wenn uns oder anderen »unser Recht« i.S. der Gerechtigkeit nicht ward. Als könnten der Staat und seine Organe, Recht und Gerechtigkeit gewähren. Aus dieser Annahme entwickeln sich nicht nur Konflikte bis hin zu gewalttätigen Kohlhaaserien (man erinnere Heinrich von Kleists Kohlhaas-Anfang). Die Annahme, Recht und Gerechtigkeit deckten sich, wirkt wie ein Legitimationspolster des Recht setzenden Staates.

– Soweit und solange Rechte verwirklicht werden sollen – das, was im sozialwissenschaftlichen Jargon »Implementation« genannt wird –, hecken sie bürokratische Folgen. Zusätzliche Rechte, extensivierte Verrechtlichung meint deshalb in aller Regel zusätzliche Bürokratisierung. Im Umkreis sozial-politscher Regelungen wirkt sich dieser Zusammenhang negativ aus. Was mit der einen Hand an monetären Gütern oder anderen Berechtigungen gegeben wird, wird mit der anderen Hand, der weiteren bürokratischen Enteignung von Selbständigkeit und Integrität wieder genommen. Neuerdings, 2014 festgestellt, nimmt ein rechtsförmiger Regulierungs-, Bewertungs- und Kontrollkomplex in Form von Evaluationen, Zielvereinbarungen, Förderungen und Forderungen von der Sozial- über die Bildungs- bis zur Bankenpolitik Gestalt an. Die diversen Aufwände blockieren meist die angeblich angestrebten Ziele. Vor allem gedeihen im Dickicht des Regelungs- und Evaluationswirrwarrs mitessende Interessen. Schließlich legitimieren und kontrollieren die rituellen Exzesse vor allem sich selber und ihre Profiteure.[137]
– Recht wirkt nicht nur im Gerichtsverfahren und mit seinen Requisiten als ein Symbol. Es orientiert. Es unterteilt und qualifiziert »Wirklichkeit«. Es konstituiert, was als wirklich anerkannt wird. Rechtssetzung kann außerdem symbolischen Absichten dienen. Gesetze werden geschaffen, die als verabschiedete die »Lösung« bedeuten. Sie stellen schon zufrieden, wenn sie nur verabschiedet sind. Als sei etwas geschehen. Wie stark aber ein solcher Bedarf nach symbolischen Gesetzgebräuchen ist, kann an dem Drängen mancher ansonsten kritischer Bundesdeutscher abgelesen werden, alle möglichen und edlen Grundrechte zusätzlich in das Grundgesetz aufzunehmen.
– Recht dient als eines der Mittel staatlicher Identifikation der Bürger. Es grenzt ab, grenzt ein, grenzt aus, es dissoziiert. Berechtigungen – etwa im Rahmen des Sozialrechts – werden in der Regel entweder Großorganisationen zugewiesen (à la den so genannten Freien Trägern der Wohlfahrtspolitik) oder individualisiert. Recht vereinzelt insbesondere in Form der Klage oder Anklage, des Gerichtsverfahrens und des Urteils samt seiner isolierenden, eventuell strafenden Folgen. Meist kann eine Frau nur klagen, wenn sie nachweisen kann, dass z.B. der Smog in Berlin oder das Kernkraftwerk in Neckarwestheim sie direkt und unmittelbar beeinträchtigt haben. Sie kann nicht zusammen mit den anderen Familien der Region klagen. Vor allem eine Asyl suchende Person ist gehalten, den individuellen Effekt im Land ihrer sie existentiell gefährdenden Diskriminierung nachzuweisen. Sonst gilt sie möglicherweise als nur armer »Scheinasylant«. Gleichwohl sind geltende Rechte etwa in so unterschiedlichen Rechtsbe-

[137] Zu etlichen Aspekten siehe schon Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Frankfurt/M. 1969; zuvor schon: Murray Edelman (siehe Anm. 84), siehe erinnernd und anregend auch Caspar Hirschi, Transparenz ist nur eine andere Form von Intransparenz, in: FAZ Nr. 4 vom 8.1.2014 (Geisteswissenschaften S. 4).

reichen wie der Schule und der Umwelt – im Rahmen der BRD – von einzelnen Eltern oder Bürgerinnen und Bürgern kumulativ erstritten worden. Bis dann allgemeine Gesetze an die Stelle des erfolgreichen Kumulus der Klagen traten. Daraus können sich erhebliche kollektive und organisatorische Konsequenzen ergeben.

– Recht stellt die Normalform dar, in die »Politik« gegossen wird. Es wirkt als ein spezifisches Steuerungsmittel. Allerdings ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten, wenn rechtliche Regelungen zur Gestaltung entwicklungsoffener Probleme eingesetzt werden sollen. Wenn aber stattdessen mit unbestimmten Rechtsbegriffen gearbeitet wird, werden rechtsförmlich außerrechtliche Verfahren vorweg lizensiert. Dann werden lose formulierte Gesetze und Verordnungen zu bürokratischen Ermächtigungsgesetzen, sei's öffentlich, sei's privat. Diese Art der Verrechtlichung kommt dann in der Sache einer Entrechtlichung gleich (ein paradoxer Vorgang, der im Hinblick auf rechtliche Regelungen des Geheimdienstsektors in der Regel der Fall ist). Was hat eine rechtliche Regelung im Bereich der Biotechnologie noch für einen Sinn, wenn gesetzlich statuiert wird, die Normen gälten vorbehaltlich der weiteren wissenschaftlich-technischen Entwicklung? In einem solchen Fall wirkt die Rechtsform verharmlosend und symbolisch beruhigend. Es gibt ein Gesetz. Also wird schon alles seine Ordnung haben.[138]

[138] Niklas Luhmann hat in seinem »Recht als System« auf eine sich schon lange anbahnende, neuerlich verstärkte Entwicklung im Strafrecht und darüber hinaus aufmerksam gemacht, die den ohnehin lockeren Boden von Rechtssicherheit zusätzlich erodiert, um in näherer oder fernerer Zukunft vorab rechtlich gesichert je nach dem öffentlich oder privat akzentuiert handeln zu können. Er unterscheidet zwischen Recht als »Konditional«- und Recht als »Zweckprogramm«. Eher herkömmlich sind Gesetze gemäß der Wenn-Dann-Folge normiert und werden entsprechend gehandhabt. Wenn X eintritt/passiert/begangen wird, dann Y. Sprich Norm und Normfolge sind wie klassisch im Tatstrafrecht der Aufklärung vorweg bekannt und darum ziemlich genau vorab rechtlich zu fixieren. So dem Konditionalprogramm entsprechend. Qualitativ anders verhält es sich beim Recht als Zweckprogramm. Das wird angesichts der »präventiven Kehre« in der »inneren und äußeren Sicherheit«, indes in allen Rechtsbereichen auf innovativ sich rasch verändernder Grundlage, allgemein ohnehin im Kontext von Planungsvorhaben komplexer, nicht wie ein Einfamilienhaus vorab kalkulierbarer Probleme und Folgen, geradezu zur rechtsetzenden und rechtanwendenden Normalität. Feststeht das Ziel oder der Zweck. Ziel/Zweck flaggen als Fahne in einer vergleichsweise festen Zukunft oder in Zukünften, wann immer die Zwecke zu verfolgen sind, beispielsweise Freiheit der Demonstration gemäß Art. 8 GG und Gewaltfreiheit des Demonstrationsgeschehens, von wem immer – Polizei oder Beteiligte an einer Demo – Gewalt ausgehe. Zukünftige Demonstrationsvorhaben, selbst wenn der Termin feststeht, beispielsweise Frankfurt/M. am 31.5./1.6.2013, sind in ihrem aktuellen Verfahren und dem Verhalten der divers Beteiligten nicht vorweg einigermaßen präzise zu berechnen. Sonst wären sie Polizei- und/oder Bürgerparaden. Die geltenden Demonstrationsrechte des Bundes und der Länder versuchen eine das Grundrecht gefährdende Mixtur aus präzisen Bestimmungen bis zur Länge der Transparente und ihrem Abstand vom Boden einerseits und eher unbestimmten Geund Verboten andererseits. Unter dem dominanten Aspekt polizeilicher Sicherung entsteht, gegebenenfalls, ein beträchtlicher Raum willkürlichen polizeilichen Einsatzes, der am Ende nur noch die Unsicherheit des Rechts und seiner Anwendung demonstriert. Ganz anders geartete Fälle,

– Recht wird in beträchtlichem Umfange als Erziehungsmittel gehandhabt, über die schon erwähnten symbolisch-kognitiven Wirkungen hinaus. Als solches Erziehungsmittel der herrschaftlichen Didaktik wirkt es insbesondere im Bereich des Strafrechts. Potentielle oder aktuelle Täter treffende generelle Prävention soll durch strafrechtliche Regelungen erzielt werden (ebenso durch die nachfolgenden Prozesse und ihre Urteile). »Abschreckung« lautet das in Gesetz gefüllte Kalkül. Ob nun diese Abschreckungspolitik die behaupteten Wirkungen zeitige oder nicht, die allgemeinen Verhaltenseffekte sind beträchtlich. Die Präsenz staatlicher Gewalt wird schrecklich angereichert; sie wird abschreckend hochgerüstet.
– Infolge seines angenommenen und mit symbolischen Mitteln z.B. gerichtlicher Inszenierung angestrebten überparteilichen Gerechtigkeitsbezugs vermag Recht, so wie dies für Gerichtsverfahren zutrifft, politische Kontroversen und Konflikte im Verfahren weithin zu neutralisieren. Eine Nicht-Entscheidung, eine Verlandung von Politik eigener Art. Die Neutralisierung, die insbesondere für das deutsche Strafverfahren gilt, das auf eine überparteiliche »Wahrheit« angelegt ist, gipfelt in verfassungsgerichtlichen Verfahren. Dem Anscheine nach ist eine »pouvoir neutre« am Werk. Der politische Prozess wird von ihr gestoppt und zunächst eigenartig beendet.

Erneut sind allgemeine Fragen zu stellen, für die das behutsam zu handhabende mutatis mutandis gilt, die emphatische Leerformel, dass zu ändern ist, was geändert werden muss:

– wer ist der Gesetzgeber und wie kommt er dazu, Gesetze zu geben; welcher Kontrolle unterliegt er;
– welche Bereiche werden gesetzlich geregelt; welche Bereiche sind ausgenommen, etwa im Rahmen des Staates selber die »besonderen Gewaltverhältnisse«, wie es in deutscher Tradition heißt;
– welche Formen des Rechts dominieren; in welcher Tradition stehen sie?

Der Katalog der Fragen soll nicht verlängert werden. Entscheidend ist, »das« Recht aus seiner anscheinshaften Unberührtheit zu befreien; es nicht als Fertigprodukt hinzunehmen, wie dies für die Jurisprudenz als einer säkularisierten Staatstheo-

---

indes vergleichbare Willkürlichkeiten erlaubend, finden sich im Bereich von Großprojekten à la Hauptbahnhof in Stuttgart und neuer Großflughafen in Berlin in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts. Allein deren Umfang und mehrfach miteinander verbundene Komplexitäten bedingen systematische Defizite bürgerlicher Beteiligung. Sie beginnen mit nur noch schauförmig rituell herstellbarer Transparenz. Umfang und ineinander verschachtelte Komplexität garantieren schon im Planungs-, geschweige denn im Verwirklichungsstadium das, was eine der besten, wenngleich sachlich veralteten, technologiesoziologischen Studien am Exempel »normale Unfälle« genannt hat. – Charles Perrow (siehe Anm. 7). Diese Unfälle werden nicht zuletzt kund in notorischen Zeit-, und finanziellen Überziehungen. Luhmann, alles andere als ein Radikaler, hat seinerzeit mit gutem Grund darauf hingewiesen, dass die präventive Kehre, wenn man sie noch rechtlich unvertäubar dem legitimatorischen Schein halber vertäuen wolle, Rechte, nicht zuletzt Bürgerrechte zur zweckprogrammatischen Disposition stelle.

logie weithin gelten muss. Der Staat hat's gegeben, der Staat hat's genommen, interpretiert sei das Gesatzte und – selbst noch kritisch – gelobt immerdar. Rechtskenntnis nicht allein, Rechtsdurchsicht ist zu verbreiten. Entsprechend müssen die Sozialwissenschaften sich nicht nur äußerlich – soziologisierend oder politisierend – »des« Rechts annehmen. Dann würde die ungemein verschieden ausfallende Herrschaft des Rechts offenkundig; dann würde gleicherweise die Herrschaft durch das Recht und die Herrschaft im Recht herausgefunden.

e) Rekrutierung und Partizipation

Wie diejenigen bestellt werden, die dem »Herrschaftsstab« (Weber) angehören, macht dessen Qualität aus. Heute hat sich dieser Herrschaftsstab, bei dem man sich einige Personen vorstellt, zu einer unübersehbar gigantischen Bürokratie ausgeweitet und entsprechend differenziert. Angebracht ist es darum nicht von *der* Bürokratie, sondern im Plural von den – übrigens miteinander konkurrierenden – Bürokratien, von einem bürokratischen Markt zu reden. Deswegen sind die verschiedenen »Klassen« dieses Stabes sorgfältig auseinanderzuhalten. Auf die Schulung der Stabsmitglieder kommt es an. Das Netz positiver und negativer Sanktionen zählt, in denen sich die Stabs-Karrieristen zu bewegen vermögen. Das Gehalt und seine lockenden Unterschiede, die Gehälter – wie würden solche Organisationen auch ohne Gehaltsdifferenzen zusammengehalten?! – ; die Erfolgsprämien u.a. in Form von Aufstiegs-und Verfügungschancen; die ins Vor-Bewusstsein ragenden Ecken und Stiche der Disziplinierung sind zu beachten.

Hält man nach Formen der Beteiligung Ausschau, kommt es auf die Perspektive an. Simpel gesagt: die Perspektive »von oben«, vom Staat oder vom »System« her oder die Perspektive »von unten«, von den Bürgerinnen aus. Diese sind noch einmal sozial gewichtig zu unterscheiden, da die herrschaftliche Konstruktion der einen Staatsbürgerlichkeit eine Ideologie darstellt. Sie verstellt das Bewusstsein von eigener und anderer Realität.

Teilnahme, wie wir sie heute verstehen, hat sich im Rahmen der Neuzeit spät herausgebildet. West- und zentraleuropäisch weitet sich ihr Hof und ihr Einfluss längs des 19. Jahrhunderts. Vorformen der Beteiligung galten Kollektiven. Stände und Städte erzwangen ihre Beteiligung an Maßnahmen und Gesetzen der feudalabsolutistischen Herrschaft, vor allem an der Steuererhebung. Individuelle, staatsbürgerliche Vertretung gab es nicht. Die sich verdichtende Herrschaft fast parallel zum anhebenden und sich ausbreitenden Kapitalismus machte es erforderlich, die weitgehend »von oben« freigesetzte Bevölkerung verstärkt heran- und in Maßen auch einzubeziehen (»Städtefreiheit«, Aufhebung des Zunftzwangs, »Befreiung« der Bauern mit der Folge rasch expandierenden Großbesitzes u.ä.m.). Bald wurde Beteiligung konfliktreich, bald erst nach einer gewissen Vorgabe »von unten« eingefordert. In jedem Fall gilt: staatliche Herrschaft konstitutionalisierte sich. Sie tauchte sich in vorher nicht gekanntem Maße in Rechtsformen und ihre Verfahren. Sie ereignete sich nicht mehr rechtlich losgelöst in der Kooptation adeliger

und bürgerlicher Interessen. Die Art der Wahlen als *der* bürgerlichen Beteiligungsform hat sich prinzipiell bis heute erhalten. Die zunächst schmächtige Volkslegitimation durch Wahlen und Repräsentanten, die sich zur normativ mächtigen Volkssouveränität freilich nur in letzter Instanz mauserte, geschieht in der Form einer sich verbreiternden Summierung. Die vereinzelten und als solch »gleicher« werdenden Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wählen geheim und allgemein und gleich aus einem unterschiedlich vorgegebenen Angebot an Repräsentanten. Die »Assoziation« kommt formell dadurch zustande, dass alle Bürgerinnen, so sie's tun, an einem Tag ihren »politischen Akt« gleichzeitig hinter sich bringen.

Das »Volk« und seine »Souveränität« stellen bestenfalls eine Summenformel dar. Wichtig ist nicht allein, diesen massenadditiven Wahlakt in seiner ungeselligen Politikform zu begreifen. Zugleich ist zu bemerken, für welche Bereiche Wahlen überhaupt gelten, welche Sektoren, sogar des Staates partizipatorisch ausgenommen sind: partizipationsextern. Die gesamte Staatsbürokratie liegt als nach außen geschlossener, geradezu absolutistischer Findlingsblock. Hierzu zählt – selbstverständlich?! – das gesamte Gewaltmonopol. In deutschen Landen gleichfalls die anderen Monopolbereiche: Steuer, Gerichtsbarkeit, Strafvollzug und andere zwangsgeschlossene Bereiche, beispielsweise der Psychiatrie. Dass die formell privaten Bereiche ausgespart sind oder in ihrer »Mitbestimmung« erhebliche Grenzen zeigen, ist angesichts der herrschaftlichen Unterteilung »öffentlich« und »privat« und ihrer Wirksamkeit ohnehin »klar«.

»Realistisch« sind Partizipation und ihre Erweiterung im Verlaufe der letzten zwei Jahrhunderte primär als Mittel einer sich in ihren Anforderungen und Aufgaben wandelnden Herrschaft anzusehen. Im Sinne eines Konflikt- und Akzeptanzmanagements, das dazu dient, Voraussetzungen für gezielte Leistungsmobilisierungen zu schaffen. Um einen Teppich der Legitimation zu weben, auf dem sich wohllegitimiert herrschaftlich ohne Stiefeltritt schreiten lässt – und um diesen Teppich der Wahlbevölkerung vorab auszuhändigen.

f) Der »Transmissionsriemen« Parteien

Ein Ausdruck werdender Massenpolitik sind die Vereine und ihre Interessen, die sich artikulieren und in Gruppen zusammentun. Der Prozess des Organisierens wird staatlich befördert, unterbunden, reguliert und kanalisiert. Er kommt in deutschen und ähnlichen Landen quer durch das 19. Jahrhundert auf. Er äußert sich in Bächlein, in Flüssen, in Strömen – bis sich mächtige Industrie- und Arbeitervereinigungen etablieren. Zwischen staatlichen Bürokratien und den Interessengruppen knüpfen sich bald je nach Gruppen höchst einseitige Klientelbeziehungen.

Gerade für die sich mehrende Zahl der Wahlbürger und ihrer politischen Teilnahme bedarf es organisierender Vermittler und folgerichtig vermittelnder Organisationen. Allmählich, seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstehen im Zuge mit ihnen und mit sich anstauender Massenpolitik politische Parteien. Teils ballen sie sich von den Bürgern her und den Arbeitern aus. Bald kommen sie mehr von den

staatlich zugestandenen Repräsentationsorganen aus und staatlich befördert zustande.

So sollen sie, gemäß Lenins bekannter Formulierung, als »Transmissionsriemen« zwischen Bevölkerung und etabliertem politischen System fungieren, dafür sorgend, dass Artikulation und Versammlung der Interessen sozialer Klassen in Richtung Parlament passieren.

Parteien sind deshalb im Zwischenbereich angesiedelt. Je länger sie organisiert worden sind, je mehr sich die politischen Formen liberaler Demokratien ausbilden, desto mehr werden sie »konstitutionalisiert«. Sie werden zu Quasi-Staatsorganen.

Auf der anderen Seite treten neue »Zwischengewalten« insbesondere in Form der »Neuen Medien«, der Télématique an ihre Seite, zuweilen fast an ihre Stelle. In jedem Fall bewirkt allen voran das Fernsehen eine Veränderung der Politik. Entgegen ihrer »Versachlichung« und Globalisierung wird »Politik« für die Staatsbürger personalisiert. Ja, »Politik« wird »intimisiert.« Intime Nachrichten werden zu einer Art Politikersatz. Zusammen mit der Informationstechnologie sorgt die Verbildlichung der Wahrnehmungen dafür, dass sprachlose Erlebnisse zunehmen und sich Erfahrungen verändern. Die Veränderungen durch die Medien, stellvertretend und ergänzend zu den dadurch ihrerseits veränderten Parteien, sind schwer genau zu orten. Sie sorgen dafür, dass sich Politik dem bildnahen Bürger gegenüber theatralisiert. Was sich hinter den Kulissen abspielt, entzieht sich der Kenntnis der Zuschauer.

g) Arten von Politik

Sozialpolitik, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Forschungs- und Technologiepolitik – wer zählt die Politiken (»policies«), nennt die Namen, die staatlich regulierend alle zusammenkamen (zusammenkommen, doch der Schillersche Reim sollte wenigstens erhalten bleiben). Die Veränderung der Politik ist quantitativ und qualitativ unübersehbar. Es gibt keine relevanten Bereiche, die ausgenommen wären, kein feudales Nest der Zaunkönige oder staatlich ausgesparter Autonomie mehr. Politik hat sich längst über bäuerlich kleingeteilte Erde erhoben und dem Raum zugewandt.

Nicht allein die Inhalte der Politik, ihre Regelungstiefe und -weite sind ins Visier zu nehmen. Vor allem die Formen politischer Regelungen und Interventionen sind ernst zu nehmen:

- die rechtliche Qualität der Regelungen/Steuerungen;
- ihre bürokratische Fassung;
- das Ausmaß der Beteiligung der Gruppen innerhalb der Staaten;
- der Zusammenhang mit anderen Politikbereichen und ihre interne Hierarchie.

Außerdem gilt es die Effekte zu »messen«, die von den jeweiligen Politiken erzielt werden: Funktionen; Adressaten, Prozeduren, interne und externe Defini-

tionsfaktoren u.ä.m. Der Dialektik zwischen den Inhalten (Zielen/Funktionen) und Formen (Organisationsweisen, besonderen Instrumenten) ist nachzugehen (policies and politics, policies versus politics). An der Wohnungspolitik beispielsweise könnte dargestellt werden, wie diese Politik, jedenfalls in der BRD, von Anfang an, selbst noch zu Zeiten, da kriegs- und nachkriegsbedingt Wohnungszwangsbewirtschaftung vorherrschte, darauf angelegt war, Politik nur soweit zu treiben, dass die privaten Interessen möglichst ungebrochen zur Geltung kommen konnten. Die Häuserbauer insbesondere, die großen Häuserbauer und je nach konjunktureller Situation die Bauindustrie und die Banken. Der Sinn privatisierender Wohnungspolitik besteht vor anderen darin, zur Eigentumsbildung und zur Eigentumsorientierung beizutragen. Gerade im »umbauten Raum« soll die Dissoziation fortgesetzt werden und wenigstens der Traum vom »Häuschen im Grünen« von sonstigen Beteiligungswünschen entledigen. Die Wohnungspolitik fördert neben der Verfestigung sozialer Ungleichheiten vor allem die Idiotie des in der eigenen Wohnung-Lebens (zum »Idiot« siehe oben, S. 52).

h) Bürokratie/Technologie

Das Büro entsteht als staatliches Handinstrument. Am Beginn: der Commisarius, der Steuern eintreiben und die Belange des Königs landwärts vertreten soll. Aber bald verfilzt und verfestigt sich das Büro als eigene Macht im Staate. Es verknöchert als Bürokratie. Die Politik (der Fürst), der das Büro für seine Zwecke einrichtete, wird von demselben abhängig und abhängiger. Die Politik als Form der eigenständigen Entscheidung droht bürokratisch aufgesaugt zu werden. Sie geht in der Bürokratie unter. Schon die Entscheidungen werden von der bürokratischen Expertise gegründet. Keine der Dezisionen der positionell hohen und im politischen, nicht musikalischen Scheinschluss Mächtigen könnte ausgeführt werden ohne den Apparat. Franz Mehring hat in seiner »Lessing-Legende« am Beispiel des bekannten Ausspruchs von Friedrich dem Zweiten, dem preußischen König (1740-86 regierend), er sei der »erste Diener« seines Staates ironisch realistisch bemerkt, diese Selbstkennzeichnung träfe durchaus zu. Allerdings nicht in ihrer königlichen Bescheidenheitsgeste. Erster Diener sei er insofern, als auch der »große« Friedrich noch vom letzten Steuersekretär abhängig sei. In seinen Entscheidungen ebenso wie in deren erfolgreich/erfolglos-veränderter Ausführung. Eine alte politische und politikwissenschaftliche (Selbst)Täuschung besteht deswegen darin, dass eine Art klare Sequenz vorgegeben wird: zuerst die Politiker, die aufgrund ihrer Übersicht, heute etwa als letztlich volksgewählte Repräsentanten, Entscheidungen treffen, verantworten und legitimieren; danach die bürokratische Ausführung, die wohl manches verzögern und verändern mag, die aber doch nur die Mühle darstellt, durch die das politisch entschieden geerntete Korn feingemahlen werde. Deswegen kann es geschehen, dass bei Kabinettsbildungen oder -umbildungen Ministerinnen und Minister ernannt werden, die noch kaum je eine größere Verwaltung geleitet haben und, offen verschwiegen, von der Sa-

che nichts verstehen. Nun sollen die hochvermögenden »Herrschaften« als Generalisten und Dezisionisten »aus dem Stand« tätig werden und über die kommende Umweltpolitik oder Steuerpolitik der Presse Rede und Antwort stehen. Das ist die einzige repräsentierende Nebensache in der sie gebraucht werden. Anders wirkte die personalisierende Fixierung nicht. Welche politisch-journalistische, dem Bürger Zirkusakte vorführende zirkuläre Täuschung. Noch Max Weber, dessen Bürokratieanalyse, und dessen dynamisch-prognostische Bürokratisierungsdiagnose, unbeschadet mancher Irrtümer und Lücken, unvermindert triftig sind, hat sich in seiner Verzweiflung über die unaufhaltsame Bürokratisierung schlimm getäuscht. Er wollte ihr einen plebiszitär gesalbten Politiker entgegenstellen, der dann in Gestalt des Reichspräsidenten der Weimarer Reichsverfassung 1919 geschaffen wurde. Die Rettung von Politik und Persönlichkeit in einem. Als ob eine solche »große« politische »Persönlichkeit«, vorausgesetzt, sie käme durch allgemeine Wahlen zustande, eine Art cäsaristische und alexanderhafte Chance zugleich besäße. Sie kommt, sieht und zerschneidet mit ihren »verantwortungsethisch« getroffenen Selbst-Entscheidungen vor dem Hintergrund des akklamierenden Volkes das bürokratisch alles persönliche Entscheidungslicht verfinsternde bürokratische Gespinst. »Macht« bedeutet nach einem der einfachen und klugen Worte Hannah Arendts »Machen-Können« im Sinne eigener Gestaltung. Just davon kann im Kreis der oft kothurnhohen versammelten Gipfelpolitikerinnen und -politiker an der Spitze gigantomaner Herrschaftskomplexe nicht die Rede sein. Ach die Armen mit Gold im Munde.

Bürokratie ist stark durch ihre Dauer, durch ihr aus solcher Dauer erwachsendes Zeitvermögen und ihre schiere Größe. Sie wirkt wie ein riesiger Verschiebebahnhof der Probleme. Aufgeteilt, verpackt, hin- und hergeschoben und endlich in geeigneter Dosierung, kaum noch kenntlich mit dem Ausgangsproblem verbunden, werden die »großen Fragen der Zeit« (im gegenbismarckschen Sinne mit Bismarck formuliert) »gelöst«. Zu solchen Leistungen ist die Bürokratie in all ihren arbeitsteilig fixierten Zweigen deswegen in der Lage, weil sie sich die jeweilige »Wirklichkeit« anverwandelt und ihrem Recht transformierenden Muster gemäß zueigen macht. In diesem Sinne bedeutet sie, wie sie Weber kennzeichnete, »Herrschaft kraft Wissen«. Wer kennte sich in den Gesetzen und Verordnungen, die wesentlich von ihr produziert worden sind, besser aus als sie. Sie ist die erste Herrin der Auslegung. Und diese Auslegung erfolgt nach schon in den Gesetzen angelegten innerbürokratischen Mustern. Die Verwaltung prägt so allen Gesetzen und Verordnungen ihren eigenen organisatorischen Formstempel auf. Die schon gesetzlich transformierte »Wirklichkeit« wird auf diese Weise vollends bürokratisch aufgehoben. Sie wird zu einer bürokratischen, so wie »reale« Probleme und die Bürgerinnen, die darin laborieren, zu Merkmalen, zu Fällen und zu entsprechenden Zuständigkeiten werden. Das »Wissen«, das die Bürokratie überlegen besitzt, ist nicht mit einer tiefen »Sach- und Problem«-Kenntnis zu verwechseln. Solche mag vorkommen. Es besteht vielmehr vor allem anderen aus dem eigenen

bürokratischen Verfahrenswissen. Im Umgang mit den typischerweise »Klienten« genannten Interessenvertretern, Politikern und vor allem Bürgern besitzt die Verwaltung fast immer den Vorteil eines »Heimspiels«. Ihre Regeln und ihr Regelwissen geben den Ausschlag und materiell gesprochen den Zuschlag.

Wenn die Eigenart bürokratischer Produktion, gemäß ihren organisatorischen, rechtlich vorgegebenen Produktionsverhältnissen recht verstanden wird, ist auch zu begreifen, dass die Leistung der Verwaltung – im Gegensatz zum politikwissenschaftlichen Implementations- und Evaluationsgerede, das eine solche Annahme in der Regel zu Grunde legt – nicht primär oder gar ausschließlich daran zu messen ist, ob sie vorgegebene Problem problemgemäß löst. Solche »Lösungen« müssen selbstverständlich von der Sozialbürokratie bis zur Bürokratie der »Inneren Sicherheit« anfallen, wie die tauschwertorientierte Produktion zusammenbräche, wenn diese Tauschwerte nicht letztlich als Gebrauchswerte von Konsumenten gekauft und »realisiert« würden. Über den Bestand der gegebenen Herrschaft entscheidet jedoch die entpolitisierte Leistung der Bürokratie und ihre eigene Darstellung als schwer durchdringlicher Herrschaftsblock. Darum die kafkaesken »Schloss«-Erlebnisse. Soziale Probleme sind zu »ent«-sozialisieren. Sie sind zu solchen von Individuen, nein von »Fällen« mit den Merkmalen X, Y, Z zu machen. Dann können sie entsprechend in der Verwaltung und durch die Verwaltung als »ihre« Probleme traktiert werden. Die Ergebnisse kommen kleingescheuert den »Fällen« zugute. Mögen die Individuen sehen, was sie damit und wie lange sie etwas anfangen können. Die bürokratische Behandlung von Problemen lässt sich geradezu als Anti-Logik Kollektiver Aktion qualifizieren. Unter »Kollektiver Aktion« wird ein einvernehmliches Handeln verstanden, das gemeinsame Interessen verfolgt, auf gegenseitige Hilfe angelegt ist, aber individuelle Eigenheiten berücksichtigt. An den Ausländerämtern, beispielsweise in Berlin oder an den Arbeitsagenturen, die Hartz IV-Fälle traktieren, zufällig handelt es sich auch um Personen, könnte der bürokratische Exzess bis hin zur »Banalität des Bösen«, verkörpert in Beamten oder Angestellten, im Nebenberuf gute Familienväter, als bürokratisches Syndrom durchleuchtet werden. Das New Public Management, das im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts reformerisch gefunden und in die öffentliche Bürokraten injiziert worden ist, hat unter dem Ziel, die öffentliche Verwaltung nach dem ökonomischen Motiv in Habitus und Orientierung zu durchdringen im Zuge der allgemeinen Verinnerlichung kapitalistischen Gebarens und ihres neotayloristischen Managementgebarens, die herrschaftliche Missachtung der bürokratisch ausgesetzten Personen verschärft, nicht vermindert. Das Maß volatiler Willkür von oben hat zugenommen.

Das bürokratische Babylon lässt sich durch eine solche kurze Begehung nicht erschließen. Dazu ist das Straßengewirr zu vielfältig und zu langläufig angelegt. In unserem Zusammenhang ist festzuhalten: der Bürokratie kommen primär Herrschaftsfunktionen zu. Diese Funktionen aber werden vor allem wahrgenommen, indem alle Probleme von ihrem sozialen Kontext, ihrem Problemboden abstra-

hiert und außerdem als soziale, soweit irgend möglich, amtslogisch zerhackt werden. Bis hin zur so genannten Terrorismusbekämpfung, über die sich ein trefflicher Traktat bürokratischer Politik verfassen ließe, besteht trotz, ja gerade wegen der »Staatsbedrohung« das primäre Interesse nicht darin, »den Terrorismus« dadurch unmöglich zu machen, dass seine soziopolitischen Bedingungen der Möglich- oder doch der Wahrscheinlichkeit tunlichst beseitigt werden. Er wird erhalten in der Art, wie er bekämpft wird. Auf diese Weise wird der »Kampf gegen den Terrorismus« zu einer Daueraufgabe: dieselbe kann politisch und bürokratisch nützlich ausgebeutet werden. Politisch, weil »Terrorismus« als dauernde Drohung behandelt werden kann, um entsprechende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und das Recht auf Demonstration einzuschränken. Bürokratisch, weil die damit befassten Ämter ausgebaut werden müssen und an Bedeutung als ersatzpolitische Agenturen im Kampf um die Öffentlichkeit wachsen. Indem Bürokratie Probleme eigenartig abstrahiert und dissoziiert, trägt sie dazu bei, dass die Verfahren der Willens- und Entscheidungsbildung angesichts neuer Probleme und Konflikte nicht geändert werden müssen. Insofern eignet ihr ein herrschaftskonservativer Effekt.

Über das Verhältnis »Wissenschaft« und Bürokratie wäre eigens zu handeln. Sie durchdringen und umarmen sich wechselseitig. Die Verwissenschaftlichung der Bürokratie, mehr noch die Bürokratisierung der Wissenschaft hat Weber klarsichtig diagnostiziert. Vor allem die Folgen für »die« Wissenschaft und ihre abstrahierend identifizierende Veränderung »der« Wirklichkeit, die angeblich ihren Stoff und ihre empirische »Wahrheits«-Instanz darstellen, sind einschneidend. Möchten wenigstens alle, die im ausfransenden Wissenschaftsbetrieb stecken, nicht allein darüber sich ärgern, dass ihre Projekte sich im bürokratischen Verfahren verzögern. Das bürokratische Element im Kern wissenschaftlichen Verfahrens, inmitten der wissenschaftlichen Arbeitsteilung wäre vielmehr (selbst)kritisch wahrzunehmen.

An dieser Stelle muss es genügen, darauf aufmerksam zu machen, wie sehr die bürokratische Art, Probleme zu behandeln mit derjenigen der Neuen Technologien, insbesondere der Informationstechnologien übereinstimmt. Schon zwischen Bürokratie, älterer und neuerer Statistik gab es von Anfang an enge Beziehungen. Genauer: die Statistik ist wesentlich ein zusätzliches Erhebungs- und Identifikationsinstrument bürokratischer Qualität. Die »restlose Erfassung« als immer wieder neu vorschwebendes Endziel.[139] Zählungen und Volkszählungen haben eine lange Tradition. »Damit das Volk geschätzet würde, ein jeglicher nach seiner Art.« Die moderne Informationstechnologie perfektioniert und sublimiert bürokratische Zugriffe und Informationsverwaltung in atemberaubender Art. Die Entwicklung schreitet voran. Räumliche Distanzen werden irrelevant. Die Zeiten werden bis zu »Grenzzeiten« verkürzt. Die Möglichkeiten des Speicherns und der Weitergabe von Informationen wachsen und wachsen. Eine infor-

[139] Siehe Götz Aly, Karl-Heinz Roth (siehe Anm. 76).

mationell »katholische« Situation ist gegeben. Über die ganze Erde hinweg (einschließlich des technisch durchdrungenen Raums), überall und jederzeit, urbi et orbi, können Informationen (fast) zeitlos getauscht werden. Nur dem Anscheine nach paradoxerweise wird dadurch die Zeit immer knapper und die »rechte Zeit« noch wichtiger. Ein Vorsprung von Stunden, von Minuten, von Sekunden, kann bei riesigen Geldtransaktionen auf der Weltbörse, die alltäglich fast nur noch zufällig in Tokio, New York oder London und Paris situiert, über Gewinn und Verlust entscheiden.

Die Informationstechnologie bedeutet, dass die Logik bürokratisierter Politik und der Bürokratisierung verstärkt, ja perfektioniert wird. Ihr Einsatz mag im einzelnen noch so nützlich, ja unentbehrlich sein; der PC (»Personal (!) Computer«), der Computer als Person, s. Musils Beobachtungen eines »genial« genannten Pferdes, kann noch so sehr »ans Herz gewachsen« sein:

– Die Fülle der präsentierten und minütlich, sekündlich »produzierten« Informationen verbessert die Informiertheit in Teilbereichen. Aber auch diese Feststellung gilt nur für die jeweiligen Experten, die ihrerseits an der Produktion von Informationen beteiligt sind. Da keine entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden – soweit dies überhaupt möglich ist –, die Informationen »abzubauen« und anzueignen, bewirkt die Flut der Informationen die Ohnmacht der darin Ertrinkenden, der davon Übermächtigten. Und die sind wir alle, abgesehen vom schmalen Korridor, wo wir vielleicht »Experte« und »Expertin« zu sein uns einbilden können. Darum schießen alle expertokratischen, also Expertenmacht demonstrierenden spezifischen Auskunfteien und Informationsproduzenten in die bürokratisch-technologische Höhe. Darum erhebt sich längst die Frage: wer schützt uns vor diesen neuen Experten im perfekten Anzug und im trefflich kleidsamen Kostüm. »Alles« stimmt. Indes nur bereichsspezifisch, sodass »das jeweilige Ganze«, die Gesamtheit eines Vorgangs unstimmig sein mag. Wir werden darüber nicht informiert. Darum werden »Wahrheit«/Stimmigkeit wie Gesundheit in der Medizin bestenfalls bereichs- und krankheitsspezifisch zum quantitativen Ereignis. Siehe »Evidenzmedizin«.
– »Information«, was wollte man dagegen einwenden. »Sie« gibt uns Auskunft über dies und das. Je nach Information. Aber wie kommt sie zustande? Wer richtet darüber, dass die Auskunft zutrifft? Aus welchem Zusammenhang wurde sie genommen und mit welchem Ziel wurde sie in welcher Kombination mit anderen Informationen weitergegeben? Ein Informationsschwanz von Fragen. Sie aber müssten jeweils von den Konsumenten (Rezipienten) von Informationen beantwortet werden können, vielmehr von den Präsentierern von Informationen beantwortet werden, wenn man wissen wollen sollte, was diese Informationen bedeuten. Information, das heißt ein aus dem Zusammenhang »gerissenes« Datum, eine Gegebenheit, eine »Tatsache«, die erst, indem sie in einen bestimmten Zusammenhang neu gestellt werden, Bedeutung erlangen, sprich über etwas in bestimmter Weise informieren. Genesis und Geltung von Infor-

mationen und deren interessenmächtige Produktion mitsamt ihrer Verbreitung werden in aller Regel ebenso wenig kund (und von den Konsumenten verstehbar), wie dies für die bürokratischen Prozeduren gilt, deren Informationspolitik sich gerade durch ihre Amts-Hermetik, durch ihre bürokratische »Eigenwilligkeit« und Eigenproduktion auszeichnet. Informationen, je weiter sie auf der Welt und in allen Sachbereichen erhoben, gesammelt, gespeichert und weitergegeben werden, je mehr sie zum »business« werden, desto mehr »erschlagen« sie und verzerren sie. »Wirklichkeit« wird durch ihren übermäßigen und nicht mehr kenntlichen, in Bildern pseudokonkreten Modus der Abstraktion produziert. Die seitherige Bürokratie wird dadurch bei weitem übertroffen.

– Weil sie leichthändig und universell verfügt werden kann, versetzt die Informationstechnik dazu in die Lage, größere Organisationen zusammenzuhalten und weltweite organisatorische Kooperation zu installieren. Jedes kleine Reisebüro einer Landstadt belegt diese neuen Kooperations- und Austauschmöglichkeiten. Der internationale Reiseverkehr, der Massentourismus, meine Reise nach Thailand – sie alle wären nicht mehr anders möglich. Krankenhäuser und Experten können miteinander über große Entfernungen hinweg kommunizieren. Ein Herzspezialist aus Sidney kann sich demnächst an meiner Operation in Stuttgart beteiligen. Expertendiagnosen können dem widerwilligen und schlecht informierten Landarzt in den nördlichen Hunsrück übermittelt werden und ihn auf dem Stand der medizinischen Kunst halten. Zugleich ist es möglich, riesige Organisationen allein dadurch funktionstüchtig zu installieren. Niemand kann über alle Abläufe Bescheid wissen; niemand könnte die einzelnen Informationen zusammenbringen, miteinander kombinieren, vielleicht verschiedene Vorgehensweisen simulieren – der datenverarbeiterische Apparat kann. Er wird deshalb oft zwei- oder dreifach installiert, damit im Falle einer »technischen Störung« und ihrer potentiell katastrophischen Folgen Ersatzapparate »einspringen« können.
– Diese Verfügbarkeit, informationstechnisch möglich gemacht, muss – hier hat die Systemtheorie i.S. der Abbildung Recht – systemisch bezogen werden, nicht auf handlungsfähige, die Informationen angemessen verarbeitende Menschen. Die Menschen und Experten werden selbst als Experten zu Randfituren der von ihnen nur teilweise gesteuerten Abläufe; nur zum Teil vermögen sie die Informationsprozesse einzusehen. Sie können allenfalls ausgedruckte und/oder bebilderte Ergebnisse, meist ihrerseits nicht ohne informationstechnische Hilfe interpretieren. Aus diesen Gründen ist es u.a. angezeigt von Informationstechnologie und nicht allein von Technik zu sprechen. Denn der in dieser Technik eingebaute, von ihr vollzogene »Logos« definiert in hohem Maße Art und Umfang der Information und des davon abhängigen Rest-Handelns. Durch die Kombination von Informationen allein entstehen neue Informationen und neue »Wirklichkeiten«. Diese neuen Wirklichkeiten sind menschlich-sozial erneut nur aus der »Logik« der Technik mitzuverstehen. Weil dem aber so ist,

ist die Qualifizierung dieser Vorgänge als »Kontrollrevolution« (J. Beniger) falsch oder nur in sehr spezifischer Weise verständlich. Die Möglichkeit, einzelne hochkomplexe Abläufe zu kontrollieren, nimmt zu. Ganz gewiss. Unsere Wirklichkeit ist aus solchen Abläufen schon in erheblichem Maße zusammengesetzt. Wir leben von ihren Ergebnissen und Definitionen. Aber die soziale Kontrolle, die Kontrolle durch Gremien mit potentiell weiter Mitbestimmung, nimmt schon der Möglichkeit nach ab. Bei vielen Großorganisationen gibt es nicht einmal mehr so etwas wie eine Art soziale Feuerleiter. Dass also im Falle einer Katastrophe sozial organisierte Entscheidungsprozesse und vorgängige Willensbildungen an ihre Stelle träten. Die in sich vielfach verschachtelten, miteinander verzahnten informationstechnologisch zusammengehaltenen Apparate und Organisationen aber, können durch keine wie immer geartete informationstechnologische »Gesamtvernunft« human rational gesteuert werden. Deswegen sind die erwähnten, von Charles Perrow diagnostizierten »Normalen Katastrophen« unabsehbar absehbar.

– Betrachtet man die Informationstechnologie als eine Art »bürokratischen Extremismus« – der bundesdeutsche »Verfassungsschutz« bedürfte einer neuen Kategorie, der er selbst erläge –, dann wird sichtbar, wie sehr sich die in der Bürokratie ohnehin präsente »Sachzwanglogik« verstärkt. Die Hermetik Technologie verarbeitender, selbst der Technologie arbeitend erliegender Organisationen nimmt weit über den staatlichen Bereich hinaus zu. Der bürokratisch gestiftete (Ersatz)Zusammenhalt einer in einzelne Individuen aufgelösten Gesellschaft wird durch den technologischen verlängert. Die technologische Entwicklung verstärkt ihrerseits die Individualisierung i.S. politisch hilfloser Vereinzelung.

Instrumente von Herrschaft zusammengesehen

Betrachtet man die skizzierten »Instrumente der Herrschaft« in Form der staatlich-gegenwärtigen Herrschaft im Zusammenhang, dann werden folgende allgemeinen Wirkungen und Probleme fassbar:

a) Alle diese Instrumente gehorchen dem funktionalen Sinn der Identifizierung, der Dissoziation, der Kanalisierung und der Mobilisierung. Sie tun es nicht in derselben Weise. Reibungen, Konflikte und Widersprüche kristallisieren sich aus, insbesondere rund um die Beteiligungs- und Legitimationsprobleme des Staates. Widersprüche und daraus entstehende Konflikte resultieren heterogen aus der politisch-gesellschaftlichen Enteignung. Mitbestimmte Zusammenhänge werden zerschlagen und aufgelöst. Sie äußern sich in Vorurteilen. Sie treten hervor in Gewaltakten, in zunächst nicht verständlichem a-nomischem, also gegen die geltenden Umgangsformen gerichtetem, zuweilen unverständlich grausamem Verhalten. Solche Widersprüche und Konflikte dürften zunehmen. Der Mangel an sozialen

Bindungen und Hilfen, der Mangel an eigener (klein-)politischer Verantwortung äußert sich in a-sozialen (Ersatz-) Handlungen. »Große« bürokratisch-technische A-Sozialität heckt »kleine« irrationale Pseudo-Handlungen. Sie vergrößert sich noch, bestätigt durch die erwiesene »Unfähigkeit«, sich sozial zu verhalten.

b) Schon aus diesen Gründen wäre es falsch anzunehmen, eine »schöne neue Welt« reibungslosen Funktionierens sei im Entstehen begriffen. Darüberhinaus fällt auf, sieht man die qualitativ verschiedenen und verschieden wichtigen Instrumente zusammen, dass keine staatlich irgend einheitlich gesteuerte und gebaute »Architektur der Komplexität« (Simon) festgestellt werden kann. Selbst um des Staates willen könnte einem Angst werden. Denn es gibt nicht das technokratische Zentrum, von dem aus mit Hilfe seiner Schalttafeln und Hebel die konflikt- und verbrechensfreie Gesellschaft dirigiert werden könnte. Niemand ist human vorstellbar, der die in sich zerklüftete, heterogene Bürokratie zusammenzuhalten und kybernetisch-politisch zu »steuern« vermöchte. Auch die dem Anscheine nach anarchischen Teile staatlicher, privater und weltweiter Bürokratie funktionieren »homonom«, nach einem ähnlichen herrschaftlichen Sinn. Aber daraus wird noch kein »Gesamtgebäude«, kein auch nur einzelstaatlich »ideell« oder gar »reell« existierender »Gesamtherrscher«. Insofern ist Hobbes' Makros Anthropos, der künstlich große Mensch »Staat«, nicht das geworden, was sich seine Rechtfertiger bis heute von ihm versprechen. Nicht ohne Grund wird gerade konservativ die »Überlastung der Regierungen« diskutiert und wird nicht allein von *deutschen* Staatsrechtslehrern die zerfallene »Einheit« des Staates beklagt. Auch herrschaftskritisch beurteilt, kann diese Situation nicht beruhigen. Die innere Rationalität des Staates steht in Frage.

Dass auch nur Ansätze einer »aktiven Gesellschaft« (Etzioni) fehlen, versteht sich fast von selbst. Kräftigere Assoziationen »von unten« sind nicht in das bürokratisch-technologische Gemäuer des Gesellschaftsersatz- und Herrschaftsgebäudes eingedrungen. Mauerblumen, schön anzusehen, erfreulich, lassen sich konstatieren.

c) Der Versuch, den institutionell gemeinten und organisatorisch eingelösten Sinn der staatlichen Herrschaftsinstrumente im Kern herauszuarbeiten, birgt die Gefahr in sich, dass der Analytiker der Hermetik der Instrumente selbst erliege, ja sie im Bestreben ihre »Logik« zu Ende zu denken, übertreibe. Dieser Gefahr ist kritische Theorie unvermeidlich ausgesetzt. Sie lässt sich nicht von vornherein vermeiden. Sich in die funktionale Logik der Apparate zu versetzen, sie »empathisch« nachzuvollziehen, ist die erste Bedingung allen Verständnisses und nicht nur äußerlichen Kritik. Zusätzlich gilt mit Wolf Biermann: »Wer sich nicht in Gefahr begibt, der kommt drin um«. Allerdings ist den Gefahren der Verdoppelung von Hermetik zu begegnen, ohne blauäugig »das Positive« zu suchen oder hineinzusehen. Hierzu ist es u.a. geboten: sich nicht auf ein Instrument, einen Apparat längerfristig allein einzulassen; etwa »das Militär« oder »die Polizei«, ja selbst »die Informationstechnologie«. Instrumente, auch wenn sie als Definitions-

mächte »wild« geworden sind, sind angemessen nur im Zusammenhang mit den anderen Faktoren und im jeweiligen Wirkungskontext zu betrachten. Nicht allein die Gründe, die dafür sprechen, dass bürokratische Wirksamkeit sich durchsetze, gleicherweise die Gegengründe sind aufzuspüren. Oft stecken die Gegengründe in den Gründen selber, so wie Stärken und Schwächen meist ineinander verschlungen sind. Schließlich sind zusätzlich zu den produzierten Widersprüchen und potentiellen Konflikten die extern angesiedelten oder neu entstehenden sozialen Blockaden ausfindig zu machen. Die enteignende Sozialisation mag schier perfekt sein. Aber eben nur »schier«. Auch hier gilt: sperrige Personen werden immer erneut geboren. Das »Stirb und Werde« Goethes stellt alle Dauereinrichtungen und Dauerwirkungen von Grund auf beunruhigend in Frage. »Plötzlich« gibt es unvorhergesehene Revolten; plötzlich wird Mitbestimmung eingefordert; und unversehens wird das »Management by stress«, wie es in Unternehmen eingeführt worden ist, zum »stress of the management«.

Aber die Hermetik-Gefahr real und analytisch bleibt.

»Sagt es niemand, nur den Weisen
Weil die Menge gleich verhöhnet,
Das Lebend'ge will ich preisen,
das nach Flammentod sich sehnet...
...Und solang du das nicht hast,
Dieses: Stirb und werde!
Bist du nur ein trüber Gast
Auf der dunklen Erde.«
(Erste und vierte Strophe aus »West-östlicher Divan«
von Johann Wolfgang von Goethe)

Intermezzo II
Herrscht Niemand nirgendwo?

Ach Du meine Güte! Über Wassermangel können wir uns nicht beklagen. Viele Wasser sind geflossen, und mit vielen Wassern sind wir gewaschen, seitdem wir erneut in den Fluss ein- und zu Kapitel IV getaucht sind. Dort haben wir Trübheit vorgefunden, Trübnis, Trübsal. Aufgewühlter Schlamm von unten und schmutziger Regen von oben. Da ist kaum Durchsehen. Jetzt, neben dem Fluss und die grau-braunen Fluten betrachtend, werden wir uns eine Hilfskonstruktion bauen müssen.

Doch zuvor soll etwas Unklares, etwas Ungeklärtes benannt werden. Studierende in Wien haben es im November 2013 erwähnt, als sie zu Kapitel IV gearbeitet haben: Wie genau denn nun der Zusammenhang zwischen Herrschaft und Arbeitsteilung sei? Bedingen sie einander? Sei es ein Zwangsgespann? Könne es Arbeitsteilung ohne Herrschaft geben? Oder »Gäb 's keine Arbeitsteilung – gäb's keine Herrschaft?« Wir sind also nicht fertig geworden. Das liegt nahe.

Die Theorie der Herrschaft betreffend ist klar: Sie ist notwendiger geworden. Wenn wir beim Tauchen gedacht haben, »jetzt haben wir die Herrschaft erwischt«, ist sie doch wieder anderswo gewesen. So gesehen bzw. gerade nicht gesehen handelt es sich um eine Theorie mit flüchtigem Gegenstand. Merkwürdig, fast tragisch ist dabei, dass sich Herrschaft bei *gleichzeitiger* Totalisierung (TINA, *T*here *I*s *N*o *A*lternative) ins Niemandsland der Niemands-Herrschaft verflüchtigt. Schwer erkennbar und noch schwerer verstehbar.

Wenn Herrschaftstheorie die historische Form kritisiert, Spannungen zu lösen, dann zeigt sich die Flüchtigkeit unseres Gegenstandes auch daran, dass Form wie Spannung schwer auszumachen sind. Als wenn das – sich beharrlich reproduzierende – Bestehende im Nebel des Innovationsraumes verschwände. Als wenn Herrschaft derart mit »aseptischer Begrifflichkeit« verhüllt würde, dass ihr Virus nicht mehr diagnostizierbar ist.

Dabei sind Spannungen zu beobachten. Ausdifferenzierung geht mit Entdifferenzierung einher; in den Identifikationen bedingen Einschließung und Ausschließung einander. Gerade das Dauerfaktum der Entpolitisierung, welche Themen der konflikthaften Diskussion und Aushandlung entzieht, macht Theorie notwendig. Und wenn richtig ist, dass Politik von unauflösbarer Spannung zehrt, so schafft sie mit diesem Entziehen ihre eigene Nahrungsgrundlage ab.

Ein Grund dafür, dass gegenwärtige Herrschaftstheorie so verkümmert ist, liegt im zeitgenössischen Beharren auf und Verharren in »verwertbarer« Wissenschaft. Der kritische Gedanke, stachelig und widerborstig, hat sich selten gut vermarktet. Es sei denn als Kunst am Bau.

Weil aber die Herrschaft kaum in einem Bau noch wohnt, weil neben den herrschenden Subjekten und den beherrschten Objekten auch der Ort nicht mehr recht kenntlich ist, soll die erwähnte Hilfskonstruktion versucht werden: Das »Büro«. Der Niemand bei Hannah Arendt ist der nicht Auffindbare, der nicht zur Verantwortung Ziehbare im System der Büro-kratie, der Herrschaft des Büros. Von Adolf Eichmann wird in Kapitel VIII noch zu sprechen sein.

Um was handelt es sich beim »Büro« – und weshalb könnte es zu den Fäden weisen, aus denen der moderne Herrschaftsstoff gewebt ist?

»Ursprünglich« war das Büro klein. Es hat nicht einmal einen ganzen Raum umfasst. Vielmehr verweist das »Büro« auf den Stoff, mit dem der Tisch bezogen worden ist: Bure. Ein grober grauer Wollstoff (daher womöglich die trüb graubraunen Wasser...). Mit diesem »Bure« sind Arbeits-, Rechen- und Zahltische bezogen worden, die dann als »Bureau« in der Sprache heimisch geworden sind. Alsbald breitet der Bureau als Arbeitstisch sich im Bureau als Arbeitsraum aus, der schließlich von den Bureau-craten bezogen wird, den Platzhaltern an den Arbeits-, Rechen- und Zahltischen.

Damit lässt sich zweierlei hilfskonstruierend dingfest machen. Erstens sind Ökonomie und Politik gemeinsam ins Büro gezogen, haben sich sozusagen als kalkulierende Rechen-Herrschaft den Schreibarbeiten und der Geschäftsabwicklung zugewandt. Zweitens zeichnet den Büro-kraten aus, dass er meist nicht zuständig ist (verantwortlich ohnehin nicht). Zuständig sind, wenn überhaupt, schwer auszumachende Andere.

Derart hilfsmäßig ausgestattet neben dem Fluss sitzend zieht nun das überarbeitete Kapitel V vorbei. Wir sind ja dort steckengeblieben, wo wir fast dem Fehler unterlegen wären, den Staat zu sehr als Ding an sich und jenseits anderer gesellschaftlicher Entwicklungen, fast jenseits auch des diese antreibenden ökonomischen Komplexes zu betrachten.

Ob der ökonomische Komplex seit jeher den primären Faktor darstelle, oder ob das Primat bei der Politik liege oder liegen sollte, sei zunächst dahingestellt. Vielmehr ist nun mit der Annahme, dass »Politik« und »Ökonomie« in der Morgendämmerung der Moderne gemeinsam das »Büro« bezogen haben, zu fragen: Wie hat sich diese Bürogemeinschaft verändert, seitdem Wolf-Dieter 1989 das Erstmanuskript verfasst hat?

Es war in Frankfurt am Main, Flughafen Bahnhof, Gleis 7 am 24. Januar 2014. Unterwegs nach Erfurt erblicke ich (UvW) Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Gründungspräsident meines Institutes und seinerseits unterwegs nach Dresden. Unser kleines Bahnsteigsschwätzchen endet, als der Zug einfährt. Ernst steuert zielstrebig das Behindertenabteil der Ersten Klasse an und gibt mir freundlich zu verstehen, dass er dieses doppelte Privileg nun sogleich in Anspruch zu nehmen gedenke. So fahren wir eine Weile erst- und zweitklassig getrennt nach Osten. Als ich meine Zugarbeiten allesamt beendet habe und es bis Erfurt noch eine Weile hin ist, besuche ich ihn. Wir reden über dies und das und alsbald vom Herrschafts-

Buch. Das erinnert ihn an die von ihm geleitete Enquete-Kommission zur Globalisierung der Weltwirtschaft.[140]

Nach der »Wende«, so meint er, habe der Kapitalismus sein soziales Gesicht nicht mehr betonen müssen. Aus der west-östlichen, kapitalistisch-sozialistischen Systemkonkurrenz sei er als Sieger hervorgegangen und sei nun dem Sozialismus keinerlei soziale Rechenschaft mehr schuldig. Der Kapitalismus, folgert Ernst und lächelt mich verschmitzt an, sei immer schon frech gewesen. Nach der Wende aber sei er bodenlos frech geworden.

Worin könnte diese bodenlose Frechheit u.a. bestehen?

Da ist zunächst einmal von Bürogemeinschaft keine Rede mehr. Als sei der Kapitalismus gar nicht mit eingezogen. Als habe der »Staat« ihm nicht jahrhundertelang die für ihn günstige Umgebungslandschaft – nicht zuletzt per Büro-kratie – geschaffen. Vielmehr wird dem Staat attestiert, er sei träge und fett geworden und es sei höchste Zeit für eine Abmagerungskur. Einen »schlanken« Staat wolle man, mit abgespeckter »effizienter« Verwaltung, die nun die Dinge neu-öffentlich »managen« solle.

Dem ließe sich etwas abgewinnen. Stellt doch der selbstgefällig kreisende bürokratische Apparategigant für Viele ein Ärgernis dar.

Das Perfide ist jedoch: Das Büro wird marktförmig nicht weniger. Im Gegenteil. Staat und Ökonomie brauchen anlässlich ihrer vergrößerten Skalen mehr Dienstleistung, mehr Verwaltung. Mehr Verhaltens- und Menschenschulung im Sinne von Disziplinierung. Weil sie aber als erwerbliche Dienstleistung für zu teuer befunden wird, zieht das Büro sozusagen um und schlägt Kapriolen über sich hinaus. Frigga Haug hat dies als »Patientin im neoliberalen Krankenhaus«[141] trefflich beschrieben: Der Verwaltungsaufwand wächst und wächst, ist aber längst aus dem Büro hinausgewachsen, wird von Ärztinnen, Schwestern, Ärzten und Brüdern (Pflegern), von Patientinnen und Patienten mit übernommen. Outgesourct also, doch outgesourct ins »Kostenlose«, »exernalisiert«, ins Draußen des Büros verbannt.

Dafür ist die Verwaltung nun drinnen – drinnen in uns, die wir Jede und Jeder ein kleines Büro in uns haben, mobil per »PPC (Personal Portable Computer«). Also erst die Bürokratie diskreditiert, dann externalisiert und dann als Herrschaft der Apparate erneut internalisiert. Ein genialer Schachzug. Nun ist die Büro-kratie zwar nicht weniger, doch sie ist ökonomischer geworden.

---

[140] »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten«, Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode. Schlussbericht als Drucksache 14/9200 unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/092/1409200.pdf

[141] Frigga Haug, Patientin im neoliberalen Krankenhaus, gekürzte Fassung in: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (Hrsg.): Digitalisierte Patienten – verkaufte Krankheiten. Elektronische Gesundheitskarte und die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, S. 55-80, Köln 2011. Ungekürzte Fassung in: Sigrid Graumann und Katrin Grüber (Hrsg.), Patient – Bürger – Kunde. Soziale und ethische Aspekte des Gesundheitswesens, S. 9-47. Münster 2004.

Die Blaue Ameise – »Blue Ant«, ein neues »Management-Tool«, also eine Art Seele oder Software des Apparats – mag dies veranschaulichen. Mit der Blauen Ameise verwalte ich jetzt als »Projektleiterin« mein Projekt selber. Wenn ich ein neues Projekt »plane« (»angelegt« wird es noch von unser »echten« Verwaltung) ist zu beachten, dass neben mir auch andere Menschen im Projekt arbeiten könnten. Also plane ich »Ressourcen« ein, wie es im Jargon der Blauen Ameise heißt,[142] z.B. meinen Kollegen Manuel Müller aus der Nachbarabteilung. Den brauche ich einhundert Stunden lang. Der »Ressource Müller« weise ich somit einhundert Stunden zu. Na ja, ganz so einfach geht es denn doch nicht. Denn die Ressource hat eine Chefin: Marta Meier. Sie selbst ist bei diesem »Vorgang« keine Ressource, sondern sie verfügt primär über die Ressource Manuel Müller. Deshalb muss Marta Meier die Ressource Manuel Müller erst »freigeben«, bevor ich über sie verfügen darf.

So weit zum sich ausweitenden »Büro« als Herrschaft im Arbeitsalltag. Bürokratischer Extremismus, das technologisch in die Extremitäten hinein verlängerte Büro mitsamt seiner »Effizienz« und seiner »Steuerungsnotwendigkeit« des ansonsten Unübersichtlichen als Legitimationsgrund.

Mit der Blauen Ameise bin ich bei den Instrumenten der Herrschaft und bei Kapitel VI längst angekommen: Die im ökonomischen Vokabular verfasste Gemeinschaftsherrschaft von Techno-kratie und Büro-kratie, ohne Schaltzentrum, ohne zentralen Ort. Hier kommt der zweite Teil meiner Hilfskonstruktion ins Spiel: »Niemand«. Wolf-Dieter schreibt in der Zusammensicht der Instrumente der Herrschaft: Niemand ist human vorstellbar, der die in sich zerklüftete Bürokratie zusammenhalten und kybernetisch-politisch zu »steuern« vermöchte. Damit ist »systemisch« Niemand da, Niemand zuständig und Niemand verantwortlich. Im Grunde nichts Neues, sondern Max Weber und Hannah Arendt folgend im modernen Büro schon angelegt und aktuell »nur« zeitgenössisch radikalisiert.

Wenn Herrschaft dort ist, wo »Ungleichheit« geschieht und institutionalisiert wird, so ist sie kaum auszumachen, wenn Niemand nirgendwo herrscht. Doch das Moment der Ungleichheit, auch des Anderen kommt in den Blick, wenn der »Herrschaftsschatten« mit in die Betrachtung fällt: Den »Luxus« der Nicht-Zuständigkeit und der Nicht-Verantwortung kann sich die Niemands-Herrschaft nur leisten, weil da Tag für Tag »Jemand« sehr konkret zuständig und verantwortlich ist. Für das Aufwachsen von Kindern, für das Wohlergehen von Anderen, für das Alltägliche und (zum guten Leben) Notwendige. So gesehen wären Sorge, Zuwendung, Zuständigkeit und Verantwortlichkeit Ausdruck des von der

[142] Meine Kollegin Bettina Bahn-Walkowiak hat in einer gemeinsamen »Blue-Ant-Schulung« darauf hingewiesen, wie befremdlich diese Bezeichnung auf Menschen bezogen wirkt. Sie selbst arbeitet in der Abteilung »Stoffströme und Ressourcenmanagement«, hat es also dauernd mit »Ressourcen« zu tun, doch nicht mit solchen.

Niemands-Herrschaft Unterworfenen. Und spätestens hier wird deutlich, dass eine andere Geschichte erzählt werden muss.

Es war in Berlin. Am 7. Dezember 2012 veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Workshop mit Nancy Fraser: »From Crisis to Transformation: Resolving the Feminist Ambivalence«. Angesichts von Krisen und des erneuten, intensiven Redens über »Transformation« hat Nancy Fraser ein Re-Reading von Karl Polanyis »The Great Transformation« unternommen. So richtig seine Kritik der »entbetteten« Ökonomie und der entbetteten Märkte sei, so richtig auch die Folgerung der Notwendigkeit einer Wiedereinbettung sein möge – es gebe eine Schwachstelle. Fixiert auf den Schaden durch sich selbst-regulierende Märkte übersehe er den Schaden, der von Gemeinschaften ausgehen könne: »Preoccupied exclusively with the corrosive effects of commodification *upon* communities, it neglects injustices *within* communities, including those, such as slavery feudalism, and patriarchy, that depend on social constructions of labor, land, and money precisely as non-commodities.«[143] Mit seiner Gegenüberstellung von »schlechter Ökonomie« und »guter Gesellschaft« sei Polanyi gegenüber Herrschaft nicht sensibel genug. Daher brauche es, so folgert Nancy Fraser, neben Ökonomie und Gesellschaft eine dritte Kategorie, wenn die Geschichte anders erzählt werden soll: Emanzipation. Davon mehr im Schlusskapitel.

[143] Nancy Fraser, Can Society be Commodities all the way down? Polanyian reflections on capitalist crisis. FSMH Working Paper Nr. 18, 2012, S. 5 (ihre Grundgedanken sind auf deutsch veröffentlicht in dem Beitrag »Dreifachbewegung. Die politische Grammatik der Krise nach Karl Polanyi« in: Michael Brie, Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi, Hamburg 2015, S. 100ff.). Zur weiteren Vertiefung siehe auch: Nancy Fraser, Between Marketization, Social Protection, and Emancipation: Toward a Neo-Polanyian Conception of Capitalist Crisis, in: Calhoun/Derluguian (Ed.): Business as usual. The Roots of the Global Financial Meltdown, S. 137-157, 2011; Nancy Fraser, Feminism, Capitalism, and the Cunning of History, in: New Left Review 56, S. 97-117, 2009.

Kapitel VII
Markt, Weltmarkt und die Verflüchtigung von Politik

»Ökonomie« und »Politik« in modernen Zeiten

Wir müssten genetisch ansetzen. »Wie alles anfing«. Dann können am besten die schaffenden Interessen und ihr Kontext eingesehen werden. Genetisch zu fassen wäre auch die wechselseitige Abhängigkeit von ökonomischen und politischen Bedingungen. Wie hätten beispielsweise die Männer Athens über die Mittel und Möglichkeiten verfügen können, sich zeitaufwändig politisch kriegerischen Auseinandersetzungen zu widmen (ganz zu schweigen vom Beteiligungsobulus, den sie entrichten mussten, wenn sie an der Volksversammlung teilnahmen). Der Handel, die Klassenverhältnisse und die Ungleichheit der Frauen ermöglichten die athenische Vorherrschaft in Griechenland und im Agäischen Meer. Sie bedingen aber auch die Unsicherheiten, Konflikte und Zusammenbrüche, von denen wir nicht zuletzt aufgrund athenischer Geschichtsschreibung selber, vor allem des Thukydides aus dem 5. Jahrhundert, wissen.

Die allmähliche, sich zu Zeiten beschleunigende, kurvenreiche und zuweilen aufhaltsame Entwicklung des Verhältnisses nur dem Scheine nach fertiger und halbwegs geschlossener Einheiten »Staat« und »Kapital« geschieht nicht einfach. Sie ist nie »fertig«, auch heute nicht. Ihre Konfliktdynamik widerstreitet fertigen Abschlüssen. Krislein und Krisen, Zusammenbrüche und Neuanfänge markieren den Weg.

Vom Horizont der Gegenwart aus einige Merkzeichen:

Staat und Ökonomie bilden ein Tandem. Dieses Tandem ist in seinen beiden Teilen unterschiedlich und zu unterschiedlichen Zeiten verschieden zugeordnet. In kapitalistischer, formell privater Ökonomie bildet profitabler Tausch die abstrakt allgemeine Orientierungsmarge. Indem ein Wettrennen privater Interessen entfesselt wird, sich mit Hilfe von Waren tauschend zu »bereichern«, werden Gebrauchswerte als Folgegrößen produziert. Die Waren würden nicht gekauft, könnten sie nicht gebraucht und verbraucht werden. Ihr Verbrauch gebiert neue Motive, die zum Wachstum anhalten, zur Neuinvestition, zur zunehmenden Produktion. Obwohl das selbstsüchtige Eigeninteresse, das Profitmotiv, vorherrscht und keine direkte (staatliche) Hand dafür sorgt, das gemeine Wohl zu fördern, haben privatkapitalistische Ökonomien bei weitem erfolgreicher die klassenpolitisch gespaltenen Interessen befriedigt als staatskapitalistische. Letzteren hat Max Weber früh das Schicksal bürokratischer Sklerose und ein ökonomisch konterproduktives Verhalten im Hinblick auf die angestrebten Gebrauchswerte vorausgesagt.

Auch in den privatkapitalistischen Ländern haben sich Staat und Kapital jedoch eng verflochten. Sie stellen keine Einheit dar, immerhin aber einen Komplex. Beide, insoweit offene Systeme könnten ohne das andere nicht existieren.

Vom Staat aus gesehen

- Der Steuerstaat ist aus Eigeninteresse wachstumsgeneigt auf eine funktionierende Ökonomie angewiesen.
- Legitimation erfolgt mit über materielle Verfügungsmassen und deren sekundäre Verteilung. Auch der Staat »lebt nicht vom Brot allein«, gäbe ohne Brot rasch seinen »Geist« auf. Als Hungerpastor taugt er nicht. In Sachen Arbeitsmarkt gleichen Staaten in fast allen Funktionen der Romanfigur Gulliver: Sie sind vereinzelt und kollektiv an ihn gebunden. Nicht umsonst bietet sich der Staat auf vielen, im Laufe der Entwicklung zunehmenden Ebenen an. Indem er attraktive Angebote unterbreitet; Infrastrukturmaßnahmen anbietet und vorweg erbringt, um Unternehmen anzulocken. Ökonomische Krisen, Rezessionen und Stagnationen werden zu vermeiden, Firmenzusammenbrüche aufzufangen versucht, steuerliche wie haushaltspolitisch-fiskalische Anreize gegeben, um »die« Ökonomie profitierlich zu streicheln.
- Der Staat als »Wohlfahrtsstaat« ist auf das ökonomische Wachstum verwiesen; er kann dasselbe modifizieren oder sozialpolitisch polstern.
- Das Herrschaftsinteresse, eine gegebene Struktur sozialer Ungleichheit zu erhalten und sozial gleichheitserpichte Einflüsse einzuhegen, verweist die staatlichen Institutionen erneut darauf, die Hilfe mächtiger Kapitalfraktionen und ihrer Interessen zu suchen.
- Das staatliche Interesse, national und international Macht und Einfluss auszuweiten, bindet es an eine möglichst wohlfunktionierende Ökonomie.
- Keine Verschwörungstheorie und von ihr angeleitet verschwörerische Praxis ist vonnöten, um »Staat« und »Kapital« als zweieiige Zwillinge zusammenzuhalten. In den »Gebeinen« und den »Nerven« staatlicher Institutionen und ihrer Repräsentanten steckt und zuckt das (gemeinsame) ökonomische Interesse. Korruptionsfälle sind eher als Nebenerscheinung zu werten, Politiker versuchen sich privat zu bereichern. Schon Bismarck im angeblich korruptionsloskorrekten Preußen hatte ein besonderes Verhältnis zu seinem Bankier Bleichröder. Er nutzte seine politische Position nicht zimperlich, die eigenen Güter zu »arrondieren«.

Von der Ökonomie aus betrachtet

Das Interesse privat organisierter Ökonomie, des Kapitalismus, am staatlichen Monopolisten geht weit über dessen Nachtwächterrolle hinaus. Selbst stramme neoklassische Marktfreiheitsemphatiker wünschen einen »minimal state« nur soweit es darum geht, zusammen mit der Marktmacht, die Struktur klassenspezifischer Ungleichheit zu erhalten:

- Der Staat garantiert die private Struktur von Eigentum, Vermögen und der Kompetenzen, über ökonomische Macht zu verfügen. Kurzum er garantiert die sozioökonomische »Klassenprämisse«.
- Infrastrukturaufgaben könnten zwar privatkapitalistisch erbracht werden. Sie bereiteten bei Konflikten jedoch größere Schwierigkeiten. Offene Konflikte könnten den »Kapitalfrieden« infrage stellen. Demgemäß fungiert der Staat als getreuer Rupprecht allgemeiner Ausbildung, der Wissenschafts- und Forschungsförderung ebenso wie im Straßenbau, bei technischen Großprojekten als Risikogarant u.ä.m.
- Je größer Unternehmen werden, je komplexer der Markt, desto wichtiger sind staatlich vorgegebene und sanktionierte rechtliche Regelungen, die Berechenbarkeit – vor allem im Kontext sozialer Ungleichheit – erlauben; ein ökonomisches Kalkül ohne ein rechtsförmiges ist schwer vorstellbar.
- Die militärisch-polizeilichen Sicherungen, die vom Staat verlangt werden, gelten ebenso außen- wie innenpolitisch. Die Kapitalfreiheit und die Kapitalsicherheit sind gleichzeitig zu garantieren.
- Ohne eine staatliche Regulierung ist ein einigermaßen stabiles Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht aufrecht zu erhalten. Ohne polizeiliche Eingriffe, rechtliche Fixierungen, sozialpolitische Auffangeinrichtungen wäre ein »Klassenfriede« schwerlich zu erhalten oder nach harten Konflikten als »produktives« Verhältnis wieder herstellbar. Die sozialpolitischen Wattierungen und Konfliktabsorber lassen sich kaum hoch genug einschätzen.

Die Verschlingung, der Tandempartner ist zweifelsohne gegeben

Jeder Sektor der Politik wird von ökonomischen Interessen durchzogen. Institutionelle Verknüpfungen sind zahlreich und wechseln je nach Tradition eines Landes.

- öffentlich-rechtliche Kammern à la Industrie- und Handelskammern;
- institutionalisierte Sozialpartnerschaften;
- industrielle/unternehmerische Interessengruppen mit trefflichem Zugang zu den jeweiligen regierungspolitischen Machthabern. Kein wichtiges Gesetz entsteht ohne Beteiligung der führenden Interessenten. In zugespitzten Fällen, so während der Bankenkrise in den USA und kurz danach in Europa 2008, ver-

abschiedeten repräsentative Gremien und ihnen verantwortliche Regierungen Gesetze und Rettungsprogramme für »systemisch« bedeutsame Banken, in denen die allgemeine Wohlfahrt exklusiv finanzkapitalistischen Interessen und ihren elitären Vertretern diente – auf Kosten derjenigen Gruppen, die bankenpolitisch ausgebeutet und betrogen worden sind;
– Vernetzung gleichläufiger Interessen von staatlichen und privaten bürokratischen Instanzen. Ihre Vertreter begegnen sich nicht selten mit einer Art aus ähnlicher Beschäftigung und gemeinsamem Erfolgsinteresse resultierenden Einverständnis.

Noch wichtiger als die institutionellen Verknüpfungen und Kooperationen ist die Ähnlichkeit der Interessen. Negativ gesprochen weisen sie in Richtung der schon des Öfteren erwähnten und nie genug zu berücksichtigenden Dissoziation. Staatliche und ökonomische Instanzen fördern sie gleicher Weise. Beide sind individualistisch ausgerichtet. Die Bürger werden beiderseits als Konsumenten des politischen Geschehens und der ökonomischen Produkte behandelt. Um die Souveränität des Kunden ist es ähnlich bestellt wie um die Souveränität des Wählers. Die individuellen Akte der Kunden-Wähler beeinflussen nachfragend in der Summe ökonomische und politische Angebote, stellen aber die Angebotsdominanz herrschender Politik und Ökonomie nicht in Frage. Gleich ist dementsprechend das Interesse, die Bürger zu entpolitisieren, sprich als primär agierende Als-Ob-Akteure zu trimmen. Verbunden damit ist die Absicht, die Bürgerinnen und Bürger in Richtung ihrer, ihnen dauernd nahegelegten privaten Interessen, notfalls mit einer gewissen politischen Umleitung über Vorurteile und Personalisierungen mobilisieren zu können. Die Argumente der »Neuen Politischen Ökonomie« enthalten insofern Elemente des Stimmigen, so falsch sie analytisch sind. Ihre Vertreter übertragen nämlich schier unvermittelt die am idealisierten Markt und den Marktteilnehmern abgelesenen Argumente einer modellhaft zugerichteten Ökonomie auf eine gleicherweise modellierte Politik. Die entscheidende Prämisse bildet die individualistische Fixierung und Fiktion. Die Fiktion wird dadurch zur kostenreichen, geradezu sozialpathologischen Wirklichkeit, dass fast alle staatlichen und ökonomischen Vorkehrungen darauf ausgerichtet sind, sie »wahr« zu machen.

Dennoch bilden »Staat« und »Kapital« keine Einheit

Gerade im System, das sich als »realer Sozialismus« verriet, weil es »Sozialismus« gerade nicht gab – darum das Fußgestampfe auf seiner behaupteten Realität – gab es Konflikte zuhauf. Jede Bürokratie, konstituiert als herrschendes Misstrauen, Geheimhaltung und unterdrückte Konkurrenz, ist von internen Konflikten gekennzeichnet, von Gerüchten, von Sabotageakten, von Unterschlagungen. Diese Beobachtung trifft besonders zu, wenn eine Art Allbürokratisierung der Gesell-

schaft stattfindet. Wenn es keinen außerbürokratischen Weg, nicht einmal offen miteinander konkurrierende Bürokratien gibt.

In westlich-kapitalistischen Ländern sind die beiden Vergesellschaftungsformen von »Staat« und »Kapital« unbeschadet ihrer Nähe, ihrer Analogien und Verflechtungen nicht miteinander zu verwechseln.

Staatsvergesellschaftung (ein Widerspruch nicht nur im Begriff): Nur einige Besonderheiten sollen apostrophiert werden – in Differenz zu kapitalistischer Ökonomie.

Die Ziele staatlicher Vergesellschaftung, kurz: Verstaatlichung, bestehen programmatisch darin, »Sicherheit«, Stabilität, Wohlfahrt u.a. zu gewährleisten. In diesem Sinne trifft die oft vertretene, ideologieträchtige Behauptung zu, »der« »Staat« sei oder vertrete »das« Allgemeine (als »Gemeinwohl« u.ä.). Staaten müssen freilich mehreren Herren, sprich unterschiedlichen Interessen und Zwecken dienen. Sie sind darauf angelegt, Konflikte und Kosten (so genannte externe Effekte) zu bewältigen, die strukturell und funktionell ökonomisch kapitalistisch erzeugt werden.

Um dieser Ziele willen besitzt staatliche Vergesellschaftung eigene Ressourcen und Hebel. Besonders erwähnenswert sind: das Gewaltmonopol, das Rechtsmonopol und die aus dem Allgemeinheitscharakter des Staates resultierende besondere Legitimation (s. Kapitel VI).

Die Sozialisationsobjekte/-subjekte sind die Staatsbürger. Sie werden zu solchen, indem sie im Kontext des staatlich repräsentierten Ziel-Mittel-Gewebes aufwachsen und agieren. Der Sozialisationseffekt besteht in der Identifizierung als Staats-Bürger und der Verinnerlichung staatlich konstituierter Formen, Symbole und Prozeduren. Die staatliche Vergesellschaftung besitzt ihre Eigenart vor allem darin, Mann/Frau/Kind diesem Staatsgebilde in toto auszuliefern. Staaten machen in diesem Sinne »eigen«, um eine alte Formulierung aus der Feudalzeit aufzunehmen (seinerzeit hieß es: »Land macht eigen«). Deswegen ist das, was Albert O. Hirschman »exit« genannt hat, das Verlassen eines Staates auf Dauer, die Emigration so schwer und mit so großen Kosten, in jedem Fall einem existenzumfassenden Aufwand verbunden. Als kröche eine Schnecke aus ihrem Haus in ein anderes, das fiktiv leer stünde, in dem sie erneut anwachsen müsse. Die Schwierigkeiten, die Schneckenhausmetapher durchzuhalten, belegen, welchen existentiellen Aufwand und welche Gefahren und Nöte Emigrationen bedeuten und mit sich führen. Diese Beobachtung gilt, gesellschaftlich übersetzt, für den Vorgang der Emigration ebenso wie den der Immigration. Je mehr die Staaten sich verdichten, desto weniger wird »exit« »normal« möglich. In jedem Fall liegt »voice« als andere Verhaltensweise, der Versuch, sich mitbestimmend in einem Staatsgebilde einzurichten, näher – solange »Nationalstaaten« als politische Normalform dominieren.

Der Vergesellschaftungsraum des Staates ist angefangen von seinen äußeren Grenzen nicht beliebig zu erweitern. »Staat« besteht zunächst primär in »seinem«

Territorium. Die Gefahren von Ideologemen à la »Volk ohne Raum«, ein Motiv nationalsozialistischen Expansionsdrangs, zugleich imperialer Herrschaftsmotive, sind in vermittelter Form präsent, solange Politik, herrschaftsgespitzt, sich als räumliche realisiert. Mit der Politisierung, der Sicherung eigener Räume und der imperialen Aneignung neuer, hängt ein anderer politisch sozialer Umgang von Menschen und »ihren« Räumen eng zusammen: des (Raum-)Einschlusses, der Inklusion, ja der Integration und des (Raum-)Ausschlusses, der Exklusion bis hin zu der Gruppe von Menschen, die als Displaced Persons, von einem Raumbezug abgeschnitten, dessen enteignet worden sind. Diese Menschen ohne Ort haben deswegen nach den schon zitierten Worten Hannah Arendts nicht einmal das Recht, Rechte zu haben.

Marktvergesellschaftung: Die Ziele sind einfacher. Sie bestehen in Wachstum und Profit, zusammengezogen: im profitablen Wachstum oder im Wachstum um des steigenden Profits willen.

Ressourcen und Hebel sind denkbar verschieden. Sie bestehen aus Gewinn(anreizen), Arbeit und Lohn (also materieller Existenzgarantie). Das daraus resultierende Sanktionspotential ist vielfältig und von beträchtlichem Zwang. Staatliche Politik kann unter erheblichen Druck gesetzt, ja zu bestimmten Handlungen gezwungen werden, wenn Unternehmen mit Kapitalflucht drohen oder sie praktizieren; Betriebe können umgesiedelt, Arbeiter in großer Zahl entlassen, Investitionen auf prekäre Zeit verweigert werden u.ä.m. In seiner nüchternen Art hat Max Weber eine dieser Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Arbeitern zusammengefasst: »Der Zwang kann bestehen ... in der Chance der Erwerbslosigkeit im Falle ungenügender Leistung. Da die zweite Form, welche der Verkehrswirtschaft (= kapitalistischer Wirtschaft. WDN/UvW) wesentlich ist, ungleich stärker an das Eigeninteresse sich wendet und die Freiheit der Auslese nach der Leistung (Maß und Art) erzwingt (...), wirkt sie formal rationaler (im Sinn des technischen Optimums) als jeder unmittelbare Arbeitszwang. Vorbedingung ist die Expropriation der Arbeiter von den Beschaffungsmitteln und ihre Verweisung auf Bewerbung um Arbeitslohnverdienstchancen, also: gewaltsamer Schutz der Appropriation der Beschaffungsmittel an Besitzer (s. oben zur Klassenprämisse, WDN/UvW). Gegenüber dem unmittelbaren Arbeitszwang ist damit außer der Sorge für die Reproduktion (Familie) auch ein Teil der Sorge um die Auslese (...) auf die Arbeitssuchenden selbst abgewälzt...«[144]

Die Sozialisierten aber (Objekte in Gestalt von Subjekten) sind Manager, Arbeiter, Konsumenten. Ihr Bewusstsein und Verhalten werden in Arbeit und Konsum eingeübt. Trotz dem erheblichen Sozialisationsdruck und der in der Regel geringen Spannbreite anderer Chancen ist »exit« – zwangsweise und auf eigenes Risiko – eher möglich und bietet »voice« nicht subaltern keine eigene Chance.

[144] Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. Anm. 79), hier S. 112f.

Der Raum der Vergesellschaftung aber ist territorial nicht beschränkt. Die Bewegungsfreiheit des Kapitals, die einen beträchtlichen Teil seiner Sanktionsgewalt ausmacht, ist prinzipiell, vor allem als aufgeherrschte Mobilität von Arbeit zum Kapital unbegrenzt. Sie bedarf im Großraum etablierten Weltmarkts nur noch geringen Aufhebens.

Die Differenzen der beiden Vergesellschaftungsarten, im Telegrammstil angedeutet, sind beträchtlich. Die staatlichen Ziele und Aufgaben sind ungleich komplexer und zugleich umfassender. Die ökonomischen Funktionen haben den durchschlagenden Vorzug einfach und deshalb leichter über historisch gesellschaftliche Eigenarten hinweg verbreitbar zu sein. Die Einfachheit, die die Industriebürokratie prinzipiell effektiver einrichten und dominieren lässt – es gibt nur ein Ziel: profitable Macht und mächtige Profitabilität –, trägt zur Überlegenheit von ökonomischen vor politischen oder allgemein sozialen Kalkülen bei. An Diskussion und Praxis ökonomischer vs. sozialer Indikatoren (Kosten/Wertkriterien) können diese Differenz und ihre Wirkungen auf den Habitus der ihnen ausgesetzten Menschen illustriert werden.

Während Marktgrößen monetär festgelegt werden können und vergleichbar sind, fehlt anderen Werten/Zielen ein einheitlich-vergleichbarer Ausdruck, ein gemeinsamer Nenner. Schon wie Werte als von vielen oder wenigen geteilte herausgefunden werden sollen, ist strittig. Die Umfrageforschung, die nicht gewichten kann oder in ihrer Gewichtung ziemlich willkürlich verfährt, bietet keinen Ersatz für die »Marktlogik«. Sollen jedoch diese »Wertemargen« quantifiziert werden, dann kommt das heraus, was Peter Self »Unsinn auf Stelzen« (nonsense on stilts) genannt hat. Man bewerte den Verlust an Umweltwert mit 80 wenn ein neuer Skilift gebaut werden soll, den Freizeitwert, der dazu kommt, mit 100. Dann bleibt die Differenz von 20, die zugunsten des Baus ausschlägt, indem »Kraut« von »Traktoren« abgezogen worden ist, sprich nicht marktgeschliffene monetarisierte Werte willkürlich zwangsmonetarisiert worden sind. Dass die marktförmige Monetarisierung von Waren und Dienstleistungen einen kostenverschleiernden Zwangscharakter besitzt, steht auf einem anderen Blatt. Das Geld und die Geldwirtschaft gehören um der universellen Täuschung ihrer angeblichen geruchslosen, a-sozialen Allgemeinheit zu den wirkungsvollsten Nicht-Entscheidungen monetär untertäniger Gesellschaften.

Die Differenz zwischen den Vergesellschaftungsformen darf ihre hegemoniale Einsilbigkeit nicht verkennen lassen. Beide sind mit dem Geschäft, sie zu vertuschen, in liebender Verschlingung beschäftigt: den Staatsbürger als Konsumenten und den Konsumenten als Staatsbürger zu schaffen, zu umgarnen und zu erhalten. Nicht als ein »Individuum ineffabile«, als ein einzigartiges Individuum, das nicht ausgelotet werden kann, will man die Bürgerinnen und Bürger mitten im geschwätzigen Menschenrechtsdiskurs. Vereinzelte sind beliebt als in ihren Interessen mobil-flexible Wesen, die zugleich bei ihrem »Leisten«, sprich prinzipiell unpolitisch bleiben.

Ökonomie im Staat und Staat in der Ökonomie

Bis jetzt haben wir so getan, als reichten diese beiden »Komplexe« sich freundschaftlich die Hände oder bestiegen ein Tandem. Zum genaueren Verständnis ist es erforderlich, die »Ökonomie« im Staat und den »Staat« in der Ökonomie wahrzunehmen. Sonst ist es fast unvermeidlich dem neueren »Medien«-Gerede des »Macht«- vs. des »Geldmediums« auf den Leim zu gehen, Medien, die ihrerseits institutionell und funktionell den Pseudoeinheiten »Politik« und »Ökonomie« zu- und untergeordnet werden.

Zunächst zur inneren Ökonomie des Staates: Über den Haushalt, die Steuererhebung, die Verschuldung, die ökonomischen Effekte der Staatsausgaben ist der Staat, ob er nun eine keynesianische oder monetaristisch akzentuierte Wirtschaftspolitik betreibe, unvermeidlich Mitunternehmer. Er tritt gleichfalls als Konsument auf, als Abnehmer von Leistungen oder als Eigner von Verwaltungsgebäuden, von Straßen u.ä.m. Er agiert als Unternehmer, etwa dort, wo er früher das Post- und Fernsehmonopol besaß oder öffentliche Unternehmen betreibt. So veränderten sich die »Staatsumstände« zwischen der ersten Fassung des Manuskripts, 1990 und seiner Revision 2014. Staatliche Instanzen benehmen sich als Großinvestoren und Nachfrager vor allem im militärischen und im gesundheitlichen Sektor. Sie schafften Konsumenten durch ihre Bediensteten und in der Folge sozial politische Gaben und Wegnahmen. Die wirtschaftliche Seite des Staates ist in einem politischen, meist ungleichseitigen »Dreieck« gegeben. Es besteht aus einem staatlichen, einem ökonomischen und einem kürzeren bürgerlichen Vektor. Deswegen spielt über die erzielten ökonomischen Effekte und ihre politische Akzentuierung »nach außen« die staats-»innere Ökonomie« eine erhebliche Rolle: in den Kalkülen des öffentlichen Haushalts; dem Rechnungswesen insgesamt; der Ökonomisierung öffentlicher Dienste. Der riesige Block des Gesundheitswesens und seine Eigenarten können nur verstanden werden, wenn man ihre doppelte Ökonomisierung beachtet: die entstehenden Kosten und die Formen, sie zu erheben und abzuwälzen zum einen; den neuerlich verstärkten Versuch, das Gesundheitswesen so zu gestalten und umzuverteilen, dass dem medizinisch-technischen »Fortschritt«, dem »medical-industrial-complex« möglichst unbegrenzte Chancen der Expansion gegeben werden. Das ökonomische Kalkül »steckt« also in allen Staatsaufgaben und Staatstätigkeiten: Als »innere« Rechnungsführung, die sich soweit irgend möglich an Marktpreisen und an potentiell oder aktuell »privat« konkurrierenden Lösungen orientiert.

Zur inneren Politik der Ökonomie: Die Ökonomie als Wissenschaft tritt als ideologische Spitzenvertreterin auf in ihrer Kunst zu verschleiern und zu rechtfertigen. Bis auf wenige Vertreter am Rande werden wirtschaftliche Abläufe weder in ihren Voraussetzungen noch in ihren institutionellen oder den multivalenten Effekten ihrer Funktionen betrachtet. Von Veblen bis Polanyi, Schumpeter, auch Galbraith und Susan Strange reichen die raren Ausnahmen. Modellpuristisch werden naturwüchsig angenommene Interessen genesefrei und strukturlos unterstellt.

Die Marktfiktion ist aber als ein Politikum zu begreifen. Dieses besteht schon in der Annahme, der Markt sei zunächst gesellschaftlich absolut, sprich mit Hilfe der einschlägigen Klauseln anzunehmen: rebus sic stantibus, also wenn man den Zeitfaktor stillstellt und von festen, nicht weiter befragten Annahmen ausgeht. Mit der Annahme, ceteris paribus, wird von den Bedingungen des soziohistorischen Kontextes abstrahiert. Denn dieser idealisierte Markt lebt

– von der individualistischen Prämisse, die den Markt bildenden und in seinem abstrakten Geviert interessenschmal konkurrierenden Menschen seien als Robinsonaden geschlechts- und klassenfrei gegeben, seien a-sozial interessengetriebene Beweger;
– von der Unterstellung eines linearen, quantifizierbaren, beliebig teilbaren und im Prinzip konfliktfreien Interessenkalküls, ausgerichtet an seiner strikt privatindividualistisch orientierten und seinerseits in quantifizierbare, sprich monetarisierbare Interessen auflösbaren Rationalität;
– von der Ausrichtung darauf, die Interessen der je anderen (und »die Anderen« sind prinzipiell Alle, denen das Individuum in seinem a-sozialen Interesse gegenübertritt) zu instrumentalisieren;
– davon, den Wettbewerb so anzulegen, dass er auf Kosten der anderen ausgeht, im Extrem als Nullsummenspiel: das eigene Interesse über alles;
– von der Regel, die Anderen expandierend zu übertreffen und interessen-, markt»führerisch« zu übermächtigen. Denn darauf kommt es im Verlauf der unendlichen Geschichte der Konkurrenz an. Die sportlichen Qualitäten sind gerade hier gefragt: Fortius, citius, altius.

Bekanntlich jedoch bestehen Märkte nicht modellgleich, sozial voraussetzungs- und folgenfrei wie die Modell-Platoniker dies dem »Wesen« des Marktes gemäß unterstellen.[145] Macht und Gewalt sind auch ohne staatliches Gewaltmonopol inmitten der ökonomischen Konkurrenz in jeder Markthandlung zuhause.[146] Um andere Konkurrenten »aus dem Feld zu schlagen« wird eine militarisierte Sprache benutzt. Die Konkurrenz und die dauernde Ausrichtung auf dieselbe, die Vorbereitung für dieselbe ist nichts anderes als ein Machtkampf um Einflusschancen, um Verfügungsmassen mit situationsgemäß »marktkonformen« Mitteln. Je größer der Markt ist, je global expansiver die Transaktionen und vorgängig die Produktionen ausfallen, je mehr demgemäß die Risiken steigen, desto mehr wird gerade der Markt dem »Gesetz der Quantität« unterworfen. Die economies of scale bedeuten eine unternehmensinnere und eine zwischen den Unternehmen einer Branche und zwischen den Branchen weltweit sich ereignende Vermachtung. Der Markt bürokratisiert sich in anhaltender Tendenz und schafft globale Machtungetüme.

---

[145] Vgl. in seiner marxfreien methodologischen Kritik trefflich Hans Alberts Aufsätze in: Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Neuwied und Berlin 1967.

[146] Vgl. Susan Strange, States and Markets. An Introduction to International Political Economy, New York 1988.

Große, mittlere und kleinere Unternehmen sind gegeben. Zwischen diesen Unternehmen, oligopolistisch, gar monopolistisch auf nationaler und internationaler Ebene besteht ein steiles Machtgefälle. Starke Branchen und schwache Branchen stehen einander gegenüber. Nur regional oder überregional organisierte Konzerne wirken als kleine oder große »Multis«, als multinationale oder»transnationale Unternehmen«. Die »tausendfältigen Spontaneitäten des Marktes« (Recktenwald) werden zum begriffsfalschen Suchbild. Fiktiv die angebliche Chancengleichheit wie die individualistische Prämisse, angesichts solcher Agglomerationen und Machtkonzentrationen bestehe ein Königtum der Konsumenten.

Auf den mitsamt ihren Risiken und möglichen Zusammenbrüchen hochgradig organisierten Märkten wird Macht und Herrschaft ausgeübt. Macht quantitativ und qualitativ diverser Art kann aus einer Fülle eher externer und eher interner Ressourcen gespeist werden. Eher extern: von geologischen, dann geoökonomischen und geopolitisch funktionalen Gegebenheiten à la Wasser, Öl u.ä.m. Eher intern von der Qualität und ihrer Verteilung bis zu Tausch- und Kreditformen. Die kapitalistische Produktion der Ressourcen nimmt im Zuge der Entwicklung und ihrer Pankapitalisierung zu. Herrschaft wird nicht primär mit unmittelbarer physischer Gewalt ausgeübt. Sie findet eher im Sinne einseitiger Ressourcenakkumulation und des verschiedenen Zugangs, indes auch politisch ökonomischen Zugangs zu ihnen statt. Hier wird die Klassenteilung fast unmittelbar politisch. Machtbezüge finden statt auf andere Unternehmen, auf andere Branchen, auf Konsumentinnen und auf die seltsam quer dazu liegenden Staaten, deren eigene Herrschaftsstärke gerade von solchen dominierenden Unternehmen abhängt. Konkurrenz ist also immer machtgeladen. Die wirtschaftliche Herrschaft und ihre Eigenart, die sich u.a. negativ aus dem Nicht-Verfügen und allenfalls staatlich hilfsweisen, aber auch nicht zu unterschätzenden Einsatz staatlicher Monopolderivate ergibt, dem Recht insbesondere, dürfen darum nicht primär makroökonomisch auf der Ebene von Staaten betrachtet werden. Sie kommen in dauernd sich verändernder Weise vor allem in der inneren Organisation der Unternehmen, ihrer Betriebswirtschaft, besonders aber der Makroökonomie und den Makromärkten des Weltmarkts zur Geltung. Diese sind, sobald sie Familienbetriebsgrößen überschreiten, intern, also im einzelnen Unternehmen und extern, also dem weltweiten Unternehmenskomplex insgesamt ihrerseits im Binnen- und Außenraum bürokratisch, also herrschaftlich organisiert. Es ist ein altes und beliebtes, aber blind machendes Missverständnis, die bürokratische Herrschaftsqualität nur in staatlich-öffentlichen Organisationen zu suchen und auch hier nur bezogen auf den staatlichen Herrschaftskomplex insgesamt zu sehen. Formell private Unternehmen, die mit einem primären ökonomischen Kalkül arbeiten, gehorchen als immer auch bürokratische Einheiten einem zusätzlichen, wenn man so will, öffentlichen Kalkül. Setzt man verschiedene staatlich-kapitalistisch produzierte Herrschaftsprämissen voraus, die heute zu Nicht-Entscheidungen, also zu »Selbstverständlichkeiten« abgesunken sind – die Trennung der Arbeitenden

von ihren sachlichen Produktionsmitteln (gleicherweise in der öffentlichen Bürokratie gegeben); die Schaffung und Erhaltung formell freier Arbeit; das Sanktionspotential, das negativ in der Entlassbarkeit, positiv in den lockenden Trauben der Karrierechancen gegeben ist –, dann gilt, dass die innere Organisation von Unternehmen in der immer zugleich erforderlichen Mehrzahl samt ihrer konkurrierenden Essenz nicht verstanden werden kann, ohne sie auch herrschaftsanalytisch zu betrachten:

– Die Arbeitsorganisation wird in ihrer Arbeitsteilung, ihrer Hierarchisierung und Kooperation nur als eine »manufacturing of consent«, als Herstellen von möglichst konfliktfreier Zustimmung nachvollziehbar.[147]
– Wenn man das ökonomische Effizienzkalkül als exklusives annimmt, überrascht der Atomismus bis in die obersten Managementetagen. Diese Überraschung schwindet, untersucht man die geordnete, aber Kooperation in und zwischen den Abteilungen erheblich erschwerende Konkurrenz um Informationen, Kompetenz und Einflusschancen. Der organisierte Atomismus wird als Ausdruck des »Teile und Herrsche« kenntlich. Den damit dauernd gegebenen Konflikten latenter und manifester Art, die sich auch in Differenzen der Positionen und Löhne/Gehälter ausdrücken, wird wiederum mit einer Fülle mehr oder minder symbolischer Aktivitäten entgegengearbeitet: vom Firmenlogo bis zu der Fülle der Feiern.
– Der innere Arbeitsmarkt, die Karrierechancen, die damit verbundenen Einkommensmöglichkeiten sind so angelegt, dass der generell geltende Zusammenhalt i.S. des Unternehmensinteresses als allgemeiner Vorgabe nicht dazu führen kann, Assoziationen von Interessenten innerhalb des Unternehmens zu bilden. Das Firmeninteresse sollte nicht eigenständig ausgelegt werden können. So sorgt das Herrschaftsmittel der Dissoziation auch innerbetrieblich dafür, Mitbestimmung zu begrenzen, auf dass in der nicht gegebenen Synthese der ökonomische Kalkül dominiere. Dieses Kalkül erfordert also neben der nach außen gerichteten Dissoziierung die innere bürokratieartige.

Ökonomische Effizienz »an sich« gibt es nur in der Konstruktion. Sie bedeutete wenigstens innerorganisatorisch ungebremsten Fluss der Informationen, Kooperationen rund um die Uhr, die erst die Arbeitsteilung voll zum Blühen brächte. Ökonomische Effizienz ereignete sich erst, würde sie a-sozial und herrschaftsgewitzt organisiert. Die Vergesellschaftung des Betriebs erfolgt gehalt- und karrierewärts. Die zwischen den Wirtschaftseinheiten tobende Konkurrenz besitzt ihre innere Voraussetzung. Das Profit-, Macht- und Herrschaftsamalgam der außengerichteten Motive und Handlungen wird »innerlich« durch Gehalts-, Einfluss- und karrierehaftes Verfügungsstreben ergänzt. Auch hier muss ein Adäquanzverhältnis gegeben sein und fortdauernd angestrebt werden. Deswegen schlagen veränderte Weltmarktbedingungen innerbetrieblich zurück.

[147] Michael Burawoy, Manufacturing Consent, Chicago 1979.

Die negativen Sanktionen bis hin zur Entlassbarkeit sind hintergründig anwesend, so wie im bundesdeutschen öffentlichen Dienstrecht das Disziplinarverfahren. Über Effizienz, Macht, Gewalt und Herrschaft zu reden, darf korrekterweise nicht auf der Makroebene oder der schon herabgesetzten Ebene eines Unternehmens oder eines Betriebs stehen bleiben. Die »miniaturisierten« Bewusstseins- und Verhaltenseffekte, die sich als solche »Effekte« gar nicht mehr zeigen, sondern im »geschlossenen« Bewusstsein und Verhalten der Organisationsangehörigen sich äußern, belegen erst die »Mikrophysik der Macht« (Foucault).

Nationalstaaten, Volkswirtschaftslehren global aufgehoben und verändert

Wir haben seither fast so argumentiert, als könnten wir uns auf den Nationalstaat und seine »Nationalökonomie« oder »Volkswirtschaft« beschränken. Das war nie genug. Immer war es erforderlich, Nationalstaaten im internationalen Plural wie auch die verschiedenen Volkswirtschaften in der Mehrzahl zusammen zu behandeln und aufeinander zu beziehen. Heute reicht es indes nicht mehr aus, nur von einer »globalen Dimension« zu sprechen, die politisch-ökonomische Sachverhalte zusätzlich bestimme. Heute muss von einer Globalisierung von Politik und Ökonomie geredet werden, wenngleich Susan Strange vor Jahren, heute noch triftig, bemerkte, die Sozialwissenschaften hätten in Kategorien, Konzepten und Methoden diese ihrerseits begrifflich pauschale Globalität nicht ausreichend beachtet. Ansätze hierzu finden sich bei Max Weber, von dem wir einige Rosinen als »Wegzehrung« für die Reise in den unendlichen, »finanzgetriebenen« Weltmarkt beigeben wollen.

Max Weber betont, dass die »formale Rationalität« der Geldrechnung an sehr spezifische »materiale« Bedinungungen geknüpft sei:

»1. den Markt*kampf* (mindestens: relativ) autonomer Wirtschaften. Geldpreise sind Kampf- und Kompromissprodukte, also Erzeugnisse von Machtkonstellationen. ›Geld‹ ist keine harmlose ›Anweisung auf unbestimmte Nutzleistungen‹, welche man ohne grundsätzliche Ausschaltung des durch den Kampf von Menschen mit Menschen geprägten Charakters der Preise beliebig umgestalten könnte, sondern primär: Kampfmittel und Kampfpreis, Rechnungsmittel aber nur in der Form des quantitativen Schätzungsausdrucks von Interessen*kampf*chancen.

2. Das Höchstmaß von Rationalität als rechnerisches Orientierungsmittel des Wirtschaftens erlangt die Geldrechnung in der Form der Kapitalrechnung, und dann unter der *materialen* Voraussetzung weitestgehender Marktfreiheit im Sinne der Abwesenheit sowohl oktroyierter und ökonomisch irrationaler wie voluntaristischer und ökonomisch rationaler (d.h. an Marktchancen orientierter) Monopole. Der in diesem Zustand verknüpfte Konkurrenzkampf um Abnahme der Produkte erzeugt, insbesondere als Absatzorganisation und Reklame (im weitesten Sinn), eine Fülle von Aufwendungen, welche ohne jene Konkurrenz (also bei Planwirt-

schaft *oder* rationalen Vollmonopolen) fortfallen. *Strenge* Kapitalrechnung ist ferner sozial an ›Betriebsdisziplin‹ und Appropriation der sachlichen Beschaffungsmittel, also: an den Bestand eines *Herrschafts*verhältnisses gebunden.«[148]

Diese zuweilen etwas verschlungen formulierten, aber keine Tabuzonen achtenden scharfsinnigen Äußerungen könnten vermehrt werden. Hier könnte, hier müsste eine Wirtschaftssoziologie mit politischem Begriff ansetzen.

Darauf, dass die globale Dimension schon immer wahrzunehmen war, wurde ab und an hingewiesen. Der Hinweis trifft nicht erst seit der Neuzeit zu. Wenn sich auch das, was als Oikumene, als bewohnte Welt, wahrgenommen worden ist, von Zeit zu Zeit stark verschoben hat, vor und nach der Kopernikanischen Wende, haben sich doch schon die ersten uns überlieferten Mythen ein Bild »von der Welt« gemacht, haben die frühen griechischen Philosophen »Welt« allgemein erklärt und haben sich die alten Imperien über Räume erstreckt, deren Weite, angesichts der geringen technischen Mittel, heute fast nicht mehr vor- oder nachstellbar ist. »Auf der Spitze der Modernität« (Nietzsche) meinen wir borniert immer schon weiter, mobiler, welterfassender zu sein als der vormoderne »Rest«.

Dennoch: So bestimmend und so »eindeutig« wie heute hat sich »Welt« vorher nicht bei jedem Mann und jeder Frau »zuhause« ereignet. Der schon zuvor kräftige Wachstumsringe zulegende und detailliert wirksame Weltmarkt hat sich seit 1945 in zuvor nicht gekannter Weise etabliert. Er entwickelt sich seitdem »verfeinernd«, seine Definitionsmacht schärfend, nach »weltinnen«. Dieser Weltmarkt, wenn mit einem solchen, Vertrautheit, Bekanntheit signalisierendem Fürwort (»dieser«) schon gearbeitet werden darf, hat sich »modern« über kolonialistische und imperialistische Zwischenstufen, nicht zuletzt die Katarakte der Weltkriege entmäntelt. Seine Dominanz hat in Umfang und Penetranz kräftig zugenommen. Und tut es weiterhin. Eine erhebliche Differenz besteht dazwischen, ob man, wie Marx klarsichtig getan hat, den Weltmarkt und die weltweite Expansion als dem »Begriff des Kapitals« eigentümlich diagnostiziert, oder ob dieser »Begriff« des »Kapitals im Allgemeinen« nun seine »konkrete«, täglich veränderte und »konkretisierte« Realität gefunden hat und neu findet.

Was heißt aber »Weltmarkt«?

Zunächst: Die Definitionsmächte verschieben sich. Die dynamischen Faktoren und Zentren verlieren ihren seitherigen Ort. Raumgewinn, nämlich »die« Welt und Raumverlust, nämlich die herkömmlichen Bezugsräume, die Territorien der Macht, treten gleichzeitig in Erscheinung.

Eine der Hauptthesen der herrschaftsbezogenen Ausführungen seither bestand darin, anzunehmen, der staatlich gewaltsam eroberte und dann rechtlich etablierte politische Raum sei weltweit regulierend, mobilisierend mehr und mehr durchdrungen worden – »Durchstaatet.« Es gibt kein »going West«, keine »new frontier«, keine Devisen und Orientierungen mehr – und keine darauf gestütz-

[148] Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. Anm. 79), hier S. 49f.

ten Realitäten, wie sie insbesondere die USA im 19. und Teilen des 20. Jahrhunderts bestimmten. Nun aber, indem »die« Welt sich als Raum marktdynamisch ausspannt, verdünnen sich die politischen Gespinste zwar nicht. Indem Regularien, die Beziehungen und Bestimmtheiten des täglichen Lebens abnähmen. Wohl aber verändert sich die räumliche »Wirklichkeit«. Bestimmte Phänomene, Institutionen, Aktionen verlieren ihren Raum. Sie haben Schwierigkeiten, Stätten ihres Wirkens festzuhalten. Diese äußerten sich schon anlässlich der Organisierung sich zentralisierender Herrschaft, in deren Verlauf sich moderne Staaten qualitativ-quantitativ ausgedehnt und verdichtet haben. Nun findet erneut ein gleitender Sprung statt. Der herrschaftlich vergesellschaftete Raum vergrößert sich. Neue Räume lassen sich allenfalls welträumig erschließen. So lautet die Devise unromantisch: »Weltraum ist innen« (Novalis). Damit werden aber die Phänomene, Institutionen, Interessen räumlich neu verteilt. Raumgewinnler und Raumverlierer kommen in einer neuen Raumklassenverteilung zustande. Unter anderem gilt: Sachverhalte, die seither nationalstaatlich ausschließlich oder doch zu einem beträchtlichen Grad mit-entschieden worden sind, Handlungen, die ihren Zusammenhang nationalstaatlich gefunden haben, geraten in einen neuen Bezugsrahmen und werden anders vermittelt. Das nationalstaatliche Territorium und seine Einrichtungen verlieren nach außen abgegrenzt an Dominanz der Vermittlung der meisten gesellschaftlichen Vorgänge. Diese Entgrenzung und neue Grenzziehung, diese Veränderung geltender Systeme oder des geltenden Systems mag man begrüßen, antinationalstaatlich und von richtungsoffener Mobilität und Flexibilität fasziniert. Zunächst ist es erforderlich, diese Vorgänge in ihrem Umfange zur Kenntnis zu nehmen und ihre Bedeutung zu gewichten.

Wir leben schon mitten im Weltmarkt, werden von seinen Effekten bestimmt und sind ihnen ohne Fluchtmöglichkeiten ausgesetzt. Selbst noch die Utopie, der Nicht-Ort findet auf dieser Erde keinen eigenen Ort mehr vor: Neu-Atlantis oder die Südsee als Traum. U-topie hat als innerweltliche nur noch in der »Verwandlung der Erde« einen Ort. Elmar Altvater hat deswegen vor allem im Blick auf die verschiedenen Länder, die nach der formellen Entkolonialisierung Mitte des letzten Jahrhunderts und vor dem Kollaps der Sowjetunion samt dem Ende des Kalten Krieges mit seiner Dichotomisierung »der« Welt als Dritte Welt bezeichnet worden sind, vom »Sachzwang Weltmarkt« gesprochen. Gleichsam ein »Globalzwang«. Konkrete Phänomene ließen sich nur noch bezogen auf seine Abstraktion und von ihr her vermittelt begreifen. Dieser Ausdruck soll darauf hinweisen, wie nahezu chancenlos alle »autozentrierten« Entwicklungen geworden sind.

Kein Politikbereich, auch und gerade der »entwickelten«, vom Weltmarkt weltklassenhaft profitierenden Länder, der nicht ins imprägnierte Wasser des Weltmarkts tief eingetaucht wäre. Einige wenige illustrative Hinweise mögen genügen:

a) »Forschung und Entwicklung« lauten die Zauberformeln des Fortschritts. »Laissez innover«, lasst uns neue Produktionsformen, neue Produkte, neue Ver-

kaufsstrategien, neue Marketingmöglichkeiten, neue Sphären der Investition wie in den sich in Abstraktheit überpurzelnden Stufen des Finanzkapitals als semiautonomem Kapitalisierungs- und Gewinnraum virtueller Qualität erfinden, heißt die Universaldevise.[149] Nur mit Hilfe entsprechend geförderter und fündiger »Forschung und Entwicklung« nehmen nicht mehr staatlich oder privat scheidbare Institutionen und ihre Vertreter an, die wohlstandserforderliche Position auf dem Weltmarkt halten, stabilisieren, ausweiten oder nach und nach erringen zu können. Dazu muss man sich wenigstens in einigen führenden Branchen, wenn es nicht in der gesamten Entwicklungspalette gelingen sollte, an der Front der Innovationen und ihrer prototypischen Anwendung befinden. Darüber entscheiden Größe und Ressourcen eines Landes mit und damit auch über das Ausmaß seiner so fundierten Herrschaftsposition. Wer aber sagt, was »Front« von »Forschung und Entwicklung« heißt, worin sie besteht? Wer bestimmt die Front und den Frontgewinn? »Es« »ist« »der« Weltmarkt, das noch nicht näher bestimmte »Wesen«, ein sterblicher Gott über all den sterblichen Göttern der Moderne, ein Super-Leviathan. Auf diesen Weltmarkt und die Konkurrenzfähigkeit sind die staatlich-ökonomischen »Strategien« in ihrem forschenden Entwickeln und in ihrer Anwendung ausgerichtet. Die einzelnen Staaten können zu solcher forschenden Entwicklung im Tunnelblick der Anwendung in unterschiedlicher Weise beitragen. Sie können je nach dem Unternehmens- und dem Branchenstand ihres Landes mitentscheiden oder die Entscheidung doch zu beeinflussen suchen, in welchen Sektoren die fast immer nachrennende Aufholjagd in Gang gesetzt werden sollte. Um ihrer eigenen Herrschaft, um ihres Wohlstandes willen oder um hoffen zu können, dem Elend zu entrinnen, müssen alle Staaten, die am meisten entwickelten zumal, an diesem Wettkampf sich beteiligen. Die Messwerte und die Ziele bestimmen sie nicht.

b) Die Neuen Technologien, ein Sammelausdruck für Innovationen seit der »absoluten« Waffe, der Atombombe, insbesondere aber für die Informations- und die Human- und Biotechnologie, sind Ergebnis von Forschung und Entwicklung und des klassenstaatlichen Weltmarkts. Nicht die ungleiche Entwicklung und Verbreitung soll hier bedacht werden, sondern in welcher Weise sich Innovationen im ökonomischen Wettlauf durchsetzen. Joseph A. Schumpeter hat dies schon vor langer Zeit herausgearbeitet.[150] Der Wettlauf regt die Suche nach Innovationen an, damit Unternehmen ihre Marktchancen verbessern. Der Wettlauf sorgt gleichfalls dafür, dass sich die jeweils »innovativste« Innovation rücksichtslos durchsetzt. Die Existenz mittlerer und kleinerer Unternehmen wird preisgegeben. Die neueste Neuerung wirkt wie ein Schicksal. Auch die besten Neuerungen von gestern, mit de-

[149] Zu kapitalistisch phantasievollen, analytisch stimulierenden Hinweisen in der paradox verwirrenden Architektur globalen, von seiner Realisierung teilweise Ungleichheiten mehrenden Kapitals vgl. Joseph Vogl, Das Gespenst des Kapitals, Zürich 2010.

[150] Joseph A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1953.

nen »man« durchaus noch »leben« könnte, werden zum Schrott oder zur ersten und zweiten Stufe aufholender »Entwicklung« der Zurückgebliebenen.

Was Schumpeter für den ökonomischen Sektor festgestellt hat (privatkapitalistischer Ökonomie versteht sich, die über einen Markt verfügt, der Obsoletes von Neuem sortiert), gilt für die nahezu distanzlos Weltmarktbewegungen ausgesetzten Länder insgesamt, gerade auch die mächtigen. In diesem Sinne hat sich nicht allein »der Staat« verdichtet. Vielmehr ist die Ökonomisierung bis in die letzten Winkel der Gesellschaften und die psychischen Herzklappen vorgedrungen. Sie hat »den« Staat in ihr Schlepptau genommen. Die Neuen Technologien setzen sich deswegen durch, meist ohne jegliche so genannte Technikfolgenabschätzung (Technology Assessment), als ihrer Macht und den in ihnen gebündelten wissenschaftlich-technisch-ökonomischen und politischen Interessen nichts entgegengesetzt werden kann. Die gesellschaftlichen und politischen Folgen entstehen unbedacht technologiewüchsig. Politische Prozesse, die darauf angelegt wären, die politisch-gesellschaftliche Rationalität der Technologien bloß zu legen, vorweg zu erörtern und eine Art politisches Aschenbrödel zu installieren, damit die »guten« ins Anwendungstöpfchen, die schlechten aber ins Endlagerungstöpfchen kämen, sucht das erpichte Auge vergebens. Ohne Informations- und Kommunikationstechnologien brächen nicht allein existenzsichernde Funktionen der Gesellschaft, sondern brächen nahezu alle alltäglichen Verrichtungen der überwiegenden Mehrheit zusammen. Der Alltag würde vieler seiner Funktionserfordernisse beraubt, wenn das schon nicht mehr Denkbare einträte, wenn die mehr und mehr gesellschaftlichen Funktionen unterliegende, vielmehr sie ersetzend aufbewahrende Informationstechnologie gleichsam weggezogen würde. Eine Technologie und ihr nicht erschlossener Interessenlogos ist zum Sachzwang geworden. Der »Steurer« Staat befindet sich auf dem Hinterhof der Entwicklung.

c) Die Branchen sind nicht gleicherweise weltmarktorientiert und weltmarktetabliert. Da ist noch viel Raum zu gewinnen. Die führenden Branchen der chemischen Industrie jedoch, der elektronischen, der automobilistischen u.a.m. sind im Begriff, den Weltmarkt zu »realisieren«; sie sind zu dessen Teil geworden. Die Größe des Weltmarkts heckt Größe. Große Unternehmen transnationaler Art allein können an der Weltmarktkonkurrenz mit ausreichenden Ressourcen teilnehmen. Dies bedeutet nicht, dass alle mittleren und kleineren Unternehmen verkümmerten. So wie Handwerksbetriebe nicht verschwunden sind. Ihre eigene Definitionsmacht ist vergleichsweise gering geworden und wird geringer, so wie bestimmte Regionen, ja Staaten leiden und an Relevanz verlieren ohne deswegen zu verschwinden oder unvermeidlicherweise materielle Not leiden zu müssen. Große Unternehmen, die als Weltunternehmen bezeichnet werden können, die auf dem globalen Markt miteinander konkurrieren und kooperieren, sind auf der einen Seite an Macht(einfluss), an Markt-mit-Führerschaft kaum zu übertreffen. Sie beeinflussen ihre »Mutterländer« erheblich. Sie können von denselben notfalls nahezu alle ihnen nötigen Unterstützungen erwarten einschließlich militärisch rü-

stender Sicherheiten. Andererseits aber sind sie in ihrer Macht weltmarktunterworfen und in dieser Hinsicht ohnmächtig. Sie unterliegen dem oben erwähnten Innovationsdruck. Sie sind dem damit zusammenhängenden Organisations- und Rationalisierungsdruck ausgesetzt. Sie sind gehalten, alle möglichen »Rationalisierungsreserven« aus ihren Unternehmen und Betrieben herauszuquetschen und entsprechend ein nicht nur auf der »untersten« Arbeitsebene geltendes »management by stress« einzuführen. Taylorismus und Fordismus sind i.S. der »alten« relativ rigiden Unterscheidung zwischen ausführenden Arbeitern und anführenden Taktgebern (Taylor) und der Zerhackung der Arbeit in eine Fließbandkette vereinzelter Handgriffe zwar weitgehend überwunden. Nicht überwunden aber ist der seinerzeit gewählte, kapitalistischer Produktion eigene und ungleich intensivierte und verinnerlichte Rationalisierungsansatz, der die »organische Zusammensetzung« des Kapitals zugunsten des »toten« (s. Automatisierung) verändert und den Rest des »Humankapitals« mit wechselnden Mitteln presst. Das gilt nicht nur in der Automobilindustrie, der ersten Weltbranche oder den zum guten Teil eng verbundenen Informations- und Kommunikationskomplexen. In der Internetbranche, wenn die Unternehmen so verkürzt genannt werden können, wird ihre erforderliche Infrastruktur lebendiger Arbeit in der Wahrnehmung täglich gebotener innovativer Fortschritte weitgehend unterschlagen. Arbeiterinnen und Arbeiter werden in Länder mit möglichst geringen Arbeitskosten verlagert. Die Branche, die von Informationen und ihrem individualisierten, wie systemischen Gewinn an bürokratischer Steuerung und Sicherung von Verhalten Gewinne einheimst, um sie informationell immer mehr bis zum Personenersatz verfeinernd zu mehren, bleibt selbst in ihrem internen Arbeits- und Verfügungsmuster weitgehend klandestin. Nutzend werden die Millionen und Abermillionen von informationellen wie selbst handelnden Konsumenten eingeübt, die materiellen Voraussetzungen, die sozialen und die demokratischen Kosten der neuen informationellen Leichtigkeit als habituell werdende Ideologie zu übernehmen.

Eine Art ökonomisch-politische Dauerolympiade findet weiträumig statt. Das Wettrennen gilt den Weltmarktanteilen branchenspezifisch, branchenübergreifend. Ein nationalstaatlich-regionalisiertes Muskeltraining wird vor allem bildungs-, forschungs- und arbeitspolitisch in Szene gesetzt. Opiate sind erlaubt. Im Unterschied zum Weltspektakel der »realen« (!) Olympiade haben die kleinen und armen Länder in aller Regel nicht einmal eine läuferische Überraschungschance. Die Voraussetzungen sind hoch, um am Weltmarktwettrennen teilnehmen zu können. Die Olympiasieger auf Dauer gehören deswegen fast durchgehend exklusiven, wenn auch nicht fraglos hingenommen Länderclubs an. Der Dauertrainingseffekt auf die Länder und ihre Einwohner macht die ersten zu abhängigen Größen, die letztgenannten aber werden weiter »individualisiert«. Wo man ihrer nicht bedarf, werden sie an den Rand gedrängt.

Die Teilnahme an solchen Rennen über den Weltmarkt ist Pflicht. So hat es den Anschein. Distanzierung ist um des bescheidenen oder unbescheidenen Wohl-

stands willen nicht möglich. Die Ärmsten der Armen sind gezwungen, sich zu beteiligen, gerade weil und indem sie die negativen Effekte des Weltmarkts ertragen müssen. Es gibt keinen Ausweg. Wenn ein Land und ein Unternehmen nicht dazu in der Lage sind, global auszugreifen, geraten sie an den abschüssigen Rand der Entwicklung. Und wie bei Dauerarbeitslosen ist eine Re-Integration schon aus habituellen Gründen unwahrscheinlich. Die Konkurrenz bleibt gnadenlos, allen Krokodilstränen der »Entwicklungspolitik« zum Trotz. Auch das ist eine Art Sachzwang.

Zugleich aber etabliert sich eine andere Dialektik aus »konkret« und »abstrakt«. Der abstrakte, also abgehobene Weltmarkt definiert die konkrete Entwicklung, die bunte Fülle der Einzelheiten. Das aber, was nah und konkret erscheint, lässt verkennen, wie bis ins Detail durch herrschende Abstraktionen das »Konkrete« geprägt ist. Bestenfalls besitzt es lokale und regionale Bedeutsamkeit. »Der« Weltmarkt entscheidet in sich weitendem Umfang darüber, ob jemand Arbeit hat und welche Arbeit sie hat, wann er sie wieder verliert oder sie sich umlernen lassen muss. Die sich in ihrem Selbstbild, das sie jedenfalls nach außen geben, oft so »frei« fühlenden Forscher werden bis zu ihren etwa biochemischen oder biogenetischen Diplomarbeitsthemen von der weltweiten Konkurrenz der einzelnen Sparten der Chemiker oder der Biologen bestimmt. Diese Sparten müssen in ihrem wissenschaftlichen Fortschreiten, der technologisch-ökonomischen Entwicklung die Wahrheitsehre geben. Das verhält sich in Innsbruck nicht anders als in Tokio, in Sidney nicht anders als in Los Angeles.

Die Lücke institutioneller soziopolitischer Sicherungen

Entgrenzung lautet die wirklichkeitsgestaltende Devise. Eine strukturelle Deregulierung greift Platz, mehr noch eine Deinstitutionalisierung im herkömmlich staatlich-statischen Sinne. Die Definitionsmacht residiert immer anderswo. Entsprechend erweitern sich die Verschiebebahnhöfe der Schuldzuweisungen, wenn Krisen, Katastrophen und Kosten erörtert und zugerechnet werden. Wer ist an der »Schuldenkrise« schuld? »Der« Weltmarkt. Aber wer ist dieser Weltmarkt? »Wir alle.« Also müssen wohl die Schuldner ihre eigenen Schulden verantworten. Die Gläubiger mögen aus bloßer Großmut ab und an einlenken. Außerdem fürchten sie den Strudel der Verschuldung. Eine Art kafkaeske Situation begegnet weltweit und höchst speziell in den einzelnen Ländern. Wo wäre die verantwortliche, die tatsächlich auch antwortende »Welttür«, an die man zu klopfen vermöchte? Dadurch gewinnt die Entpolitisierung Struktur.

Darin besteht das Problem der »Verflüchtigung der Politik«, wie es im Titel dieses Kapitels ausgedrückt wird. Jedenfalls ist das, was staatliche Politik 19./20. Jahrhundert-herkömmlich einigermaßen zutreffend und sicher zu bedeuten schien, um- und neu zu definieren.

Der Weltmarkt und seine ihn bedingenden, von ihm bedingten »Machtfaktoren« sind nicht durch ein nachvollziehbares, gar teilnahmeoffenes Verfahren zugänglich. Die ohnehin schon staatsgebremste und kapitalistisch konsumentengleich zersplitterte »Logik kollektiven Handelns«[151] droht blockiert zu werden. Wie sollen »gewöhnliche« Sterbliche und »gewöhnliche« Gruppen, die über beschränkte Ressourcen an Zeit, Geld und Organisation verfügen, wenigstens verstehen können, was und warum ein benennbares Etwas passiert? Wie sollen sie sich vor welchem Forum zu artikulieren vermögen? Wo sollten sie gegen wen demonstrieren, auch wenn sie noch so sozial und bewegt sind? Wo aber kein Prozess stattfindet, der einigermaßen verlässlich und in Reichweite organisiert wäre, kann nicht einmal über Arten veränderter Teilnahme diskutiert werden. Wenn und soweit sie überhaupt möglich wäre. Die Ökonomie und ihr unersättlicher »Hunger nach Mehrwert« (Marx) drängen unvermeidlich noch stärker in den Vordergrund. Die Welthymne lautet, die in großer ungleicher Stimmstärke und Tonlage weltweit gesungen wird: Wachstum, Wachstum über alles, über alles in der Welt.

An die Stelle von institutionellen Formen sozial fasslicher Art treten wissenschaftlich-technisch ermittelte Problemlösungen. Probleme aber, die sich aus solchen prinzipiell a-sozialen, die gesellschaftlich-politische Organisation nicht einbeziehenden Lösungen ergeben, werden nach einer Art urmythischem Prinzip technologisch zu bearbeiten gesucht. Der Fortschrittsmotor bleibt auf hohen Touren. Nicht allein der »Störfaktor« Mensch, der nicht recht mitkommt, Kontrollen versäumt, negative »externe Effekte« zeitigt, ausfällig und süchtig wird, wird zum Thema. Politik vielmehr im schon verengten herkömmlichen, vor allem etatistischen Sinne wird ausgedünnt und »irgendwie« überflüssig. Was nötig bleibt, ist ein ausgeweitetes Akzeptanzmanagement zusammen mit der Theatralisierung der Politik. Nötig bleiben vor allem sichernde, begleitende, vor- und nachbauende Regelungen.

Was bleibt...

a) Mit Namen bezeichenbare Faktoren, Institutionen und Akteure sind weiterhin vorhanden. Sie wirken und tummeln sich kräftig. Etwa die transnationalen Konzerne, die über eine »globale Reichweite« in ihren Aktionen verfügen. Wie immer man das Machtgleichgewicht der multi- oder transnationalen Unternehmen einschätze, sie sind Faktoren »im Strom«, keine die Stromrichtung beherrschenden Dirigenten. Zwar bestimmen sie die Entwicklung an vorderster Stelle mit. Doch diese Entwicklung geht zugleich durch sie hindurch. Sie wären, wenn sie formell

[151] Der Ausdruck, nicht sein Gebrauchssinn, ist von Mancur Olsons gleichnamigem Buch gestohlen worden.

zentrale Leitungen mit einsichtigen Repräsentanten besäßen, nicht in der Lage, die Entwicklung umzulenken oder zu verlangsamen.

Ist von den Transnationalen Konzernen die Rede, müssen auch die großen Banken genannt werden, die den Weltgeldmarkt mit transnationalen Einrichtungen übermächtigen, ohne ihn zu beherrschen. So sehr die Banken, ihre weltweiten Verflechtungen und ihr Wechselspiel mit den Großunternehmen, die selbst Teilbanken gleichen und auf dem Weltmarkt aktiv sind, genauer Untersuchung würdig sind, so gilt für sie homolog, was für die Transnationalen Konzerne festgehalten worden ist.

b) Die Wissenschaften, vor allem Mathematik, die Informations-, die Natur- und Ingenieurwissenschaften dürfen als eigener Faktor nicht vergessen werden. Bürokratisch und in Großforschungseinrichtungen organisiert, sind sie eine weltweite politische Einflussgröße und ein eigensinniger Interessent der globalen Entwicklung. Nationale Förderungen und Organisationen sind von den meisten Ländern allein nicht mehr finanzier- und riskierbar. Schon in den einzelnen Wissenschaftszweigen gibt es keine Organisation, an die man sich, Verantwortung heischend, halten könnte. Als genügten die Reputation verteilenden Konferenzen der Fachvereinigungen und die spezialisierten Zeitschriften, die veröffentlichten Erfolg oder Misserfolg garantieren, um die »weltwissenschaftlichen« Anforderungen thematisch-methodisch bis in die letzte Diplomarbeitslaborstelle zu vermitteln. In jedem Fall sind auch im Fall der wissenschaftlichen Entwicklung keine Institutionen zu finden, die durchsichtige, also nachprüfbare politische Rationalität gewährleisteten.

c) Einzelne Staaten und Staatensysteme als »Heimathäfen« längst aus- und übergreifender Unternehmen dominieren den Weltmarkt. An erster Stelle die USA, deren Dominanz sich seit 1945 verändert hat. Ihre Dominanz ist, wenngleich in den letzten Jahrzehnten der intensivierten globalen Konkurrenz mit neuen Machtblöcken relativiert, geblieben.

Der Weltmarkt wäre ohne die westlich führend-privilegierten Staaten und ihre Ökonomien nicht zu denken. Es handelt sich um einen privat-kapitalistisch initiierten, ausgebauten und durchherrschten Weltmarkt. Auch die führenden Länder besäßen ihren Wohlstand und ihre vergleichsweise liberale Politik nicht, wären sie nicht stets dazu in der Lage, diesen »ihren« Weltmarkt für sich zu nutzen.

Obwohl es Absprachen, Konferenzen, eine Reihe organisatorischer Ansätze, die mehrere Staaten umfassen, gibt, vor allem mit der UNO verbundene Versuche, weltweiten Konflikt-, Migrations- und anderweitig bezogenen Problemen unter meist dominanter westlicher, von den USA als Hauptzahler akzentuierter Perspektive beizukommen, von den nicht selten heteronom bestimmten NGOs nicht zu schweigen, gibt es keine Verfahren und keine Institution, die einigermaßen interessen-, entscheidungs- und konsequenzendurchsichtig bestünden und einen regelmäßigen Einfluss der unterlegenen Interessen, der primären Opfer ermöglichten. Meist fehlen schon zureichende Informationen über das, was und warum es

geschieht. Man denke nur an die schlimmen, von außen kaum sortierbaren ethnisch bornierten, offenkundig fast jederzeit bis zu Genozids anheizbaren Konflikte. Selbstverständlich kann auf die einzelnen Staaten, die machtpotent den Weltmarkt in ihrem Interesse nutzen, Einfluss ausgeübt werden. Vor allem über ihr eigenes Willensbildungs- und Entscheidungssystem, über weltweite symbolische Aktionen wie etwa Gegenkonferenzen der ärmsten Länder, punktuelle Herausforderungen wie diejenigen von Greenpeace oder globalisierungskritisch 1999 in Seattle. Damals forderten zum ersten Mal von fast überall her, insbesondere den USA herbeigeströmte Einzelne und Gruppen in nicht institutionalisierter, nicht auf wenige Nenner gebrachter Opposition demonstrativ die kapitalistisch etatistischen Mächte des globalen verantwortungslosen, nicht fassbaren Herrschaftskomplexes heraus. Die NGOs und ähnliche Organisationen ohne geregelte politische Prozesse sind für viele so attraktiv, weil sie aus der globalen Ohnmacht über globale Entwicklungen und ihre Gefahren einen Ausweg zu weisen scheinen. Jedoch:

So wichtig innenpolitische Einflüsse in den mächtigen Staaten sind, gerade damit sie ihre Außenpolitik, ihre Außenwirtschafts- und ihre Sicherheitspolitik verändern, so wenig wahrscheinlich sind mehr als im Einzelfall aller Anstrengungen werte punktuelle Erfolge. Selbst die mächtigen Staaten, mächtig aufgrund ihrer akzeptierten privat-kapitalistischen Struktur, können sich seit dem einigermaßen etablierten Weltmarkt auf denselben als auf ihren »Sachzwang« berufen und politisch wegstehlen. Alle Reformen gerade wirtschaftspolitischer Art stoßen deshalb an die Grenze der weltmärktlichen Grenzenlosigkeit, an den Grenzen überhüpfenden oder unterschreitenden Einfluss des Weltmarkts und des Weltproduktionsmarkts in ihren eigenen Ländern. Ohne ihre Dominanz hätten sich die USA ihre riesige Verschuldung nicht leisten können. Sie verfügen außerdem über einen kontinentalen, sie in Balance haltenden Binnenmarkt und unausgeschöpfte Ressourcen. Die USA könnten ihrerseits aus dem Weltmarkt nicht mehr als segmentell protektionistisch aussteigen. An wen sollten sich jedoch die in ihren Mehrheiten nationalstaatlich formierten und gebundenen Bürgerinnen und Bürger, vor allen die Unterlegenen, die staatsbürgerlich Überflüssigen (überflüssig gemachten),[152] die alten und neuen Displaced Persons, die neualten Verdammten der Erde wenden, wie sollten sie auch nur organisations- und konfliktfähig werden?[153] Die bestehenden Organisationen sind nicht nur Teil der Misere weltweiter Ungleichheit und des jedem Menschenrechtsgerede trotzenden weltweiten Mangels an Selbst- und Mitbestimmung. Sie tragen fortdauernd zur Brutalität globalen Interessenkampfes um die goldenen Wachstumsmachtkälber und deren subaltern gehaltene Opfer bei.

---

[152] Vgl. Zygmunt Bauman (siehe Anm. 40).

[153] Siehe gänzlich veraltet, gänzlich aktuell: Frantz Fanon, Die Verdammten der Erde. Ein halb ausgeführtes Beispiel bietet Pierre Bourdieu in Das Elend der Welt, Konstanz 1997.

d) So nützlich die UNO und UNO-verbundene Organisationen bei aller prinzipiellen Schwäche und Abhängigkeit von eben den Weltmächten sind, sie können in Sachen Weltmarkt vor der Tür der Analyse bleiben. Einschlägige Institutionen, wie die Weltbank und der International Monetary Fund (IMF), die sich in ihren Aufgaben überschneiden, werden trotz mancher Verschiebungen der Einflussgewichte von den westlich-kapitalistischen, von global neuen Wirtschaftsmächten mit politischem Anhang à la China, Indien, Brasilien u.a.m. bestimmt.

Der Weltmarkt besitzt innere Machtstrukturen, also Herrschaftsverhältnisse. Diesen kommt man näher, wenn eine Unterscheidung benutzt wird, die Susan Strange vorgeschlagen hat. Das ist schon eine Generation her. Trotz atemberaubender Veränderungen der Machtaufteilungen – von den weltweiten Auswirkungen nach dem Ende des Kalten Krieges Anfang der 90er Jahre, neuen Weltmacht- und Weltmarktspielern, der zusätzlichen konkurrierenden Verdichtung des Weltmarkts im Spektrum agrarischer und energetischen Ressourcen bis zu geoökonomisch-politischen Besetzungen imperialer Mächte à la USA, China, EU und anderen – lässt sich Susan Stranges ordnende Einteilung weiter verwenden: Die Differenzierung zwischen »struktureller« und in Beziehungen aktuell sich ausdrückender Macht. Susan Strange nimmt vier weltweit einschlägige Machtstrukturen an, die sich überschneiden und ergänzen. Die einzelnen Länder und Länderblöcke sind darin einzuordnen, wenn man die strukturellen, sich überlagernden Machtordnungen skalar fasst. Entsprechend sind die Länder höherstufig oder niedriger zu notieren: Erstens die Struktur der militärischen Sicherheit und ihre weltweite Verteilung; zweitens die Struktur der Produktion und der produktiven Ressourcen; drittens die Struktur der Verteilung der finanziellen Kapazitäten, also die täglich oszillierende »Position« im Weltgeldmarkt; viertens die Struktur des Wissens und der allpräsenten Verfügungen über Informationen. Von daher sind die Machtrelationen und ihre Verflechtungen zu bestimmen. Wenn die »Objektivität« des Weltmarktes die einzelnen Gesellschaften, Ökonomien und ihre Staaten negativ und positiv privilegiert und sanktioniert, wenn die Staaten, auch die mächtigsten und am meisten privilegierten unter ihnen, an dieser »Objektivität« sich orientieren und ihre Innenpolitik im weitesten Sinne entsprechend einrichten, dann ist eine angemessene Gesamtanalyse Voraussetzung zureichender Einzelanalyse. Dann können einzelstaatliche Spielräume und Zwänge nur mit dem Blick auf die weltmarktweitmächtigen Gesamtzusammenhänge herrschaftlich schief herausgefunden werden.

Um diese Feststellung kann man sich selbst als »Entwicklungsenthusiast« nicht drücken: Es sind weit und breit keine regulären Verantwortlichkeiten zurechenbar und also politisierungsfähig machenden Prozesse zu finden. Machtfaktoren, Herrschaftsstrukturen, herrschaftsdienliche Funktionen, Absprachen aller Art – ja, keine institutionalisierten Verfahren. Ersatzweise treten weltweit, ihrerseits nach herrschaftlichem Gewicht vereinbarte internationale oder regionale Rechte und Vereinbarungen an die Stelle internationaler staatlicher Institutionen. Rechts-

anwaltskanzleien, ihrerseits ökonomische Rechtsunternehmen und zuerst in den USA formiert, treten als eigeninteressierte Rechts- und Entscheidungsvermittler auf. Sie mehren schon infolge ihres Umfangs und ihrer Zuordnung zu den Machtblöcken die Ungleichheit zu ungunsten politisch und ökonomisch Gewichtsloserer. Eine Art weltweite Unübersichtlichkeit höchst zweckmäßiger, aber auch höchst gefährlicher und kostenreicher Art tritt an die Stelle einer einsichtigen Prozedur. Der vermachtete Markt besitzt »dynamische Faktoren«, aber keine mit durchsichtigen Prozeduren versehenen Steuerungszentren. Der Allgemeinheit des Weltmarkts i.S. seiner Wirkungen, die Alle unterschiedlich betreffen, entspricht keine auch nur ansatzweise geltende politische Fassung. Der Zustand ist kein anarchischer zu nennen. Abgesehen von der globalen Eindimensionalität kapitalistisch geschürzter Interessen machen erst die ebenengleichen Konkurrenzen mit den konkurrierend einsetzbaren Ressourcenpotentialen die komplexe Dynamik der nicht berechenbaren Krisen und Konflikte aus. Dass die noch übrig gebliebenen, im Sinne von Kapital und Staat vormodernen Kulturen vollends dem kulturellen und physischen Genozid erliegen, versteht sich allen Deklarationen einschließlich derjenigen der UN über die Rechte der »indigenous people« von selbst. Was dieser Umstand seit Beginn modernen Kolonialismus auch gerade für die dann von sich selbst bloß gestellte Moderne bedeutet, im Sinne substantieller humaner Rationalität und des human Anderen, von den schon entwicklungsrational vernichteten »Völkern« und ihren Kulturen nicht zu schweigen, ist hier nur als Frage aufzuwerfen, nicht mit einigen hingeworfenen Worten pseudoessentiell zu beantworten. Gerade die großen unter ihnen, wie z.B. Brasilien, noch voll der landschaftlichen, der kulturellen und der ethnischen Ungleichzeitigkeiten, müssen sich an der einseitigen Rationalität, ursprünglich kolonialistisch westgeprägt, wie sie ist, ausrichten und entsprechend wie Südkorea ihre Gesellschaft und ihre Innenpolitik »opfern«. Die gegenwärtig höchste Stufe der Abstraktion ist erreicht, sprich des Absehens, ja des Raubs von Besonderheiten (räumlich und auch zeitlich, i.S. der Verkürzung, die allerdings im beschleunigten Perfektionsprozess sich befindet). So lässt sich von einer »neue Arbeitsteilung« sprechen, die der Macht- und Herrschaftsverteilung, den vier Arten struktureller Macht, korrespondiert.[154]

Es fehlt nicht an raum- und zeitüberbrückenden Mitteln. Ohne die Télématique, die Informations- und Bildtechnologie wäre die Globalisierung nicht möglich geworden. Sie könnte ohne dieselbe weiterzuentwickeln, nicht fortgesetzt werden. Die Mobilitäten und die Flexibilitäten, die dadurch erreicht worden sind, sind nach herkömmlichen, auch sprachlichen Konventionen nicht zu fassen. Daraus entstehen neue globale Ungleichheiten. Welche Institutionen und welche Personen,

[154] Siehe Phantasie und Einsicht beflügelnd am Exempel Brasiliens Claude Lévi-Strauss, Traurige Tropen, Frankfurt/M. 2012; zum Exempel eines modern erdrosselten nigerianischen Stammes siehe Stanley Diamond, Who killed Biafra? , in: The New York Review of Books, Vol. XIV, No. 4, Feb. 26, 1970, S. 17-27.

mehr noch, mit Max Weber gesprochen, welche Menschentypen können diese Mittel und Informationen benutzen und für ihre eigenen Zwecke einsetzen?[155] Es stellt sich noch grundsätzlicher die Frage: werden mit solchen Beschleunigungen und Flexibilisierungen, die herkömmliche soziale Schranken rücksichtslos durchbrechen, möglicherweise menschliche Grenzen erreicht? Welche humanen Kosten entstehen aus Grenzüberschreitungen, die ihrerseits nach dem jetzt üblichen Muster ein laissez innover humaner Physis, humanen Hirns und humaner Psyche verlangen?[156] Woran richten sich Mobilität, Flexibilität und Informiertheit aus: an Großorganisationen zum Zwecke ihrer Konkurrenzfähigkeit oder – simplifizierend zugespitzt – an den Personen und ihrer Handlungsfähigkeit?

Der Staat als die moderne Organisation der Politik wird nicht irrelevant. Zusammen mit der Etablierung des strukturell ungleichen Weltmarkts hat die Staatsform einen weltweiten Siegeszug angetreten. Wir leben in einer verstaateten Welt. Mehr noch, wir leben in einer »durchstaateten« Welt, ein Adjektiv, das Weber benutzte. Das Beiwort kann so verstanden werden, dass es keine gesellschaftlichen Räume mehr gibt, die nicht direkt oder indirekt staatlich mit konstituiert, in jedem Fall normiert und reguliert werden. Das trifft längst auf den formell privaten Sektor, die Wirtschaft in allen ihren Aspekten zu (wie, wohlgemerkt, umgekehrt. Darum kann es eine Politikwissenschaft ohne Ökonomie nur als Fehler geben). Die Durchstaatung verleiht sogar dem allgemein gewordenen Wortgebrauch »Zivilgesellschaft« einen, allemal genauer zu fassenden Sinn. Vor dem Ende der sowjetischen Nomenklatura und der ihrer Trabanten als Gegenausdruck im Schwange ist er ohne zusätzliche Qualifikationen auf die westlichen liberalen Demokratien, ja auf alle Länder ausgedehnt worden. Als sei überall das seltsam ungefasst fluide Quasisubjekt »Zivilgesellschaft« gegeben und eine eigene Größe. Generelle Feststellungen über den »Verlust« des Staates und seine Bedeutung, wenn er nicht interessiert als »failed« oder »rogue« state von imperialen »westlichen« Staaten von vornherein diskriminiert wird, sind in jedem Fall gegenwärtig verfrüht und begründet nicht zu treffen. Dennoch ist festzuhalten: Das ohnehin sparsame Rationalitätspotential des Staates i.S. einer möglichen »steuernden« Kontrolle der gesellschaftlichen Hauptvorgänge ist im zunächst bedeutungsvagen Kontext der globalisierenden Vorgänge zusätzlich ausgenüchtert worden. Im Hinblick auf die liberale Demokratie aber (s. Kapitel IX) gilt in jedem Falle, dass ihre ohnehin brüchigen Existenzbedingungen randständiger und auf freilich wirksame Symbolik reduziert zu werden drohen.

---

[155] Zu Max Weber vergleiche insgesamt trotz zu einseitigem Akzent: Wilhelm Hennis, Max Webers Fragestellung, Tübingen 1987, S. 3-58.

[156] Vgl. die treffliche historisch materielle, mit vielen Beispielen durchsetzte anthropologische Studie von André Leroi-Gourhan, Hand und Wort: Die Evolution von Technik, Sprache und Kunst, Frankfurt/M. 1987.

Leidenschaft und Interessen – Notiz zu einer ideen- und realgeschichtlichen Kontroverse bis heute

Die sich verändernden Bezogenheiten von Politik und Ökonomie, von Herrschaft und Kapital ziehen sich rotfädig durch unsere Argumentation. Diese Wechselbeziehungen zu verstehen oder gar zu durchschauen ist angesichts globalisierter Unübersichtlichkeiten nicht einfacher geworden. Zur Orientierung in unwegsamen, fallstrickreichen und von Ambivalenzen umtosten Landschaften mögen die folgenden Ausführungen hilfreich sein.

»Leidenschaft und Interessen« (»passions and interests«) – das ist ein großes Thema der (politischen) Philosophie in den Jahrhunderten, bevor sich die kapitalistische Ökonomie etablierte und die Diskussion zugunsten eines Interesses beendete. Wie kann das, was unter Leidenschaften verstanden wird, unter Kontrolle gebracht und nützlich gekehrt werden? Worin besteht die Leistung der in welcher Weise ausgerichteten und verstandenen Interessen? Können sie trennscharf von den Leidenschaften unterschieden werden oder stammen sie aus ein und derselben Quelle: leidenschaftliche Interessen, interessierte Leidenschaften? Die Diskussion ist alt, wie man menschengemäße Leidenschaften und/oder Interessen am besten hegen, unterdrücken, organisieren und sublimieren könne. Sie erfüllt die philosophische Diskussion im klassischen Griechenland. Sokrates Ironie deckte bei seinen sophistischen Diskussionspartnern und deren allgemeine begriffliche Behauptungen immer erneut deren einseitige Interessen auf.[157] Die Kontroverse reicht bis in unsere Tage. Hobbes bringt die Leidenschaften unter die Kontrolle der »Leviathan« genannten staatlichen Herrschaft. Zwar wollte Hobbes das natürliche Recht jedes Menschen erhalten, seine Interessen mit Gewalt gegen andere Menschen durchzusetzen. Darum seine bekannte Naturannahme, Menschen seien vor ihrer Zivilisierung anderer Menschen Feind. Doch jenseits individueller Gewalt wollte Hobbes den »Interessen« im Sinne kalkulierenden ökonomischem Appetits, der von Kant hervorgehobenen, jedem Menschen eigenen Begierde zum Haben und Herrschen, Platz schaffen.[158] In der bis heute spannenden Diskussion während des 17. und 18. Jahrhunderts neigt sich die Waage den »Interessen« zu. Sie sind dazu ausersehen, die ungebärdigen, macht- und gewaltgierigen, darum gefährlichen Leidenschaften einzudämmen und interessenwärts im Sinne primär ökonomischen Kalküls zu rationalisieren. Damit werden bis zur heutigen Ökonomie in Wissenschaft und Praxis wirtschaftliche Interessen und Rationali-

[157] Vgl. Sören Kierkegaards Dissertation: Über den Begriff der Ironie. Mit ständiger Rücksicht auf Sokrates, Frankfurt/M. 1976. Eine Diss., die philosophisch weit über die hier behandelten Zusammenhänge hinausgeht.

[158] Zu Thomas Hobbes und später, teilweise anders begründet John Locke vgl. C.B. Macpherson, Theorie des Besitzindividualismus; zu Kants prägsamer Formulierung und seiner politischen Theorie im Kontext des frühen, mit Hobbes und Locke verbundenen Liberalismus siehe: Immanuel Kant (vgl. Anm. 25).

tät fast identisch gebraucht. Dr. Johnson äußert 1775, es gäbe wenige Wege, die Menschen unschuldiger gehen könnten, als Geld zu erwerben. Die »douceur of commerce«. Ökonomische Expansion, so scheint es diesen Moral-Philosophen, Montesquieu rechnet dazu, besitzt günstige politische Konsequenzen. Sie verhindert Krieg. Sie bietet dafür moralisch Ersatz. Die souveräne politische Gewalt wird durch die ökonomischen Belange diszipliniert. So mutmaßt James Stewart: »When once a state begins to subsist by the consequences of industry, there is less danger to be apprehended from the power of the sovereign. The mechanism of his administration becomes more complex, and ... he finds himself so bound up by the laws of his political economy, that every transgression of them runs him into new difficulties.«

Adam Smith vollends traut dem Außenhandel und dem ruhigen Ausbau der Manufaktur zu, dass sie die feudale Zeit von Gewalt, Raub und Unordnung endlich beendeten. Er verkündet das selbstgenügsame, autonome Individuum als »natürlichen Effekt« seiner Anstrengung, seine eigene materielle Lage zu verbessern. Für die Marktgesellschaft aber gilt, wie Smith in seinem Hauptwerk »The Wealth of Nations« singt: »Without any intervention of law, therefore, the private interests and passions (sie werden von Smith wieder als Einheit behandelt) of men naturally lead them to divide and to distribute the stock of every society, among all the different employments carried on in it, as nearly as possible in the proportion which is most agreeable to the interests of the whole society.« Die von Ricardo hervorgehobenen komparativen Vorteile des Außenhandels und der internationalen Arbeitsteilung werden von Smith für die Gesellschaft insgesamt und ihre gesamte – »herrschaftsfreie«, »natürlich« wirkende – Arbeitsteilung gesehen.[159]

Doch bald wurden Einwände laut. Würden diese Erwerbsinteressen, die alle für sich verfolgten, nicht zu einem Verlust an Politik, ja zu einem Selbstverlust führen? Begrenzte eine sich selbst überlassene Ökonomie, sind ihre Interessen einmal los gelassen, Herrschaft? Alexis de Tocqueville, vom Erwerbssinn »der« Amerikaner fasziniert, hat auf negative Folgewirkungen des ungehemmt wirksamen Erwerbsinteresses quer durch »Über die Demokratie in Amerika« aufmerksam gemacht.

Zuerst die Ruhelosigkeit, die dem heutigen Mobilitäts- und Flexibilitätscredo (und seinen kaum mehr veranschlagten individuellen und sozialen Kosten) entspricht: »Es ist seltsam«, so notiert er im II. Teil über den »Einfluss der Demokratie auf das Gefühlsleben der Amerikaner« (welch eine politische Theorie, die solches berücksichtigt!) »wie fieberhaft die Amerikaner nach Wohlstand streben und wie sie immer von einer unbestimmten Furcht geplagt erscheinen, sie hätten nicht den kürzesten Weg dahin gewählt. Der Bewohner der Vereinigten Staaten hängt an den Gütern dieser Welt, als sei er gewiss, nicht sterben zu müssen und er hat es so eilig, die ihm greifbaren zu fassen, dass man meinen könnte, er be-

[159] Albert O. Hirschman (siehe Anm. 100).

fürchte jeden Augenblick zu sterben, ehe er sich ihrer erfreut habe. Er fasst nach allen, doch ohne sie zu umklammern, und er lässt sie bald fahren, um nach neuen Genüssen zu jagen.«

Die die Menschen selbst de-politisierende Gefahr aber ist de Tocqueville zufolge größer: »Diese Leute glauben, der Nützlichkeitslehre zu gehorchen, aber sie haben nur eine grobe Vorstellung, und um sich dem, was sie ihre Geschäfte nennen, besser zu widmen, vernachlässigen sie das Hauptgeschäft, nämlich Herr ihrer selbst zu bleiben.« David Riesman 's Diagnose, dass in der Massengesellschaft (»lonely crowd«) der »innengleitete« Mensch zugunsten des »außengeleiteten« zurückgehe, ist hier über 100 Jahre vorweg genommen worden.

Gleich wichtig wie der Rückzug aus dem politischen Engagement, der allerdings durch die religiös motivierte Tradition in den USA und die der grass roots democracy zu einem Teil in Schranken gehalten wird, befördern kommerzielle Geschäftigkeiten die Regulierungen und bewirken zentralisierende Effekte. »Die Industrie ballt«, folgert Tocqueville im IV. und letzten Teil, der den Gefahren der Überzentralisierung und der Überindividualisierung gewidmet ist, »gewöhnlich eine Menge Menschen am gleichen Ort zusammen; sie erzeugt zwischen ihnen neue und verwickelte Beziehungen. Sie setzt sie großen und plötzlichen Wechseln zwischen Reichtum und Elend aus, während denen die öffentliche Ruhe bedroht ist. Es kann endlich auch vorkommen, dass diese Arbeiten die Gesundheit und sogar das Leben derer gefährden, die daraus Nutzen ziehen oder die sie verrichten. Daher müssen für die industrielle Klasse mehr als für andere Klassen Vorschriften erlassen, sie muss stärker überwacht und im Zaume gehalten werden, und damit wachsen natürlich die Amtsgewalten der Regierung.«

Diese Beobachtungen am Beginn der Industrialisierung in der »Neuen Welt« werden fast gleichzeitig von Marx ergänzt und korrigiert. Er zeigt, wie die »öffentliche« Sphäre, wie formelle politische Gleichheit, wie Beteiligung und Politik zu abhängigen Größen nicht eines klassenlos »natürlichen«, sondern eines höchst klassenartig voraussetzungsreichen Erwerbsbetriebs werden. Derselbe lebt seinerseits von der Spaltung. Die Spannung zwischen Lohnarbeit und Kapital muss dauernd neue Ungleichheiten zeugen.

Bestimmte Interessen, eng gefasst, wurden zu den Wirklichkeit gestaltenden Leidenschaften. Andere Leidenschaften werden, soweit dies irgend möglich ist, »ökonomisiert«. Wenn sie nicht als Folklore symbolisch oder als heterogener Faktor der Stabilisierung von Verhalten gebraucht werden können, werden sie an den Rand gedrängt. Der »Sieg« der Interessen in diesem engen Verständnis, hat nicht allein die gleichfalls fortdauernde Produktion von Ungleichheiten zur Folge. Der anhaltende Siegeszug bringt die Gefahr mit sich, dass das üppige Brot der Freiheit selbst für diejenigen, die es haben, am Ende trocken schmeckt. Die in den Institutionen und ihren Prozeduren erkenntlichen, vor allem aber in den Habitus, in unser aller Gefühlswelt steckenden Bewusstseins- und Verhaltenseffekte sind der wichtigste Teil der ökonomischen, nun weltmarktweiten »Aufhebung« der Politik.

Kapitel VIII
Herr und Knecht, Herr und Frau – Zur historischen Ontologie und Psychologie von (staatlicher) Herrschaft

Menschen – und was sie aus-macht

Wir sind immer schon verherrschaftlicht – das zu wissen, ist gerade dann erforderlich, wenn wir uns frei ringen wollen: »Wer geschichtliches Handeln von Menschen verstehen und erklären will, muss etwas über ihre seelischen Strukturen, über ihre Triebkräfte, Erwartungen, Bedürfnisse und Ängste, über ihre Innerlichkeit ausmachen, aber in strenger Bindung auf die auf Marx sich beziehende Gesellschaftstheorie: die Theorie muss erkennen, was Ökonomie, Kultur und Psyche vermittelt. Ja, der Theoretiker geschichtlichen Handelns muss die Einwirkung unbewusst-seelischer Konstellationen auf die Individuen und ihre Gruppen nicht nur in Rechnung setzen, ungewohnt genug, sondern im Kontext der Gesellschaftstheorie begreifen – gerade bei unbewussten Prozessen und Strukturen handelt es sich natürlich in hohem Maße um ›komplizierende Zwischenglieder‹. Wo Horkheimer übrigens von ›Mode‹, ›Vergnügungsweisen‹, ›Lebensstil‹ sprach, und Erich Fromm 1929, von ›Einstellungen zur Kindererziehung‹, von ›Wohnungseinrichtung‹ und ›Geldverleih‹, verwiesen beide auf etwas, was wir heute als Alltag oder Alltäglichkeit bezeichnen, und was durchaus sein eigenes, materielles Gewicht im System der gesellschaftlichen Bestimmung unseres Daseins hat.«[160]

Die Wirkungen auf Menschen und ihr Verhalten stehen für uns im Vordergrund. Sie interessieren am meisten, wenn wir Herrschaft in ihren staatlichen und nichtstaatlichen Variationen, ihren Proteusgestalten und Chamäleonfarbenwechseln auf die Schliche zu kommen suchen. In diesem Sinne sind unsere menschlichen Leidenschaften und unsere Interessen *das* Thema. Hierbei überlegen wir beschreibend, analysierend, kritisierend und phantasierend, worin die schlechteren und die besseren Bedingungen bestehen könnten, die am ehesten nicht gewaltgebrochenes Selbstbewusstsein und nicht auf Übermächtigung Anderer erpichtes Handlungsvermögen erlaubten. Deswegen argumentieren wir auch herrschaftspsychologisch.

Das herrschaftliche Arrangement sozialisiert die in ihm Lebenden, die ihm Ausgesetzten und die es aufrecht Erhaltenden. Wir sind gewiss keine bloßen Kreationen von dergleichen institutionellen Korsetts und auf sie bezogenen Handlungen. Eine Art herrschaftsbezogene Milieutheorie teilte die Schwächen der

[160] Peter Brückner, Psychologie und Geschichte. Vorlesungen im Club Voltaire 1980/81, Berlin 1989, S. 41.

simplen Widerspiegelung und Reaktions-Annahmen. Indem wir immer schon in verherrschaftlichten Verhältnissen aufwachsen, indem wir ihren geheimen und offenen Vorkehrungen und Lockungen ausgesetzt sind, gehen sie uns »in Fleisch und Blut« über. Sie finden sich noch in unseren geheimsten Regungen. Sie werden, deckt man sie analytisch auf, unversehens als »öffentliche« durchsichtig. Wir sind zu einem unterschiedlichen, aber nie eindeutig und klar ausschneidbaren Teilen äußerlich und innerlich herrschaftlich »gemacht«. In diesem Sinne sind wir die jeweiligen historischen Kreaturen von Herrschaft passiv und aktiv. Selbst noch in Opposition und Widerstand entrinnen wir nicht ihren uns negativ anähnelnden Fängen. »Die Befreiung kann uns nicht gegeben werden«, wird in der »Ästhetik des Widerstands« räsoniert, »wir müssen sie selbst erobern. Erobern wir sie nicht selbst, so bleibt sie für uns ohne Folgen. Wir können uns nicht befreien, wenn wir nicht das System, das uns unterdrückt, und die Bedingungen, aus denen das System erwächst, beseitigen. Wie aber soll die Befreiung nun von uns ausgehen, wie sollen die Umwälzungen vollzogen werden, wenn wir immer nur gelernt haben, uns zu fügen, uns unterzuordnen und auf Anweisungen zu warten.« Münzer, dem diese Worte in den Mund gelegt werden, fährt mitten in Zeiten des Spanischen Bürgerkriegs fort: »Wenn ich versuche, mir klarzuwerden über meine Stellung in der Arbeiterbewegung«, es könnte sich aber auch um den Versuch handeln, sich über sich selbst in anderen Situationen klarzuwerden, anderen Zwängen, anderen Bezügen ausgesetzt, z.B. heute 2014, inmitten von… »so ist es, als müsse ich zuerst zu graben anfangen, müsse mich rauswühlen, rauskratzen aus einer Masse von Schutt, die uns zudeckt. Unsere Organisationen sind wie Erdschichten, die abgehoben werden müssen, damit wir uns selbst finden können.« (siehe Anm. 91, hier Bd. I., S. 226)

Eine Psychologie von Herrschaft ist immer erforderlich. Sie kann nicht ein und für allemal geleistet werden. Jede und jeder haben sich schweißreich ein Leben lang auf dem »Weg ins Freie« (A. Schnitzler) anzustrengen. Auch der akademisch abgehobene Forscher käme ins Schwitzen, ließe er sich ein, nicht nur die alltäglichen Gespinste von Herrschaft zu erkunden. Zu allererst den Akademos, die herrschaftsdurchwachsenen Wissenschaften und ihre meist verkehrten Wahrheitsprätentionen. Die psychischen Dispositionen gilt es unter dem täglichen Text herauszufinden. Durch das Geflecht der Institutionen, durch ihre Vorkehrungen und durch die herrschaftlichen Maßnahmen werden sie nahegelegt und bereitgestellt. Dazu sind die Institutionen und Maßnahmen psycho-logisch, also auf die Logik ihres psychisch angepeilten Effekts in Bewusstsein und Verhalten aufzubrechen und zu dechiffrieren. Nirgends spielt der Habitus, so etwas wie eine nach innen gewachsene Institution, eine so große Rolle. Nicht allein beim »homo akademicus« und seinen Herrschaftswandlungen.[161] Die »harten« neutralen Strukturen, die

[161] Zur Habitusformierung allgemein siehe zunächst Max Weber, später Pierre Bourdieu (siehe Anm. 55).

glatten instrumentellen Maßnahmen in ihrem »gemeinten Sinn« werden dann institutionell allgemein, in ihren weichen, Psyche eingemeindenden Kernen kenntlich. Nichts im herrschaftlichen Arrangement und nichts von dem, was selbstverständlich und äußerlich scheint, bleibt ohne psycho-logischen Bedeutungshof.

Für eine Archäologie in herrschaftspsychologischer Absicht, die die Stufen in die Brunnentiefe lang etablierter Institutionen hinabtappen muss, von Dunkel, Spinnweben, gräulichem Gestank und rattenbissigem Nagetier umgeben, ist eine Ausstattung mit u.a. folgende Fraglichtern nützlich:

Erstens ist das Netz positiver und negativer Sanktionen jeder institutionell/organisatorischen Vergesellschaftung aufzuspüren, das feinsinnig, grobmaschig und oft wie nicht zusammenhängend verteilt, zuweilen sogar in Stein gepresst, ausgespannt ist.[162]

Jede Organisation wird in ihren verhaltensformierenden Eigenarten dann am besten durchschaubar. Die ihr eigenen Handlungen und Maßnahmen können wie eine Ansammlung »ökologischer Nischen« sozialräumlich verortet werden, wenn diese Zusammenhänge entdeckt werden.

Zweitens und anders formuliert sind die Vorkehrungen, die anreizen, die abhalten, die abschrecken, die bestrafen sollen, in ihrem Zusammenhang zu betrachten. Darum ist der alte Metaphern-Spruch »mit Zuckerbrot und Peitsche« triftig. Das Zuckerbrot in der Peitsche, als Peitsche. Die Peitsche zuckerbrötig eingebacken, von der Peitschenlust, derjenigen, die sie schwingen, derjenigen, die sie trifft, nicht zu reden. Perversionen gibt es herrschaftswirksam deren verschieden verdeckte und wirksame. Man muss nach ihnen nicht suchen. Es genügt nicht allein, die institutionell ausgelegten Lockspeisen zu probieren. Die Pawloweffekte. Unzureichend ist es, selbst bei einer Militär- und Polizeianalyse, z.B. die sichtbar-unsichtbaren Wirkungen der Polizei nur oder primär aus ihren negativen Sanktionen und den dadurch bewirkten Befürchtungen und Ängsten zu ergründen.

Drittens ist zu fragen, welche Werte, auf die sich die Adressaten beziehen können, institutionell hochgehalten werden – und welche Werte widersprüchlich zur vertretenen Programmatik von einer Institution verkörpert werden. Vor allem die Bezugsgruppen sind herauszufinden, an denen sich inner- und außerorganisatorisch ihre Mitglieder und ihre Adressaten (»Klienten«) orientieren. Allgemein lässt sich formulieren: Sage mir, welche Personen und Personengruppen für dein Selbstwertgefühl, deine Orientierung und deine Kontrolle am wichtigsten sind und ich kann dir sagen, wie du dich in diesem oder jenem Fall verhalten wirst. Oft ist beispielsweise nicht verstanden worden, warum Hochschullehrer, die in deutschen Landen verbeamtet worden sind, zugleich jedoch bis zur Freiheit »Nein« zu sagen privilegierte Beamten sind, ihre Freiheit(en) nicht riskanter, wider herr-

[162] Psyche und Verhalten in den Institutionen, die Institutionen in Psyche und Verhalten – sie zählen zuerst in einer entsprechenden Politischen Psychologie. Vgl. W.-D. Narr, Das Herz der Institutionen... (siehe Anm. 57).

schaftlich den Stachel löckend, ausnutzen. Die Antwort auf die Frage ist kompliziert, wollte man nur eine Durchschnittsaussage machen. Sie müsste auf verschiedene Umstände nicht zuletzt des buckelnden Karrierewegs aufmerksam machen, der schließlich durch das nicht intellektuell befreiende Nadelöhr Habilitation – in den USA den »Tenure Track« – führt. Der unruhige Schlaf der Privatdozentinnen und Privatdozenten wäre situationsgerecht zu erwähnen, die nachts bei offenem Fenster schlafen, damit sie den möglichen »Ruf« nicht überhören. Ein erheblicher Grund für das Verhalten von Hochschullehrern auf dem höchsten Karrieregrat, das nicht von der Freiheit von »Kopfarbeitern« als intellektuellen Protestanten reden lässt, besteht in den hoch und höherrangigen Bezugsgruppen, an denen sie sich positionell orientieren. Heute an von intellektueller Chuzpe strammen Peer-Groups oder »Exzellenz«-Evaluateuren. Es sind die »vernetzten« Fachkollegen zu pflegen. Die Reputation auf Fachkonferenzen zählt. Die sachlich meist langweilig versammelten Kollegen und Kolleginnen, die mit positionell gewichtiger gravitas Romana einherschreiten, sind zu poussieren – langum: die akademische Freiheit winkt auf dem furcht-, ja angstvollen Gang durch individuell und kollektiv nieder drückende Als Obs. Die indirekten Sanktionen sind am meisten gravierend. Niemand kann einem »vollbeamteten« Hochschullehrer seine Position nehmen. Weil's auf die Bezugsgruppe(n) sehr ankommt, gilt übrigens auch der deutsche Satz unter den heute ungleich prekäreren Bedingungen der Drittmittelattraktivität: »Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch (Amts-)Verstand«.

Viertens ist zu beachten, dass die Chancen, Selbstbewusstsein zu erringen und zu erhalten, denn mit einem Akt ist solches nicht dauerhaft zu gewinnen, durch die institutionellen Bedingungen gegeben oder verstellt werden. Anders gefragt: wie kann die sozial gewährleistete oder verlorene, die immer gefährdete körperliche, vor allem jedoch die intellektuell-psychische, die moralische Integrität gewahrt werden; wie kommt sie vorgängig institutionell durch offene oder geschlossene Chancen der Mitwirkung insbesondere zustande?

Bei diesen, punktuell herausgegriffenen Fragen darf nicht vergessen werden – anlässlich der Bezugsgruppen klang dieser Aspekt schon an –, Organisationen einzeln und im Kontext danach auszuleuchten, welche Bedingungen der Möglichkeit sie präsentieren, um sich in ihnen kollegial zusammenzutun. Welche Anreize zur Assoziation, sich um Andere zu kümmern, zur Kooperation und zur gegenseitigen Hilfe sind gegeben? Damit hängt die Frage zusammen, welche normalen und anormal riskanten Mittel und Wege sind vorhanden, um sich aus bestimmten Institutionen, einem Land in toto, zu verabschieden (»exit« und »voice« hängen immer zusammen)?

Was ist, was soll »Herrschaftspsychologie«?

Die Fragen einer Herrschaftspsychologie sind nicht einseitig herrschaftsgerichtet i.S. der Schlüsselfrage: Was tut Herrschaft und was strebt sie verhaltensbestimmend mit welchen Mitteln an?

Eine Konzentration auf die herrschenden Umstände ist von Nöten. Die »objektiven« Bedingungen und ihre Analyse geben mehr über das Verhalten der in einem Herrschaftsraum lebenden Menschen preis, als die nahen biographischen Verhaltensdispositionen der »Subjekte«. Das psychologische Lot vornehmlich in die methodisch zuvor generalisierten Seelen von einzelnen zu versenken, heißt von vornherein falsch und Falsches vermessen. So sind die gegenwärtig in der BRD viel diskutierten und ihrerseits diskriminierten »rechtsextremen« Personen und Gruppen und ihr vorurteilsbestimmtes Verhalten nicht aus diesem Verhalten im Nahblick zu erklären. Auf die Bedingungen kommt es an, die etablierte Parteien geschaffen haben, die nun immer wieder über das Verbot der NPD nachdenken. Lernverhalten, Lernblockaden bis hin zu Prüfungsängsten und Prüfungsversagen, um ein anderes Beispiel zu wählen, erhellen nicht aus den »beschädigten« Kindern und Erwachsenen. Auch ihre familiäre Herkunft, ihr Aufwachsen zu beachten, reichte nicht aus. Das Arrangement der Schule und der Hochschule vielmehr ist es und der Kontext beruflicher und gesellschaftlicher Erwartungen, die Lern- und Prüfungsämter, die Eigenart des Prüfungsvorgangs, seine »Ordnung«, die die Leiden der Geprüften, das Versagen der Lernenden primär ausmachen. Man denke nur an den perversen Stolz mancher Fächer und der über sie lehrend und prüfend Verfügenden, eingebettet in bürokratisch formierte Leistungsmuster, die Durchfallquote von ihnen arrangierter Examina betrage 50 und mehr Prozent. Eine periodische Sternschnuppe »Schwarzer Pädagogik«. Solche »objektiven« Bedingungen sind als Verhalten formierende Mächte herauszufinden. Nicht, um Verantwortlichkeiten abzuschieben, sondern, um politisch oder pädagogisch mitverschuldete Umstände herauszufinden und angemessen verändern zu können. Analytische Aufklärungen und als nötig erprobte Veränderungen fallen je nach Gegenstand und eigenem Involviertsein oft schwer. Bei Vergewaltigungen von Frauen durch Männer beispielsweise. Dort wird eine »objektive« Ergründung deswegen gehemmt, weil der Gewaltakt unmittelbar zurechenbar ist und zugleich unmittelbar scheint. Dieser Mann hat es getan! Zugleich trifft zu: Die Gewalt hat die Integrität der Frau und ihr Selbstwertgefühl schwer, so überhaupt wieder heilbar, verletzt. Eine restitutio in integrum gibt es (fast) nicht, weil so verletzte Frauen oft nur dann darüber hinwegkommen zu können scheinen, wenn der klar und eindeutig gegebene Täter dingfest gemacht, angeklagt und verurteilt wird. So wird das beschädigte Eigenrecht der Frau wenigstens ein Stück weit gesellschaftlich anerkannt. Zusätzliche Schwierigkeiten sind zu beachten. Und doch muss die Situation solcher Unmittelbarkeit verlassen werden. Sie ist schon im Strafverfahren mit all seinen Umständen aufgehoben worden, selbst wenn sie weiter zu-

gunsten der Frauen verbessert würden. Auch und gerade um Vergewaltigungen als Alltagserscheinungen vermeiden zu können. Der strafrechtliche, strafprozessuale, strafvollziehende Weg ist letztlich nur ein technischer Ersatz. Aktuell ist er oft nicht zu umgehen. Aber er bietet keine Abhilfe. Gerade die Alltäglichkeit der Gewaltakte macht stutzig. Ihre Normalität verweist auf die geltenden Normen und die verbreiteten Gewohnheiten. So wie die Tatsache, dass Männer aller Schichten und Berufe, und nicht zuletzt den Frauen vertraute Männer sich daran beteiligen, allzu naheliegende Auswege als Abwege erkennen lässt. Dass man etwa auf »verwahrloste« und »verwahrlost« machende Zustände hinweise oder sich »kranken« Männern zukehre. Hier ist nicht der Ort, eine solche Anamnese der »objektiv« gesellschaftlichen Umstände zu versuchen, die eine schreckliche Normalität »induzieren«. Vieler Frauen und mancher Männer Berichte müssten hierzu ausgeschöpft werden, vor allem aber gesellschaftliche Makrofaktoren. Nur die Richtungen sollen angedeutet werden, in denen wir vermuten, weiterführende Antworten könnten erwartet werden.

An fast allen Berichten, die wir besser kennen, fällt auf, dass die »tätigen« Männer sexuell vergewaltigten. Sie missbrauchten damit die Frau und taten ihr Gewalt an, um Stärke, um Macht, um Überlegenheit zu demonstrieren. Dass es sich um sexuelle Gewalt handelt, ist nicht zufällig. Die ausgeübte Gewalt geht in Sexualität, gar in sexueller »Abartigkeit« nicht auf. Die zur Vergewaltigung führende Gewalt, die »Extragewalt« ist, so scheint es, nur verstehbar als ein männlicher Ausdruck, sich selbst zu beweisen, indem mann eine Frau vergewaltigt. Anders wäre schwer erklärbar, warum Vergewaltigungen häufig in Ehen und eheähnlichen Verhältnissen vorkommen. Sollte diese Beobachtung zutreffen, dann drängt die Frage nach den Umständen, die mangelndes Selbstbewusstsein bedingen und die es im Akt der Gewalt ersatzbefriedigen lassen. In diese Richtung, Schritt für Schritt erpicht auf Belege und plausible Argumente, gelangen wir zu den politisch und ökonomisch herrschenden Einrichtungen und der Art, wie sie männliches Selbstbewusstsein fördern, untertänig einschränken, ausrichten und unterdrücken. Außerdem muss die lange währende halbe Lizensierung von Vergewaltigungen bis ins erst spät veränderte Strafrecht erklärt werden. Die heimliche Erlaubnis hat mutmaßlich damit zu tun, dass (staatliche) Herrschaft sich in die Familie und im Hinblick auf Statur und Recht der Frauen allgemein verlängerte – bis in jüngere und jüngste Zeiten hinein. Außerdem wurde dem Mann in der privat abgestellten Familie eine Art Freiraum gewährt auch wieder gegenüber Frauen allgemein, nachdem er sich sonst in gewaltartiger, militärisch dirigierter Untertänigkeit zu verhalten hatte.

Diese Untersuchungsrichtung wäre zu ergänzen, das Thema »Sexualität und Herrschaft« insgesamt aufzugreifen und die eigenartige Disziplinierung der Sexualität bis hin zu den »Lücken ihrer Freiheit« zu verfolgen.

Abgesehen von solchen Analysen, um die »objektiven« Bedingungen psychischer Dispositionen herauszufinden, stellt sich eine Kernfrage. Sie beunruhigt

unablässig. Wie kommt es, dass alle Arten von Herrschaft, verstaatlichte zumal, weitgehend hingenommen werden? Wie kann begründet werden, dass Herrschaft nicht nur ertragen, sondern aktiv legitimiert wird, ja dass sich viele, wenn nicht große Mehrheiten mit den bestehenden Verhältnissen identifizieren? Herrschaft wird stabilisiert. Sie wird von den ihr Unterworfenen geradezu herbeigenötigt und (mit)geschaffen. Durch eigenes Zutun; durch eigene Urteile, noch mehr durch Vorurteile und in ihnen steckenden, von ihnen durchsäuerten Interessen. Kurz und knapp: Herrschaft gründet in uns selber.

Durch die Sanktionsmittel, die ihr zu Gebote stehen, wird sie nicht ausreichend erklärt. Sie braucht sich aus sich selbst nicht allein zu erhalten. Sie kann nur verstanden werden, wenn eingesehen wird, dass und wie sie jeweils mit den Bedürfnissen derjenigen korrespondiert, die sie nicht allein territorial und äußerlich unterworfen hat. Insofern passt die doppelte Bedeutung des Ausdrucks: Subjekt. Lateinisch meint subjectum etwas, das subjiziert, also das unterworfen worden ist. Bedürfnisse werden auf den Staat übertragen und aus ihm wieder herausentwickelt. Die Herrschaftsunterworfenen, Hobbes hat einen wesentlichen Punkt getroffen, schaffen den Staat in ihren Erwartungen, in ihrem Verhalten und nicht zuletzt in ihren Ängsten neu und wieder. Sie überdauern Herrschaft trotz einer schier unendlichen Geschichte herrschaftlicher Krisen, Katastrophen und Leichenberge. In diesem herrschaftsschöperischen Habitus, paradox ausgedrückt, einem kontinuierlichen Herrschaftssyndrom im Wechsel äußert sich die Schwierigkeit jeder gründlichen Reform, von herrschaftlichen Umstürzen, die nicht neue Herrschaft(en) schaffen, zu schweigen.

Staatliche Herrschaft ist habituell geworden, habituseingebrannt. Deswegen treffen konservative Argumente i.S. einer »Realsoziologie« so häufig zu, wenn man sich darauf beschränkt, die Kette der status quo-Situationen und Stationen anzusehen. So wie Vilfredo Pareto behauptet hat, die Herrschaftsformen blieben bestehen. Das »Oben« und »Unten« ändere sich kompositorisch, verändere sich jedoch nicht als Form von Herrschaft. Geschlechter kommen, Geschlechter gehen, die Eliten zirkulierten im Wechsel.

Der staatlich dominierte und ausgeleerte »Prozess der Zivilisation«

Norbert Elias hat eine Parallelität der Disziplinierungsvorgänge unterstrichen.[163] Des staatlichen Monopolisierungsprozesses »außen«, des Prozesses der inneren psychischen Disziplinierung. In uns allen bilde sich ein innerer Polizeibeamter he-

[163] Norbert Elias, Über den Prozess der Zivilisation, Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bde., Bern, München 1969 2. Aufl. Zur Kritik an wenigen Aspekten vgl. Stanley Diamond und Wolf-Dieter Narr, Kritik der Zivilisation. Anthropologie und die Wiederentdeckung des Primitiven, Frankfurt/M., New York 1994. Außerdem Mario Erdheim (siehe Anm. 85).

raus. Das staatliche Gewaltmonopol hat, Elias-gemäß, die stärker wirkende Vorhand. Elias klärt allerdings nicht darüber auf, wie die außen/innen verzwirnten »Verflechtungsverhältnisse« hergestellt, vermittelt und institutionell auskristallisiert worden sind. Fast erscheinen sie wie eine Art moderner Staatsontologie. Mario Erdheim hat deswegen auf die »gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit« aufmerksam gemacht, die aus dem Keller ans Tageslicht zu heben wäre, wenn man etwa unter anderem die im letzten Abschnitt skizzierte Vergewaltigung von Frauen durch Männer gesellschaftlich begreifen wollte. Auch bei Erdheim werden die institutionellen Arrangements und Hebel, die Verneinungen, Verleugnungen, Gedächtnisverluste und Verdrängungen bewirkten und das brodelnd Unbewusste vorurteilshaft und herrschaftlich mobilisierungsbereit halten, nicht fasslicher nachgezeichnet. Immerhin wird die Verinnerlichung von Herrschaft dort wahrnehmbar, wo man sie am wenigsten bemerkt. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, warum Sozialisationsvorgänge und deren Formen von der Wiege bis zur Bahre so stark zählen, wenn man Verhaltensweisen verstehen und Verhaltensänderungen erzielen will.

Hegel hat im Zusammenhang der Ausbildung des Selbstbewusstseins die Dialektik zwischen Herr und Knecht in seiner »Phänomenologie des Geistes« dargelegt. Freilich nicht i.S. eines sozial psychologischen Zusammenhangs. Aber seine verschlungene Argumentation kann herrschaftspsychologisch übersetzt werden, ohne sie zu verzerren. Der »Herr« (versachlichte Herrschaft) bedarf des Knechts (der Untertanen), um zu sich selber als Herr zu kommen. Er wird in diesem Sinne vom Knecht abhängig. Er kann seiner nicht entbehren. Er ist insofern unfrei und knechtsgebunden. Der Knecht aber bedarf gleichfalls des Herren, nicht allein, solange er Knecht ist. Auch wenn er, und indem er, sich zum Herren aufwürfe, den vormaligen Herren loswürde, sich in der Tat aus seiner Hand entwindend und also emanzipierend (e-manu cipere), begrübe er den gehabten Herren in sich selber, der eigenen Psyche, dem eigenen Selbstbewusstsein. Der Herr gewordene Knecht bedürfte seinerseits des Knechts. Also ist der Knecht tief verherrschaftlicht. Noch in der Nussschale dieser herrschaftlichen Zweierbeziehung lässt sich das Form-Inhalt-Problem in seiner Radikalität nachweisen. Diejenigen, die der Unterdrückung bedürfen, können als Herren noch so privilegiert sein. Und sie sind es einschließlich ihres »machtrauschigen« Überlegenheitsgefühls. Ihr Selbstbewusstsein und ihre Freiheit sind transitiv unterdrückerisch bestimmt. Sie sind knechtisch aufgeladen. Wehe ihnen, wird ihnen ihr »Substrat« entzogen, das ihr Selbstbewusstsein trägt. Sie fallen ins Leere, werden aggressiv und versuchen gewaltsam ihr Selbst als unterdrückendes Fremdbewusstsein zurückzuerlangen. Diejenigen aber, die verknechtet, ihre Befreiung durch den Mord am »Vater« – oder am »Herren« oder am »Weißen Mann« – real und in übertragenem Sinne versuchen, verhalten sich form-, sprich vater- und herren-mimetisch. Sie befreien sich verkehrt. Die Söhne im Freudschen Urhorden-, ja noch in seinem »normalen« Sozialisationsmodell« – so von einem solchen die Rede sein kann –, befreien sich,

psycho-log. Im Aufschrei Frantz Fanons zur Überwindung kolonialen Todes, sind die »Verdammten der Erde« auf diesem totschlagenden Weg. Im Sinne eines modernen tragischen Konflikts, der darin der Griechischen Tragödie folgt, emanzipieren sie sich, indem sie nachahmen, obwohl sie die Herrschaft von unten nach oben zu verkehren ausgingen. Sollte keine andere Psycho-Logik der Emanzipation möglich sein, dann dürfte unser Interesse an unterschiedlichen Herrschaftsformen und -trägern nicht aufhören. Dann wäre jedoch der utopische Traum, jeder Tagtraum weitgehender Herrschaftslosigkeit illusionär zerstoben, wie immer es sich mit dem »Geschlecht«, das da »herrschte«, verhielte. Herr-Knecht-Zusammenhänge sind, selbst wenn es sich um personal-direkt ausgeübte Herrschaften wie zu Zeiten des Feudalismus und frühen Unternehmertums handeln sollte, nicht als unmittelbare Zweierbeziehung abstrakt vorzustellen. Sie sind eingelagert in entsprechende mehr oder minder allgemeine geltende Konventionen feudal-rechtlicher Regelungen. Sie sind Ausdruck allgemeiner Herrschaftsverhältnisse.

Die Herr-Knecht Verkettung radikalisiert sich und wandelt sich zugleich qualitativ im »Täter-Opfer-Verhältnis«. Gerade hier gilt es äußerst genau und vorsichtig zu verfahren. Mit dem Hammer darf nicht psychologisiert werden. »Täter« und »Opfer« sind in ihre Situation zu stellen. Die Situationen sind qualitativ verschieden. So sind Täter nicht gleich Täter. Sie sind selbst in derselben historischen Situation von unterschiedlicher Art. Ein gleiches Differenzierungsgebot gilt für die Opfer, obgleich man wenigstens hier die Welt simpel zweiteilen wollte: in »die« Täter hier und »die« Opfer dort.

Nicht nur, wenn man, wie der Ältere von unserem Autor/Autoringespann als deutsch geborener, deutsch aufgewachsener, im Deutschen denkender, wenn auch nicht auf Deutschland oder die BRD politisch-national oder i.S. eines »Heimatlandes« bezogener diskutiert, wird es schwer, sich den Tätern und Opfern des »Dritten Reiches« zuzuwenden, der Vater- und Mutter-Geschichte auf der Täterseite – der eigenen Geschichte. Es ist auch schwer, weil man nicht »heil« daraus herauskommt, selbst wenn man, gerade wenn man nicht mehr zum Täter werden konnte. Die nachgeborene Erfahrung gibt den Ausschlag, wie sehr wir Menschen nein, wie sehr ich selbst, (fast) Produkt und (fast) Spielball der jeweils herrschenden Verhältnisse waren oder sind. Darum ist es zugleich umso erforderlicher, sich auf Täter- und Opfersituationen mit möglichst geringer Verfremdung kopfüber einzulassen, sich nur mit reflexiv nachgeholter Distanz mit unsentimentaler Vorstellungskraft zu riskieren. Wie unendlich geringer und doch wichtig ist dieses Risiko, versucht man sich erkennend in solche Situationen zu versetzen, als wenn man real als »Täter« und als Opfer mitten drin gewesen wäre, alternativlos hinein verbannt war.

Die Feststellung gilt schon für das Herr-Knecht-Verhältnis, wie für fast alles, was nicht oberflächlich zur Kenntnis genommen werden muss, so Lernen eine Chance erhalten soll. Die Erinnerung ist ein dauernder »moralischer« Akt, wie Christa Wolf in den »Kindheitsmustern« notierte. Das gegenwärtige Hinsehen ist

ein solcher moralisch-politischer Akt. Hinsehen aber verlangt, wenn es um politische Psychologie in Form der Herrschaftspsychologie geht, sich ins Sehen, doppelt und reflexiv gesichtig, selbst hineinzunehmen, sich selbst in den besehenen Vorgängen als psychologisches »Objekt« zum Thema zu erheben. Das heißt aber: man muss sich in die Lage der Täter und nicht nur der Opfer hineinversetzen. Dies ohne Frage auch. Man muss selbst zum Täter werden, so sehr die Vorstellung schaudert. Man bilde sich nicht ein, nur weil es den eigenen Stolz nicht verletzt, wenigstens historisch zu den Opfern gezählt zu haben. Unser spätes Mitgefühl und unser leidenschaftlicher Identifikationsdrang, uns-in-die-Lage-der-Opfer zu versetzen reichen nicht aus. Nicht ohne Grund vereinsamen die Opfer und ziehen als Überlebende nach langen Leiden, nach langem Versuchen, sich freier zu schreiben, Erfahrungen mitzuteilen den Freitod vor. Jean Améry oder Primo Levi. Erfahrungen in »extremen Situationen« (B. Bettelheim), das »univers concentrationaire«, sind dem Anscheine nach weniger »schrecklichen Zeiten« (B. Brecht) nicht ohne Mühen und Grenzen beizubringen. Als Erfahrungen nämlich, verstandene Geschichte, nicht nur als unerhörte, abschreckend spannende Erlebnisse.

Die Täter, die schließlich die »Endlösung« erlaubten, hinnahmen, wegsahen, hinter sich brachten und ausübten, bilden eine lange Reihe qualitativ unterschiedlicher an den Taten beteiligter Personen. Waren die Deutschen während der zwölf Jahre nicht in ihrer fast alle »arisch« Blutserkannten umfassenden Mehrheit ein Volk von Tätern? Sie waren es. Doch es gibt eine Hierarchie von Tätern, von herrschenden und beherrschten. Noch für die am meisten beherrschten Herrschenden gilt in der Regel: sie waren unseresgleichen. Sie sind als Menschen so geworden. Die deutsche Situation, von Millionen und noch einmal Millionen nicht verantwortlich verantwortet, erlaubte ihnen solches Handeln, sie legte es ihnen nahe. »Ordinary men«, der Bezeichnung wie Analyse von Christopher Browning entsprechend. Das Spektrum reicht vom unpolitischen Hinnehmen über den stumpfen Gehorsam bis zur befehlenden, ausrottenden Lust am Herrschen.

Robert Lifton spricht angesichts eines der an der Euthanasie beteiligten Ärzte, für viele stehend, von seinem seit langem gegebenen Antrieb, zu gehorchen. Derart verhält es sich mit furchtmotiviertem Verhalten. Furcht verbunden mit Mangel an Vorstellungskraft, möglicherweise auch existenzieller Not, von der Hannah Arendt schon früh berichtete.[164] Solche Nöte sind entschuldigend noch und noch vorgebracht worden. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit vor allem. Primo Levi nennt eine andere Variante aus diesem Spektrum:

»Whatever the case, since one cannot suppose that the majority of Germans lightheartedly accepted the slaughter, it is certain that the failure to divulge the truth about the Lagers represents one of the major collective crimes of the German people and the most obvious demonstration of the cowardice to which Hit-

[164] Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964/2011.

lerian terror had reduced them: a cowardice which became an integral part of mores and so profound as to prevent husbands from telling their wives, parents their children. Without this cowardice the greatest excesses would not have been carried out, and Europe and the world would be different.«[165] Diese Feigheit hielt wenigstens die ersten zwei Jahrzehnte der Bundesrepublik an.

Ein weiteres wieder nicht nur eine Attitüde repräsentierendes Spektrum des Verhaltens ist im bürokratischen Funktionieren, im institutionell vorgegebenen »Rollenspiel« gegeben. Adolf Eichmann, der die »Endlösung« zu organisieren hatte, folgt man Hannah Arendts »Eichmann in Jerusalem«, ist dafür das am meisten herausragende, in seiner Mediokrität auf viele, allzu viele andere mehr oder minder verweisendes Beispiel. Das Protokoll seiner Vernehmungen während des Prozesses verrät mehr über das, was Hannah Arendt als »Banalität des Bösen« bezeichnet hat, als viele Analysen.

Avner Less, Hauptmann der israelischen Polizei, der den staatsanwaltschaftlichen Auftrag hatte, Eichmann zu verhören: »Was war Ihre Einstellung zu dem Punkte, der den Juden das Recht absprach, deutsche Staatsbürger zu sein?

Eichmann: Als ich in die NSDAP eintrat, habe ich mir über diese Detailsachen keine Gedanken gemacht – überhaupt keine Gedanken. Es wurde auch nie über diese Detailangelegenheiten in Kameradschaftskreisen, in den damaligen sogenannten Kameradschaftskreisen diskutiert. ...

Less: Wussten Sie, dass Hitler die Juden beschuldigte, die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg verursacht zu haben? Stimmten Sie dem zu – bezüglich der Schuld der Juden?

Eichmann: Um diese Zeit gehörte ich zu der Kategorie Menschen, die sich ein eigenes Urteil überhaupt nicht bilden. ...

Less: Waren Sie ein treuer, bedingungslos ergebener SS-Mann?

Eichmann: Ja. Ich darf sagen, dass ich meinen Befehlen, die ich bekam, eidgemäß gehorchte. Und in den ersten Jahren hatte ich ja auch keine Konflikte – keinerlei Konflikte. Ich saß hinter meinem Schreibtisch und machte meine Sachen. Die Bedingungslosigkeit, die innere Bedingungslosigkeit wurde dann eine andere, als ich die – als ich diese – sich die-die-die-die Art der sogenannten Lösung der Judenfrage verschärfte – also – als es dann zu Vergasungen – und Erschießungen ging. Da machte ich keinen Hehl daraus und sagte – ja, ich glaube, ich durfte es schon sagen – meinem Chefgruppenführer Müller – sagte ich, das ist-das-so habe ich mir das nicht vorgestellt so haben wir uns das wahrscheinlich alle nicht vorgestellt, denn das ist ja keine politische Lösung... Das wurde bisher auch immer – immer gutgeheißen. Aber das ist doch keine politische Lösung. Und dann habe ich...«

»Eichmann: ... Und bei dieser Schreibtischarbeit, Herr Hauptmann, wurde man erstens nicht gefragt und zweitens machte man sich keine Gedanken über bedin-

[165] Primo Levi, The Drowned and The Saved, New York 1988, S. 15.

gungslose Anerkennung, bedingungslose Bereitschaft, denn man ging auf in seinen – in seinen – seinen Sachen.

Less: Vielleicht können Sie jetzt erwähnen, was die Funktionen Ihrer Abteilung im Rahmen der Sache dann waren.

Eichmann: Jawohl, jawohl. Das Referat IV B 4 wurde einige Male geringfügig umgeändert. Als ich es übernahm, hieß es schlichtweg ›Judenangelegenheiten‹. Ich weiß nun nicht genau, hat es im Laufe der Jahre, bis die offizielle Bezeichnung ›Weltanschauliche Gegnerbekämpfung‹ hieß, hat es da die Bezeichnung ›Endlösung der Judenfrage‹ gehabt? Das WORT Endlösung hat ursprünglich mit der physischen Vernichtung, auf die ich noch zu sprechen kommen darf, nichts zu tun. Das Wort ›Endlösung der Judenfrage‹ schwebte mir vor, als ich das Madagaskarprojekt in Angriff nahm ...

Eichmann: ... Mit der Evakuierung ja – das muss ich gestehen, jawohl! Aber mit der Ablieferung der Transporte an die Zielstation laut Fahrplankonferenz erloschen meine Zuständigkeiten.

Less: Sie haben selbstverständlich die Judenreferenten im Ausland – aus den besetzten Gebieten – über das Ziel dieser Evakuierungen aufgeklärt?

Eichmann: Ja, ich habe ihnen gesagt, ich habe es ihnen gesagt, wenn sie mich gefragt haben, warum das geschieht. Ich log auch damals nicht. Ich bin ein Mann, der nicht lügen kann. Ich greife mal voraus: Als Dr. Kastner, der Sprecher der Juden in Ungarn, während meines Einsatzes in Budapest, sehr häufig zu mir kam, sagte der einmal: ›Obersturmbannführer stellen Sie die Vernichtungsmaschine in Auschwitz ab!‹ Da habe ich ihm gesagt: ›Herr Dr. Kastner, ich kann sie nicht abstellen, denn ich habe sie nicht in Gang gesetzt. Das kann nur der Reichsführer machen.‹ Er sagte dann wieder: ›Stellen Sie die Vernichtungsmaschine ab.‹ Sag' ich: ›Herr Kastner, ich kann nicht, ich kann nicht, ich kann nicht, ich weiß. Ich weiß die Leute, ich kann ja nicht, ich, ich, es ist nicht meine Aufgabe, ich habe keine Befugnisse. Das ist genauso, wie wenn Sie sie abstellen. Stellen Sie sie doch ab, ich kann es nicht, da bin ich zu klein dazu, ich habe keine, ich habe keine Möglichkeit. Die Vernichtungsmaschine‹, sagte ich zu ihm, ›untersteht dem Verwaltungs- und Wirtschaftshauptmann, Gruppenführer Pohl.‹ Ich sagte es dem Dr. Kastner in Budapest. ...

Eichmann: ... Ich habe viel Schuld, das weiß ich Herr Hauptmann. Aber ich habe mit der Tötung der Juden nichts zu tun. Ich habe nie einen Juden getötet, aber ich habe auch keinen Nichtjuden getötet – ich habe überhaupt keinen Menschen getötet. Ich habe auch nie einen Befehl zum Töten eines Juden gegeben, auch keinen Befehl zum Töten eines Nichtjuden, auch das habe ich nicht ...«[166]

[166] Jochen von Lang, Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre. Mit 666 faksimilierten Dokumenten. Nachwort Avner W. Less. Mitarbeit Claus Sibyll, Wien 1991.

»Bruder Eichmann« hat Heinar Kipphardt sein aus den Dokumenten herausgearbeitetes Theaterstück genannt.[167] Die bürokratische Maschinerie mit ihrer Taylorisierung von Verantwortung, der Aufteilung und noch einmal Aufteilung war zu solcher Entpersonalisierung der Personen geradezu optimal geeignet.

Ein weiteres Verhaltensspektrum ist zu nennen, erneut zusammengesetzt aus einer Fülle unterschiedlich motivierter und verschieden akzentuierter Bewusstseins-»Strömungen«. Das Spektrum der Identifikation mit allen möglichen leer, aber essentialistisch geladenen Abstrakta: mit »Deutschland« (»Deutschland ›heiliges Wort‹...«) der »Bewegung«, dem »Volk«, dem »Reich« und in der Quintessenz »dem Führer«. Dieses identifikatorische, das eigene Wissen und Gewissen, das eigene Selbstbewusstsein übertragende Transportsystem, dorthin, wo niemand mehr zuständig ist, wo alle Mühseligen und Beladenen sich ihrer Mühe und Last entledigen können, wo aber auch (Ersatz-)Stärke noch und noch gewonnen werden kann, trug die Herrschaft der Täter. »Es« hob sie empor.

Diese Verhaltensspektra, wie Verwerfungsgeschichten in den psychischen Befindlichkeiten durcheinandergeworfen, erfassen längst nicht die Motivationen des Verhaltens und des Nichtverhaltens, des Abtauchens und Wegsehens, dort, wo »man« hätte sehen müssen, aber, vom eigenen Bewusstsein stimmig, nichts gesehen hat. Wie sehr ist hier zu differenzieren – nicht um der eigenen Entlastung oder der einer historischen Epoche oder wohlfeiler Relativierung willen, die immer nahe liegen – und archäologisch spatentief den Verhalten und Nichtverhalten umschließenden Kontext auszugraben. Erst solche Grabarbeit klärt auf über die Gefahren, die abschüssigen Zonen, die Wege, die wir abgründig gehen, mitten um uns, mitten in uns. Nur so, »grabdrecküberzogen«, ist Aufklärung möglich.

Die Opfer sind trotz und wegen allem durch eine existentielle Qualität von allen Tätern getrennt. Auch den Mitläufern »nur«, den Mitträgern, den Boden-Bereitern. Die Opfer haben gelitten und wurden getötet, keine Individualität mehr achtend, massenhaft, schon in den Lagern entsprechend gepfercht und ihrer Integrität enteignet. Auch die wenigen, die überlebten, nachleiden dauernd. Wenn sie's, bis ihre »natürliche Zeit« zu Ende geht, überhaupt ertragen. Man denke an Primo Levi, der wie kein anderer berichtet hat. Wachhaltend. Die Täter aller Schattierungen jedoch scheinen bei weitem ungebrochener »überstanden« zu haben, nachdem im Mai 1945 der ideologische herrschaftliche Kokon zerstört worden war, in dem sie ihre Taten begehen oder anderer Taten stumm ertragen konnten. Viele mehr haben überlebt. Und die meisten gingen schaffenskräftig an den *Wieder*-aufbau. Das Wörtchen »Wieder« hallte in den endvierziger und in den fünfziger Jahren durch die bundesdeutschen Lande. Die Ungebrochenheit ging so weit, dass Psychiater, die später, wie Bruno Bettelheim berichtet, KZ-Wächter und »höheres« KZ-Personal untersuchten, an deren »Normalität« selbst schier

[167] Heinar Kipphardt, Bruder Eichmann – Schauspiel und Materialien, Reinbek bei Hamburg 1986.

verrückt geworden sind. An der massenhaft individuell aufscheinenden, der »kollektiv« »wundersam« bewiesenen Nachkriegs-, Nach-Holocaust-Normalität der Nachkriegs- und ab 1949 der Bundesdeutschen wird die aufklärerische Voraussetzung von Freud bis Mitscherlich und bis zu unsereinem nicht historisch, aber als allgemein gegebene in Frage gestellt. Die These von der »Unfähigkeit zu trauern« und den entsprechenden Verleugnungs- und Verdrängungsmechanismen, die den Nachkriegsbundesdeutschen unterstellt werden, setzt voraus, dass individuell und kollektiv »Trauerbedarf« bestanden hätte. Wir können, das ist Teil der These, nicht für wahr halten, dass Menschen andere Menschen so erniedrigen und sie, je mehr man darüber nachdenkt und nachfühlt, umso unvorstellbarer, millionenhaft umbringen, ohne dass sie selbst, wenn auch meist uneingestanden, darunter leiden und entsprechende Krankheitssymptome zeigen. Diese These und ihre vorgängige Annahme sollte zutreffen. Aber man wird beinahe irre an ihr. Menschen könn(t)en noch schlimmer sein, als wir uns vorstellen und schon gar nicht mehr verleugnen und verdrängen müssen, wenn sie anderen Menschen Gewalt angetan haben, Gewalt, die des Anderen Menschlichkeit und damit die eigene verneint.[168] In jedem Fall kommt es darauf an, welche gesellschaftlichen Konventionen gelten und wie Taten mehrheitlich eingeschätzt werden; ob sie im schlimmen Sinn als Taten, als »Verbrechen an der Menschlichkeit« erkannt werden.[169] Wenn einmal die Konventionen »verraten« sind, wie Euripides schon in seiner kaum oft genug zu lesenden, zu schauenden, zu bedenkenden Hekuba in den »Troerinnen« dargestellt hat,[170] dann scheint kein inneres Halten mehr gegeben zu sein. Auch das Leiden vieler US-Amerikaner, die in Vietnam »gedient« haben, an ihrem dortigen Tun im Unterschied zu Kriegsteilnehmern anderer Kriege hat offenkundig viel, wenn nicht alles, damit zu tun, dass dieser Krieg, von Anfang an umstritten, von der amerikanischen Gesellschaft nicht als »ihr« Krieg akzeptiert und geehrt worden ist. Was wäre mit Leutnant Calley geschehen, auch psycho-logisch »abgelaufen«, wenn er als Held empfangen und behandelt worden wäre, nachdem die Massaker von Mylai bekannt geworden waren?[171]

Opfer sind fundamental anders in ihrer aktuellen Situation, in ihrem Überleben, wenn sie denn entronnen sind. Die aus ihrer Erfahrung schöpfenden, geltenden (Selbst-)Aussagen von Primo Levi etwa und Cordelia Edvardson sind unverkürzt ernst zu nehmen:

»The oppressor remains what he is, and so does the victim«, stellt Levi fest und wendet sich dann gegen alles psychologisierende Vermischen von Opfern

[168] Vgl. Heinrich Himmlers Posener Reden vom 4. und 6. Oktober 1943, die das Blut im eigenen Körper gefrieren macht.

[169] Siehe das Beispiel Dänemark während der Besetzung durch die Nazi-Herrschaft und insbesondere gegen die Deportation der jüdischen Dänen nach 1940, 1943 (vgl. Anm. 69).

[170] Euripides, Troerinnen; vgl. auch Martha Nussbaum (siehe Anm. 16), S. 397ff.

[171] Siehe Jonathan Shay, Achill in Vietnam. Kampftrauma und Persönlichkeitsverlust, Hamburg 1998.

und Tätern auch in der Art der so oft psycho-logisch beobachteten »Identifikation des Opfers mit seinem Aggressor«. »I know that the murderers existed, not only in Germany, and still exist, retired or on active duty, and that to confuse them with their victims is a moral disease or an aesthetic affectation or a sinister sign of complicity; above all, it is a precious service rendered (intentionally or not) to the negators of truth ...«[172]

Cordelia Edvardson unterstreicht am Beispiel eines Arztes Dr. M., der heute noch »völlig unberührt« geblieben zu sein den Eindruck erweckt, dass es »nicht einen, sondern zwei Planeten Auschwitz« gegeben habe und offenkundig noch gibt: »Nein, mich und meinesgleichen fürchtet Dr. M. nicht, denn auf dem Planeten Auschwitz hat er gelernt, Herr über Leben und Tod zu sein«.[173] Gerade Primo Levi hat freilich die »Grauzonen« nicht nur unter den Tätern, sondern auch unter den Opfern beschrieben. Solche werden *Opfer*-täter. Privilegien bilden sich mitten in den Konzentrationslagern heraus. Je mehr die Unterdrückung ansteigt, desto stärker die lemminghafte Suche nach Kollaborationen aller Art. Und wer könnte von sich sicher sagen, er verhielte sich in einer Situation, die keine mehr ist, nur noch in extremis, nicht wie ein Lemming. Diese Hierarchien in den Lagern, diese Gewalt der ganz und gar der brutalen Willkürgewalt Unterworfenen ist oft berichtet und beschrieben worden. Wer höbe den ersten Stein?! Zu lernen ist daraus noch und noch. Und es ist fraglos schuldhaft, so geartetes Lernen zu versäumen.

Auch wenn man sie nicht »irgendwie« doch in einen Topf wirft, wenn man die existentiell eindeutige Differenz aufrechterhält und den qualitativen Sprung nicht verwischt, sind, um zu lernen, die Täter wie die Opfer in ihren Situationen geschichtlicher Existenz aufzusuchen. Beide sind abstrakt individuell nicht aus sich heraus zu erklären. Nicht nur die Opfer nicht, die gewiss nicht zur Schlachtbank gedrängt haben. Die Täter qualitativ anders und doch gleichfalls nicht. Bei den Opfern sind wir gehalten, gerade empathisch, so roh das ist und aufwühlt, mit einem nicht nur örtlichen und zeitlichen Verfremdungseffekt zu arbeiten. Indem wir uns Hürden aufbauen, in ihre Lage uns zu versetzen. Erst dann werden wir der Chance nach sehender. Gerade weil wir sie nicht verstehen, ist es bei den Tätern geboten, insbesondere wenn der eigene Vater und die eigene Mutter dazu gehörten, uns anzustrengen sie uns in ihrer Fremdheit, ihrer Unverständlichkeit fremdvertraut zu machen. Wir müssen versuchen, ihre Situation in unsere zu übersetzen, in unsere Sprache und Symbole. Erst dann besteht die dämmrige Chance, soziale Gefahren und Probleme in ihnen und um sie, in uns und um uns zu erkennen. Vielleicht sogar rechtzeitiger als sie es seinerzeit konnten. »Unsere« Täter.

Die deutsche Situation der projizierenden Untertanen, des Glaubens an die deutsche Nation, das »Vaterherrschaftsland«, die Arrangements, die die »Banalitäten des Bösen« vorbereiteten, die die sozialen und die wirtschaftlichen Nöte aus-

[172] Primo Levi, The Drowned and The Saved, New York 1988, S. 48f.
[173] Cordelia Edvardson, Die Welt zusammenfügen, München 1989, S. 33f.

nutzten – all dies soll hier nicht zu rekonstruieren versucht werden. Um die »Typen« von Tätern genauer auszumachen, um die Konfigurationen zu verdichten, in denen ihr »krummes Holz« (Kant) in Hinnahme und Tun mörderisch gebogen worden ist. Dieser Arbeit bedarf es in jeder Zeit erneut. Ohne differenzierte Kontextanalyse deutschen Verhaltens und deutscher Vorurteile, die lange vor 1933 anhöbe, sind Geburt und normale Perversion des Nationalsozialismus und fast aller (»arisch«) deutschen Vorfahren nicht annähernd zu verstehen.

Auch die Opfer und ihr Verhalten sind aus ihrer Vorgeschichte, vor allem jedoch aus der »totalen Institution« der Konzentrations- und Todeslager zu verstehen.

»Instead«, beschreibt Levi einen Aspekt des Lagers, »the arrival in the Lager was indeed a shock because of the surprise it entailed. The world into which one was precipitated was terrible, yes, but also indecipherable; it did not conform to any model. ... One entered hoping at least for the solidarity of one's compagnions in misfortune, but the hoped for allies, except in special cases, were not there; there were instead a thousand sealed off monads, and between them a desperate convert and continuous struggle. ... For many it was lethal, indirectly or even directly: it is difficult to defend oneself against a blow for which one is not prepared.« (siehe Anm. 165). »In reality, in the majority of cases, their behavior was rigid preordained. In the space of a few weeks or month the deprivation to which they were subjected led them to a condition of pure survival, a daily struggle against hunger, cold, fatigue, and blows in which the room for choices (especially moral choices) were reduced to zero.« (ebenda, S. 19f). Primo Levi zeigt gerade an den »Zwischengestalten«, an Miklós Nyiszli, einem ungarischen Arzt, und an Chaim Rumkowski, dem nazibestimmten Leiter des Ghettos von Lodz, wie Vorgeschichte und die Vernichtung in Auschwitz, das nicht auflösbare, das fundamental ambivalente Verhalten beider Männer erklären. Soweit Erklärungen reichen können. Erklärungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihre Grenzen spiegeln. Levi schließt das Kapitel über die Grauzone und graues, nicht klar und eindeutig moralisch zuordenbares Verhalten, mit einer Überlegung, die politische Theorie, wie wir sie verstehen, treiben muss:

»... an infernal order such as National Socialism exercises a frightful power of corruption, against which it is difficult to guard oneself. It degrades its victims and makes them similar to itself, because it needs both great and small complicities. To resist it requires a truly solid moral armature, and the one available to Chaim Rumkowski, the Lodz merchant, together with the entire generation, was fragile. But how strong is ours, the Europeans today? How would each of us behave if driven by necessity and at the same time lured by seduction? ... Like Rumkowski, we too are so dazzled by power and prestige as to forget our essential fragility ...«[174]

[174] Siehe Anm. 165, S. 68f.

Die schiefe Situation ist nie aus den Augen zu verlieren. Die herrschaftsgegebene ist im KZ so steil geworden, dass die dem KZ und im KZ Ausgesetzten als Unterworfene noch in ihrem Leiden als menschliche Geschöpfe verschwinden gemacht werden.

Welche psychischen Bedürfnisse besetzten und trugen »die« Herrschaft?

Dennoch drängt die Frage: welche psychischen Bedürfnisse besetzten und trugen »die« Herrschaft über Zwänge, Ohnmächte, Alternativlosigkeiten hinaus?

a) An erster Stelle besteht die Not, sich zu orientieren (s. oben Primo Levi's Bemerkung über die Besonderheit des KZ: für die »Ankömmlinge« seien sie in ihrem »Sinn« nicht zu entziffern gewesen). Soziale Zusammenhänge zu erfahren, sich mit Anderen auszutauschen, von ihnen anerkannt zu werden, gegenseitige zu geben und zu empfangen – das gehört zu den Mustern und Farben der Orientierung. Daraus entsteht das Verlangen, sich mit gegebenem sozialen Sinn und/oder Personen zu identifizieren. Je stärker die soziale Isolation das einzelne Subjekt seiner Besonderheiten beraubt, je einseitiger und teilnahmsloser Abhängigkeiten aufgeherrscht werden, desto mehr nehmen Vorurteile und abstrakte Identifikationen zu.

b) Wer bedürfte nicht sozialer Anerkennungen. Eine Klassen- und Schichteneinteilung in Anerkennungsarten und entsprechend Anerkannte wäre möglich. Wem Anerkennung versagt wird, der fühlt sich bedrückt; der lebt geduckt; der verkriecht sich graumäusig vor sich selber. Vertrauen aller Art kann nur durch Anerkennung wachsen. Mit Preisen und Medaillen, mit Titeln und erhöhten Ehren lässt sich nicht zufällig trefflich und wohlfeil regieren. Um des sozialen Zehrgeldes »Anerkennung« willen ist noch die mieseste Berufsarbeit »besser« als »gute« Arbeit zuhause. Die Bezahlung in Geld ist häufig nicht nur ihrer nutzbaren Quantität halber erstrebenswert. »Die« in »unseren« Gesellschaften am meisten anerkannte Art der Anerkennung wird qualifiziert im Quantum Geld. Erst so wird verständlich, warum Familien in Nöte geraten und Kollegen untereinander streiten. Um bei Lichte besehen lächerlicher Geldbeträge willen, die nach der Steuer übrigbleiben, wenn einer vorzeitig, also ungerecht zum Oberstudienrat oder »Minderem« oder »Höherem« befördert wird. Betriebe, alle möglichen arbeitsstupiden Organisationen werden durch solche feinen Unterschiede zusammengehalten.[175]

c) Das Selbstbewusstsein basiert auf der sozialen Anerkennung, auf den Bezugsgruppen, die einen anerkennend beträufeln. Um selbstbewusst werden zu können, bedarf es mehr. Man muss die Chance erhalten, im Verzehr des »Brots der frühen Jahre«,[176] in der Schule, am Arbeitsplatz, in den Chancen politischer Be-

[175] Siehe umfassend Pierre Bourdieu (vgl. Anm. 55).

[176] Heinrich Böll, Das Brot der frühen Jahre: Erzählung, München 1978.

teiligung quer zu den Institutionen zu sich selbst zu kommen, sich so auseinanderzusetzen zu vermögen, dass sich die eigenen Wert- und Urteilskriterien klären. Dass eine ältere oder jüngere Frau weiß, warum sie ein bestimmtes Ziel in dieser Welt anstrebt. Was aber tut einer, wenn seine »Vergesellschaftung« (= Sozialisation) für ihn nichts übrig lässt? Dann muss er sich das eigene Selbstbewusstsein anderswoher holen, um immerhin gedrückt und vorurteilsbespickt überleben zu können.

d) Die schon von Aristoteles erkannte Not der Menschen, zielorientiert handeln zu können, gehört zum Selbstbewusstsein.[177] Was aber tut einer, wenn Handeln, das ohnehin zu einem Teil verstellt wird, und sei es selbstgebremst, nahezu unmöglich ist? Ersatz-Handeln tritt an die Stelle. Handeln durch Ersatzinstitutionen und Ersatzpersonen wird zum eigenen externalisierten Zentrum. Wenn aber der Ersatz habituell geworden ist, wirkt er wie eine gefährlich ambivalente »Entlastung«.[178] Erleichterung tritt ein. Nicht »die Arbeit«, wohl aber die zielorientierte Handlung übernehmen »Andere«, die entlastend projektiv gewählten Personen und Institutionen. Selbstbewusstsein und Handlungsvermögen werden fremdbestimmt. Die eigene Person wird »leicht«; sie wird vielleicht, mit dem Romantitel von Milan Kundera zu sprechen »unerträglich« leicht. Eigene personale Schwere schwindet. Heinz Fütterer, ein »Weltklasse«-Sprinter der 50er Jahre, bemerkte in einem lange zurückliegenden Interview auf die Frage: »Gibt es – gelegentlich oder oft – ein ›unbarmherziges‹ Publikum«: »Das Publikum verlangt Siege. Der Athlet muss sie liefern, sonst ist er nichts. ... Gewinnt er, fühlen *sie* sich gut. Eine Niederlage aber ist kein einfacher Vorgang. Für die, die aus sich heraus wenig, mit und durch ihn viel sind, wird die Niederlage zur persönlichen Katastrophe.« (FAZ 21.7.1989).

Herrschaft, ihre Institutionen und die an deren Spitze repräsentierenden Personen werden zum psychischen Zwang, wenn die Befriedigung psychischer »Notwendigkeiten« anders nicht möglich ist. Verantwortungs-»Scheu«, Kompetenzängste, auch gewalthaftes Über-die-Stränge-schlagen – viele kritisierten Verhaltensweisen, die bürokratisch-staatliche Eingriffe und »Entlastungen« nötig machen, erklären sich aus »normalen« Blockaden. Was soll der »nackte« Einzelne tun, wenn die »Ekstase des aufrechten Gangs« (E. Bloch) nur noch im identifikatorischen Verschwinden in »der« Partei, »der« Theorie, »der« Ideologie, »dem«

[177] Vgl. auch Martha C. Nussbaum (siehe Anm. 16), S. 284ff.

[178] Siehe Arnold Gehlen. Dessen philosophische Anthropologie kreist um Institutionen, deren das »Mängelwesen« Mensch um zu (überleben) bedarf. Die von Gehlen allzu unkritisch geadelten Institutionen à la Staat und zeitweise NSDAP haben die Funktion, Menschen beispielsweise von eigener Sorge und Verantwortung zu »entlasten«. Trotz den erheblichen, nicht zu verschweigenden politischen, auch sozialwissenschaftlich politischen Vorbehalten können in der »Schule« Gehlens wichtige Zusammenhänge menschlichen Verhaltens und Einsichten gelernt werden. Vgl. Arnold Gehlen, Der Mensch: Seine Natur und seine Stellung in der Welt, Frankfurt/M. 2003.

Nationalstaat, heute dem Internet oder auch »dem« Reichtum: u.ä.m. (ersatz-)erlebt werden kann?

»Zur historischen Ontologie und Psychologie von Herrschaft« lautet der Untertitel des Kapitels. Herrschaftlich im Wechsel konstante Momente und Elemente sollten damit angezeigt werden. Das erkenntnistheoretische Monitum gilt auch hier. Gerade, wenn es um möglichst verbindliche Erkenntnis geht, sei dir der alle (Schein-)Sicherheiten zernagenden Zweifels stets bewusst. Selbst wenn es so etwas wie »Grundbedürfnisse« der Menschen geben sollte – unsere Argumentation gerät in die Nähe einer solchen Annahme[179] –, so brächte es doch wenig Nährwert an Erkenntnis ein, eine Anzahl von Grundbedürfnisse aufzuzählen oder zu versuchen, sie in eine Art Hierarchie zu bringen. Als hätte man dann ein festes Fundament für Urteilen und Handeln gefunden. Allzu viel über Schillers saloppe Erkenntnis »... und also sind die Triebe, Hunger, Macht und Liebe« sind auch die späteren »wissenschaftlichen« Versuche, die u.a. mit dem Namen von Abraham Maslow und Christian Bay verbunden sind, nicht hinausgekommen.

Wenn sozial(politisch) gerichtete Bedürfnisse in nicht beliebiger Weise erkannt sein sollten, dann müsste auf die stark variierenden Inhalte und Formen geachtet werden, in denen und durch die sie erfüllt werden könnten. Erst zusammen mit bestimmteren immer zugleich historisch spezifisch zu fassenden Inhalten und Formen wären Urteile möglich. Dementsprechend wandeln sich die psychische »Interessiertheit« von Herrschaft wie der Bedarf an herrschaftlicher Entlastung und die Suche und die Sucht nach der Identifizierung mit zentralen Personen und Institutionen. Die Produktion psychischer Bedürfnisse, die Art, wie sie gefüllt werden, ist jeweils genetisch und funktional inmitten der historisch gegebenen politischen oder ökonomischen Institutionen und ihren Formierungen zu ermitteln und nachzuvollziehen. Erst wenn die psychisch habituelle Formation und Deformierung im Kontext des modernen Staat und Kapitals verstanden werden, ist der zuletzt genannten Faktorenkomplex zusätzlich, indes nicht trennscharf in seinen relativ eigenständigen Leistungen und Kosten zu bewerten. Nur so kann man pseudomoralischen Fragen – z.B. für oder wider das staatliche Gewaltmonopol – entgehen.

HERRschaft, wo bleiben die Frauen?

Herr und Knecht konstituieren Herrschaft. Diese Ungleichheit voll historischer Änderungen bedeutet Herrschaft. Aber nicht diese Schieflage allein. Zu ihr gehört von allem Anfang an die Ungleichheit zwischen Herr (»Mann«) und Frau. Darum ist der Name Herr-schaft doppelt begründet. Sozial und geschlechtlich.

[179] Vgl. Wolf-Dieter Narr mit Dirk Vogelskamp (siehe Anm. 8).

a) Frauen sind sehr verschieden und aus nicht einheitlichen Motiven unterdrückt worden. Ihnen wurde zeitlang und geographisch weit nur eine Nebenrolle zugestanden. Dieses Faktum ist altersgrau, verrunzelt und immergrün überzogen.

Die Frau soll in der Öffentlichkeit schweigen – so lautet das schon von den Griechen »klassisch und vorklassisch« vertretene bis tief in die Gegenwart ragende, im Lateinunterricht gelernte Motto: mulier taceat in ecclesia. Dieses Motto galt für die christliche Kirche, seitdem sie sich staatskirchlich etabliert hatte. Zuvor war es umstritten gewesen. Der »heilige Geist« war sogar weiblich vorgestellt worden.[180] Die Frauen aus der Öffentlichkeit drängende Kette besitzt irritierenderweise in der sophokleischen »Antigone« und der in ihr aufbewahrten Erfahrung ein Kettenglied. Die Gestalt der Antigone wurde im griechischen Theater von einem Mann dargestellt. Nur Männer durften der Tragödie zuschauen. Die Kette ist lang verhakt. Sie reicht über die Konzeption und Praxis der Menschenrechte Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Fontanes Romane, in denen oft eine Frauengestalt die zentrale und ungleich eindrucksvollere Rolle spielt, als die ihr eher zugeordneten Männer, zeigen dennoch wie gegen Ende des 19. Jahrhunderts die antike Tradition anhielt über alle Zeitenbrüche hinweg.

b) Das Postulat, zwischen verschiedenen Situationen und Rollen im Rahmen prinzipiell gegebener Ungleichheit zu unterscheiden, gilt gerade hier. Frauen wurden nicht nur unterdrückt. Sie wurden nicht in der gleicher Weise unterdrückt.

Trotz Christa Wolf's Stoßseufzer über das Uralt- und Ewig-Jung der geschlechtlichen Ungleichheit (s.o., S. 113) ist wichtig, die verschiedene, auch untereinander verschiedene Stellung der Frauen zur Kenntnis zu nehmen. »Die« Frau gibt es nicht, sozial-geschichtlich gesprochen. Entsprechend sind die Gesellschaften und ihre herrschaftlichen Formen zu qualifizieren. Einige Hinweise und Fragen seien mit Hilfe von Eleanor Burke Leacock's Arbeiten gegeben und gestellt. Auf nicht klassen-strukturierte Jäger- und Sammler-Gesellschaften bezogen bemerkt E. Leacock:

»And time and again, careful examination of the data and the circumstances under which they were collected have proved me right: indications of male dominance turn out to be either (1) the effects of colonization and/or development in market relations in a previously egalitarian society... (2) the concomitant of developing inequality in a society, commonly referred to in anthropological writings as ›ranking‹, when trade is encouraging specialization of labour and production for exchange is accompanying production for use thereby undercutting the collective economy on which egalitarian relations are based (...); (3) or problems arising from interpretation of data in terms of Western concepts and assumptions...«

E. Leacock setzt ihr Räsonnement fort: »the second problem with statements like the above is largely a theoretical one. The common use of some polar dimension to assess woman's position, and to find that everywhere men are ›dominant‹

[180] Elaine Pagels, Adam, Eva und die Schlange, Reinbek bei Hamburg 1994.

and hold authority over women, not only ignores the world's history, but transmutes the totality of tribal decision-making structures (...) into power terms of our own society. Lewis Henry Morgan had a marvelous phrase for such a practice. He used it when talking of the term ›instinct‹ but it is generally apt. Such a term, he wrote, is ›a system of philosophy in a definition, and an installation of the supernatural which silences at once all inquiry into the facts‹. In this instance, women after conveniently allocated to their place, and the whole inquiry into the structure of he primitive collection is stunted. The primitive collective emerges with no structure – no contradictions – of its own; it is merely our society minus, so to speak.«[181]

Strukturell gleiche Gesellschaften, von denen Eleanor Leacock spricht und die sie selbst, u.a. am Beispiel kanadischer Indianer, der Naskapi-Gesellschaft untersucht hat, zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine zersplitterte Organisation des Entscheidungsprozesses besitzen. Feste formale Strukturen sind in diesen sehr kleinen Gesellschaften nicht zu finden. Stattdessen begegnet erhebliche Flexibilität. Ein französischer Jesuitenpater, auf dessen erstaunte und erstaunliche Berichte um die Mitte des 17. Jahrhunderts sich Leacock u.a. in ihrer eigenen Untersuchung stützt, schreibt: »Alas! If someone could stop the wanderings of the Savages, and give authority to one of them to rule the others« – der Herrschaftsblick des Betrachters wird seinerseits sichtbar – »we would see them converted and civilized in short time«. Eineinhalb Jahrhunderte später findet der bedeutende Demokrat und Menschenrechtler, dem wir weitgehend die schönen Formulierungen der Virginia Bill of Rights verdanken, Thomas Jefferson, 3. Präsident der Vereinigten Staaten, dass Frauen nicht weiter ausgebildet zu werden brauchten, weil sie ohnehin im Haushalt zu tun hätten. Die Indianer aber – im Unterschied zu den schlechter eingeschätzten Schwarzen, sie waren ihm nur als Sklaven vertraut – seien zwar begabt, aber sie müssten ihren Ahnenkult aufgeben und, wie der zitierte Pater Le Jeune meinte, zum Fortschritt bekehrt werden.

Der Kulturelle Genozid ist Teil des »westlichen Fortschritts« geworden. Er machte und macht diesen Fortschritt unduldsam sowie kulturell, ökonomisch und politisch aggressiv gegenüber anderen. Bei Le Jeune heißt es 1632 an anderer Stelle: »As they (the savages) have neither political organization, nor dignities, nor any authority for they only obey their chief through good will toward him, therefore they never kill each other to acquire these honours. As they are contented with a mere living, not one of them gives himself to the Devil to acquire wealth.« (nach Leacock, S. 35). Die Prinzipien dieser Version von Autonomie wurden auf das Verhältnis von Frauen und Männern ausgedehnt, genauer: sie waren Teil derselben. Zwischen der »öffentlichen« Welt des Mannes und der »privaten« der Frau bestanden keine qualitativen Unterschiede. Erst mit wachsender Arbeitsteilung und damit einhergehenden Differenzierungen bildete sich eine Familieneinheit

[181] Eleanor Burke Leacock, Myths of Male Dominance, Chicaco 2008, S. 4f., 18.

heraus. Die Rolle der Frau blieb auch ökonomisch nach wie vor stark. Sexuelle Freiheiten galten für Frauen und Männer gleichermaßen. Die Unterjochung der Frau, so führt Leacock an anderer Stelle aus, ist begründet in der Transformation ihrer sozial notwendigen Arbeit zu einer privaten Dienstleistung. Die Familien werden vom Klan getrennt (S. 41).

Ohne die spannenden Ergebnisse und Beobachtungen im Einzelnen weiter zu zitieren oder zu diskutieren, wollen wir einige zentrale Fragen, wie Leacock sie gestellt hat, holzschnittartig, übernehmen:

»Sixth century Greece, aboriginal Australia, pre-Columbian America – such subjects seem remote. However, the theoretical questions posed by studying the transition to class society are crucial to humanity's future. What are the implications of the fact that women's special oppression is ultimately based on the family as an economic unit? What does it mean to eliminate commodity production and the estrangement of interpersonal relations that follow from it at an advanced technological level where elaborate systems of production and exchange are necessary? Is it possible to erase contradiction between cities and country without transforming the world into one vast suburb? What are the steps by which the state can be eliminated?« (S. 57)

Diese eher in herkömmlicher sozialistischer Tradition gestellten Fragen müssten, z.T. anders, z.T. kritischer, z.T. pessimistischer ausgedrückt werden. Sie deuten jedoch in die notwendige Richtung.

c) Auch in herrschaftlich organisierten Gesellschaften, in ver-staatlichten und klassenförmigen wäre es falsch, eine kontinuierlich gleiche Abhängigkeit der Frauen und eine nur mannabgeleitete Rolle derselben zu unterstellen. Außerdem war der soziale Rang der Frauen äußerst ungleich. Noch die bäuerliche Frau bis tief in die jüngere Vergangenheit des 19. und 20. Jahrhunderts war in ihrem Einfluss auf Haus und Hof den Männern nicht schlicht unterlegen. Sie war nur z.T. von ihren Weisungen abhängig. Die Chancen, eine eigene »Standschaft« und ein eigenes Selbstbewusstsein auszubilden waren beschränkt. Wie auch das Beispiel der französischen Revolution und der Rolle der Frauen in ihr belegt, wurden sie beschnitten – man betrachte die Rolle und den Guillotinen-Tod von Olympe de Gouges. Sie waren jedoch nicht schlicht nichtexistent.

Wieweit, so ist jeweils zu fragen, teilten die Frauen das Schicksal der abhängigen Bevölkerung, Mann und Frau umfassend? Wieweit hat sich für die Zeit, die man als bürgerliche Gesellschaft ca. seit dem 18. Jahrhundert bezeichnet, eine zusätzliche Abhängigkeit ergeben – als Magd der Knechte? Will man die Jahrtausende lange, in der Moderne eine neue Qualität erreichende Ungleichheit der Frauen in ihrer Entwicklung begreifen, muss man sich des Themas »Sexualität und Politik« annehmen.

Sexuelle Regulierungen und Kontrollen, Totem und Tabu und daraus entstehende Rationalisierungen gelten wohl von allem uns denkbar-erfahrbaren Anfang an. In die Formen der Vergesellschaftung wirkte ein vor allem die Nachkommen

und das Erbe regulierendes Motiv hinein.[182] Die »Angst vor dem Chaos«, sexuell begründet, scheint früh eine Rolle gespielt zu haben. Die apollinischen Tugenden, klassisch griechisch gesprochen, wurden gegen die dionysischen gewandt, Rationalität gegen Irrationalität. Letztere wurde mit der Sexualität zusammengebracht und meist auf die Frau projiziert. Dort, wo solches einseitig erfolgte, dürften schon Anfänge von Herrschaft gegeben gewesen sein. In jedem Fall hat Herrschaft, von allem sich mählich zentralisierenden und regulierenden Anfang an, auch die Regulierung, ja die Disziplinierung der Sexualität mitsamt der den Männern und Frauen zugewiesenen und erlaubten Rollen bedeutet. Nicht nur i.S. einer Diskriminierung der Frauenrolle in ihrem gesamten Status sondern auch dessen, was man überzeitlich, »romantische« Liebe nennen könnte. Kreons Rat an seinen Sohn Haimon, sich um der Stadtherrschaft willen eine andere Frau zu wählen, und sich nicht von der dazu nicht passenden Liebe verführen zu lassen, ist dafür typisch.

Das Kriegshandwerk, die Arbeit, der Dienst für den Herren – sie alle forderten, je dichter und professioneller sie sich ausbildeten, desto mehr sexuelle Disziplinierung, der gelegentlich, mutmaßlich weitgehend zugelassene Vergewaltigungen und frühe Männerphantasien korrespondierten.

Dass die Unterscheidung zwischen »öffentlich« und »privat«, die der Ungleichheit zwischen Mann und Frau entsprach, machte sie herrschaftlich wirksam.[183] Nun konnte das formell Private, dann auch das real private Haus zur Grundlage von Herrschaft und zu ihrer reproduktiven Balance werden. Dort wurden die Nachkommen, die Nachmänner und die Nachfrauen sozialisiert. Dort wurde der Mann als öffentlicher freigesetzt. Die Art und Weise, wie der private Sektor organisiert wurde, sorgte für eine eigenartige Verdoppelung von Herrschaft. Der zunehmend versachlichten Herrschaft, soweit es sich um den modernen Staat handelt, gehörte der obere und öffentliche Sektor. Die personal bleibende Herrschaft wanderte nach »zuhause« ab. Äußere Herrschaft diente deswegen dazu, die private zu erhalten bis hin zu ihrer Funktion als Ersatzbeschafferin von sonst nur untertänig erringbarem Selbstbewusstsein der staats- und militäruntertanen Männer (s. oben die Skizze einer möglichen Teilerklärung der Vergewaltigung).

Aus dem Zusammenhang von Herrschaftsaußen (öffentlich) und Familieninnen (privat) erwächst familiale Gewalt und resultieren sexuellen Regelungen i.S. »normaler« und »a-normaler« Sexualität bis ins heute geltende Strafrecht. Nur allmählich lockern sich angesichts der Globalisierung der Ökonomie, der Veränderung

[182] Vgl. Claude Meillassoux, Die Wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft, Frankfurt/M. 1987.

[183] Mary Beard hat in einem in der London Review of Books (Vol. 36 No. 6 20 March 2014, S. 11-14) erschienenen Vortrag: The Public Voice of Women, erneut und belegreich darauf aufmerksam gemacht, wie nachhaltig die mit Homer anhebende klassisch griechische, dann römische Tradition die bis heute nachwirkenden Zuordnungen des öffentlich vorrangigen und des privat nachrangigen Status von Männern und Frauen – als seien sie naturbegründet – in längst zu Urteilen und entsprechendem Verhalten sedimentierten Vorurteilen geprägt hat.

der Politik und der Intensivierung der inneren Marktsuche repressiv zusammengehaltene Familienbande.

Frauen werden Teil der expansiven Mobilität und Flexibilität. Sexualität wird ihrerseits stärker vermarktet. Das so genannte älteste Gewerbe der Welt hat längst Konkurrenz bekommen und dürfte angesichts von deren Stärke fast antiquierte Züge erhalten.

Die den Frauen zugewiesenen Räume und Aufgaben haben, schicht- und klassenspezifisch verschieden, zu einer frauenspezifischen Sozialisation geführt. Die »typischen« weiblichen Eigenschaften prägten sich aus, so wie es umgekehrt zu »typisch« männlichen kam. Geht man nicht darauf aus, diese Unterschiede »biologisch« zu gründen, wie es früher von reaktionärer männlicher Seite häufig geschehen ist, dann ist individuell und sozial darüber zu befinden, welche Verhaltenseigenarten für alle Menschen erhalten und kombiniert werden sollten, um gemäß lange eingerasteter Vorurteile geschlechtsspezifische Ungleichheit zu überwinden. Damit ist zugleich die Aufgabe gegeben, die sozialen Bedingungen zu sichern, die weibliche Eigenschaften gewährleisteten. Vom Blickpunkt der Gegenwart aus gesprochen droht freilich eine Frauenemanzipation im großen, überfällig wie sie ist, die die längst nicht mehr »männliche« Gesellschaft (in einem geschlechtsspezifischen Sinn) in ihren sich weiter entwickelnden Herrschaftsmustern ergänzt, stärkt und weitertreibt.

Die These vom gesellschaftsewigen Patriarchat ist oft aufgestellt worden. Sie hat vieles für sich, auch wenn man Eleanor Leacocks Einwände ernst nimmt und berücksichtigt. Ungleichheit, männliche Dominanzen lassen sich zuhauf entdecken, »greift man nur hinein ins volle Menschenleben«.

Dennoch besteht die Gefahr, dass an die Stelle einer Patriarchatsanalyse eine wohlfeile Etikettierung trete. Sie lässt dann als fast universales Herr-schaftszeichen qualitativ verschiedene Formen männlicher Dominanz verkennen. Vor allem brächte wenig an eigener Erkenntnis ein, wenn man den modernen Staat bis hin zu seinen jüngsten Entwicklungsstufen nur als eine Art Verlängerung der unendlichen Patriarchatsgeschichte weitererzählte. Eine solche Einordnung verkennte den modernen Staat und verniedlichte ihn. Außerdem missachtete sie die von ihm zusätzlich produzierte(n) Ungleichheit(en). Zum einen geht man in der Regel zu rasch über die Argumente der »alten« sozialistisch-kommunistischen Frauenbewegung hinweg, die Frauen wie Rosa Luxemburg vertreten haben. Die Debatte darüber, worin der Haupt- und Nebenwiderspruch bestehe, kann füglich irgendwo liegen gelassen werden (ob also der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital oder der Konflikt zwischen Mann und Frau zuerst aufgetreten sei und an erster Stelle zu rangieren habe). Selbstverständlich ist den Frauen (und den Männern, soweit sie sich darum kümmern) in ihrer Kritik an der »sozialistischen Frauenbewegung« einzuräumen, dass diese die Unterdrückung der Frauen inmitten der Arbeiterbewegung und in den autoritär-gewaltsamen Arbeiterhaushalten nicht gesehen haben. Entscheidend aber ist erneut die Formfrage. Diese stellt sich trotz aller Ver-

änderungen kapitalistischer Entwicklung seit der Jahrhundertwende prinzipiell gleich. Ist qualitative Emanzipation der Frauen, die über Quotengleichberechtigungen hinausgeht, unter der Herrschaft dieser industriell-kapitalistischen Ökonomie und ihrer organisatorischen Formen möglich? Setzte die Emanzipation der Frauen nicht eine zweite voraus oder erforderte eine solche parallel zur ersten: die Befreiung der Männer von ihrem institutionell gesicherten habituellen, psychologisch gründenden Interesse an Ungleichheit und Unterdrückung (bis hin zur Vergewaltigung)? Die Fragen der »sozialistischen Frauenbewegung« verändert zu wiederholen, heißt nicht, gemäß der eher albernen Haupt- und Nebenwiderspruchsdebatte, erst gar nicht auf die Gleich-berechtigung der Frauen zu drängen. Auf die in weiter, unwahrscheinlicher Ferne liegende sozialistische und ihre erst noch zu gestaltende Eigenart kann nicht gewartet werden. Die zuletzt gestellten Fragen nach Status und personaler wie gesellschaftlicher Qualität habituell durchschnittlich gelingender Emanzipation der Männer *und* der Frauen verlangen, nähme man sie fraulich-männlich ernst, eine andere Radikalität des Emanzipationskonzepts. Sie ließen die graubärtige, mosesfigurige Patriarchatsthese nicht in immer erneuter Variantenfülle wiederholen.

Zum anderen aber wird die an eine sehr unheilige Familie erinnernde Patriarchatsthese wie auf manchen Familienfotos bis in unsere Tage, dem nicht gerecht, was Weber die Versachlichung von Herrschaft genannt hat. Zeichen der Versachlichung sind u.a. ihr bürokratisch-unpersönlicher Charakter und ihre technisch-abstrakte apparative Eigenart jenseits der Eigenarten ihrer Repräsentanten, die sie eher theatralisch verkleiden. Die versachlichte Herrschaft ist im ungleichen Tandem Staat-Kapital gegeben. Als eine ihrer Entstehungsursachen wirkt die Ungleichheit zwischen Mann und Frau. Letztere wird vielfach weiterhin verwirklicht. Sie macht jedoch nicht mehr die mittelbar-unmittelbare »Gewalt« von Herrschaft aus. Ihr sind die Männer samt ihren »Spitzenrepräsentanten« längst ihrerseits ohnmächtig unterworfen. Der Herrschaftszwang in Form des »Sachzwangs« lässt sich patriarchalisch nicht (mehr) reduzieren.

Wenn der moderne Staat und seine Gesellschaft »männlich« sind und soweit sie es sind, bleibt die ungleiche Repräsentanz von Frauen im Vergleich zu Männern ärgerlich und ist zu bekämpfen. Ausschlaggebend sind indes qualitative Probleme, die nur annähernd zu erfassend sind. Abstrakt eingesunkene, als angewandte Abstraktionen realisierte Qualitäten sind schon des Öfteren apostrophiert:

– die eigenartige Herrschaftsrationalität, die die allgemeine »Sache« allemal vor der besonderen rangieren lässt;
– das darin ankernde Trennungsdenken und Trennungshandeln: Rationalität versus Irrationalität; privat vs. öffentlich; Berufsarbeit entgegen von Hausarbeit; politisch als Gegensatz von persönlich; öffentliche von privater Moral usw. Dass zwischen diesen paarigen Eigenschaften Spannungen bestehen, jedenfalls bestehen können, ist einzuräumen. Entsprechend sind sie sozial in ihrer möglichen Ambivalenz zu organisieren und sind Verfahren vorzusehen, im Konfliktfalle

damit umzugehen. Für die versachlichte Politik aber gelten sie als Dichotomie und werden getrennt verwirklicht.

Die oben (Kapitel IV bis VI) skizzierten Funktionen und Instrumente der versachlichten Herrschaft, die die moderne Staatengeschichte in ihrer Dynamik kennzeichnet, konfrontieren mit dem Hauptproblem, der Trias oder dem Quartett Identifikation gekoppelt mit Dissoziation, von Objektivierung und von Abstraktion.

Dagegen gälte es, wenn das Patri-Archat als Herrschaftsform bekämpft werden soll – und nicht allein als *Vater*-herrschaft – andere Methoden (s. Kapitel III zur sozialen Ökologie) und andere Formen der geselligen Organisation zu setzen. Den versachlichten Konventionen, die die herkömmlichen sozialen ersetzen und zerschlagen, müssten neue soziale Konventionen und Bedingungen entgegen gesetzt werden. Abgesehen von diesen Postulaten aber – und darauf kommt es in diesem Zusammenhang an – verfehlte eine feministisch-kritische Herrschaftsanalyse den Kern solcher Versachlichungen, wenn sie Herrschaft auf ein abhängiges personales Verhältnis und eine sich ungemein verändernde Form des, glücklicherweise weithin verflossenen, Patriarchat verkürzte.

Schulpflicht für Jedefrau und Jedermann: In der Schule des Verdachts

Das, was wir als »Spontaneität« bezeichnen und unsere ureigene Intimität nennen, ist immer schon vermittelt. Heute durch versachlichte herrschaftliche Umstände. In unserem In-der-verherrschaftlichten-Welt-sein ist kein Verlass auf unseren Habitus und unsere Bedürfnisse. Wir müssen sie uns erst, daueraschenbrödelgleich an und für uns selbst fortgesetzt erarbeiten, »gute« und »schlechte« Erbsen sortierend. Die gegebene A-Paideusia, der Mangel sozial begründeter, durch Teilnahme veränderter Konventionen macht es erforderlich, in die Dauerschule des Verdachts zu gehen. Misstrauen gegen eigene und anderer Werte und ihre institutionell materielle Übersetzung ist erste politische oder moralische Bürgerpflicht. Dann erst kann begonnen werden, Werte, die verlässlicher erscheinen, zu lehrlernen, etwa indem Erfahrungen von Tätern und Opfern wirksam gelebt werden. Anders sind die Gruben nur sachte abgedeckt, in die in der Tat massenhaft gepurzelt wird.

Zugleich bleiben in versachlichter Herrschaft und ihrer von globalweit her vermittelten psychisch habituellen Definitionsmacht Brüche. Sie sind nicht ohne weiteres technologisch-bürokratisch zu beheben. Aus technologisch-bürokratischen »Lösungen« entstehen neue Aporien, Widersprüche und Konflikte. In diesem Sinne ist und bleibt herrschaftliche wie kapitalistische Organisation prekär. Sie gerät, von Zeit zu Zeit in sich mehrende Schwierigkeiten, sich zu legitimieren. Ihr psychisch materieller Kitt ist nicht zu unterschätzen. Er wird durch die Umstände erzeugt. Solcher Kitt entsteht vor allem durch die (produzierten) Vorurteile und materiell ungleiche Befriedigungen wie Verlockungen, die die bestehen-

den Umstände und ihre Profiteure stabilisieren. Die vorurteilshafte Stabilisierung ist angesichts weiter fortschreitender Vereinzelung voraus zu sehen. Mit Arnold Gehlens Titelformulierung verkürzt gesagt: Die Seele im Zeitalter versachlichter Herrschaft und ihrer Techniken.

Kapitel IX
(Liberale) Demokratie als Herrschaftsform

Demokratie ist eine unmögliche Herrschaftsform! Und dennoch eine maßgebende Utopie

Der Ausdruck – Herrschaft des Demos, der räumlich verorteten Bevölkerung, stammt aus dem (Alt-)Griechischen. Zusammengesetzt aus »demos« und »kratos«. In heutigem Verständnis bedeutet es »Herrschaft« (kratos) des »Volkes«.[184]

Im »klassischen«, das heißt antiken Athen gab es zwischen dem Ende des 6. Jahrhunderts (Solon, Peisistratos) und der Einnahme Athens im 4. Jahrhundert durch Philipp II. aus Mazedonien, den Vater des bekannteren Sohnes Alexander (der Große genannt), eine Beteiligung des demos. Das war unseres Wissens neu. Bis heute ist es spannend herauszufinden – und ist umstritten –, wie und inwieweit es dazu gekommen ist, dass Teile der Athener Bevölkerung an allgemeineren, in diesem Sinne politischen Vorgängen, nicht zuletzt kriegerischen Entscheidungen und Aktionen Teil hatten. Unter welchen »inneren« und »äußeren« Umständen kam es zur Teilnahme nichtaristokratischer Leute? Wer gehörte zu der Gruppe derjenigen, die teilnahm, wer war ausgeschlossen? Wie spielte sich die Teilnahme ab? Welche Folgen hatte sie? Nur eine unmittelbare Herrschaft des Volkes – alle Ausdrücke müssten in vorbehaltsbespickten Anführungszeichen geschrieben werden – hat es selbst in dem seinerzeit vergleichsweise kleinen, je nach Zurechnung allenfalls mittelstädtischen Athen nie gegeben. Zu den Hochzeiten des herausragenden Perikles, kurz vor dem Peloponnesischen Krieg gegen Sparta und anderen zwischen 440 und 430, kennzeichnete einer der ersten großen Geschichtsschreiber, Thukydides – an ihn erinnert sich jeder, der einst Griechisch lernte, weil er so schwer zu übersetzen war –, die Herrschaft in Athen, als die des »einen Mannes«. Hinzukommt, dass Athen seinerzeit eine imperiale Seemacht gewesen ist, selbstverständlich Sklaven ausnützte, bei Aristoteles stimmbegabte Instrumente

[184] Vgl. Wörterbuch der griechischen Sprache, Erster Theil: Griechisch-Deutsch, Jacobiß/Seiler, J.C. Hinrich, Leipzig 1862, Stichwörter »demos« und »democratia«; Der Kleine Pauly. Lexikon der Antike, Bearbeitet und Herausgegeben von Konrat Ziegler und Walther Sontheimer, Alfred Druckenmüller, Stuttgart 1964, Erster Band, Stichworte Demoi und Demokratia. Die Übersetzungen veränderten ihren semantischen Akzent je nach Übersetzungszeit. Selbst wenn man es mit dem eigenen Land und seiner gegenwärtigen Sprache und ihren Bedeutungen zu tun hat, ist auf die zeitlichen Umstände und, erkennbarerweise, auf Gewohnheit und Interesse zu achten, die dem Sprachgebrauch zugrunde liegen. Kurz, wenn man »Demokratie« unvermittelt mit »Volksherrschaft« übersetzte und unterstellte, eine so qualifizierte Demokratie habe es in Griechenland zwischen dem 5. und 4. Jahrhundert vor gegenwärtiger Zeitrechnung gegeben, ist der Weg in die Irre offen.

für die Flotte, im erbärmlichen »Unten«, dass Frauen, auch in tragischer Herrscherinnenrolle in der Öffentlichkeit nichts zu sagen hatten und ähnlich klassenpolitische Ungleichheiten mehr,[185] – kurz, dass Athen im Gesamten und im Detail alles andere als eine schier vollkommene, von der Bevölkerung mitentscheidend bestimmte Demokratie, eine Herrschaft »von unten« gewesen ist. Dennoch ist es u.E. im Gefolge vieler bedeutender Historiker und – nicht zuletzt materialistischer – Philosophen angezeigt, an der Herrschaft der Bevölkerung insgesamt, der Multitudo, der Vielheit festzuhalten, wie Baruch Spinoza aus dem 18. Jahrhundert unserer Zeit formuliert. Als Selbstherrschaft ist sie die einzige Herrschaftsform, die mit ihrer Grenze, der Nichtherrschaft zusammenfällt. Als einer Orientierung und als ein Maßverhältnis realer Möglichkeit, einer, die noch keinen Ort gefunden hat, also einer U-Topie. An ihr richten wir uns maßstäblich aus, die Lesenden einbeziehend, wenn wir von Menschenrechten anders als optischen Täuschungen in luftarmer Atmosphäre reden, von Selbst- und Mitbestimmung, Freiheit, Integrität und gegenseitiger Hilfe, die kollektiv und personal Menschen als genetisch soziale, darum immer werdende organische Wesen erst möglich machen. Mit Bloch wiederholt: »Ich bin, aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst.«

Darum ist innig verbunden mit *dieser* Demokratie der historisch anthropologische Politikbegriff. Dass Menschen zoa politika seien, politische Tiere, die darum die selbstorganisierte, sozial geknüpfte Gemeinschaftlichkeit schafften in einem dauernden »experimentum mundi« (Ernst Bloch), einem je historischen soziopolitischen Versuch – diese emphatisch humane Vorstellung geht, bei den Vorsokratikern angelegt, bei Sokrates-Platon vor allem, auf Aristoteles und seine »Politik« wie »Ethik« zurück.[186] Nicht zufällig ist es, dass verschiedene moderne Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, die alle in ihrer tiefer geloteten Qualität wie ein großes, fast erhabenes Syndrom zusammenkommen, ihren je eigenen Politik- und damit Menschenbegriff auf Aristoteles zoon politikon zurückführen, auf Menschen, die sich ihren in ihnen steckenden Möglichkeiten nur annähern, aristotelisch ihrem eidos, ihrer Form, wenn sie als in Gemeinschaft (sozial) gebildete und darum in Gemeinschaft Handelnde menschenbekömmliche Politik treiben.[187]

Die »realistische« Form möglicher Demokratie

Das in Anführungszeichen gesetzte Adjektiv »realistisch« soll Zweifel an dem viel gebrauchten und noch mehr missbrauchten Beiwort und seiner realitätstüchtigen Stimmigkeit erwecken.

[185] Siehe Mary Beard (vgl. Anm. 183).

[186] In dieser Hinsicht umfassend die prächtig geratene Darstellung von Martha Nussbaum (siehe Anm. 16).

[187] Siehe das 5. und 6. Buch von Platons Politeia, das nicht zufällig Theodor W. Adorno am Beginn seiner Minima Moralia apostrophiert, kriegskatastrophisch und kurz danach geschrieben.

Liberale Demokratie ist Herrschaft. Das ist nicht zu bezweifeln. »Herrschaft auf Zeit« wurde sie von Theodor Heuss betitelt. Als eine durch Wahlen bewirkte Zirkulation von Eliten hat Schumpeter sie bezeichnet.[188]

Als die beste Form der unvermeidlichen Herrschaft wird sie oft genannt. Die Form mit dem geringsten Ausmaß an nötiger Herrschaft. Behauptet wird außerdem, in einer liberalen Demokratie werde prinzipiell das an Demokratie verwirklicht, was »realistisch« möglich sei. Rousseaus und anderer Konzeption einer Demokratie, die Herrschaft dadurch aufheben wollen, dass die Herrschenden und die Beherrschten identisch seien, sei, so überhaupt, nur in kleinen Gruppen zu verwirklichen. Wie und wo sollten 10 oder 100 Millionen Menschen auf einem Platz zusammenkommen, diskutieren und abstimmen können? Wie könnten Minderheiten wahrgenommen und geschützt werden?

Dagegen steht die These: Liberal vermittelte Demokratie allein gewährleiste, Herrschaft jeglicher Form zu relativieren und sie mit einem liberalen Umgang der Mehrheiten mit den Minderheiten zu kombinieren.

Zur Plausibilität liberaler Demokratie

Einleuchtende Argumente werden für die liberale Demokratie, als die heute mögliche Form von Demokratie vorgetragen. Dort, wo sie hinter ihren Möglichkeiten verwirklicht worden sei, wie in den historisch gegenwärtigen Exempeln Westlicher Demokratien, könne dennoch auf deren beträchtliche Leistungen hingewiesen werden. Etwa in Sachen der liberal gefassten Grund- und Menschenrechte.

a) Wie anders sollte eine Beteiligung der Bürger gewährleistet werden, sobald der örtliche Raum von Politik Personen mehrend verlassen wird? Nur durch ortsferne und Raum überbrückende Einrichtungen, in die dafür ausgewählte Personen geschickt werden! Gleiches gilt, wenn die Zahl der Menschen, die an »der Politik« beteiligt werden sollen, nicht mehr direkt organisiert werden kann. Was anders bliebe übrig und wäre demokratisch transparent, als mit Delegierten zu arbeiten. Der Prozess der Auswahl der Delegierten kann außerdem wie ein qualifizierender Filter wirken. Durch diejenigen, die Politik als Beruf ergreifen, also von und für die Politik leben, kann ein höheres Maß an Kompetenz erreicht werden. Die durch Wahlen erzwungene Kontrolle und die durch sie mögliche Zirkulation der jeweiligen Repräsentanten als Amtsinhaberinnen sorgen zugleich dafür, dass die Herrschaftsbäume nicht in den Himmel wachsen. Es ist jederzeit möglich, dass sich Oppositionen als Gegenmächte herausbilden, wenn Herrschaft einseitig Platz nehmen sollte. Eine Zirkulation von mehr- und minderheitlich wechselnden Gruppen kann für einen »realen« Pluralismus sorgen.

[188] Siehe Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Stuttgart 2005 (1950).

Pluralismus wird vor allem dadurch möglich, dass niemand behaupten kann, »die Wahrheit« zu besitzen. Die als eine Einheit bestimmte »Wahrheit« könnte wie die Robespierresche jakobinische Tugend während der Französischen Revolution durch den Schrecken herrschen. Mit Hilfe der Guillotine würde sie effektiv. Übereinstimmung als Voraussetzung wird liberaldemokratisch nicht gebraucht. Übereinstimmung ergibt sich aus einem konfliktreichen Prozess als zeitbestimmtes Zwischenresultat. Sie kann in erneuten Prozessen und Wahlen periodisch in Frage gestellt werden. Eine Regierung mit Hilfe von Mehrheitsentscheidungen der Parteien und ihren Interessengruppen hinterrücks, die mehr einstweilige Zustimmung ergattern konnte als andere, ist terminiert: eine Regierung auf Abruf. Sie kann sich »in ihrer Macht« schwieriger einigeln. Sie muss sich periodisch zur Disposition qua Wahlen stellen. Konsens ist also nur über die auswählenden und Minderheiten eher schützenden Verfahren vonnöten. Ansonsten ist die Form eines »Pluropoly«-, nicht eines »Monopoly«-Spiels wechselnden Konflikten und Ergebnissen offen.

b) Im 19. und 20. Jahrhundert hat die Form der im Westen entsprungenen liberalen Demokratie ihren Siegeszug angetreten. In diesen stiegen und steigen, so hat es den Anschein, die osteuropäischen Staaten ein. Das führte zuerst zur »Süd«-, dann zur »Osterweiterung« der EU. Weitere Öffnungen werden angestrebt: die Zulassung oppositioneller Gruppen; die Durchsetzung der liberalen Menschenrechte; die Trennung des staatlich-öffentlichen vom privaten Sektor. Die »zivile Gesellschaft« will sich vom staatlich bürokratischen Druck befreien. Die kapitalistische Rationalität der liberalen Demokratie und ihrer Arbeitsteilung lockt. Wozu sollte sich ein »gewöhnlicher«, auf seine privaten Interessen konzentrierter Bürger und analog eine Bürgerin um Politik kümmern, wenn gewährleistet ist, dass sie nicht zu tief in die Privatsphäre eingreift, sondern umgekehrt der privaten Initiative Tür und Tor öffnet. Außerdem scheint es so, Vertreter der liberalen Demokratie im Westen werden nicht müde, eine solche Behauptung aufzustellen, dass ökonomisch freigesetzter, mit Güterkörben voll geladener Kapitalismus und liberale Demokratie optimal zusammenstimmten. Sie scheinen sich wechselseitig vorauszusetzten.

Töricht wäre es, auch und gerade angesichts der heutigen Entwicklungen die Leistungen liberaler Demokratie zu verkennen, selbst wenn ihre Versprechen unvollkommen und ärgerlich ungleich verwirklicht worden sind. Rosa Luxemburgs aktuell bleibende Bemerkungen »Zur Russischen Revolution«, seinerzeit kritisch an die Adresse von Trotzki und Lenin gerichtet, könnten als glühendes Plädoyer für die Formen der liberalen Demokratie von der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft aus und entsprechend veränderter liberaler Demokratie gelesen werden:

»Statt dessen schließt Trotzki aus der speziellen Unzulänglichkeit der im Oktober zusammengetretenen Konstituierenden Versammlung auf die Überflüssigkeit jeder Konstituierenden Versammlung, ja, er verallgemeinert sie zu der Untauglichkeit jeder aus den allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Volksvertre-

tung während der Revolution überhaupt. Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Massen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von einer Stufe auf die andere. Der schwerfällige Mechanismus demokratischer Institutionen kommt dieser Entwicklung umso weniger nach, je grösser das Land und je unvollkommener sein technischer Apparat ist (Trotzki). Hervorzuheben ist, dass in der Einschätzung der Vertretungsinstitutionen eine etwas schematische Auffassung zum Ausdruck kommt, die der historischen Erfahrung nachdrücklich widerspricht. Nach Trotzkis Theorie widerspiegelt jede gewählte Versammlung ein für allemal nur die geistige Verfassung, politische Reife und Stimmung ihrer Wählerschaft just in dem Moment, wo sie zur Wahlurne tritt. Die demokratische Körperschaft ist demnach stets das Spiegelbild der Masse vom Wahltermin, gleichsam wie der Herschelsche Sternhimmel uns stets die Weltkörper nicht zeigt, wie sie sind, da wir auf sie blicken, sondern wie sie im Moment der Versendung ihrer Lichtboten aus unermesslichen Weiten zur Erde waren. Jeder lebendige geistige Zusammenhang zwischen den einzelnen Gewählten und der Wählerschaft, jede dauernde Wechselwirkung zwischen beiden wird hier geleugnet. Wie sehr widerspricht dem alle geschichtliche Erfahrung! Diese zeigt uns umgekehrt, dass das lebendige Fluidum der Volksstimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspült, ja in sie eindringt, sie lenkt.«

Das Plädoyer der »spontanen« Massenaktionen vertrauenden Rosa Luxemburg für formale Elemente demokratisch-menschenrechtlichen Verfahrens geht weiter: »Nur ist das Heilmittel«, so hält sie den revolutionären Diskursen entgegen, »das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breiten Volksmassen.« Darum gilt auch: »Doch mit der Konstituierenden Versammlung und dem Wahlrecht«, zu dem sich R.L. in dem dazwischen liegenden Abschnitt geäußert hat, »ist die Frage nicht erschöpft, es kommt noch die Abschaffung der wichtigsten demokratischen Garantien eines gesunden öffentlichen Lebens und der politischen Aktivität der arbeitenden Massen in Betracht: der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, die für alle Gegner der Sowjetregierung vogelfrei geworden sind. Für diese Eingriffe reicht die obige Argumentation Trotzkis über die Schwerfälligkeit der demokratischen Wahlkörper nicht entfernt aus. Hingegen ist es eine offenkundige, unbestreitbare Tatsache, dass ohne eine freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist ...«[189]

[189] Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur Russischen Revolution«. Hrsg. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1990.

Multiple Sklerosen liberaler Demokratie

Die innere Verlandung und Gefährdung liberaler Demokratie und ihre Aufhebung durch andere Faktoren werden von praktischen und theoretischen Dogmatikern ihres politischen und ökonomischen Rezepts bis in die Gegenwart verkannt. Die Institutionen und das repräsentative Spiel der liberalen Demokratie drohen zu einem wirksamen Ritual zu erstarren, zu einem depolitisierenden, selbst depolitisierten Politikum.

a) Das Verhältnis der Exekutive zur Legislative war von Beginn an prekär. In der europäischen Entwicklung hat die Exekutive, die »den Staat«, seinen Raum mitsamt seinem Monopol physischer Gewaltsamkeit selbst militärisch und repressiv begründet hat, nach und nach zuerst den männlich klassen-bürgerlichen Teilen der eingegrenzten Bevölkerung über Wahlen und Repräsentanten beteiligende Zugeständnisse gemacht. In den USA vollzog sich die Entwicklung anders, im Ergebnis indes ähnlich. Das prekäre Verhältnis Exekutive-Legislative hat sich auch dort von Anfang an ergeben (es spielte schon eine Rolle bei der Verfassungsgebung; s. die Federalist Papers und die Anti-Federalist Papers). Je mehr die Aufgaben der Exekutive interessenexpansiv zunahmen, desto mehr wurde die allgemeine Vertretungskörperschaft beteiligt. Die Beteiligung schlug indes rasch in eine Überforderung um. Wie sollten die mit geringem Apparat ausgestatteten heterogenen Vertreter der Legislative der Exekutive gewachsen sein? Sie wurde im Zuge der »Durchstaatung« der Gesellschaft dadurch befördert, dass sich, westeuropäisch angelsächsisch zuerst, die kapitalistische Ökonomie etablierte. Im weltkriegerischen 20. Jahrhundert wurde sie vollends zu einem schier unübersehbaren politisch bürokratischen, militärischen und geheimdienstlichen Konglomeratkonzern ausgebaut (und leidet seitdem selbst an exekutivisch interner Unübersichtlichkeit). Die sog. Überlastung der Regierungen, die während der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ein modisches Thema darstellte und eine Debatte um eine De-Regulierung beförderte, war längst zuvor an der Überlastung der Legislative erkenntlich (des Parlaments, des Kongresses in den USA). Die gewählten Vertreter und ihre Institutionen werden zur abhängigen Größe der Probleme aufbringend-aufnehmenden und ihre »Lösungen« mitliefernden Exekutive.

b) Der politischen, der gewählten und von gewählten Vertretern ernannten Exekutive geht es nicht viel besser. Sie wurde früh abhängig von ihrem bürokratischen Instrument.[190] Das Instrument wird zur eigenen politischen Form. Sie setzt die Inhalte qua Gesetze und ihrer Anwendung (»Implementation«) ausführend und unterlassend durch oder sie verzögert sie bis zur Unkenntlichkeit. Ginge es mit rechten Dingen zu, würde nicht nur camoufliert und schöngeredet je mehr die Versäumnisse auffallen, Fehlhandlungen normal werden und die Lücken durchscheinen, Probleme aufzugreifen. An Stelle der Legitimationsbehauptung »verant-

[190] Vgl. schon Franz Mehrings trefflichen Kommentar (siehe Anm. 108).

wortlicher Politik« träten niemandem persönlich korruptiös zurechenbare Fehlhandlungen. Die politisch-exekutiven Repräsentanten, die die »Verantwortung« machtfasziniert und machtfaszinierend zu tragen vorgeben, müssten einräumen, dass sie genau dazu nicht in der Lage sind. Wer beobachtet hat, wie so genannten Spitzenpolitiker von den Vertretern ihrer Behörde selbst bei den dem Anscheine nach einfachsten Fragen mit Spickzetteln versehen werden, wie sie nur den Mund bewegen, um Worte zu artikulieren, die anderwärts bürokratisch geformt worden sind, der hat eine kleine Ahnung davon erhalten, was es heißt, ver-antworten, sprich Antwort geben zu müssen (und zwar so, dass wir uns angeblich als Bürgerinnen, wissend und kontrollfähig darauf verlassen können, weil diese Person des Politikers dafür gerade steht. Welche Täuschung! Selbst wenn der positionell »zuständige Politiker« infolge eines publizistischen Missgeschicks zurückträte, was wäre in der Sache und im Verfahren gewonnen? Nichts!).

Auch staatsbedachte Bürokratien, allemal in der Mehrzahl, sind nicht als einheitlicher Block vorzustellen oder – trotz aller schiefen Interessen – verschwörungstheoretisch zu begreifen. Vorbereitende und ausführende Bürokratien verfügen über eine längere, nötigenfalls rangierbahnhofähnliche Zeitmacht als die politische Exekutive, nicht zu reden vom Parlament. Auch dort, wo sie die Probleme nicht selbst aufbringt, wo sie von ihnen überrascht und gefordert wird, unterliegt sie nicht kurzfristigen und über die halbe oder ganze politische »Existenz« entscheidenden Sanktionen wie die öffentlichen Schausteller der Politik. Diese können schon leichter zu Fall gebracht werden. Politische Exekutive – immer i.S. der gewählten Vertreter der Regierungen verstanden – und Parlamentarier sind systematisch überfordert. Auch hektische, hetzige und stressreiche 12-, 14-, ja 16-Stundentage könn(t)en nicht abhelfen. Sie sind Ausdruck der Überforderung, eine heutzutage permanente Überforderung, die es nur selten zulässt, neue Informationen aufzunehmen, Probleme gründlicher zu durchdringen und am Ende mehr als ein »Lob der Routine« (Luhmann) zu bestätigen. Gerade in ihren »ureigenen« Bereichen, der Gesetzgebung und der Kontrolle der Exekutive, die »die« Wirklichkeit bürokratisch festzurren, erliegt die »Legislative« der bürokratischen Definitionsmacht. Hier bestätigen die raren, meist eher politisch symbolischen Ausnahmen parlamentarischer Definitionsmacht, deren abhängige Regel. Selbst angesichts von Skandalen, die Ausdruck bürokratischer Politik sind, kann sich parlamentarisch legislative Politik nicht zu nötigen institutionellen Änderungen aufraffen.[191] Die asketische Ausstattung bundesdeutscher Parlamentarier mit kompetenten Helferinnen, die wir vor einem Vierteljahrhundert monierten, besteht gleicher Weise nicht mehr. Dass sie, wenigstens teilweise behoben wor-

[191] Siehe als einen der letzten Fälle den Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Mordfälle in Thüringen: Wolf-Dieter Narr: Demokratie mit dynamischem Schutzzaun. In: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 103 3/2012, S. 3-10.

den ist, schafft indes noch nicht die Voraussetzungen eines politisch kräftigeren Parlaments. Die Hauptmängel sind anderwärts zu orten.

c) Oben schon wurde auf die Ökonomie der Zeit hingewiesen, eine durchgehend mit den Ausschlag gebende Größe allen gesellschaftlichen Handelns. An sie soll erinnert werden. Angenommen wird, dass die Zeit begrenzt ist. Sie stellt seit staatlichen und kapitalistischen Anfängen, im Laufe der Entwicklung mit wachsender Bedeutung eine Schlüsselgröße dar. Nicht primär, weil dem »Prediger« des Alten Testaments gemäß gilt: »Alles hat seine Zeit.« Vielmehr, weil in der kapitalistischen Moderne, mehr denn je, Benjamin Franklins Mahnung eine Leitorientierung des individuellen und kollektiven Verhaltens vorgibt: »Time is money.« Max Weber hat ihr in seiner ums Zeitmanagement kreisenden Studie, heutiger Zeit gemäß gesprochen, eine zentrale Stelle zugewiesen.[192] »Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.« Dem Tag kann niemand weitere Stunden hinzufügen. Darum bildet Bert Brechts geruhsame Moldau und ihre drei Steine auf dem Grund keinen von der »Furie des Verschwindens« (Hegel) gleichsam getriebenen Maßstab. Unser aller Tage und Nächte sind begrenzt. »Es schwindet, was wir schauen« (J. von Eichendorff). Und: »In the long run, we are all dead«. Diese Banalität hielt John M. Keynes den zeitgroßzügig argumentierenden Theoretikern und Geschichtsphilosophen entgegen. Darum ist es angezeigt, individuell und kollektiv darauf aufzumerken, welche Zeitquanten für bestimmte Aufgaben zur Verfügung stehen und welche fehlen.[193] Welcher Zeit unterschiedliche Probleme und Handlungen bedürfen. »Alles hat seine Zeit«. Wer verfügt über mehr und wer über weniger Zeit? Wenn man bürokratische Einrichtungen, die politische Exekutive, das Parlament und seine einzelnen Abgeordneten und schließlich Bürgerinnen und Bürger zeitökonomisch »berechnete« und vergliche, ermittelte man nicht nur eine verschiedene Hierarchie der Zeitquanten und der Aufgaben, für die sie »ausgegeben« worden sind. Man könnte zusätzlich erkennen, warum und in welcher Weise Bürgerin und Bürger geradezu zum nicht-politischen Verhalten »verdammt« sind. Ebenso könnte vergleichsweise exakt herausgefunden werden, wie der büroherrschaftliche Zeitumgang mit den Bürgerklienten, sozial tiefer gestellt, desto mehr fundamental antidemokratisch, von Grundrechten zu schweigen, wirkt. Die hektische, in Hektik sich stürzende, beschleunigte Form der Politik, genauer der Entscheidungen, die direkt und indirekt getroffen oder versäumt werden und die drastische Verschiebung der Verantwortlichkeiten in bürokratisch-technische Zusammenhänge würde zeitanalytisch kund werden. Die Informations- und Kommunikationstechnologie übertrumpft sachlich und persönlich die seitherigen, darum erfahrungslosen Ereignisse. Sie werden als »events« zusätzlich bedeutungsenteignet. Neue und alte Banalitäten, die an eine veränderte

[192] Max Weber, Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (vgl. Anm. 45).

[193] Siehe Karl Marx' einprägsame Zeit-Apostrophen in seinen Grundrissen (vgl. Anm. 121).

»Banalität des Bösen« grenzen, alte und neue Arten des »Funktionierens« würden einsichtig. Im Hinblick auf Zeitinhalte hätte Benjamin Franklin seinen Spaß: time is politics, solange sie nicht der Fundamentaleinsicht: time is money in die Quere kommt.

d) Das Repräsentationsprinzip ist taub, soweit es demokratisch und nicht elitär ausgelegt wird. »Das Volk« muss seine allgemeinen Aufgaben und einen Gutteil seines demokratischen »Erstgeburtsrechts« delegieren, um über Vermittlungen sich selbst regieren zu können.[194] Aber genügt es, um demokratisch vernünftig delegieren, auswählen und wählend bestimmen zu können, wenn diejenigen, die solches tun sollen, »das Volk« weithin auf punktuelle und isolierte Wahlakte in über die Jahre hinweg periodisch aufgestellten Wahlkabinen beschränkt sind? Eine immer gefährliche leere Substanzkategorie »das Volk«. Es sei denn, es werde sogleich angegeben, wie es zustande komme und wie sich die Einzelnen, als Personen in und zu ihm verhalten können. Insofern ist dieses Konzept Demokratie »liberal«. »Das Volk«, die seit den ersten politisch philosophischen Äußerungen misstrauisch beäugte »Masse«, die Menschen im Klassenschatten, bleibt im Hintergrund als eine ferne Legitimationsinstanz. Es wird »nur« vergegenwärtigt in seinen deswegen so genannten Re-Präsentanten, seinen Vergegenwärtigern. Zum einen benutzen die Vertreter liberaler Demokratie den substantiellen Untergrund, »das Volk«, wie eine Art potentiell täglich erneuerten Ursprungsmythos. Zum anderen individualisieren ihre Vertreter die kollektive Rationalität des »Volkes« als »Wähler« oder »Wahlvolk«. Sie lassen diese als eigene Größe außen vor. Damit der »Ursprungsmythos« beruhigend fern bleibe, wird von den etablierten politischen Instanzen und ihren Repräsentanten nahezu alles getan, um die Wähler weitgehend

[194] Der Demokratie konstituierende Schlüsselabsatz des Grundgesetzes, Art. 20 Abs. 2 GG Satz 1 und Satz zwei, konstituiert darum, liberaldemokratisch essentiell, also gegen »das Volk« gerichtet, die demokratische Qualität des Grundgesetzes. Satz 1 lautet klar und dem Anschein nach eindeutig: »Alle Gewalt geht vom Volke aus.« In Satz 2 wird die Sprachlücke und Sprachtücke korrigiert. Sie fällt auf's erste Lesen nicht auf. Jetzt wird erkenntlich, dass die Formulierung »geht aus« nur eine Formel der Legitimation darstellt. Das »Volk« wird in letzter, appellativer Instanz, im spezifischer benannten Verfahren nicht beachtet, zur allgemeinen Quelle des demokratischen Anspruches. Eine Art nach Demokratie allgemein riechendes Parfüm. Satz 2 offenbart sogleich im Sinne den Körpergeruch. Was demokratisch duftend in der faktischen Konsequenz demokratischer Basis als Norm installiert werden soll, ist eine durchgehend *vermittelte* Demokratie. Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG lässt deshalb den »völkischen« Hauch von Demokratie verduften: »Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt«. Die politisch mitbestimmenden Bürger*innen als eigene politische Größe kommen im Grundgesetz nirgendwo vor. Im übrigen gebrauchen wir den Ausdruck »Volk« nur im Zusammenhang des Zitats von Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG. Der Ausdruck, ein kollektives Subjekt, gefüllt mit einer historisch und gegenwärtig abgrundtief missbrauchten und missbräuchlichen pauschalen Pseudosubstanz »Deutsches Volk« vageprall gefüllt, eignet sich nicht zu einer human vernunftvollen, die Menschenrechte aller primär radikal erst nehmender Legitimation. Darum eignet sich der deutsche Ausdruck analog zum angelsächsisch von vornherein pluralen Ausdruck »people« besser: deutsche Bevölkerung.

zu entpolitisieren und sie auf das »Ihrige«, ihre angeblich immer näher stehenden und »ureigenen« Privatinteressen zu konzentrieren: »das Häuschen im Grünen«. So gesehen ist weitgehende politische Apathie vorgesehen. Damit die Wackersteine von Vorurteilen die Bäuche füllen mögen. Sie erlauben, was Elmer E. Schattschneider vor Jahrzehnten »the mobilization of bias« genannt hat, um den »upper class accent« zu erhalten. Oder sie ermöglichen, um mit einem Vorwurf des seinerzeitigen Reichstagsabgeordneten der SPD, Kurt Schumacher, an die Adresse der Nationalsozialisten im Weimarer Reichstag zu sprechen, einen »permanenten Appell an den inneren Schweinehund des Menschen« wahlpolitisch auszubeuten. Falsch wäre es anzunehmen, die Repräsentanten könnten politisch kräftige Tage ihrer medialen Relevanz erleben, wenn die Repräsentierten, »das Volk«, an einer politischen Muskelschwäche, einer chronisch gewordenen Atrophie leiden. Der mimetische Zwang erfolgt doppelt: das »Volk« gleicht sich seinen Repräsentanten an; die Repräsentanten nehmen, chamäleongleich wählerhündelnd die Farben der Gruppen an, die sie zum pseudopolitischen Akt, in der Wahlkabine ihren Namen oder ihre Liste anzukreuzen, verführen wollen. Die neuerdings parteienab, politologenauf gemachten Vorschläge, mit Bürger*innen verbesserte »dialogische Diskurse« zu führen, besitzen angesichts der institutionellen Starre nicht einmal zirzensischen Wert.

e) Um den Kontakt zu den Wählern nicht zu verlieren, um sie zu mobilisieren, sind die Parteien ausersehen. Gemäß der durchsichtigen Legitimation der staatlichen Parteienfinanzierung in der BRD sollen die Parteien ihre potentiellen Wählerinnen sogar politisch »bilden«. Zeitweise wurde gar behauptet, die Parteien machten in einer Massengesellschaft direkte Demokratie möglich.

Vor allem drei Bündel von Gründen blockieren lahme Absichten. Die Parteien sind selbst ein Problem. Ihre liberal-demokratischen Funktion ist fraglich:

Zum ersten erliegen die Parteien selbst dem »Fluch« der Bürokratisierung. Sie werden, auch dort, wo sie nicht formell konstituiert worden sind (im Grundgesetz der BRD in Art. 21 GG), zu einem Teil der bürgerentfernten, an demokratischer Unterernährung leidenden zentralstaatlichen Politik. Sie wirken deswegen als Vermittlerinnen von Interessen und Informationen vor allem »von oben nach unten«, auch wenn sich viele Abgeordnete noch so abmühen, wochenendhetzig alle Vereinsfeste in ihrem Wahlkreis zu besuchen. Dort aber, wo sie als Großparteien, staatlich oder US-amerikanisch von Multimillionären finanziert, intern bürokratisiert, ihrerseits als Kontrolleure auftreten wollten, erliegen sie dem Druck der Bürokratie und verhalten sich mimetisch. Schon in den Gesetzentwürfen, die meist ungleich doppelpass-formuliert werden von »betroffenen« Hauptinteressen und regierungsamtlichen, ihnen nahezu kooptativ nahen Form-Übersetzern kommt diese Distanzlosigkeit zum Ausdruck. Der mimetische Zwang ist von Weber in seiner Bürokratisierungsthese schier unwiderleglich begründet worden.

Zum zweiten sind es gerade die Parteien, die angesichts der zersplitterten unpolitischen »Lage« der potentiellen Wähler konkurrierend längst unerträglich

vereinfachen. Die Kümmernis um Interessen »von unten« gilt nicht den Zielen, meist strittige öffentliche Artikulation und konsequent Bürgerbeteiligung zu erhöhen. Um die gefühlige »Glaubwürdigkeit« wird gerungen. Damit die Parteien wählergeschickt und positionsstark zu den ergiebigen Fleischtöpfen in Berlin oder Washington oder London und Paris und anderwärts befördert werden. Sie, die parteilichen Repräsentanten fungieren als Mitproduzenten von unpolitischem Verhalten und Vorurteilen. Das heißt dann »Demokratie!« Die politischen »Marketing-Strategien«, ein Wort und eine Tatsache aus dem neueren politischen Wörterbuch, werden vollends unausweichlich angesichts der »Televisionierung der Politik« und ihrem alles durchdringenden Internetservice. Durch die Personalisierung in Form von nicht anders möglichen »Charaktermasken« werden die dadurch verstellte Versachlichung der Politik und deren globales Entschwinden zum »Hit« des politischen Tönemanagements. Das mediale Drehbühnentheater selbst in den früher seriös genannten Tageszeitungen wird zu Wirklichkeit einer »entwirklichten« Politik.

Das dritte Bündel von Gründen rankt sich um den alten Sachverhalt mangelnder innerparteilicher Demokratie. Er tritt insofern milder auf, als die Parteien als eine der wenigen politisch sozialen Erfindungen des 19. und 20. Jahrhunderts kaum gewonnen, längst in ihrer demokratisierenden Funktion zerronnen sind. Es lohnt kaum darüber zu streiten, ob das von Robert Michels in enger Anlehnung an Webersche Argumente vor über 100 Jahren verkündete »Eherne Gesetz der Oligarchisierung« in Großorganisationen unvermeidlich herrsche. Dass aber die Parteien zentralstaatlich orientiert und organisiert, primär als Karrierevehikel funktionieren, als Vorauswahlorganisationen der späteren Wahlentscheidung, daran kann wenig Zweifel bestehen. Die schon von Julius Leber diagnostizierte »Ochsentour« wirkt negativ. Auf diejenigen, die sie erfolgreich durchlaufen, wie auf diejenigen, die von ihr abgeschreckt werden oder in ihr stecken bleiben. Von denjenigen aber, die es schaffen wollen, ist in aller Regel das Kunststück zu erwarten, »die unerträgliche Leichtigkeit des Seins« (Kundera) vorbildhaft zu beherrschen, ohne zu schwerelos zu erscheinen. Darum kommt es erneut auf die wohl fabrizierte »Glaubwürdigkeit« an. Wie anders aber sollten Parteien prozedieren, im wahlvermittelten Dauerdruck, von den Lockspeisen des herrschenden »Ägypten« angezogen, wenn Bürgerinnen und Bürger, mit denen sie zu tun haben, die sie mit geschaffen haben, so sind wie sie sind. »Sie« verstehen ja nicht einmal die »einfachsten« politischen Sachverhalte.

Die Parteien nehmen, hier folgerichtig, am Wirklichkeitsverlust von Exekutive und Parlament gegenüber den Bürgern Anteil. Durch sie wird der andere Wirklichkeitsverlust, derjenige nämlich der Bürgerinnen und Bürger angesichts der abgehobenen »Politik« nicht behoben. Er wird durch sie verstärkt.

Extern formierende Faktoren liberaler Demokratie

Die »inneren« Mängel der liberalen Demokratie »real«, wie sie heute »existiert«, ihre »Funktionsdefizite« (Ernst Fraenkel) werden durch »externe« Faktoren verstärkt. Sie erzeugen, demokratisch und liberal gesprochen, eine Strukturkrise der repräsentativen Demokratie.

Die »externen« Faktoren drängen den Prozess liberaler Demokratie in die symbolische Ecke. Sie stellen jede »fülligere« politische Rationalität in Frage, die der abgemagerten liberalen Demokratie vitaminschübig aufhälfe.

a) Die Strukturen und Funktionen einer riesigen, in sich erheblich unterschiedlichen Privatheit werden im schmalen Begriff des Politischen vorausgesetzt. Von der privaten Struktur der Ökonomie, den entsprechenden Investitionsentscheidungen, den Klassenungleichheiten bis hin zur gefährdeten Privatheit des eigenen Hauses, des eigenen Körpers. Der Privatheitsbegriff liberaler Demokratie ist deshalb immer auszulüften und in seiner heterogenen Komposition deutlich zu machen.

Die regulierende staatliche All-Durchdringung, die zu beobachten ist, bedeutet nicht die Veröffentlichung des Privaten. Über die expandierende Regulierung dessen, was Michael Mann die »infrastrukturelle Macht« genannt hat, werden in der Hauptsache Funktionen des Markts und des Weltmarkts vermittelt und vertäut. Die Vermittlung erfolgt nicht pur. Als bleibe sie ohne Ferment, das sie dem Vermittelten hinzutut. Insofern kommt es auf die Eigenarten der Politik, ihrer Gesetze, ihrer bürokratischen Umsetzung unvermindert an. Insgesamt aber wirkt die politische Vermittlung weit mehr, um einen anderen Habermasschen Terminus aus seinem »Strukturwandel der Öffentlichkeit« aufzugreifen, als Privatisierung des Öffentlichen. »Die« Politik hängt mehrfach am Tropf »der« Ökonomie. Sie wird zur abhängigen Größe, zur wichtigen Variable statt eines vergleichsweise festen Parameters. Ihre Eigenmacht wirkt seltsam ausgedünnt. Im schon des Öfteren gebrauchten Tandembild gesprochen: die Politik sitzt auf dem hinteren Platz, auf dem man vor allem treten muss, aber wenig lenken kann. Sie besitzt zu wenig eigene Verfahrens- und Entscheidungsressourcen. Die Quelle der Legitimierung durch »das Volk«, durch einen Appell an »die« Öffentlichkeit, *ihre* Öffentlichkeit, die dem politischen System allein möglich ist, bleibt verstopft und verstellt. Gerade infolge der Abstraktion des repräsentativen Systems von seinen Repräsentanzen und deren Entpolitisierung. Deswegen ist selbst die »populistische« Sanktion mit Hilfe der Luftballonstunden privater Interessen durchschlagender. »Die« Politik wird, selbst- und strukturverschuldet auf ihrem eigenen Felde geschlagen.

Immer wieder und in sich stets verändernden Umständen kann von den Auseinandersetzungen und Positionen in Osteuropa gelernt werden, wenn man sich nicht »westlich« borniert überhebt. So hat 1905 auch Max Weber, dafür rasch russisch lernend, die bürgerliche Revolution in Russland betrachtet und kommentiert. Das, was er angesichts derselben bemerkte ist direkt einschlägig in unserem

Argumentationszusammenhang hier. Man kann nicht für liberale Demokratie eintreten und für Menschenrechte, ohne die nötigen soziopolitischen Umstände mitzudenken, sie zu schaffen oder zu erhalten zu suchen.

»... und schon deshalb scheint es Lebensfrage, daß der Liberalismus seinen Beruf nach wie vor darin findet, den bürokratischen ebenso wie den jakobinischen *Zentralismus* zu bekämpfen und an der Durchdringung der Massen mit dem alten individualistischen Grundgedanken der ›unveräußerlichen Menschenrechte‹ zu arbeiten, welche uns Westeuropäern so ›trivial‹ geworden sind, wie Schwarzbrot es für den ist, der satt zu essen hat.« Nach dieser Bemerkung fährt Weber mit der Feststellung fort: »Diese ›naturrechtlichen‹ Axiome geben ebensowenig *ein*deutige Weisungen für ein soziales und ökonomisches Programm, wie sie selbst ganz und gar nicht *ein*deutig durch irgendwelche – am wenigsten die ›modernen‹ – ökonomischen Bedingungen *allein* produziert werden. Im Gegenteil: so sehr der Kampf für solche ›individualistischen‹ Lebenswerte auf Schritt und Tritt mit den ›materiellen‹ Bedingungen der Umwelt zu rechnen hat, – so wenig könnte ihre ›Verwirklichung‹ der ›ökonomischen Entwicklung‹ überlassen werden. Es stünde heute äußerst übel um die Chancen der ›Demokratie‹ und des ›Individualismus‹, wenn wir uns für ihre ›Entwicklung‹ auf die ›gesetzmäßige‹ Wirkung *materieller* Interessen verlassen sollten. Denn diese weisen so deutlich wie möglich den entgegengesetzten Weg: im amerikanischen ›benevolent feudalism‹, in den deutschen sog. ›Wohlfahrtseinrichtungen‹, in der russischen Fabrikverfassung, – überall ist da Gehäuse für die neue Hörigkeit fertig, ... Und zugleich schafft die zunehmende Kompliziertheit der Wirtschaft, die partielle Verstaatlichung oder ›Verstadtlichung‹, die territoriale Größe der Volkskörper stets neues Schreibwerk, weitere arbeitsteilige Spezialisation und Berufsschulung in der Verwaltung, d.h. aber: – Kaste.« (siehe Gesamtausgabe von 1989, Band 10, S. 268f.)

Das ist ein anderer »Modernisierungstheoretiker«, als den viele Weber stilisieren (sich selbst als Weber sehend). Unbeschadet von Webers eigengeprägten und zeitgenössisch bezogenen Argumenten: Wer die gegebenen, expansiv entwickelten Strukturen und Funktionen der Privatheit der Ökonomie nicht in Frage stellt und neu bedenkt, der sollte aufhören, von liberaler Demokratie zu reden.

b) Die Sprengung des Nationalstaats tut das ihre, die ökonomische (Um-)Funktionierung zu verstärken. Der Nationalstaat war nie geschlossen. Nie entsprach er seinem Souveränitätsanspruch. Anders betrachtet ist er heute nicht irrelevant geworden. Gerade die ökonomisch starken unter den Nationalstaaten üben einen beträchtlichen »außerökonomischen« Druck aus. Die Bedeutung der Territorien und ihrer Grenzen ist mitnichten gering zu schätzen. Die staatliche »Steuerungskapazität« hat jedoch abgenommen.

Angesichts der in alle gesellschaftlichen Poren dringenden Weltmarktkonkurrenz nehmen die staatlichen Institutionen in ihrem Eigeninteresse als unterstützende Faktoren einen ersten Rang ein. Eben als Unterstützer. Die Entwicklung wird von der Konkurrenz der Konzerne und ihrem internen Positionenkampf be-

stimmt. Wissenschaft und Technologie erhalten aus diesem ihre Stimulantien und Mittel. Es dominiert die »Psychodynamik« der Weltmarktgüter. Gegenüber der ökonomisch gezielten Motivierung und Mobilisierung hat »der Staat« wenig Eigenes zu bieten. Er ist der stärkste Mitläufer. Eine Art Hierarchie, die sich bewegt und verändert, ist vorzustellen. Sie umfasst wenigstens fünf Ebenen: die lokale, die regionale, die staatlich(nationale), diejenige, die mehrere Staaten umfasst, à la EU und die globale. Fast alle wichtigen Einflussfaktoren kommen als kaum vorab kalkulierbare Resultate und Resultanten der globalen Konkurrenz zustande. Sie wirken bis in den letzten Weiler. Eine die Lebensqualität mitbestimmende Fülle von »Entscheidungen« wird direkt und indirekt getroffen, je »tiefer« die Akteure der Konkurrenz rangieren. Keine Ebene ist irrelevant. Außerdem sind die Wechselwirkungen und das heißt zugleich die Effekte »von jeweils weiter unten« zu berücksichtigen. Es kommt also in Fragestellung, Einfluss- und Reformabsicht immer darauf an, woran aktuell Interesse besteht. Die Veränderungen der politischen Situationen werden erst dann einsichtig, wenn nicht allein die existentielle Bedeutung globaler Pseudo-Entscheidungen beachtet wird, sondern wahrgenommen wird, wie die gestuften Definitionsmächte die weiter unten gelagerten Ebenen beeinflussen, in ihrer »Logik« durchdringen und die Handlungs-, ja schon die Planungsräume erdrosseln. Man rüstet selbst lokal für den Weltmarktwettbewerb auf. Nicht der Verlust allen Einflusses, aller selbständigen Definitions- und Entscheidungsmacht des Staates und seiner Institutionen samt Repräsentanten ist also zu beklagen, sondern der qualitative Rückgang an jedenfalls möglicher liberaler Politik (vgl. noch einmal das Weber-Zitat). Die weltmarktbezogene innere Aufrüstung und Durchregulierung, übrigens auch angesichts der beträchtlichen Kosten, der negativen Umwelteffekte, der nur indirekt wahrgenommenen, aber viel durchschlagenderen sozialen »Schäden« – darin liegen die liberal-demokratisch gefährlichen, ja, die längst wirklich gewordenen Folgeprobleme. Auf den National-Staat als solchen könnten Spätergeborene füglich verzichten.

c) Die verfasste liberale Demokratie wird dermaßen außenbestimmt, dass der ohnehin luftarme Raum demokratisch substantieller Verfahren und Werte vollends sauerstofflos wird. Die behauptete Stärke der liberalen Demokratie in ihrem Flächen und Massen überbrückenden und organisierenden repräsentativen Prinzip wird hohl, ihre »Realistik« wird zum Schein. Der globale Raum überspannt jeden ihr möglichen Bogen.

Strukturkrise liberaler Demokratie

Eine Strukturkrise liberaler Demokratie können nur diejenigen verkennen, die sie vor allem, und das sind herrschend die Meisten, als Attrappe schätzen. Das Konzept liberaler Demokratie ist zu anderen Zeiten entstanden. Mit Vorformen im Laufe des 17., 18. und 19. Jahrhunderts. Sie ist für andere, quantitativ und qua-

litativ an Umfang und Komplexität ungleich geringere Aufgaben gefunden und gemacht. Ein mehrfacher Wirklichkeits- und Wirksamkeitsverlust muss festgehalten werden. Der Ausdruck »Verlust« soll nicht trügen. Als wäre sie bis vor kurzem oder während der wenigen Jahrhunderte als repräsentative Demokratie, auch in den angelsächsischen Ländern voll erblüht gewesen. Er soll nur signalisieren, dass zwischen den mit ihr konzeptionell verbundenen Ansprüchen und ihrer Tatsächlichkeit eine systematisch erklärbare Kluft bestanden hat und heute, nicht immanent zu überbrücken, klafft. Die Wirklichkeits- und Wirksamkeitslücke gilt von Anfang an.

Erstens klafft sie gegenüber Bürgerin und Bürger. Die repräsentative Demokratie war von Anfang an ein klassenbürgerliches Verfassungsarrangement. Sie war weder auf die Masse der Armen, noch später aufs Proletariat und die Arbeiterbewegung gerichtet. Ohne dass es dazwischen die geringste Kontinuität gegeben hätte – außer der schulisch gebildeten Rezeption –, wurde im liberalen Umkreis ideengeschichtlich mit Hobbes, Locke, später Kant, gleichfalls zu beobachten inmitten der US-amerikanischen Verfassungsdiskussion und ihrem Ergebnis der ersten Verfassung, der Vorbehalt gegen ländlich und städtisch unbürgerliche, nicht primär erwerbs- und besitzgerichtete Gruppen zum liberalen Interessenkern deutlich. Als äußerten Platon und Aristoteles ca. 2000 Jahre später erneut ihre Einwände gegen den ungefügen, nicht berechenbaren, nicht Eigentum und Freiheit vereinenden »ochlos«, die »ewige« Gefahr von unten. Darum blieb die repräsentative Demokratie sozial elitär mit schmalem bürgerlichen Boden. Bis zur späten angelsächsischen und, ausgewählt, primär west- und nordeuropäischen Einführung des allgemeinen Wahlrechts ohne Diskriminierung in Sachen Gender und Besitz rund um und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg war und blieb Repräsentation klassenpolitisch auf Männer beschränkt. Auch diese Aussage trifft bestenfalls halb zu. Des jungen Marx' Kritik in seiner, was die Titelgeber angeht, eher fragwürdigen »Judenfrage«, ein halbes Jahrhundert nach der Französischen Revolution trifft reicher an Aspekten zu. Die behauptete, durch den aufgebauschten Akt gleichen Wahlrechts Erwachsener, dem Schein nach mit demokratischem Wesensgewicht versehene politische Gleichheit, schwindet als wassergespiegelte Täuschung dahin. Was könnte das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht im Kontext struktureller Ungleichheiten bewirken, den ökonomischen, den Einkommens- und Vermögensunterschieden, der ganzen Skala, die Bourdieu in seinen »feinen Unterschieden« bildungs-, sprach- und vor allem arbeitsmarktpolitisch mit ihrer lebendigen Fixierung als Habitus fundamental chancenungleicher formell gleicher Bürgerinnen und Bürgern analysiert und beschreibt?! Umso nachhaltiger werden die Wahltrompeten geblasen. Umso mehr wird mit Kümmergesicht die meist umfangreichste (Nicht-)Partei der Nicht-Wählenden bedauert. Als handele es sich um seltsame, individuell zurechenbare Verdrossenheiten und Apathien. So wichtig die sozialpolitische Modifikation konkurrierend Menschen zerstörenden Kapitalismus war, bleibt sie systematisch unzureichend, solange die

systemische kapitalistische Prämisse gilt. Dann kann sie demokratisches Bewusstsein und Verhalten nicht fundieren.[195]

Zweitens klafft eine Wirklichkeits- und Wirksamkeitslücke in Verbindung mit Bürokratie. Sie kann als zusätzliche, im Laufe der Zeit sich erhöhende Blockade bezeichnet werden. Sie wird technologisch fortgesetzt. Die Bürokratie in all ihren vielfach getrennten Teilen umgibt die liberale Demokratie wie ein geschlossener Raum Pflanzen umgibt und ihr Wachstum einengt. Diese können bei künstlichem Licht nur ab und an, wenn schildbürgergleich in Eimern Sonne hineingetragen wird, ein wenig Blattgrün anreichern. Die liberale Demokratie und ihre behaupteten Funktionen, die freilich »Realisten« wie Schumpeter und andere »neue politischen Ökonomen« nicht mehr erwähnen, definieren nicht. Sie werden definiert. Das, was den demokratischen Namen trägt, geschieht im bürokratisch-technologischen Modus. Bewirkt wird dieser Tausch qualitativer Modalitäten zuerst und vor allem durch schiere Quantitäten. Max Webers verständliche Befürchtung, bürokratische Monstrositäten diversen Umfangs seien der modernen Menschen und ihrer in ihnen verkapselter Politik Schicksal, führt er vor allem auf die expandierenden Größenordnungen zurück. Ähnlich hat dies schon Alexis de Tocqueville im Schlussteil seiner »Demokratie in Amerika« ca. 70 Jahre früher getan. Sobald in ihrerseits vergrößerten Räumen für viele Menschen umfangreiche Leistungen der Produktion und der Verteilung erbracht werden müssen, wir lassen hier Produktion, Verteilung, Leistungen unbestimmt offen, werden dafür spezialisierte Institutionen und in ihnen wirksame, ihrerseits professionell qualifizierte Menschen benötigt. Kurzum: Büros und ihre Angestellten werden gebraucht. Sie werden, wenn die Größenordnungen bleiben oder, wahrscheinlicher, zunehmen, notwendigerweise zu Büro-kratien und Bürokraten. Das geschieht öffentlich und privat, weil nur spezialisierte Einrichtungen und ihr Personal den Umfang der Leistungen im Rahmen eines Zeithaushalts, also einer eigenen Ökonomie der Zeit erbringen können, die den Mitteln, der dann auch bürokratisch zusammengehaltenen Menschen und den Erfordernissen ihrer Versorgung genügt.

Auch hier gilt die Weisheit des Predigers, »Alles hat seine Zeit«, und das verinnerlichte Profitmotiv Benjamin Franklins, »Zeit ist Geld«. Drei zusätzliche Merkmale zeichnet die Art, wie sie ihren Aufgaben nachkommen. Sie konzentrieren sich erstens eng auf ihre Aufgaben. Sie werden zu spezialisierten Einrichtungen und zu Fachkräften. Sach- und fachgerechte Konzentration, deren Perspektive und Akzente sich aus den Aufgaben ergeben, bedeutet zweitens, von Nebensächlichkeiten abzusehen, sprich von Besonderheiten, die mit der Vielheit von Dingen und der Vielfalt von Personen gegeben sind. Das macht die Wirksamkeit ei-

[195] In seiner lesenswerten Studie, »Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus«, Frankfurt/M. 2013, hat Wolfgang Streeck diesen grundlegenden Umstand liberaler Demokratie übersehen und einseitig auf die jüngste Zeit verkürzt. Siehe darüber hinausgehend: Sheldon S. Wolin, Democracy Incorporated. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism, Princeton and Oxford 2008.

ner Bürokratie aus, dass sie und ihre Funktionäre ein Gesetz anwenden oder ein Produkt erzeugen. Dabei sehen sie von den Besonderheiten einzelner Bürgerinnen und Bürger ab oder von den sonstigen Eigenarten des Materials mit dem oder aus dem produziert wird. Das Lob der Neutralität der Verwaltung, der Sachgemäßheit der Produktion folgt daraus. Das dritte Merkmal schließlich besteht in der Aufgaben- und Arbeitsteilung. Angesichts der »Massenaufgaben« diverser bürokratischer Produktion kommt die Arbeitsteilung ins schaffende Leistungsspiel. Das Gesetz, um dessen Anwendung es zu tun ist, das Produkt, das hergestellt werden soll, wird in Arbeitsschritte unterteilt, für die besondere Kompetenzen ausgebildet werden. Das machte seinerzeit Taylor und das Fließband berühmt, trug zur Massenproduktion vor allem der Autoindustrie bei und gab einer ganzen Wirtschaftsperiode von den 20er Jahren bis in die 60er des 20. Jahrhunderts den freilich weder zeitlich noch sachlich durchgehend stimmigen Namen: Taylorismus und vor allem Fordismus.

Solch allgemein begründete Bürokratien werden, wie schon der Name sagt, in »Massendemokratien« gebraucht. Ergänzt man ihre Funktionen im Kontext von liberalen Demokratien wird rasch erkenntlich, warum und inwieweit, zwischen liberaldemokratischen Prozeduren und Bürokratien, wenn nicht konträre, einander ausschließende Gegensätze, so doch Widersprüche und immer erneut schwer zu behebende Spannungen bestehen. Das Muster bürokratischer Wirksamkeit (»Effektivität«) besteht in der aufgaben- und zeitbezogenen Abstraktion, dem Absehen von Menschen und ihren Besonderheiten, auch der Abstraktion von zeit- und situationsbezogenen, nur historisch erfassbaren Eigenarten des Kontextes eines Lebens. Können personale und gruppenspezifische Besonderheiten und Kontexte einer politischen Form, genannt liberale oder repräsentative Demokratie, die meist zusätzlich ihren Bezug auf und ihre Umsetzung von Grund- und Menschenrechten – normativ – behauptet, gleichgültig sein?

Im Unterschied zu allzu leicht-sinnigen Versprechen erhöhen die Informations- und Kommunikationstechnologien die Grade der Abstraktion, also des Absehens von materiellen, kontextuellen und personellen Besonderheiten bis zur Unkenntlichkeit von Besonderem. Ihre tendenziell unbegrenzte Anwendung und die dadurch bewirkte Ausweitung der Informationen, die Verbote und Kontrollen überspringen und durchdringen, bewirken zusätzliche Freiheiten nicht zuletzt dort, wo sie durch soziale mitsamt herrschenden Schranken verhindert werden. Das ist nicht gering zu achten. Die Annahme jedoch potentiell informationelle Grenzenlosigkeit oder – positiv ausgedrückt – informationelle Freiheit befreie allgemein und könne zur Emanzipation jedes Menschen beitragen, führt nicht nur dort in die Irre, wo etablierte Herrschafts- und Gewaltformen mitnichten informationell durchlöchert und aufgehoben werden. Sie täuscht nicht nur dort, wo so getan wird, als ob Informationen verbreitende und zugänglich machende Konzerne interessenfrei aus den Produktions-, Verbreitungs- und Konsumtionsbedingungen genetisch und funktional früher und primär geltender kapitalistischer

Vergesellschaftung herausfielen. Sie wird vielmehr geradezu pervertiert, weil die Informations- und Kommunikationstechnologien und ihre Anwendung zu enormer Abstraktion führen und umfassende, angewandte Vereinzelung ermöglichen. Ansonsten fällt es schwer, selbst informationell unübersehbare Größenordnungen und Zusammenhänge – und sei's durch transhumane Algorithmen – zusammenzuhalten. Dies geschieht im Sinne massenhaft vereinzelter angewandter Abstraktion. Die zusammenhängenden nicht politisch organisierten, durch Formeln reduzierten informationellen Massen privilegieren zum einen die Geldform als Allgemeinheit schlechthin mit der einen sozial penetranten Besonderheit der ungleichen Reichtumsverteilung. Zum anderen sorgen sie dafür, eine neue gesellschaftliche Wahrheitsinstanz zu inthronisieren: das Gesetz der großen Zahl im Sinne der Wahrheit implizit in großen Zahlen. Die qualitativ enteignenden Folgen sind an so verschiedenen Phänomenen wie dem innovativen Galopp der Medizin und dem qualitativen Ende liberaler Demokratie abzulesen. Deren Versprechen verantwortlich zurechenbarer Politik verbunden mit ihrer letztlich bürgerlichen Kontrollierbarkeit ist nahe an seine Perversion gekommen.

Der Widerspruch oder die Spannung zwischen abstrakter Allgemeinheit und der Besonderung bürgerlicher Menschen- und in eins damit Teilnahmerechte beginnt schon zuvor bei einer der Hauptqualitäten liberaler Demokratie: ihrer rechtsstaatlichen Qualität. Wer wollte das Prinzip der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, human fortschrittlich, wie es zu sein scheint, wenn schon nicht universell wie in Sachen sanktionsloser Allgemeiner Menschenrechte, wohl jedoch im Rahmen von Nationalstaaten oder rechtlich verbundenen Staatenblöcke à la EU nicht verteidigen? Trifft jedoch die Annahme allgemeiner und prinzipiell gleicher Geltung von Gesetzen zu, und sei es »nur« nationalstaatlich? Sondergesetze, die diskriminieren, unterhalb der Eigenschaft »Mensch« werden mit durchschlagenden, historisch nicht zu hintersteigenden Gründen ausgeschlossen. Die Gefahren sind dennoch nicht zu unterschätzen, dass die liberal, im besten Sinne freiheitsrechtlich hoch gehaltene Gleichheit vor dem Gesetz geradezu von einen Rattenschwanz an Ungleichheit überschönt wird. Zuerst die existentielle Ungleichheit, die angesichts der erfindungsreichen Formierung von Nationalstaaten seit dem 18. und 19. Jahrhundert zu einer nicht mehr infrage gestellten Selbstverständlichkeit geworden ist, einer »Non-Decision«,[196] zu Zeiten der postkolonialen Globalisierung ethnozentristisch verschärft. Dass gesetzliche Gleichheit auch so genannter Grundrechte, ja sogar die übernationalen Menschenrechte an den Grenzen der Nationalstaaten und ihrer Bestimmungsmacht zerschellen.[197] Unbeschadet des Staatsbürgerrechts in Deutschland, wesentlich kolonial gefasst 1913

[196] Vgl. Peter Bachrach/Morton S. Baratz, Two Faces of Power. Decisions and Nondecisions (vgl. Anm. 13).

[197] Siehe Gérard Noiriel, Die Tyrannei des Nationalen (siehe Anm. 93); Hannah Arendt, Der Niedergang des Nationalstaates und das Ende der Menschenrechte, in: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1992, S. 559-625, bes. S. 601ff.

und des Bürgerrechts oder Rechts der Citizenship anderwärts, gelten analog zu den Aussagen über die Widersprüche zwischen der Behauptung politisch bürgerlicher Gleichheit und sozialer Ungleichheit zwischen den politisch rechtsgleichen Bürgerinnen und Bürgern, formell und materiell begründete Unterschiede der Berechtigung, der Rechtsdurchsetzung und des Justizvollzugs. Liberale Behauptungen über die Segnungen der Teilung staatlicher Gewalten und der daraus hergeleitete Legitimationsgewinn verlieren drastisch an Substanz.

Strukturen und Funktionen der Privatheit primär ökonomischer Art haben längst die Wissenschaften durchdrungen. Ihre Beweggründe, Zielmargen und materiellen Möglichkeiten samt Anreizen sind der nicht greif- und berechenbaren Definitionsmacht der Weltmärkte primär ausgesetzt. Mittel, die dadurch bewirkten Verluste gleichzeitig aufzuheben, sind nicht zu sichten. Die schier unüberwindliche Schwierigkeit besteht darin, die »Verlustarten« auf einmal zu überwinden. Die gleichzeitige Entwicklung, die die privat absorbierte Vereinzelungen schafft und eine nicht mehr fassbare Zentralisierung hat schon Alexis de Tocqueville, der konservative Liberale in immer neuen Variationen des Ausdrucks im Schlussteil seines »Über die Demokratie in Amerika« (dtv, München 1987/1835), ebenso in seinen anderen Büchern und Reiseberichten bedrückt ausgemalt. Er hat die Weltmarktöffnung noch nicht vorweg gesehen. Dadurch bedingte Grenzen nehmen jedoch seinen Argumenten nichts von ihrer Eindringlichkeit. Sein dauerndes, aristokratisch angehauchtes Monitum – denkt an die vermittelnden Zwischengewalten, schafft sie nicht als zuvor apostrophierte Probleme ab! – ist jedoch auch heute ähnlich intensiv zu bedenken:

»Ich will mir vorstellen, unter welchen neuen Merkmalen der Despotismus in der Welt auftreten könnte: ich erblicke eine Menge einander ähnlicher und gleichgestellter Menschen, die sich rastlos im Kreise drehen, um sich kleine und gewöhnliche Vergnügungen zu verschaffen, die ihr Gemüt ausfüllen. Jeder steht in seiner Vereinzelung dem Schicksal aller anderen fremd gegenüber: ... was die übrigen Mitbürger angeht, so steht er neben ihnen, aber er sieht sie nicht; er berührt sie, und er fühlt sie nicht; er ist nur in sich und für sich allein vorhanden (die »Culture of Narcissism – eine Gegenwartserfindung?, die Verf.) und bleibt ihm noch eine Familie, so kann man zumindest sagen, dass er kein Vaterland mehr hat. Über diesen erhebt sich eine gewaltige, bevormundende Macht, die allein dafür sorgt, ihre Genüsse zu sichern und ihr Schicksal zu überwachen. Sie ist unumschränkt, ins einzelne gehend, regelmäßig vorsorglich und mild. Sie wäre der väterlichen Gewalt gleich, wenn sie das Ziel verfolgte, die Menschen auf das reife Alter vorzubereiten. Stattdessen sucht sie bloß, sie unwiderruflich im Zustand der Kindheit festzuhalten. Es ist ihr recht, dass die Bürger sich vergnügen, vorausgesetzt, dass sie nichts anderes im Sinn haben, als sich zu belustigen. Sie arbeitet gerne für deren Wohl. Sie will aber dessen alleiniger Betreuer und einziger Richter sein. Sie sorgt für ihre Sicherheit, ermisst und sichert ihren Bedarf, erleichtert ihr Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Geschäfte, lenkt ihre Industrie, ordnet ihre Erb-

schaften, teilt ihren Nachlass; könnte sie ihnen nicht auch die Sorge des Nachdenkens und die Mühe des Lebens ganz abnehmen?« Gegenwärtig, so fährt de Tocqueville fort, wolle man »Zentralisierung und Volkssouveränität«, »Verwaltungsdespotie und Volkssouveränität« miteinander verquicken. Als sei die Freiheit der Einzelnen gesichert »wenn sie sich der Nationalgewalt ausliefern.«

Nun folgen Beobachtungen, die wieder das zeitigen, was wir eine sozial-ökologische Argumentation nennen. Unbeschadet ihrer Formulierung und Zeittypik im Einzelnen regt sie zum Weiterdenken und zu Konsequenzen an. Bürgerin und Bürger werden als »ganze« Personen wahrgenommen. Ihre Aktivitäten werden nicht hie »öffentlich« dort »privat« eingeteilt, als bestünde dazwischen kein Zusammenhang: »Die Abhängigkeit in den kleinen Angelegenheiten des Lebens zeigt sich jeden Tag und wird von allen Bürgern unterschiedslos gefühlt (das was Weber später im Zusammenhang der Bürokratisierung diagnostizierte, d. Verf). Sie bringt sie nicht zur Verzweiflung; aber sie ärgert sie fortwährend und verleidet ihnen die Betätigung ihres Willens. Sie löscht sie geistig allmählich aus und zermürbt sie seelisch, wogegen der Gehorsam, der nur für eine kleine Zahl sehr ernster, jedoch äußerst seltener Anlässe geschuldet wird, die Knechtschaft ab und zu sichtbar macht und bloß auf bestimmten Menschen lastet. Vergeblich gibt man den gleichen Bürgern, die man von der Zentralgewalt abhängig werden ließ, den Auftrag von Zeit zu Zeit die Vertreter der Gewalt zu wählen. Die notwendige, aber nur kurze und so seltene Betätigung ihres freien Willens verhindert nicht, dass sie die Fähigkeit selbständigen Denkens, Fühlens und Handelns nach und nach einbüßen und daß sie dergestalt Schritt für Schritt unter die Stufe des Menschentums herab sinken (in Max Webers Ausdruck: moderne Fellachen werden, d. Verf.). Ich füge hinzu, dass sie bald außerstande sein werden, das große und einzige Vorrecht auszuüben, das ihnen verbleibt. Die demokratischen Völker, die die Freiheit in den politischen Bereich einführten, während sie gleichzeitig den Despotismus im Verwaltungsbezirk steigerten, sind auf recht seltsame Absonderlichkeiten verfallen...« (S. 814ff.)

Herrschaft und Legitimität

Die These, Herrschaft habe von Menschenbeginn an bestanden und sei deshalb »universell«, haben wir früher infrage gestellt. Indem wir illustrierend auf die Kontroverse von Ralf Dahrendorf und Christian Sigrist während der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts aufmerksam machten. Wir haben auch mit Hilfe einer Reihe feministischer Untersuchungen aus ähnlicher Zeit, insbesondere mit Hilfe der Ethnologin Eleanor Leacock, die These des »ewigen« Patriarchats bezweifelt. Unbeschadet der wohl nie definitiven und als definitive auch wenig erhellenden Antwort auf die Frage: ob »Herrschaft« von Anbeginn allgemein vorzufinden gewesen sei, woraus man in einem logischen Sprung von einer humanen Herrschaftsontologie sprechen könnte, gilt dreierlei.

Zum einen: Herrschaften von vornherein im Plural sind quantitativ, also nach Umfang und qualitativ, also nach ihrer Eigenart, so verschieden gewesen und sind es in abnehmender Vielzahl, dass es immer erneut einer historisch gesättigten Untersuchung ihrer Motive, ihrer diversen Formen und Funktionen bedarf. Von einer Art Herrschaftszwang unter den Menschen lässt sich nicht reden. Allenfalls, wenn man, herrschaftskritisch, also auf Differenzierung erpicht, die genetisch und funktional verflüssigenden Fragen (herrschaftlich) erstarren ließe, hätte jeglicher Ursachen- und Gestaltenzweifel ein Ende.

Herrschaften, selbst dort wo sie nur rudimentär rückwärtig zu entdecken sind – das zum zweiten –, kamen nie zur Ruhe. Gab es Herrschaftsversion, gab es allemal zugleich Subversion. Ob dieser »herrschaftsewigen« Unruhe waren Herrschaften immer legitimations- oder rechtfertigungspflichtig. Die Morgensonne einer Legitimation geht Herrschaftsstümpfen und -sümpfen voraus. Ihr legitimatorischer Schatten begleitet sie und schattet allenfalls nach, nachdem eine historische Herrschaftsform ihre Existenzbedingungen verloren hatte. Herrschaftsvariationen sind also, zuerst von Seiten der Herrschaftsunterworfenen, unablässig fragwürdig.

Darum spricht – zum dritten – mehr dafür, Herrschaftsfreiheit als eine allen menschlichen Gesellungen zugrunde-, bzw. orientierend, utopisch, vorausliegende Vorstellung anzusehen, die zur Bezugsnorm politischen Urteilens werden sollte, könnte, ja müsste. Die Fragen warum, und – herrschaftsminimierend – inwieweit, treiben unablässig herum.

Die an vielen Stellen schon angesprochene Herrschaftssoziologie Max Webers hat darin ihre Qualität und Grenze, dass und wie Weber Herrschaftsformen mit ihrer Legitimation zusammensieht und differenziert.

»Herrschaft«, so hebt er in seinem Handbuch »Wirtschaft und Gesellschaft« (S. 541f.) an,[198] »in ihrem allgemeinsten, auf keinen konkreten Inhalt bezogenen Begriff ist eines der wichtigsten Elemente des Gemeinschaftslebens. Zwar zeigt nicht alles Gemeinschaftshandeln herrschaftliche Struktur. Wohl aber spielt Herrschaft bei den meisten seiner Arten eine sehr erhebliche Rolle, auch da, wo man nicht sofort daran denkt. So z.B. auch in den Sprachgemeinschaften. … Ausnahmslos alle Gebiete des Gemeinschaftshandelns zeigen die tiefste Beeinflussung durch Herrschaftsgebilde. In außerordentlich vielen Fällen ist es die Herrschaft und die Art ihrer Ausübung, welche aus einem amorphen Gemeinschaftshandeln erst eine rationale Vergesellschaftung erstehen lässt, und in anderen Fällen, wo dem nicht so ist, ist es dennoch die Struktur der Herrschaft und deren Entfaltung, welche das Gemeinschaftshandeln formt und namentlich seine Ausgerichtetheit auf ein ›Ziel‹ erst eigentlich determiniert. Das Bestehen von ›Herrschaft‹ spielt insbesondere gerade bei ökonomisch relevantesten sozialen Gebilden der Vergangenheit und der Gegenwart: der Grundherrschaft einerseits, dem kapitalistischen Großbe-

[198] Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (siehe Anm. 79).

trieb andererseits, die entscheidende Rolle.« Wenig später fährt Weber fort: »Wir vergegenwärtigen uns …, daß es zwei polar entgegengesetzte Typen von Herrschaft gibt. Einerseits die Herrschaft kraft Interessenkonstellation (insbesondere kraft monopolitischer Lage), und andererseits die Herrschaft kraft Autorität (Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht).[199] Der reine Typ der ersteren ist die monopolitische Herrschaft auf dem Markt, der letzteren die hausväterliche oder amtliche oder fürstliche Gewalt. Die erstere gründet sich im reinen Typus lediglich auf die kraft irgendwie gesicherten Besitzes (oder auch marktgängiger Fertigkeit) geltend zu machenden Einflüsse auf das lediglich dem eigenen Interesse folgende formal ›freie‹ Handeln der Beherrschten; die letztere auf eine in Anspruch genommene, von allen Motiven und Interessen absehende schlechthinnige Gehorsamspflicht. Beide gehen gleitend ineinander über.«

In den folgenden Abschnitten teilt Weber mit, dass er sich vor allem auf »den Begriff der Herrschaft im engeren Sinne« mit ihrem Kerngehäuse »autoritärer Befehlsgewalt« konzentrieren wolle, nicht auf marktförmige Herrschaft, obgleich »alles gleitend und flüssig« sich darstelle. Außerdem macht er auf die »Grundunterschiede in den allgemeinen Fundamenten der Herrschaftsgeltung« aufmerksam.[200] Wir wollen jetzt nicht die Fülle der Herrschaftsaspekte mitsamt ihrer historischen Schärfe webergetreu dartun, sondern ein Pendant von Herrschaft über Weber hinaus profilieren, von dem er meist eher indirekt durchgehend handelt. Er hat es im Rahmen der Herrschaftssoziologie im II. Abschnitt eher kurz und schematisch skizziert: »die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft« (S. 717 ff.). Herrschaft wird, so sagten wir eingangs dieses Abschnittes riskant fundiert, durch das, was Weber zuweilen »Legitimationsglauben« nennt. Webers drei immer in verschiedenen Mischungen auftretenden, nie als solche wirksamen, sondern aus historischer Vielfalt zum eher abstrakten Vergleichszwecke konstruierten von ihm so genannten Idealtypen, drei an der Weberzahl, treten allemal wirksam in unterschiedlichen Mischungen auf. Die primär »traditional« genannte Legitimation ist am ehesten vormodernen und eher statischen Gesellschaften zuzuordnen. Geradezu klassisch die Qualifikation des Rechts als gut, weil es alt, sprich herkömmlich sei. Die übliche Qualifikation dieses Rechts lautet »custom« oder Herkommen.[201] Die Art der Legitimation, die überwiegend Gesellschaften im sich

[199] Siehe zu den wichtigen Übergangsjahren der Einübung beider in der Klammer berührten Verhaltensbeugungen oder die Einübungen in herrschaftlich sozialisierten Habitus die Illustrationen von Christopher Hill am britischen Beispiel, Liberty Against The Law. Some Seventeenth-Century Controversies, London 1996.

[200] In Theodor W. Adornos leicht(er) zugänglich formulierten Vorlesung, Band 6, Philosophie und Soziologie, Frankfurt/M. 2011, werden die Lesenden nicht nur in Gebrauchs- und Funktionsarten von »Ideologie« eingeführt. Sie können im Verlauf der 17. Vorlesung vom 26. Juli 1960, S. 261ff. zusätzlich (fast) alles Nötige zur sozialwissenschaftlichen Typusbildung, ihrem Erfordernis, ihren internen Ärgernissen und Aporien lernen.

[201] Siehe Edward P. Thompsons »Customs and Commons« (Anm. 58); vgl. Stanley Diamond, Law and Custom (Anm. 15).

beschleunigenden Fortschrittsgalopp eignet, nennt Weber den »bürokratisch – legalen« Typus. Dort wird alles, was Recht ist, nicht primär aus dem Herkommen hergeleitet, lateinisch: dem mos majorum, den Umgangsformen seit Menschengedenken. Ihnen entsprechen in der Tragödie des Sophokles, »Antigone«, die »ungeschriebenen Gesetze« (nomoi a-graphoi). Jetzt in einer gewandelten herrschaftlichen Vergesellschaftungsform wird vielmehr vom aufkommenden Staat, seinen fürstlich-königlichen Vertretern und seinen wenigstens fötal bürokratischen Herrschaftsdienervertretern, das neue Recht gesetzt, oder wie Weber in seinem lesenswerten Fragment aus »Wirtschaft und Gesellschaft« formuliert, »gesatzt«. Daher wird dieses unerhört neue Recht, wie es in einem Spiel über den Anti-Christ im 12. Jahrhundert heißt, dem Tegernseer Ludus, dem Teufel zugeschrieben. »Deponam vetera nova jura dictabo.« Ich habe das alte Zeug abgeschafft und neue Rechte diktiert. Eine traditional ungeheure Anmaßung.[202] Trotz manchen Gewohnheitsrechten sind in der Moderne beispielsweise die parlamentarische Gesetzesmaschinerie und der mit »gesatzten« Rechten in Form von Gesetzen geknüpfte Teppich – darum die rechtsstaatliche Legitimation – so selbstverständlich, dass die Mehrwertigkeiten dicker werdender, national und international überlagerter Rechtsfabrikationen kaum noch diskutiert werden.

Neben dem heute im Vordergrund stehenden »Idealtyp« der »bürokratisch-legal« kennzeichnet, der also überwiegend modern erscheint – wir werden illustrierend sogleich auf ihn zurückkommen – , nennt Weber seinen dritten Legitimationstyp »charismatisch«. Das Adjektiv wurde zuvor ab und an in Religionswissenschaften verwandt. Er soll, altgriechisch verfremdet, auf besondere Fähigkeiten, Eigenschaften, nicht alltäglichen Handlungen, die Taten der Personen hinweisen, denen man das Charakteristikum »charismatisch« hinzufügt. Längst ist es umgangssprachlich eingemeindet worden. Beispielsweise wird von charismatischen oder eines Charisma entbehrenden politisch tätigen Personen gesprochen. Meist meint man damit Leute, die besonders anziehend, sprich attraktiv wirken, überzeugend reden können und das besitzen, was betriebswirtschaftlich und -politisch über die Maßen zählt, mit dem fast wortweltweit gewordenen Eindrucks-, jedoch auch Schulungsjargon ausgedrückt: über vor allem amerikanisch auratisch wirksame leadership capacity verfügt. Die Qualitätsbezeichnung und ihre Überzeugungskraft eignen sich deshalb so ausgezeichnet, weil sie nicht festgelegt, von Jederfrau und Jedermann täglich neu erfunden und zugesprochen werden können. Sie vermögen an sich selbst als wohlgefälliger Lückenbüßer für ansonsten vielfach schwer Erklärliches herzuhalten bis hin zum gröfazgeblasenen Charisma Adolf Hitlers. Weber, über den »Un«-Begriff des Charisma und seine verblendende Kraft

[202] Siehe Otto Brunner, Land und Herrschaft. Grundfragen der traditionalen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, Wien und Wiesbaden 1959 (Vierte, veränderte Auflage). Hier Motto des Kap. 3, »Die Rechtsanschauung des Mittelalters«, S. 133. So spricht der Antichrist im Tegernseer Ludus.

nicht im Unklaren, hat unter anderem darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die Kreation charismatischer Personen den Zeitumständen und ihren führenden Vorurteilen geschuldet ist. Außerdem hat er zwei wichtige Merkmale hinzugefügt. Zum einen, dass Ämter, die jemand einnimmt oder Funktionen, die jemand ausübt, häufig so etwas wie »Amtscharisma« vermitteln. Dort tritt das auf, was weiter unten im Kontext der Identifikation noch einmal zu berühren ist: Amtscharisma. Der andere, von Weber genannte Aspekt besteht in der »Veralltäglichung« des Charisma. Am häufigsten ereignet sie sich, wenn eine fast heroische Salbung durch einen personal fixierten Wahlsieg erfolgt, z.B. der hoffnungstrunkene Taumel vieler Franzosen anlässlich des Sieges von Mitterrand bei den nach-gaullistischen Präsidentschaftswahlen in Frankreich 1981; oder jüngst das »yes, we can« infolge des Sieges des ersten Afroamerikaners, Barack Obama, bei den Präsidentschaftswahlen in den USA. Anzumerken ist, dass beide Präsidentschaftsämter verfassungsgemäß, nicht zuletzt in ihren von den jeweiligen Verfassungen vorbereiteten, geradezu unheimlichen, in jedem Fall illiberalen Kriegs- und Geheimdienstkompetenzen, einer nur noch amtscharismatisch möglichen Legitimation zuarbeiten. Max Weber verfolgte in Sachen der von ihm vorgedachten, nicht von ihm bewirkten plebiszitären Wahl des Reichspräsidenten eine ähnliche Absicht. Der Wahlmodus erfolgte nach der Weimarer Reichsverfassung noch zu seinen Lebzeiten zum ersten Mal 1919 durch die Wahl Friedrich Eberts. Das Plebiszit und die erheblichen Kompetenzen des Reichspräsidenten sollten einen von bürokratisierten Interesse unabhängigen, seiner Politik und ihrem Verfassungsbett als ganze Person verantwortlichen Politiker formen (über die symptomatischen, analytisch fahrlässigen Fehler aller drei Verfassungen und ihrer Wirklichkeit ist hier nicht zu handeln).

Wahrscheinlichkeit und überwiegende Gefahren projektiver Identifikationen

Lohnend wäre es, den verschieden tiefen und alten Flöz der Verhaltens- und Bewusstseinsschichten von Herrschaftslegitimation auszuloten und also Herrschaft an sich selber. Sie sind vielleicht immer noch wirksam. Und sei es als ebenso wirksames, wie begrifflich fragwürdiges »kollektives Gedächtnis« (Maurice Halbwachs, im nationalsozialistischen KZ in Buchenwald ermordet). Dann müssten wir wenigstens einen zusätzlichen Doppelband von Genesis und Geltung und das Gedächtnis erfrischenden Materialien schreiben und zusammenstellen können. Erst dann wäre Herrschaftsanalyse fundiert. Eingedenk Adornos wichtigem Hinweis auf Konstruktion und Umgang mit Typologien und Webers praktischer Annäherung – beide vermieden, so verschieden die Gründe gewesen sein mögen, dichotomische Spaltungen und Zuordnungen – entwickelten wir am besten dimensional mehrere Skalen mit jeweils extremen Enden, zwischen die wir verschiedene Varianten der Legitimation einordneten. Eine Skala höbe beispielsweise damit an,

dass sich die Mehrheit einer zeitlich und räumlich begrenzten Gesellung mit dem konstituierenden Geflecht der geltenden Normen und Sanktionen samt ihrer institutionellen Umsetzung teilnahmevoll wie mit sich selber identifizierte. Am anderen Ende der Skala träfe man auf eine Gesellung, die mit flacher Bewusstheit, – um zweimal hintereinander treffliche Kennzeichnungen Niklas Luhmanns zu gebrauchen –, die karge, magersüchtige Legitimation mit eingeübtem »Lob der Routine« und durch formelle Verfahren« leisteten (bei Luhmann »Legitimation durch Verfahren«). Nicht nur wäre es nun geboten mit historisch oder gegenwärtig gesättigten Exempeln vorsichtig unter diversen Gesichtspunkten zu beurteilen, wie es um die jeweilige demokratische Qualität, um Stabilität und Krisenanfälligkeit, um den Umgang mit intern und extern anderen Vergesellschaftungsvarianten individuell und kollektiv stünde (und anderen Aspekten im historisch präsentierten Material mehr). Es wäre gleicherweise an der Zeit, die Skala mit Zwischentypen anzureichern. Eine andere Skala setzte von vornherein primär materialistisch an. Sie begänne etwa mit dem historischen »Besitzindividualismus«, wie ihn Crawford B. Macpherson am Exempel Hobbes/Locke skizziert hat. Sie endete mit dessen Variante zu Zeiten gegenwärtiger Etappe der Globalisierung. Die Skala würde am englischen Beispiel historisch aufgezogen. Die Aspekte blieben und mehrten sich noch zuletzt im Hinblick auf einen Schlüsselbegriff Max Webers (»Habitus«), den Wilhelm Hennis gegen Ende des letzten Jahrhunderts zurecht hervorgehoben, wenngleich nicht material und habituell weberkritisch ausgeführt hat.[203] Und so weiter. Und so fort. Eine Serie von spannenden Dissertationen und Habilitationen inmitten der sich weit erstreckenden Öde zweier »an sich« spannender, wichtiger und ob ihrer Pseudounmittelbarkeit anhaltend verführter Fächer: der Politikwissenschaft und Soziologie! Die zu Rate zu ziehende Zahl der Wissenschaften und das zuhandene oder zu recherchierende Material erstreckt sich indessen weit über das seither Angedeutete hinaus, ist man im Weber/Hennisschen Sinne an der Formierung von Bewusstsein und seiner habituellen Verankerung in europäisch angelsächsischen Breiten interessiert. Das ist nicht zuletzt geboten, um die habituelle Schließung westlicher Zivilisation im Zuge der Kolonial- und Imperialgeschichte des letzten halben Jahrtausends zu verstehen (und vielleicht trotz allem wenigsten modifizieren zu können,[204] sogar westlich eigeninteressiert angesichts der außerwestlichen Konkurrenz). Edward Saids immer schon dringliche Frage nach dem Verhältnis von Orient und Okzident, von Eigenem und Anderem gewinnt an existentieller Intensität.

Ausnahmezustand und Norm. Herrschaft und ihre Rechtfertigung durch die in ihrem Kontext Lebenden stehen in dauernder Spannung zu einander. Beide Sei-

[203] Wilhelm Hennis, Max Webers Fragestellung (siehe Anm. 155).

[204] Im Sinne nur eines, aber wichtigen Exempels zur jahrhundertelangen Kontinuität von Vorurteilen mit der Folge von gegebenenfalls tödlichen Ausgrenzungen bis heute unbeschadet nationalsozialistisch genozidaler Erfahrungen vgl. Klaus-Michael Bogdal, Europa erfindet die Zigeuner: Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Frankfurt/M. 2011.

ten tendieren dazu, sich gegenseitig aufzuheben. Sie bilden einen dynamischen Widerspruch verschiedener Mischungsgrade von Statik und Dynamik mit langkurzen Phasen anscheinshafter Ruhe oder hektischer Turbulenz. Beide dauernd herrschafts- und widerspenstig gekoppelten »Partner« umfassen mehrere Gruppen in verschiedener Herrschaftsnähe und mittelbarem, unmittelbarem herrschaftsunterworfenen Ausgesetztsein.[205] Die Herrschenden mit ihrem Herrschaftsstab im Singular oder Plural; die Herrschaftsunterworfenen und ihre Herrschaftsnähe oder -ferne diverser Unterwerfungsgrade und/oder Rebellionspotenzen.

»Man wird freilich zu guter Letzt anerkennen müssen«, so schließt Fritz Kern sein nicht hoch genug zu schätzendes Buch trotz in unvermeidlich teilweise antiquierter Sprache am 1.8.1914, »Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter«,[206] »dass diese Antinomie wirklich notwendig und zu allen Zeiten unlösbar, weil im Wesen der menschlichen Dinge begründet ist. Auch die moderne Zauberformel der konstitutionellen Monarchie (wie sie seinerzeit noch bestand und heute durch den Ausdruck »Demokratie« ersetzt worden ist, d. Verf.) – »hat die Möglichkeit des Konflikts zwischen Herrscher- und Volksrecht nicht beseitigt. Immer wird jenseits des noch so kunstvoll ausbalancierten Rechtsverhältnisses zwischen Herrscher und Gesamtheit, jenseits der in gewöhnlichen Zeiten ausreichenden gesetzlichen Schranken in stürmischen Zeiten eine letzte Entscheidung hervortreten, die nicht aus Rechtsmitteln und Rechtssätzen stammt, sondern aus den Tatsachen der Macht. Nicht wenige Seiten der abendländischen Staatengeschichte zeigen diese gewaltsame Handschrift, die alles positive Recht tilgen, dauerhaftes neues freilich nur unter dem Siegel eines höheren schöpferischen Rechts auszustellen vermag.« Die gewaltsame Handschrift des Staates, wie Kern metaphorisch und wirklichkeitswissenschaftlich sublim vor 100 Jahren formuliert hat – vgl. übrigens vor allem auch die trefflichen bis zur Magna Charta und ihrer Auslegung reichenden über 100seitigen fundgrubigen Anhänge –, belegt eine diskontinuierliche Kontinuität zwischen einem in Zeiten der Ausnahme zu absoluter, rechtenthobener Herrschaft ausufernden Staat und den Wonnen gewöhnlicher Geltung des legitimatorisch heute mehr denn je fetischgleich hochgehaltenen Rechtstaats. Immer wenn das »Interesse des Staates an sich selber« notständig hervortritt – sei es staatsallgemein kriegerisch oder expansiv geheimdienstlich –, dann wird die im Allgemeinen Preußischen Landrecht noch allgemein, wenn auch rechtlich verpackte Generalklausel aufgeschnürt: in Zeiten der herrschaftlich bestimmten, herrschaftsbezogenen Gefahr werden gesetzliche Grenzen und Zäune überschritten und übersprungen. Der später, wie die Reue

[205] Auch darum ist der anregende Überblicksartikel »Legitimität, Legalität« von Thomas Würtenberger analytisch nahezu ohne Nutzen; siehe Ders., in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd 3, Studienausgabe, Stuttgart 2004, S. 677-740.

[206] Dritte Auflage, hier unveränderter Nachdruck der zweiten, von Rudolf Buchner herausgegebenen Auflage von 1954, Darmstadt 1962, S. 246f.

zu spät kommende Entschuldigungszirkus belässt meist das notständig Geschaffene und flickt folgenlos den schütteren Teppich.

Der Ausnahmezustand wurde unter anderem von einem halb gebildeten Dunkelmann, Giorgio Agamben, aufgegriffen.[207] In Hobbes' Spuren wurde der Ausnahmezustand ohne eigenen argumentativen Aufwand zur Herrschaftsnorm erhoben. Sowohl Carl Schmitt (»der Führer schafft das Recht«, siehe Anm. 99) wie auch später Giorgio Agamben treffen einen Nagel auf den Kopf. Nur sie totalisieren und verallgemeinern den getroffenen Kopf. Mit unterschiedlichen Akzenten geben sie vor, staatsgesatzte Regeln und ihr rechtlich ungeschützter Gebrauch seien durchgehend gegeben. Wir befänden uns alle, wenn nicht mittendrin, so doch auf dem Weg ins Lager. Dort müssten wir nur noch für unser nacktes Leben ohne Anhaltspunkte hilflos kämpfen.

Nicht Carl Schmitt, jedoch etliche politisch und sozial bewusste Rechts- und Legitimitätsanalytiker der Weimarer Zeit (1919-1933), außerdem in ihren anschließenden NS-Analysen, die Kichheimers, Neumanns, Fraenkels, auch Radbruchs und andere, können helfen, die erneuerten und verstärkten Spuren rechtlicher Verwahrlosung zu erkennen und einzuordnen. Um einer rechtlichen Verwahrlosung zu widerstehen, die im Zeichen der konkurrenzverstärkten neokolonialen und imperialen Globalisierung bürgerliche Rechte, vor allem Rechte der Anderen abbaut. Den tatsächlich nackten Flüchtlingen und neualten Displaced Persons versuchen sie Lebensmöglichkeiten mit einer Bleibe auf dieser Welt von vornherein zu verweigern. Was hier im Zeichen »europäischer Werte« selbst inmitten Europas geschieht, spottet formell und materiell rechtstaatlicher und auch nur repräsentativ demokratischer Beschreibung. Das ist konkurrierender Überlebenskampf im Sinne eines fast überall technologisch zusätzlich geschaffenen politisch ökonomischen Ausnahmezustands. Erst durch einen whistle-blower, Herrn Snowden u. a. im Spätjahr 2013 und dem folgenden Frühjahr wurde das längst öffentlich schlafende Skandalon zu einem mutmaßlich folgenlosen Reiz-event.

Der sicherheitspolitische Alleskleber. Mit dem modernen Staat haben wir uns schon befasst. Weber hat darauf verzichtet, ihn mit Hilfe seiner historisch wechselnden Aufgaben (»Funktionen«) genauer zu bestimmen. Ein ihm allein eigenes Instrument sollte sein Spezifikum im Vergleich zu anderen Vergesellschaftungen ausmachen, ohne sein Aufgabenspektrum darin zu erschöpfen: Das zur Staatsuniversale erhobene »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit«! Mit diesem besonderen Instrument, das ist ein trickloser Webertrick, sind nicht nur die beiden ideengeschichtlich von Thomas Hobbes begründeten Funktionen verbunden, Gewaltlosigkeit unter den Bürgern im Rahmen eines staatlichen Territoriums zu gewährleisten. Ihr gewaltbezogen angstfreies Leben konstituiert und rechtfertigt den fiktiven Urvertrag. In ihm überantworten die Bürger ihr angenommenes Na-

[207] Giorgio Agamben, Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Suhrkamp, Frankfurt/M. 2002; ders., Ausnahmezustand, Frankfurt/M. 2004.

turrecht darauf, Leben und Besitz gegen den verallgemeinerten Anderen notfalls gewaltsam zu verteidigen. Sie unterwerfen sich der kollektiven, herrschaftsdunkel komponierten Synthese, verkörpert im Großen Menschen oder sterblichen Gott Leviathan. Dafür bekommen sie dessen, nun exklusiv gewordene Gewalthilfe gegen den verallgemeinerten, potentiell räuberischen und gewalttätigen Anderen. Sie können nun in der atomistisch vorgestellten Gesellschaft, insoweit angstfrei, ihren ökonomisch aufgehenden Interessen konkurrenzhart nachgehen. Über die Friedenswahrung im Innern seines Territoriums hinaus verfolgt der Große Mensch gleichermaßen die Sicherheit seines bürgerlichen Territorium gegen äußere Aggressionen. Selbst wenn man Hobbes, von Weber zum Teil fortgesetzte Fiktionen teilte, sind hiermit von vornherein mehrfache Konflikte angelegt. Von der westlich prägenden individualistischen Prämisse abgesehen, die »Politik« im Leviathan aufhob und auf ihn reduzierte, stattdessen dominiert widersprüchlich der unpolitisch ideale Markt miteinander konkurrender Besitzer, getrieben vom Hunger nach Mehr – wie sollte die Spannung reduziert, ja der Widerspruch besänftigt werden, der sich zwischen den Vielen und dem einen Koloss, Leviathan, ergeben musste? Spannung, ja Widerspruch sollten dadurch aufgehoben werden, folgt man Albert O. Hirschmans Überblick über die zeitgenössischen Physiokraten in »Passions and Interests«, dass eine bis heute geltende, wenngleich erheblich modifizierte Sphärentrennung erdacht und dem freien Kapitalismus schier unbegrenzter gesellschaftlicher Raum, zu expandieren, gegeben wurde. Auf der einen Seite sollte die macht-, gewalt- und von Leidenschaften durchdrungene politisch staatliche Sphäre in ihren Verfahren verfasst und rechtlich eingehegt werden. Auf der anderen Seite setzte der verfasste Staat gerade darum die marktkonkurrenzregulierten bürgerlichen Besitz-und Erwerbsinteressen unbegrenzt frei. Diesen Interessen dienen die staatlichen Sicherungen innen und außen mit Hilfe des Gewaltmonopols. Es stellt seinen allgemeinen Legitimitätsanspruch primär dadurch her und erneuert ihn im Sinne eines »täglichen Plebiszits« der Waren produzierenden, handelnden und konsumierenden Wirtschaftsbürger. Das heißt aber pointiert, indes unverkürzt ausgedrückt, die gewaltigen Sicherungsleistungen in gedoppeltem Sinn besitzen – über die oben behandelte Sicherung der staatlichen Sicherungsinstanz selbst hinaus[208] – vornehmlich die Funktion, die Marktkonkurrenz besitzbürgerlich zu weiten. Das bedeutet: der allgemeine Anspruch staatlicher Sicherheit ist interessen- und klassengespalten. Diese Behauptung ist zum einen durch die

[208] Zur exemplarischen Illustration vgl. Belege und Argumente, die Nicholas Phillips, bis 2012 erster Präsident des Obersten Gerichts im United Kingdom, über die Handhabung geheimer Regierungsdokumente in Gerichtsverfahren gegeben hat, die nicht zuletzt in ihrem Aufenthaltsrecht in Großbritannien gefährdete Personen betreffen. Versachlicht gilt bezüglich staatlicher Sicherheitsinteressen mit staatsfreizügig zu bestimmender Qualität zu Zeiten des verallgemeinerten Terrorismusverdachts die alte Formel, zeitgemäß neu formuliert: the king, also etablierte Herrschaft, can do no wrong. Siehe: Nicholas Phillips, Closed Material. On problems posed by the use of secret evidence, in: London Review of Books 17 April 2014, pp 29-32.

Art begründet, wie die Instanzen des Gewaltmonopols ihre Legitimation erzeugen, also sich mitnichten in ein von allen Bürgern gemachtes und gleichermaßen von allen nutzbares Bett legen. Zum anderen wird die sicherheitspolitische Einseitigkeit dort deutlich, wo – angefangen bei der Entstehung von Sicherheitsängsten – gesetzlich polizeiliche Sicherheitsleistungen sozialstrukturell ungleich ausfallen. Städtische Sperrbezirke, abgestufte Sicherheitszonen präsentieren den nie einheitlichen, den reich geschützten, den zerstörten und polizeilich kasernierten Raum. Mike Davis hat in seiner informations- und aspektefülligen Studie »The City of Quarz« (Los Angeles) ein Muster der mit Slums garnierten »Global City« kaum übertrefflich und gerade deswegen bedrückend dargestellt. In Sachen staatlicher Eigenproduktion der legitimen Qualität ihrer physischen Gewaltsamkeit und ihres rechtlich-instrumentell entgrenzt-entgrenzenden Ausbaus, von Weber definitorisch übersehen, dürfte der Hinweis auf den US-amerikanisch angeführten »Krieg gegen Terror« und seine Folgeeffekte seit dem sprichwörtlichen 11. September 2001 weit über die USA hinaus als übersprudelnde Quelle genügen. Durchgehend bietet sich die regierungsamtlich immer zuhandene, nachfüllbare Büchse internationaler und nationaler Sicherheitsgefahren an. Sie erlaubt ein bürgerlich und repräsentativdemokratisch kaum kontrolliertes Legitimationsmanagement. Das macht Ängste im Versprechen, ihnen zu begegnen, zum Politik raubenden Pseudo-Politikum.

Projektive Identifikation. Legitimation, wir wiederholen uns, trägt viele Namen. Sie wird bewirkt und/oder produziert von vielen Motiven und Mobilisatoren. Eine fast unendliche Geschichte der miteinander verbundenen Fremd- und Selbsttäuschungen wäre zu erzählen. Sie reicht bis zur bodenharten, bodenlosen Lüge. Dort, wo Herrschaft in versachlichter Form auftritt, wie seit langem in bürokratischen Formen, neuerdings ergänzt in fast täglich »innovativ« ergänzten Formen der Informations- und Kommunikationstechnologie oder der Biogenetik, wird sie, angefangen mit dem bürokratischen Typusbildner, Max Weber, meist widersprüchlich bewertet. Es wird festgesellt, bürokratische Organisiertheit, sei besonders »effizient«. Indem man den zeitgemäßen Maßausdruck verwendet, wird vergessen, die Qualifizierung »herrschaftseffizient« hinzuzufügen. »Effizient« bedeutet in herrschender Regel mitnichten besonders wirksam im Sinne der Lösung von Problemen der bürokratisch traktierten Bürgerklienten. Oder man setzt auf die angeblichen demokratisierenden Effekte der IuK-Technologien, als wirkten, nehmen wir einmal an, verlässliche Informationen in Fülle, jenseits sonstiger historisch materieller Gegebenheiten »spontan« herrschaftssubversiv an sich selber »basisdemokratisch«. Kurzum: die immergrünen Fragen, wie kommt etwas zustande, wie wirkt es, wie wird es institutionell umgesetzt, werden herrschaftsmaterieller in automatisch vorweg genommener Legitimation vergessen.

Eine besondere Schwierigkeit, Legitimationen aller metaphorischen Längen- und Breitengrade auch nur halbwegs einzuordnen, besteht darin, dass sie meist als Produkt herrschaftlicher Fabrikation und als Ergebnis diverser Projektionen der

Beherrschten hin- und herschwanken. Hinzukommt eine Mittelschicht, in der sich herrschende Absichten mit solchen der Beherrschten mischen. Das macht unter anderem die Stabilität repräsentativer Demokratie vor ihrem ökonomischen Kollaps aus, dass Herrschende und Beherrschte eine »systemische« Einheit bilden. Zugleich werden nicht passende Gruppen wie heute die in sich differenzierte Arbeiterschaft – so der Begriff noch etwas taugt – teils kooptiert, teils ausgeschlossen oder, spärlich materiell versorgt, marginalisiert. Notfalls stehen die Sicherheitskräfte zur Verfügung.

Eine andere Schwierigkeit hat Josef Haslinger vor einem Vierteljahrhundert »Politik der Gefühle« genannt (vgl. Anm. 129). Um der Anregung willen, räsonieren wir nicht darüber, wie von Haslinger berichtete »Gefühle«, pseudounmittelbar wie sie waren und sind, zustande kamen und missachten ihren besonderen österreichischen Kontext. Erst die so genannte Waldheim-Affäre hat eine denkende österreichische Minderheit, unser vor zwei Jahren verstorbener Freund, Peter Kreisky, führend darunter, realisieren oder doch wirksam und laut kundtun lassen, dass Österreich als Land und Bevölkerung nicht das erste Opfer, vielmehr die erste nazistische Mittäterin gewesen ist. Haslinger schreibt verallgemeinerbar: Dieser Politik »kommt es auf Grundsätze, Wahrheit usw. nicht an. Ihr geht es vielmehr darum, gegebene Gefühle machtpolitisch nutzbar zu machen, ihnen einen politischen Ausdruck zu verschaffen. Sie werden als solche nicht in Frage gestellt, wohl aber wird jede Aussage überprüft, die sie nicht zu erreichen vermag. Dies ist eine Art umgekehrter Agitation. Es ist die Strategie einer prinzipiellen Standpunktlosigkeit. Der Werber bewegt sich selbst, umschmeichelt den Umworbenen, hält ihn in gegebenen Gefühlswelten fest und bestätigt diese. Deren Abkunft interessiert ihn nicht, nur deren Ausdruck. So steht auch hier am Schluss eine Aussage, doch die Aussage ist relativ beliebig. Sie hängt davon ab, zu wem der Werber spricht. Paradoxerweise stehen bei der Politik der Gefühle die Emotionen und Affekte gar nicht zur Debatte. Es interessiert einzig der Mechanismus, mit dessen Hilfe politische Aussagen für vorhandene Gefühlslagen gefunden werden können. … Das Produkt ist dabei nur ein von Gefühlsprojektionen umnebelter Markenname.« »Die Moralität ist der politischen Ästhetik nur Akzidenz, bestenfalls vorübergehender Inhalt, aber niemals Bestimmungsgrund ihrer Form. Darin liegt heute das Wesen des Politischen, oder besser gesagt, jenes Gebildes, zu dem das Politische sich verflüchtigt hat« (s. S. 45). Gegen Ende summiert Haslinger: »Solange das Gesellschaftliche durch Machtstrukturen zusammengehalten wird – und ein Ende derselben ist nicht absehbar – gibt es keine Sicherheit in der Geschichte, nichts, das endgültig erreicht werden könnte: Kein Wert, der sich anders als historisch und innerhalb einer bestimmten Machtstruktur definieren darf, keine Erkenntnis, die mehr wäre als vorläufig, keine Kultur jenseits des Politischen, kein Schönes jenseits der Barbarei.« (s. S. 137) Und zu den »Werten«, den österreichischen, den deutschen, den unionseuropäischen drei Seiten später (s. S. 140): »Werte sollten einst den Umgang mit der Realität festlegen. Eine kon-

krete Differenzierung schaffen zwischen Aneignen und Distanzieren, zwischen Sympathie und Antipathie, zwischen unterstützen und bekämpfen. Sie sollten ein kritisches Handlungsmaß sein, ein rationales Korrektiv für die Praxis. Was ist daraus geworden? Abstraktion von Realität, Absenz von Realität, Ersatz für Realität. Sie sind äußere Signale für bloß innere Gesinnung. Sie sind soziale Tauschäquivalente. Wer es mit den Werten hält, fühlt sich der konkreten Verstrickung in schlechte Zustände und Ereignisse enthoben. Werte sind Absolutionsformeln für das eigene Handeln geworden«, eben Werte der europäisch-deutschen »Wertegemeinschaft« und des »Bündnisses für Toleranz«.

Manipulation, wie Täuschung meist mit reflexivem Selbstbezug diente schon zu Zeiten des Peleponnesischen Krieges als Legitimationsersatz, insbesondere heute zu Zeiten der mehrfachen Medialisierung herrschender Politik – nicht zu verwechseln mit einer Herrschaft der Medien. Hierbei helfen Sicherheitspolitik allgemein – siehe den vorletzten Abschnitt – und die sichernden Organe, Militär und Geheimdienste vor allem kräftig mit. Sie werden politisch funktionalisiert und sie funktionalisieren überkreuzend diese. Jüngeren Datums imponiert am meisten ein Beispiel, ach ein Beispiel nur, aus Zeiten der Bush jr.-Administration, die Art, wie es ihr gelang, den Irak-Krieg nach dem afghanischen zu inszenieren. Obwohl sich Michael Massings »Now They Tell Us« aus der New York Review of Books (February 26, 2004, S. 43-49) insgesamt zu übersetzen und zu kommentieren lohnte, beschränken wir uns auf wenige symptomatische Aspekte. Zur Zeit, da wir über die Identität von Legitimation und Manipulation, auch schlichter Lüge handeln, sind gerade von der Furie des zeitlichen Verschwindens trotz anhaltender herrschaftslegitimierender Kontinuität zehn Jahre verzehrt worden. Die Fabel geht einfach. Die Herrschaft Saddam Husseins und seines Interessenblocks im Irak war jedem menschenrechtlich Informierten seit langem ein Dorn im Auge. Die USA unterstützten seine Herrschaft dennoch gegen den Iran. 1981 führte die erste Bush (senior)-Administration siegreich den so genannten 2. Golfkrieg gegen den Irak, ohne das Regime zu beseitigen. Seitdem schwelte ein Dauerkonflikt. Er spitzte sich zu, als das Regime im Irak angeblich atomar aufrüstete. Die »Massenvernichtungsmittel« bildeten den offiziellen Grund der Kriegserklärung im März 2003. Ihre international überprüfte Präsenz war nicht bestätigt worden. Die Bush jr.-Administration behauptete sie, nachgewiesen durch ihren Geheimdienst, die CIA. Die vom Außenminister vor den UN in New York bildgreiflich und vom Präsidenten als »Decider« unterstrichene Präsenz der Waffen legitimierte den Angriffskrieg aufgrund einer bewussten Täuschung. Die CIA, von niemand sonst überprüfbar, hatte ihrem obersten Herrn, dem Präsidenten, die Wahrheit erlogen. Zwei knappe Kommentare, beide aus der New York Review, mögen genügen. Zuerst David Albright, TV-Kommentator: »The administration created a set of truth, then put a wall to keep the people within it. On the other side of the wall were people saying they didn't agree. The media were not aggressive enough in challenging this.« Michael Massing schließt: »The contrast between the press's

feistiness since the end of the war and its meekness before it highlights one of the most entrenched and disturbing features of American journalism: its pack mentality. Editors and reporters diverge too sharply from what everyone else is writing. When a president is popular and a consensus prevails, journalists shrink from challenging him …«

Nationalstaaten und ethnozentrische Organisationen allgemein fördern insbesondere in Konkurrenz um Land, Ressourcen und im Kontext herrschaftlich ausgebeuteter Krisen eine Art ansonsten in ihrer andere Gruppen vernichtenden genozidalen Qualität nicht verständliche Identifikation. Dann morden Hutus Tutsis neben denen sie lange Zeiten mit unerheblichen Konflikten gelebt haben.[209] Goebbels massenzirzensische Suggestivfrage in der Krolloper 1943 zu Berlin, »Wollt ihr den Totalen Krieg«, der ein einstimmiges Ja! entgegenschallte, ist als ein isoliertes, zugleich selbst- und andere verdummendes Echo zu erkennen. Dessen Symptomatik für den unsäglich Menschenopfer in Todeslagern und Krieg, besonders in Russland, der seinerzeitigen Sowjetunion, kostenden nationalsozialistischen Endkampf, müsste tiefenanalytisch nicht nur von den nationalistischen ver-rückten Deutschen als dauerndes Menetekel erinnert werden. Ja, es müsste…

Kollektive Identifikationen, in denen ansonsten selbstständige und bewusste Individuen wie in einem anhaltenden Rausch zeitweise gefühl- und verantwortungslos ohne eigenen Sinn untertauchen, haben unerhörte Leistungen erbracht.[210] Und vor allem unerhörte Opfer. Es gibt keinen zureichenden Grund, anzunehmen, sie träten nicht immer erneut in phantastische, dauerhaft blutige Erscheinung. Kriege funktionieren seit alters mitsamt ihren vereinzelnden traumatischen Überbleibseln als organisierte kollektive Identifikation.[211] Nur einseitig herrschaftsfunktional betrachtet, wären sie ohne mobilisierbaren Grund der Masse Mensch nicht verständlich. Meist spielt eine metaphorisch treibende, aus Hoffnungen und Versprechen gewachsene Hefe, metaphysisch ausgerichtet an uralten, bewusst unbewusst schlummernden und wachen Träumen von »Weltgeschichte und Heilsgeschehen«[212] eine konstitutive Rolle. So lange sie wirkt, wird sie als Prämisse des Bewusstseins und Verhaltens nicht infrage gestellt.

---

[209] Vgl. Augen öffnende, aber historisch materialiter unausgeführte Einsichten in Elias Canetti, Masse und Macht, Hamburg 1960.

[210] Siehe zum Thema kollektive Identifikationen die Untersuchung von Marc Bloch, The Royal Touch. Monarchy and Miracles in France and England, New York 1989.

[211] Vgl. Jonathan Shay, Achill in Vietnam (Anm. 171).

[212] Siehe mit anderer Absicht, dennoch überaus lesenswert: Karl Löwith, Weltgeschichte und Heilsgeschehen: Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie. Stuttgart 2004. Ganz anders setzt Sigmund Freud an. Seiner Analyse der Idealisierung und Identifizierung und seiner Individualpsychologie »daher«, wie er eingangs formulierte, »von Anfang an auch gleichzeitig Sozialpsychologie« wollten wir, weil sie selbst als Sequenz von Hypothesen spannende Einsichten erlaubte, ein eigenes behutsames, möglichst spekulativ armes Kapitel widmen. Wir sind indes aktuell zeitlich, an sonst zu dickem Umfang und sachlich überfordert. Siehe im vorstehenden Zusammenhang bes.: S. Freud, Massenpsychologie und Ich-Analyse (1921); Die Zu-

Liberale oder repräsentative Demokratie – Fünf ambivalente, dazuhin ironisch offene Schlussfolgerungen

I. Alle bestehenden Demokratien sind demokratisch nominell. Sie sind keine selbstbestimmten Herrschaften der Bevölkerung eines Landes als politische Subjekte. Mehrere Parteien und periodisch stattfindende allgemeine Wahlen reduzieren die anders nicht organisierbare Komplexität von modernen Massengesellschaften. Darum handelt es sich inmitten einer Fülle von Ungleichheiten um wahlperiodische Elitezirkulationen. Auch die allgemeinen Wahlen, das Verfahren der ihrerseits allgemeinen Legitimation geschehen im Sinne eines demokratischen Als Ob. Sie sind quantitativ, vor allem qualitativ einer Farce näher als den freien Handlungen einer Millionenfülle politischer Subjekte. Darum ereignen sich Wahlen in Form von Akzeptanzmanagement. Die meisten Gruppen nehmen sie und ihre Ergebnisse hin, im angelsächsischen Ausdruck, sie üben compliance.

II. Den liberalen oder repräsentativen, also durchgehend vermittelten Als-Ob-Demokratien, liegt die kapitalistische Vergesellschaftung zugrunde. Sie wirkt als vorrangiger Definitionsfaktor. Kapitalistischer Vergesellschaftung hat Kant, passend, den durch Konkurrenz und also Fortschritt in Bewegung gehaltenen Namen einer geselligen Ungeselligkeit gegeben. Der dynamisch alle Menschenräume durchdringende formell private Kapitalismus, vorangetrieben von der Konkurrenz der individuellen Interessenten an der Verwertung und Vermehrung des Werts in klassenstruktureller Teilung, fungiert als Motor und Definitionsmacht der widersprüchlichen Statik des liberalen, den Erwerbs- und Expansions-Interessenten dienlichen Staates. Dessen Funktionen der Legitimation samt der innen- und außengerichteten Friedenswahrung werden der unpolitischen Marktmacht gemäß umgestaltet. Diese besondere Legitimation stellt neben dem Gewaltmonopol eine staatseigene Ressource dar.

III. Die Geltung der Verfassung wird durch übergeordnete Verträge à la Europäische Union und/oder die ungeschriebene Verfassung des Weltmarkts und ihre bundesdeutschen Effekte bis zur Unkenntlichkeit verändert (s.o. die Notizen zum Ausnahmezustand). Die mehrstufige Legalität und die – Carl Schmittsche – Gegenüberstellung von Legalität und Legitimität erklären sich in Deutschland aus dem langen Abschied von autoritären, kapitalistisch noch nicht voll etablierten Phasen der Geschichte und den Nachwirkungen tief in die Bonner (1949-1990), heute Berliner Republik.[213] Sie sind über die jüngere Geschichte hinaus insofern von Interesse, als sie europäisch und global bestimmende Bezugsgrößen in die

kunft einer Illusion (1927) und Das Unbehagen in der Kultur (1930), in: Ders., Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion, in: Sigmund Freud, Studienausgabe, hrsg. von Alexander Mitscherlich et al. Bd. IX, Frankfurt/M. 1974, 3. Aufl., S. 61ff., S. 135ff. und S. 191ff.

[213] Vgl. Otto Kirchheimer, Politik und Verfassung, Frankfurt/M. 1964; Ders., Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, Frankfurt/M. 1967; Ulrich K. Preuß, Legalität und Pluralismus, Frankfurt/M. 1973.

normale Politik aufnehmen lassen. So erlaubt die von Ulrich K. Preuß trefflich pointierte Doppelung in Grundgesetz und verfassungsgerichtlich gekürte »Freiheitliche demokratische Grundordnung« Minderheiten mit einem Maul- und Handlungsverhinderungskorb »rechtsstaatlich« zu versehen. Außerdem wird der bürgergerichtete offene und geheime Informationsdienst mit dem prätentiösen und missbräuchlichen Namen »Verfassungsschutz« eigens legitimiert. Zu diesen Effekten gehört auch die zusätzliche Verwässerung der repräsentativ und vor allem exekutiv gezähmten liberalen Verfassung. Die restlose Enteignung der schon durchgehend vermittelten liberalen Scheindemokratie ohne mögliche Ersatzsuche wirkte nur peinlich, wenn sich Bürgerinnen und Bürger um den Sprach- und Substanzraub kümmerten.

IV. Das staatlich beanspruchte und legitimatorisch vorab abgesegnete Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit behauptet als die allgemeine Sanktionsinstitution des Rechtstaats eine überall gegenwärtige Präsenz. Die gegebenen liberalen Normen des Verfassungsstaats werden dadurch zusätzlich gefährdet, dass die staatlich allgemeine und unzureichend benutzbare Gewaltpräsenz eine staatliche Ersatzpolitik qua Gewalteinsatz erlauben. Die staatlich zuhandene Gewalt ermöglicht, gewaltfreie Problemlösungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Interessengruppen eingeschlossen, mit einseitig wirksamer Gewalt auszublenden. Dadurch werden erneut Interessen auf der Schattenseite des Habens und Herrschens benachteiligt. Sie können sich allenfalls kriminell und/oder gewaltsam äußern. Hiermit legitimieren sie dem Anscheine nach offenkundig den verstärkten Einsatz staatlicher Gewalt.

V. Welch ein, wenn auch klassenpolitisch halb gelähmtes Versprechen: Verantwortliche Politik! Heute klingt dieser (klassen)bürgerlich emphatische Slogan, als spiele man die 9. Symphonie und ihren letzten Satz auf einem Leierkasten. Das Motto, »Verantwortliche Politik«, war seinerzeit gegen die arcana imperii, gegen die Willkür monokratisch zugespitzter oder feudal und aristokratisch zerfahrener Herrschaft ein Freiheitsfanal. Darum lauteten die Folgeworte: Öffentlichkeit, Selbst- und Mitbestimmung und durchgehende Kontrolle durch die nun nicht mehr nur Herrschaften ausgesetzten Bürger (viel zu spät danach: Bürgerinnen). Der Rahmen des durchsichtigen Verfassungsstaates und der feinkörnige Rechtstaat verstanden sich von selbst. Die wackeren Badener Liberalen gingen Anfang des 19. Jahrhunderts mit gutem Grund so weit, das Gewaltmonopol, seinerzeit die Heeresverfassung, wenigsten intern liberalisieren zu wollen. Deswegen mag hier die pauschale, wenngleich in den früheren Kapiteln vorbereitete Feststellung genügen, indem wir eine zutreffende Bemerkung von einer lange zurückliegenden Vorlesung des vor Jahren verstorbenen Kollegen Johannes Agnoli aufgreifen. Er formulierte seinerzeit trefflich, es genüge heute nicht mehr, den üblichen, verhalten kritischen Vergleich anzustellen, den Vergleich zwischen Verfassungsrecht und Verfassungspolitik. Angesichts der selbst liberaldemokratisch geradezu systematisch subversiven Verfassungsfragen schon in normativer und institutioneller Hin-

sicht, komme es heute darauf an, die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit, von Politik überhaupt zu aktualisieren.[214]

Gegenkräfte und Perspektiven

Gegenkräfte sind zu vermelden. In nicht wenigen liberalen Demokratien, auch in Systemen, denen politische Liberalität und demokratische Prozeduren nahezu vollkommen fehlen, lässt sich neben ausgedehnter Apathie und kreisenden Vorurteilen so etwas beobachten wie eine Opposition dagegen, die Faktizität etablierter repressiv aufgeherrschter Interessen ohne Murren hinzunehmen. Die »Dritte Gewalt«, als Hebel und Opfer bürgerlicher Interessen bis hin zu den politisch zielenden Bürgerinitiativen, ist nicht gering zu schätzen. Defizite anderer Möglichkeiten, sich zu beteiligen und sich zu wehren, kommen hier zum Ausdruck.

Die ihrerseits ungleiche »Prozesseritis«, die kleinen Stiche des Querulierens dürfen in ihrer direkten politischen Bedeutung nicht allzu hoch veranschlagt werden. Sie verfolgen meist einen höchst privat interessierten Sinn. Gewichtiger sind die vielen, im einzelnen sehr unterschiedlichen, nicht selten durchgehend »privaten« Bürgerinitiativen. Sie klagen Interessen von Bürgerinnen und Bürgern ein. Sie drücken den Mangel an Möglichkeiten aus, sich zu beteiligen. Schöpferische Mittel wurden er-funden, missachteten Willen zur Geltung zu bringen. In der BRD ist die späte, Ende der 50er Jahre und vor allem in den 60er und 70er Jahren Entdeckung der Demonstrationen an erster Stelle zu nennen, dieses »Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie«.[215]

So wichtig diese Bürgerinitiativen sind, die in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts rasch zu »neuen sozialen Bewegungen« aufgewertet wurden, sie machen, ohne ihre Wirkungen im einzelnen gering zu schätzen, insgesamt eher die Defizite der liberalen Demokratie genauer bemerkbar, als dass sie diesen ihrerseits angesichts der skizzierten strukturellen Probleme »innen« und »außen« abzuhelfen vermöchten. Die Einwände, die sich nicht gegen die Bürgerinitiativen richten, sondern sie in Perspektive sehen lassen sollen, gelten grundsätzlicher den allzu frohgemuten betriebssoziologisch und politikwissenschaftlich artikulierten Annahmen, die neuerlichen Entwicklungen flachten herkömmliche Hierarchien und weiteten die Chancen von mehr Beteiligung. Je mobiler und flexibler eine Gesellschaft sei, so das Hauptargument, desto mehr drängten die ökonomischen Interessen darauf, die Arbeiterinnen und die Arbeiter oder, in der politischen Arena, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Politische Produktion, so nahm Rolf-Richard

[214] Johannes Agnoli, Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik (siehe Anm. 37).

[215] Konrad Hesse, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Karlsruhe 1975, 8. neu bearb. Auflage; zur gegenwärtigen Situation siehe mit verallgemeinernder Einbettung, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Blockupy 2013 (vgl. Anm. 125).

Grauhan an, erfordere ein Gutstück Mitmachen derjenigen, denen sie gelte.[216] Zum Beispiel könne nur ausgebildet werden, wenn die Auszubildenden ihre Ausbildung nicht obstruierten. Der Gedanke ist triftig. Es wäre zu wünschen, er wäre politisch pädagogisch wirksamer. Betrieblich und politisch sind die Köcher mit so vielen positiven und negativen Sanktionspfeilen, einem negativen Trimm-dich durch ein Stakkato von Prüfungen ausgefüllt, dass Lern- oder Arbeitsarrangement zu Tunnelschulungen mit entsprechendem Blick verengt werden. Dadurch kann vermieden werden, dass die Lernenden und die Arbeitenden »plötzlich« zu viel mitbestimmen wollen. Die politisch ökonomische Angebotsorientierung gilt nicht allein für die Produkte. Sie gilt, i.S. der Formdefinition gleicher Weise für die meisten Institutionen und ihre Verfahren. Je umfangreicher und konkurrenzgezwängter umso mehr. Diejenigen, die vereinzelt eintreten, finden immer schon vor. Sie werden durch die Verhaltenserwartungen der Organisationen zugerichtet und habituell formiert.

Immerhin: Nicht allein Hinnahme, nicht allein Entfremdung in Vorurteilen gilt. Ein wenigstens lokaler und regionaler, zuweilen gesamtstaatliche Ausmaße annehmender, ja punktuell internationale Bedeutung erreichender Wieder- und Neugewinn politisch-demokratischen Raums zeigt von Mal zu Mal im verstärkten Dunkel Sonnenflecken. Formen im Spektrum des zivilen Ungehorsams werden erprobt. Keine gering zu schätzenden Handlungen und Handlungsformen entgegen einer in die Ferne ziehenden (Pseudo-)Politik. Vielleicht die einzigen. Albert Camus' revoltierender Mensch.[217]

Zugleich sind selbst im Rahmen der liberalen Demokratie die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, ihren Defiziten abzuhelfen. Wenig einträglich sind allerdings die meisten Debatten um eine Parlamentsreform, die in Vorschläge wie zusätzliche Plenardebatten, kleine Fragestunden u.ä.m. münden. Sollten wirksame Schritte der Reform unternommen werden, müssten die Vertreter und Verehrer der liberalen Demokratie sich zutrauen, demokratisch mehr zu riskieren. Eine demokratisierende Risikobereitschaft widerspricht freilich dem eingeübten Habitus alles, was sich nicht im herrschenden Kanalsystem bewegen will, so wasserarm die Kanäle sind, als »chaotisch«, als gefährlich, als »extremistisch« oder doch im raschen Weg dorthin zu diffamieren und ansonsten staatsschützerisch zu verfolgen.

Eine Politisierung der Bürokratie und eines Gutteils der Strukturen und Funktionen geltender Privatheit stünde an erster Stelle. Anders lässt sich das auch nicht verwirklichen, was angesichts der Neuen Technologien und ihrer zusätzlichen Gefährdungen des privaten Bezirks der Person als »informationelles Selbstbe-

[216] Rolf Richard Grauhan, Kommune als Strukturtypus politischer Produktion, in: R.R. Grauhan/Rudolf Hickel (Hrsg.), Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien, Leviathan Sonderheft, Opladen 1978, S. 229-247.

[217] Siehe, gerade neu aufgelegt auch Johannes Agnoli, Die Subversive Theorie: »Die Sache selbst und ihre Geschichte«, Stuttgart 2014.

stimmungsrecht« 1993 vom bundesdeutschen Verfassungsgericht begründet worden ist.

Zweitens können demokratische Prozesse, Beteiligungen nicht zuletzt an technischen Großprojekten nur vermehrt in Gang kommen, wenn ihnen neue Räume geöffnet würden. Eine demokratische Landnahme wäre nur möglich, würden bürokratische Einrichtungen aufgegliedert, institutionelle Teilautonomien und Teilautarkien zugestanden und dezentral die Fülle der Aufgaben verkleinert.

Drittens wären mit beträchtlichen demokratischen Rationalitätseffekten »langsamere«, atemvollere Entscheidungs- und Willensbildungsverfahren zu installieren. Sten Nadolnys »Entdeckung der Langsamkeit« wird von vielen seiner Leserinnen genüsslich verschlungen; Leser, die oft gar keine Zeit haben. Nicht wenige Bauruinen falsch und hastig geplanter, angeblich unabdingbarer Großprojekte künden von den politischen und ökonomischen Irrtümern. Kaum absehbare Folgekosten fressen spätestens hinterher die »Segnungen« fortschrittswürdiger Innovationen. Vor allem: die demokratischen Kosten sind meist kaum zu berechnen, die die mangelnde Konflikt- und Diskussionsbereitschaft politisch repräsentativer Einrichtungen erzeugen. Eine WAA, eine Wideraufarbeitung und Neubearbeitung der liberal-demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren hätte an zentraler Stelle einer Reformagenda zu stehen. Die Forderung gilt nicht zuletzt deswegen, weil die ewige Pluralismus-Annahme liberaler Demokratie falsch ist. Als könnten alle Entscheidungen rückgängig gemacht werden. Ein Krieg kann nicht rückgängig gemacht werden. Nicht einmal eine kleine sozial-politische Reform, die eine alte Frau negativ beträfe, könnte nachträglich, nach vier oder acht Jahren wieder gutgemacht werden. Der alten Frau ginge es nicht nur schlecht, solange die Reform wirkte. Sie wäre, wenn eine Novelle käme, längst verstorben. Jede einmal getroffene Entscheidung verbraucht vorher bestehende Entscheidungsalternativen, jede zeitigt Kosten. Manche tun dies für die unterlegenen Minderheiten in unerträglicher Weise. Keine Mehrheit ist außerdem dazu befugt, Entscheidungen zu treffen, deren zukünftige Effekte unabsehbar, oder absehbar verhängnisvoll sind. Dieses Argument gilt insbesondere in Sachen technologische Großprojekte. Für einen besonderen, aber verallgemeinerbaren Fall hat Jacobo Timerman die demokratische Grenze, die jeder Regierung gesetzt sein müsste, bezeichnet: »The annexation of these territories (gemeint sind die Annexion des Gazastreifens und der West-Bank vor allem im Vollzug des Kriegs gegen den Libanon 1972, d.V.) means conditioning Israel to a state of permanent conflict in the Middle East, reinforcing its character as a militarized nation. Such a decision should not even be reached by a parliamentary majority. In a democracy certain decisions are beyond the scope of political institutions. They should be the result of broad and specific debate, of a process involving all citizens ...«[218]

[218] Jacobo Timerman, The longest war. Israel in Lebanon, New York 1982.

Viertens besteht die schwierigste Aufgabe darin, die schier ungehemmte Entwicklung in die Fülle der Leere und die Leere der Fülle zu bremsen, gar zu lenken. Nur wenn eine große Mehrheit zu diesem unwahrscheinlichen Schluss käme, wäre ein solcher Prozess einzuleiten. Wie sollte sich jedoch hier eine gemeinsame Aktion ergeben? Schon an den intellektuellen Voraussetzungen hapert es. Unseres Wissens gibt es keine größere Gruppe von Wissenschaftlerinnen, kritischen politischen Ökonomen in diesem Falle vor allem – ja, selbst rechnete man die Ökonomen zusammen –, die sich in nüchterner Phantasie dem Problem eines in sich dynamischen, aber nicht expansiven Wachstums zuwendete oder vom Placebo-Vorschlägen abgesehen schon zugewendet hätte. Die meisten ökonomischen Kritiker der Neoklassik und ihrer Wirkungen verhalten sich mimetisch. Sie finden und erfinden keine anderen wirtschaftlichen und das heißt notwendig zugleich politisch-sozialen Formen, die entsprechend eine andere »Logik Kollektiven Verhaltens« zuließe, voraussetzte und zur Folge hätte. Daher verwundert nicht, wenn Ansätze der »Green Economy« gegenüber wachstumskritischen Perspektiven dominieren.

Radikaldemokratische Liberalität

Die Strukturkrise der liberalen Demokratie zu markieren, heißt nicht, zu empfehlen, sie ob ihrer Mängel vollends abzuschaffen, frei nach Nietzsche, zu stoßen, was da fallen wolle. Stattdessen wäre eine allerdings nicht wahrscheinliche Rettung anzustreben. Die direkte Demokratie scheitert nicht allein daran, dass sie nicht einmal mehr als Utopie angesichts der nicht beliebig verkleiner- und begrenzbar gegebenen Größenordnungen möglich wäre. Und versuchte man sie noch so sehr dezentral in Kleinkreise zu untergliedern. Man könnte und müsste den in wichtigen Lebensbedingungen fülligen Globus, angefangen mit der Zahl der Menschen, radikal neu und anders organisieren. Selbst dann wäre er nicht als organisierter volonté générale vorzustellen. Jean Jacques Rousseau hat das schon zu seiner Zeit erkannt. Basisdemokratische Formen sind nur noch, jedoch immerhin als regulative Prinzipien vorzustellen. Damit so viel Beteiligung wie irgend möglich installiert werde; damit Institutionen so eingerichtet werden, Teilnahme zu zulassen. Darum kommt es darauf an, gigantomane Größen dezentral aufzugliedern und konsequent – statt mehr Bürokratie und ihre extreme technologische Form, Internet – mehr Demokratie in längst bürokratisierten Bereichen à la Gesundheit, Bildung, Energie u.ä.m. institutionell en détail zu wagen. Direkte Demokratie in ihren überkommenen Konzepten ist darüber hinaus nicht als »reine« wünschenswert. Selbst wenn das Problem des Umgangs mit Minderheiten anders gelöst würde, als dies Rousseau zu erkennen gibt, selbst wenn rechtliche »Sicherungen« eingebaut würden, bestünde immer noch die Gefahr, dass sie zu rasch zu einer Art geschlossenem Raum sich verfestigte. Um willen der politisch of-

fenen Räume und der Mobilität, der Liberalität halber also, wäre eine gemischte Verfassung anzustreben, insbesondere wenn sie am Höchstmaß möglicher Beteiligung orientiert würde (in diesem Sinne folgen wir in gelernter Phantasie den alten Spuren von Aristoteles über Montesquieu, de Tocqueville und anderer). Liberal-demokratisch gilt freilich: wenn sich »liberal« Interessierte nicht stärker, nicht riskanter, nicht offener in demokratisch-direkten Verfahren »gesund zu baden« trauen, dann verschwänden liberaldemokratische Formen und ihre meist nur propagierten »Werte«. Liberalität ist nur in substantieller Demokratie möglich. Sie verkommt, wie historisch jahrhundertelang, inmitten fortgesetzt zusätzlich begrünter struktureller sozioökomischer Ungleichheit und entsprechenden klassenpolitisch heterogenen Lebensmöglichkeiten. Im Fall von Demokratie jeglicher Gestalt gilt darum mehr denn je: »Optimismus ist nichts anderes, als eine Art der Pflichtvergessenheit« (Joseph A. Schumpeter).

Kapitel X
Niemands-Herrschaft – Globale Präsenz

Über neun Kapitel haben wir Herrschaft funktional und institutionell spezifiziert und sind dennoch unvollständig geblieben. Herrschaft ist in Segmenten fassbar geworden – und begibt sich gleichwohl auf Tauchstation. Herrschaft ist nicht auf den Begriff zu bringen und lässt sich begrifflich nicht einfangen.

Eine der Herausforderungen ist, so haben wir in Kapitel III in Verbindung mit sozialer Ökologie herausgestellt, in Kontexten zu denken. Ganzheitlich und differenziert zugleich. Und weil keine kleine oder große Totalität erfasst werden kann, gilt es, das Ganze in den Faktoren und Aspekten zu pointieren (s.o., S. 77).

Noch größer ist womöglich die theoretische Herausforderung: Sich – inspiriert von Theodor W. Adorno (siehe Anm. 38) – dem Gegenstand, sich der zu erfassenden Wirklichkeit möglichst in der Fülle auszusetzen. Einseitige Begriffe ebenso wie pauschale Leer- und Allgemeinbegriffe zu vermeiden. Das bedeutet für uns, mit dem Philosophen Hans Blumenberg begriffs-skeptisch zu bleiben:

»Der Begriff gilt als ein Produkt der Vernunft, wenn nicht sogar ihr Triumph, und ist es wohl auch. Das lässt aber nicht die Umkehrung zu, Vernunft sei nur dort, wo es gelungen oder wenigstens angestrebt sei, die Wirklichkeit, das Leben oder das Sein – wie immer man die Totalität nennen will – auf den Begriff zu bringen.

Es gibt keine Identität zwischen Vernunft und Begriff. Aber es wäre natürlich Unfug zu sagen, die Intention der Vernunft habe mit der Leistung des Begriffs nichts zu tun. Es könnte sein, dass die Leistung des Begriffs nur partiell gegenüber der Intention der Vernunft ist, die immer etwas mit der Totalität zu tun zu haben scheint. Der Begriff hat etwas zu tun mit der Abwesenheit seines Gegenstandes. Das kann auch heißen: mit dem Fehlen der abgeschlossenen Vorstellung des Gegenstandes ...«[219] Es spricht also einiges dafür, Herrschaft nicht in den Begriff zu sperren. Sondern sie in ihrer Abwesenheit aufzusuchen wie auch Gründe für die und Eigenschaften der Abwesenheit auszumachen.

Auf der Suche nach Niemand

Im Vorwort haben wir erwähnt, dass Herrschaftstheorie heute mit veränderten Problemen konfrontiert ist. Dazu gehört die Gleichzeitigkeit von Abwesenheit und Präsenz. Einerseits verbirgt sich Herrschaft in nicht organisierter Zustän-

[219] Mit diesen Sätzen beginnt das kleine Bändchen aus dem Nachlass von Hans Blumenberg, Theorie der Unbegrifflichkeit, Frankfurt/M. 2007.

digkeit, Verantwortlichkeit und Kontrolle – sie hat darum ihre Substanz und ihre Subjekte verloren. Andererseits ist die globale Präsenz »total«, Vielfalt und Pluralität verschlingend.

Das zweite Intermezzo, der Titel dieses letzten Kapitels wie des Hauptworts im Buchtitel verrät Mehrfaches:

Erstens war es Hannah Arendt, die Herrschaft »Niemand«, einer Als-Ob-Person zuordnete. Zuvor hat nur der trickreiche Odysseus im Zuge seiner homerisch geschilderten Irr- und Straffahrten mit dem Nichtnamen »Niemand« ein betrügerisches Rettungsspiel getrieben.[220]

Zweitens soll der Ausdruck »Niemands-Herrschaft« uns und die Lesenden unsere Ohnmacht im Nichtwissen wahrnehmen lassen. Sie beginnt damit, ein passendes Wort zu finden, das die Omnipräsenz von Herrschaftlichem annähernd erfasste. Wir sind nicht imstande, seine verschwindenden Folgen in der Gegenwart zu personifizieren oder genetisch und funktional zu begreifen. Darum wird nur die Gegenwart eines nicht erschlossenen Phänomens behauptet. Um zu vermeiden, gegebene, jedoch nicht verstandene Wirklichkeiten sprachlich zu verblenden – verblendet werden Polyphem wie wenig später Odysseus in rationalisierendem Trug seit Herrschaftsgedenken –, haben wir ein nicht greifbares Unding umkreist, ein Negativum, ein Loch voll halb begriffener Tod und Leben mischender Ereignisse.

Drittens wäre es Hybris – als könnten wir das, was uns ausmacht, begrenzt, Leben und Tod bereitet, als vermöchten wird das, was unsere »Wirklichkeit« prägt, auf durchsichtige Begriffe zu bringen. Diese erschlössen sich uns. Sie machten uns fähig, sie zu gestalten. Solche Begriffssuche, mehr noch ihr verräterischer Erfolg, verriete unsere eigene, mit einer »wissenschaftlichen« Tarnkappe versehene maßstabslose Anmaßung. Sie macht seit jeher den Kern einer »Dialektik der Aufklärung« aus. Und wähnten wir nur, in der Sprachtasche die Welt und ihre Befindlichkeit »transparent« herumzutragen. Der Begriff entrutschte uns, bevor wir ihn fassten. Ein so gearteter Begriff verriete unseren eigenen Herrschaftswahn.

Viertens tritt im III. Abschnitt des 1970 in Deutsch erschienenen Aufsatz-Bändchens von Hannah Arendt »Macht und Herrschaft« »Niemand« als Faktotum einer Bürokratie auf. In ihr gibt es, wenn man nach verantwortlichen Personen fragt, Niemand. Selbst die Anführungszeichen täuschten, als verberge sich dahinter eine andere, eine »wahre« Wirklichkeit. Mit der Sagengestalt »Niemand« kann man rechnen. Eine Leerstelle kann man weder beeinflussen noch überzeugen. Bürokratie perfekt wäre die Herrschaftsform, in welcher es niemanden mehr gäbe, der bestimmende Macht ausübte. Durchführung ist alles. Wie personifi-

[220] Siehe auch Prolog. Vgl. dazu vor allem sprachliche Ausdrücke. Im Deutschen sowohl aufs »Dritte Reich« als auch auf seinen Umkreis bezogen: Storz/Sternberger/Süskind (siehe Anm. 104); Victor Klemperer, LTI, Lingua Tertii Imperii, verstreut nachzulesen auch in seinen Tagebüchern 1933-1945 (siehe Anm. 59); insgesamt das der Sprache geltende Schlusskapitel von George Orwell, 1984, Berlin 1994.

zierte Sachzwänge würde Ohnmacht mächtig. Es bestünde »eine Tyrannis ohne Tyrannen.«[221]

Obwohl wir fünftens von Hannah Arendts Argumenten und begrifflichen Überlegungen beeinflusst sind, folgen wir ihr nicht durchgehend. Ihre Begriffe gelten infolge nicht diskutierter Prämissen. Sie muten uns deshalb zu eindeutig an. Hinzukommt, dass sie – eine Generation vor uns – teilweise anderen Zwecken und Orientierungen gehorchte. So sehr, mit Eric Hobsbawm gesprochen, das »Zeitalter der Extreme«, Weltkriege, Nationalsozialismus, Stalinismus, Kolonialismus und nicht zuletzt westlich gemachtes Grauen unsere Gegenwart und mögliche Zukünfte formieren, sie an Abgründe rücken, so sehr bedeutet das, was man als Globalisierung pauschaliert, neue entgrenzte Grenzen. Deren Voraussetzungen und Effekte sind gerade dann sozial einzufangen, wenn Sozialität in der Fülle ihrer ungleichen Vereinzelungen technologisch verpupptes kapitalistisch fungierendes Wachstum ebenso verlangt wie von »normalen Katastrophen« begleitet wird. Was gesellschaftlich noch sei – siehe die »soziale« Kommunikation im Internet oder, vorgeblich, zwischen Sachen – und mit welchen habituellen Effekten es bewirkt wird, wird zu einem Schlüsselthema.

Der Ausdruck »Niemands-Herrschaft« bezeichnet unsere Not, ein passendes Wort zu finden, das die Präsenz von Herrschaftlichem erfasste. Wir deuten den Sachverhalt nur an als Phänomen, das in Erscheinung tritt, wo Menschen hausen. Doch besitzt der Un-Begriff, sokratisch eine Aporie, beträchtliche Vorzüge. Er vermeidet die ideologische Fixierung auf Personen. Von dieser personalisierenden Fixierung als einer legitimationskräftigen Projektion »leben« Print- und Bildmedien, die sie täglich bestätigend reproduzieren. Von ihr lebt nicht nur das, was als »politisch« deklariert wird. Als bestimmten Handelnde das Geschehen. Von dieser legitimationskräftigen Projektion »leben« wir alle. Sonst erfasste uns der horror vacui, der Schrecken der Leere verantwortlichen Geschehens.

Weil wir in »streitbarer Einfalt« hofften, nicht Vielgeschwätziges vorzulegen, Homers Thersites ähnlich, steckt im Ausdruck »Niemands-Herrschaft« eine kleine, von Bert Brecht gelernte, von allen Wortfabulierern geübte List. In Worten sind Fabeln enthalten. Fabeln reizen mit Worten.[222] Brecht nannte das den V-Effekt, den Verfremdungseffekt. Indem er Nahes in die Ferne verlegte, Vertrautes kostümierte, sollte der theatralisch Sehende zum nachdenklichen Lernen

[221] Siehe Hannah Arendt, Macht und Gewalt, München 1970, S. 80 und ff. Wer Max Webers bürokratischen »Idealtyp«, also seine Konstruktion aus historischen Signifikaten, in seiner Herrschaftssoziologie nachliest und seinen Albtraum bürokratischer Antipolitik kennt, wird entdecken, wie nahe, und seine Spuren verhärtend, Hannah Arendt Webers bürokratischem Typus folgt, indem sie den »Idealtypus« von Weber mit historischer Wirklichkeit zur Deckung bringt.

[222] Vgl. weit über den aktuellen Zusammenhang hinaus die bedeutsame, von uns erst »anstudierte« Neuerscheinung: Douglas Sander/Emmanuel Hofstadter, Surfaces and Essences: Analogy As The Fuel and Fire of Thinking, New York 2013.

gedrängt werden. Im Gegensatz zu dem uns allen genehmen Verhalten, in dessen »Gemütlichkeit« wir uns gefühlig mit einer Theaterfigur identifizieren, soll der V-Effekt Distanz herstellen. Eine Distanz, die für Denken, Lernen und Sich-Verändern als notwendige Begleiterin zum leidenschaftlichen Engagement gebraucht wird. Ebenso ist erforderlich, die tägliche Gymnastik der Einbildungskraft zu üben. Dies hat die politische Pädagogin und Anarchistin Simone Weil gelebt, gelehrt und vorgeführt.

»Niemands-Herrschaft« besagt nicht, wir hätten das verloren, was uns Herrschaft zum dauernden menschlichen Faszinosum und Ärgernis verschiedener Intensitätsgrade macht. In Sachen Herrschaft als Ärgernis bleibt Jean Jacques Rousseau ein immer präsenter Mentor. Der Paukenschlagsatz seines Contrat Social: »Der Mensch ist frei geboren, aber er lebt in Ketten!« »Niemands-Herrschaft« besagt, Herrschaftliches trickse uns aus wie ein global präsentes Rumpelstilzchen. Ach, wie gut, dass niemand weiß, dass ich blinder Gehorsam heiß. In jedem Fall ist »Niemands-Herrschaft« weder personal als »Weltkaiser« zu entdecken, noch lässt sie sich – von Vielen taggeträumt – institutionell als »Weltstaat« fassen. Es sei denn wie Kant schon in seinem »Ewigen Frieden« wusste, als Weltdespotie! Hervor kröchen Goyas Albträume der umgeschlagenen und um sich schlagenden Vernunft, das Temperament der westlich-, der kolonial geprägten Moderne: »Dialektik der Aufklärung«.

Als Schluss bleibt das sokratische Nichtergebnis. Eine Aporie im Sinne eines anhaltenden, wissensmageren Zweifels. Sie ist verbunden mit der immergrün Fixierungen untergrabenden Frage: ti estin? Was ist es »wirklich«, das du behauptest, was läge ihm zugrunde, was folgte daraus?[223] Gewissheiten, vorurteilsgeschlossene Kokons, werden herrschaftskritisch geöffnet.

Die kapitalistisch technologisch bewirkte »Globalität«, nur eine Umfangsbezeichnung gegenwärtiger Menschlichkeit, vermögen wir also nach eigener Kenntnis und Übersicht allenfalls in Segmenten, pointiert nach einzelnen Merkmalen zu beschreiben. Mit einer »Theorie des gegenwärtigen Zeitalters« überhöben wir uns. Sie wäre für die bewohnte Erde nicht in einer Bewusstseinstat zu verwirklichen. Niemands-Herrschaft und systematisches Nichtwissen gehen Hand in Hand. Das »Nicht« bliebe bestehen, auch wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler frei wären, in einem panoptischen Verstande ihren karrieregetrimmten Habitus aufzugeben. Die Fülle der kulturellen Unterschiede, sogar im nicht besitzindividualistisch verengten Westen, wird überlagert und vermischt von einer Fülle zeitlich und kulturell verschiedener kapitalistischer Vergesellschaftungs-

[223] Solche, die sprach- und gedankenlustig weiter räsonieren mögen, siehe Sören Kierkegaard, Über den Begriff der Ironie. Mit ständiger Rücksicht auf Sokrates, hier benutzt die Übersetzung von Rose und Emanuel Hirsch, München 1961. Zwei Thesen, S. 3 und 4: VIII. Die Ironie als unendliche und absolute Negativität ist die leichteste und unscheinbarste Bezeichnung der Subjektivität. XV. Ebenso wie die Philosophie mit dem Zweifel, ebenso beginnt das Leben, das menschenwürdig genannt werden kann, mit der Ironie.

und Herrschaftsformen. Sie sind nicht gering zu achten. Sonst übersähe man die verhängnisreichen Effekte der gegenwärtigen Welle so genannter Modernisierung selbst in ihren Ausgangsländern. Rund 150 Jahre nach Max Webers Geburt und bald deren 100 nach seinem Tod (1864-1920) scheinen die Formen europäisch angelsächsischer Rationalisierung und der darin begründeten »Modernität« an allen Ecken und Enden des Globus zum aufgeherrschten und entfremdenden Schicksal geworden zu sein.[224] In einer nicht absehbaren Geschichte ohne Ende. Grob eingeteilt begleiten seit der »Entdeckung Amerikas« westlich akzentuierte Rationalisierungen. Durch ihren gewaltigen Fortschritt verdräng(t)en sie andere, vormoderne, schon im Prozess der Entwicklung befindliche Völkerschaften. Und sei's in Form eines »cultural genocide«, dem gesellschaftlichen Zerstörungsprozess mit dem Hauptakzent westlicher Zivilisation.[225] Mit ihm leben wir in wechselnden Gegenwarten, als sei er »modern« überwunden. Als steckten nicht in ihm erschwerende Wackersteine des leerformelartig und konsequenzlos erinnerten »Kollektiven Gedächtnisses« (Maurice Halbwachs).

Die Suche nach global präsenter Niemands-Herrschaft wirft somit erneut grundlegende Fragen nach gelingenden und scheiternden Modernisierungsprozessen auf. Doch zunächst wollen wir die genannten Aspekte anhand von zwei Fragen konzentrieren. Die allemal nur vorübergehenden praktischen Antworten entscheiden darüber, ob Politik und ihre aristotelische Qualität, Politik als Ausdruck des Synergismus und von Synagogein, des Zusammenwirkens und Zusammenhandelns von Menschen als politische Wesen, in quantitativ und qualitativ veränderten Zeiten und ihren Kontexten noch möglich sein könnte. Die beiden Fragen, die wir verdichtet diskutieren, lauten unspektakulär, Teufel und Chancen nisten im Detail:

1) Vermögen die globalen Probleme mit human verlässlichen Kriterien und Prozeduren je und je gelöst zu werden?

2) Bestehen Möglichkeiten, Herrschaft(en) gigantomaner Sach- und struktureller Machtkomplexe unter politisch primäre Kontrolle zu bringen, also menschlich handelnd primär zu bestimmen?

[224] Vgl. kurzweilig zu lesen die von Weber kurz von seinem Tod geschriebene »Vorbemerkung« zum 1. Band seiner religionssoziologischen Schriften (S. 1-16), der vor allem seine Hauptarbeit: »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« enthält (siehe Anm. 45).

[225] Zum Beginn siehe Tzvetan Todorov, Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen, Frankfurt/M. 1985.

Zur Antiquiertheit liberaldemokratischer Verfassung und individueller Menschenrechte

Im Unterschied zu technischen, heute technologischen Erfindungen ist die angelsächsisch europäische Moderne und sind ihre dominanten Vergesellschaftungsformen staatlicher, kapitalistischer und kulturell rationalisierender Provenienz arm an neuen, problemangemessenen soziopolitischen und ökonomischen Formen soziopolitischer Organisation. Der miserable Befund wird zweifach begründet. Zum einen ist die profit- und konkurrenzgetriebene innovative Knetmasse sachlicher Gerätschaften aller Art schier unbegrenzt. Sie ist plastisch und formbar. Davon unterscheiden sich die begrenzten körperlichen, intellektuellen und sozialen Gegebenheiten der »Masse Mensch«.[226] Zum anderen setzt jede Neuerung etablierte Verhältnisse unter Druck. Sie heischt sozial umwälzende Verhältnisse. Diese beträfen immer herrschaftliche und kumulativ materielle Ungleichheiten. Dagegen wehren sich dann die jeweils definitionsmächtigen Interessenten und die ihnen Unterworfenen.

Eine der großen Neuerungen, die sich aus vorgeprägten Elementen im 17. und 18. Jahrhundert herauspaukte, besteht in der erfindungsreichen Komposition des liberalen Verfassungsstaates. Mit Hilfe seiner Einrichtung versuchte die ökonomisch mobilere, darum selbstständigere Klasse der Bürger der Willkür vor allem feudal absolutistischer Herrschaften zu entrinnen. Ihre Herrschaft wurde auch von der Französischen Revolution nicht beseitigt. Vielmehr wurde versucht, die zuvor geltende (erb-)ständische Herrschaftsstatik mit Hilfe von Regeln und Vertretern des neuen Standes von Bürgern in begrenzter Dynamik zu entfesseln.

Die Kernverlangen des liberalen Verfassungsstaates mit dem Ziel, bürgerlich ökonomische Interessen frei zu setzen, summierten sich auf deren drei. Alles überragend das Postulat »Verantwortlicher Politik«. Es richtete sich erstens gegen die Willkür der Herrschenden. Zweitens gab es ein bürgerliches Verlangen nach Öffentlichkeit und Berechenbarkeit, vor allem durch Rechtssicherheit, dem, was Max Weber alltägliche oder veralltäglichte Herrschaft nannte. Die Motive Öffentlichkeit und Berechenbarkeit/Rechtssicherheit verlangten eine förmliche Verfassung des politisch herrschaftlichen Geschehens. Sie schürzten sich drittens in der Forderung, bestehende Herrschaft doppelt zu legitimieren. Zum einen dadurch, dass sie »konstitutionell« zu werden hatte, also im Kontext einer allgemeinen Verfassung aufgehoben sein sollte (wie sich versteht immer mit Ausnahme ökonomischer Produktion und Reproduktion). Zum andern dadurch, dass die neue »allgemeine« Klasse, das Bürgertum, in Maßen, repräsentativ an der gesetzlich begründeten Ausübung dadurch qualitativ verwandelter Herrschaft beteiligt werden sollte. Damit sollte der bleibende staatliche Gewaltkern, das Militär, später als Ausdruck aus-

[226] Zu einer Fülle von Anregungen siehe André Leroi-Gourhan, Hand und Wort (siehe Anm. 156).

differenzierter Innenpolitik, die Polizei, zu Soldaten und Polizeiangehörigen als »Bürger in Uniform« werden.

In den Entstehungsursachen und in der Wirkung liberaler Demokratie galt somit zwar, dass staatliche Gewalt gesetzesförmige Gamaschen anzuziehen habe. Doch die letztlich ungeschlachte staatliche Gewalt wird erst sekundär mit einem mürben gesetzlichen Netz überworfen. Darum blieb die Spannung erhalten: staatliche Herrschaft im Notfall und geltende allgemeine Normen während gewöhnlicher Perioden (»Ausnahmezustand und Norm«). Der legislativen Institutionalisierung des Rechtsstaats gelang es nicht, die schwärende, geradezu geschöpfliche Gewaltwunde zu heilen.

Vielmehr bleibt rechtlich eingekleidete Gewalt durchgehend gegenwärtig: in Norm und Normalität. Dieser Eigenart entspricht die begrenzte Funktion der gewählten, gewaltenteilig der Exekutive gegenübergestellten Legislative. Als legislatives Definitions- und Kontrollorgan, das die exekutiv ausgeübte »Herrschaft des Rechts« (Franz Neumann) ausrichten, kontrollieren und qua Wahlen demokratisch legitimieren soll, geriet die gewählte Legislative auf eine schiefe Ebene zu ihren Ungunsten (s.o., Kapitel IX).

Neben der Asymmetrie von Exekutive und Legislative gibt es eine weitere, zentrale Schwäche liberaldemokratischer Verfassung, denn die die Gesamtgesellschaft umfassende »Verfassung« wird ausgespart: Produktion, Reproduktion und Verteilung der Lebensmittel des industriellen Komplexes. Seit seiner »Kapitalisierung« mit englischem Beginn als »workshop of the world« im 18. Jahrhundert (E. Hobsbawm) vergegenwärtigt er den dynamischen, sich totalisierenden Part der ausdifferenzierten Vergesellschaftungsformen. Wie die trefflich kondensierte Studie von Albert O. Hirschman für den physiokratischen Vorbeginn schon dargestellt hat, waren sich die Bürger einig und blieben es allen erheblichen Veränderungen zum Trotz bis heute: Dass die ökonomischen Interessen in ihrer ökonomischen »Rationalität«, ihren Funktionen und organisatorischen Formen keiner expliziten Verfassung, keines ebenso institutionellen wie verfahrensförmigen Ordnungs- und Kontrollkomplexes bedürften. Die ökonomischen Interessen sorgten für die Individualisierung der »economic men«/der human being. In ihrer Konkurrenz schritten sie in ihrer quantifizierbaren Rationalität und entsprechend im monetären Mittel und Maßstab fort. Sie verdichteten sich als Geld in vielfältiger Funktion.[227] Am harten Rand scheinen nur freie Produktion, Produktionsverhältnisse und freien Handel sichernde rechtliche Normen und Sanktionen erforderlich. Sie sind den angeblich gewalt- und machtfreien Teilnehmenden im Marktgeschehen staats- und das heißt im Konfliktfall sanktionsgewaltig zu garantieren.

[227] Siehe das schwer übertreffliche Geldkapitel in den Marxschen Grundrissen (vgl. Anm. 121), unbeschadet nötiger Ausweitungen angesichts der heute schier unübersehbaren Ausdifferenzierung des Geldkapitals. So könnte es fast scheinen, es sei vom »produktiven« unabhängig geworden.

Aktuell zeigt sich dies in den Verhandlungen der EU mit den USA über die »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« (TTIP) wie auch im demokratie- wie umweltbewegten Widerstand dagegen.

Kurz: die politische, auf die Staatsform bezogene Verfassung und ökonomische, dem Markt und seiner Konkurrenz prinzipiell überlassene Nichtverfassung korrespondieren miteinander zugunsten besitzindividualistischer Interessen. Als »Markt« verallgemeinert und versteckt. Sie äußern sich in liberaldemokratischen Legitimationsverfahren, der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und im schon errungenen, also verteidigten und erworbenen Wohlstand. Sie prägen den Habitus der Bürgerinnen und Bürger. Die prinzipiell nicht verfasste, wenngleich heute rechtlich vielfach übergarnte ökonomische Vergesellschaftung gibt in Sachen Funktionsfähigkeit der politischen, der geschriebenen, liberal demokratischen, grund- und menschenrechtlich wertevoll gepunkteten Verfassung den Ausschlag. Sie bedingt die potentiell und aktuell dauernden »Ausnahmezustände«, pauschal »Krisen« genannt. Darum sind auch die ökonomisch bewirkten, politisch benutzen Formen der Legitimation primär. Kriegerische Ausnahmen und ähnliche, nicht wirtschaftlich bewirkte Katastrophen bis zu kollektiven Fluchten, sind in ihren Motivationen, Auswirkungen und Formen der Bewältigung in der Regel nicht von vornherein zuzuordnen. Das angeblich sich selbst regulierende Marktgeschehen auf der Prämisse struktureller Ungleichheit in Kapitalbesitz und/oder Verfügung setzt die Rahmenbedingungen. Die zeitweise Reformdebatte um politisch gesellschaftlich gesetzte Rahmenbedingungen kapitalistisch ausufernder Ökonomie glänzt deshalb im Schweiß vergeblicher Liebesmüh. Jenseits der Vorstellungen von ordnungspolitisch aufgeklärten Ökonominnen und Ökonomen ist allerdings von der Commons-Bewegung die Forderung nach einem dritten Weg aufgestellt worden: Gemeineigentum jenseits von Markt *und* Staat.[228] Damit setzt diese Bewegung nicht an der Verfass*ung*, sondern an der Verfasst*heit* liberaler Demokratie an.

1959 trug der Titel der Antrittsvorlesung des hervorragenden Verfassungsrechtlers Konrad Hesse in Freiburg i.B. den Titel: »Die Normative Kraft der Verfassung«.[229] Unser Lob speist sich auch aus anderen Schriften und Beteiligungen Hesses und aus demokratisch besonders qualifizierten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, vor allem über das demonstrative Geschehen in Brokdorf 1981 in seiner 1985er Entscheidung.

---

[228] Vgl. in ökonomisch-kritischer Perspektive Elinor Ostrom, Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. Herausgegeben, überarbeitet und übersetzt von Silke Helfrich. München 2011. Außerdem: Uta v. Winterfeld/Adelheid Biesecker/Christine Katz/Benjamin Best, Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen? Wuppertal-Institut 2012, http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/4480

[229] Konrad Hesse, Die normative Kraft der Verfassung, veröffentlicht in »Recht und Staat« Heft 222, Tübingen 1959.

K. Hesse hebt mit einem Vortrag von Ferdinand Lassalle vom April 1862 über Verfassungswesen an. Lassalle stellt an Hand eines vorgestellten Brands aller schriftlich vorliegenden Rechte und Verfassungen die Frage: Wäre Preußen ohne Verfassung, wenn alle Dokumente vernichtet worden wären? Seine Antwort: Gewiss nicht! In Preußen stelle nach wie vor das Militär die wirksame Verfassung unterhalb noch so himmlischer Normen. Daraus folgerte Lassalle kurz und bündig: Verfassungsfragen sind Machtfragen. Wir haben in seiner Nachfolge der »Macht« einen materialistisch orientierenden Inhalt gegeben. Wir setzten im Kürzel an Stelle der von Max Weber als sozial amorph erkannten Macht, die aus heterogenen Quellen vielfältig geübt werden kann, die kapitalistische Gesellschaftsformation.[230] Konrad Hesse ist mit dem, was er »soziologischen Positivismus« nennt, nicht zufrieden. Er will bei der Denken, Handeln und Kritik verstellenden Blockade des Entweder Oder nicht stehen bleiben. Entweder »wirklichkeitsentleerte Norm« hier, beispielsweise eine Verfassung abstrakter »Werte« und Institutionen, oder eine »normentleerte Wirklichkeit« dort. Sie unterschlüge andere menschliche Motive und Orientierungen in mechanischem (Pseudo-)Materialismus. Hesse stellt fest: »Der Geltungsanspruch einer Verfassungsnorm ist mit den Bedingungen seiner Realisierung nicht identisch.« Außerdem: »Wirklichkeitsbedingtheit und Normativität der Verfassung lassen sich nur unterscheiden, sie lassen sich weder von einander trennen, noch miteinander identifizieren.« Darum wendet er sich gegen leichtfertige Ergänzungen einer einmal verabschiedeten, allein infolge ihrer Dauer regulativ wirksamen Verfassung. Ebenso kehrt er sich wider aushebelnde Ausnahmen: »Nur ist das Entscheidende nicht, ob sich im Ausnahmezustand die Überlegenheit des Faktischen über die bloß sekundäre Bedeutung des Normativen erweist, sondern ob sich gerade hier die Überlegenheit des Normativen über die bloße Faktizität bewährt.«

Konrad Hesse räumt ein, Schlüsselfaktoren, die bestanden und in einer Verfassung direkt oder indirekt wirksam wurden hier, Verfassungsnormen, Prozeduren und Einrichtungen dort, könnten sich auseinander entwickelt haben. Dann befruchteten sich Verfassungsnormen und ihre Formen nicht mehr wechselseitig in Orientierung, Problemlösung und Kritik. Das ist in Sachen liberale Demokratie aus mehreren Gründen der Fall. Darum sind ihre Formen und Normen ausgeleiert. Ohne neue demokratisch organisierende Kugellager ähneln sie im jeweils materiellen und herrschaftlich sausenden Wind klirrenden Fahnen. Sie sind zu missbrauchten Legitimationshülsen geworden.

Zum einen: Quer durch das 19. und vollends das 20. Jahrhundert sind aus einer dünnen, mit liberaldemokratischen Legitimationstupfern versehenen Herrschaft »Massendemokratien« geworden. Die aufgeblähte Masse ist in ihrer ohne-

[230] Zur trefflichen Einführung in die Chamäleonfarben der machtbegrifflichen Proteusgestalten s. Michel Foucault, Mikrophysik der Macht: Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin, Berlin 1977.

hin hauchdünn mitbestimmenden Macht zu einer manipulationsoffenen, allein quantitativen »Wahrheit« nicht demokratisch zu qualifizierender Legitimation geworden. Das wahlverbundene Repräsentationsprinzip, für umfänglichere gesellschaftliche Einheiten geeignet, leidet nicht nur unter viel zu großen quantitativen Proportionen von Repräsentanten und Repräsentierten. Einige Hunderte Repräsentanten stehen Millionen und Abermillionen von Sandkörnern als den Wählenden gegenüber. Der Repräsentationsmechanismus ist außer soziogenetischer Balance geraten. Er vergegenwärtigt nur noch abgehobene Quantitäten, in ihrer Qualität repräsentativ vorurteilstrüb. Die mitbestimmende Disqualifizierung der Wahlen, ihr manipulativer, »Massen« verkindischender Charakter haben das Prinzip der Repräsentation ausgehöhlt. Eine der wenigen institutionellen Neuschöpfungen, die Parteien, ist längst in den weiten Distanzen überdünn ausgestreckt. Auf diese Weise bestätigen Parteien das »eherne Gesetz der Oligarchie«, von Weber-Freund Robert Michels um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert am Exempel der ersten modernen Massenpartei demonstriert: der Sozialdemokratie. Die Größenordnungen aller Herrschaften, der liberaldemokratischen insbesondere, befinden sich in anhaltender Dissonanz selbst mit den geringsten unter den demokratischen Ansprüchen, den Farcen der enteigneten Legitimation.

Zum zweiten: Mochte man noch bis ins 20. Jahrhundert wohlgefällig den Namen »Demokratie« zum Zwecke wohl verpasster Täuschung gebrauchen und die kapitalistische Definitionsmacht (im Nationalstaat mit der Tarnkappe »Volkswirtschaft«) im Vergleich zur staatlichen als fast gleichrangig anerkennen – »Faktizität und Geltung« (Habermas' Ausdruck ironisch gebraucht) in weitgehender Übereinstimmung –, so ist dies angesichts der vorwärts, wenngleich ungleich und hinkefüßig galoppierenden Bedeutung des Weltmarkts nicht mehr möglich. So wenig – mit Trauerflor oder blumengeschmückt – von einem »Absterben des Staates« allgemein die Rede sein kann, so eindeutig ist der Befund. Nebenbei gesagt: die UNO zählt über 200 Staatsmitglieder. Ein verstaateter Politikverhalt ist also zu beachten, wenn man die Chancen der UNO politisch einzuschätzen ausgeht. Die liberaldemokratische Bestimmungsmacht am ungleich vereinten politisch-ökonomischen Geschehen – im Rahmen der kräftigsten Vertreter europäisch angelsächsischer Provenienz – hat bestenfalls die Metapher »magersüchtig« verdient. Hinterher passt der abwertende Ausdruck: regierungsamtlich bzw. parlamentarisch abgesegnet. Das politische Traktat der Bankenkrise durch die EU seit 2008 könnte als Fallstudie dienen, die nur allgemein durchsetzenden staatlichen Funktionen zu belegen. Repräsentative Demokratie, immer schon symbolisch überladen, nicht zuletzt im habermasisch geadelten »Verfassungspatriotismus«, wird zum leeren Refrain. Wiederholung der Rechtsstaatformel zur Selbstbestätigung. Wer sie infrage stellte, wird zum, Missbürger. »Verfassungsschutz« an die Verbotsfront! Die Europäische Union, ein Ausdruck der Gemeinsamkeit des 28 Staaten umfassenden organisierten Europas, zeichnet sich durch ein emphatisches demokratisches Minimum aus. Wehe, jemand käme auf den absurden Gedanken

und verlangte, der europäischen »Integration« gemäß, so der allgemein gebrauchte Ausdruck für die europäisch unierte »Ganzheit«, die Mitgliedsländer sollten in ihren sozioökonomischen Standards angeglichen werden. Der europäische Krisenfall auflösender Diffusion ereignete sich. Die Gründe hierfür sind nur insoweit europäisch, als die riesigen unternehmerischen Machtkomplexe der EU und konsequent ihrer führenden Länder weltmarktgrößer- und konkurrenzstärker werden wollen – das führende, nur dem pathetisch hohlen Schein nach mit dem »Wert« »Europa« verbundene Interesse des kollektiven Staaten- und Unternehmens-Motors der EU-Gründung 1991/1992. Stichwort: Maastricht. Erneut ist es der nahezu exklusiv auf den Weltmarkt gerichtete Größenrausch, der hier europäisch betrunken macht.

Das EU-Länder umfassende a-soziale Verhalten unter- und gegeneinander ist kein Zufall. Dass die EU und ihre führenden Länder, die BRD an der Spitze, Flüchtlinge aus asiatischen und afrikanischen Ländern mit FRONTEX und gesetzlichen Mitteln und Kniffen, von nicht genehmem Asyl abhalten oder sich fachlich nicht passenden Flüchtlingen im Kontext der EU verweigern, wie den Roma, setzt den staatensystemisch individualisierten Mangel an gegenseitiger Hilfe im Pseudokollektiv der Staaten und ihrer vorurteilsprallen Legitimationen fort. Es entspricht westwärts der seit Jahrhunderten eingetrimmten ökonomischen Logik wirtschaftswissenschaftlicher Theorie und Praxis, sich individuell zu orientieren und zu verhalten.[231] Die ökonomisch »individualisierende«, aufs eigene Interesse fixierende Ausrichtung, sie bestärkende Ungleichheit, negativ bezeichnet als Dissoziierung, kapitalistisch und staatlich herrschaftsgerichtet seit Beginn der widersprüchlichen Vergesellschaftungsformen, haben im Zeichen globaler Konkurrenz und vereinzelnder, kollektiver sozialer Unterschiede konkurrierend zugenommen. Jeder politische und soziale Winkel wird davon durchdrungen. Am Anfang stehen die Bildungspolitik und die Ungleichheit der Chancen. Die von Benedict Anderson studierte Erfindung der Nationen wie ethnischen Identifikationen können nicht auf allein besitzindividualistische Motive reduziert werden. Sie entsprechen, mit Kant analysefrei zu reden, den verallgemeinerten und zugleich vereinzelnden »Begierden zum Haben und auch zum Herrschen«. Sie stellen jedoch politisch kollektiv zusammenhaltende Projektionen auf der weithin fehlenden Grundlage »sozialer Ligaturen« dar. Gesellschaft ist, vom Westen ausgehend, zur (a-)sozialen Tatsache geworden, dem dissoziierenden, ja dem verallgemeinerten und über Marx hinaus banalisierten Hunger nach Mehrwert(en). Sie macht, analog zu Hobbes' Annahme, den anderen kollektiv und individuell zum Feind. Auf diese Weise werden selbst die politisch-sozialen Minima liberaler Demokratie gefährdet. Da-

[231] Nur so sind über 500 Jahre trotz allem Wandel gestreckte, kompositorische nahezu unveränderte Vorurteile zu begreifen, die Klaus-Michael Bogdal primär aufgrund literarischer Quellen nachgezeichnet hat: Europa erfindet die Zigeuner (siehe Anm. 204).

ran hat Robert Paul Wolff vor fast einem halben Jahrhundert in seiner von innen nach außen sich wendenden Kritik am Liberalismus erinnert.[232]

Immanuel Kants kurzes, wunderbar leicht und ausdrucksplastisch verfasstes, klassisch liberales Schriftchen statuiert am Beginn der Moderne einige nach wie vor wie natur- und also menschengegebene, wie ontologische Prämissen gehandelte Annahmen bis zur bodenlosen Begründung »menschenrechtlicher« Kriege zum Zwecke des »zivilisatorischen« »Nation-Building«. Zu diesen Annahmen gehört, weniger pointiert formuliert als von Thomas Hobbes: der Mensch ist des Menschen Konkurrent. Der dissoziierende Kampf um Mehr allein garantiert den Fortschritt. Für das, was zum Zusammenhalt der »ungeselligen Geselligkeit der Menschen« zustande kommen muss, sorgt rechts-gewaltiger Staats-Zwang. »Denn jeder derselben, i.e. der Menschen, wird immer seine Freiheit missbrauchen, wenn er keinen über sich hat, der nach den Gesetzen über ihn Gewalt ausübt.« (Kant, vgl. Anm. 25, hier S. 23).

Um einen Eindruck von Kants Schrift zu vermitteln, soll der Beginn seines Vierten Satzes aus der »Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht« zitiert werden. Er zeigt eine »Naivität« des offenen Ausdrucks, die diesen, seiner liberal absolutistischen Zeit schier unvermeidlich verhafteten Philosophen der großen Drei Kritiken – der reinen Vernunft, der praktischen Vernunft und der Urteilskraft – groß und eigentümlich liberal und west-beschränkt macht(e).

»Vierter Satz

Das Mittel, dessen sich die Natur bedient, die Entwicklung aller ihrer Anlagen zu Stande zu bringen, ist der Antagonism derselben in der Gesellschaft, so fern dieser doch am Ende die Ursache einer gesetzmäßigen Ordnung derselben wird. Ich verstehe hier unter dem Antagonism die ungesellige Geselligkeit der Menschen; d.i. den Hang derselben in Gesellschaft zu treten, der doch mit einem durchgängigen Widerstande, welcher diese Gesellschaft beständig zu trennen droht, verbunden ist. Hierzu liegt die Anlage offenbar in der menschlichen Natur. Der Mensch hat eine Neigung sich zu vergesellschaften: weil er in einem solchen Zustande sich mehr als Mensch, d.i. die Entwicklung seiner Naturanlagen, fühlt. Er hat aber auch einen großen Hang, sich zu *vereinzeln* (isolieren): weil er in sich zugleich die ungesellige Eigenschaft antrifft, alles bloß nach seinem Sinne richten zu wollen, und daher allerwärts Widerstand erwartet, so wie er von sich selbst weiß, daß er seinerseits zum Widerstande gegen andere geneigt ist. Dieser Widerstand ist es nun, welcher alle Kräfte des Menschen erweckt, ihn dahin bringt seinen Hang zur Faulheit zu überwinden und, getrieben durch Ehrsucht, Herrschsucht oder Habsucht, sich einen Rang unter seinen Mitgenossen zu verschaffen, die er nicht wohl *leiden*, von denen er aber auch nicht *lassen* kann. Da geschehen

[232] Robert Paul Wolff, The Poverty of Liberalism, Boston 1968.

nun die ersten wahren Schritte aus der Rohigkeit zur Kultur, die eigentlich in dem gesellschaftlichen Werth des Menschen besteht; ... « (ebenda, S. 21)

Keine Summe ist angesichts des zu dürftig und unsystematisch aufbereiteten Materials möglich. Die Richtung, in die sie deutet, ist vergleichsweise eindeutig. Wir zitieren und referieren sie, indem wir erneut auf den bald 30 Jahre zurückliegenden Vortrag von Johannes Agnoli zurückgreifen. J. Agnoli überzeugt, wenn er darlegt, in Sachen Kritik sei ein Vergleich zwischen der Verfassung einer repräsentativen Demokratie und der aktuell geltenden Verfassungswirklichkeit unzureichend. Argumente dafür, dass und warum dem so sei, haben wir dargelegt. Die Kluft zwischen verfasstem normativem Anspruch und Problemen klafft zu unüberbrückbar. Johannes Agnoli schreibt: »Heute ist die kritische Politologie in Frage zu stellen, weil sich die Frage anders stellt. ›In dürftiger Zeit‹ (Hölderlin) genügt das Abwägen der guten und schlechten Politik nicht mehr… Die notwendig gewordene Kritik der Politik kann sich mit der im Grunde immer noch affirmativen, weil die Normativität des bürgerlichen Staats durchaus akzeptierenden Überprüfung der normgemäßen Garantie subjektiver Rechte nicht mehr abfinden. Noch weniger interessiert sie sich für die Frage, ob Institutionen reform- und besserungsbedürftig seien (als läppisches Beispiel, ob die Fragestunde des Bundestages ›volksnäher‹ oder effektiver gestaltet werden sollte). Die Kritik der Politik stellt vielmehr die Frage nach dem herrschaftssichernden Charakter aller Reformen und vergisst also die Frage nach dem cui bono nicht und nach der Zweckrationalität irrationalen Verhaltens der politischen Macht. Im Mittelpunkt steht nicht die Klage und das Klagen über die Untüchtigkeit der Protagonisten und die Lügenhaftigkeit des legitimatorischen Verfahrens…, sondern die Anklage gegen das Prinzip, dass Herrschaft naturnotwendig und höchstens zu bändigen sei; und als Schlusserkenntnis, vom Richterstuhl der Vernunft ausgesprochen, dass Herrschen, dass das autokratische oder oligarchische oder parlamentarische Bestimmen über Gesellschaft allemal zu negieren sei – möge die Form des Staates sein wie sie wolle.« (siehe Anm. 37, S. 198 und ff.)

Das bürgerliche, indes immer besitzindividualistisch verengt konzentrierte Ideal als kritische Bezugsgröße, äußert sich heute als globale Heteronomie. In ihr bleiben die Individuen weder handlungs- noch mitbestimmungsfähig als Vereinzelte stecken. Darum sind die individuellen Grund- und Menschenrechte für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, die sich justizieller Verfahren bedienen können, nur ein individuell geltender normativ verstreuter Streusel auf einem anders gebackenen Kuchen. Sie fundieren und orientieren als normae normandes (als Normen, die weiter normieren), als durchgehend funktionell und institutionell geltende Normen auf entsprechendem sozioökonomischem Boden die außerordentlich entscheidende kapitalistische für die ordentliche politische Verfassung. Bürgerinnen und Bürger werden nicht als politisch mitbestimmende Personen instandgesetzt und beteiligt. Demgemäß können sie nicht beteiligt werden. Die liberale Demokratie, zumal im Rahmen der heutigen Größenordnungen und materiellen Bedin-

gungen, ist ein durchkomponiertes vor- oder nachpolitisches Gebilde ohne Demokratinnen und Demokraten. Das gegenwärtige Reden von »Post-Demokratie« und ähnliche passlose Wörter, die »alles Inhaltliche verflachen und im Geschwätz beruhigen« (Hugo von Hofmannsthal), prätendiert nur einen »Tiefsinn der Niederung« (Nicolai Hartmann).[233] Auffällt, dass aus den nicht beiläufigen Defiziten liberal demokratischer Verfassung und ihrem von Anfang gegebenen demokratischen Als Ob, das zum Politikverhalte verzerrenden »Legitimationsglauben« geworden ist, von seinen Repräsentanten und ihren Institutionen keinerlei Konsequenzen gezogen worden sind noch werden. »Verfassungsreform« – ein absurder Gedanke! Was Wunder, dass es die EU nur im Sinne eines bürokratisch – rechtlich expansiven, Expansionsdrangs der Habenden gegen den Nichthabenden gibt.

Herrschaft der Sachzusammenhänge als sich entziehende Kontur einer Niemands-Herrschaft – die Zunahme der Indolenz

Herrschaft entzieht sich – und der Herrschaftsfänger der Theorie erweist sich als löchrig. Denn kein Schmetterling, keine auszumachende Person oder Gruppe geht ins Netz. Während die Niemands-Herrschaft fast noch lebendig wirkt – wenngleich in Form eines erschreckenden Nicht-Wesens – ist das Leben aus der Herrschaft der Sachen gewichen. Von einer Herrschaft der Sachzusammenhänge handelt Robert Musil im »Mann ohne Eigenschaften«.[234] Die Analyse und Konsequenz aus solcherart Herrschaft entwickelt Theodor W. Adorno in seiner negativen Dialektik:[235] »Es liegt in der Bestimmung negativer Dialektik, dass sie sich nicht bei sich beruhigt, als wäre sie total; das ist ihre Gestalt von Hoffnung.«

Damit ist aufgegeben, durch Antagonismen hindurch und nicht um sie herum zu denken – und sich der Dialektik zwischen Subjekt und Objekt zu stellen, anstatt ihr zu entfliehen. Sich dem »Gegenstand« in seiner Fülle auszusetzen, wie wir zu Beginn des Kapitels erwähnt haben. Sich schreibend oder lesend immer erneut einzugedenken. Insoweit ist das allemal naheliegende Lob der Routine zu durchbrechen.

Die Perspektive zählt. So sie ununterbrochen verfolgt wird. So sie in Denken und Tun sich ausweist. So sie in einer durchgehend verantwortlichen Gruppe ohne stellvertretende Differenzen beachtet wird. Nur so ist über das Oxymoron »Sachzusammenhänge« zu befinden. Sie weisen immer auf soziopersonale Pro-

[233] Zu den Menschenrechten analytisch und konzeptionell etwas spatentiefer vgl. Wolf-Dieter Narr mit Dirk Vogelskamp, Trotzdem Menschenrechte (siehe Anm. 61).

[234] »Die Sachen« im einzelnen werden in ihrem Zusammenhang kaum vorgestellt. Sachlich ironisch formuliert passen zu dem eigenschafts- und namenlosen »Mann« die eigenschaftsvollen, zusammenhängenden Sachen und ihre darin untergegangene Herrschaft. Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Köln 2013 (erschienen 1940).

[235] Theodor W. Adorno, Negative Dialektik (siehe Anm. 38).

fiteure hin, die in den Sachen stecken. Oder sie machen auf Opfer aufmerksam, die keine Tränen weinen.[236]

Was heißt im Status der Neutralität Sachzusammenhänge? Sie wirken rudimentär ob der durchgehenden physisch materiellen Bedingtheit menschlicher Bedingungen und Äußerungen samt ihrer natürlich-künstlichen Kontexte. Damit ist freilich nicht gesagt, Menschen gingen in ihren materiellen Bedingungen auf. Ihre utopischen und metaphysischen Orientierungen tief in ihren Vorstellungkräften, ihren Motiven, ihren Handlungen, seien unerheblich. Den Ausschlag gibt, wie sachliche Gegebenheiten vermittelt werden und in welchen ihrerseits versachlichten oder sozialen Kontexten sie stehen.

Im Zuge verfertigter Vorkehrungen des »extremen Nesthockers« Mensch (Arnold Gehlen) – dauernd auf eigene Künste, eigenes Tun gewiesen und seine selbstgemachten und selbstgeregelten sozio-technischen Verfertigungen – ist das, was wir westwärts als Moderne bezeichnen, durch viele Spuren und Übergänge und durch eine Reihe von Unterschieden gekennzeichnet. Dazu gehören die von Menschen gefundenen und erfundenen Re-Konstruktionen vorgegebener Wirklichkeit. Sie heben an mit kosmologischen Vorstellungen und Befunden, die ihrerseits gefunden und nach Vorstellungen geschaffen worden sind. Dazu gehört, außerdem, dass Menschen, und sei es zunächst eine kleine Gruppe unter ihnen, religiöse Imaginationen durchbrechen. Sie erfinden, und sei es »nur« dadurch, dass sie natürlich Vorgefundenes nachmessen und dann am Vorgefundenen testen. Dazu gehört vor allem: Menscheneigene »Wirklichkeiten« werden »bewusst« geschaffen. Das menschliche Selbst-Bewusstsein nimmt zu bis zum traditional Mephistopheles unterstellen, Faustschen Rat: eritis sicut deus ipse (werdet wie der schöpferische Gott selbst). Die Fülle der Belege aus der Renaissance erdrückt. Der uomo universale kann, was er will. Mit den über Jahrhunderte hinweg sich durchsetzenden Rationalisierungsformen – ein Zeitverhalt, den die Modernisierungstheorien und ihre kriegerische, bis heute wissenschaftlich und westimperial geschaffene Wirklichkeit unterdrücken – nahmen die gesellschaftlich geschaffenen Sachverhalte und ihre sachliche Komposition immens zu. Daher besteht wachsende Gefahr, menschliche Selbstbestimmung in sozialen Formen könne in ihren langen, Menschen umarmenden Schatten zum fast irrelevanten Rest von Sachzusammenhängen werden.

Kapital-Herrschaft, imperiale Herrschaft, eigendynamische Herrschaft von Technologien, verschieden akzentuiert als Internet und Biophysik u.a., ökonomisch durchdrungene wie Ökonomie durchdringende Wissenschaften repräsentieren im Zusammenhang die schier unmittelbaren, dann im übertragenen Sinne die wachsenden Türme eines »kosmologischen« Babylon.

---

[236] Diese und andere Aspekte enthält die von Michael Burawoy herausgegebene und mit dem 11. Kapitel »Grounding Globalization« (S. 337f.) versehene »Global Ethnography. Forces, Connections, and Imaginations in a Postmodern World, Berkeley, Los Angeles, London 2000.

Quantitäten, Scales, Abstraktionen, Konkretionen als angewandte Abstraktionen – das sind die merkmalslosen Merkmale von sozial wahrlich aus der Hand geratenen sachlichen E-Manzipationen. Sie machen dynamisch eine mit vielen Unterschieden versehene, wechselweise funktionale Einheit aus. Sie alle proben Entgrenzung – nur in reflektierter Einsicht zu behaupten aufhaltsam – in dauerndem kapitalistischem, technologischem und wissenschaftlichem Kampf; darüber hinaus ohne normativ und/oder materiell zu setzende Grenzpfosten.

Keine mit erzeugte und doch gegenwirksame, substantielle gegen-funktionale humane Gruppierung, wie für Marx und seine Nachfolger das Proletariat, ist anzunehmen, aller Geschichtsphilosophie abhold.

Einige Aspekte der unausweichlich wirkenden Hermetik versäulter Abstraktionen seien betont. Zu warnen ist davor, die verketteten Aspekte der globalen »Wolke« zur eigenen Lähmung und zum Nichtstun apokalyptisch, hieronymosboschähnlich zu verzerren.

1. Lange vor Max Webers umstrittenem Beleg der Sozialisationsgeschichte des kapitalistischen Habitus in seiner Protestantischen Ethik und einem ihrer wesentlichen Kürzel in Benjamin Franklins Imperativ: »Time is Money«, wurde »Quantifizierung« »zum Maß der Wirklichkeit«.[237] Alfred W. Crosby beschreibt, wie das quantifizierende Modellieren von seinem militärischen Beginn in andere Bereiche menschlicher Aktivität ausuferte. Quantitatives Räsonnement ersetzte qualitative Orientierungsmuster. Die »Pantometry«, der Versuch, alle sozialen Ereignisse und Handlungen zu messen, erwies sich auf militärischem Gebiet anderen Organisierungs- und Rationalisierungsformen überlegen. Soldaten wurden quantitativ reduziert und gewogen zugleich: das nun panorganisatorisch radelnde Tandem aus Quantifizierung und Messung, dem Substitut von Qualität.

2. Der Vorgang technischer, heute bei weitem feinsinniger entwickelter technologischen Reduktion menschlicher, sozialer Qualitäten insgesamt wiederholt sich in allen Arbeitsbereichen. Wie die »große Maschinerie« die Arbeiter disqualifiziert und beherrscht, haben neben Karl Marx in seinen »Grundrissen« zahlreiche zeitgenössische und historische Studien belegt. Darum der periodische Aufstand der »Luddites« (siehe später Gerhard Hauptmann in seinen »Webern«) und das Verschwinden anders geprägter Menschentypen. Der Widerstand der Arbeitenden ist nur irrational zu nennen, wenn man einen monistischen herrschaftsrationalen Fortschrittsbegriff benutzt. Die »Humanisierung der Arbeit«, ein breit diskutiertes Thema während der 60er und 70er Jahre in den USA und der BRD mit einem ganzen Wörterbuch des humanisierenden Charmes, ist seit der durchgehenden Anwendung des Internet nicht nur durch quantitativ massenhafte Disqualifizierungen ersetzt worden. Vor allem ist ein »Internet der Sachen« zu konstatieren. Der weltweite Versuch, Roboter für komplexe Aufgaben zu erfinden,

[237] Alfred W. Crosby, The Measure of Reality. Quantification in Western Europe, 1250-1600, Cambridge und New York 1998.

gehört dazu. Menschen treten in erster Linie als Störfaktoren in Erscheinung. Umgangsformen, Konflikte zu verinnerlichen, kennzeichnen den global verschärften und zugleich wattierten Konkurrenzkampf. Im Zuge der mehrfachen »Versachlichung« der Arbeit, nicht zuletzt der Disziplinierung und Disqualifizierung der Arbeitenden, dürfen technologische Vorkehrungen nicht als solche, im Sinne einer in den Techniken selbst steckenden Kontroll- und Herrschaftslogik verkannt werden. Entscheidend sind immer die Interessen, die ihren Einsatz begründen. Falsch wäre es, die weiter entwickelten Technologien, sozial abstrakt wirkungsneutral zu verkennen. Technologien sind analog den exakt und unaufwändig vernichtenden Waffen, Drohnen, mit einer herrschaftlichen Vernichtungs- und Konkurrenzlogik ausgestattet. In Sachen Internet winkt keine herrschaftsfreie Basisdemokratie, nicht zu sprechen von dem soziale Qualitäten beseitigenden Druck der Quantitäten.[238]

3. In der Eigenart der Machtkollaborate, die gehäuft Größe ausmachen, Grade und Grenzen ihrer Funktionen disqualifizieren, besteht trotz allen Unterschieden die hauptsächliche Funktion dominierender Versachlichungen. Unterschiede, Besonderheiten gehen im Haufen unter. Nicht zufällig kommen Bürokratien zustande, wenn beträchtliche Umfänge einer Sache oder eine diffuse Zahl Menschen behandelt werden sollen. Bürokratisierung, sprich Versachlichung, tritt vor allem auf, wenn Schemata, so auch allgemeine Gesetze, auf eine große Zahl von Menschen bezogen bzw. angewandt werden. Bürokratisierung ist ein organisierender, statisch gewordener Modus der Zahl von zu »Merkmalsträgern« – an Stelle von Personen – gewordenen Menschen. Sie sind zu versorgen, militärisch, ökonomisch oder schulisch zu traktieren. Derart wird die Bürokratisierung der fetter werdenden Staaten, demokratischer Verfahren wie auch der kapitalistischen Ökonomie verständlich. Sie macht vor allem als economies of scale, als Massen produzierende, ausbeutende und handelnd verteilende Wirtschaftsform mit dem privat aneignenden Motiv expansiv Karriere. Von anderen Prämissen zu schweigen, ist darum das Gerede vom freien, bürokratie- und machtarmen »Markt« nach seiner »großen Transformation« umfangreicher Gesellschaften und deren ökonomische Durchdringung ein täuschungsreicher Witz der ihrerseits interessierten Ökonomen. Ein Witz kommt dadurch zustande, dass die »Fallhöhe« zwischen erhabenem Anspruch und platter Routine auffällt. Wirksam ist eine Bürokratie, also effektiv im herrschaftlichen, Mittel sparenden, Wirkungen geräuschlos erzeugenden Sinn, dass sie, so sie liberalstaatlich verfährt, »strikt rechtsstaatlich« alle besonderen Umstände oder persönlichen Kennzeichnen missachtet. Ein Präzedenzfall, ein Flüchtling, der besondere Umstände für seine Flucht geltend machen könnte – ein bürokratisch abzulegendes Ärgernis. Es verdient bestenfalls, um der verwaltenden Neutralität = Sachlichkeit willen, eine Art persönliche Folgen aus-

[238] Vgl. Simon Head, Mindless: Why Smarter Machines are Making Dumber Humans, New York 2013.

sparenden Zynismus. Standardisierte Merkmale sorgen dafür, dass Datenerfassung und Regulierung unübersichtlicher Datenmengen oder ihre mit einem Algorithmus erfolgende »Steuerung«, das Management großer Krankenhäuser, wie umfangreiche, Bruchteile von Sekunden geschwinde Finanztransaktionen möglich sind in einer Form, die bürokratisch perfekt geworden ist. Abgesehen wird von allem, wovon, monofunktional mager, abzusehen ist. Wehe den Besonderheiten und Einzelheiten! Darum sind das Internet und sein Gebrauch, geldkapitalistisch mit dem binären Interesse Profit oder Verlust wie geschaffen für dichotomische Resultate: Sieg oder Niederlage. Das Internet ist ohne ausdrückliche Absicht eine »smarte«, weltweite Legitimations-, Sozialisations- und Zerstreuungsmaschinerie. Was Wunder?! Nicht nur die gegenwärtige Medizin ist schon dabei, nach dem Verlust eigener Urteilsbasis wie der herkömmlichen Erhaltung humaner Integrität, sich auf pure, sekundengeschwind präsente und informationell verlässliche Daten zu beziehen. Diese werden ohne Validitätsprobe als immer gerichtete, durchgehend politische, also interessierte Größen nicht kenntlich. Das lehrt die wirksame Wahrheit der »Evidenzmedizin« als Wahrheit ihrer Quantitäten. Sie besteht im Kumulus von binär ausgezählten Fällen. Sie ersetzt eine anders gedachte, erkenntniskritisch nie eindeutig gültige Wahrheit für bestimmte Pharmaka und Operationsmodi.[239] Dem statistischen law of large numbers wird die Krone der Wahrheit aufgesetzt. Theorie und Praxis werden identisch.

4. »Versachlichung« heißt nicht, eine fragwürdige Interessenfreiheit triumphierte. Versachlichte »Wahrheit« wird durch die Konstellation quantitativer Größen »evident«. Sie tritt an Stelle sozialer Konflikte und Prozeduren, durchgehend strittigen Konsens auszuhandeln. Also verbergen sich versachlichte Interessen hinter den genetisch nicht mehr zugänglichen Quantitäten, sprich soziogenetisch und funktional »dreckige« Wirklichkeiten folgen versachlichten Interessen. Interessen sind schier nicht mehr oder nur angestrengt und riskant zu erkennen. Das macht die Musilschen Sachzusammenhänge zur verfremdeten Herrschaft. Sie ruhe in Frieden. Ihre Folgen ereignen sich diversen Menschenklassen. Bis dann der Kampf nebensächlich abgedrängter Kategorien von Menschen gegen »unschuldige« und »nicht aggressive Sachen« die schiefe Wahrheit gelegentlich offenbart. Etwa, wenn zeitwidrige Luddites »irrational« auf den Straßen mobil machen.

Doch zumeist korrespondiert Indolenz, korrespondiert »schmerzfreie Gleichgültigkeit« mit abstrakter Niemands-Herrschaft, mit der Herrschaft der Sachzusammenhänge. Zygmunt Bauman und Leonidas Donskis bezeichnen sie als »Moral Blindness«.[240]

---

[239] Vgl. Gen-ethisches Netzwerk (Hrsg.), GeN Hintergrund, September 2013: Uta Wagenmann und Ulrike Baureithel: Individualisierte Medizin.

[240] Zygmunt Bauman und Leonidas Donskis, Moral Blindness. The Loss of Sensitivity in Liquid Modernity, Cambridge und Malden 2013.

Und Herrschafts-Theorie?

Fast »tragisch«, im Sinne von unvermeidlich, mutet es an, dass sich Herrschaft ins Niemandsland zu verflüchtigen scheint, sprich nicht in Herrschenden zu fassen ist. Was, wenn sich Herrschaft virusgleich unsichtbar machte? Dann verstärkten sich die diagnostischen Anforderungen, wie sich die Suche nach geeigneteren Diagnoseinstrumenten intensivierte. Eine neue herrschaftslose Harmlosigkeit ließe sich also nicht vertreten.

Was jedoch, wenn gegenteilige Wirkungen auftreten? Wenn Ausdifferenzierungen Entdifferenzierugen zur Folge haben, wie gegenwärtig an den Ländern der EU zu beobachten ist: Entgrenzungen, die Demontage von Grenzbäumen, zieht neue, ungleich sublimere Vergrenzungen nach sich.

Unsere kritischen Ausführungen zur Niemands-Herrschaft, zur Herrschaft der Sachzusammenhänge und zu neuen, qualitativen Sprüngen von Abstraktion spiegeln und brechen sich hier. Denn während sich einerseits abstrakte Herrschaft im »Niemand« verbirgt, manifestiert sich andererseits konkrete Jemands-Herrschaft in den aktuellen Auseinandersetzungen um den »Islamischen Staat« (IS). Während einerseits die abstrakten Größenordnungen menschlich nicht mehr zu fassen sind, bilden sich andererseits konkrete, kleine, militante Ordnungen heraus. So gesehen sind Niemands-Herrschaft und losgelassene Abstraktion mit ihrem unbewältigten Anderen, mit dem ihnen Nicht-Identischen konfrontiert. Und herrschaftstheoretische Ansätze, die sich von beiden Phänomenen nicht ins Bockshorn jagen lassen, werden dringlicher.

Gerade der andauernde Sachverhalt der Entpolitisierung, in dem Themen dem Streit in schon hergestellter Übereinstimmung der Diskussion entzogen werden, macht Entdeckungen von Konflikten zur Aufgabe anspruchsvoller, Konflikte heckender Theorien notwendig. Das macht die »social imagination« aus, wie sie der bis heute zur kritischen Phantasie stimulierende Charles W. Mills vor 60 Jahren und mehr verlangte, die Arbeit an Utopien, mehr noch als mit Hegel am Begriff. Sie dünkt so notwendig, weil nur sie den Betonboden von »Realpolitik«, der Adelung dessen, was – durchs Gewaltmonopol gesichert – ist, aufbrechen kann. Ein Grund dafür, dass Herrschaftskritik so verkümmert ist und sich die Spezies Sozialwissenschaft nicht um sie kümmert, besteht im zeitgenössischen Beharren – Karrierestufen und Finanzierung eingeschlossen – auf verwertbarer Wissenschaft. Als ließe sich Herrschaftskritik vermarkten.

Liest man heute, wo landauf und landab von Transformation und von Transformationsprozessen gesprochen und geschrieben wird, Karl Polanyi mit Nancy Fraser (siehe Intermezzo II) und Karl Marx mit Edward P. Thompson erneut, so zeigen sich Herausforderungen und Fallstricke für herrschaftskritische Theorieansätze. Zum einen sind die hauptsächlichen Etappen kapitalistischer Vergesellschaftung bis heute immer schwerer in umfassenden und differenzierten Analysen zu fassen. Komplexität und Ausdifferenzierung der Niemands-Herrschaft erlau-

ben zum anderen weder »einfache »Revolutionen«, noch eher schlichte emanzipatorische »Befreiungen«. Vielmehr bedürfen Ansätze zur Lösung globaler Probleme mit human verlässlichen Kriterien und Prozeduren (s.o., S. 293, Frage 1) der Vielfalt wie auch des langen Atems. Zentrale Verkürzungen und ihre Folgeprobleme sind im jeweiligen historischen Kontext und in ihren Multivalenzen zu erörtern, bevor der Problemhaufen »Niemands-Herrschaft« auch nur halbwegs radikaldemokratisch durchgeschüttelt werden kann. Aussichten können erst erörtert werden. Aussichten bergehoher Änderungen sind bestenfalls im Zuge lang anhaltender Prozesse zu erhoffen. An fehlenden lange wirksamen Motiven scheitern die meisten zu unmittelbar geäußerten Hoffnungen.

An-archischer Ausblick

Niemands-Herrschaft. Ach, wie könnte das schön sein! Eine weder personal, noch institutionell verkörperte Herrschaft zwängte. Niemand herrschte. Endlich Gesellungen weltweit, die die den Menschen und menschennahen Tieren mögliche Ekstase des aufrechten Gangs (Ernst Bloch) beflügelten. Die Utopie erhielte einen eigenen Raum, sie wäre mehr denn eine utopische Niemands-Herrschaft. Selbst, wenn die Menschen in manchen Belangen behindert wären, würden sie sich auf Schritt und Tritt helfen. Peter Kropotkin, er nicht allein, hat gegenseitige Hilfe in Tier- und Menschenwelt vorbildlich behandelt.

Obwohl wir Niemands-Herrschaft in manchen Merkmalen am Herrschaftsarm fassten, stellt sich Herrschaftsfreiheit als schwierig dar. Hingegen geschieht die Etablierung von Herrschaft auf dem sozialen und materiellen Boden von Ungleichheiten. Früh wurde organisierte Ungleichheit durch herrschaftliche Gewaltinstrumente gesichert. Daraus entstand schon protostaatlich das global akzeptierte Monopol physischer Gewaltsamkeit. Thomas Hobbes, später Max Weber, haben es mit Namen versehen. Diesen haben sie mit dem Zusatz der Legitimität ausgestattet, der eine Differenz ums Ganze ausmacht. Ausgeübte Gewalt stellt sich in allen bekannten Vergesellschaftungen prekär dar. Gesellschaften haben nackte Gewalt mit vielen Tricks und Finten in Watte gepackt. Gleichwohl bleibt der Glaube an Legitimation immer prekär

Dort, wo Herrschaft symbolisch auftrat, da konnten sich Menschen, herrschaftsunterworfen einzeln und kollektiv an der rutschigen, mit Nägeln versehenen Fahnenstange herrschaftlicher Überlegenheit und Feindlichkeit hochziehen. Was aber, wenn man, geschlagen und verelendet, nicht mehr begreifen kann, was Herrschaft wirksam ausmacht? Die Herrschaft des Kapitals, nun global geworden, zeichnet sich schon durch Funktionen und Wirkungen aus, die uns von Mal zu Mal an unsichtbare und undurchdringliche Wände stoßen macht. Wie muss es all den vielen Bauern, unseren Vorfahren, heute massenhaft in Indien, China und anderwärts zumute sein, die von Banken und ihren Staaten »gelegt« worden

sind? Erleben sie die Enteignung wie von Gott, dem unbegreiflichen Schicksal selbst zugemutet? Marx' nicht hoch genug zu schätzende Tat bestand darin, und tut es zu erklecklichen Teilen noch heute, uns Mittel in Sachen weltmärktliches Kapital auszuhändigen. Damit es gelinge, seinen Herrschaftsschleier zu zerreißen. Nicht seine Schuld ist es, dass die transkapitalistische Textilindustrie, virtuell geworden, Stoffe präpariert, die den Anschein »glaubwürdig« vermitteln, als nähten die in Massen Arbeitenden ihre Löcher selber, die Menschen in Massen durchfallen machen.

Heute kommt fast alles darauf an, die technologischen Vorkehrungen hartnäckig umzufunktionieren. Heute zählt fast mehr als andere Versuche, die riesigen, Menschen anverwandelnden Sachzusammenhänge qualifizierend zu verkleinern. Hierfür nützt die betuliche Devise »small is beautiful« wenig. Immerhin wollen acht Milliarden Menschen essen können. Wohl aber zählt das, was man Vernetzung mit anti-geopolitischer Tendenz nennen könnte. Was wär's, man höbe Schritt um Schritt mit umfassenderem Ziel mit dem an, was es noch nie oder nur in wenigen Segmenten gab: Einer Demokratie kleiner gemachten Gemeinden von unten nach oben, eingeschlossen eine entsprechende Steuer- und Haushaltspolitik samt den nötigen ökonomischen Seiteneffekten. Was bedeutete das für politikpotente Institutionen und ihre dann fähigen Repräsentanten »oben«, wenn sie von unten politisch satt würden? Selbstverwaltung der Arbeit und ihrer Grenzen, rätedemokratische Organisations- und Produktionsformen verlören dann ihren entfremdenden, demokratisches Selbstbewusstsein zerstörenden Einfluss. An Stelle der ökonomisch primären Versachlichungen mit den economies and policies of scale träte Mit- und Selbstbestimmung. Darum würde zum ersten Mal in neuer Geschichte ein Primat der Teilnahme überschaubarer selbst organisierter Politik realisiert.[241] Sollen Herrschaften gigantomaner Sach- und struktureller Machtkomplexe unter politisch primäre Kontrolle gebracht werden, so gilt es, sie menschlichem Handeln wieder zugänglich zu machen (s.o., S. 293, Frage 2).

Riesenaufgaben gähnen, von ihrer steilen Spitze betrachtet nicht zu machen. Sie sind dennoch vom Tal aus lohnend in Gang zu setzen, den heutigen Globus und seine verhängten Geschicke im Blick. Damit nicht alles kapitalistisch technotronisch und herrschaftsängstlich weitergehe. Die Hausaufgabe zuerst: die historisch antiquierte staatliche Herrschaft oder Herrschaft staatsähnlich größerer Einheiten à la fehlkonzipierte EU mit radikaldemokratisch anarchischer Phantasie in Frage zu stellen, in langer, indes zäher Perspektive mit Teilnahme und Teilhabe übender Überzeugung. Dazu ein Rätesystem, das den ökonomischen Block

[241] Nur in Form eines Gedankentupfers ohne nötige Erörterungen sei auf Leopold Kohrs Untersuchung »Das Ende der Großen. Zurück zum menschlichen Maß«, Salzburg/Wien 2002, hingewiesen. Die Gigantonomien sind ohne Frage eines *der* gegenwärtigen Probleme, ohne dass man auf Thomas Malthus' Annahmen zurückfallen dürfte. Auch Kohr indes hängt die gegenwärtigen Probleme mit den ineinander verschachtelten Größenordnungen zu unterkomplex an der, dem Scheine nach eher einfach zu vermeidenden, Größe auf.

unten vertäut, um ihn in seiner notorischen Verantwortungslosigkeit aufzuteilen. Eine solche utopische, jedoch realisierungstüchtige Utopie schreckt nur diejenigen, die die Schrecken der Vergangenheit vertuschen und die Grauen der Folgen aus der verdummt verdummenden Zukunft »Ungleichheit« verblenden.

Noch schwieriger und unwahrscheinlicher ist es, den westlichen Prozess der Zivilisation aufzurollen. Den Prozess flüssig zu machen vermöchte man nur, wenn man die Fähigkeit, die Phantasie und den Mut aufbrächte, den Prozess der Kolonialisierung neu zu erzählen. Allein die den tief verankerten, von Genozids überfrachteten Modernisierungstheorien und ihren Legitimationen entgegenstehende Riesenaufgabe ist schon deswegen schwer aufzugreifen, weil die weltweit präsente Gegenwart der Vergangenheit selbst nach dem globalen Katarakt nicht zurück gespult werden könnte. Verjüngte Erfahrungen, die Edward W. Said in seinem Aufsätzebuch nach dem »Orientalism« summiert hat,[242] könnten helfen. Denn es sind die Verkennungen der Anderen und der Andersartigkeiten, die wahre humane Reichtümer ausschließen. Edward Said führt aus:

»… theoretical work must begin to formulate the relationship between empire and culture… . Things, however, are beginning to change, as I noted earlier. A whole range of work in other disciplines, a new group of often younger scholars and critics – in the United States, in the Third World, in Europe – are beginning to embark on the theoretical and historical enterprises; many of them seem in one way or another to be converging on questions of imperialist discourse, colonialist practice, and so forth…, we should keep before us the prerogatives of the present as signposts and paradigms for the study of the past. If I have insisted on integration and connection between the past and the present, between imperializer and imperialized, between culture and imperialism, I have done so not to level or reduce differences, but rather to convey a more urgent sense of the interdependence between things. So vast and yet so detailed is imperialism as an experience with crucial cultural dimensions, that we must speak of overlapping territories, intertwined histories common to men and women, whites and non-whites, dwellers in the metropolis and on the peripheries, past as well as present and future; these territories and histories can only been seen from the perspective of the whole of secular human history.« (S. 71 u. 72)

Das sind nur blinzelnde »positive« Andeutungen in einem insgesamt negativ dialektischen Text von herrschaftskritischen Argumenten mit ihrem gegenwärtig noch nicht morgendämmrig nahen Tag in der Nacht einer Niemands-Herrschaft. Keine fundiert fundamentale Kritik vermag hintergründig und in langfristiger Orientierung zukunftsgründig ohne Utopie auszukommen. Nicht nur das vergangene 20. Jahrhundert mit dem nationalsozialistischen humanen Stockdunkel, auch das, was gegenwärtig zu erkennen ist, erlauben keine Utopie mehr, wie sie revolutionär noch hoffnungsvoll, ja als angeblich geschichtseigene Tendenz

[242] Edward Said, Culture and Imperialism, London 1994.

von Marx und vielen Sozialisten und Kommunisten als Verheißung verinnerlicht worden ist. Bis zur Kritiklosigkeit und zum mörderischen Umschlag revolutionärer Hoffnungen. Verbindliche utopische, handelnd antreibende Orientierung aufzugeben, bedeutete jedoch nicht nur individuell, sich faul auf dem angeblich wissensgefederten Liegebett einer wohlgefälligen Resignation auszustrecken. Sie bedeutete vor allem, die vielen Beleidigten, Verletzten, lebendig Verkümmernden hinterher noch fahrlässig zu vergessen, indem man winzige Handlungen unterlässt, die vielleicht Hekuba aus Troia – ins Heute übertragen – hätten retten können.[243] Es gibt eine Hybris der Indolenz, der schmerzunempfindlichen Gleichgültigkeit gegenüber den größeren, anstrengenden, wenngleich jämmerlich klein bleibenden Hilfeleistungen.

Schließlich und mit Ernst Bloch ist es der utopische Gedanke, der das »schlecht Vorhandene« überspringt.

Politische Gestaltungen inmitten gewaltiger, innovativer Wüstungen – die letzten utopischen Chancen

Wir schließen mit dem Chor der Thebanischen Alten (Sophokles, Antigonae, Hölderlin, Zweiter Akt, die ersten Strophen, bis Antigonae auftritt):

Ungeheuer ist viel. Doch nichts
Ungeheuerer, als der Mensch.
Denn der, über die Nacht
Des Meers, wenn gegen den Wind wehet
Der Südwind, fähret er aus
In geflügelten sausenden Häusern.
Und der Himmlichen erhabene Erde,
Die unverderbliche, unermüdete,
Reibet er auf; mit dem strebenden Pfluge,

Von Jahr zu Jahr,
Treibt sein Verkehr er, mit dem Rossegeschlecht,
Und leichtträumender Vögel Welt
Bestrickt er, und jagt sie;
Und wilder Tiere Zug,
Und des Pontos salzbelebte Natur
Mit gesponnenen Netzen,
Der kundige Mann.
Und fängt mit Künsten das Wild,

[243] Siehe über Euripides hinaus insgesamt Martha Nussbaum, The Fragility of Goodness. Luck and Ethics in Greek Philosophy and Tragedy (vgl. Anm. 16).

Das auf Bergen übernachtet und schweift.
Und den rauhmähnigen Rosse wirft er um
Den Nacken das Joch, und dem Berge
Bewandelnden ungezähmten Stier.
Und die Red und den luftigen
Gedanken und städtebeherrschenden Stolz
Hat erlernet er, und übelwohnender
Hügel feuchte Lüfte, und
Die unglücklichen zu fliehen, die Pfeile. Allbewandert,
Unbewandert. Zu nichts kommt er.
Der Toten künftigen Ort nur
Zu fliehen weiß er nicht,
Und die Flucht unbeholfener Seuchen
Zu überdenken.
Von Weisem etwas, und das Geschickte der Kunst
Mehr, als er hoffen kann, besitzend,
Kommt einmal er auf Schlimmes, das andre zu Gutem.
Die Gesetzte kränkt er, der Erd und Naturgewaltger
Beschworenes Gewissen;
Hochstädtisch kommt, unstädtisch
Zu nichts er, wo das Schöne,
Mit ihm ist und mit Frechheit.
Nicht sei am Herde mit mir,
Noch gleichgesinnet,
Wer solches tut.«

Eine abgründige Grundlosigkeit von Ambivalenz menschlichen Seins, widersprüchlicher menschlicher Fertigkeiten und Fähigkeiten mahnt das erste Chorlied an. Als setzte es den vorhergehenden Text trotz der Fülle seiner Aspekte und begründenden Hinweisen fort. Das Geschick der mythisch agierten Akteure um Antigone, Kreon, Haimon, Teiresias und Andere vollzieht sich ohne eigene Maßverhältnisse. Es wird, entwickelt sich und spitzt sich zu, um die gegebenen Charaktere und ihre von vornherein gesetzten Konflikte, tragisch zu enthüllen. Sprich ohne Lösung.

Und heute über Zweieinhalbtausend Jahre später?! Nicht nur die Menschen haben sich in eher statisch, mythisch angenommener Anthropologie »ungeheuer« entwickelt. Sie haben so viele, so ungeheure Entwicklungsstufen durcheilt, dass sie nahezu alle denkbaren und in menschlicher Geschichte verwandten Maßstände und ihre Verhältnisse sprengten. Anthropologisches Räsonnement über Menschen unhistorisch »an sich« verkürzte, bliebe statisch, projizierte abstrakt zurück und widerspräche den allemal entwickelnden, umstände-bedingten und nur darum humanen Eigenarten.

Entwicklungsschübe, insbesondere im langen Verlauf der »modern« benannten, staatlich, kapitalistisch und global vergesellschafteten Periode mit ihren riesigen bürokratisch technologischen und extrem verkleinerten Vermittlungen und Konstruktivismen haben individuelle und kollektive humane Formen werden lassen, die nur über radikale Brüche verstehbar scheinen. Erneut und trotzdem gelten. Gelänge es nicht, das stupende, das täglich erneuerte Ausmaß der Innovationen zu humanisieren und das heißt sie sozial und insbesondere politisch *verantwortlich* zu fassen, also entsprechend human fassbar und kontrollierbar zu organisieren, dann wären alle noch so erstaunlichen Innovationen ohne Wert. Schlimmer noch: sie enteigneten die Menschen und ihre Fähigkeiten diesseits und jenseits tragischer Verhängnisse. Darum lautet das erste Gebot der politisch, sozial und organisatorisch einfallslosen Hypermoderne unserer Tage und ihrer innovatorischen Hybris: Politisch-soziale und organisatorische Aneignung und konsequent human reflexiv bezogene Innovationen.

Epilog

Letztlich haben wir »Niemand« nicht aufspüren können. Und das ist es ja, was ihn auszeichnet: Es gibt die »Herrschaft der Sachzwänge«, es gibt die »Kommunikation der Sachen«, es gibt das Sozialität erstickende Rechnen in human nicht fassbaren Quantitäten – es gibt all dies unter dem Beschleunigungsimperativ der Effizienz. Die Sachen sind so abstrakt, die Vermittlungen reichen so unendlich weit, dass sie sozial nicht fassbar sind.

Kurz, wir wissen es nicht, wir können Herrschaft nicht »zurechnen«.

Was bedeutet das für unsere Kriterien, für die in Kapitel III genannten Modi der Theoriebildung, die zugleich Kriterien für eine herrschaftskritische Analyse darstellen?

Der *Modus der Objektivierung* hat sich zuerst in den Naturwissenschaften etabliert. Zentrales Element ist die herrschaftliche Anordnung zwischen Forschungssubjekt und Forschungsobjekt. Bis heute hat sich dieser Modus so weit ausgebreitet, dass er droht, sich selbst ad absurdum zu führen. Denn wenn alles objektiviert wird, wenn ganz und gar kein Subjekt mehr erkennbar ist, so werden auch die Objekte unkenntlich.

Dies hat Folgen für den *Modus der Identifizierung*, von uns auch »Urprinzip von Herrschaft« genannt. Denn mit dem Fortschreiten der Versachlichung verschwinden Differenzen. Ohne Differenzen gibt es keinerlei Konflikte und keine Emanzipation. Ohne Differenzen kann nicht gelernt werden, wie Verhältnisse zwischen Eigenem und Anderem, zwischen Vertrautem und Fremdem anders als herrschaftlich gestaltet werden können.

Mit den Differenzen verschwinden die Besonderheiten. Im *Modus der Abstraktion* werden Individuen und wird Individuation bedeutungslos. Die Maßstäbe sind den persönlichen Elementen enteignet; Maßstäbe gelten abstrakt und sind nicht auf einen besonderen Standpunkt hin relativierbar. Und die Dinge werden in Größenordnungen erworben und besessen, die sich doch nur minimal, als kleine Dinge sozial realisieren ließen. Vom Abstrakten und von der Abstraktion lässt sich aussagen, dass sie die Voraussetzung für »Niemand« und für »Niemands-Herrschaft« darstellen. Denn mit dem Verschwinden der konkreten Subjekte verschwinden auch die ihm je konkreten Umgebungen. Niemand ist da: Es herrscht.

Objektivierung, Identifizierung und Abstraktion bedingen ein Viertes, das wir an verschiedenen Stellen ebenfalls als Modus bzw. als Zwilling der Identifizierung angeführt haben: *Die Dissoziierung*. Soziale Zusammenhänge werden zerrissen und das Individuum erscheint als Asoziales. Doch als solches kann es kein zoon politikon sein.

Damit sind wir am Anfang und bei unserem Prolog angelangt: Wenn es kein politisches Wesen mehr gibt, wenn es keine identifizierbare Herrschaft mehr gibt,

so kann in der politischen Theorie nach der Legitimität von Herrschaft nicht mehr gefragt werden.

Dies nun kann in unserem Sinne nicht sein, wo wir doch mit all den Bergungsarbeiten (des alten Manuskriptes) und Rettungsarbeiten (für eine human verantwortliche Politik) so etwas wie ein politikwissenschaftliches Lehrbuch verfasst haben.

Daher werden wir die Geschichte des Buches, den Niemand und seine Herrschaft, daher werden wir die Sache mit den Größen, dem Quantitativen und dem Abstrakten nun abschließen. Denn sie zu Ende zu denken würde bedeuten, in begrifflicher Aporie zu versinken. Die Geschichte der Gefahr und der Tatsache des Nicht-Politischen haben wir nun lange genug erzählt. Und bitten die Leserinnen und Leser mit dem Buch etwas anzufangen, es sich zu eigen zu machen. Nicht etwa unkritisch und affirmativ, sondern unsere Hinweise und Argumente nur annehmend, wenn sie zu weiterer, informationeller und problemoffener Kritik fortgetrieben werden können. Wie ein Experiment, eine Konstruktion aus Brocken zusammengehöriger Wirklichkeit.

Uns zieht es nun zum Widerständigen, zu den vielen kleinen widerständigen Praktiken – und zum Blochschen utopischen Gedanken.

Womöglich leisten uns dabei einige von Ihnen Gesellschaft – sei es als Fürsprecherin oder auch als Widersacher.

Wolf-Dieter Narr und Uta v. Winterfeld,
Berlin-Charlottenburg am 8. Juli 2014

VSA: Die hellblauen Bändchen

Elmar Altvater
Marx neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie
144 Seiten | EUR 9.00
ISBN 978-3-89965-499-8
»Die Marxsche Theorie ist lebendig, wenn sie praktiziert wird, und sie würde sterben, wenn sie in den blauen Bänden in Bücherregalen verstaubt... Das vorliegende hellblaue Bändchen folgt daher einer anderen Ordnung als sonstige Einführungen in das Marxsche Werk ... Es werden ... brennenden Probleme der Gegenwart, insbesondere die Fragen nach Ursachen, Verlauf, Perspektiven und Lösungen der großen Krise aufgeworfen und mit Hilfe der Marxschen Theorie diskutiert.«

Elmar Altvater
Engels neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die »Dialektik der Natur« und die Kritik von Akkumulation und Wachstum
192 Seiten | EUR 12.00
ISBN 978-3-89965-643-5
Friedrich Engels' (1820-1895) »Dialektik der Natur« wurde posthum erstmals im Jahre 1925 in der jungen Sowjetunion in deutscher und russischer Sprache publiziert. Eine Auseinandersetzung mit Engels' Thesen ist schon deshalb wichtig, weil es um zentrale Fragen des dialektischen Verhältnisses von Theorie, Realität und Praxis, um die Bedeutung von Zirkulation und Produktion in der Werttheorie, um das Verhältnis von gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und Naturverhältnissen, von kapitalistischer Akkumulation und wirtschaftlichem Wachstum geht. Die »Dialektik der Natur« kann der Post-Wachstumsdebatte heute neue Impulse vermitteln.

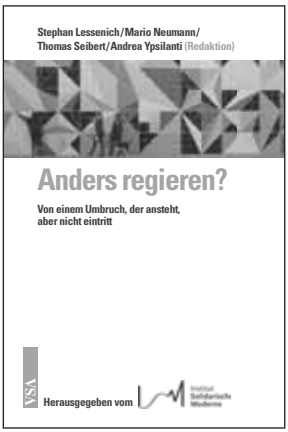
Michael Brie
Polanyi neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi
176 Seiten | EUR 10.00
ISBN 978-3-89965-642-8
Michael Brie führt in das Werk des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi (1886-1964) ein und skizziert Möglichkeiten des Dialogs zwischen diesem und Nancy Fraser, der bekanntesten US-amerikanischen Feministin. Karl Polanyi suchte eine Lösung außerhalb von Kapitalismus und Marktgesellschaft. Nancy Frasers zentrales Interesse an Polanyi liegt in der Verknüpfung von seiner Gesellschaftsanalyse mit der Begründung eines neuen Bündnisses von Kräften der Emanzipation und des Schutzes von Natur und Gesellschaft. Bries Einführung verbindet die Ansätze von Polanyi und Fraser. Der Band enthält zwei Originalbeiträge von Polanyi, einen Text seiner Tochter Kari Polanyi-Levitt und Nancy Frasers Aufsatz über »die politische Grammatik der Krise« nach Karl Polanyi.

VSA

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA: Anders-Herrschaft?



Stephan Lessenich/Mario Neumann/Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti (Redaktion)
Anders regieren?
Von einem Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt
Herausgegeben vom Institut Solidarische Moderne
304 Seiten | EUR 19.80
ISBN 978-3-89965-604-6
Wenn wir unterstellen, dass eine programmatische Alternative zum Neoliberalismus zwar längst denkbar, aber selbst in den Parteien des linken Pols der Gesellschaft nur unzureichend verankert ist, wo könnten dann eigentlich der Entstehungsort und die neue politische Heimat eines breiten Gegenprojektes sein?

tom strohschneider
linke mehrheit?
über rot-rot-grün, politische bündnisse und hegemonie
eine flugschrift
96 Seiten | EUR 9.80
ISBN 978-3-89965-596-4
Gibt es eine linke Mehrheit in der Bundesrepublik? Es gibt ganz verschiedene Vorstellungen darüber, was eine linke Mehrheit sein müsste. Meist ist sie auf eine parteipolitische Kategorie der Bündnisfähigkeit geschrumpft, die Mehrheit ist dann rot-rot-grün – und gegenwärtig offenbar defekt. Woran mag das liegen? Am Souverän, an den Nichtwählern? Oder an den Protagonisten selbst? Eine linke Mehrheit entsteht im Spannungsverhältnis zwischen Parteien und sozialen Milieus, zwischen parlamentarischer Logik und gesellschaftlicher Selbstbewegung. Nicht die Stimmenzahl von drei Parteien allein ist es, die schon ausreichend politischen Kitt bildet. Kann es eine linke Mehrheit in der Bundesrepublik geben? Natürlich, aber das Kriterium auch dieser Wahrheit kann nur eine Praxis sein.

joachim bischoff/bernhard müller
piketty kurz & kritisch
eine flugschrift zum kapitalismus im 21. jahrhundert
96 Seiten | EUR 9.00
ISBN 978-3-89965-646-6
Der französische Ökonom Thomas Piketty ist mit seiner Studie zur wachsenden Ungleichheit zum Bestsellerautor geworden – auch in Deutschland. Pikettys Daten sind überwiegend als wegweisend für die verteilungspolitische Debatte eingeschätzt worden. Innerhalb des gesellschaftskritischen Spektrums hierzulande gibt es allerdings eine merkwürdig zurückhaltende Resonanz. Es dominiert der Vorbehalt, der Autor argumentiere »nie antikapitalistisch«. Die gern bemühte Attitüde, jeder Linke wusste ja schon immer, dass es im Kapitalismus ungerecht zugeht, ist allerdings wenig mit empirischen Fakten untermauert. Dagegen markieren die von Piketty und seinen Kollegen vorgelegten Daten zu Vermögen, Vermögensverteilung und Volkseinkommen eine Zäsur in der gesellschaftspolitischen Debatte.

VSA

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de